

Zu 750 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVII. GP

Anlage III zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1989

STELLENPLAN

FÜR DAS JAHR

1989



WIEN 1988

ÖSTERREICHISCHE STAATSDRUCKEREI

II

Stellenplan für das Jahr 1989

Inhaltsverzeichnis

Teil I. Allgemeiner Teil

Punkt 1. Gliederung des Stellenplanes	199
Punkt 2. Besetzung von Planstellen über den im Stellenplan festgesetzten Stand	199
Punkt 3. Bindung von Planstellen	200
Punkt 4. Umwandlung von Planstellen	201
Punkt 5. Personalreserve	201

Teil II. Planstellen für Bundesbedienstete

Abschnitt A Planstellenverzeichnis

01 Präsidentschaftskanzlei	203
02 Parlamentsdirektion	204
03 Verfassungsgerichtshof	205
04 Verwaltungsgerichtshof	206
05 Volksanwaltschaft	207
06 Rechnungshof	208
10 Bundeskanzleramt	209
11 Inneres	212
12 Unterricht und Sport	215
13 Kunst	229
14 Wissenschaft und Forschung	230
15 Soziales	237
17 Bundeskanzleramt - Gesundheit	240
18 Umwelt, Jugend, Familie	243
20 Äußeres	245
30 Justiz	247
40 Militärische Angelegenheiten	252
50 Finanzverwaltung	255
60 Land- und Forstwirtschaft	259
63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	269
64 Bauten und Technik	271
65 Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	276
71 Bundestheater	278
74 Glücksspiele (Monopol)	279
75 Branntwein (Monopol)	280
77 Österreichische Bundesforste	281
78 Post- und Telegraphenverwaltung	282

Abschnitt B Personalreserve	284
---------------------------------------	-----

Teil III. Planstellen für Bediensteten der ÖBB	285
--	-----

Teil IV. Planstellen für jugendliche Bedienstete	286
--	-----

Erläuterungen zum Stellenplan 1989

Abschnitt I	(1)
Abschnitt II	(1)
Abschnitt III	(2)
Anlage A Übersicht zum Planstellenverzeichnis gegliedert nach Ressorts	(4)
Anlage B Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)	(7)
Anlage B1 Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)	(8)
Anlage B2 Personalreserve: Über den systemisierten Stand aus der Personalreserve zugewiesene Planstellen	(12)
Anlage C Entwicklung der Planstellenbereiche bis 1988	(14)
Anlage C1 Entwicklung der Planstellenbereiche ab 1988	(15)
Anlage D Übersicht über die Entwicklung der Planstellenbereiche in den einzelnen Verwaltungszweigen bis 1980	(16)
Anlage D1 Übersicht über die Entwicklung der Planstellenbereiche in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1980	(17)
Anlage E Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts	(20)
Anlage F Summarische Übersicht zum Planstellenverzeichnis	(24)

STELLENPLAN 1989

I. Allgemeiner Teil

1. Gliederung des Stellenplanes

(1) Der Stellenplan enthält das Planstellenverzeichnis des Bundes und eine Aufstellung über die Planstellen der Österreichischen Bundesbahnen sowie der jugendlichen Bediensteten.

(2) Im Planstellenverzeichnis des Bundes werden die Bundesbediensteten getrennt nach Beamten sowie nach Vertragsbediensteten der Kategorien A und B ausgewiesen. Auf Rechnung einer Planstelle für Vertragsbedienstete der Kategorie B sowie einer den Vertragsbediensteten der Kategorie B zugeordneten Planstelle für Vertragslehrer oder Vertragsassistenten (§ 26 Abs. 4 des Bundeshaushaltsgesetzes) können mehrere saison- oder teilbeschäftigte Vertragsbedienstete der gleichen Entlohnungsgruppe mit der Einschränkung aufgenommen werden, daß die für die Planstelle vorgesehene Gesamtjahresarbeitsleistung nicht überschritten wird.

(3) Unter Planstellen für jugendliche Bedienstete sind Planstellen für Vertragsbedienstete der Kategorie A für

1. Lehrlinge bis zur Beendigung des Lehrverhältnisses und während der gesetzlichen Behaltefrist,
 2. Anlernkräfte, sofern sie das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und
 3. Vertragsbedienstete, sofern sie das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben
- zu verstehen.

Lehrlinge nach Beendigung der gesetzlichen Behaltefrist, jugendliche Vertragsbedienstete und Anlernkräfte, deren Übernahme auf eine Planstelle des Planstellenverzeichnisses des Bundes oder der Österreichischen Bundesbahnen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres nicht möglich ist, können längstens bis zum Ende des Kalenderjahres weiterbeschäftigt werden, in dem sie das 19. Lebensjahr vollendet haben.

2. Besetzung von Planstellen über den im Stellenplan festgesetzten Stand

(1) Ist keine im Stellenplan vorgesehene Planstelle frei und kann auch keine andere Planstelle im Sinne des Punktes 3 gebunden werden, so können Vertragsbedienstete, soweit nicht Abs. 3 bis 6 anderes bestimmen, mit Zustimmung der Bundesregierung aufgenommen werden. Der Antrag ist vom zuständigen Bundesminister im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler und dem Bundesminister für Finanzen zu stellen.

Ohne Zustimmung der Bundesregierung können Personen aufgenommen werden, die nicht öster-

reichische Staatsbürger sind und im Ausland zu einer anderen als geistigen Arbeitsleistung herangezogen werden. Die für solcherart beschäftigte Personen erforderliche Anzahl der Gesamtjahresarbeitsleistungen ist vom zuständigen Bundesminister im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler und dem Bundesminister für Finanzen jährlich pauschal festzulegen.

(2) Durch die Bestimmungen des Abs. 1 werden die Bestimmungen über die Überschreitung von Ausgabenansätzen nicht berührt.

(3) Die dem Präsidenten des Nationalrates gemäß Art. 30 Abs. 4 des Bundes-Verfassungsgesetzes, die dem Präsidenten des Rechnungshofes gemäß Art. 21 des Bundes-Verfassungsgesetzes und die dem Vorsitzenden der Volksanwaltschaft gemäß Art. 148 h des Bundes-Verfassungsgesetzes zustehenden Rechte auf dem Gebiet der Diensthoheit über die Beamten und Angestellten der Parlamentsdirektion, des Rechnungshofes bzw. der Volksanwaltschaft bleiben unberührt.

(4) Für einen Beamten der Verwendungsgruppe D, E, P3, P4 und P5 sowie für einen Vertragsbediensteten des Entlohnungsschemas I, Entlohnungsgruppe d und e sowie des Entlohnungsschemas II, Entlohnungsgruppe p3, p4 und p5, der an der Dienstleistung verhindert ist, kann bei dringendem Bedarf als Ersatz ein Vertragsbediensteter der gleichen Entlohnungsgruppe der Kategorie B aufgenommen werden.

- (5) Für einen Bundesbediensteten, der
- a) als Mitglied eines Organs der Gesetzgebung, als Organ der Volksanwaltschaft, als Präsident bzw. Vizpräsident des Rechnungshofes, als Mitglied des Verfassungsgerichtshofes oder als Oberstes Organ der Vollziehung ausser Dienst gestellt ist,
 - b) als Mitglied des Nationalrates, des Bundesrates oder eines Landtages die gemäß § 17 Abs. 1 und 2 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 zur Ausübung des Mandates erforderliche freie Zeit gewährt erhält,
 - c) zur Dienstleistung bei einer internationalen Organisation oder sonstigen internationalen Einrichtung sich im Urlaub gegen Entfall der Bezüge befindet,
 - d) zu einer Dienstleistung im Rahmen einer internationalen Organisation oder sonstigen internationalen Einrichtung,
 - e) zu einer Dienstleistung im Sinne des Bundesgesetzes vom 14. Juli 1965, BGBl. Nr. 233, oder im Rahmen einer Übernahme einer Schutz-machtfunktion durch die Republik Österreich herangezogen wird,
 - f) ordentlichen Präsenzdienst gemäß § 27 Abs. 2

STELLENPLAN 1989**I. Allgemeiner Teil**

des Wehrgesetzes 1978, BGBl. Nr. 150, bzw. außerordentlichen Präsenzdienst gemäß § 27 Abs. 3 Ziffer 1 bis 4 und 6 des Wehrgesetzes 1978, BGBl. Nr. 150, leistet,

- g) Zivildienst leistet,
- h) zu Lasten einer freien Planstelle zur Dienstleistung in einem anderen Personalstand einberufen wird,
- i) sich in einem Karenzurlaub befindet oder dessen Wochendienstzeit nach den §§ 50 a oder 50 b des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 auf die Hälfte herabgesetzt wurde,

kann für die Dauer der Außerdienststellung, der erforderlichen Freizeitgewährung, der Dienstleistung, des Karenzurlaubes, des Präsenzdienstes, des Zivildienstes, der Heranziehung nach lit. d und e oder der Dauer der Herabsetzung der Wochendienstzeit unter Bindung seiner Planstelle beziehungsweise unter Bindung des dem Ausmaß der Herabsetzung der Wochendienstzeit entsprechenden Planstellenanteiles ein Vertragsbediensteter aufgenommen werden. Punkt 3 Abs. 5 und 6 gilt sinngemäß. Unter der gleichen Voraussetzung kann für einen Richter, Staatsanwalt oder Richteramtsanwärter ein Richteramtsanwärter und für einen Berufsoffizier, einen Beamten in UO-Funktion oder für einen zeitverpflichteten Soldaten ein zeitverpflichteter Soldat aufgenommen werden.

(6) Für eine Vertragsbedienstete, die gemäß §§ 3 und 5 des Mutterschutzgesetzes 1979, BGBl. Nr. 221, nicht beschäftigt werden darf, kann für die Dauer des Beschäftigungsverbotes unter Bindung ihrer Planstelle ein Vertragsbediensteter aufgenommen werden. Punkt 3 Abs. 5 und 6 gilt sinngemäß.

(7) Werden in einem Planstellenbereich Arbeitsplätze für Behinderte vorgesehen, kann der Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen für die Besetzung dieser Arbeitsplätze Planstellen zuweisen. Hiefür stehen 100 Planstellen zusätzlich zur Verfügung. Die Bestimmungen über die Überschreitung von Ausgabenansätzen werden hiedurch nicht berührt.

3. Bindung von Planstellen

(1) Innerhalb desselben finanzgesetzlichen Ansatzes können freie Planstellen der Verwendungsgruppen A, B, C, D, P1, P2, P3, P4, L1, L2, W1, W2, H1, H2 und H3 mit Bundesbeamten einer niedrigeren Verwendungsgruppe oder in der gleichen Verwendungsgruppe mit Bundesbeamten einer niedrigeren Dienstklasse (Dienststufe) besetzt werden.

Freie Planstellen für Vertragsbedienstete der Entlohnungsschemen I, I L, II und II L können mit Vertragsbediensteten einer niedrigeren Entlohnungsgruppe bzw. können freie Planstellen für Vertragsbedienstete der Kategorie A mit Vertragsbediensteten der Kategorie B der gleichen oder einer niedrigeren Entlohnungsgruppe besetzt werden.

Jedenfalls können freie Planstellen der Verwendungsgruppen D und E mit Bundesbeamten der Verwendungsgruppen P4 und P5 und freie Planstellen für Vertragsbedienstete der Entlohnungsgruppen d und e mit Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppen p4 und p5 und umgekehrt besetzt werden.

Freie Planstellen für Bundesbeamte und Vertragsbedienstete können mit jugendlichen Bediensteten besetzt werden.

(2) Freie Planstellen für Richter können im selben Planstellenbereich mit Richtern, denen eine niedrigere Dienstzulage gebührt oder mit Richteramtsanwärtern besetzt werden. Dies gilt auch für Staatsanwälte.

(3) Freie Planstellen für ordentliche Universitätsprofessoren können mit außerordentlichen Universitätsprofessoren besetzt werden.

(4) Freie Planstellen für Bundesbeamte der Allgemeinen Verwaltung und in handwerklicher Verwendung, für Universitäts-(Hochschul-)lehrer, Lehrer, Wachebeamte und Berufsoffiziere können zur Verhütung gleichartiger oder niedrigerer Dienste mit Vertragsbediensteten der Kategorien A und B besetzt werden.

(5) Freie Planstellen für Beamte einer der Verwendungsgruppen PT 1 bis PT 8 können mit Beamten derselben Verwendungsgruppen ohne Anspruch auf Zuordnung zu einer Dienstzulagengruppe oder mit Beamten einer niedrigeren Verwendungsgruppe ohne Anspruch auf Zuordnung zu einer Dienstzulagengruppe besetzt werden.

(6) Freie Planstellen einer der Verwendungsgruppen PT 1 bis PT 9 können mit Beamten einer der Verwendungsgruppen A bis E und P1 bis P5 sowie mit Vertragsbediensteten einer der Entlohnungsgruppen a bis e und p1 bis p5 und umgekehrt mit folgender Maßgabe besetzt werden, daß gemäß § 184 b des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979, in der Fassung von BGBl. Nr. 659/1983,

STELLENPLAN 1989

I. Allgemeiner Teil

die Verwendungsgruppe A für Beamte und die Entlohnungsgruppe a für Vertragsbedienstete der Verwendungsgruppe PT 1 oder PT 2,

die Verwendungsgruppe B für Beamte und die Entlohnungsgruppe b für Vertragsbedienstete der Verwendungsgruppe PT 2, PT 3 oder PT 4,

die Verwendungsgruppe C für Beamte und die Entlohnungsgruppe c für Vertragsbedienstete der Verwendungsgruppe PT 5 oder PT 6,

die Verwendungsgruppe D für Beamte und die Entlohnungsgruppe d für Vertragsbedienstete der Verwendungsgruppe PT 7 oder PT 8,

die Verwendungsgruppe E für Beamte und die Entlohnungsgruppe e für Vertragsbedienstete der Verwendungsgruppe PT 9,

die Verwendungsgruppe P1 für Beamte und die Entlohnungsgruppe p1 für Vertragsbedienstete der Verwendungsgruppe PT 6,

die Verwendungsgruppe P2 für Beamte und die Entlohnungsgruppe p2 für Vertragsbedienstete der Verwendungsgruppe PT 7,

die Verwendungsgruppe P3 für Beamte und die Entlohnungsgruppe p3 für Vertragsbedienstete der Verwendungsgruppe PT 7 oder PT 8,

die Verwendungsgruppe P4 für Beamte und die Entlohnungsgruppe p4 für Vertragsbedienstete der Verwendungsgruppe PT 8,

die Verwendungsgruppe P5 für Beamte und die Entlohnungsgruppe p5 für Vertragsbedienstete der Verwendungsgruppe PT 9 entsprechen.

(7) Wird ein nicht im Bundesdienst stehender Bediensteter in einem Planstellenbereich des Bundes verwendet und trägt der Bund, ohne hiezu gesetzlich verpflichtet zu sein, die Personalkosten, so ist für die Dauer der Verwendung eine der dienstrechtlichen Stellung des Bediensteten entsprechende freie Planstelle zu binden.

Diese Bestimmung ist nicht anzuwenden, wenn eine Person, die weder österreichischer Staatsbürger ist noch im Bundesdienst steht, im Ausland zu anderen als geistigen Arbeitsleistungen herangezogen wird.

(8) Wird in einem Planstellenbereich mit einem Bundesbediensteten oder einer anderen Person ein Werkvertrag abgeschlossen, der eine geistige Arbeitsleistung zum Gegenstand hat und

einen Auftrag beinhaltet, der eine Reihe von Leistungen umfaßt, deren Anzahl von vornherein nicht feststeht und deren Erfüllung einen längeren Zeitraum erfordert, ist für die Dauer des Werkvertrages eine der Wertigkeit der für das Werk aufgewendeten Arbeitsleistung entsprechende freie Planstelle zu binden, wenn durch den Werkvertrag die Arbeitskraft des Werkunternehmers zur Gänze in Anspruch genommen wird. Wird durch den Werkvertrag die Arbeitskraft des Werkunternehmers nur zu einem Teil in Anspruch genommen, ist eine entsprechende freie Planstelle eines Vertragsbediensteten der Kategorie B zu binden.

4. Umwandlung von Planstellen

(1) Eine freie Planstelle kann vom zuständigen Bundesminister im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler und dem Bundesminister für Finanzen in eine Planstelle der gleichen oder einer niedrigeren Dienstklasse (Dienststufe, Dienstzulagengruppe) einer niedrigeren Verwendungsgruppe desselben finanzgesetzlichen Ansatzes umgewandelt werden.

(2) Der Bundeskanzler kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen den Stellenplan einer Organisationsänderung anpassen, wenn diese Organisationsänderung Auswirkungen auf den Stellenplan hat.

5. Personalreserve

(1) Die Personalreserve enthält Planstellen, die vom Bundeskanzler einzelnen Planstellenbereichen über den im Planstellenverzeichnis festgesetzten Stand an gleichen Planstellen zugewiesen werden können. Für jede derart über den Stand in einer höheren Dienstklasse (Dienststufe) besetzte Planstelle hat eine Planstelle einer niedrigeren Dienstklasse (Dienststufe) in der gleichen Verwendungsgruppe des Planstellenbereiches unbesetzt zu bleiben.

(2) Eine in einem Planstellenbereich frei werdende Planstelle einer Dienstklasse (Dienststufe), für die aus der Personalreserve eine Planstelle zugewiesen ist, gilt als Planstelle der Personalreserve, solange in dieser Dienstklasse (Dienststufe) in der gleichen Verwendungsgruppe der tatsächliche Stand den systemisierten Stand im Planstellenverzeichnis übersteigt.

(3) Die Planstellen in der Personalreserve erhöhen sich um die Zahl der Beamten, die

STELLENPLAN 1989**I. Allgemeiner Teil**

- a) als Mitglieder eines Organs der Gesetzgebung, als Organ der Volksanwaltschaft, als Präsident bzw. Vizepräsident des Rechnungshofes, als Mitglied des Verfassungsgerichtshofes oder als Oberstes Organ der Vollziehung außer Dienst gestellt sind,
 - b) als Mitglieder des Nationalrates, des Bundesrates oder eines Landtages, die gemäß § 17 Abs. 1 und 2 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979 zur Ausübung des Mandates erforderliche freie Zeit gewährt erhalten,
 - c) zur Dienstleistung bei einer internationalen Organisation oder sonstigen internationalen Einrichtung sich im Urlaub gegen Entfall der Bezüge befinden,
 - d) zu einer Dienstleistung im Rahmen einer internationalen Organisation oder sonstigen Einrichtung,
 - e) zu einer Dienstleistung im Sinne des Bundesgesetzes vom 14. Juli 1965, BGBl. Nr. 233, oder im Rahmen einer Übernahme einer Schutz-machtfunktion durch die Republik Österreich herangezogen werden.
- Haben Beamte, die solcherart außer Dienst gestellt, beurlaubt oder herangezogen worden sind oder denen die erforderliche freie Zeit gewährt worden ist, ihren Dienst wieder aufgenommen, so entfällt diese Erhöhung in dem Zeitpunkt, in dem im betreffenden Planstellenbereich eine Planstelle der gleichen Art frei wird.
- (4) Die Absätze (1) bis (3) gelten für Beamte einer der Verwendungsgruppen PT 1 bis PT 9 sinngemäß.

S T E L L E N P L A N 1 9 8 9
Planstellenverzeichnis

Teil II.A

01 Präsidentschaftskanzlei

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)	2	1						8	11	1		1	12
B (b)								7	7		1	1	8
C (c)				1				15	16				16
D (d)					3			8	11	5		5	16
P1 (p1)						2			2				2
P3 (p3)								5	5	1		1	6
P4 (p4)										4		4	4
Summe...	2	1		1	3	2		43	52	11	1	12	64
Personalreserve...		3	1	1									

Gesamtsumme 01...	52	11	1	12	64
-------------------	----	----	---	----	----

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

02 Parlamentsdirektion

Allgem. Verwaltung und handwerkll. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)	1	15						28 *	44		2	2	46
B (b)			7					16	23	1		1	24
C (c)				6				27	33	2		2	35
D (d)					4			36 *	40 *	10		10	50
E (e)								33	33				33
P1 (p1)						1		1	2				2
P2 (p2)								10	10				10
P3 (p3)								9	9				9
P4 (p4)								9	9	11		11	20
P5 (p5)								10	10	13		13	23
Summe...	1	15	7	6	4	1		179	213	37	2	39	252

Gesamtsumme 02...	213	37	2	39	252
-------------------	-----	----	---	----	-----

Von den Beamten der Verwendungsgruppe A sind

6 Beamte gem. Art. 30(5) B-VG den parlamentarischen Klubs zugewiesen und

1 Beamter gem. §19 BDG dienstfreigestellt.

Von den Beamten der Verwendungsgruppe D sind 4 Beamte gem. Art. 30(5) B-VG den parlamentarischen Klubs zugewiesen.

Von den VB A(d) ist 1 Planstelle für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes vorgesehen.

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

03 Verfassungsgerichtshof

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)		1						13	14	7		7	21
B (b)			1					3	4				4
C (c)								11	11	6		6	17
D (d)								1	1	4		4	5
E (e)										5		5	5
P3 (p3)								1	1	1		1	2
P5 (p5)										5		5	5
Summe...		1	1					29	31	28		28	59

Gesamtsumme 03...	31	28		28	59
-------------------	----	----	--	----	----

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

04 Verwaltungsgerichtshof

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte				
A (a)		2						19 *	21	5	5	26
B (b)			1					2	3	1	1	4
C (c)				4				19	23	2	2	25
D (d)					1			4	5 *	10	10	15
E (e)								4	4	5	5	9
P2 (p2)								1	1			1
P3 (p3)								1	1	2	2	3
P5 (p5)										8	8	8
Summe...		2	1	4	1			50	58	33	33	91

Von den Beamten der Verwendungsgruppe A sind 2 Planstellen und
von den VB A(d) sind 2 Planstellen für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes vorgesehen.

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte		Gesamt- summe
Planstelle (Amtstitel)			
Präsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	1		1
Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	1		1
Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	10		10
Hofrat des Verwaltungsgerichtshofes.....	* 42		42
Summe...	54		54

Gesamtsumme 04...	112	33		33	145
-------------------	-----	----	--	----	-----

Von den Planstellen für Hofräte des Verwaltungsgerichtshofes sind 2 Planstellen für die Zeit des vorübergehenden
Bedarfes vorgesehen.

ST E L L E N P L A N 1 9 8 9
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

05 Volksanwaltschaft

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)		2						14	16				16
B (b)			1					5	6				6
C (c)								11	11	1		1	12
D (d)								3	3	3		3	6
P5 (p5)								2	2				2
Summe...		2	1					35	38	4		4	42
Personalreserve...	1												

Gesamtsumme 05...	38	4		4	42
-------------------	----	---	--	---	----

Teil II. A

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

06 Rechnungshof

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)	5	32						116	153	7	1	8	161
B (b)			24					54	78	4		4	82
C (c)				1				27	28	2		2	30
D (d)					3			12	15	10		10	25
E (e)								6	6	1		1	7
P1 (p1)								1	1				1
P2 (p2)								2	2				2
P4 (p4)										1		1	1
P5 (p5)								2	2	10		10	12
Summe...	5	32	24	1	3			220	285	35	1	36	321
Personalreserve...		46	6	2		1							

Gesamtsumme 06...	285	35	1	36	321
-------------------	-----	----	---	----	-----

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

10 Bundeskanzleramt

1000 Zentralleitung

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)	4	32						131	167	12		12	179
B (b)			8					117	125	42	2	44	169
C (c)				2				75	77	46	1	47	124
D (d)					1			9	10	117	3	120	130
E (e)								8	8	24		24	32
P1 (p1)								2	2				2
P2 (p2)								18	18				18
P3 (p3)								7	7	15		15	22
P4 (p4)								5	5	11		11	16
P5 (p5)										40	2	42	42
Summe...	4	32	8	2	1			372	419	307	8	315	734
Personalreserve...		26	23	1									

Summe 1000...	419	307	8	315	734
---------------	-----	-----	---	-----	-----

1001 Verwaltungsakademie

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)		1						5	6	3		3	9
B (b)								4	4				4
C (c)								4	4	2		2	6
D (d)								1	1	6		6	7
P3 (p3)								1	1				1
Summe...		1						15	16	11		11	27
Personalreserve...			1										

Summe 1001...	16	11		11	27
---------------	----	----	--	----	----

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II.A

1010 Staatsarchiv und Archivamt

Allgem. Verwaltung und handwerk1. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)		7						19	26	4		4	30
B (b)			4					15	19	5		5	24
C (c)				4				17	21	8		8	29
D (d)					2			12	14	15		15	29
E (e)								1	1	1		1	2
P1 (p1)								1	1				1
P2 (p2)								3	3	1		1	4
P3 (p3)								1	1	3		3	4
P4 (p4)								1	1	6		6	7
P5 (p5)										6		6	6
Summe...		7	4	4	2			70	87	49		49	136
Personalreserve...						1							

Summe 1010...	87	49		49	136
---------------	----	----	--	----	-----

1020 Statistisches Zentralamt

Allgem. Verwaltung und handwerk1. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)	1	18						57	76	7		7	83
B (b)			24					132	156	116	1	117	273
C (c)				20				139	159	240		240	399
D (d)					3			21	24	318	15	333	357
E (e)								15	15	12		12	27
P3 (p3)								8	8	5		5	13
P4 (p4)								6	6	31		31	37
P5 (p5)										22	1	23	23
Summe...	1	18	24	20	3			378	444	751	17	768	1.212

Summe 1020...	444	751	17	768	1.212
---------------	-----	-----	----	-----	-------

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

1030 Amt der Wiener Zeitung

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)		1						6	7	11		11	18
Summe...		1						6	7	11		11	18
Personalreserve...		2											

Summe 1030...	7	11		11	18
---------------	---	----	--	----	----

1031 Amt der Österreichischen Staatsdruckerei

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2					
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte		VB A	VB B	
A (a)		1						1				1
B (b)			5					51	56			56
C (c)				4				2	6			6
Summe...		1	5	4				53	63			63
Personalreserve...			2									

Summe 1031...	63				63
---------------	----	--	--	--	----

Gesamtsumme 10...	1.036	1.129	25	1.154	2.190
-------------------	-------	-------	----	-------	-------

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

11 Inneres

1100 Zentralleitung

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte				
A (a)	2	29						84	115	8		8 123
B (b)			3					221	224	42		42 266
C (c)				1				156	157	94		94 251
D (d)								122	122	64	2	66 188
E (e)								12	12	11		11 23
P1 (p1)								2	2			2
P2 (p2)								6	6	2		2 8
P3 (p3)								29	29	13		13 42
P4 (p4)								8	8	24		24 32
P5 (p5)								6	6	51		51 57
Summe...	2	29	3	1				646	681	309	2	311 992
Personalreserve...	1	21	44	6	3							

Summe 1100...	681	309	2	311	992
---------------	-----	-----	---	-----	-----

1130 Bundespolizei

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)	1	47						341	389	18	3	21	410
B (b)			10					329	339	11		11	350
C (c)				9				592	601	26		26	627
D (d)					8			380	388	626	10	636	1.024
E (e)								96	96				96
P1 (p1)						2		9	11	5		5	16
P2 (p2)								62	62	25		25	87
P3 (p3)								67	67	33		33	100
P4 (p4)								20	20	16	1	17	37
P5 (p5)										419	77	496	496
Summe...	1	47	10	9	8	2		1.896	1.973	1.179	91	1.270	3.243
Personalreserve...		28	25	5									

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

1130 (Fortsetzung)

Wachebeamte (Sicherheitswacht.)	Wachebeamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse(-stufe)								Summe Beamte		Gesamt- summe
	W1			W2				übrige Wache- beamte			
Verwendungsgruppe	VIII	VII	VI	V(3)	IV(3)	(2)	(1)				
W1	1	25	84					92	202	202	
W2				178	415	2.003	* 132	4.199	6.927	6.927	
W3								*3.193	3.193	3.193	
Summe...	1	25	84	178	415	2.003	132	7.484	10.322	10.322	
Personalreserve...	1	14		27							

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe W2(1) können bis zu 30 VB A(c) aufgenommen werden.
Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe W3 können bis zu 200 VB A(d) und 150 VB A/II aufgenommen werden.

Wachebeamte (Kriminaldienst)	Wachebeamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse(-stufe)								Summe Beamte		Gesamt- summe
	W1			W2				übrige Wache- beamte			
Verwendungsgruppe	VIII	VII	VI	V(3)	IV(3)	(2)	(1)				
W1		11	73					21	105	105	
W2				37	233	1.079	895		2.244	2.244	
Summe...		11	73	37	233	1.079	895	21	2.349	2.349	
Personalreserve...		11		81							

Summe 1130...	14.644	1.179	91	1.270	15.914
---------------	--------	-------	----	-------	--------

1140 Bundesgendarmerie

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte				
A (a)		2						2				2
B (b)								1				1
C (c)								25	2		2	27
D (d)								20	11		11	31
E (e)								6				6
P1 (p1)								2	5		5	7
P2 (p2)								23	23		23	46
P3 (p3)								9	25	1	26	35
P4 (p4)								4	49	3	52	56
P5 (p5)									187	400	587	587
(I/R)										5	5	5
(II/R)										53	53	53
Summe...		2						90	302	462	764	856
Personalreserve...				1		2	1					

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

1140 (Fortsetzung)

Wachebeamte (Gendameriedienst)	Wachebeamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse(-stufe)							Summe Beamte		Gesamt- summe
	W1			W2						
Verwendungsgruppe	VIII	VII	VI	V(3)	IV(3)	(2)	(1)			
W1	2	32	75					147	256	256
W2				245	198	2.355	*3.767	4.395	10.960	10.960
W3								* 441	441	441
Summe...	2	32	75	245	198	2.355	3.767	4.983	11.657	11.657
Personalreserve...	6	21		134	75	78				

Summe 1140...	11.749	302	462	764	12.513
---------------	--------	-----	-----	-----	--------

Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe W2(1) können bis zu 10 VB A(c) aufgenommen werden.
Auf Rechnung freier Planstellen der Verwendungsgruppe W3 können bis zu 40 VB A(d) und 25 VB A/II aufgenommen werden.

1150 Flüchtlingsbetreuung

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
A (a)									7		7	7
B (b)								19	14		14	33
C (c)								12	22		22	34
D (d)								9	15		15	24
P1 (p1)									1		1	1
P2 (p2)								2	7		7	9
P3 (p3)								8	12		12	20
P4 (p4)								12	18		18	30
P5 (p5)									34		34	34
Summe...							62	62	130		130	192

Summe 1150...	62	130		130	192
---------------	----	-----	--	-----	-----

1151 Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
C (c)								2	1		1	3
D (d)									5		5	5
P4 (p4)									3		3	3
P5 (p5)									3		3	3
Summe...							2	2	12		12	14

Summe 1151...	2	12		12	14
---------------	---	----	--	----	----

Gesamtsumme 11...	27.138	1.932	555	2.487	29.625
-------------------	--------	-------	-----	-------	--------

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

12 Unterricht und Sport

1200 Zentralleitung

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)	4	50						94	148				148
B (b)			21					91	112	9		9	121
C (c)				3				56	59	43		43	102
D (d)					5			17	22	87	6	93	115
E (e)								16	16	9		9	25
P1 (p1)								1	1				1
P2 (p2)								4	4				4
P3 (p3)								7	7	7		7	14
P4 (p4)								3	3	5		5	8
P5 (p5)								2	2	3		3	5
Summe...	4	50	21	3	5			291	374	163	6	169	543
Personalreserve...		29											

Summe 1200...	374	163	6	169	543
---------------	-----	-----	---	-----	-----

1240 Bundessportheime und Sporteinrichtungen

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)								7	7	2		2	9
B (b)								7	7	19	23	42	49
C (c)								6	6	20	1	21	27
D (d)								5	5	11		11	16
P1 (p1)										1		1	1
P2 (p2)								6	6	14		14	20
P3 (p3)								9	9	18	3	21	30
P4 (p4)								4	4	72	27	99	103
Summe...								44	44	157	54	211	255
Personalreserve...		2	1										

Teil II. A

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

1240 (Fortsetzung)

Lehrer(Vertr. Lehrer)	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte	Vertrags- lehrer		Summe VB	Gesamt- summe
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter			VB A	VB B		
Verw. (Entl.) Gruppe													
L1 (IL/11)								4	4	2		2	6
L2 (IL/12)								2	2	3		3	5
Summe...								6	6	5		5	11
Summe 1240...									50	162	54	216	266

1241 Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen

Allgem. Verwaltung und handwerk1. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							übrige Beamte	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2			VB A	VB B		
Verw. (Entl.) gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)								5	5	2		2	7
C (c)								5	5	4		4	9
P2 (p2)								2	2	4		4	6
P3 (p3)								8	8	16		16	24
P4 (p4)										28	2	30	30
Summe...								20	20	54	2	56	76
Personalreserve...			1										
Summe 1241...									20	54	2	56	76

1242 Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung

Allgem. Verwaltung und handwerk1. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							übrige Beamte	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2			VB A	VB B		
Verw. (Entl.) gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)								14	14	12		12	26
C (c)								1	1				1
D (d)								3	3	3		3	6
P4 (p4)										1		1	1
Summe...								18	18	16		16	34
Summe 1242...									18	16		16	34

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II.A

1243 Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)								19	19	1		1	20
B (b)								6	6	8	1	9	15
C (c)								7	7	17		17	24
D (d)								2	2	2	2	4	6
P2 (p2)										2		2	2
P3 (p3)										2		2	2
P4 (p4)								1	1	9	2	11	12
P5 (p5)											2	2	2
Summe...								35	35	41	7	48	83

Lehrer(Vertr. Lehrer)	Leiter							übrige	Summe Beamte	Vertrags- lehrer		Summe VB	Gesamt- summe
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter			VB A	VB B		
Verw. (Entl.)Gruppe								Lehrer					
L1 (IL/11)								27	27				27
Summe...								27	27				27

Summe 1243...	62	41	7	48	110
---------------	----	----	---	----	-----

1244 SHB - Medienzentrum

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)								8	8	1		1	9
B (b)								7	7	5		5	12
C (c)								3	3	14		14	17
D (d)										2		2	2
P2 (p2)										1		1	1
P4 (p4)										1		1	1
Summe...								18	18	24		24	42

Summe 1244...	18	24		24	42
---------------	----	----	--	----	----

Teil II. A

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

1260 Schulaufsichtsbehörden

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte				
A (a)		9						59	68	1	10	79
B (b)			1					303	304	140	4	448
C (c)								177	177	78	7	262
D (d)								67	67	127	16	210
E (e)								13	13	5		18
P2 (p2)								2	2	1		3
P3 (p3)								2	2	2		4
P4 (p4)								5	5	6	1	12
P5 (p5)										10	9	19
Summe...		9	1					628	638	370	47	1.055
Personalreserve...			7									

Lehrer(Vertr. Lehrer)	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte	Vertrags- lehrer		Summe VB	Gesamt- summe
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter			VB A	VB B		
Verw. (Entl.)Gruppe													
L1 (IL/11)								65	65				65
L2 (IL/12)								20	20				20
Summe...								85	85				85

Beamte des Schulaufsichtsdienstes	Beamte		Gesamt- summe
Verwendungsgruppe (Amtstitel)			
S1 (Landesschulinspektor)	75		75
S2 (Bezirks(Berufs)schulinspektor)	151		151
Summe...	226		226

Summe 1260...	949	370	47	417	1.366
---------------	-----	-----	----	-----	-------

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

1261 Schulpsychologie - Bildungsberatung

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV					
A (a)								* 133	133	2	2	4	137
B (b)								4	4	8	1	9	13
C (c)								8	8	4	8	12	20
D (d)										4	13	17	17
E (e)										1		1	1
Summe...								145	145	19	24	43	188
Personalreserve...		5											

Summe 1261...	145	19	24	43	188
---------------	-----	----	----	----	-----

Auf Rechnung freier Planstellen der Beamten der Verwendungsgruppe A können bis zu 30 Lehrer ernannt werden.

1270 Allgemeinbildende höhere Schulen

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte				
B (b)								1	1			1
C (c)								90	90	123	37	160 250
D (d)								126	126	104	43	147 273
P2 (p2)								2	2	3		3 5
P3 (p3)										5		5 5
P4 (p4)								109	109	395	17	412 521
P5 (p5)								16	16	128	332	460 476
(I/R)											88	88 88
Summe...								344	344	758	517	1.275 1.619
Personalreserve...					12							

STELLENPLAN 1989 **Planstellenverzeichnis**

Teil II. A

1270 (Fortsetzung)

Lehrer(Vertr. Lehrer)	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte	Vertrags- lehrer		Summe VB	Gesamt- summe
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter			VB A	VB B		
Verw. (Entl.) Gruppe													
L1 (IL/11)	314						2	11.104	11.420	340	209	549	11.969
L2 (IL/12)								380	380	15	16	31	411
L3 (IL/13)								5	5	5		5	10
(IIL/11)											3	6	6
(IIL/12)											2	2	2
(IIL/13)											1	1	1
Summe...	314						2	11.489	11.805	360	234	594	12.399

Summe 1270...	12.149	1.118	751	1.869	14.018
---------------	--------	-------	-----	-------	--------

1271 Höhere Internatsschulen des Bundes

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.) Gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte				
B (b)								6	6	1	1	7
C (c)								10	10	10	1	21
D (d)								3	3	9		12
E (e)								5	5			5
P1 (p1)								1	1			1
P2 (p2)								14	14	14		28
P3 (p3)								9	9	11		20
P4 (p4)								9	9	54	3	66
P5 (p5)								7	7	23	1	31
(I/R)											4	4
Summe...								64	64	122	9	195
Personalreserve...			2				1					

Lehrer(Vertr. Lehrer)	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte	Vertrags- lehrer		Summe VB	Gesamt- summe
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter			VB A	VB B		
Verw. (Entl.) Gruppe													
L1 (IL/11)	4			4			4	186	178	50	10	60	238
L2 (IL/12)								20	20	9	5	14	34
(IIL/11)											1	1	1
Summe...	4			4			4	186	198	59	16	75	273

Summe 1271...	262	181	25	206	468
---------------	-----	-----	----	-----	-----

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

1274 Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)											1	1	1
B (b)								3	3	2	1	3	6
C (c)								7	7	10		10	17
D (d)								1	1	8		8	9
P2 (p2)								5	5	5		5	10
P3 (p3)								5	5				5
P4 (p4)								7	7	21		21	28
P5 (p5)								1	1	11	3	14	15
(I/R)											2	2	2
Summe...								29	29	57	7	64	93
Personalreserve...			1										

Lehrer (Vertr. Lehrer)	Leiter								Summe Beamte	Vertrags- lehrer		Summe VB	Gesamt- summe
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter	übrige Lehrer		VB A	VB B		
Verw. (Entl.) Gruppe													
L1 (IL/11)	2						2	25	29	3	1	4	33
L2 (IL/12)								60	60	16	1	17	77
L3 (IL/13)								2	2	1	1	2	4
(IIL/11)											1	1	1
Summe...	2						2	87	91	20	4	24	115

Summe 1274...	120	77	11	88	208
---------------	-----	----	----	----	-----

1276 Konvikte und Schülerheime (Allgemeinbildende)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)								2	2	1		1	3
C (c)								5	5	15	2	17	22
D (d)								1	1	7		7	8
E (e)										1		1	1
P2 (p2)								2	2	3		3	5
P3 (p3)								1	1	5		5	6
P4 (p4)								9	9	28	1	29	38
P5 (p5)								1	1	34	9	43	44
Summe...								21	21	94	12	106	127

STELLENPLAN 1989 **Planstellenverzeichnis**

Teil II. A

1276 (Fortsetzung)

Lehrer(Vertr. Lehrer)	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte	Vertrags- lehrer		Summe VB	Gesamt- summe
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter			VB A	VB B		
Verw. (Entl.) Gruppe													
L1 (IL/11)			11					5	16	14	3	17	33
L2 (IL/12)								20	20	28	5	33	53
Summe...			11					25	36	42	8	50	86
Summe 1276...									57	136	20	156	213

1280 Technische und gewerbliche Lehranstalten

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige	VB A			VB B
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)								7	7	3	1	4	11
B (b)								52	52	194	3	197	249
C (c)								74	74	91	12	103	177
D (d)								78	78	111	13	124	202
E (e)								11	11				11
P1 (p1)								8	8	1		1	9
P2 (p2)								30	30	46		46	76
P3 (p3)								22	22	26		26	48
P4 (p4)								49	49	118	2	120	169
P5 (p5)								7	7	154	119	273	280
(I/R)											24	24	24
Summe. ...								338	338	744	174	918	1.256
Personalreserve. ...				1		2	1						

Lehrer(Vertr. Lehrer)	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte	Vertrags- lehrer		Summe VB	Gesamt- summe
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter			VB A	VB B		
Verw. (Entl.) Gruppe													
L1 (IL/11)	59				165			3.010	3.234	1	1	2	3.236
L2 (IL/12)					2			822	824	3	1	4	828
(IIL/11)											1	1	1
(IIL/12)											1	1	1
Summe...	59				167			3.832	4.058	4	4	8	4.066
Summe 1280...									4.396	748	178	926	5.322

S T E L L E N P L A N 1 9 8 9 **Planstellenverzeichnis**

Teil II. A

1281 Sozialakad., LA f. Fremdenverkehrs-, Sozial- u. wirtsch. Berufe

Allgem. Verwaltung und handwerk1. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)								14	14	7	2	9	23
C (c)								33	33	56	34	90	123
D (d)								19	19	55	6	61	80
E (e)										1		1	1
P2 (p2)								1	1	1		1	2
P3 (p3)								1	1	8		8	9
P4 (p4)								22	22	32	10	42	64
P5 (p5)								14	14	71	82	153	167
(I/R)											18	18	18
Summe...								104	104	231	152	383	487
Personalreserve...				1									

Lehrer(Vertr. Lehrer)	Leiter								Summe Beamte	Vertrags- lehrer		Summe VB	Gesamt- summe
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter	übrige Lehrer		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)Gruppe													
LPA (IL/lpa)	5							21	26				26
L1 (IL/11)	129					5		2.661	2.795	23	3	26	2.821
L2 (IL/12)	39					76		768	883	4	1	5	888
(IIL/11)											1	1	1
(IIL/12)											1	1	1
Summe...	173					81		3.450	3.704	27	6	33	3.737

Summe 1281...	3.808	258	158	416	4.224
---------------	-------	-----	-----	-----	-------

1282 Handelsakademien und Handelsschulen

Allgem. Verwaltung und handwerk1. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
C (c)								35	35	40	20	60	95
D (d)								32	32	56	14	70	102
E (e)										2		2	2
P2 (p2)										1		1	1
P3 (p3)								1	1	1		1	2
P4 (p4)								14	14	51	5	56	70
P5 (p5)								13	13	40	120	160	173
(I/R)											25	25	25
Summe...								95	95	191	184	375	470

Teil II. A

1282 (Fortsetzung)

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Lehrer(Vertr. Lehrer)	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte	Vertrags- lehrer		Summe VB	Gesamt- summe
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter			VB A	VB B		
Verw. (Entl.) Gruppe													
L1 (IL/11)	117							2.926	3.043	1	3	4	3.047
L2 (IL/12)								227	227	5		5	232
(IIL/11)											1	1	1
(IIL/12)											1	1	1
Summe...	117							3.153	3.270	6	5	11	3.281
Summe 1282...									3.365	197	189	386	3.751

1286 Konvikte, Internate und Schülerheime (Berufsbildende)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB A	VB B		
Verw. (Entl.) Gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte				
B (b)								6	6	10		16
C (c)								4	4	6	1	11
D (d)								1	1			1
P2 (p2)								2	2	2		4
P3 (p3)								1	1	3		4
P4 (p4)								6	6	13	3	22
P5 (p5)								3	3	22	2	27
Summe...								23	23	56	6	85

Summe 1286...									45	56	6	62	107
---------------	--	--	--	--	--	--	--	--	----	----	---	----	-----

STELLENPLAN 1989 **Planstellenverzeichnis**

Teil II. A

1290 Pädagogische Akademien

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)								1	1				1
B (b)								22	22	11	4	15	37
C (c)								17	17	23		23	40
D (d)								10	10	31	2	33	43
P2 (p2)								1	1	1		1	2
P3 (p3)										1		1	1
P4 (p4)								2	2	15	1	16	18
P5 (p5)										16	12	28	28
(I/R)											11	11	11
Summe...								53	53	98	30	128	181
Personalreserve...			1										

Lehrer(Vertr. Lehrer)	Leiter								Summe Beamte	Vertrags- lehrer		Summe VB	Gesamt- summe
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter	übrige Lehrer		VB A	VB B		
Verw. (Entl.) Gruppe													
LPA (IL/lpa)	22				21			344	387		1	1	388
L1 (IL/l1)					23			450	473	4	1	5	478
(IIL/lpa)											1	1	1
(IIL/l1)											1	1	1
Summe...	22				44			794	860	4	4	8	868

Summe 1290. ...	913	102	34	136	1.049
-----------------	-----	-----	----	-----	-------

1291 BA für Kindergartenpädagogik und Erzieher

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)								1	1				1
C (c)								4	4	7	7	14	18
D (d)								8	8	10	1	11	19
P2 (p2)								1	1				1
P4 (p4)								5	5	24	8	32	37
P5 (p5)										9	17	26	26
(I/R)											7	7	7
Summe...								19	19	50	40	90	109

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

1291 (Fortsetzung)

Lehrer (Vertr. Lehrer)	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte	Vertrags- lehrer		Summe VB	Gesamt- summe
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter			VB A	VB B		
Verw. (Entl.) Gruppe													
L1 (IL/11)	34				28			140	202	9	6	15	217
L2 (IL/12)								200	200	15	11	26	226
L3 (IL/13)								1	1	6		6	7
(IIL/11)											1	1	1
Summe...	34				28			341	403	30	18	48	451

Summe 1291...	422	80	58	138	560
---------------	-----	----	----	-----	-----

1292 Berufspädagogische Akademien

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A	B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.) Gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	Beamte					
B (b)							5	5	5		5	10
C (c)							6	6	7	1	8	14
D (d)							3	3	2		2	5
P3 (p3)							1	1				1
P4 (p4)							1	1	5	1	6	7
P5 (p5)									1	2	3	3
Summe...							16	16	20	4	24	40

Lehrer (Vertr. Lehrer)	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte	Vertrags- lehrer		Summe VB	Gesamt- summe
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter			VB A	VB B		
Verw. (Entl.) Gruppe													
LPA (IL/lpa)	4				12			46	62				62
L1 (IL/11)								22	22				22
Summe...	4				12			68	84				84

Summe 1292...	100	20	4	24	124
---------------	-----	----	---	----	-----

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II.A

1293 Bundesanstalten für Leibeserziehung

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)								1	1				1
B (b)								2	2	3		3	5
C (c)								4	4	11	1	12	16
D (d)								6	6	6		6	12
P2 (p2)								2	2	2		2	4
P3 (p3)								2	2	3		3	5
P4 (p4)								5	5	4		4	9
P5 (p5)										5	1	6	6
(I/R)											2	2	2
Summe...								22	22	34	4	38	60

Lehrer(Vertr. Lehrer)	Leiter								Summe Beamte	Vertrags- lehrer		Summe VB	Gesamt- summe
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter	übrige Lehrer		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)Gruppe													
L1 (IL/11)	4				10			7	21		1	1	22
L2 (IL/12)								1	1				1
(IIL/11)											1	1	1
Summe...	4				10			8	22		2	2	24

Summe 1293...	44	34	6	40	84
---------------	----	----	---	----	----

1294 Pädagogische Institute

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)								7	7	2		2	9
C (c)								4	4	10	5	15	19
D (d)								1	1	10	1	11	12
P4 (p4)										6		6	6
Summe...								12	12	28	6	34	46

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

1294 (Fortsetzung)

Lehrer(Vertr. Lehrer)	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte	Vertrags- lehrer		Summe VB	Gesamt- summe
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter			VB A	VB B		
Verw. (Entl.) Gruppe													
LPA (IL/lpa)	21				44			43	108				108
L1 (IL/l1)								45	45		1	1	46
Summe...	21				44			88	153		1	1	154

Summe 1294...	165	28	7	35	200
---------------	-----	----	---	----	-----

Gesamtsumme 12...	27.482	3.884	1.587	5.471	32.953
-------------------	--------	-------	-------	-------	--------

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II.A
13 Kunst
1320 Hofmusikkapelle

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)								1	1		1	1	2
D (d)										1		1	1
(I/R)											6	6	6
Summe ..								1	1	1	7	8	9
Personalreserve...			1										

Gesamtsumme 13...	1	1	7	8	9
-------------------	---	---	---	---	---

Gesamtsumme 12+13...	27.483	3.885	1.594	5.479	32.962
----------------------	--------	-------	-------	-------	--------

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A
14 Wissenschaft und Forschung
1400 Zentralleitung

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2					
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte				
A (a)	2	15						68	85			85
B (b)			8					51	59	1	1	60
C (c)				1				9	10			10
D (d)										5	5	5
Summe...	2	15	8	1				128	154	6	6	160
Personalreserve...	1	25	7									

Summe 1400. ...	154	6		6	160
-----------------	-----	---	--	---	-----

1420 Universitäten

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2					
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte				
A (a)		9						567	576	100	100	676
B (b)			6					590	596	997	1.148	1.744
C (c)								385	385	1.004	1.131	1.516
D (d)								158	158	490	549	707
E (e)								61	61	37	37	98
P1 (p1)								50	50	13	13	63
P2 (p2)								62	62	62	62	124
P3 (p3)								46	46	108	110	156
P4 (p4)								43	43	176	179	222
P5 (p5)								8	8	94	104	112
(II/K)										27	32	32
Summe...		9	6					1.970	1.985	3.108	3.465	5.450
Personalreserve...		10	2	10	3	5						

Lehrer(Vertr. Lehrer)	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte	Vertrags- lehrer		Summe VB	Gesamt- summe
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter			VB A	VB B		
Verw. (Entl.)Gruppe													
L1 (IL/11)		12						120	132	43	25	68	200
L2 (IL/12)								39	39				39
Summe...		12						159	171	43	25	68	239

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

1420 (Fortsetzung)

Hochschullehrer	Beamte	Vertrags- assistenten		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Verwendungsgruppe (Amtstitel)					
Ordentlicher Universitätsprofessor	1.152				1.152
Außerordentlicher Universitätsprofessor	580				580
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	4.226	330	80	410	4.636
Summe...	5.958	330	80	410	6.368

Summe 1420...	8.114	3.481	462	3.943	12.057
---------------	-------	-------	-----	-------	--------

1421 Universitäten (zweckgebundene Gebarung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV			VB			
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)										1	1	2	2
B (b)										15	9	24	24
C (c)										5	1	6	6
D (d)										1	1	2	2
E (e)										1		1	1
P1 (p1)										2		2	2
P2 (p2)										1		1	1
P3 (p3)										5		5	5
P4 (p4)										1		1	1
P5 (p5)										1	1	2	2
Summe...										33	13	46	46

Hochschullehrer	Beamte	Vertrags- assistenten		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Verwendungsgruppe (Amtstitel)					
Universitätsassistent (Vertragsassistent)		10	12	22	22
Summe...		10	12	22	22

Summe 1421...		43	25	68	68
---------------	--	----	----	----	----

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II.A

1423 Bibliotheken

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B			
	Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV		IV					
A (a)		8						226	234	*	6	8	14	248
B (b)			3					315	318	*	74	21	95	413
C (c)								113	113		106	5	111	224
D (d)								40	40		112	9	121	161
P2 (p2)											1		1	1
P3 (p3)											1		1	1
P4 (p4)								5	5		1		1	6
P5 (p5)											8	2	10	10
Summe...		8	3					699	710		309	45	354	1.064
Personalreserve...		12	4	4	2									

Summe 1423...	710	309	45	354	1.064
---------------	-----	-----	----	-----	-------

Von den VB A(a) sind 3 Planstellen für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes vorgesehen.
Von den VB A(b) sind 5 Planstellen für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes vorgesehen.

1424 Wissenschaftliche Anstalten

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)		2						141	143	11		11	154
B (b)								49	49	15	3	18	67
C (c)								36	36	35	1	36	72
D (d)								16	16	20		20	36
P2 (p2)								2	2				2
P3 (p3)								4	4	5		5	9
P4 (p4)								3	3	3		3	6
P5 (p5)										1	1	2	2
Summe...		2						251	253	90	5	95	348
Personalreserve...		7	2	1	1								

Summe 1424...	253	90	5	95	348
---------------	-----	----	---	----	-----

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

1425 Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2					
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte		VB A	VB B	
A (a)										1		1
B (b)										1		1
Summe...										2		2

Summe 1425...		2		2	2
---------------	--	---	--	---	---

1426 Bundesvers. - und Forschungsanst. Arsenal (betr. ähnl. Einr.)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2					
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte		VB A	VB B	
A (a)		4						51	55	7	2	64
B (b)			5					46	51	* 16	3	70
C (c)				2				31	33	* 23		56
D (d)								3	3	4		7
P1 (p1)						3		6	9			9
P2 (p2)								12	12			12
P3 (p3)								9	9			9
P4 (p4)								3	3	1		4
Summe...		4	5	2		3		161	175	51	5	231
Personalreserve...		4	4									

Summe 1426...	175	51	5	56	231
---------------	-----	----	---	----	-----

Von den VB A(b) ist 1 Planstelle für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes vorgesehen.
 Von den VB A(c) ist 1 Planstelle für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes vorgesehen.

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II.A

1430 Kunsthochschulen

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2					
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte	VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe												
A (a)								15	15	2	2	17
B (b)								35	35	27	5	67
C (c)								27	27	60	8	95
D (d)								25	25	27	1	53
E (e)								24	24	56		80
P1 (p1)								3	3	4	4	7
P2 (p2)								10	10	7	7	17
P3 (p3)								6	6	7	2	15
P4 (p4)								2	2	2	2	4
P5 (p5)								4	4	13	2	19
Summe...								151	151	205	18	374
Personalreserve...		2	2		1							

Lehrer (Vertr. Lehrer)	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte	Vertrags- lehrer		Summe VB	Gesamt- summe
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter			VB A	VB B		
Verw. (Entl.)Gruppe													
L1 (IL/11)								96	96	63	5	68	164
Summe...								96	96	63	5	68	164

Hochschullehrer	Beamte	Vertrags- assistenten		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Verwendungsgruppe (Amtstitel)					
Ordentlicher Hochschulprofessor	393				393
Hochschulassistent (Vertragsassistent)	126				126
Summe...	519				519

Summe 1430...	766	268	23	291	1.057
---------------	-----	-----	----	-----	-------

1431 Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2					
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte	VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe												
B (b)										1	1	1
Summe...										1	1	1

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

1431 (Fortsetzung)

Hochschullehrer	Beamte	Vertrags- assistenten		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Verwendungsgruppe (Amtstitel)					
Hochschulassistent (Vertragsassistent)		1		1	1
Summe...		1		1	1

Summe 1431...		1	1	2	2
---------------	--	---	---	---	---

1440 Museen

Allgem. Verwaltung und handwerkkl. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)		9						117	126	21	6	27	153
B (b)			1					41	42	29	6	35	77
C (c)								52	52	53	1	54	106
D (d)								48	48	153	5	158	206
E (e)								44	44	126	19	145	189
P1 (p1)								2	2				2
P2 (p2)								11	11	7		7	18
P3 (p3)								9	9	22		22	31
P4 (p4)								5	5	21	1	22	27
P5 (p5)								2	2	30		30	32
Summe...		9	1					331	341	462	38	500	841
Personalreserve...		1			2	2							

Summe 1440...	341	462	38	500	841
---------------	-----	-----	----	-----	-----

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II.A

1450 Bundesdenkmalamt

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV		IV				
A (a)		2						61	63	17	2	19	82
B (b)								21	21	6	1	7	28
C (c)								14	14	11	1	12	26
D (d)								8	8	9	2	11	19
E (e)								2	2	3		3	5
P2 (p2)								1	1	1		1	2
P3 (p3)								3	3				3
P4 (p4)										1		1	1
P5 (p5)											1	1	1
Summe...		2						110	112	48	7	55	167
Personalreserve...		7	1										

Summe 1450...	112	48	7	55	167
---------------	-----	----	---	----	-----

Gesamtsumme 14...	10.625	4.761	611	5.372	15.997
-------------------	--------	-------	-----	-------	--------

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

15 Soziales

1500 Zentralleitung

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)	3	40						118	161	8	1	9	170
B (b)			4					106	110	11		11	121
C (c)				1				40	41	23	2	25	66
D (d)								11	11	42	6	48	59
E (e)								1	1	1		1	2
P2 (p2)								1	1				1
P3 (p3)								2	2	1		1	3
P4 (p4)										1		1	1
Summe...	3	40	4	1				279	327	87	9	96	423
Personalreserve...	3	13	26										

Summe 1500...	327	87	9	96	423
---------------	-----	----	---	----	-----

1550 Landesarbeitsämter

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)		13						194	207	26	1	27	234
B (b)			50					1.768	1.818	315	9	324	2.142
C (c)								263	263	70	7	77	340
D (d)								171	171	148	30	178	349
E (e)								7	7	7		7	14
P2 (p2)								9	9				9
P3 (p3)								29	29	9		9	38
P4 (p4)								2	2	3	1	4	6
P5 (p5)								1	1	15	84	99	100
Summe...		13	50					2.444	2.507	593	132	725	3.232
Personalreserve...		1	18	15	4								

Summe 1550...	2.507	593	132	725	3.232
---------------	-------	-----	-----	-----	-------

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II.A

1570 Landesinvalidenämter

Allgem. Verwaltung und handwerkll. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)		3						65	68	15	16	31	99
B (b)			1					384	385	15	2	17	402
C (c)								142	142	21	3	24	166
D (d)								51	51	51	8	59	110
E (e)								2	2				2
P2 (p2)								1	1				1
P3 (p3)								1	1	3		3	4
P4 (p4)										3		3	3
P5 (p5)										5	6	11	11
Summe...		3	1					646	650	113	35	148	798
Personalreserve...		1	24	6									

Summe 1570...	650	113	35	148	798
---------------	-----	-----	----	-----	-----

1572 Bundesstaatl. Prothesenwerkstätten (betriebsähnll. Einricht.)

Allgem. Verwaltung und handwerkll. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)								2	2				2
C (c)										2		2	2
D (d)								1	1	16		16	17
P5 (p5)										1		1	1
(II/K)										5		5	5
Summe...								3	3	24		24	27

Summe 1572...	3	24		24	27
---------------	---	----	--	----	----

1590 Heimarbeitskommissionen, Schlichtungsstellen

Allgem. Verwaltung und handwerkll. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)								1	1	5		5	6
C (c)								1	1				1
D (d)								1	1				1
Summe...								3	3	5		5	8

Summe 1590...	3	5		5	8
---------------	---	---	--	---	---

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

1592 Arbeitsinspektion

Allgem. Verwaltung und handwerk1. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige	VB A			VB B
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)		9						81	90	34		34	124
B (b)								112	112	25		25	137
C (c)								43	43	22		22	65
D (d)								19	19	19	7	26	45
E (e)								1	1				1
P3 (p3)								12	12	4		4	16
P5 (p5)										2	7	9	9
Summe...		9						268	277	106	14	120	397
Personalreserve...		9	18	5									

Summe 1592...	277	106	14	120	397
---------------	-----	-----	----	-----	-----

Gesamtsumme 15...	3.767	928	190	1.118	4.885
-------------------	-------	-----	-----	-------	-------

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A
17 Bundeskanzleramt - Gesundheit
1700 Zentralleitung

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte	Summe Beamte	VB A	VB B	Summe VB	Gesamt- summe
A (a)	1	21						66	88	31	2	33	121
B (b)			2					44	46	16		16	62
C (c)				1				15	16	13	1	14	30
D (d)								6	6	33	2	35	41
E (e)								1	1				1
Summe...	1	21	2	1				132	157	93	5	98	255
Personalreserve...	1	6	5										

Summe 1700...	157	93	5	98	255
---------------	-----	----	---	----	-----

1790 Lebensmitteluntersuchungsanstalten

Allgem. Verwaltung und handwerk. l. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)		4						58	62	17	1	18	80
B (b)								53	53	19	2	21	74
C (c)								16	16	11	1	12	28
D (d)								1	1	15		15	16
E (e)								1	1				1
P3 (p3)								1	1				1
P4 (p4)										14		14	14
Summe...		4						130	134	76	4	80	214
Personalreserve...		1		2									

Summe 1790...	134	76	4	80	214
---------------	-----	----	---	----	-----

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

1792 Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)		8						54	62	35	2	37	99
B (b)								44	44	45	5	50	94
C (c)								11	11	15		15	26
D (d)								9	9	46	2	48	57
E (e)										1		1	1
P1 (p1)								1	1	1		1	2
P3 (p3)								1	1	18		18	19
P4 (p4)								1	1	31	2	33	34
Summe...		8						121	129	192	11	203	332
Personalreserve...			1										

Summe 1792...	129	192	11	203	332
---------------	-----	-----	----	-----	-----

1794 Bundeshebammenlehranstalten

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
C (c)								2	2				2
Summe...								2	2				2
Personalreserve...				1									

Summe 1794...	2				2
---------------	---	--	--	--	---

S T E L L E N P L A N 1 9 8 9
Planstellenverzeichnis

Teil II.A

1795 Veterinärmedizinische Anstalten

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte				
A (a)		2						29	31	6	6	37
B (b)								24	24	16	16	40
C (c)								17	17	47	47	64
D (d)								2	2	45	45	47
P1 (p1)								2	2	2	2	4
P2 (p2)								4	4	2	2	6
P3 (p3)								7	7	9	9	16
P4 (p4)								2	2	17	17	19
Summe...		2						87	89	144	144	233
Personalreserve...		3		2								

Summe 1795...	89	144		144	233
---------------	----	-----	--	-----	-----

1796 Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte				
A (a)								11	11	16	6	33
Summe...								11	11	16	6	33

Summe 1796...	11	16	6	22	33
---------------	----	----	---	----	----

Gesamtsumme 17...	522	521	26	547	1.069
-------------------	-----	-----	----	-----	-------

Gesamtsumme 10+17...	1.558	1.650	51	1.701	3.259
----------------------	-------	-------	----	-------	-------

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

18 Umwelt, Jugend, Familie

1800 Zentralleitung

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)		8						60	68	10		10	78
B (b)			3					54	57	9		9	66
C (c)								30	30	6		6	36
D (d)								8	8	14	2	16	24
E (e)								2	2	6		6	8
P2 (p2)								2	2				2
P4 (p4)										1		1	1
Summe...		8	3					156	167	46	2	48	215
Personalreserve...	2	4	3	1									

Summe 1800...	167	46	2	48	215
---------------	-----	----	---	----	-----

1841 Außerschulische Jugendberziehung

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)								* 6	6				6
B (b)								* 2	2				2
Summe...								8	8				8

Summe 1841...	8				8
---------------	---	--	--	--	---

Auf Rechnung freier Planstellen der übrigen Beamten der Verwendungsgruppe A können Lehrer ernannt werden.
Auf Rechnung freier Planstellen der übrigen Beamten der Verwendungsgruppe B können Lehrer ernannt werden.

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

1870 Umweltbundesamt

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)		1						41	42	20		20	62
B (b)								25	25	30	2	32	57
C (c)								14	14	20		20	34
D (d)								13	13	8	3	11	24
E (e)								1	1	2		2	3
P3 (p3)								2	2	3		3	5
P4 (p4)								2	2	1		1	3
Summe...		1						98	99	84	5	89	188

Summe 1870...	99	84	5	89	188
---------------	----	----	---	----	-----

Gesamtsumme 18...	274	130	7	137	411
-------------------	-----	-----	---	-----	-----

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

20 Äußeres

2000 Zentralleitung und Vertretungsbehörden (2010)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte				
A (a)	5	61						277	343	15	15	358
B (b)			5					177	182	35	1	218
C (c)				1				31	32	96	1	129
D (d)								28	28	385	8	421
E (e)								20	20	47	1	68
P2 (p2)								1	1	1	1	2
P3 (p3)								9	9	15	15	24
P5 (p5)										6	6	12
(I/R)										60	6	66
(II/R)										35	11	46
Summe...	5	61	5	1				543	615	695	34	1.344
Personalreserve...	1	128	49	3	1							

Summe 2000...	615	695	34	729	1.344
---------------	-----	-----	----	-----	-------

2020 Diplomatische Akademie

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte				
A (a)		1						1	2			2
B (b)			1						1			1
C (c)										1	1	1
D (d)								1	1	1	1	2
E (e)								1	1	1	1	2
P2 (p2)										1	1	1
P3 (p3)								1	1			1
P4 (p4)										7	1	8
P5 (p5)										3	1	4
Summe...		1	1					4	6	14	2	22
Personalreserve...		1										

Summe 2020...	6	14	2	16	22
---------------	---	----	---	----	----

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

2030 Österreichische Kulturinstitute

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)								18	18	6		6	24
B (b)								8	8	4		4	12
C (c)								1	1	4		4	5
D (d)								1	1	16	1	17	18
E (e)								1	1				1
P5 (p5)										1		1	1
(I/R)										6	1	7	7
(II/R)										6		6	6
Summe...								29	29	43	2	45	74
Personalreserve...		6	3										

Summe 2030...	29	43	2	45	74
---------------	----	----	---	----	----

Gesamtsumme 20...	650	752	38	790	1.440
-------------------	-----	-----	----	-----	-------

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

30 Justiz

3000 Zentralleitung

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)	3	* 30						* 43	76				76
B (b)			5					21	26				26
C (c)				2				31	33	5		5	38
D (d)					4			10	14	20		20	34
E (e)								2	2	1		1	3
P2 (p2)										1		1	1
P3 (p3)								2	2	5		5	7
P5 (p5)										2		2	2
Summe...	3	30	5	2	4			109	153	34		34	187
Personalreserve...	1	11	7	1									

Summe 3000...	153	34		34	187
---------------	-----	----	--	----	-----

Von den übrigen Beamten der Verwendungsgruppe A ist 1 Planstelle für den vorübergehenden Bedarf vorgesehen.
Von den Beamten der Verwendungsgruppe A können 6 Planstellen der Dienstklasse VIII mit Generalanwälten (für Sektions- und Abteilungsleiter) und die Planstellen der übrigen Beamten mit Staatsanwälten besetzt werden.

3010 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
B (b)			1					6	7				7
C (c)								4	4	6		6	10
D (d)								7	7	11		11	18
E (e)								2	2				2
P3 (p3)								2	2	1		1	3
Summe...			1					21	22	18		18	40

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte		Gesamt- summe
Planstelle (Amtstitel)			
Präsident des Obersten Gerichtshofes.....	1		1
Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes.....	2		2
Senatspräsident des Obersten Gerichtshofes.....	13		13
Hofrat des Obersten Gerichtshofes.....	42		42
Summe...	58		58

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

3010 (Fortsetzung)

Staatsanwälte	Beamte		Gesamtsumme
Planstelle (Amtstitel)			
Generalprokurator	1		1
Erster Generalanwalt	3		3
Generalanwalt	10		10
Summe...	14		14

Summe 3010...	94	18	18	112
---------------	----	----	----	-----

3020 Justizbehörden in den Ländern

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)								1	1	5		5	6
B (b)			78					976	1.054	125		125	1.179
C (c)				80				1.303	1.383	498	14	512	1.895
D (d)					100			755	855	854	109	963	1.818
E (e)								54	54 *	32		32	86
P1 (p1)								1	1				1
P2 (p2)								3	3				3
P3 (p3)								44	44	10		10	54
P4 (p4)								11	11	12	4	16	27
P5 (p5)								20	20	116	133	249	269
Summe...			78	80	100			3.168	3.426	1.652	260	1.912	5.338
Personalreserve...			102										

Von den VB A(e) sind 7 Planstellen für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes vorgesehen.

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

3020 (Fortsetzung)

Richter und Richteramtsanwärter	Beamte		Gesamt- summe
Planstelle (Amtstitel)			
Präsident des Oberlandesgerichtes.....	4		4
Vizepräsident des Oberlandesgerichtes.....	4		4
Senatspräsident des Oberlandesgerichtes.....	56		56
Richter des Oberlandesgerichtes.....	117		117
Präsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	21		21
Vizepräsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	33		33
Übrige Richter.....	* 1.307		1.307
Richteramtsanwärter.....	88		88
Summe...	1.630		1.630

Von den übrigen Richtern sind

6 Planstellen für das Evidenzbüro des Obersten Gerichtshofes und
 22 Planstellen zur Vertretung gem. Pkt. 2(5) des Allgemeinen Teiles vorgesehen und es können
 16 Planstellen zur Verwendung in der Zentralleitung herangezogen werden.

Staatsanwälte	Beamte		Gesamt- summe
Planstelle (Amtstitel)			
Leitender Oberstaatsanwalt	4		4
Erster Oberstaatsanwalt	4		4
Oberstaatsanwalt.....	* 10		10
Leitender Staatsanwalt	17		17
Erster Staatsanwalt	17		17
Staatsanwalt	* 152		152
Summe...	204		204

Summe 3020...	5.260	1.652	260	1.912	7.172
---------------	-------	-------	-----	-------	-------

Von den Oberstaatsanwälten ist 1 Planstelle für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes vorgesehen.

Von den Staatsanwälten können

3 Planstellen für eine Verwendung in der Zentralleitung herangezogen werden und sind
 2 Planstellen zur Vertretung gem. Pkt. 2(5) des Allgemeinen Teiles vorgesehen.

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II.A

3030 Justizanstalten

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)		1						68	69	19	11	30	99
B (b)								69	69	35	2	37	106
C (c)								41	41	20		20	61
D (d)								8	8	34	1	35	43
P1 (p1)								6	6	2		2	8
P2 (p2)										4		4	4
P3 (p3)								3	3	8		8	11
P4 (p4)										1		1	1
P5 (p5)										1		1	1
Summe...		1						195	196	124	14	138	334
Personalreserve...		6	6	1									

Lehrer(Vertr. Lehrer)	Leiter								Summe Beamte	Vertrags- lehrer		Summe VB	Gesamt- summe
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter	übrige Lehrer		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)Gruppe													
L2 (IL/12)	2							15	17				17
L3 (IL/13)										1		1	1
(IIL/12)											3	3	3
Summe...	2							15	17	1	3	4	21

Wachebeamte (Justizwachdienst)	Wachebeamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse(-stufe)								Summe Beamte		Gesamt- summe
	W1			W2				übrige Wache- beamte			
Verwendungsgruppe	VIII	VII	VI	V(3)	IV(3)	(2)	(1)				
W1		5	21					53	79		79
W2				30	51	406	1.043	1.043	2.573		2.573
W3								341	341		341
Summe...		5	21	30	51	406	1.043	1.437	2.993		2.993
Personalreserve...		4	5	20		34					

Summe 3030...	3.206	125	17	142	3.348
---------------	-------	-----	----	-----	-------

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

3050 Bewährungshilfe

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2					
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte		VB A	VB B	
A (a)		1						15	16			16
B (b)			3					180	183	31	2	33
C (c)										2		2
D (d)										2		2
Summe...		1	3					195	199	35	2	37
Personalreserve...		1										

Summe 3050...	199	35	2	37	236
---------------	-----	----	---	----	-----

Gesamtsumme 30...	8.912	1.864	279	2.143	11.055
-------------------	-------	-------	-----	-------	--------

STELLENPLAN 1989 **Planstellenverzeichnis**

Teil II.A

40 Militärische Angelegenheiten

4000 Zentralleitung

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte				
A (a)	1	25						80	106	2	2	108
B (b)			20					250	270	3	3	273
C (c)				1				174	175	20	20	195
D (d)					3			86	89	285	10	384
E (e)								12	12	3	3	15
P2 (p2)								2	2			2
P3 (p3)								20	20			20
P4 (p4)								2	2			2
P5 (p5)								10	10	22	4	36
Summe...	1	25	20	1	3			636	686	335	14	1.035
Personalreserve...		10	61	5								

Summe 4000...	686	335	14	349	1.035
---------------	-----	-----	----	-----	-------

4010 Militärpersonen und Heeresverwaltung

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte				
A (a)		3						70	73	51	15	139
B (b)			11					830	841	83	1	925
C (c)				195				9.683	* 9.878	* 123		10.001
D (d)					14			3.935	* 3.949	* 270	36	4.255
E (e)								15	* 15	* 13		28
P1 (p1)						100		458	* 558	* 98		656
P2 (p2)							40	943	* 983	* 224		1.207
P3 (p3)								844	* 844	* 358		1.202
P4 (p4)								184	* 184	* 108		292
P5 (p5)								61	* 61	* 92	32	185
(I/R)											45	45
Summe...		3	11	195	14	100	40	17.023	17.386	1.420	129	18.935
Personalreserve...		3	68	155	14	64						

Von den Beamten und VB A, ausgenommen Beamte der Verwendungsgruppen A und B bzw. VB A der Entlohnungsgruppen a und b, können 11.580 Planstellen mit Bediensteten in Ausübung einer UO-Funktion gem. §11 Wehrgesetz besetzt oder von zVS gebunden werden.

Von den Beamten der Verwendungsgruppe C können 208 Planstellen für eine Verwendung in der Zentralleitung herangezogen werden.

Von den Beamten der Verwendungsgruppe D können 2 Planstellen für eine Verwendung in der Zentralleitung herangezogen werden.

Von den VB A(c) kann 1 Planstelle für eine Verwendung in der Zentralleitung herangezogen werden.

Von den VB A(d) können 2 Planstellen für eine Verwendung in der Zentralleitung herangezogen werden.

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

4010 (Fortsetzung)

Lehrer (Vertr. Lehrer)	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte	Vertrags- lehrer		Summe VB	Gesamt- summe
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter			VB A	VB B		
Verw. (Entl.) Gruppe													
L2 (IL/12)								33	33				33
Summe...								33	33				33

Berufsoffiziere und zeitverpfl. Soldaten	Berufsoffiziere der Verwendungsgruppe/Dienstkl.							zvS	Summe Beamte		Gesamt- summe
	H1			H2			übrige Berufs Offiz.				
Verwendungsgruppe	IX	VIII	VII	VIII	VII	VI					
H1	4	59	155				264		* 482		482
H2					198	411	2.145		* 2.754		2.754
H3								37	* 37		37
H4								5	5		5
Summe...	4	59	155		198	411	2.409	42	3.278		3.278
Personalreserve...	1	63	26	11	180	70					

Summe 4010...	20.697	1.420	129	1.549	22.246
---------------	--------	-------	-----	-------	--------

Von den Berufsoffizieren der Verwendungsgruppe H1 können

168 Planstellen für eine Verwendung in der Zentralleitung herangezogen und

7 Planstellen für Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften gebunden werden.

Auf Rechnung von freien Planstellen der Berufsoffiziere der Verwendungsgruppe H1 können Beamte der Verwendungsgruppe A ernannt werden.

Von den Berufsoffizieren der Verwendungsgruppe H2 können

180 Planstellen für eine Verwendung in der Zentralleitung herangezogen und

1 Planstelle für eine Verwendung im Heeresgeschichtlichen Museum herangezogen werden.

Auf Rechnung von freien Planstellen der Berufsoffiziere der Verwendungsgruppe H2 können bis zu 50 Beamte der Verwendungsgruppe B ernannt werden.

Von den zvS der Verwendungsgruppe H3 kann 1 Planstelle für eine Verwendung in der Zentralleitung herangezogen werden.

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

4040 Heeresgeschichtl. Museum, Militärwissenschaftl. Institut

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte				
A (a)								13	13			13
B (b)								11	11			11
C (c)								5	5			5
D (d)								8	8	12		20
E (e)								5	5	18		23
P1 (p1)								6	6			6
P2 (p2)								5	5	4		9
P3 (p3)								1	1	1		2
P4 (p4)								1	1	1		2
P5 (p5)								1	1	1		2
Summe...								56	56	37		93
Personalreserve...		2	1				2	1				

Summe 4040...	56	37		37	93
---------------	----	----	--	----	----

4050 Allentsteig (betriebsähn. Einrichtung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte				
A (a)		1						1				1
C (c)								1	1			1
(I/K)										22		22
(II/K)										44	13	57
Summe...		1						1	2	66	13	81

Summe 4050...	2	66	13	79	81
---------------	---	----	----	----	----

Gesamtsumme 40...	21.441	1.858	156	2.014	23.455
-------------------	--------	-------	-----	-------	--------

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II.A

50 Finanzverwaltung

5000 Zentralleitung

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)	6	50						215	* 271	9		9	280
B (b)			9					223	232	30		30	262
C (c)				1				121	122	51	1	52	174
D (d)								34	34	90	5	95	129
E (e)								32	32	14		14	46
P1 (p1)						4		5	9				9
P2 (p2)								8	8				8
P3 (p3)								7	7				7
P4 (p4)								10	10	2		2	12
P5 (p5)								15	15	32		32	47
Summe...	6	50	9	1		4		670	740	228	6	234	974
Personalreserve...		77	76	6									

Summe 5000...	740	228	6	234	974
---------------	-----	-----	---	-----	-----

Von den Beamten der Verwendungsgruppe A sind 6 Planstellen für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes vorgesehen.

5040 Finanzlandesdirektionen

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)	3	183						797	983	3	1	4	987
B (b)			588					5.044	5.632	73	4	77	5.709
C (c)				250				4.508	4.758	793	30	823	5.581
D (d)					48			438	486	581	21	602	1.088
E (e)								33	33	37		37	70
P1 (p1)						5		11	16	1		1	17
P2 (p2)							1	28	29	1		1	30
P3 (p3)								84	84	10		10	94
P4 (p4)								87	87	43	4	47	134
P5 (p5)								75	75	230	127	357	432
(II/R)											23	23	23
Summe...	3	183	588	250	48	5	1	11.105	12.183	1.772	210	1.982	14.165
Personalreserve...			33	231									

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A
5040 (Fortsetzung)

Wachebeamte (Zollwachdienst)	Wachebeamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse(-stufe)							Summe Beamte		Gesamt- summe
	W1			W2			übrige Wache- beamte			
Verwendungsgruppe	VIII	VII	VI	V(3)	IV(3)	(2)		(1)		
W1		10	15					15	40	40
W2				60	50	335	1.585	1.700	3.730	3.730
W3								337	337	337
Summe...		10	15	60	50	335	1.585	2.052	4.107	4.107
Personalreserve...		9		18	134	530				

Summe 5040...	16.290	1.772	210	1.982	18.272
---------------	--------	-------	-----	-------	--------

5050 Finanzprokuratur

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)	1	13						32	46	1		1	47
B (b)			1					6	7				7
C (c)				1				6	7	3		3	10
D (d)								19	19	14		14	33
E (e)								2	2	4		4	6
P2 (p2)								1	1				1
P3 (p3)								1	1				1
P5 (p5)								2	2	6		6	8
Summe...	1	13	1	1				69	85	28		28	113

Summe 5050...	85	28		28	113
---------------	----	----	--	----	-----

5060 Hauptpunzierungs- und Proberamt

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)		1						11	12			12	
B (b)			1					8	9			9	
C (c)				3				14	17			17	
D (d)								9	9			9	
E (e)								1	1			1	
P5 (p5)										1	1	2	2
Summe...		1	1	3				43	48	1	1	2	50

Summe 5060...	48	1	1	2	50
---------------	----	---	---	---	----

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

5070 Bundesrechenamt

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)		2						5	7	4		4	11
B (b)			6					106	112	137		137	249
C (c)				1				39	40	98		98	138
D (d)								34	34	47		47	81
E (e)								15	15	2		2	17
P3 (p3)								2	2				2
P4 (p4)								3	3	9		9	12
P5 (p5)								4	4	30		30	34
Summe...		2	6	1				208	217	327		327	544
Personalreserve...			4										

Summe 5070...	217	327		327	544
---------------	-----	-----	--	-----	-----

5080 Österreichisches Postsparkassenamt

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)	1	9						36	46	16		16	62
B (b)			30					254	284	29		29	313
C (c)				43				515	558	477	20	497	1.055
D (d)								58	58	41	90	131	189
E (e)								8	8	1		1	9
P1 (p1)						2		6	8				8
P2 (p2)								10	10	4		4	14
P3 (p3)								7	7	7		7	14
P4 (p4)								2	2	2		2	4
P5 (p5)								9	9	3		3	12
Summe...	1	9	30	43		2		905	990	580	110	690	1.680

Summe 5080...	990	580	110	690	1.680
---------------	-----	-----	-----	-----	-------

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

5081 Österreichische Salinen AG

Allgem. Verwaltung und handwerk1. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)		4							4				4
B (b)			3					1	4				4
C (c)								3	3				3
(II/R)										1		1	1
Summe...		4	3					4	11	1		1	12

Summe 5081...	11	1		1	12
---------------	----	---	--	---	----

5082 Amt der Münze Österreich

Allgem. Verwaltung und handwerk1. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)		1						2	3				3
B (b)			1					8	9				9
C (c)				2				15	17				17
E (e)								1	1				1
P1 (p1)						3		6	9				9
P2 (p2)								13	13				13
P3 (p3)								5	5				5
P4 (p4)								4	4				4
Summe...		1	1	2		3		54	61				61

Summe 5082...	61				61
---------------	----	--	--	--	----

Gesamtsumme 50...	18.442	2.937	327	3.264	21.706
-------------------	--------	-------	-----	-------	--------

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

60 Land- und Forstwirtschaft

6000 Zentralleitung

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)	3	72						* 128	203	6		6	209
B (b)			17					* 136	153	20		20	173
C (c)				3				* 48	51	58	3	61	112
D (d)					4			35	39	43	2	45	84
E (e)								3	3	4		4	7
P2 (p2)								5	5				5
P3 (p3)								4	4	6		6	10
P4 (p4)										3		3	3
Summe...	3	72	17	3	4			359	458	140	5	145	603
Personalreserve...	1	15	13										

Summe 6000...	458	140	5	145	603
---------------	-----	-----	---	-----	-----

Von den übrigen Beamten
der Verwendungsgruppe A sind 2 Planstellen,
der Verwendungsgruppe B 1 Planstelle und
der Verwendungsgruppe C 1 Planstelle
für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes vorgesehen.

6050 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte					
A (a)		2						19	21	1		1	22
B (b)								27	27	10		10	37
C (c)				2				23	25	17		17	42
D (d)								7	7	11		11	18
P1 (p1)								1	1	5		5	6
P2 (p2)								36	36	15		15	51
P3 (p3)								27	27	38		38	65
P4 (p4)								7	7	72		72	79
P5 (p5)										33		33	33
(II/K)										42	22	64	64
Summe...		2		2				147	151	244	22	266	417
Personalreserve...							1						

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

6050 (Fortsetzung)

Lehrer(Vertr. Lehrer)	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte	Vertrags- lehrer		Summe VB	Gesamt- summe
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter			VB A	VB B		
Verw. (Entl.)Gruppe													
LPA (IL/lpa)	1							4	5				5
L1 (IL/11)	11					2		142	155	20		20	175
L2 (IL/12)								111	111	16		16	127
L3 (IL/13)										1		1	1
(IIL/11)											2	2	2
(IIL/12)											1	1	1
(IIL/13)											1	1	1
Summe...	12					2		257	271	37	4	41	312

Summe 6050...	422	281	26	307	729
---------------	-----	-----	----	-----	-----

6051 Bundesanstalten für pflanzliche Produktion

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							übrige Beamte	Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2			VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)		9						111	120	9		9	129
B (b)			3					128	131	21		21	152
C (c)				6				76	82	126		126	208
D (d)					5			7	12	61	8	69	81
P1 (p1)								13	13	3		3	16
P2 (p2)								40	40	15	1	16	56
P3 (p3)								15	15	31		31	46
P4 (p4)								3	3	19		19	22
(II/K)										6	44	50	50
Summe...		9	3	6	5			393	416	291	53	344	760
Personalreserve...		4	4			3	6						

Summe 6051...	416	291	53	344	760
---------------	-----	-----	----	-----	-----

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

6052 Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		übrige	VB A		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte				
B (b)								5	5			5
C (c)								3	3	4		7
D (d)										1		1
P1 (p1)								1	1			1
P2 (p2)								6	6	2		8
P3 (p3)								1	1	6		7
P4 (p4)								3	3	16		19
P5 (p5)										1		1
(II/K)											2	2
Summe...								19	19	30	2	51

Lehrer(Vertr. Lehrer)	Leiter								Summe Beamte	Vertrags- lehrer		Summe VB	Gesamt- summe
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter	übrige Lehrer		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)Gruppe													
L1 (IL/11)	2							34	36	6		6	42
L2 (IL/12)								11	11	6		6	17
(IIL/11)											2	2	2
Summe...	2							45	47	12	2	14	61

Summe 6052...	66	42	4	46	112
---------------	----	----	---	----	-----

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)		3						67	70	5		5	75
B (b)								41	41	19		19	60
C (c)				4				14	18	15		15	33
D (d)								9	9	25	2	27	36
P1 (p1)								1	1				1
P2 (p2)								7	7	1		1	8
P3 (p3)								2	2	15		15	17
P4 (p4)										4		4	4
P5 (p5)										5		5	5
(II/K)										6	18	24	24
Summe...		3		4				141	148	95	20	115	263
Personalreserve...		9	2					2					

Summe 6053...	148	95	20	115	263
---------------	-----	----	----	-----	-----

6054 Bundesanstalt für Agrarwirtschaft

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)		1						12	13				13
B (b)								2	2				2
C (c)								2	2	1		1	3
D (d)										5		5	5
P3 (p3)								1	1	1		1	2
P4 (p4)								2	2	1		1	3
Summe...		1						19	20	8		8	28
Personalreserve...		1											

Summe 6054...	20	8		8	28
---------------	----	---	--	---	----

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

6055 Bundesanstalten für Milchwirtschaft

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)		2						13	15				15
B (b)								8	8	8		8	16
C (c)				2				9	11	22		22	33
D (d)								1	1	5		5	6
P1 (p1)								1	1	8		8	9
P2 (p2)								2	2	10		10	12
P3 (p3)								2	2	15		15	17
P4 (p4)										8		8	8
(II/K)											1	1	1
Summe...		2		2				36	40	76	1	77	117
Personalreserve...		1											

Lehrer(Vertr. Lehrer)	Leiter								Summe Beamte	Vertrags- lehrer		Summe VB	Gesamt- summe
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter	übrige Lehrer		VB A	VB B		
Verw. (Entl.) Gruppe													
L1 (IL/11)										7		7	7
L2 (IL/12)								1	1	1		1	2
(IIL/12)											1	1	1
Summe...								1	1	8	1	9	10

Summe 6055...	41	84	2	86	127
---------------	----	----	---	----	-----

6056 Bundesanstalt für Bergbauernfragen

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)								4	4	2		2	6
B (b)								1	1				1
C (c)								1	1				1
D (d)										1		1	1
Summe...								6	6	3		3	9

Summe 6056...	6	3		3	9
---------------	---	---	--	---	---

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

6057 Bundesanstalten für Tierzucht

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte				
A (a)								13	13			13
B (b)			1					5	6	2	2	8
C (c)				1				4	5	5	5	10
D (d)					1			4	5	3	3	8
P1 (p1)								6	6			6
P2 (p2)								23	23	2	2	25
P3 (p3)								3	3	4	4	7
P4 (p4)								1	1	1	1	3
(II/K)										22	22	22
Summe...			1	1	1			59	62	39	1	102
Personalreserve...						3	4					

Summe 6057...	62	39	1	40	102
---------------	----	----	---	----	-----

6058 Wasserwirtschaftliche Bundesanstalten

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte				
A (a)		2						20	22			22
B (b)			1					16	17	5	5	22
C (c)				1				14	15	10	2	27
D (d)					1			2	3	1	1	4
P2 (p2)								4	4	2	2	6
P3 (p3)								1	1			1
P4 (p4)										3	3	3
(II/K)											1	1
Summe...		2	1	1	1			57	62	21	3	86
Personalreserve...		2		1			1					

Summe 6058...	62	21	3	24	86
---------------	----	----	---	----	----

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II.A

6059 Bundesanstalt für Landtechnik

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)		2						7	9				9
B (b)								13	13	2		2	15
C (c)								7	7	6	1	7	14
D (d)										6		6	6
P1 (p1)								1	1	1		1	2
P2 (p2)								3	3	2		2	5
P3 (p3)								8	8	5		5	13
P4 (p4)								2	2				2
Summe...		2						41	43	22	1	23	66

Summe 6059...	43	22	1	23	66
---------------	----	----	---	----	----

6072 Forstliche Ausbildungsstätten

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)								1	1	1		1	2
B (b)								1	1	4		4	5
C (c)								1	1	2		2	3
D (d)								1	1				1
P1 (p1)								1	1				1
P2 (p2)								3	3				3
P3 (p3)								7	7	4		4	11
P4 (p4)										6		6	6
(II/K)											1	1	1
Summe...								15	15	17	1	18	33

Lehrer (Vertr. Lehrer)	Leiter							übrige Lehrer	Summe Beamte	Vertrags- Lehrer		Summe VB	Gesamt- summe
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds- Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach- Vorst.	Erz. Leiter			VB A	VB B		
Verw. (Entl.) Gruppe													
L1 (IL/11)	2							2	4				4
L2 (IL/12)								15	15				15
Summe...	2							17	19				19

Summe 6072...	34	17	1	18	52
---------------	----	----	---	----	----

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

6080 Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)		13						84	97	8		8	105
B (b)			3					50	53	27		27	80
C (c)				9				35	44	54	2	56	100
D (d)					3			8	11	13		13	24
P2 (p2)										1		1	1
P3 (p3)								2	2	2		2	4
P4 (p4)										1		1	1
P5 (p5)										5	1	6	6
(II/K)											1.496	1.496	1.496
Summe...		13	3	9	3			179	207	111	1.499	1.610	1.817
Personalreserve...		8	3										

Summe 6080...	207	111	1.499	1.610	1.817
---------------	-----	-----	-------	-------	-------

6091 Bundeskellereiinspektion

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)			2					26	28				28
Summe...			2					26	28				28
Personalreserve...			3										

Summe 6091...	28				28
---------------	----	--	--	--	----

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

6093 Bundesgärten

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)		1							1				1
B (b)			1					9	10				10
C (c)				4				23	27	2		2	29
D (d)								2	2	4		4	6
P1 (p1)								33	33	8		8	41
P2 (p2)								11	11	25		25	36
P3 (p3)								16	16	42		42	58
P4 (p4)								7	7	72		72	79
P5 (p5)										12		12	12
(II/K)											11	11	11
Summe...		1	1	4				101	107	165	11	176	283
Personalreserve...							5						

Summe 6093...	107	165	11	176	283
---------------	-----	-----	----	-----	-----

6094 Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)		1						1	2				2
B (b)			1					19	20	2		2	22
C (c)				2				5	7	4	1	5	12
D (d)								2	2				2
P1 (p1)								5	5	1		1	6
P2 (p2)								11	11				11
P3 (p3)								10	10	16		16	26
P4 (p4)										19		19	19
(II/K)										24	8	32	32
Summe...		1	1	2				53	57	66	9	75	132
Personalreserve...							3						

Summe 6094...	57	66	9	75	132
---------------	----	----	---	----	-----

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

6095 Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte				
A (a)		3						4	7	1	1	8
B (b)			1					14	15	2	2	17
C (c)				1				4	5	8	1	14
D (d)					1			6	7			7
P1 (p1)										2	2	2
(II/K)										134	51	185
Summe...		3	1	1	1			28	34	147	52	233

Summe 6095...	34	147	52	199	233
---------------	----	-----	----	-----	-----

6096 Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte				
B (b)								3	3	2	2	5
C (c)								1	1			1
D (d)								1	1			1
P3 (p3)								1	1			1
(II/K)										16	9	25
Summe...								6	6	18	9	33

Summe 6096...	6	18	9	27	33
---------------	---	----	---	----	----

6099 Bauhöfe

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte				
(II/K)										145		145
Summe...										145		145

Summe 6099...		145		145	145
---------------	--	-----	--	-----	-----

Gesamtsumme 60...	2.217	1.695	1.696	3.391	5.608
-------------------	-------	-------	-------	-------	-------

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr

6300 Zentralleitung

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte					
A (a)	5	87						280	372	17		17	389
B (b)			14					179	193	46		46	239
C (c)				5				81	86	91	1	92	178
D (d)					3			68	71	175	4	179	250
E (e)								14	14	4		4	18
P1 (p1)								1	1				1
P2 (p2)								5	5				5
P3 (p3)								9	9				9
P4 (p4)								4	4				4
P5 (p5)								3	3		1	1	4
Summe...	5	87	14	5	3			644	758	333	6	339	1.097
Personalreserve...	2	71	35	2									

Summe 6300...	758	333	6	339	1.097
---------------	-----	-----	---	-----	-------

6320 Österreichisches Patentamt

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)	1	20						116	137	7		7	144
B (b)			1					16	17	1		1	18
C (c)								42	42	5		5	47
D (d)								20	20	9	1	10	30
E (e)								6	6	2		2	8
P3 (p3)								1	1	3		3	4
P4 (p4)										2		2	2
P5 (p5)										8		8	8
Summe...	1	20	1					201	223	37	1	38	261
Personalreserve...		40	1										

Summe 6320...	223	37	1	38	261
---------------	-----	----	---	----	-----

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II.A

6330 Bergbehörden

Allgem. Verwaltung und handwerk1. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)		2						19	21	4		4	25
B (b)								1	1				1
C (c)								11	11	1		1	12
D (d)								7	7	4		4	11
P3 (p3)								1	1	2		2	3
P5 (p5)											2	2	2
Summe...		2						39	41	11	2	13	54
Personalreserve...		5		1									

Summe 6330...	41	11	2	13	54
---------------	----	----	---	----	----

Gesamtsumme 63...	1.022	381	9	390	1.412
-------------------	-------	-----	---	-----	-------

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

64 Bauten und Technik

6401 Bundesmobilienvverwaltung

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)			1					2	3			3	
C (c)								7	7	1		8	
D (d)								3	3	4		7	
P1 (p1)						1		4	5	2		7	
P2 (p2)								10	10	6		16	
P3 (p3)								1	1	1		2	
P4 (p4)								1	1			1	
P5 (p5)										2		2	
Summe...			1			1		28	30	16		46	
Personalreserve...				2									

Summe 6401...	30	16		16	46
---------------	----	----	--	----	----

6403 Beschußämter

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe	
	A		B	C	D	P1	P2		übrige Beamte	VB A			VB B
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)			1					1	2			2	
C (c)				1				8	9			9	
D (d)											1	1	
P5 (p5)											1	1	
Summe...			1	1				9	11		2	13	

Summe 6403...	11		2	2	13
---------------	----	--	---	---	----

6405 Kurheime (betriebsähnliche Einrichtungen)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
B (b)								1	1				1
P3 (p3)											2	2	2
P4 (p4)								1	1		3	3	4
P5 (p5)											2	2	2
Summe...								2	2		7	7	9

Summe 6405...	2		7	7	9
---------------	---	--	---	---	---

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

6406 Bäder

Allgem. Verwaltung und handwerk1. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2					
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte		VB A	VB B	
C (c)								2	2			2
D (d)											2	2
P4 (p4)											4	4
Summe...								2	2		6	8

Summe 6406...	2		6	6	8
---------------	---	--	---	---	---

6440 Wasserstraßendirektion

Allgem. Verwaltung und handwerk1. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2					
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte		VB A	VB B	
A (a)		5						15	20	2		22
B (b)			6					47	53	3		56
C (c)				7				44	51	45		96
D (d)								5	5	30		35
E (e)								1	1	1		2
P1 (p1)						13		44	57	7		64
P2 (p2)							1	112	113	35		148
P3 (p3)								160	160	81		241
P4 (p4)								9	9			9
P5 (p5)								1	1		8	9
Summe...		5	6	7		13	1	438	470	204	8	682
Personalreserve...		1	1	2		15	2					

Summe 6440...	470	204	8	212	682
---------------	-----	-----	---	-----	-----

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

6450 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)		11						70	81	7		7	88
B (b)			26					333	359	51	3	54	413
C (c)								421	421	109		109	530
D (d)					6			207	213	247	18	265	478
E (e)								8	8	25		25	33
P1 (p1)						38		33	71	12		12	83
P2 (p2)								270	270	148		148	418
P3 (p3)								274	274	147	2	149	423
P4 (p4)								166	166	161	84	245	411
P5 (p5)								7	7	8	10	18	25
Summe...		11	26		6	38		1.789	1.870	915	117	1.032	2.902
Personalreserve...		10	29	75	2			5					

Summe 6450...	1.870	915	117	1.032	2.902
---------------	-------	-----	-----	-------	-------

6451 Tiergarten Schönbrunn

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)								3	3				3
B (b)								3	3				3
C (c)								1	1	3		3	4
D (d)								1	1	5	1	6	7
P1 (p1)						6		3	9				9
P2 (p2)								20	20	5		5	25
P3 (p3)								23	23	1	2	3	26
P4 (p4)										2		2	2
P5 (p5)										1		1	1
Summe...						6		54	60	17	3	20	80

Summe 6451...	60	17	3	20	80
---------------	----	----	---	----	----

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

6460 Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte				
(II/R)										255	255	255
Summe...										255	255	255

Summe 6460...			255	255	255
---------------	--	--	-----	-----	-----

649. Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen (Amtsleitung)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte				
A (a)		4						5	9			9
B (b)			7					22	29	12	12	41
C (c)								19	19	29	29	48
D (d)								2	2	42	42	44
P1 (p1)								1	1			1
P2 (p2)								4	4			4
P3 (p3)								2	2	1	1	3
P4 (p4)								2	2	2	2	4
P5 (p5)										10	10	10
Summe...		4	7					57	68	96	96	164
Personalreserve...			1	2		2						

Summe 649....	68	96		96	164
---------------	----	----	--	----	-----

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II.A

6490 Einrichtungen des Eichwesens

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)		6						19	25	2		2	27
B (b)			12					124	136	9	1	10	146
C (c)				1				57	58	30	3	33	91
D (d)								1	1	10	1	11	12
E (e)										1		1	1
P2 (p2)										1		1	1
P3 (p3)								7	7	4		4	11
P5 (p5)										1	3	4	4
Summe...		6	12	1				208	227	58	8	66	293
Personalreserve...		1	6	2									

Summe 6490...	227	58	8	66	293
---------------	-----	----	---	----	-----

6491 Einrichtungen des Vermessungswesens

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)		18						132	150	4		4	154
B (b)			19					384	403	54	1	55	458
C (c)				25				407	432	168		168	600
D (d)								5	5	97	1	98	103
E (e)										1		1	1
P1 (p1)						2		1	3				3
P2 (p2)							2	1	3				3
P3 (p3)								15	15	21		21	36
P4 (p4)								5	5	10		10	15
P5 (p5)										19	74	93	93
Summe...		18	19	25		2	2	950	1.016	374	76	450	1.466
Personalreserve...			27	63									

Summe 6491...	1.016	374	76	450	1.466
---------------	-------	-----	----	-----	-------

Gesamtsumme 64...	3.756	1.680	482	2.162	5.918
-------------------	-------	-------	-----	-------	-------

Gesamtsumme 63+64...	4.778	2.061	491	2.552	7.330
----------------------	-------	-------	-----	-------	-------

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

65 Öffentliche Wirtschaft und Verkehr

6500 Zentralleitung

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)	3	31						105	* 139	9	1	10	149
B (b)			3					67	* 70	9	1	10	80
C (c)								29	29	16		16	45
D (d)								27	* 27	35	4	39	66
E (e)								3	3	6		6	9
P2 (p2)								1	1				1
P3 (p3)								6	6				6
Summe...	3	31	3					238	275	75	6	81	356
Personalreserve...	2	15	14	1									

Summe 6500...	275	75	6	81	356
---------------	-----	----	---	----	-----

Von den Beamten der Verwendungsgruppe A können
8 Planstellen mit Bediensteten der ÖBB und
2 Planstellen mit Kollektivvertragsbediensteten besetzt werden.
Von den Beamten der Verwendungsgruppe B können
6 Planstellen mit Bediensteten der ÖBB besetzt werden und ist
1 Planstelle für die Zeit des vorübergehenden Bedarfes vorgesehen.
Von den Beamten der Verwendungsgruppe D können 5 Planstellen mit Bediensteten der ÖBB besetzt werden.

6530 Bundesamt für Zivilluftfahrt (betriebsähn. Einrichtung)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
Verw. (Entl.)gruppe													
A (a)		1						7	8				8
B (b)			2					28	30				30
(I/K)										901		901	901
Summe...		1	2					35	38	901		901	939
Personalreserve...		2	1										

Summe 6530...	38	901		901	939
---------------	----	-----	--	-----	-----

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

6540 Amt f. Schifffahrt einschl. Dienstst. der Schifffahrtspolizei

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)								1	1				1
B (b)								5	5				5
C (c)				2				55	57				57
D (d)								10	10	15		15	25
P1 (p1)								1	1				1
P2 (p2)								18	18	1		1	19
P3 (p3)								1	1	1		1	2
Summe...				2				91	93	17		17	110
Personalreserve...			1	4			1	1					

Summe 6540...	93	17		17	110
---------------	----	----	--	----	-----

6550 Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)		1						1	2	2		2	4
B (b)								7	7	4		4	11
C (c)								16	16	5		5	21
D (d)								1	1	5		5	6
P3 (p3)								3	3				3
P5 (p5)											1	1	1
Summe...		1						28	29	16	1	17	46
Personalreserve...			2	1									

Summe 6550...	29	16	1	17	46
---------------	----	----	---	----	----

Gesamtsumme 65...	435	1.009	7	1.016	1.451
-------------------	-----	-------	---	-------	-------

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

71 Bundestheater

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
A (a)		1						1	2	2		2	4
B (b)			1					28	29	13		13	42
C (c)				1				34	35	22		22	57
D (d)								2	2	5		5	7
(II/K)										1.498	176	1.674	1.674
(I/R)										* 837	* 163	1.000	1.000
Summe...		1	1	1				65	68	2.377	339	2.716	2.784
Personalreserve...			4	4									

Gesamtsumme 71...	68	2.377	339	2.716	2.784
-------------------	----	-------	-----	-------	-------

Davon 837 VB A(R) und 162 VB B(R) für Bedienstete mit Bühnendienstvertrag.

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II.A

74 Glücksspiele (Monopol)

Allgem. Verwaltung und handwerk. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2					
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte		VB A	VB B	
A (a)		1						4	5			5
B (b)			4					71	75	3		3
C (c)								10	10	14	2	16
D (d)					1			4	5	2		2
P3 (p3)								1	1	2		2
P4 (p4)										1		1
Summe...		1	4		1			90	96	22	2	24
Personalreserve...			1									

Gesamtsumme 74...	96	22	2	24	120
-------------------	----	----	---	----	-----

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

75 Branntwein (Monopol)

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)								1	1				1
B (b)			1					9	10	4		4	14
C (c)								5	5	10		10	15
D (d)								2	2	2		2	4
P4 (p4)								2	2	3		3	5
P5 (p5)										2	1	3	3
Summe...			1					19	20	21	1	22	42

Gesamtsumme 75...	20	21	1	22	42
-------------------	----	----	---	----	----

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

77 Österreichische Bundesforste

7720 Generaldirektion der Österreichischen Bundesforste

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
E (e)										3		3	3
P1 (p1)										2		2	2
P2 (p2)										4		4	4
P3 (p3)										1		1	1
(II/K)											13	13	13
(I/R)										238		238	238
Summe...										248	13	261	261

Summe 7720...		248	13	261	261
---------------	--	-----	----	-----	-----

7720 Forstverwaltungen, Bau- und Maschinenhöfe, Sägewerke u. Waldbauhof

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	Beamte					
E (e)										1		1	1
(II/K)											2.493	2.493	2.493
(I/R)										932		932	932
Summe...										933	2.493	3.426	3.426

Summe 7720...		933	2.493	3.426	3.426
---------------	--	-----	-------	-------	-------

Gesamtsumme 77...		1.181	2.506	3.687	3.687
-------------------	--	-------	-------	-------	-------

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II.A

78 Post- und Telegraphenverwaltung

7810 Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte				
A (a)	2	44						56	102			102
B (b)			26					136	162			162
C (c)				1				38	39			39
D (d)								61	61	3	3	64
E (e)								7	7			7
Summe...	2	44	26	1				298	371	3	3	374
Personalreserve...		18	38									

Summe 7810...	371	3		3	374
---------------	-----	---	--	---	-----

7820 Post- und Telegraphenanstalt

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse							Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV	übrige Beamte				
A (a)	1	38						225	264			264
B (b)			194					1.399	1.593	370	51	2.014
C (c)				58				395	453	970	510	1.933
D (d)					10			1.356	1.366	2.300	833	4.499
E (e)								71	71	772	190	1.033
P1 (p1)						10		10	5		5	15
P2 (p2)								4	4	134		138
P3 (p3)								3	3	283		286
P4 (p4)								2	2	118		120
P5 (p5)									623	557	1.180	1.180
(II/R)										16	16	16
Summe...	1	38	194	58	10	10		3.455	3.766	5.575	2.157	11.498
Personalreserve...		21										

STELLENPLAN 1989
Planstellenverzeichnis

Teil II. A

7820 (Fortsetzung)

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe								Summe Beamte		Gesamt- summe
	PT1 - PT5					PT5, PT7, PT8		übrige Beamte			
Verwendungsgruppe	S	1	2	2b	3	A	B				
PT1.....	1	11	27		25				64	64	
PT2.....		81	103	105	311			2	602	602	
PT3.....		914	2. 147		477				3. 538	3. 538	
PT4.....		905						3. 786	4. 691	4. 691	
PT5.....		480				3. 511		2. 530	6. 521	6. 521	
PT6.....								6. 041	6. 041	6. 041	
PT7.....						348		2. 416	2. 764	2. 764	
PT8.....						2. 154	3. 508	11. 571	17. 233	17. 233	
PT9.....								1. 441	1. 441	1. 441	
Summe...	1	2. 391	2. 277	105	813	6. 013	3. 508	27. 787	42. 895	42. 895	
Personalreserve...							29				

Summe 7820...	46.661	5.575	2.157	7.732	54.393
---------------	--------	-------	-------	-------	--------

Gesamtsumme 78...	47.032	5.578	2.157	7.735	54.767
-------------------	--------	-------	-------	-------	--------

Teil II. B

STELLENPLAN 1989
Planstellen der Personalreserve

Allgemeine Verwaltung und handwerkliche Verwendung	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	A		B	C	D	P1	P2
	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV
Beamte	16	1.200	1.900	1.700	500	500	400

Wachebeamte	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	W1			W2			
	VIII	VII	VI	V(3)	IV(3)	(2)	(1)
Sicherheitswachdienst	2	44	82	112			
Kriminaldienst	1	33		117			
Gendarmeriedienst	8	43	63	215	211		
Justizwachdienst		14	16	30	25	320	
Zollwachdienst		12		70	160	790	
Summe...	11	146	161	544	396	1.110	

Berufsoffiziere und zeitverpflichtete Soldaten	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	H1			H2			
	IX	VIII	VII	VIII	VII	VI	
Berufsoffiziere	* 1	81	65	18	270	300	

Auf Rechnung der Planstelle H1/IX kann ein Beamter der Verwendungsgruppe A ernannt werden.

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Planstellen der Dienstzulagengruppe						
	S	1	2	2b	3	A	B
Verwendungsgruppe							
PT 2		53	27	10	50		
PT 3		34	25		76		
PT 4		45					
PT 5		37				325	
PT 7						208	
PT 8						215	343
Summe...		169	52	10	126	748	343

Teil III

STELLENPLAN 1989
Planstellen für die Bediensteten der ÖBB

Bedienstete der Österr. Bundesbahnen	Bundesbahnbeamte												Vertr. Bed. der ÖBB * (VB)	Lohn- Bed. der ÖBB (LB)	Summe
	Planstellen der Gehaltsgruppe											Summe			
	Dienstzweig	X	IXb	IXa	VIII	VIIb	VIIa	VIb	VIa	Vb	Va				
Zentraldienst(GD, Zentr. St., BBD)	69	240	358	637	898	589	438	117	339	303	220	4.208	50	338	4.596
Bahnhof- und Zugbegleitdienst .			21	101	507	1.097	1.737	988	2.873	1.812	11.064	20.200	300	4.682	25.182
Zugförderungs- und Werkstättend		19	43	75	110	490	1.067	3.150	540	673	8.023	14.190	50	2.838	17.078
Schiffahrtsdienst				1	1	1	3	7		3	14	30		10	40
Bau- und Bahnerhaltungsdienst .		26	39	66	202	208	209	4	189	491	5.979	7.413	30	2.427	9.870
Vorratslagerdienst				6	6	23	46		76	53	335	545	5	112	662
Sicherungs- und Fernmeldedienst		7	12	24	69	93	211	201	292	307	1.562	2.778	16	291	3.085
Elektrobedienstdienst		4	7	12	37	81	63	31	169	285	1.167	1.856	4	164	2.024
Elektrobaudienst		2	4	11	18	17	17	2	4	3	40	118	1	8	127
Kraftwagendienst			7	13	24	41	80	23	248	93	1.781	2.310	10	395	2.715
Summe...	69	298	491	946	1.872	2.640	3.871	4.523	4.730	4.023	30.185	53.648	466	11.265	65.379

Die Planstellen der Vertragsbediensteten der ÖBB betreffen die Gehaltsgruppe Vb, mit Ausnahme von

- 1 Planstelle der Gehaltsgruppe IXa beim Zentraldienst,
- 1 Planstelle der Gehaltsgruppe VIII beim Zentraldienst,
- 1 Planstelle der Gehaltsgruppe VIIb beim Zentraldienst und
- 1 Planstelle der Gehaltsgruppe VIb beim Zentraldienst.

Bedienstete der Österr. Bundesbahnen	Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
		VB A	VB B		
Bedienstetenart/Gesetzl. Grundlage					
Bundesbahnbeamte gem. BB-Besoldungsordnung 1963	53.648				53.648
Vertragsbedienstete gem. Vertragsbedienstetengesetz 1948		466		466	466
Lohnbedienstete gem. Dienst- und Lohnordnung der ÖBB		11.265		11.265	11.265
Summe ständiges Personal	53.648	11.731		11.731	65.379
Bahnbetriebsärzte gem. Besoldungsordnung f. Bahnbetriebsärzte			42	42	42
Teilbeschäftigte gem. Teilbeschäftigtenordnung			1.011	1.011	1.011
Teilbeschäftigte gem. Hausbesorgergesetz			91	91	91
Summe teilbeschäftigtes Personal			1.144	1.144	1.144
Gesamtsumme	53.648	11.731	1.144	12.875	66.523

Teil IV

STELLENPLAN 1989
Planstellen für jugendliche Bedienstete

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Jugendl. VB (J)	Anlern- kräfte (A)	Lehrlinge (L)	Summe
	Hoheitsverwaltung				
0	Oberste Organe				
03	Verfassungsgerichtshof.....	1	-	-	1
	Summe 0 ...	1	-	-	1
10	Bundeskanzleramt				
1000	Zentralleitung.....	8	-	-	8
1010	Staatsarchiv und Archivamt.....	1	1	-	2
1020	Statistisches Zentralamt.....	7	20	-	27
	Summe 10 ...	16	21	-	37
11	Inneres				
1100	Zentralleitung.....	14	-	-	14
1130	Bundespolizei.....	43	33	18	94
1140	Bundesgendarmerie.....	-	45	-	45
	Summe 11 ...	57	78	18	153
12	Unterricht und Sport				
1200	Zentralleitung.....	6	-	-	6
1260	Schulaufsichtsbehörden.....	2	-	-	2
	Summe 12 ...	8	-	-	8
14	Wissenschaft und Forschung				
1420	Universitäten.....	250	-	300	550
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung).....	-	-	5	5
1423	Bibliotheken.....	51	-	-	51
1424	Wissenschaftliche Anstalten.....	13	-	5	18
1426	Bundesvers. - und Forschungsanst. Arsenal (betr. ähnl. Einr.)..	-	-	4	4
1430	Kunsthochschulen.....	49	-	-	49
1440	Museen.....	5	-	-	5
1450	Bundesdenkmalamt.....	2	-	-	2
	Summe 14 ...	370	-	314	684
15	Soziales				
1500	Zentralleitung.....	2	-	-	2
1550	Landesarbeitsämter.....	206	-	-	206
1570	Landesinvalidenämter.....	6	-	-	6
1592	Arbeitsinspektion.....	2	-	-	2
	Summe 15 ...	216	-	-	216
17	Bundeskanzleramt - Gesundheit				
1700	Zentralleitung.....	3	-	-	3
1790	Lebensmitteluntersuchungsanstalten.....	2	-	3	5
1792	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.....	2	-	3	5
1795	Veterinärmedizinische Anstalten.....	2	-	2	4
	Summe 17 ...	9	-	8	17
18	Umwelt, Jugend, Familie				
1800	Zentralleitung.....	5	-	-	5
	Summe 18 ...	5	-	-	5
20	Äußeres				
2000	Zentralleitung und Vertretungsbehörden.....	3	-	-	3
	Summe 20 ...	3	-	-	3

Teil IV

STELLENPLAN 1989
Planstellen für jugendliche Bedienstete

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Jugendl. VB (J)	Anlern- kräfte (A)	Lehrlinge (L)	Summe
30	Justiz				
3000	Zentralleitung.....	2	-	-	2
3020	Justizbehörden in den Ländern.....	169	-	-	169
	Summe 30 ...	171	-	-	171
40	Militärische Angelegenheiten				
4000	Zentralleitung.....	7	-	-	7
4010	Militärpersonen und Heeresverwaltung.....	7	-	109	116
	Summe 40 ...	14	-	109	123
50	Finanzverwaltung				
5000	Zentralleitung.....	5	-	-	5
5040	Finanzlandesdirektionen.....	150	-	-	150
5050	Finanzprokuratur.....	4	-	-	4
5070	Bundesrechenamt.....	1	20	-	21
5080	Österreichisches Postsparkassenamt.....	41	-	-	41
	Summe 50 ...	201	20	-	221
60	Land- und Forstwirtschaft				
6000	Zentralleitung.....	8	-	-	8
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten.....	4	-	18	22
6051	Bundesanstalten für pflanzliche Produktion.....	-	3	22	25
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt.....	1	-	5	6
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft.....	-	-	25	25
6057	Bundesanstalten für Tierzucht.....	-	-	15	15
6072	Forstliche Ausbildungsstätten.....	1	-	-	1
6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst.....	11	4	13	28
6093	Bundesgärten.....	-	-	52	52
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule.....	-	2	-	2
6096	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste.....	-	-	3	3
	Summe 60 ...	25	9	153	187
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr				
6300	Zentralleitung.....	11	-	-	11
6320	Österreichisches Patentamt.....	1	-	-	1
	Summe 63 ...	12	-	-	12
64	Bauten und Technik				
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung.....	14	-	-	14
6451	Tiergarten Schönbrunn.....	-	-	8	8
6491	Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen.....	18	-	17	35
	Summe 64 ...	32	-	25	57
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr				
6500	Zentralleitung.....	5	-	-	5
	Summe 65 ...	5	-	-	5
	Summe Hoheitsverwaltung...	1.145	128	627	1.900
7	Bundesbetriebe				
71	Bundestheater.....	-	-	43	43
74	Glücksspiele (Monopol).....	1	-	-	1
77	Österreichische Bundesforste.....	-	-	58	58
78	Post- und Telegraphenverwaltung.....	82	1.007	1.000	2.089
79	Österreichische Bundesbahnen.....	130	180	1.320	1.630
	Summe Bundesbetriebe...	213	1.187	2.421	3.821
	Gesamtsumme...	1.358	1.315	3.048	5.721

Teil IV

STELLENPLAN 1989
Planstellen für jugendliche Bedienstete
(Gesamtüberblick)

Kapitel	Verwaltungsbereich	Jugendl. VB (J)	Anlern- kräfte (A)	Lehrlinge (L)	Summe
	Hoheitsverwaltung				
03	Verfassungsgerichtshof.....	1	-	-	1
10	Bundeskanzleramt.....	16	21	-	37
11	Inneres.....	57	78	18	153
12	Unterricht und Sport.....	8	-	-	8
14	Wissenschaft und Forschung.....	370	-	314	684
15	Soziales.....	216	-	-	216
17	Bundeskanzleramt - Gesundheit.....	9	-	8	17
18	Umwelt, Jugend, Familie.....	5	-	-	5
20	Äußeres.....	3	-	-	3
30	Justiz.....	171	-	-	171
40	Militärische Angelegenheiten.....	14	-	109	123
50	Finanzverwaltung.....	201	20	-	221
60	Land- und Forstwirtschaft.....	25	9	153	187
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr.....	12	-	-	12
64	Bauten und Technik.....	32	-	25	57
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr.....	5	-	-	5
	Summe Hoheitsverwaltung...	1.145	128	627	1.900
	Bundesbetriebe				
71	Bundestheater.....	-	-	43	43
74	Glücksspiele (Monopol).....	1	-	-	1
77	Österreichische Bundesforste.....	-	-	58	58
78	Post- und Telegraphenverwaltung.....	82	1.007	1.000	2.089
79	Österreichische Bundesbahnen.....	130	180	1.320	1.630
	Summe Bundesbetriebe...	213	1.187	2.421	3.821
	Gesamtsumme...	1.358	1.315	3.048	5.721

ST E L L E N P L A N 1 9 8 9**Erläuterungen zum Stellenplan 1989****ABSCHNITT I**

Dem Bundesfinanzgesetz 1989 ist als Anlage III der Stellenplan angeschlossen, der den

- Teil I. Allgemeiner Teil
- Teil II. Planstellen für Bundesbedienstete
 - Abschnitt A Planstellenverzeichnis
 - Abschnitt B Personalreserve
- Teil III. Planstellen für Bedienstete der ÖBB
- Teil IV. Planstellen für jugendliche Bedienstete

enthält.

Der Allgemeine Teil enthält Bestimmungen über die Gliederung des Stellenplanes (Punkt 1), die Besetzung von Planstellen über den im Stellenplan festgesetzten Stand (Punkt 2), die Bindung und die Umwandlung von Planstellen (Punkt 3 und Punkt 4) sowie die Personalreserve (Punkt 5).

Im Planstellenverzeichnis ist die Zahl der Planstellen für die Bundesbediensteten festgesetzt, und zwar getrennt für Beamte und Vertragsbedienstete. Bei letzteren wird unterschieden, ob sich das Dienstverhältnis nach dem Vertragsbedienstetengesetz 1948 richtet oder ob das Dienstverhältnis durch Kollektivvertrag, Bührendienstvertrag oder andere Rechtsvorschriften geregelt ist.

Die zum Stichtag 1. August 1988 aus der Personalreserve zugewiesenen Planstellen sind in den einzelnen Planstellenbereichen jeweils in einer gesonderten Zeile unterhalb der Summenzeile ausgewiesen.

Hinsichtlich der Vertragsbediensteten unterscheidet das Planstellenverzeichnis Planstellen der 'Kategorie A', das sind solche für ganzjährig vollbeschäftigte, und der 'Kategorie B', das sind solche für saison- und teilbeschäftigte Bedienstete. Für die Vertragsbediensteten der Kategorie B sind die Planstellen mit der auf ganzjährig vollbeschäftigte Bedienstete umgerechneten Anzahl festgesetzt. Der Stellenplan ermächtigt die Ressorts, teilbeschäftigte Vertragsbedienstete der Kategorie B im Rahmen der Gesamtjahresarbeitsleistung in einer der Vollbeschäftigungsanzahl entsprechenden Anzahl zu verwenden.

Die Zahl der Planstellen für die Bediensteten der Österreichischen Bundesbahnen ist getrennt für Bundesbahnbeamte und Vertragsbedienstete (Lohnbedienstete und sonstige Bedienstete) festgesetzt.

Die Zahl der Planstellen für jugendliche Bedienstete ist getrennt für Lehrlinge, Anlernkräfte und sonstige jugendliche Vertragsbedienstete festgesetzt.

ABSCHNITT II

Die Bundesregierung will bei der angestrebten Budgetkonsolidierung auch den Personalaufwand herabsetzen. Diese Bemühungen sind durch die laufende Überprüfung von Betriebskonzepten auf ihre Gültigkeit und von Verwaltungsabläufen auf ihre Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit gekennzeichnet. Es wurden dabei alle sich bietenden Rationalisierungsmaßnahmen ausgenützt. Dennoch war es unvermeidlich, in einigen wenigen Bereichen auftretende zusätzliche Personalbedürfnisse abzudecken.

Diese Einsparungsbemühungen zeigen ihren Erfolg in einer gegenüber dem Vorjahr erheblichen Verminderung der Planstellen.

Es konnten bei den Beamten und Vertragsbediensteten 1.183 Planstellen und bei den jugendlichen Vertragsbediensteten, Anlernkräften und Lehrlingen 260, also insgesamt 1.443 Planstellen eingespart werden.

Diesem Einsparungsergebnis steht ein unabweislicher Mehrbedarf von 420 Planstellen bei den Beamten und Vertragsbediensteten und von 45 Planstellen bei den jugendlichen Vertragsbediensteten, Anlernkräften und Lehrlingen gegenüber.

In der Bilanz ergibt sich daher eine Nettoeinsparung von 763 Planstellen bei den Beamten und Vertragsbediensteten und von 215 Planstellen bei den jugendlichen Vertragsbediensteten, Anlernkräften und Lehrlingen.

Der Stellenplan für das Jahr 1989 wird daher 287.990 Planstellen für Beamte und Vertragsbedienstete und 5.721 Planstellen für jugendliche Vertragsbedienstete, Anlernkräfte und Lehrlinge aufweisen.

Hiezu ist folgendes anzumerken:

1. Einsparungen

Diese werden von der Parlamentsdirektion mit 2 Planstellen, vom Bundeskanzleramt mit 10 Planstellen, vom Bundesministerium für Inneres mit 170 Planstellen (Polizei- und Gendarmeriepraktikanten), vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport mit 44 Planstellen, vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit 15 Planstellen, vom Bundesministerium für Landesverteidigung mit 10 Planstellen, vom Bundesministerium für Finanzen mit 209 Planstellen, vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft mit 11 Planstellen, vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten mit 28 Planstellen und vom Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr mit 4 Planstellen erbracht.

STELLENPLAN 1989

Erläuterungen zum Stellenplan 1989

Weiters werden der Österreichische Bundes-theaterverband 11 Planstellen, die Österreichischen Bundesforste 125 Planstellen, die Post- und Telegraphenverwaltung 36 Planstellen und die Österreichischen Bundesbahnen 768 Planstellen einsparen.

2. Unabweislicher Mehrbedarf

Dieser ergab sich bei der Präsidentschaftskanzlei mit 2 Planstellen, bei der Parlamentsdirektion mit 9 Planstellen, beim Verwaltungsgerichtshof mit 4 Planstellen, bei der Volksanwaltschaft mit 1 Planstelle und beim Rechnungshof mit 4 Planstellen.

Beim Bundeskanzleramt ergab sich ein Mehrbedarf von 5 Planstellen. Der Mehrbedarf beim Bundesministerium für Inneres von 150 Planstellen resultiert aus dem weiterhin steigenden Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung. Beim Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung ist eine Vermehrung um 70 Planstellen vorgesehen, wovon 45 Planstellen auf jugendliche Vertragsbedienstete und Lehrlinge entfallen. Da die Bundesregierung der Umweltpolitik einen hervorzuhebenden Stellenwert einräumt, wurde hier eine Vermehrung um 17 Planstellen vorgesehen.

Die Schaffung eines neuen Berufsgeneralkonsulates in Frankfurt/Main und die Notwendigkeit einer stärkeren Präsenz Österreichs in der Volksrepublik Ungarn erforderte beim Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten die Zsystemisierung von 9 Planstellen.

Die besonderen Anforderungen unter anderem im Zusammenhang mit der Steuerreform und der weitere Ausbau der Rechtsmittelabteilungen in den Finanzlandesdirektionen erforderte eine Vermehrung um insgesamt 164 Planstellen.

Beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft bringt unter anderem die verpflichtende Prüfung des Qualitätsweines einen Mehrbedarf von 26 Planstellen. Die ständige Ausweitung des zivilen Luftverkehrs erfordert beim Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr eine Vermehrung um 4 Planstellen.

Die im Stellenplan 1988 mit 70 Planstellen vorgesehene Möglichkeit, Behinderte zusätzlich zu den im Stellenplan vorgesehenen Bediensteten zu beschäftigen, wird im Stellenplan 1989 um 30 Planstellen erweitert. Ab 1989 werden für diese Zwecke somit insgesamt 100 Planstellen zur Verfügung stehen.

ABSCHNITT III

Zur Erläuterung der Entwicklung der Stellenpläne und der in Aussicht genommenen Planstellenvermehrungen beziehungsweise -verminderungen sind nachstehende Übersichten angeschlossen:

Die Anlage A enthält eine Zusammenstellung der für das Jahr 1989 vorgesehenen Planstellen, getrennt nach den einzelnen Ressorts.

Die Anlage B enthält eine Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes 1989 zum Gesamtstellenplan 1988, die Anlage B1 zusätzlich getrennt nach Planstellenbereichen.

Die Anlage B2 enthält eine Übersicht über die in den einzelnen Ressorts zum 1. August 1988 aus der Personalreserve zugewiesenen Planstellen.

Die Anlage C enthält eine Übersicht über die Entwicklung der Stellenpläne in den einzelnen Besoldungs- und Entlohnungsgruppen (anteilmäßige Aufgliederung der Planstellen) in den Jahren 1938, 1959, 1965, 1970, 1980, 1986, 1987 und 1988. Die Anlage C1 beginnt mit dem Jahr 1989 und berücksichtigt die der Systematik der Anlage C zugrunde liegende geänderte Gesetzeslage. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden die Zahlen für das Jahr 1988 auf die geänderten Grundlagen umgerechnet und dem Jahr 1989 vorangestellt.

Die Anlage D enthält eine Übersicht über die Entwicklung der einzelnen Verwaltungsbereiche in den Jahren 1959, 1965, 1970, 1975, 1978, 1979 und 1980.

Die Anlage D1 enthält eine Übersicht über die Entwicklung der einzelnen Verwaltungszweige seit dem Jahr 1981 unter Berücksichtigung der in diesem Zeitraum eingetretenen Verschiebungen innerhalb des Stellenplanes, wodurch die tatsächliche Entwicklung der Planstellenanzahl in den einzelnen Verwaltungszweigen, vor allem in den Zentralstellen, ersichtlich ist. Zum besseren Verständnis ist eine Aufstellung angeschlossen, die eine Zuordnung der einzelnen Planstellenbereiche zu den Verwaltungszweigen enthält.

Die Anlage E enthält eine Übersicht zum Stellenplan 1989 über die nach Verwendungsgruppen auf gegliederten Stellenpläne der einzelnen Ressorts.

Die Anlage F enthält eine summarische Übersicht zum Planstellenverzeichnis (Teil II, Abschnitt A), die nach Besoldungsgruppen im Sinne des § 2 des Gehaltsgesetzes 1956 gegliedert ist.

STELLENPLAN 1989

Erläuterungen zum Stellenplan 1989

	Stellenplan 1988	Stellenplan 1989	Prozent des Gesamt- standes	Differenz gegenüber dem Vorjahr
1. Allgemeine Verwaltung:				
a) Oberste Organe	665	679	0,24	+ 14
b) Zentralstellen	7.527	7.574	2,63	+ 47
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.258	20.366	7,07	+ 108
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.395	9.367	3,25	- 28
Summe 1	37.845	37.986	13,19	+ 141
2. Sicherheitswesen	33.429	33.583	11,66	+ 154
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.068	11.072	3,84	+ 4
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	53.450	53.557	18,60	+ 107
5. Heerwesen	22.260	22.246	7,72	- 14
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.431	1.440	0,50	+ 9
7. Bundesbetriebe und Monopole	129.270	128.106	44,49	- 1.164
Gesamtstand	288.753	287.990	100,00	- 763

STELLENPLAN 1989

Anlage A

Übersicht zum Planstellenverzeichnis gegliedert nach Ressorts

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)					
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKS	BMWF	BMAS	BMUJF
Beamte												
Beamte der allgemeinen Verwaltung...	45	173	30	56	36	280	1.486	2.539	1.965	3.567	3.709	268
Beamte in handwerklicher Verwendung...	7	40	1	2	2	5	72	271	468	314	58	6
Richter und Richteramtsanwärter...	-	-	-	54	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Hochschullehrer...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6.477	-	-
Lehrer...	-	-	-	-	-	-	-	-	24.824	267	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes...	-	-	-	-	-	-	-	-	226	-	-	-
Wachebeamte...	-	-	-	-	-	-	-	24.328	-	-	-	-
Berufsoffiziere und zVS...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe Beamte...	52	213	31	112	38	285	1.558	27.138	27.483	10.625	3.767	274
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete (VB A)												
VB A/I...	6	13	22	23	4	24	1.416	977	1.703	3.688	876	125
VB A/I L...	-	-	-	-	-	-	-	-	557	106	-	-
VB A/II...	5	24	6	10	-	11	234	955	1.625	599	47	5
VB A/II L...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	341	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27	5	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB A...	11	37	28	33	4	35	1.650	1.932	3.885	4.761	928	130
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)												
VB B/I...	1	2	-	-	-	1	46	15	308	459	92	7
VB B/I L...	-	-	-	-	-	-	-	-	281	30	-	-
VB B/II...	-	-	-	-	-	-	5	482	797	25	98	-
VB B/II L...	-	-	-	-	-	-	-	-	21	-	-	-
Vertr. Ass. gem. Hochschulass. Gesetz...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	92	-	-
Bed. gem. Kollektivvertrag...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	-	-
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften...	-	-	-	-	-	-	-	58	187	-	-	-
Summe VB B...	1	2	-	-	-	1	51	555	1.594	611	190	7
Summe Beamte und VB...	64	252	59	145	42	321	3.259	29.625	32.962	15.997	4.885	411
Bedienstete der Österr. Bundesbahnen												
Bundesbahnbeamte...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ganzjährig vollbesch. Bundesbahnbed...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Teilbesch. Bundesbahnbedienstete...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe ÖBB...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme...	64	252	59	145	42	321	3.259	29.625	32.962	15.997	4.885	411
Gesamtsumme einschl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	35.746	-	-	-
Jugendliche Bedienstete (JAL)												
Jugendliche Vertragsbedienstete...	-	-	1	-	-	-	25	57	8	370	216	5
Anlernkräfte...	-	-	-	-	-	-	21	78	-	-	-	-
Lehrlinge...	-	-	-	-	-	-	8	18	-	314	-	-
Summe JAL...	-	-	1	-	-	-	54	153	8	684	216	5
Summe JAL einschl. Bundesbetriebe...	-	-	-	-	-	-	-	-	51	-	-	-
Gesamtsumme einschließlich JAL...	64	252	60	145	42	321	3.313	29.778	32.970	16.681	5.101	416

Anlage A

STELLENPLAN 1989
Übersicht zum Planstellenverzeichnis gegliedert nach Ressorts

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits- verw.	Bundesbetriebe (Monopole)						Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BNöwV		BTV	ÖGMV	VÖBM	ÖBF	PTV	ÖBB		
639	3.904	15.452	13.915	1.540	3.514	405	53.523	68	95	18	-	4.118	-	4.299	57.822
11	92	2.678	420	339	1.264	30	6.080	-	1	2	-	19	-	22	6.102
-	1.688	-	-	-	-	-	1.742	-	-	-	-	-	-	-	1.742
-	218	-	-	-	-	-	218	-	-	-	-	-	-	-	218
-	-	-	-	-	-	-	6.477	-	-	-	-	-	-	-	6.477
-	17	33	-	338	-	-	25.479	-	-	-	-	-	-	-	25.479
-	-	-	-	-	-	-	226	-	-	-	-	-	-	-	226
-	2.993	-	4.107	-	-	-	31.428	-	-	-	-	-	-	-	31.428
-	-	3.278	-	-	-	-	3.278	-	-	-	-	-	-	-	3.278
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	42.895	-	42.895	42.895
650	8.912	21.441	18.442	2.217	4.778	435	128.451	68	96	20	-	47.032	-	47.216	175.667
611	1.700	883	2.555	674	1.358	106	16.764	42	19	16	4	4.415	-	4.496	21.260
-	1	-	-	57	-	-	721	-	-	-	-	-	-	-	721
34	163	909	381	569	703	2	6.282	-	3	5	7	1.163	-	1.178	7.460
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	341	-	-	-	-	-	-	-	341
-	-	66	-	395	-	901	1.394	1.498	-	-	-	-	-	1.498	2.892
107	-	-	1	-	-	-	108	837	-	-	1.170	-	-	2.007	2.115
752	1.864	1.858	2.937	1.695	2.061	1.009	25.610	2.377	22	21	1.181	5.578	-	9.179	34.789
12	139	62	172	22	38	6	1.382	-	2	-	-	1.584	-	1.586	2.968
-	-	-	-	-	-	-	311	-	-	-	-	-	-	-	311
8	137	36	132	3	198	1	1.922	-	-	1	-	557	-	558	2.480
-	3	-	-	7	-	-	31	-	-	-	-	-	-	-	31
-	-	-	-	-	-	-	92	-	-	-	-	-	-	-	92
-	-	13	-	1.664	-	-	1.682	176	-	-	2.506	-	-	2.682	4.364
18	-	45	23	-	255	-	586	163	-	-	-	16	-	179	765
38	279	156	327	1.696	491	7	6.006	339	2	1	2.506	2.157	-	5.005	11.011
1.440	11.055	23.455	21.706	5.608	7.330	1.451	160.067	2.784	120	42	3.687	54.767	-	61.400	221.467
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	53.648	53.648	53.648
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11.731	11.731	11.731
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.144	1.144	1.144
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	66.523	66.523	66.523
1.440	11.055	23.455	21.706	5.608	7.330	1.451	160.067	2.784	120	42	3.687	54.767	66.523	127.923	287.990
-	-	-	21.868	9.295	-	122741	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3	171	14	201	25	44	5	1.145	-	1	-	-	82	130	213	1.358
-	-	-	20	9	-	-	128	-	-	-	-	1.007	180	1.187	1.315
-	-	109	-	153	25	-	627	43	-	-	58	1.000	1.320	2.421	3.048
3	171	123	221	187	69	5	1.900	43	1	-	58	2.089	1.630	3.821	5.721
-	-	-	222	245	-	3.724	-	-	-	-	-	-	-	-	-
1.443	11.226	23.578	21.927	5.795	7.399	1.456	161.967	2.827	121	42	3.745	56.856	68.153	131.744	293.711

STELLENPLAN 1989

Anlage B

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Ressorts)

Kap.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1988			Stellenplan 1989			Unterschied gegenüber Vorjahr						
		Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe	
			VB A	VB B			VB A	VB B			VB A	VB B		
	Hoheitsverwaltung													
01	Präsidenten-schaftskanzlei	50	11	1	62	52	11	1	64	+	2	-	+	2
02	Parlamentsdirektion	209	34	2	245	213	37	2	252	+	4	3	-	7
03	Verfassungsgerichtshof	31	28	-	59	31	28	-	59	-	-	-	-	-
04	Verwaltungsgerichtshof	110	31	-	141	112	33	-	145	+	2	2	-	4
05	Volksanwaltschaft	35	6	-	41	38	4	-	42	+	3	2	-	1
06	Rechnungshof	281	35	1	317	285	35	1	321	+	4	-	+	4
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	1.022	1.145	25	2.192	1.036	1.129	25	2.190	+	14	16	-	2
11	Inneres	26.982	1.937	556	29.475	27.138	1.932	555	29.625	+	156	5	1	150
12	Unterricht und Sport	27.128	4.126	1.743	32.997	27.482	3.884	1.587	32.953	+	354	242	156	44
13	Kunst	1	1	7	9	1	1	7	9	-	-	-	-	-
14	Wissenschaft und Forschung	10.445	4.907	620	15.972	10.625	4.761	611	15.997	+	180	146	9	25
15	Soziales	3.704	996	187	4.887	3.767	928	190	4.885	+	63	68	3	2
17	Bundeskanzleramt - Gesundheit	500	546	26	1.072	522	521	26	1.069	+	22	25	-	3
18	Umwelt, Jugend, Familie	233	151	8	392	274	130	7	411	+	41	21	1	19
20	Außeres	644	734	53	1.431	650	752	38	1.440	+	6	18	15	9
30	Justiz	8.933	1.843	279	11.055	8.912	1.864	279	11.055	-	21	21	-	-
40	Militärische Angelegenheiten	21.452	1.858	155	23.465	21.441	1.858	156	23.455	-	11	-	1	10
50	Finanzverwaltung	18.202	3.000	342	21.544	18.442	2.937	327	21.706	+	240	63	15	162
60	Land- und Forstwirtschaft	2.161	1.721	1.711	5.593	2.217	1.695	1.696	5.608	+	56	26	15	15
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	1.000	402	10	1.412	1.022	381	9	1.412	+	22	21	1	-
64	Bauten und Technik	3.746	1.702	498	5.946	3.756	1.680	482	5.918	+	10	22	16	28
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	435	1.009	7	1.451	435	1.009	7	1.451	-	-	-	-	-
	Summe Hoheitsverwaltung...	127.304	26.223	6.231	159.758	128.451	25.610	6.006	160.067	+	1.147	613	225	309
	Bundesbetriebe													
71	Bundestheater	68	2.379	341	2.788	68	2.377	339	2.784	-	-	2	2	4
74	Glücksspiele (Monopol)	97	22	2	121	96	22	2	120	-	1	-	-	1
75	Branntwein (Monopol)	21	20	4	45	20	21	1	42	-	1	1	3	3
76	Hauptmünzamt	79	126	-	205	-	-	-	79	-	126	-	-	205
77	Österreichische Bundesforste	-	1.181	2.631	3.812	-	1.181	2.506	3.687	-	-	-	125	125
78	Post- und Telegraphenverwaltung	47.056	5.590	2.157	54.803	47.032	5.578	2.157	54.767	-	24	12	-	36
79	Österreichische Bundesbahnen	54.198	11.879	1.144	67.221	53.648	11.731	1.144	66.523	-	550	148	-	698
	Summe Bundesbetriebe...	101.519	21.197	6.279	128.995	100.864	20.910	6.149	127.923	-	655	287	130	1.072
	Gesamtsumme...	228.823	47.420	12.510	288.753	229.315	46.520	12.155	287.990	+	492	900	355	763

STELLENPLAN 1989

Anlage B1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1988			Stellenplan 1989			Unterschied gegenüber Vorjahr									
		Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe				
			VB A	VB B			VB A	VB B			VB A	VB B					
	Hoheitsverwaltung																
0	Oberste Organe																
01	Präsidentenkanzlei	50	11	1	62	52	11	1	64	+	2	-	-	+	2		
02	Parlamentsdirektion	209	34	2	245	213	37	2	252	+	4	+	3	-	+	7	
03	Verfassungsgerichtshof	31	28	-	59	31	28	-	59	-	-	-	-	-	-	-	
04	Verwaltungsgerichtshof	110	31	-	141	112	33	-	145	+	2	+	2	-	+	4	
05	Volksanwaltschaft	35	6	-	41	38	4	-	42	+	3	-	2	-	+	1	
06	Rechnungshof	281	35	1	317	285	35	1	321	+	4	-	-	-	+	4	
	Summe 0...	716	145	4	865	731	148	4	883	+	15	+	3	-	+	18	
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen																
1000	Zentralleitung	408	315	8	731	419	307	8	734	+	11	-	8	-	+	3	
1001	Verwaltungsakademie	16	10	-	26	16	11	-	27	-	+	-	1	-	+	1	
1010	Staatsarchiv und Archivant	87	50	-	137	87	49	-	136	-	-	-	1	-	-	1	
1020	Statistisches Zentralamt	439	759	17	1.215	444	751	17	1.212	+	5	-	8	-	-	3	
1030	Ant der Wiener Zeitung	7	11	-	18	7	11	-	18	-	-	-	-	-	-	-	
1031	Ant der Österreichischen Staatsdruckerei	65	-	-	65	63	-	-	63	-	2	-	-	-	-	2	
	Summe 10...	1.022	1.145	25	2.192	1.036	1.129	25	2.190	+	14	-	16	-	-	2	
11	Inneres																
1100	Zentralleitung	681	309	2	992	681	309	2	992	-	-	-	-	-	-	-	
1130	Bundespolizei	14.503	1.179	91	15.773	14.644	1.179	91	15.914	+	141	-	-	-	+	141	
1140	Bundesgendarmerie	11.739	302	463	12.504	11.749	302	462	12.513	+	10	-	-	-	+	9	
1150	Flüchtlingsbetreuung	57	135	-	192	62	130	-	192	+	5	-	5	-	-	-	
1151	Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen	2	12	-	14	2	12	-	14	-	-	-	-	-	-	-	
	Summe 11...	26.982	1.937	556	29.475	27.138	1.932	555	29.625	+	156	-	5	-	1	+	150
12	Unterricht und Sport																
1200	Zentralleitung	357	175	6	538	374	163	6	543	+	17	-	12	-	+	5	
1240	Bundessportheime und Sporteinrichtungen	50	160	54	264	50	162	54	266	-	+	2	-	+	2	2	
1241	Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen	18	56	2	76	20	54	2	76	+	2	-	2	-	-	-	
1242	Sonstige Einrichtungen für Jugendberziehung	18	16	-	34	18	16	-	34	-	-	-	-	-	-	-	
1243	Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung	62	41	7	110	62	41	7	110	-	-	-	-	-	-	-	
1244	SHB - Medienzentrum	18	24	-	42	18	24	-	42	-	-	-	-	-	-	-	
1260	Schulaufsichtsbehörden	948	368	43	1.359	949	370	47	1.366	+	1	+	2	+	4	+	7
1261	Schulpsychologie - Bildungsberatung	141	23	24	188	145	19	24	188	+	4	-	4	-	-	-	
1270	Allgemeinbildende höhere Schulen	12.040	1.129	847	14.016	12.149	1.118	751	14.018	+	109	-	11	-	96	+	2
1271	Höhere Internatssghulen des Bundes	261	183	24	468	262	181	25	468	+	1	-	2	+	1	-	
1274	Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung	116	81	10	207	120	77	11	208	+	4	-	4	+	1	+	1
1276	Konvikte und Schülerheime (Allgemeinbildende)	58	144	17	219	57	136	20	213	-	1	-	8	+	3	-	6
1280	Technische und gewerbliche Lehranstalten	4.333	787	206	5.326	4.396	748	178	5.322	+	63	-	39	-	28	-	4
1281	Sozialakad., LA f. Fremdenverkehrs-, Sozial- u. wirtsch. Berufe	3.727	323	171	4.221	3.808	258	158	4.224	+	81	-	65	-	13	+	3
1282	Handelsakademien und Handelsschulen	3.320	265	218	3.803	3.365	197	189	3.751	+	45	-	68	-	29	-	52
1286	Konvikte, Internate und Schülerheime (Berufsbildende)	45	57	5	107	45	56	6	107	-	-	1	+	1	-	-	-
1290	Pädagogische Akademien	908	108	34	1.050	913	102	34	1.049	+	5	-	6	-	-	1	
1291	BA für Kindergartenpädagogik und Erzieher	401	101	58	560	422	80	58	560	+	21	-	21	-	-	-	
1292	Berufspädagogische Akademien	110	21	3	134	100	20	4	124	-	10	-	1	+	1	-	10
1293	Bundesanstalten für Leibeserziehung	44	35	6	85	44	34	6	84	-	-	1	-	-	-	1	
1294	Pädagogische Institute	153	29	8	190	165	28	7	200	+	12	-	1	-	1	+	10
	Summe 12...	27.128	4.126	1.743	32.997	27.482	3.884	1.587	32.953	+	354	-	242	-	156	-	44
13	Kunst																
1320	Hofmusikkapelle	1	1	7	9	1	1	7	9	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 13...	1	1	7	9	1	1	7	9	-	-	-	-	-	-	-	-
	Summe 12+13...	27.129	4.127	1.750	33.006	27.483	3.885	1.594	32.962	+	354	-	242	-	156	-	44

STELLENPLAN 1989

Anlage B1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1988			Stellenplan 1989			Unterschied gegenüber Vorjahr		
		Beamte	Vertrags- bedienstete		Beamte	Vertrags- bedienstete		Beamte	Vertrags- bedienstete	
			VB A	VB B		VB A	VB B		VB A	VB B
14	Wissenschaft und Forschung									
1400	Zentralleitung	147	1	-	148	154	6	-	160	7
1420	Universitäten	7.997	3.592	483	12.072	8.114	3.481	462	12.057	117
1421	Universitäten (zweckgebundene Gebarung)	-	43	25	68	-	43	25	68	-
1423	Bibliotheken	705	321	38	1.064	710	309	45	1.064	5
1424	Wissenschaftliche Anstalten	238	101	4	343	253	90	5	348	15
1425	Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung)	-	2	-	2	-	2	-	2	-
1426	Bundesvers. - und Forschungsanst. Arsenal (betr. ähnl. Einr.)	175	51	5	231	175	51	5	231	-
1430	Kunsthochschulen	751	278	20	1.049	766	268	23	1.057	15
1431	Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung)	-	-	-	-	-	1	1	2	-
1440	Museen	328	462	38	828	341	462	38	841	13
1450	Bundesdenkmalamt	104	56	7	167	112	48	7	167	8
	Summe 14...	10.445	4.907	620	15.972	10.625	4.761	611	15.997	180
15	Soziales									
1500	Zentralleitung	327	87	9	423	327	87	9	423	-
1550	Landesarbeitsämter	2.446	656	131	3.233	2.507	593	132	3.232	61
1570	Landesinvalidenämter	648	116	33	797	650	113	35	798	2
1572	Bundesstaatl. Prothesenwerkstätten (betriebsähnll. Einricht.)	3	26	-	29	3	24	-	27	2
1590	Heimarbeitskommissionen, Schlichtungsstellen	3	5	-	8	3	5	-	8	-
1592	Arbeitsinspektion	277	106	14	397	277	106	14	397	-
	Summe 15...	3.704	996	187	4.887	3.767	928	190	4.885	63
17	Bundeskanzleramt - Gesundheit									
1700	Zentralleitung	152	99	5	256	157	93	5	255	5
1790	Lebensmitteluntersuchungsanstalten	129	81	4	214	134	76	4	214	5
1792	Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst.	123	200	11	334	129	192	11	332	6
1794	Bundeshebammenlehranstalten	2	-	-	2	2	-	-	2	-
1795	Veterinärmedizinische Anstalten	88	145	-	233	89	144	-	233	1
1796	Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst	6	21	6	33	11	16	6	33	5
	Summe 17...	500	546	26	1.072	522	521	26	1.069	22
	Summe 10+17...	1.522	1.691	51	3.264	1.558	1.650	51	3.259	36
18	Umwelt, Jugend, Familie									
1800	Zentralleitung	143	46	2	191	167	46	2	215	24
1841	Außerschulische Jugenderziehung	8	-	-	8	8	-	-	8	-
1870	Umweltbundesamt	82	105	6	193	99	84	5	188	17
	Summe 18...	233	151	8	392	274	130	7	411	41
20	Äußeres									
2000	Zentralleitung u. Vertretungsbehörden (2010)	610	678	49	1.337	615	695	34	1.344	5
2020	Diplomatische Akademie	6	14	2	22	6	14	2	22	-
2030	Österreichische Kulturinstitute	28	42	2	72	29	43	2	74	1
	Summe 20...	644	734	53	1.431	650	752	38	1.440	6
30	Justiz									
3000	Zentralleitung	152	35	-	187	153	34	-	187	1
3010	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	94	16	-	110	94	18	-	112	2
3020	Justizbehörden in den Ländern	5.246	1.632	260	7.138	5.260	1.652	260	7.172	14
3030	Justizanstalten	3.252	125	17	3.394	3.206	125	17	3.348	46
3050	Bewährungshilfe	189	35	2	226	199	35	2	236	10
	Summe 30...	8.933	1.843	279	11.055	8.912	1.864	279	11.055	21

(10)

STELLENPLAN 1989

Anlage B1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1988			Stellenplan 1989			Unterschied gegenüber Vorjahr						
		Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe	
			VB A	VB B			VB A	VB B			VB A	VB B		
40	Militärische Angelegenheiten													
4000	Zentralleitung	682	337	13	1.032	686	335	14	1.035	+	4	2	+	3
4010	Militärpersonen und Heeresverwaltung	20.715	1.416	129	22.260	20.697	1.420	129	22.246	-	18	4	-	14
4040	Heeresgeschichtl. Museum, Militärwissenschaftl. Institut	55	38	-	93	56	37	-	93	+	1	1	-	-
4050	Allentsteig (betriebsähnll. Einrichtung)	-	67	13	80	2	66	13	81	+	2	1	-	1
	Summe 40...	21.452	1.858	155	23.465	21.441	1.858	156	23.455	-	11	-	+	10
50	Finanzverwaltung													
5000	Zentralleitung	740	230	6	976	740	228	6	974	-	-	2	-	2
5040	Finanzlandesdirektionen	16.112	1.829	225	18.166	16.290	1.772	210	18.272	+	178	57	-	106
5050	Finanzprokuratur	83	28	-	111	85	28	-	113	+	2	-	-	2
5060	Hauptpunzierungs- und Probieramt	48	1	1	50	48	1	1	50	-	-	-	-	-
5070	Bundesrechenamt	216	326	-	542	217	327	-	544	+	1	1	-	2
5080	Österreichisches Postsparkassenamt	990	583	110	1.683	990	580	110	1.680	-	-	3	-	3
5081	Österreichische Salinen AG	-	-	-	-	11	1	-	12	+	11	1	-	12
5082	Amt der Münze Österreich	-	-	-	-	61	-	-	61	+	61	-	-	61
5090	Österreichische Salinen AG	13	3	-	16	-	-	-	-	-	13	3	-	16
	Summe 50...	18.202	3.000	342	21.544	18.442	2.937	327	21.706	+	240	63	-	162
60	Land- und Forstwirtschaft													
6000	Zentralleitung	447	145	5	597	458	140	5	603	+	11	5	-	6
6040	Bundesanstalt für Agrarwirtschaft	20	8	-	28	-	-	-	-	-	20	8	-	28
6042	Bundesanstalt für Bergbauernfragen	6	3	-	9	-	-	-	-	-	6	3	-	9
6043	Bundesanstalt für Landtechnik	41	24	1	66	-	-	-	-	-	41	24	-	66
6050	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten	405	203	30	638	422	281	26	729	+	17	78	-	91
6051	Bundesanstalten für pflanzliche Produktion	385	301	53	739	416	291	53	760	+	31	10	-	21
6052	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten	66	25	3	94	66	42	4	112	-	+	17	+	18
6053	Forstliche Bundesversuchsanstalt	148	95	20	263	148	95	20	263	-	-	-	-	-
6054	Bundesanstalt für Argrarwirtschaft	-	-	-	-	20	8	-	28	+	20	8	-	28
6055	Bundesanstalten für Milchwirtschaft	41	79	1	121	41	84	2	127	-	+	5	+	6
6056	Bundesanstalt für Bergbauernfragen	-	-	-	-	6	3	-	9	+	6	3	-	9
6057	Bundesanstalten für Tierzucht	62	39	1	102	62	39	1	102	-	-	-	-	-
6058	Wasserwirtschaftliche Bundesanstalten	62	21	3	86	62	21	3	86	-	-	-	-	-
6059	Bundesanstalt für Landtechnik	-	-	-	-	43	22	1	66	+	43	22	+	66
6060	Landwirtsch. und milchwirtsch. Bundeslehranstalten (Internate)	9	87	1	97	-	-	-	-	-	9	87	-	97
6062	Forstw. Bundeslehranstalten und forstl. Ausbildungsstätten (Internate)	-	26	2	28	-	-	-	-	-	-	26	-	28
6072	Forstliche Ausbildungsstätten	31	11	-	42	34	17	1	52	+	3	6	+	10
6080	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst	207	109	1.510	1.826	207	111	1.499	1.817	-	+	2	-	9
6091	Bundeskellereiinspektion	28	-	-	28	28	-	-	28	-	-	-	-	-
6093	Bundesgärten	106	166	11	283	107	165	11	283	+	1	1	-	-
6094	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule	57	66	9	132	57	66	9	132	-	-	-	-	-
6095	Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften	34	147	52	233	34	147	52	233	-	-	-	-	-
6096	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsförste	6	18	9	33	6	18	9	33	-	-	-	-	-
6099	Bauhöfe	-	148	-	148	-	145	-	145	-	-	3	-	3
	Summe 60...	2.161	1.721	1.711	5.593	2.217	1.695	1.696	5.608	+	56	26	-	15
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr													
6300	Zentralleitung	739	351	6	1.096	758	333	6	1.097	+	19	18	-	1
6320	Österreichisches Patentamt	223	38	1	262	223	37	1	261	-	-	1	-	1
6330	Bergbehörden	38	13	3	54	41	11	2	54	+	3	2	-	-
	Summe 63...	1.000	402	10	1.412	1.022	381	9	1.412	+	22	21	-	-

STELLENPLAN 1989

Anlage B1

Gegenüberstellung des Gesamtstellenplanes zum Vorjahr (gegliedert nach Planstellenbereichen)

Kap. bzw. Par.	Verwaltungsbereich	Stellenplan 1988			Stellenplan 1989			Unterschied gegenüber Vorjahr									
		Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe	Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe				
			VB A	VB B			VB A	VB B			VB A	VB B					
64	Bauten und Technik																
6401	Bundesmobilenverwaltung	30	14	-	44	30	16	-	46	-	+	2	-	+	2		
6403	Beschußämter	11	-	2	13	11	-	2	13	-	-	-	-	-	-		
6405	Kurheime (betriebsähnliche Einrichtungen)	5	-	23	28	2	-	7	9	-	3	-	-	16	-	19	
6406	Bäder	2	-	6	8	2	-	6	8	-	-	-	-	-	-	-	
6440	Wasserstraßendirektion	470	227	8	705	470	204	8	682	-	-	23	-	-	-	23	
6450	Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung	1.857	915	117	2.889	1.870	915	117	2.902	+	13	-	-	+	-	13	
6451	Tiergarten Schönbrunn	60	17	3	80	60	17	3	80	-	-	-	-	-	-	-	
6460	Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung	-	-	255	255	-	-	255	255	-	-	-	-	-	-	-	
649.	Bundesamt für Eich- u. Vermessungswesen (Amtsleitung)	69	96	-	165	68	96	-	164	-	1	-	-	-	-	1	
6490	Einrichtungen des Eichwesens	222	58	8	288	227	58	8	293	+	5	-	-	+	-	5	
6491	Einrichtungen des Vermessungswesens	1.020	375	76	1.471	1.016	374	76	1.466	-	4	-	1	-	-	5	
	Summe 64...	3.746	1.702	498	5.946	3.756	1.680	482	5.918	+	10	-	22	-	16	-	28
	Summe 63+64...	4.746	2.104	508	7.358	4.778	2.061	491	7.330	+	32	-	43	-	17	-	28
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr																
6500	Zentralleitung	273	81	6	360	275	75	6	356	+	2	-	6	-	-	4	
6530	Bundesamt für Zivilluftfahrt (betriebsähnliche Einrichtung)	40	895	-	935	38	901	-	939	-	2	+	6	-	+	4	
6540	Amt f. Schifffahrt einschl. Dienstst. der Schifffahrtspolizei	93	17	-	110	93	17	-	110	-	-	-	-	-	-	-	
6550	Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge	29	16	1	46	29	16	1	46	-	-	-	-	-	-	-	
	Summe 65...	435	1.009	7	1.451	435	1.009	7	1.451	-	-	-	-	-	-	-	
	Summe Hoheitsverwaltung...	127.304	26.223	6.231	159.758	128.451	25.610	6.006	160.067	+	1.147	-	613	-	225	+	309
7	Bundesbetriebe																
71	Bundestheater	68	2.379	341	2.788	68	2.377	339	2.784	-	-	2	-	2	-	4	
74	Glücksspiele (Monopol)	97	22	2	121	96	22	2	120	-	1	-	-	-	-	1	
75	Brantwein (Monopol)	21	20	4	45	20	21	1	42	-	1	+	1	-	3	-	3
76	Hauptmünzamt	79	126	-	205	-	-	-	-	-	79	-	126	-	-	-	205
77	Österreichische Bundesforste	-	1.181	2.631	3.812	-	1.181	2.506	3.687	-	-	-	-	-	125	-	125
78	Post- und Telegraphenverwaltung	47.056	5.590	2.157	54.803	47.032	5.578	2.157	54.767	-	24	-	12	-	-	-	36
79	Österreichische Bundesbahnen	54.198	11.879	1.144	67.221	53.648	11.731	1.144	66.523	-	550	-	148	-	-	-	698
	Summe Bundesbetriebe...	101.519	21.197	6.279	128.995	100.864	20.910	6.149	127.923	-	655	-	287	-	130	-	1.072
	Gesamtsumme...	228.823	47.420	12.510	288.753	229.315	46.520	12.155	287.990	+	492	-	900	-	355	-	763

STELLENPLAN 1989

Anlage B2 Personalreserve: Über den systemisierten Stand aus der Personalreserve zugewiesene Planstellen
(Stand 1. August 1988)

Allgemeine Verwaltung und handwerkliche Verwendung		Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse					
		A		B	C	D	P1 P2
Verwaltungsbereich		IX	VIII	VII	V	IV	IV IV
Präsidentschaftskanzlei			3	1	1		
Volksanwaltschaft		1					
Rechnungshof			46	6	2		1
Bundeskanzleramt mit Dienststellen	Zentralleitung...		26	23	1		
	nachgeordnete Dienststellen...		2	3			1
Inneres	Zentralleitung...	1	21	44	6	3	
	nachgeordnete Dienststellen...		28	25	6		2 1
Unterricht und Sport	Zentralleitung...		29				
	nachgeordnete Dienststellen...		7	13	2	12	2 2
Kunst	Zentralleitung...						
	nachgeordnete Dienststellen...			1			
Wissenschaft und Forschung	Zentralleitung...	1	25	7			
	nachgeordnete Dienststellen...		43	15	15	9	7
Soziales	Zentralleitung...	3	13	26			
	nachgeordnete Dienststellen...		11	60	26	4	
Bundeskanzleramt - Gesundheit	Zentralleitung...	1	6	5			
	nachgeordnete Dienststellen...		4	1	5		
Umwelt, Jugend, Familie	Zentralleitung...	2	4	3	1		
	nachgeordnete Dienststellen...						
Äußeres	Zentralleitung und Vertretungsbehörden...	1	128	49	3	1	
	sonstige nachgeordnete Dienststellen...		7	3			
Justiz	Zentralleitung...	1	11	7	1		
	nachgeordnete Dienststellen...		7	108	1		
Militärische Angelegenheiten	Zentralleitung...		10	61	5		
	nachgeordnete Dienststellen...		5	69	155	14	66 1
Finanzverwaltung	Zentralleitung...		77	76	6		
	nachgeordnete Dienststellen...			37	231		
Land- und Forstwirtschaft	Zentralleitung...	1	15	13			
	nachgeordnete Dienststellen...		25	12	1		15 13
Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	Zentralleitung...	2	71	35	2		
	nachgeordnete Dienststellen...		45	1	1		
Bauten und Technik	Zentralleitung...						
	nachgeordnete Dienststellen...		12	64	146	2	17 7
Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	Zentralleitung...	2	15	14	1		
	nachgeordnete Dienststellen...		2	4	5		1 1
Bundestheater				4	4		
Glücksspiele (Monopol)				1			
Post- und Telegraphenverwaltung			39	38			
Summe...		16	737	829	627	45	112 25

STELLENPLAN 1989

Anlage B2 Personalreserve: Über den systemisierten Stand aus der Personalreserve zugewiesene Planstellen
(Stand 1. August 1988)

Wachebeamte	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	W1			W2			
	VIII	VII	VI	V(3)	IV(3)	(2)	(1)
Sicherheitswachdienst	1	14		27			
Kriminaldienst		11		81			
Gendarmeriedienst	6	21		134	75	78	
Justizwachdienst		4	5	20		34	
Zollwachdienst		9		18	134	530	
Summe...	7	59	5	280	209	642	

Berufsoffiziere und zeitverpflichtete Soldaten	Planstellen der Verwendungsgruppe/Dienstklasse						
	H1			H2			
	IX	VIII	VII	VIII	VII	VI	
Berufsoffiziere	1	63	26	11	180	70	

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Planstellen der Dienstzulagengruppe						
Verwendungsgruppe	S	1	2	2b	3	A	B
PT 2							
PT 3							
PT 4							
PT 5						42	
PT 7						8	
PT 8							29
Summe...						50	29

STELLENPLAN 1989
Entwicklung der Planstellenbereiche bis 1988

Anlage C

	Planstellenbereiche der Bundesbediensteten in den Jahren							
	1938	1959 *)	1965	1970	1980	1986	1987	1988
A. Bundesverwaltung								
Beamte der Allgemeinen Verwaltung.....	20.623	32.531	35.673	44.422	46.812	51.679	52.600	52.829
Beamte in handwerklicher Verwendung.....	-	-	-	4.025	5.539	5.898	5.966	6.011
Richter.....	1.460	1.409	1.488	1.518	1.600	1.725	1.739	1.726
Staatsanwälte.....	120	131	155	164	204	220	220	220
Universitäts-(Hochschul-)lehrer.....	1.011	1.385	2.989	4.500	6.042	6.430	6.477	6.476
Bundeslehrer.....	3.606	6.732	11.082	13.464	21.590	23.785	24.509	25.171
Beamte des Schulaufsichtsdienstes.....	118	179	191	202	218	224	226	226
Wachebeamte.....	21.147	29.253	29.544	28.780	30.244	31.297	31.400	31.344
Militärpersonen.....	28.351	8.175	11.176	5.652	5.932	4.081	3.381	3.301
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I.....	4.782	17.310	17.336	14.396	16.262	17.681	17.632	17.163
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II.....	-	2.143	762	581	453	1.345	969	774
Vertragsassistenten.....	-	-	-	-	310	340	340	340
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema III.....	-	11.571	11.093	7.510	6.753	6.587	6.543	6.381
Kollektivvertrag.....	-	818	606	1.122	1.240	1.407	1.405	1.400
nach anderen Rechtsvorschriften.....	-	2.054	1.240	840	378	113	111	110
nach anderen Rechtsvorschriften II.....	-	-	-	-	6	58	55	55
Lehrlinge.....	-	97	71	55	-	-	-	-
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I teilbeschäftigt.....	14.670	248	474	520	1.081	1.294	1.331	1.360
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II teilbeschäftigt.....	-	-	-	-	1.151	988	988	508
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema III teilbeschäftigt.....	-	576	409	246	36	31	31	31
Vertragsassistenten teilbeschäftigt.....	-	-	-	-	93	92	92	92
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II teilbeschäftigt.....	-	1.343	1.604	1.703	1.717	1.895	1.957	1.939
Kollektivvertrag teilbeschäftigt.....	-	3.249	2.974	2.063	1.911	1.976	1.959	1.953
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt.....	-	136	694	746	728	338	340	343
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt II.....	-	-	-	-	-	-	-	-
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt III.....	-	-	-	-	3	8	5	5
Summe A...	95.888	119.340	129.561	132.509	150.303	159.492	160.276	159.758
B. Bundesbetriebe (Monopole)								
Beamte der Allgemeinen Verwaltung.....	21.978	28.930	30.768	36.586	44.125	5.076	4.866	4.712
Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung.....	-	-	-	-	-	40.915	42.398	42.548
Beamte in handwerklicher Verwendung.....	-	-	-	1.189	1.402	51	61	61
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I.....	2.784	7.429	15.131	9.253	4.997	5.302	4.524	4.525
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II.....	-	4.036	1.879	1.816	1.838	1.797	1.293	1.285
Kollektivvertrag.....	-	1.901	2.208	2.194	2.307	1.506	1.505	1.498
nach anderen Rechtsvorschriften.....	-	2.045	3.376	2.423	2.275	2.036	2.026	2.010
Lehrlinge.....	-	712	972	968	-	-	-	-
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema I teilbeschäftigt.....	13.405	2.033	1.508	2.608	2.587	1.586	1.586	1.586
Vertragsbedienstete Entlohnungsschema II teilbeschäftigt.....	-	690	526	580	560	560	560	560
Kollektivvertrag teilbeschäftigt.....	-	6.607	6.215	5.535	3.827	2.964	2.872	2.807
nach anderen Rechtsvorschriften teilbeschäftigt.....	-	6	-	16	191	191	192	182
Forstzöglinge.....	-	65	15	-	-	-	-	-
Summe B...	38.167	54.454	62.598	63.168	64.109	61.984	61.883	61.774
Summe A und B:								
Öffentlich-rechtlich Bedienstete.....	98.414	108.725	123.066	140.502	163.708	171.381	173.843	171.324
Vertragsbedienstete.....	35.641	65.069	69.093	55.175	50.704	50.095	48.316	50.208
Zusammen...	134.055	173.794	192.159	195.677	214.412	221.476	222.159	221.532
C. Bundesbahnen								
Bundesbahnbeamte.....	49.996	62.890	65.903	64.379	54.170	54.005	54.490	54.198
Bundesbahnbedienstete.....	7.200	6.047	2.270	612	600	498	541	520
Lehrlinge.....	-	270	975	800	-	-	-	-
Lohnbedienstete und Teilbeschäftigte.....	7.230	10.358	11.846	11.708	15.408	14.974	13.763	12.503
Summe C...	64.426	79.565	80.994	77.499	70.178	69.477	68.794	67.221
Gesamtsumme A-C...	202.018	253.538	273.222	273.218	284.590	290.953	290.953	288.753
Jugendliche Bedienstete.....	-	-	-	-	4.650	6.443	6.478	5.936

*) Im Dienstpostenplan für das Jahr 1959 wurden erstmals sämtliche Bedienstetenkategorien ausgewiesen. Die Zahl der vergleichbaren Bediensteten, die im Dienstpostenplan 1938 nicht ausgewiesen wurde, ist in Kursivschrift dargestellt.

Anlage C1

STELLENPLAN 1989
 Entwicklung der Planstellenbereiche ab 1988

	1988	1989	Untersch. gegenüber d. Vorjahr						
Beamte									
Beamte der allgemeinen Verwaltung...	57.541	57.822	+ 281						
Beamte in handwerklicher Verwendung...	6.072	6.102	+ 30						
Richter und Richteramtsanwärter.....	1.726	1.742	+ 16						
Staatsanwälte.....	220	218	- 2						
Hochschullehrer.....	6.476	6.477	+ 1						
Lehrer.....	25.171	25.479	+ 308						
Beamte des Schulaufsichtsdienstes....	226	226	-						
Wachebeamte.....	31.344	31.428	+ 84						
Berufsoffiziere und zVS.....	3.301	3.278	- 23						
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung	42.548	42.895	+ 347						
Summe Beamte...	174.625	175.667	+ 1.042						
Ganzjährig vollbesch. Bedienstete (VB A)									
VB A/I.....	21.688	21.260	- 428						
VB A/I L.....	774	721	- 53						
VB A/II.....	7.666	7.460	- 206						
VB A/II L.....	-	-	-						
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz...	340	341	+ 1						
Vertr. Bed. gem. Kunsthochschul-Do....	55	-	- 55						
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	2.898	2.892	- 6						
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	2.120	2.115	- 5						
Summe VB A...	35.541	34.789	- 752						
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)									
VB B/I.....	2.946	2.968	+ 22						
VB B/I L.....	508	311	- 197						
VB B/II.....	2.499	2.480	- 19						
VB B/II L.....	31	31	-						
Vertr. Bed. gem. Hochschulass. Gesetz...	92	92	-						
Vertr. Bed. gem. Kunsthochschul-Do....	5	-	- 5						
Bed. gem. Kollektivvertrag.....	4.505	4.364	- 141						
Bed. gem. anderer Rechtsvorschriften.	780	765	- 15						
Summe VB B...	11.366	11.011	- 355						
Summe Beamte und VB...	221.532	221.467	- 65						
Bedienstete der Österr. Bundesbahnen									
Bundesbahnbeamte.....	54.198	53.648	- 550						
Ganzjährig vollbesch. Bundesbahnbed...	11.879	11.731	- 148						
Teilbesch. Bundesbahnbedienstete.....	1.144	1.144	-						
Summe ÖBB...	67.221	66.523	- 698						
Gesamtsumme...	288.753	287.990	- 763						
Jugendliche Bedienstete (JAL)									
Jugendliche Vertragsbedienstete.....	1.356	1.358	+ 2						
Anlernkräfte.....	1.505	1.315	- 190						
Lehrlinge.....	3.075	3.048	- 27						
Summe JAL...	5.936	5.721	- 215						
Gesamtsumme einschließlich JAL...	294.689	293.711	- 978						

STELLENPLAN 1989

Anlage D Übersicht über die Entwicklung der Planstellenbereiche in den einzelnen Verwaltungszweigen bis 1980

Verwaltungszweige	1959	1965	1970	1975	1978	1979	1980	% *)
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	301	334	370	461	507	520	528	0,19
b) Zentralstellen	5.392	5.889	6.012	6.494	6.469	6.644	6.896	2,42
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	21.871	21.824	21.458	21.678	21.165	21.342	21.364	7,51
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	10.420	10.354	9.527	9.370	9.192	8.589	8.614	3,03
e) Besondere Verwaltung	1.072	2.108	2.218	2.564	2.727	2.753	2.645	0,93
Summe 1 ...	39.686	40.509	39.585	40.567	40.060	39.848	40.047	14,08
2. Sicherheitswesen	28.267	28.513	27.578	28.065	28.000	28.449	28.404	9,98
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	7.913	8.994	9.147	10.030	10.028	10.071	10.214	3,59
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	21.105	27.431	33.391	44.807	46.039	47.089	47.969	16,85
5. Heerwesen	20.177	21.775	21.311	20.432	20.835	21.506	22.000	7,73
6. Auswärtige Angelegenheiten	831	1.131	1.184	1.353	1.347	1.388	1.399	0,49
7. Bundesbetriebe und Monopole	135.559	144.869	141.022	141.318	135.229	134.762	134.557	47,28
Gesamtsumme ...	253.538	273.222	273.218	286.572	281.538	283.113	284.590	100,00

*) Anteil am Gesamtstellenplan ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

STELLENPLAN 1989

Anlage D1 Übersicht über die Entwicklung der Planstellenbereiche in den einzelnen Verwaltungszweigen ab 1980

Verwaltungszweige	1980	1981	Organisa- tionsänd. 1981	1982	1983	1984	StPl. Änd. Gesetz 1984	1985
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	528	545	545	557	573	589	589	628
b) Zentralstellen	6.927	6.993	6.993	7.006	6.991	7.070	7.070	7.213
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	19.342	19.604	19.533	19.519	19.625	20.065	20.065	20.324
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.366	9.388	9.393	9.220	9.215	9.230	9.230	9.273
Summe 1 ...	36.163	36.530	36.464	36.302	36.404	36.954	36.954	37.438
2. Sicherheitswesen	32.318	32.553	32.553	32.585	32.814	32.966	32.966	33.163
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	10.214	10.351	10.363	10.491	10.637	10.886	10.936	11.136
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	47.939	48.919	48.973	49.664	50.416	51.338	51.338	52.159
5. Heerwesen	22.000	22.485	22.485	22.815	23.142	23.156	23.156	22.893
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.399	1.423	1.423	1.423	1.430	1.391	1.391	1.421
7. Bundesbetriebe und Monopole	134.557	134.320	134.320	133.301	132.886	132.451	132.451	132.227
Gesamtsumme ...	284.590	286.581	286.581	286.581	287.729	289.142	289.192	290.437

Verwaltungszweige	StPl. Änd. Gesetz 1985	Organisa- tionsänd. 1985	1986	Organisa- tionsänd. 1986	Budget- prov. 1987	BMG- Novelle 1987	1988	
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	628	628	641	641	657	662	665	
b) Zentralstellen	7.216	7.216	7.315	7.353	7.520	7.573	7.555	
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.336	20.336	20.375	20.347	20.393	20.393	20.230	
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.531	9.531	9.537	9.537	9.540	9.488	9.395	
Summe 1 ...	37.711	37.711	37.868	37.878	38.110	38.116	37.845	
2. Sicherheitswesen	33.163	33.163	33.359	33.359	33.456	33.458	33.429	
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.136	11.136	11.148	11.138	11.156	11.156	11.068	
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	52.404	52.346	52.794	52.794	53.486	53.485	53.450	
5. Heerwesen	22.893	22.893	22.588	22.588	22.335	22.335	22.260	
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.421	1.421	1.423	1.423	1.430	1.430	1.431	
7. Bundesbetriebe und Monopole	132.225	132.283	131.773	131.773	130.975	130.973	129.270	
Gesamtsumme ...	290.953	290.953	290.953	290.953	290.948	290.953	288.753	

Verwaltungszweige	Organisa- tionsänd. 1988	1989	% *)	Differenz gegenüber Vorjahr				
1. Allgemeine Verwaltung:								
a) Oberste Organe	665	679	0,24	+ 14				
b) Zentralstellen	7.527	7.574	2,63	+ 47				
c) Verwaltung in administrativer Hinsicht	20.258	20.368	7,07	+ 108				
d) Verwaltung in technischer Hinsicht	9.395	9.367	3,25	- 28				
Summe 1 ...	37.845	37.986	13,19	+ 141				
2. Sicherheitswesen	33.429	33.583	11,66	+ 154				
3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug	11.068	11.072	3,84	+ 4				
4. Unterrichtswesen, Kultur und Forschung (ohne Landeslehrer)	53.450	53.557	18,60	+ 107				
5. Heerwesen	22.260	22.246	7,72	- 14				
6. Auswärtige Angelegenheiten	1.431	1.440	0,50	+ 9				
7. Bundesbetriebe und Monopole	129.270	128.106	44,49	- 1.164				
Gesamtsumme ...	288.753	287.990	100,00	- 763				

*) Anteil am Gesamtstellenplan ohne 'Landesbedienstete (-lehrer und sonstige Bedienstete), deren Bezüge der Bund trägt', nach Hundertsatz

STELLENPLAN 1989

Anlage D1

Übersicht über die Entwicklung der Planstellenbereiche in den einzelnen Verwaltungszweigen

Zusammensetzung der Verwaltungszweige

Verwaltungszweige - Verwaltungsbereiche	Verwaltungszweige - Verwaltungsbereiche
1. Allgemeine Verwaltung a) Oberste Organe 01 Präsidentschaftskanzlei 02 Parlamentsdirektion 05 Volksanwaltschaft 06 Rechnungshof b) Zentralstellen 1000 Bundeskanzleramt 1100 Bundesministerium für Inneres 1200 Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport 1400 Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung 1500 Bundesministerium für Arbeit und Soziales 1700 Bundeskanzleramt - Gesundheit 1800 Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie 3000 Bundesministerium für Justiz 4000 Bundesministerium für Landesverteidigung 5000 Bundesministerium für Finanzen 6000 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft 6300 Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten 6500 Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr c) Verwaltung in administrativer Hinsicht 1001 Verwaltungsakademie 1020 Statistisches Zentralamt 1150 Flüchtlingsbetreuung 1151 Öffentl. Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen 1550 Landesarbeitsämter 1570 Landesinvalidenämter 1590 Heimarbeitskommissionen, Schlichtungsstellen 1796 Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst 5040 Finanzlandesdirektionen (ohne Wachbeamte - Zollwachdienst) 5050 Finanzprokuratur 5070 Bundesrechenamt 6091 Bundeskellereinspektion	d) Verwaltung in technischer Hinsicht 1592 Arbeitsinspektion 1790 Lebensmitteluntersuchungsanstalten 1792 Bakteriologisch-serologische u. sonst. Untersuchungsanst. 1795 Veterinärmedizinische Anstalten 1870 Umweltbundesamt 5060 Hauptpunzierungs- und Probieramt 6080 Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst 6320 Österreichisches Patentamt 6330 Bergbehörden 6403 Beschußämter 6440 Wasserstraßendirektion 6450 Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung 6460 Bundesgebäudeverwaltung - Liegenschaftsverwaltung 649. Bundesamt für Eich- u. Vermessungswesen (Amtsleitung) 6490 Einrichtungen des Eichwesens 6491 Einrichtungen des Vermessungswesens 6550 Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge 2. Sicherheitswesen 1130 Bundespolizei 1140 Bundesgendarmerie 5040 Finanzlandesdirektionen (nur Wachbeamte - Zollwachdienst) 6530 Bundesamt für Zivilluftfahrt (betriebsähn. Einrichtung) 6540 Amt f. Schifffahrt einschl. Dienstst. der Schifffahrtspolizei 3. Gerichtsbarkeit und gerichtlicher Strafvollzug 03 Verfassungsgerichtshof 04 Verwaltungsgerichtshof 3010 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur 3020 Justizbehörden in den Ländern 3030 Justizanstalten 3050 Bewährungshilfe

Anlage 01

STELLENPLAN 1989 Übersicht über die Entwicklung der Planstellenbereiche in den einzelnen Verwaltungszweigen

Zusammensetzung der Verwaltungszweige

Verwaltungszweige - Verwaltungsbereiche	Verwaltungszweige - Verwaltungsbereiche
4. Unterrichtswesen, Kultur u. Forschung (ohne Landeslehrer) 1010 Staatsarchiv und Archivamt 1240 Bundessporttheime und Sporteinrichtungen 1241 Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen 1242 Sonstige Einrichtungen für Jugendberziehung 1243 Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung 1244 SHB - Medienzentrum 1260 Schulaufsichtsbehörden 1261 Schulpsychologie - Bildungsberatung 1270 Allgemeinbildende höhere Schulen 1271 Höhere Internatsschulen des Bundes 1274 Bds.-Blindenerz. Inst. und Bds. Inst. für Gehörlosenbildung 1276 Konvikte und Schülerheime (Allgemeinbildende) 1280 Technische und gewerbliche Lehranstalten 1281 Sozialakad., LA f. Fremdenverkehrs-, Sozial- u. wirtsch. Berufe 1282 Handelsakademien und Handelsschulen 1286 Konvikte, Internate und Schülerheime (Berufsbildende) 1290 Pädagogische Akademien 1291 BA für Kindergartenpädagogik und Erzieher 1292 Berufspädagogische Akademien 1293 Bundesanstalten für Leibeserziehung 1294 Pädagogische Institute 1320 Hofmusikkapelle 1420 Universitäten 1421 Universitäten (zweckgebundene Gebarung) 1423 Bibliotheken 1424 Wissenschaftliche Anstalten 1425 Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung) 1426 Bundesvers. - und Forschungsanst. Arsenal (betr. ähnl. Einr.) 1430 Kunsthochschulen 1431 Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung) 1440 Museen 1450 Bundesdenkmalamt 1794 Bundeshebammenlehranstalten 1841 Außerschulische Jugendberziehung 4040 Heeresgeschichtl. Museum, Militärwissenschaftl. Institut 6050 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten 6051 Bundesanstalten für pflanzliche Produktion 6052 Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten 6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt 6054 Bundesanstalt für Agrarwirtschaft 6055 Bundesanstalten für Milchwirtschaft	6056 Bundesanstalt für Bergbauernfragen 6058 Wasserwirtschaftliche Bundesanstalten 6059 Bundesanstalt für Landtechnik 6072 Forstliche Ausbildungsstätten 6401 Bundesmobiliiverwaltung 71 Bundestheater 5. Heerwesen 4010 Militärpersonen und Heeresverwaltung 6. Auswärtige Angelegenheiten 2000 Zentralleitung u. Vertretungsbehörden (2010) 2020 Diplomatische Akademie 2030 Österreichische Kulturinstitute 7. Bundesbetriebe und Monopole 1030 Amt der Wiener Zeitung 1031 Amt der Österreichischen Staatsdruckerei 1572 Bundesstaatl. Prothesenwerkstätten (betriebsähnl. Einricht.) 4050 Allentsteig (betriebsähnl. Einrichtung) 5080 Österreichisches Postsparkassenamt 5081 Österreichische Salinen AG 5082 Amt der Münze Österreich 6057 Bundesanstalten für Tierzucht 6093 Bundesgärten 6094 Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule 6095 Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften 6096 Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste 6099 Bauhöfe 6405 Kurheime (betriebsähnliche Einrichtungen) 6406 Bäder 6451 Tiergarten Schönbrunn 74 Glücksspiele (Monopol) 75 Branntwein (Monopol) 77 Österreichische Bundesforste 78 Post- und Telegraphenverwaltung 79 Österreichische Bundesbahnen

STELLENPLAN 1989

Anlage E Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)					
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BKA	BMI	BMUKS	BMWF	BMAS	BMUJF
Beamte und ganzjährig vollbeschäftigte Bedienstete (VB A)												
Beamte der allgemeinen Verwaltung und Angestellte gem. VB Gesetz (VB A/I)												
A (a)	12	44	21	26	16	160	679	539	402	1.463	609	146
B (b)	7	24	4	4	6	82	786	650	1.020	2.352	2.799	123
C (c)	16	35	17	25	12	30	711	942	1.148	1.967	628	70
D (d)	16	50	5	15	6	25	662	1.260	1.034	1.119	530	43
E (e)	-	33	5	9	-	7	64	125	64	354	19	11
Summe...	51	186	52	79	40	304	2.902	3.516	3.668	7.255	4.585	393
Beamte in handwerklicher Verwendung und Arbeiter gem. VB Gesetz (VB A/II)												
P1 (p1)	2	2	-	-	-	1	9	26	12	83	-	-
P2 (p2)	-	10	-	1	-	2	28	150	174	177	11	2
P3 (p3)	6	9	2	3	-	-	76	196	177	225	61	5
P4 (p4)	4	20	-	-	-	1	125	154	1.139	267	9	4
P5 (p5)	-	23	5	8	2	12	68	700	591	161	24	-
Summe...	12	64	7	12	2	16	306	1.226	2.093	913	105	11
Richter, Richteramtsanwärter und Staatsanwälte												
Richter	-	-	-	54	-	-	-	-	-	-	-	-
Richteramtsanwärter	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Staatsanwälte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	54	-	-	-	-	-	-	-	-
Universitäts-(Hochschul-)lehrer												
o. Univ. (Hochschul)professoren	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.545	-	-
ao. Univ. (Hochschul)professoren ...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	580	-	-
Univ. (Hochschul)assistenten	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4.352	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6.477	-	-
Lehrer und Vertragslehrer (VB A/I L)												
LPA (lpa)	-	-	-	-	-	-	-	583	-	-	-	-
L1 (l1)	-	-	-	-	-	-	-	22.043	334	-	-	-
L2 (l2)	-	-	-	-	-	-	-	2.735	39	-	-	-
L3 (l3)	-	-	-	-	-	-	-	20	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	25.381	373	-	-	-
Beamte des Schulaufsichtsdienstes												
S1	-	-	-	-	-	-	-	75	-	-	-	-
S2	-	-	-	-	-	-	-	151	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	226	-	-	-	-
Wachebeamte												
W1	-	-	-	-	-	-	-	563	-	-	-	-
W2	-	-	-	-	-	-	-	20.131	-	-	-	-
W3	-	-	-	-	-	-	-	3.634	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	24.328	-	-	-	-
Berufsoffiziere und zVS												
H1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
H4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Beamte d. Post u. Telegraphenverwaltung												
Bedienstete der österr. Bundesbahnen												
Bundesbahnbeamte	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ganzjährig vollbesch. Bundesbahnbed.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Teilsomme...	63	250	59	145	42	320	3.208	29.070	31.368	15.018	4.690	404

STELLENPLAN 1989

Anlage E Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits- verw.	Bundesbetriebe (Monopole)						Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöWV		BTV	ÖGMV	VÖBM	ÖBF	PTV	ÖBB		
384	186	246	1.405	631	861	161	7.991	4	5	1	-	366	-	376	8.367
230	1.530	1.208	6.558	658	1.376	125	19.542	42	78	14	-	2.125	-	2.259	21.801
134	1.992	10.202	6.944	639	1.621	123	27.256	57	24	15	-	1.462	-	1.558	28.814
432	1.805	4.613	1.413	279	951	93	14.351	7	7	4	-	3.730	-	3.748	18.099
70	91	66	150	7	63	9	1.147	-	-	-	4	850	-	854	2.001
1.250	5.604	16.335	16.470	2.214	4.872	511	70.287	110	114	34	4	8.533	-	8.795	79.082
-	9	662	43	91	168	1	1.109	-	-	-	2	15	-	17	1.126
3	8	1.218	66	226	620	20	2.716	-	-	-	4	138	-	142	2.858
25	75	1.224	123	285	754	11	3.257	-	3	-	1	286	-	290	3.547
7	24	296	162	250	365	-	2.827	-	1	5	-	120	-	126	2.953
10	139	187	407	56	60	-	2.453	-	-	2	-	623	-	625	3.078
45	255	3.587	801	908	1.967	32	12.362	-	4	7	7	1.182	-	1.200	13.562
-	1.600	-	-	-	-	-	1.654	-	-	-	-	-	-	-	1.654
-	88	-	-	-	-	-	88	-	-	-	-	-	-	-	88
-	218	-	-	-	-	-	218	-	-	-	-	-	-	-	218
-	1.906	-	-	-	-	-	1.960	-	-	-	-	-	-	-	1.960
-	-	-	-	-	-	-	1.545	-	-	-	-	-	-	-	1.545
-	-	-	-	-	-	-	580	-	-	-	-	-	-	-	580
-	-	-	-	-	-	-	4.352	-	-	-	-	-	-	-	4.352
-	-	-	-	-	-	-	6.477	-	-	-	-	-	-	-	6.477
-	-	-	-	5	-	-	588	-	-	-	-	-	-	-	588
-	-	-	-	228	-	-	22.605	-	-	-	-	-	-	-	22.605
-	17	33	-	161	-	-	2.985	-	-	-	-	-	-	-	2.985
-	1	-	-	1	-	-	22	-	-	-	-	-	-	-	22
-	18	33	-	395	-	-	26.200	-	-	-	-	-	-	-	26.200
-	-	-	-	-	-	-	75	-	-	-	-	-	-	-	75
-	-	-	-	-	-	-	151	-	-	-	-	-	-	-	151
-	-	-	-	-	-	-	226	-	-	-	-	-	-	-	226
-	79	-	40	-	-	-	682	-	-	-	-	-	-	-	682
-	2.573	-	3.730	-	-	-	26.434	-	-	-	-	-	-	-	26.434
-	341	-	337	-	-	-	4.312	-	-	-	-	-	-	-	4.312
-	2.993	-	4.107	-	-	-	31.428	-	-	-	-	-	-	-	31.428
-	-	482	-	-	-	-	482	-	-	-	-	-	-	-	482
-	-	2.754	-	-	-	-	2.754	-	-	-	-	-	-	-	2.754
-	-	37	-	-	-	-	37	-	-	-	-	-	-	-	37
-	-	5	-	-	-	-	5	-	-	-	-	-	-	-	5
-	-	3.278	-	-	-	-	3.278	-	-	-	-	-	-	-	3.278
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	42.895	-	42.895	42.895
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	53.648	53.648	53.648
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	11.731	11.731	11.731
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	65.379	65.379	65.379
1.295	10.776	23.233	21.378	3.517	6.839	543	152.218	110	118	41	11	52.610	65.379	118.269	270.487

STELLENPLAN 1989

Anlage E Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts

	Hoheitsverwaltung (Oberste Organe)						Hoheitsverwaltung (Innenverwaltung)					
	PRK	BGG	VfGH	VwGH	VANW	RH	BAK	BMI	BMUKS	BMWF	BMAS	BMUJF
Bedienstete nach Kollektivvertrag (Kategorie A)												
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27	5	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	27	5	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften (Kategorie A)												
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	341	-	-
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	341	-	-
Summe Beamte und VB A...	63	250	59	145	42	320	3.208	29.070	31.368	15.386	4.695	404
Teilbeschäftigte Bedienstete (VB B)												
Angestellte gem. VB Gesetz (VB B/I)												
a.	-	2	-	-	-	1	11	3	14	19	18	-
b.	1	-	-	-	-	-	10	-	40	200	11	2
c.	-	-	-	-	-	-	3	-	137	144	12	-
d.	-	-	-	-	-	-	22	12	117	77	51	5
e.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	19	-	-
Summe...	1	2	-	-	-	1	46	15	308	459	92	7
Vertragslehrer (VB B/I L)												
lpa.	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-
11.	-	-	-	-	-	-	-	-	239	30	-	-
12.	-	-	-	-	-	-	-	-	40	-	-	-
13.	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	281	30	-	-
Arbeiter gem. VB Gesetz (VB B/II)												
p1.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p2.	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
p3.	-	-	-	-	-	-	-	1	3	4	-	-
p4.	-	-	-	-	-	-	2	4	83	4	1	-
p5.	-	-	-	-	-	-	3	477	711	17	97	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	5	482	797	25	98	-
Vertragslehrer (VB B/II L)												
lpa.	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-
11.	-	-	-	-	-	-	-	-	14	-	-	-
12.	-	-	-	-	-	-	-	-	5	-	-	-
13.	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	21	-	-	-
Bedienstete nach Kollektivvertrag (Kategorie B)												
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	5	-	-
Bedienstete nach anderen Rechtsvorschriften (Kategorie B)												
VB gem. Hochschulassistentengesetz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	92	-	-
Angestellte (Entl. Sch. I)	-	-	-	-	-	-	-	5	187	-	-	-
Arbeiter (Entl. Sch. II)	-	-	-	-	-	-	-	53	-	-	-	-
Summe...	-	-	-	-	-	-	-	58	187	92	-	-
Teilbesch. Bundesbahnbedienstete...	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe VB B...	1	2	-	-	-	1	51	555	1.594	611	190	7
Gesamtsumme Beamte und VB...	64	252	59	145	42	321	3.259	29.625	32.962	15.997	4.885	411

STELLENPLAN 1989

Anlage E Übersicht über die nach Verwendungsgruppen aufgegliederten Planstellenkategorien der einzelnen Ressorts

Hoheitsverwaltung (sonstige Ressorts)							Summe Hoheits- verw.	Bundesbetriebe (Monopole)							Summe Bundes- betr.	Gesamt- summe
BMAA	BMJ	BMLv	BMF	BMLF	BMwA	BMöWV		BTv	ÖGMV	VÖBM	ÖBF	PTV	ÖBB			
-	-	22	-	-	-	901	923	-	-	-	-	-	-	-	-	923
-	-	44	-	395	-	-	471	1.498	-	-	-	-	-	-	1.498	1.969
-	-	66	-	395	-	901	1.394	1.498	-	-	-	-	-	-	1.498	2.892
-	-	-	-	-	-	-	341	-	-	-	-	-	-	-	-	341
66	-	-	-	-	-	-	66	837	-	-	1.170	-	-	-	2.007	2.073
41	-	-	1	-	-	-	42	-	-	-	-	-	-	-	-	42
107	-	-	1	-	-	-	449	837	-	-	1.170	-	-	-	2.007	2.456
1.402	10.776	23.299	21.379	3.912	6.839	1.444	154.061	2.445	118	41	1.181	52.610	65.379	121.774	275.835	
-	11	15	1	-	-	1	96	-	-	-	-	-	-	-	-	96
1	4	1	4	-	5	1	280	-	-	-	-	51	-	-	51	331
9	14	-	51	10	4	-	376	-	2	-	-	510	-	-	512	888
1	110	46	116	12	29	4	610	-	-	-	-	833	-	-	833	1.443
1	-	-	-	-	-	-	20	-	-	-	-	190	-	-	190	210
12	139	62	172	22	38	6	1.382	-	2	-	-	1.584	-	-	1.586	2.968
-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	1
-	-	-	-	-	-	-	269	-	-	-	-	-	-	-	-	269
-	-	-	-	-	-	-	40	-	-	-	-	-	-	-	-	40
-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	1
-	-	-	-	-	-	-	311	-	-	-	-	-	-	-	-	311
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	1	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	1
-	-	-	-	-	6	-	14	-	-	-	-	-	-	-	-	14
1	4	-	4	1	91	-	195	-	-	-	-	-	-	-	-	195
7	133	36	128	1	101	1	1.712	-	-	1	-	557	-	-	558	2.270
8	137	36	132	3	198	1	1.922	-	-	1	-	557	-	-	558	2.480
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	4	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	1
-	3	-	-	2	-	-	18	-	-	-	-	-	-	-	-	18
-	-	-	-	1	-	-	10	-	-	-	-	-	-	-	-	10
-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	-	-	2
-	3	-	-	7	-	-	31	-	-	-	-	-	-	-	-	31
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	13	-	1.664	-	-	1.682	176	-	-	2.506	-	-	-	2.682	4.364
-	-	13	-	1.664	-	-	1.682	176	-	-	2.506	-	-	-	2.682	4.364
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	45	-	-	-	-	92	-	-	-	-	-	-	-	-	92
7	-	-	-	-	-	-	244	163	-	-	-	-	-	-	163	407
11	-	-	23	-	255	-	342	-	-	-	-	16	-	-	16	358
18	-	45	23	-	255	-	678	163	-	-	-	16	-	-	179	857
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.144	-	1.144	1.144
38	279	156	327	1.696	491	7	6.006	339	2	1	2.506	2.157	1.144	6.149	12.155	
1.440	11.055	23.455	21.706	5.608	7.330	1.451	160.067	2.784	120	42	3.687	54.767	66.523	127.923	287.990	

STELLENPLAN 1989
Summarische Übersicht zum Planstellenverzeichnis

Anlage F

Allgem. Verwaltung und handwerkli. Verwendung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse								Summe Beamte	Vertrags- bedienstete		Summe VB	Gesamt- summe
	A		B	C	D	P1	P2	übrige Beamte		VB A	VB B		
Verw. (Entl.)gruppe	IX	VIII	VII	V	IV	IV	IV						
A (a)	61	1.175						6.427	7.663	704	96	800	8.463
B (b)			1.304					16.847	18.151	3.650	331	3.981	22.132
C (c)				776				21.398	22.174	6.640	888	7.528	29.702
D (d)					234			8.910	9.144	8.955	1.443	10.398	19.542
E (e)								690	690	1.311	210	1.521	2.211
P1 (p1)						192		742	934	192		192	1.126
P2 (p2)							44	1.926	1.970	888	1	889	2.859
P3 (p3)								1.986	1.986	1.561	14	1.575	3.561
P4 (p4)								905	905	2.048	195	2.243	3.148
P5 (p5)								307	307	2.771	2.270	5.041	5.348
(I/K)										923		923	923
(II/K)										1.969	4.364	6.333	6.333
(I/R)										2.073	407	2.480	2.480
(II/R)										42	358	400	400
Summe...	61	1.175	1.304	776	234	192	44	60.138	63.924	33.727	10.577	44.304	108.228
Personalreserve...	16	737	829	627	45	112	25						

Anlage F

STELLENPLAN 1989
Summarische Übersicht zum Planstellenverzeichnis

Richter und Richteramtsanwärter			Gesamt-
Planstelle (Amtstitel)	Beamte		summe
Präsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	1		1
Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	1		1
Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofes.....	10		10
Hofrat des Verwaltungsgerichtshofes.....	42		42
Präsident des Obersten Gerichtshofes.....	1		1
Vizepräsident des Obersten Gerichtshofes.....	2		2
Senatspräsident des Obersten Gerichtshofes.....	13		13
Hofrat des Obersten Gerichtshofes.....	42		42
Präsident des Oberlandesgerichtes.....	4		4
Vizepräsident des Oberlandesgerichtes.....	4		4
Senatspräsident des Oberlandesgerichtes.....	56		56
Richter des Oberlandesgerichtes.....	117		117
Präsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	21		21
Vizepräsident des Gerichtshofes I. Instanz.....	33		33
Übrige Richter.....	1.307		1.307
Richteramtsanwärter.....	88		88
Summe...	1.742		1.742

Staatsanwälte			Gesamt-
Planstelle (Amtstitel)	Beamte		summe
Generalprokurator	1		1
Erster Generalanwalt	3		3
Generalanwalt	10		10
Leitender Oberstaatsanwalt	4		4
Erster Oberstaatsanwalt	4		4
Oberstaatsanwalt.....	10		10
Leitender Staatsanwalt	17		17
Erster Staatsanwalt	17		17
Staatsanwalt	152		152
Summe...	218		218

Anlage F

STELLENPLAN 1989
Summarische Übersicht zum Planstellenverzeichnis

Hochschullehrer (Vertragsassistenten)	Beamte	Vertragsassistenten		Summe VB	Gesamtsumme
Verwendungsgruppe (Amtstitel)		VB A	VB B		
Ordentlicher Universitätsprofessor	1.152				1.152
Außerordentlicher Universitätsprofessor	580				580
Universitätsassistent (Vertragsassistent)	4.226	340	92	432	4.658
Ordentlicher Hochschulprofessor	393				393
Hochschulassistent (Vertragsassistent)	126	1		1	127
Summe...	6.477	341	92	433	6.910

Lehrer (Vertr. Lehrer)	Leiter								Summe Beamte	Vertragslehrer		Summe VB	Gesamtsumme
	Dir.	Dir. (Univ. Inst.)	Dir. (Bds-Konv.)	Dir. Stv.	Abt. Vorst.	Fach-Vorst.	Erz. Leiter	übrige Lehrer		VB A	VB B		
Verw. (Entl.) Gruppe													
LPA (IL/lpa)	53				77			458	588		1	1	589
L1 (IL/11)	678	12	14	4	226	7	8	21.070	22.019	586	269	855	22.874
L2 (IL/12)	41				2	76		2.745	2.864	121	40	161	3.025
L3 (IL/13)								8	8	14	1	15	23
(IIL/lpa)											1	1	1
(IIL/11)											18	18	18
(IIL/12)											10	10	10
(IIL/13)											2	2	2
Summe...	772	12	14	4	305	83	8	24.281	25.479	721	342	1.063	26.542

Beamte des Schulaufsichtsdienstes	Beamte	Gesamtsumme
Verwendungsgruppe (Amtstitel)		
S1 (Landesschulinspektor)	75	75
S2 (Bezirks(Berufs)schulinspektor)	151	151
Summe...	226	226

Wachebeamte	Wachebeamte der Verwendungsgruppe/Dienstklasse(-stufe)								Summe Beamte	Gesamtsumme
	W1			W2				übrige Wachebeamte		
Verwendungsgruppe	VIII	VII	VI	V(3)	IV(3)	(2)	(1)			
W1	3	83	268					328	682	682
W2				550	947	6.178	7.422	11.337	26.434	26.434
W3								4.312	4.312	4.312
Summe...	3	83	268	550	947	6.178	7.422	15.977	31.428	31.428
Personalreserve...	7	59	5	280	209	642				

Anlage F

STELLENPLAN 1989
Summarische Übersicht zum Planstellenverzeichnis

Berufsoffiziere und zeitverpfl. Soldaten	Berufsoffiziere der Verwendungsgruppe/Dienstkl.							zvS	Summe Beamte		Gesamt- summe
	H1			H2			übrige Berufs Offiz.				
Verwendungsgruppe	IX	VIII	VII	VIII	VII	VI					
H1	4	59	155				264		482		482
H2					198	411	2.145		2.754		2.754
H3								37	37		37
H4								5	5		5
Summe...	4	59	155		198	411	2.409	42	3.278		3.278
Personalreserve...	1	63	26	11	180	70					

Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung	Beamte der Verwendungsgruppe/Dienstzulagengruppe							Summe Beamte		Gesamt- summe
	PT1 - PT5					PT5, PT7, PT8				
Verwendungsgruppe	S	1	2	2b	3	A	B			
PT1.....	1	11	27		25				64	64
PT2.....		81	103	105	311			2	602	602
PT3.....		914	2.147		477				3.538	3.538
PT4.....		905						3.786	4.691	4.691
PT5.....		480				3.511		2.530	6.521	6.521
PT6.....								6.041	6.041	6.041
PT7.....						348		2.416	2.764	2.764
PT8.....						2.154	3.508	11.571	17.233	17.233
PT9.....								1.441	1.441	1.441
Summe...	1	2.391	2.277	105	813	6.013	3.508	27.787	42.895	42.895
Personalreserve...							29			

Gesamtsumme 01-78...	175.667	34.789	11.011	45.800	221.467
----------------------	---------	--------	--------	--------	---------

Anlage IV zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1989

Fahrzeugplan

des Bundes für das Jahr 1989



Wien 1988
Österreichische Staatsdruckerei

II

Inhalt

	Seite
I. Abschnitt: Allgemeiner Teil	289-291
II. Abschnitt	
1. Plan der Kraftfahrzeuge	292-299
2. Plan der Luftfahrzeuge	300
3. Plan der Wasserfahrzeuge	301
4. Anmerkungen:	
4.1 zum Plan der Kraftfahrzeuge	302-320
4.2 zum Plan der Luftfahrzeuge	321
4.3 zum Plan der Wasserfahrzeuge	322

I. Abschnitt: Allgemeiner Teil

1. Gliederung des Fahrzeugplanes

(1) Der Fahrzeugplan des Bundes (Abschnitt II) gliedert sich in den Plan der Kraftfahrzeuge, den Plan der Luftfahrzeuge und den Plan der Wasserfahrzeuge.

(2) Die im Plan der Kraftfahrzeuge vorgesehenen Kraftfahrzeuge werden nach den folgenden Kategorien unterschieden:

1. Personenkraftwagen Kategorie III, das sind Personenkraftwagen bis einschließlich 3 000 ccm Hubraum, die für den Bundespräsidenten, die Präsidenten des Nationalrates, den Vorsitzenden des Bundesrates, den Präsidenten und Vizepräsidenten des Rechnungshofes, die Mitglieder der Bundesregierung einschließlich der Staatssekretäre und die Landeshauptmänner vorgesehen sind. Außerdem ist je ein Kraftfahrzeug der Kategorie III für den Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsgerichtshof und den Obersten Gerichtshof vorgesehen.

Die festgelegte Hubraumgrenze gilt für Kraftfahrzeugmodelle in der Ausführung mit Ottomotor oder Dieselmotor mit Aufladung. Für die gleichen Modelle in der Ausführung mit Dieselmotor ohne Aufladung können die jeweiligen Hubraumgrenzen um bis zu 500 ccm überschritten werden. Ausgenommen von der Hubraumbeschränkung ist je ein Personenkraftwagen für den Bundespräsidenten, die Präsidenten des Nationalrates und den Bundeskanzler.

2. Personenkraftwagen Kategorie II, das sind Personenkraftwagen, die ausschließlich für die österreichischen Vertretungen im Ausland vorgesehen sind. Sie unterliegen keiner Hubraumbeschränkung, jedoch sind die Anschaffungskosten (einschließlich Zusatzausstattung) je Personenkraftwagen mit 270 000 S begrenzt.
3. Personenkraftwagen Kategorie I a, das sind Personenkraftwagen mit einem Hubraum von 1 601 ccm bis 2 000 ccm, die nur bei jenen Organen des Bundes vorgesehen werden dürfen, die Fahrzeuge mit größerem Fassungsvermögen oder für repräsentative Zwecke der Bundesverwaltung benötigen.

Die festgelegte Hubraumgrenze gilt für Kraftfahrzeugmodelle in der Ausführung mit Ottomotor oder Dieselmotor mit Aufladung. Für die gleichen Modelle in der Ausführung mit Dieselmotor ohne Aufladung können die jeweiligen Hubraumgrenzen um bis zu 250 ccm überschritten werden.

4. Personenkraftwagen Kategorie I, das sind Personenkraftwagen bis einschließlich 1 600 ccm Hubraum, die als Dienstkraftwagen für die Bundesverwaltung vorgesehen sind.

Die festgelegte Hubraumgrenze gilt für Kraftfahrzeugmodelle in der Ausführung mit Ottomotor oder Dieselmotor mit Aufladung. Für die gleichen Modelle in der Ausführung mit Dieselmotor ohne Aufladung können die jeweiligen Hubraumgrenzen um bis zu 250 ccm überschritten werden.

5. Fahrzeuge für betriebliche Zwecke. Zu diesen Fahrzeugen zählen:

- a) Kombinationskraftwagen gemäß § 2 Z 6 des Kraftfahrzeuggesetzes 1967, BGBl. Nr. 267 in der derzeit geltenden Fassung, das sind mehrspurige Kraftfahrzeuge, die zur wahlweisen Beförderung von Personen oder Gütern eingerichtet sind, wenn diese die Voraussetzungen für die Fahrzeug-Kategorien I, I a und II erfüllen und soweit sie nicht als Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke im Sinne des P 1 Abs. 2 Z 10 lit. b erfaßt werden;
- b) Personenkraftwagen der Kategorie I, die betrieblichen oder betriebsähnlichen Zwecken dienen und als solche durch entsprechende Aufschriften an den beiden vorderen Türen oder auf Zusatztafeln gekennzeichnet sind, aus der das benützende Organ des Bundes ersichtlich sein muß;
- c) Personenkraftwagen der Kategorie I, die als Einsatzfahrzeuge Verwendung finden, wenn sie mit Warnleuchten mit blauem Licht (Blaulicht) und Vorrichtungen zum Abgeben von Warnzeichen mit aufeinanderfolgenden, verschieden hohen Tönen (Tonfolgehorn) ausgestattet sind oder für sie ein Deckkennzeichen zugewiesen ist.

6. Motorräder über 125 ccm Hubraum. Hiezu zählen auch solche mit Beiwagen ohne Rücksicht auf ihren Hubraum.
 7. Motorräder über 50 ccm Hubraum bis einschließlich 125 ccm Hubraum.
 8. Lastkraftwagen mit einer Nutzlast über 1 000 kg.
 9. Lastkraftwagen mit einer Nutzlast bis einschließlich 1 000 kg.
 10. Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke. Hiezu zählen:
 - a) Kraftfahrzeuge, die auf Grund einer erhöhten Bodenfreiheit mit entsprechendem Überhangwinkel oder einer auf alle Räder wirkenden Antriebseinrichtung für den Einsatz im Gelände geeignet sind;
 - b) Kraftfahrzeuge für spezielle straßen- und sicherheitspolizeiliche Zwecke, soweit diese nicht bereits als Fahrzeuge für betriebliche Zwecke im Sinne des P 1 Abs. 2 Z 5 lit. a erfaßt werden;
 - c) Omnibusse gemäß § 2 Z 7 des Kraftfahrzeuggesetzes 1967, BGBl. Nr. 267 in der derzeit geltenden Fassung;
 - d) Personenkraftwagen mit mehr als sechs Sitzen außer dem Lenkersitz (Kleinbusse);
 - e) Kombinationskraftwagen gemäß § 2 Z 6 und Lastkraftwagen gemäß § 2 Z 8 leg. cit., mit Laboratoriumseinrichtungen, Röntgeneinrichtungen, Meßeinrichtungen u. dgl.;
 - f) Zugmaschinen (Radschlepper, Ketenschlepper und Traktoren) gemäß § 2 Z 9 leg. cit.;
 - g) Einachszugmaschinen gemäß § 2 Z 23 leg. cit.
- (3) Die im Plan der Luftfahrzeuge vorgesehenen Luftfahrzeuge werden gemäß § 4 Abs. 2, 3 und 6 der Zivilluftfahrt-Personalverordnung (ZLPV), BGBl. Nr. 219/1958 in der derzeit geltenden Fassung, nach den folgenden Kategorien unterschieden:
1. Motorflugzeuge, Gewichtsklassen D—F, das sind ein- und mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 5 700 kg bis 14 000 kg (Gewichtsklasse D), mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 14 000 kg bis 20 000 kg (Gewichtsklasse E) und mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von mehr als 20 000 kg (Gewichtsklasse F);
 2. Motorflugzeuge, Gewichtsklasse C, das sind mehrmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht bis 5 700 kg;
 3. Motorflugzeuge, Gewichtsklasse B, das sind einmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht von 2 000 kg bis 5 700 kg;
 4. Motorflugzeuge, Gewichtsklasse A, das sind einmotorige Flugzeuge mit einem Gewicht bis 2 000 kg;
 5. Hubschrauber;
 6. Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse b (zweisitzige und mehrsitzige, zweisitzig geflogene Segelflugzeuge);
 7. Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse a (einsitzige und zweisitzige, einsitzig geflogene Segelflugzeuge).
- (4) Die im Plan der Wasserfahrzeuge vorgesehenen Wasserfahrzeuge werden nach folgenden Kategorien unterschieden:
1. Passagier- und Transportschiffe;
 2. Spezialwasserfahrzeuge;
 3. Innenbordmotorboote;
 4. Außenbordmotorboote;
 5. Boote, Zillen u. ä. mit Außenbordmotor.
- (5) Von der Aufnahme im Abschnitt II ausgenommen sind:
- a) die im § 27 Abs. 2 BHG, BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, angeführten Fahrzeuge;
 - b) Motorräder, die nur vorübergehend — jährlich bis zu maximal 12 Wochen — zur abschließlichen Verwendung im Rahmen der Fahrausbildung für Angehörige der Exekutive behördlich zugelassen werden.

2. Verwendung der Fahrzeuge

(1) Jedes Organ des Bundes darf die für die Verwendung von Kraft-, Luft- oder Wasserfahrzeugen vorgesehenen Ausgaben nur insoweit bestreiten, als sich diese Ausgaben aus der Verwendung der im Abschnitt II zusammengefaßten Anzahl und Kategorie solcher Fahrzeuge ergeben.

(2) Ausgaben für bei einem Organ des Bundes vorhandene Fahrzeuge, die über den im Fahrzeugplan vorgesehenen Stand hinausgehen, dürfen nicht bestritten werden. Solche Fahrzeuge sind unter Angabe der Fahrzeugkategorie, der Fahrzeugtype und des Abstellplatzes ebenso wie die Wiederverwendung dem Bundesminister für Finanzen bekanntzugeben. Ausgenommen sind Ausgaben für jene Kraftfahrzeuge, die aus Anlaß von Staatsbesuchen oder Staatsempfängen anfallen, sofern die Bestimmungen in P 3 Abs. 1 eingehalten werden, sowie Ausgaben anläßlich des vorübergehenden Einsatzes von Reservekraftfahrzeugen anstelle der im Abschnitt II vorgesehenen Kraftfahrzeuge der gleichen Kategorie bei der Post- und Telegraphenverwaltung und bei den Österreichischen Bundesbahnen.

(3) Ausgaben für aus den Vorjahren vorhandene Personenkraftwagen der Kategorie I a, II oder III, die nicht der Kategorie der vorgesehenen Kraftfahrzeuge im Plan der Kraftfahrzeuge für das Jahr 1989 entsprechen, dürfen im Jahre 1989 bei dem gleichen Organ des Bundes nur dann bestritten werden, wenn die unverzügliche Veräußerung eines solchen Kraftfahrzeuges unwirtschaftlich wäre.

(4) Ein Organ des Bundes darf die Ausgaben für den Einsatz eines bei einem anderen Organ des Bundes vorgesehenen Fahrzeuges nur dann bestreiten, wenn bei dem ersteren Organ des Bundes nach dem Einsatz des bei dem anderen Organ des Bundes vorgesehenen Fahrzeuges ein vorübergehender, unabwendbarer Bedarf besteht.

(5) An Stelle der Ausgaben für ein im Abschnitt II enthaltenes Fahrzeug dürfen die Ausgaben für ein Fahrzeug einer niedrigeren Kategorie bestritten werden. Für die einzelnen Fahrzeugkategorien gilt folgende Reihung:

- a) Bei P 1 Abs. 2 Z 1 bis 5:
Personenkraftwagen Kategorie III,
Personenkraftwagen Kategorie II,
Personenkraftwagen Kategorie I a,
Personenkraftwagen Kategorie I,
Fahrzeuge für betriebliche Zwecke;
- b) bei P 1 Abs. 2 Z 6 und 7:
Motorräder über 125 ccm Hubraum,
Motorräder über 50 ccm bis einschließlich 125 ccm Hubraum;
- c) bei P 1 Abs. 2 Z 8 bis 10:
Lastkraftwagen mit einer Nutzlast über 1 000 kg,
Lastkraftwagen mit einer Nutzlast bis einschließlich 1 000 kg,
Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke;
- d) bei P 1 Abs. 3 Z 1 bis 5:
Motorflugzeuge, Gewichtsklassen D—F,
Motorflugzeuge, Gewichtsklasse C,
Motorflugzeuge, Gewichtsklasse B,
Motorflugzeuge, Gewichtsklasse A,
Hubschrauber;
- e) bei P 1 Abs. 3 Z 6 und 7:
Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse b,
Segelflugzeuge, Sitzplatzklasse a;
- f) bei P 1 Abs. 4 Z 1 und 2:
Passagier- und Transportschiffe,
Spezialwasserfahrzeuge;
- g) bei P 1 Abs. 4 Z 3 bis 5:
Innenbordmotorboote,
Außenbordmotorboote,
Boote, Zillen u. ä. mit Außenbordmotor.

3. Verwendung von Fahrzeugen über den im Fahrzeugplan festgesetzten Stand

(1) Tritt im Laufe des Jahres 1989 ein unabwendbarer Mehrbedarf bezüglich eines Fahrzeuges

bei einem Organ des Bundes auf, so dürfen die hierfür erforderlichen Ausgaben mit Zustimmung des Bundesministers für Finanzen dann bestritten werden, wenn

- a) ein gegenüber dem Fahrzeugplan zusätzliches Fahrzeug in Dienst gestellt werden muß,
- b) ein im Fahrzeugplan enthaltenes Fahrzeug eines anderen Organs des Bundes, das dem gleichen oder auch einem anderen Bundesminister untersteht, nicht zur Verfügung gestellt werden kann und
- c) seitens des Organs des Bundes, bei dem der unabwendbare Mehrbedarf bezüglich eines Fahrzeuges auftritt, die finanzielle Bedeckung der Anschaffung und des Betriebes des Fahrzeuges sichergestellt wird. Gemäß den Bestimmungen in § 27 Abs. 3 BHG, BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, in Zusammenhalte mit den Ausführungen in P 4 Abs. 3 des Allgemeinen Teiles des Planes für Datenverarbeitungsanlagen hat der Bundesminister für Finanzen hierüber den mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuß des Nationalrates einmal jährlich zu berichten.

(2) Ist der unabwendbare Mehrbedarf im Sinne des Abs. 1 dadurch bedingt, daß an Stelle eines im Fahrzeugplan enthaltenen Fahrzeuges ein Fahrzeug einer höheren Fahrzeugkategorie gemäß P 2 Abs. 5 erforderlich ist, so gilt bei Zustimmung zum Mehrbedarf im Sinne des Abs. 1 das im Fahrzeugplan enthaltene Fahrzeug der niedrigeren Kategorie als gebunden.

4. Haltungskostenbeitrag

Ein Haltungskostenbeitrag für privateigene Kraftfahrzeuge (Personenkraftwagen oder Krafträder) von Bundesbediensteten kann nach Maßgabe der dienstrechtlichen Vorschriften gewährt werden, wenn die Voraussetzungen für die Benützung eines bundeseigenen Kraftfahrzeuges, das dem privateigenen Kraftfahrzeug entspricht, durch den Bundesbediensteten gegeben sind und das privateigene Kraftfahrzeug an Stelle eines bundeseigenen benützt wird.

II. Abschnitt:

1. Plan der Kraftfahrzeuge

Voranschlagsansatz des Bundesvoranschlages		Personenkraftwagen				Fahrzeuge für be- triebliche Zwecke	Motorräder		Lastkraftwagen		Kraft- fahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1989	Summe 1988		
Vor- anschlags- ansatz	Bezeichnung	Kategorie					über 125 ccm	über 50 ccm bis einschl. 125 ccm	mit einer Nutzlast						
		III	II	I a	I				über 1 000 kg	bis einschl. 1 000 kg					
							Hubraum								
							Anzahl der Fahrzeuge								
01008	Präsidentenkanzlei	1)	5	5	5		
02	Bundesgesetzgebung:														
02108	Nationalrat	5	...	1	2)	6	2)	7
02408	Parlamentsdirektion														
02208	Bundesrat 3)														
	Kapitel 02 (Summe) . . .	5	...	1	6	7		
03008	Verfassungsgerichtshof	1	1	1		
04008	Verwaltungsgerichtshof	1	1	1		
05008	Volksanwaltschaft	1	1	1		
06008	Rechnungshof	2	2	2		
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:														
10008	Zentralleitung	4)	13	5)	1	4	1	...	19	19		
10018	Verwaltungsakademie	1	1	1		
10108	Staatsarchiv und Archivamt	6)	1	1	1		
10208	Statistisches Zentralamt	1	1	...	2	2		
	Kapitel 10 (Summe) . . .	13	1	5	...	1	3	...	23	23		

Voranschlagsansatz des Bundesvoranschlages		Personenkraftwagen				Fahrzeuge für be- triebliche Zwecke	Motorräder		Lastkraftwagen		Kraft- fahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1989	Summe 1988
Vor- anschlags- ansatz	Bezeichnung	Kategorie					über 125 ccm	über 50 ccm bis einschl. 125 ccm	mit einer Nutzlast				
		III	II	I a	I				über 1 000 kg	bis einschl. 1 000 kg			
							Hubraum						
Anzahl der Fahrzeuge													
11	Inneres:												
11008	Bundesministerium für Inneres	1		5	1	11			5	7	7	37	37
11308	Bundespolizei			17		640	139		20	30	214	1 060	1 060
11408	Bundesgendarmerie			9		1 935	374		18	18	286	2 640	2 640
11508	Flüchtlingsbetreuung 7)					15			2		1	18	18
	Kapitel 11 (Summe) ...	1		31	1	2 601	513		45	55	508	3 755	3 755
12	Unterricht und Sport:												
12008	Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport.	1		3		1						5	5
12408	Bundessportheime und Sporteinrichtun- gen 8)					8				1	17	26	24
12418	Bundesschullandheime und Schulsportveran- staltungen 9)					3			2		1	6	5
12438	Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwach- senenbildung 10)					2					3	5	5
12448	SHB-Medienzentrum					1					1	2	2
12708	Allgemeinbildende höhere Schulen 11)										1	1	
12718	Höhere Internatsschulen des Bundes 12) ...					2					3	5	5
12748	Bds.-Blindenerziehungsinstitut und Bds. Institut für Gehörlosenbildung 13) ...										1	1	1
12768	Konvikte und Schülerheime (Allgemeinbil- dende) 14)					2						2	2
12808	Technische und gewerbliche Lehranstal- ten 15)					6			7	7	2	22	22
12818	Sozialakademien, LA für Fremdenverkehrs-, Sozial- und wirtsch. Berufe 16)										2	2	1
12828	Handelsakademien und Handelsschulen 17) ..										1	1	
12868	Konvikte, Internate und Schülerheime (Berufsbildende) 18)					1						1	1
12938	Bundesanstalten für Leibeserziehung 19) ..					3					1	4	4
	Kapitel 12 (Summe) ...	1		3		29			9	8	33	83	77

Voranschlagsansatz des Bundesvoranschlages		Personenkraftwagen				Fahrzeuge für be- triebliche Zwecke	Motorräder		Lastkraftwagen		Kraft- fahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1989	Summe 1988
Vor- anschlags- ansatz	Bezeichnung	Kategorie					über 125 ccm	über 50 ccm bis einschl. 125 ccm	mit einer Nutzlast				
		III	II	I a	I				über 1 000 kg	bis einschl. 1 000 kg			
							Hubraum						
							Anzahl der Fahrzeuge						
14	Wissenschaft und Forschung:												
14008	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung	1		2								3	3
14208	Universitäten 20)			5		22	2		6	4	39	78	71
14218	Universitäten (zweckgebundene Ge- barung) 21)					12			1		25	38	44
14238	Bibliotheken 22)					5				1	1	7	7
14248	Wissenschaftliche Anstalten 23)					6					3	9	8
14268	Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal (betriebsähnliche Einrichtung)					3		1	1	1	4	10	9
14308	Kunsthochschulen 25)					2			1		1	4	4
14318	Kunsthochschulen (zweckgebundene Geba- rung) 26)					1						1	1
14408	Museen 27)					5			1	2	3	11	12
14508	Bundesdenkmalamt				2	8			1		2	13	13
14258	Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebun- dene Gebarung)												6
	Kapitel 14 (Summe)	1		7	2	64	2	1	11	8	78	174	178
15	Soziales:												
15008	Zentralleitung	1		3								4	4
15508	Landesarbeitsämter 28)			9		97			2			108	108
15708	Landesinvalidenämter 29)					1						1	1
15928	Arbeitsinspektion 30)				11	3						14	14
	Kapitel 15 (Summe)	1		12	11	101			2			127	127

Voranschlagsansatz des Bundesvoranschlages		Personenkraftwagen				Fahrzeuge für be- triebliche Zwecke	Motorräder		Lastkraftwagen		Kraft- fahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1989	Summe 1988
Vor- anschlags- ansatz	Bezeichnung	Kategorie					über 125 ccm	über 50 ccm bis einschl. 125 ccm	mit einer Nutzlast				
		III	II	I a	I				über 1 000 kg	bis einschl. 1 000 kg			
							Hubraum						
Anzahl der Fahrzeuge													
17	Bundeskanzleramt – Gesundheit:												
17908	Lebensmitteluntersuchungsanstalten 31)...	1	1	2	2
17928	Bakteriologisch-serologische und sonstige Untersuchungsanstalten 32)	1	1	1
17958	Veterinärmedizinische Anstalten 34)	7	...	9	16	16
	Kapitel 17 (Summe)	1	7	...	11	19	19
18	Umwelt, Jugend, Familie:												
18008	Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie.	1	1	2	2
18608	Umwelthygiene (Umweltschutz)	14	14	14
18708	Umweltbundesamt 35)	13	13	13
	Kapitel 18 (Summe) ...	1	28	29	29
20	Äußeres:												
20008	Zentralleitung	36) 1	...	4	...	2	7	7
20108	Vertretungsbehörden	37) 75	38) 3	...	38) 6	84	85
20208	Diplomatische Akademie	1	1	1
20308	Österreichische Kulturinstitute 39)	1	...	1	2	2
	Kapitel 20 (Summe) ...	1	75	4	...	7	...	7	94	95

Voranschlagsansatz des Bundesvoranschlages		Personenkraftwagen				Fahrzeuge für be- triebliche Zwecke	Motorräder		Lastkraftwagen		Kraft- fahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1989	Summe 1988
Vor- anschlags- ansatz	Bezeichnung	Kategorie					über 125 ccm	über 50 ccm bis einschl. 125 ccm	mit einer Nutzlast				
		III	II	I a	I				über 1 000 kg	biseinschl. 1 000 kg			
							Hubraum						
							Anzahl der Fahrzeuge						
30	Justiz:												
30008	Bundesministerium für Justiz	1	...	2	3	4
30108	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	1	1	1
30208	Justizbehörden in den Ländern 40)	18	...	1	5	24	23
30308	Justizanstalten 41)	54	20	...	31	105	105
	Kapitel 30 (Summe) . . .	2	...	20	...	55	20	...	36	133	133
40	Militärische Angelegenheiten:												
40008	Bundesministerium für Landesverteidi- gung 42)	1	1	1
40108	Heer und Heeresverwaltung 42)	6	...	23	29	29
40508	Allentsteig (betriebsähnll. Einrichtung)
	Kapitel 40 (Summe) . . .	1	6	...	23	30	30
50	Finanzverwaltung:												
50008	Bundesministerium für Finanzen	2	...	3	...	2	7	7
50408	Finanzlandesdirektionen; Dienststel- len 43) 45)	6	9	194	8	4	79	300	302
50508	Finanzprokuratur	46) 1	1	1
50608	Hauptpunzierungs- und Probieramt	1	1	1
50708	Bundesrechenamt	3	3	3
	Kapitel 50 (Summe) . . .	2	...	10	9	197	8	4	82	312	314

Voranschlagsansatz des Bundesvoranschlages		Personenkraftwagen				Fahrzeuge für be- triebliche Zwecke	Motorräder		Lastkraftwagen		Kraft- fahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1989	Summe 1988
Vor- anschlags- ansatz	Bezeichnung	Kategorie					über 125 ccm	über 50 ccm bis einschl. 125 ccm	mit einer Nutzlast				
		III	II	I a	I				über 1 000 kg	biseinschl. 1 000 kg			
Anzahl der Fahrzeuge													
60	Land- und Forstwirtschaft:												
60008)	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft 47)	1	...	4	...	12	2	19	51
60078)	Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten 48)	11	1	1	32	45	45
60518	Bundesanstalten für pflanzliche Produktion 49)	18	5	9	27	59	57
60528	Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten 50)	5	3	8	8
60538	Forstliche Bundesversuchsanstalt	1	...	19	1	...	3	24	24
60558	Bundesanstalten für Milchwirtschaft 51)	3	3	6	7
60578	Bundesanstalten für Tierzucht 52)	3	3	1	2	9	9
60588	Wasserwirtschaftliche Bundesanstalten 53)	4	1	5	5
60598	Bundesanstalt für Landtechnik	3	1	8	12	...
60728	Forstliche Ausbildungsstätten 54)	1	1	...	11	13	12
60808	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst 56)	7	7	7
60918	Bundeskellereiinspektion	31	31	...
60938	Bundesgärten 57)	4	6	4	9	23	23
60948	Bundesgestüt Piber – Spanische Reitschule	1	...	1	8	10	10
60958	Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften 58)	7	5	...	6	2	83	103	103
60968	Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsförste 59)	4	8	12	13
60998	Bauhöfe 60)	87	25	19	46	177	177
60438	Bundesanstalt für Landtechnik	12
	Kapitel 60 (Summe)	1	...	12	...	213	5	1	51	37	243	563	563

Voranschlagsansatz des Bundesvoranschlages		Personenkraftwagen				Fahrzeuge für be- triebliche Zwecke	Motorräder		Lastkraftwagen		Kraft- fahrzeuge für besondere Zwecke	Summe 1989	Summe 1988
Vor- anschlags- ansatz	Bezeichnung	Kategorie					über 125 ccm	über 50 ccm bis einschl. 125 ccm	mit einer Nutzlast				
		III	II	I a	I				über 1 000 kg	bis einschl. 1 000 kg			
							Anzahl der Fahrzeuge						
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenver- kehr:												
63008	Zentralleitung	1		6		1						8	8
63208	Österreichisches Patentamt			1		1						2	2
63308	Bergbehörden 61)			1	4							5	5
	Kapitel 63 (Summe) . . .	1		8	4	2						15	15
64	Bauten und Technik:												
64018	Bundesmobilienvverwaltung					1			1			2	2
64228	Bundesstraßen B und S (gemeinsame Ausga- ben) 63)					234			728	347	347	1 656	1 660
64248	Bundesstraßen A (sonstige Ausgaben) 64) . .					146			272	95	125	638	626
64408	Wasserstraßendirektion 65)			2		18	4		13	4	1	42	42
64508	Dienststellen der Bundesgebäudeverwal- tung 66)			2	9	32		9	12	22	6	92	91
64518	Tiergarten Schönbrunn					1			1		3	5	5
64908	Einrichtungen des Eichwesens 67)			1					12	2	23	38	38
64918	Einrichtungen des Vermessungswesens 68) . .			1		73			2	1	10	87	87
64058	Kurheime (betriebsähnliche Einrichtun- gen) 69)												1
	Kapitel 64 (Summe) . . .			6	9	505	4	9	1 041	471	515	2 560	2 552

www.parlament.gov.at

2. Plan der Luftfahrzeuge

Voranschlagsansatz des Bundesvoranschlages		Motorflugzeuge				Hubschrauber	Segelflugzeuge		Summe 1989	Summe 1988
Vor- anschlags- ansatz	Bezeichnung	Gewichtsklassen					Sitzplatzklassen			
		D-F	C	B	A		b	a		
Anzahl der Fahrzeuge										
11	Inneres:									
11108	Flugpolizei und Flugrettungsdienst 1)	4	17	21	21
12	Unterricht und Sport:									
12408	Bundessportheime und Sporteinrichtungen 2)	11	6	8	25	25
64	Bauten und Technik:									
64918	Einrichtungen des Vermessungswesens	1	1	2	2
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:									
65008	Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr	1	1	1
65308	Bundesamt für Zivilluftfahrt (betriebsähnll. Einrichtung) ..	1	1	1	3	3
	Kapitel 65 (Summe) ...	1	1	2	4	4
	Kapitel 01 bis 79 (Summe) ...	1	2	1	17	17	6	8	52	52

3. Plan der Wasserfahrzeuge

Voranschlagsansatz des Bundesvoranschlages		Wasserfahrzeuge mit Kraftantrieb 1)					Summe 1989	Summe 1988
Vor- anschlags- ansatz	Bezeichnung	Passagier- und Transport- schiffe	Spezial- wasserfahr- zeuge	Innenbord-	Außenbord-	Boote, Zillen u. ä. mit Außenbord- motor		
				Motorboote				
Anzahl der Fahrzeuge								
11	Inneres:							
11308	Bundespolizei			8	3	16	27	27
11408	Bundesgendarmerie			37	12	22	71	71
	Kapitel 11 (Summe) ...			45	15	38	98	98
12	Unterricht und Sport:							
12408	Bundessportheime und Sporteinrichtungen 2)					2	2	2
12808	Technische und gewerbliche Lehranstalten 3)					1	1	1
	Kapitel 12 (Summe) ...					3	3	3
14	Wissenschaft und Forschung:							
14208	Universitäten 4)					1	1	1
14218	Universitäten (zweckgebundene Gebarung) 5)		1			1	2	2
14248	Wissenschaftliche Anstalten 6)					2	2	2
	Kapitel 14 (Summe) ...		1			4	5	5
50	Finanzverwaltung:							
50408	Finanzlandesdirektionen; Dienststellen 7)			8	6	6	20	20
60	Land- und Forstwirtschaft:							
60578	Bundesanstalten für Tierzucht 8)			3	2	5	10	10
60588	Wasserwirtschaftliche Bundesanstalten 9)					1	1	1
60728	Forstliche Ausbildungsstätten 10)					1	1	1
60998	Bauhöfe 12)					2	2	2
	Kapitel 60 (Summe) ...			3	2	9	14	14
64	Bauten und Technik:							
64408	Wasserstraßendirektion 13)		28	5		46	79	79
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:							
65408	Amt f. Schifffahrt einschl. Dienstst. der Schifffahrtspolizei		14) 13	19	2	16	50	56
77368	Österreichische Bundesforste		3	1	1	16	21	21
79318	Österreichische Bundesbahnen	15) 13					13	13
	Kapitel 01 bis 79 (Summe) ...	13	45	81	26	138	303	309

4. Anmerkungen

4.1 Anmerkungen zum Plan der Kraftfahrzeuge:

- 1) Hievon 3 Fahrzeuge für offizielle repräsentative Zwecke.
- 2) Hievon 2 Personenkraftwagen (Kategorie III) als Reserve bzw. für offizielle repräsentative Zwecke. Die Betreuung aller Fahrzeuge obliegt der Parlamentsdirektion.
- 3) Der jeweilige Vorsitzende erhält statt der Zurverfügungstellung eines Dienstkraftwagens eine Entschädigung, da halbjährlich ein Wechsel im Vorsitz des Bundesrates eintritt und der Vorsitzende sich nicht ständig in Wien aufhält. Von der Aufnahme eines Dienstkraftwagens in den Plan der Kraftfahrzeuge wird daher derzeit abgesehen.
- 4) Hievon 9 Fahrzeuge für die Landeshauptmänner.
- 5) Für die Österreichische Delegation bei der OECD in Paris.
- 6) Für die Dauer der Übersiedlung der Archivabteilungen des Staatsarchivs in das neue Zentralarchiv.
- 7) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen (mit einer Nutz- last über 1 000 kg)	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke
Flüchtlingslager Bad Kreuzen	4	-	-
Flüchtlingslager Traiskirchen einschließlich Transitlager (Schubstation) und Auswanderungsstelle	8	2	-
Flüchtlingslager Vorderbrühl	1	-	-
Betreuungsstelle Thalham des Bundesministeriums für Inneres	2	-	1
Zusammen	15	2	1

8) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraft- wagen (mit einer Nutzlast bis einschl. 1 000 kg)	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	
			Traktoren	Sonstige
Bundessportheime in:				
Haus des Sports	1	-	-	1
Faak am See	1	-	-	-
Hintermoos	1	-	-	-
Kitzsteinhorn	1	-	-	1
Obergurgl	-	-	-	1
Obertraun	1	-	1	-
Schilleiten	-	-	-	1
Spitzerberg	1	-	3	7
St. Christoph/Arlberg	1	-	-	-
Bundessportzentrum Südstadt	-	1	1	1
Bundesstadion Graz-Liebenau	1	-	-	-
Zusammen	8	1	5	12
17				

9) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen (mit einer Nutz- last über 1 000 kg)	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke (Traktoren)
Zentrale für Sportgeräteverleih und Sportplatzwartung	-	2	1
Bundesschullandheime in:			
Mariazell	1	-	-
Raach bei Gloggnitz	1	-	-
Radstadt	1	-	-
Zusammen ...	3	2	1

10) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke
Bundesinstitut für Erwachsenenbildung in St. Wolfgang	-	1
Förderungsstellen des Bundes für Erwachsenenbildung für:		
Niederösterreich	-	1
Oberösterreich	1	-
Steiermark	-	1
Tirol	1	-
Zusammen ...	2	3

11) Das Kraftfahrzeug (Traktor) ist für das BORG Deutschlandsberg vorgesehen.

12) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke
Höhere Internatsschulen in:		
Graz-Liebenau	-	1
Saalfelden	1	2
Schloß Traunsee/Altmünster	1	-
Zusammen ...	2	3

13) Das Kraftfahrzeug ist für das Bundes-Blindenerziehungsinstitut in Wien II vorgesehen.

14) Je 1 Kraftfahrzeug für das Bundeskonvikt Wien II (einschließlich Expositur Wien XIII) und das Bundeskonvikt Linz.

15) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1 000 kg)	Lastkraftwagen (mit einer Nutz- last bis einschl. 1 000 kg)	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke
Höhere technische Bundeslehranstalten in:				
Hallein	-	-	1	-
Hallstatt	1	-	-	-
Kapfenberg	-	1	-	-
Krems	-	*) 1	-	-
Linz I.	-	*) 1	-	1
Linz II.	-	-	1	-
Salzburg	-	*) 1	-	-
Steyr	1	*) 1	-	-
Wiener Neustadt	-	-	1	-
Höhere technische Bundeslehranstalt und Handelsschule Wien III	1	-	-	-
Höhere technische Bundeslehr- und Ver- suchsanstalten in:				
Graz-Göding	-	*) 1	-	-
Innsbruck	-	-	*) 1	-
Mödling	1	*) 1	-	**) 1
Rankweil	-	-	1	-
St. Pölten	-	-	1	-
Wien III	-	-	1	-
Höhere technische Bundeslehr- und Ver- suchsanstalt Wien XX, Technologisches Gewerbemuseum	*) 2	-	-	-
Zusammen ...	6	7	7	2

*) Dient auch als Unterrichtsbehelf.

**) Traktor.

16) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke (Traktoren)
Bundesfachschule für wirtschaftliche Berufe in Tünnitz	1
Höhere Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Berufe in Ried	1
Zusammen ...	2

17) Das Kraftfahrzeug (Traktor) ist für die Handelsakademie und Handelsschule in Braunau vorgesehen.

18) Das Kraftfahrzeug ist für das Bundeskonvikt für Knaben der Höheren Technischen Bundeslehranstalt Krems vorgesehen.

19) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke
Bundesanstalten für Leibeserziehung in:		
Graz	1	-
Innsbruck	-	1
Linz	1	-
Wien	1	-
Zusammen ...	3	1

20) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personen- kraftwagen Kategorie	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Motor- räder über 125 ccm Hubraum	Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1 000 kg)	Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast bis einschl. 1 000 kg)	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	
	Ia					Traktoren	Sonstige
Montanuniversität Leoben	1	1	-	-	-	-	-
Institut für Geophysik	-	-	-	-	-	-	1
Technische Universität Graz	-	1	-	-	-	-	-
Institut für Hydromechanik, Hydraulik und Hydrologie	-	-	-	-	-	-	1
Institut für Landwirtschaftliches Bauwesen und Ländliches Siedlungswesen	-	1	-	-	-	-	-
Institut für Technische Geologie, Petrogra- phie und Mineralogie	-	-	-	-	-	-	1
Technische Universität Wien	1	1	-	-	-	-	-
Institut für Fertigungstechnik	-	-	-	*) 1	-	-	-
Institut für Hochbau für Architekten	-	-	-	1	-	-	-
Institut für theoretische Geodäsie und Geo- physik	-	-	-	-	-	-	1
Interfakultäre Institutseinrichtung für Tem- peraturanlagen	-	-	-	1	-	-	-
Universität für Bildungswissenschaften Klagen- furt	-	1	-	-	-	-	-
Universitäts-Sportinstitut	-	1	-	-	-	-	-
Universität für Bodenkultur	-	1	-	1	-	-	-
Botanisches Institut	-	1	-	-	-	-	-
Institut für Forstentomologie und Forst- schutz	-	-	-	-	-	-	1
Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüch- tung	-	-	-	-	-	3	-
Institut für Wildbach- und Lawinenverbauung Lehrforstzentrum	-	1	-	-	-	-	-
Versuchswirtschaft Großenzersdorf der Uni- versität für Bodenkultur	-	1	-	-	-	5	-
Universität Graz	-	-	-	-	1	1	-
Institut für Botanik	-	-	-	-	-	-	1
Institut für Geologie und Paläontologie	-	-	-	-	-	-	1
Universitätssportzentrum	-	-	-	-	-	1	-
Zentrale Versuchstieranlage	-	-	-	-	1	-	-
Universität Innsbruck	-	-	-	1	-	1	-
Botanischer Garten	-	-	-	-	-	-	-
Fakultät für Bauingenieurwesen und Architektur	-	-	-	-	-	-	1
Institut für Anatomie	-	1	-	-	-	-	-
Institut für klassische Archäologie	-	-	-	-	-	-	1
Universitäts-Sportinstitut	-	-	-	-	-	2	-
Zentrale Versuchstieranlage	-	1	-	-	-	-	-
Universität Linz	1	1	-	-	-	-	-
Universität Salzburg	1	1	-	-	-	-	1
Universität Wien	1	1	-	-	-	-	2
II. Chirurgische Universitätsklinik	-	-	-	-	1	-	-
Institut für Anatomie	-	1	-	-	-	-	-
Institut für Astronomie mit Außenstelle Schöpl	-	-	-	-	1	-	-
Institut für Botanik und Botanischer Garten	-	1	-	-	-	-	-
Institut für Meteorologie und Geophysik	-	-	-	-	-	-	1
Institut für Paläontologie	-	-	-	-	-	-	1
Institut für Petrologie	-	-	-	-	-	-	1
Institut für Ur- und Frühgeschichte	-	-	-	-	-	-	1
Universitätssportzentrum Schmelz	-	-	-	-	-	1	-
Versuchstierzucht und Versuchstierhaltung Himberg	-	1	-	-	-	-	-
Veterinärmedizinische Universität Wien	-	2	-	1	-	-	2
Lehr- und Forschungsgut Merkenstein	-	1	2	-	-	7	-
Zusammen	5	22	2	6	4	21	18

39

*) Dient auch als Unterrichtsbehelf.

21) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1 000 kg)	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke
Montanuniversität Leoben	1	-	-
Institut für Bildungsförderung und Sport	1	-	-
Institut für Geophysik	-	-	1
Institut für Markscheide- und Bergschadenkunde	-	-	1
Institut für Verformungskunde und Hüttenmaschinen	-	-	1
Technische Universität Graz:			
Institut für Hochbau für Architekten	-	-	1
Institut für Werkstoffkunde, Festigkeitslehre und Materialprüfung	-	-	1
Versuchs- und Forschungsanstalt für Hochspannungstechnik	-	-	1
Technische Universität Wien:			
Institut für Allgemeine Maschinenlehre und Fördertechnik	-	-	1
Institut für Betriebswissenschaften, Arbeitswissenschaft und Betriebswirtschaftslehre	-	-	1
Institut für Wassergüte und Landschaftswasserbau	-	-	1
Technische Versuchs- und Forschungsanstalt	1	1	1
Universität für Bodenkultur:			
Institut für Bodenforschung und Baugeologie	-	-	1
Institut für Forstökologie	-	-	1
Institut für Obstbau	1	-	4
Institut für Geotechnik und Verkehrswesen	1	-	-
Institut für Waldbau	1	-	-
Institut für Wasserwirtschaft	1	-	-
Universität Graz:			
Universitäts-Sportinstitut	-	-	1
Universitäts-Sportinstitut (Universitätsheim Planneralm)	-	-	1
Universität Innsbruck:			
Institut für Baubetrieb und Bauwirtschaft	-	-	1
Institut für Straßenbau und Verkehrsplanung	-	-	1
Universitäts-Sportinstitut	1	-	-
Universität Linz:			
Universitäts-Sportinstitut	-	-	1
Universität Salzburg:			
Universitäts-Sportinstitut	1	-	-
Universität Wien	-	-	2
I. Chirurgische Universitäts-Klinik	1	-	-
Universitäts-Sportinstitut	-	-	1
Veterinärmedizinische Universität Wien	2	-	1
Zusammen	12	1	25

22) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast bis einschl. 1 000 kg)	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke
Österreichische Nationalbibliothek	1	-	-
Österreichische Phonotheek	1	-	-
Österreichisches Bundesinstitut für den wissenschaftlichen Film	-	-	1
Universitätsbibliotheken in:			
Graz	1	-	-
Innsbruck	1	-	-
Salzburg	-	1	-
Wien	1	-	-
Zusammen	5	1	1

23) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke
Geologische Bundesanstalt	3	1
Österreichisches Archäologisches Institut Wien	1	-
Österreichisches Archäologisches Institut Athen	-	1
Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik	2	1
Zusammen ...	6	3

24) (frei).

25) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen (mit einer Nutz- last über 1 000 kg)	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke
Hochschule für angewandte Kunst in Wien	-	1	-
Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz ..	1	-	-
Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz	1	-	-
Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz (Expositur Oberschützen)	-	-	1
Zusammen ...	2	1	1

26) Das Fahrzeug ist für die Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien vorgesehen.

27) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen (mit einer Nutz- last über 1 000 kg)	Lastkraftwagen (mit einer Nutz- last bis einschl. 1 000 kg)	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke
Österreichische Galerie	1	-	-	-
Kunsthistorisches Museum	-	-	1	1
Museum für Angewandte Kunst	1	-	-	-
Museum für Völkerkunde	1	-	-	1
Naturhistorisches Museum	2	-	-	1
Österreichisches Museum für moderne Kunst ...	-	1	-	-
Technisches Museum	-	-	1	-
Zusammen ...	5	1	2	3

28) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personen- kraftwagen Kategorie I a	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1 000 kg)
Bereich Landesarbeitsamt Wien	1	3	1
Bereich Landesarbeitsamt Niederösterreich	1	25	1
Bereich Landesarbeitsamt Burgenland	1	7	-
Bereich Landesarbeitsamt Oberösterreich	1	19	-
Bereich Landesarbeitsamt Salzburg	1	6	-
Bereich Landesarbeitsamt Steiermark	1	18	-
Bereich Landesarbeitsamt Kärnten	1	9	-
Bereich Landesarbeitsamt Tirol	1	8	-
Bereich Landesarbeitsamt Vorarlberg	1	2	-
Zusammen ...	9	97	2

29) Das Fahrzeug ist für das Landesinvalidenamt für Wien, Niederösterreich und Burgenland vorgesehen.

30) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personen- kraftwagen Kategorie I	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke
Arbeitsinspektion Wien	-	3
Arbeitsinspektorate in:		
Eisenstadt	1	-
Graz	1	-
Innsbruck	1	-
Klagenfurt	1	-
Krems	1	-
Leoben	1	-
Linz	1	-
Salzburg	1	-
St. Pölten	1	-
Vöcklabruck	1	-
Wels	1	-
Zusammen ...	11	3

31) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebliche Zwecke	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke
Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung Wien	-	1
Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung Graz	*) 1	-
Zusammen ...	1	1

*) Dieses Fahrzeug wird auch im Rahmen des Zivilschutzes eingesetzt.

32) Das Fahrzeug ist für die Bundesstaatliche bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalt Wien vorgesehen.

33) (frei).

34) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1 000 kg)	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	
		Traktoren	Sonstige
Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung MÖdling	-	1	2
Bundesanstalt für veterinärmedizinische Untersuchungen in:			
Graz	-	-	1
Innsbruck	-	-	1
Linz	-	-	1
Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren Wien- Hetzendorf	7	1	*) 2
Zusammen ...	7	2	7
		9	

*) Eines dieser Fahrzeuge wird auch im Rahmen des Zivilschutzes eingesetzt.

35) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	
	Spezialkraftwagen	Sonstige
Umweltbundesamt Wien	1	10
Zweigstelle Klagenfurt	-	1
Zweigstelle Salzburg	-	1
Zusammen ...	1	12
		13

36) Dieses Fahrzeug dient auch für offizielle Repräsentationszwecke.

37) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt: je 1 Fahrzeug für die diplomatischen Vertretungsbehörden in Addis Abeba, Abidjan, Algier, Amman, Ankara, Athen, Bagdad, Bangkok, Beirut, Belgrad, Berlin, Bern, Bogota, Bonn, Brasilia, Brüssel, Budapest, Buenos Aires, Bukarest, Canberra, Caracas, Dakar, Damaskus, New Delhi, Den Haag, Dublin, Harare, Havanna, Helsinki, Islamabad, Jakarta, Kabul, Kairo, Kinshasa, Kopenhagen, Kuala Lumpur, Kuwait, Lagos, Lima, Lissabon, London, Lusaka, Luxemburg, Madrid, Manila, Mexiko, Moskau, Nairobi, Oslo, Ottawa, Paris, Peking, Prag, Pretoria, Rabat, Riyadh, Rom, Rom-Vatikan, Santiago de Chile, Seoul, Sofia, Stockholm, Teheran, Tel Aviv, Tokio, Tripolis, Tunis, Warschau, Washington sowie 2 Fahrzeuge für die Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York (hievon auch 1 Fahrzeug für das österreichische Generalkonsulat in New York). Ferner je 1 Fahrzeug für die Ständige Delegation Österreichs bei den Vereinten Nationen in Genf, für die Vertretung Österreichs beim Europarat in Straßburg, für die Österreichische Delegation in Berlin und für die Österreichische Mission bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel.

38) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Motorräder über 50 ccm bis einschl. 125 ccm Hubraum
Diplomatische Vertretungsbehörden in:		
Bangkok	-	1
Hongkong	1	1
Lagos	-	1
Moskau	1	-
Peking	1	-
Riyadh	-	1
Rom - Vatikan	-	1
Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York	-	1
Zusammen ...	3	6

39) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Motorräder über 50 ccm bis einschl. 125 ccm Hubraum
Österreichische Kulturinstitute in:		
Rom	-	1
Warschau	1	-
Zusammen ...	1	1

40) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personen- kraftwagen Kategorie	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Kraftfahr- zeuge für besondere Zwecke
	I a		
4 Gerichtshöfe II. Instanz:			
Oberlandesgerichte in Graz, Innsbruck, Linz und Wien	4	1	5
21 Gerichtshöfe I. Instanz:			
Landesgerichte für Zivilrechtssachen in Graz und Wien	14	-	-
Landesgerichte für Strafsachen in Graz und Wien			
Landesgerichte in Eisenstadt, Feldkirch, Innsbruck, Klagenfurt, Linz, Salzburg und St. Pölten			
Handelsgericht Wien			
Jugendgerichtshof Wien			
Arbeits- und Sozialgericht Wien			
Kreisgerichte in Korneuburg, Krems an der Donau, Leoben, Ried im Innkreis, Steyr, Wels und Wr. Neustadt			
Zusammen ...	18	1	5

41) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1 000 kg)	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke		
			Gefangenen- transportwagen	Traktoren	Kühlwagen
Gerichtshofgefängnisse in:					
Gefangenenhaus des Jugendgerichtshofes Wien	1	-	-	-	-
Kreisgerichtliche Gefangenenhäuser in:					
Korneuburg	2	-	-	-	-
Krems	1	-	-	-	-
Leoben	1	-	-	-	-
Ried	1	-	-	-	-
Steyr	1	-	-	-	-
Wels	1	-	-	-	-
Wiener Neustadt	1	-	-	-	-
Landesgerichtliche Gefangenenhäuser in:					
Eisenstadt	1	-	-	-	-
Feldkirch	1	-	-	-	-
Graz	3	1	-	-	-
Innsbruck	3	1	-	2	-
Klagenfurt	2	1	-	4	-
Linz	2	3	-	1	-
Salzburg	2	-	-	-	-
St. Pölten	2	-	-	-	-
Wien I	5	1	4	-	-
Wien II	3	1	-	-	-
Justizanstalten in:					
Göllersdorf	2	-	-	-	-
Mittersteig	2	-	-	-	-
Sonnberg	1	1	-	2	-
Sonderanstalten in:					
Gerasdorf (für Jugendliche)	2	1	-	2	-
Wien-Favoriten	1	-	-	-	-
Strafvollzugsanstalten in:					
Garsten	2	1	-	2	1
Graz	1	2	-	3	-
Hirtenberg	3	1	-	5	1
Schwarzaau	2	1	-	3	-
Stein	3	3	-	1	-
Suben	1	1	-	-	-
Wien-Simmering	1	1	-	-	-
Zusammen . . .	54	20	4	25	2
31					

42) Gemäß den Bestimmungen in § 27 Abs. 2 BHG, BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, sind die Fahrzeuge des Bundesheeres und der Heeresverwaltung von der Aufnahme in den Plan der Kraftfahrzeuge ausgenommen.

43) Einschließlich der Fahrzeuge des dem Bundesministerium für Finanzen direkt unterstehenden Zollwachegeneralinspektorates.

44) (frei).

45) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personen- kraftwagen Kategorie		Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraft- wagen (mit einer Nutzlast über 1 000 kg)	Lastkraft- wagen (mit einer Nutzlast bis einschl. 1 000 kg)	Kraftfahr- zeuge für besondere Zwecke
	I a	I				
Zollwachegeneralinspektorat	-	-	100	1	2	69
Finanzlandesdirektion in:						
Kärnten	1	1	7	1	-	-
Oberösterreich	1	-	16	1	-	2
Salzburg	1	-	11	1	-	1
Steiermark	1	-	20	1	-	-
Tirol	-	2	8	-	-	-
Vorarlberg	1	-	4	-	1	-
Wien, Niederösterreich und Burgenland ..	1	6	28	3	1	7
Zusammen ...	6	9	194	8	4	79

46) Dieses Fahrzeug wird im Bedarfsfall auch vom Bundesministerium für Finanzen mitbenutzt.

47) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraft- wagen Kategorie		Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke
	III	I a		
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft:				
Film- und Lichtbildstelle	-	-	1	-
Zentralleitung	1	4	1	1
Zivilschutz	-	-	-	1
Summe ...	1	4	2	2
Qualitätskontrolle in:				
Graz	-	-	2	-
Innsbruck	-	-	2	-
Klosterneuburg	-	-	5	-
Linz	-	-	1	-
Summe ...	-	-	10	-
Zusammen ...	1	4	12	2

48) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen (mit einer Nutz- last über 1 000 kg)	Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast bis einschl. 1 000 kg)	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	
				Traktoren	Sonstige
Bundesseminar für das landwirtschaftliche Bildungswesen in Wien-Ober St. Veit	1	-	-	-	-
Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Raumberg-Trautenfels	1	-	-	*) 4	2
Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft Ursprung/Elixhausen	-	-	-	*) 2	1
Höhere Bundeslehranstalt für landwirtschaftliche Frauenberufe in Elmburg/Oberösterreich	-	-	-	1	1
Höhere Bundeslehranstalt für landwirtschaftliche Frauenberufe in Kematen/Tirol	-	-	-	*) 2	1
Höhere Bundeslehranstalt für landwirtschaftliche Frauenberufe in Pitzelstätten	1	-	-	*) 2	-
Höhere Bundeslehranstalt für landwirtschaftliche Frauenberufe in Sitzenberg	1	-	-	*) 2	-
Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau in Wien	2	-	-	2	-
Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau mit Institut für Bienenkunde in Klosterneuburg	2	1	1	*) 4	1
Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt Francisco-Josephinum in Weinzierl	1	-	-	**) 3	2
Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt in St. Florian	2	-	-	**) 2	-
Zusammen ...	11	1	1	24	8
					32

*) Hievon je 1 Leihfahrzeug.

**) Hievon 2 Leihfahrzeuge.

49) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen (mit einer Nutz- last über 1 000 kg)	Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast bis einschl. 1 000 kg)	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	
				Traktoren	Sonstige
Bundesanstalt für Bodenwirtschaft in Wien	1	-	-	-	-
Bundesanstalt für Pflanzenbau in Wien	3	1	6	9	1
Bundesanstalt für Pflanzenschutz in Wien	3	1	1	3	2
Bundesversuchsanstalt für alpenländische Landwirtschaft in Gumpenstein	2	1	1	8	1
Landwirtschaftlich-chemische Bundesanstalt in Wien	9	2	1	2	1
Zusammen ...	18	5	9	22	5
					27

50) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke
Forstliche Fachschule in Waidhofen an der Ybbs	1	1
Höhere Lehranstalt für Forstwirtschaft Bruck/Mur	1	1
Höhere Lehranstalt für Forstwirtschaft Gainfarn	3	1
Zusammen ...	5	3

51) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1 000 kg)
Bundesanstalt für alpenländische Milchwirtschaft in Rotholz	1	3
Bundesanstalt für Milchwirtschaft in Wolfpassing	2	-
Zusammen ...	3	3

52) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen (mit einer Nutz- last über 1 000 kg)	Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast bis einschl. 1 000 kg)	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	
				Traktoren	Sonstige
Bundesanstalt für Fischereiwirtschaft in Scharfling	1	1	1	-	1
Bundesanstalt für Fortpflanzung und Besamung von Haustieren in Wels	1	1	-	-	-
Bundesanstalt für Pferdezucht in Stadl-Paura	1	1	-	1	-
Zusammen ...	3	3	1	1	1
2					

53) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke
Bundesanstalt für Kulturtechnik und Bodenwasserhaushalt in Petzenkirchen	2	-
Bundesanstalt für Wassergüte in Wien	2	1
Zusammen ...	4	1

54) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1 000 kg)	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	
			Traktoren	Sonstige
Forstliche Ausbildungsstätten in:				
Ort/Gmunden	-	-	*) 2	3
Ossiach	1	1	*) 1	5
Zusammen ...	1	1	3	8
11				

*) Leihfahrzeuge.

55) (frei).

56) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personen- kraftwagen Kategorie I a
Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung, Sektion für:	
Kärnten in Villach	1
Oberösterreich in Linz	1
Salzburg in Salzburg	1
Steiermark in Graz	1
Tirol in Innsbruck	1
Vorarlberg in Bregenz	1
Wien, Niederösterreich und Burgenland in Wien	1
Zusammen ...	7

57) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Last- kraftwagen (mit einer Nutzlast über 1 000 kg)	Last- kraftwagen (mit einer Nutzlast bis einschl. 1 000 kg)	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	
				Traktoren	Sonstige
Verwaltung der Bundesgärten in Innsbruck	1	1	–	1	1
Verwaltung der Bundesgärten in Wien-Schönbrunn	3	5	4	4	3
Zusammen ...	4	6	4	5	4
					9

58) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Motorräder über 125 ccm Hubraum	Lastkraft- wagen (mit einer Nutzlast über 1 000 kg)	Lastkraft- wagen (mit einer Nutz- last bis einschl. 1 000 kg)	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	
					Traktoren	Sonstige
Bundesversuchswirtschaft Fohlenhof bei Wr. Neustadt	–	–	–	–	4	–
Bundesversuchswirtschaft Fuchsenbigl im Marchfeld	3	–	2	1	33	–
Bundesversuchswirtschaft Königshof bei Bruck an der Leitha	2	4	2	–	22	1
Bundesversuchswirtschaft Wieselburg an der Erlauf	2	1	2	1	23	–
Zusammen ...	7	5	6	2	82	1
					83	

59) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke	
		Traktoren	Sonstige
Bundeslehr- und Versuchsforst Bruck/Mur	1	*) 1	-
Bundeslehr- und Versuchsforst in Lahnhuben	1	-	-
Bundeslehr- und Versuchsforst in Merkenstein	1	*) 2	1
Bundeslehr- und Versuchsforst Kollerhuben	-	*) 1	1
Bundeslehr- und Versuchsforst Ulmerfeld	1	*) 1	1
Zusammen . . .	4	5	3
		8	

*) Hievon je 1 Leihfahrzeug.

60) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Last- kraftwagen (mit einer Nutzlast über 1 000 kg)	Lastkraft- wagen (mit einer Nutzlast bis einschl. 1 000 kg)	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke
Forsttechnischer Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung; Sektion für:				
Kärnten in Villach	8	4	-	19
Oberösterreich in Linz	12	4	4	2
Salzburg in Salzburg	19	3	5	1
Steiermark in Graz	13	4	4	3
Tirol in Innsbruck	19	7	3	10
Vorarlberg in Bregenz	9	-	2	7
Wien, Niederösterreich und Burgenland in Wien	7	3	1	4
Zusammen . . .	87	25	19	46

61) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie	
	I a	I
Berghauptmannschaft Innsbruck	-	1
Berghauptmannschaft Salzburg	-	2
Berghauptmannschaft Wien	1	1
Zusammen . . .	1	4

62) (frei).

63) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Last- kraftwagen (mit einer Nutzlast über 1 000 kg)	Lastkraft- wagen (mit einer Nutzlast bis einschl. 1 000 kg)	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke (Zugmaschinen)
Bundesstraßenverwaltungen in:				
Burgenland	2	48	35	24
Kärnten	75	91	31	49
Niederösterreich	74	197	74	67
Oberösterreich	4	110	54	62
Salzburg	8	40	19	29
Steiermark	48	159	70	45
Tirol *)	17	70	51	64
Vorarlberg	2	8	9	6
Wien	4	5	4	1
Zusammen ...	234	728	347	347

*) Hievon ist im Bereiche der Bundesstraßenverwaltung in Tirol 1 bundeseigenes Fahrzeug für betriebliche Zwecke vorhanden, dessen Aufwand vom Land getragen wird.

64) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen (mit einer Nutz- last über 1 000 kg)	Lastkraftwagen (mit einer Nutz- last bis einschl. 1 000 kg)	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke
Bundesstraßenverwaltungen in:				
Burgenland	4	7	6	5
Kärnten	18	34	18	22
Niederösterreich	39	73	26	27
Oberösterreich	20	55	11	17
Salzburg	9	21	2	11
Steiermark	24	34	5	19
Tirol	14	28	15	13
Vorarlberg	6	6	6	6
Wien	12	14	6	5
Zusammen ...	146	272	95	125

65) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personen- kraftwagen Kategorie I a	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Motorräder über 125 ccm Hubraum	Lastkraft- wagen (mit einer Nutz- last über 1 000 kg)	Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast bis einschl. 1 000 kg)	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke
Wasserstraßendirektion, Be- triebsbauleitung und Strom- bauleitung in Wien	2	5	1	3	-	-
Marchbauleitung	-	3	-	-	-	-
Strombauleitungen in:						
Aschach	-	2	1	3	-	1
Deutsch-Altenburg	-	1	-	2	1	-
Greifenstein	-	1	-	1	1	-
Grein	-	1	1	1	-	-
Krems	-	1	1	1	1	-
Linz	-	2	-	1	-	-
Ybbs	-	2	-	1	1	-
Zusammen ...	2	18	4	13	4	1

66) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraftwagen Kategorie		Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Motorräder über 50 ccm bis einschl. 125 ccm Hubraum	Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1 000 kg)	Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast bis einschl. 1 000 kg)	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke
	I a	I					
Bundesbaudirektion Wien ...	1	2	18	4	5	4	2
Bundesgebäudeverwaltung II in:							
Graz	-	3	2	-	1	3	-
Innsbruck	-	2	3	-	-	2	1
Klagenfurt	-	1	3	1	2	2	-
Linz	-	1	1	2	2	5	-
Salzburg	1	-	3	1	2	6	-
Burghauptmannschaft Wien ...	-	-	-	-	-	-	1
Schloßhauptmannschaft Schönbrunn	-	-	2	1	-	-	2
Zusammen ...	2	9	32	9	12	22	6

67) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personen- kraftwagen Kategorie Ia	Lastkraft- wagen (mit einer Nutz- last über 1 000 kg)	Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast bis einschl. 1 000 kg)	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke
Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen;				
Gruppe Eichwesen	1	1	2	10
Eichämter Burgenland	-	1	-	-
Eichämter Kärnten	-	1	-	1
Eichämter Niederösterreich	-	2	-	-
Eichämter Oberösterreich	-	2	-	4
Eichämter Salzburg	-	1	-	1
Eichämter Steiermark	-	2	-	2
Eichämter Tirol/Vorarlberg	-	2	-	1
Eichamt Wien	-	-	-	4
Zusammen ...	1	12	2	23

68) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personen- kraftwagen Kategorie Ia	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1 000 kg)	Lastkraft- wagen (mit einer Nutzlast bis einschl. 1 000 kg)	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke
Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen:					
Präsidium	1	-	-	-	-
Gruppe K:					
Leitung	-	1	-	-	-
Abteilung K 1	-	-	2	-	-
Abteilung K 2	-	2	-	-	-
Abteilung K 3	-	14	-	-	1
Abteilung K 9	-	2	-	-	-
Aufsichtsbereich Oberösterreich und Salzburg	-	12	-	-	2
Aufsichtsbereich Steiermark und Kärnten	-	11	-	-	2
Aufsichtsbereich Tirol und Vorarlberg	-	8	-	-	2
Aufsichtsbereich Wien, Niederösterreich und Burgenland	-	19	-	-	2
Gruppe L:					
Leitung	-	1	-	-	-
Abteilung L 1	-	3	-	-	1
Abteilung L 6	-	-	-	1	-
Zusammen :	1	73	2	1	10

69) Für das Kurhaus Semmering.

70) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personenkraft- wagen Kategorie Ia	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1 000 kg)	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke
Bundesamt für Zivilluftfahrt	2	7	1	7
Flughafen in:				
Hörsching (Oberösterreich)	-	2	-	3
Innsbruck-Kranebitten (Tirol)	-	1	-	3
Klagenfurt-Annabichl (Kärnten)	-	1	-	6
Salzburg (Salzburg)	-	3	-	2
Schwechat (Wien)	-	2	-	11
Thalerhof (Steiermark)	-	3	-	2
Zusammen ...	2	19	1	34

71) Das Kraftfahrzeug ist für das Amt für Schifffahrt vorgesehen.

72) 8 Sonderlastkraftwagen und 1 Kleinbus.

73) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personen- kraftwagen Kategorie Ia	Fahr- zeuge für betriebl. Zwecke	Motor- räder über 125 ccm Hub- raum	Motor- räder über 50 ccm bis einschl. 125 ccm Hubraum	Lastkraft- wagen (mit einer Nutzlast über 1 000 kg)	Lastkraft- wagen (mit einer Nutzlast bis einschl. 1 000 kg)	Kraftfahr- zeuge für besondere Zwecke
Generaldirektion	4	9	-	-	-	4	-
Inspektion Ebensee/Steyr	-	2	-	-	-	-	2
Inspektion Innsbruck	1	-	-	-	-	-	1
Inspektion Salzburg	2	4	-	-	-	-	1
Forstverwaltungen, Bau- und Maschinenhöfe und Sägewerke in:							
Burgenland	-	1	-	-	-	2	2
Kärnten	-	2	-	-	-	10	7
Niederösterreich	-	27	-	1	2	60	45
Oberösterreich	-	25	1	1	10	130	92
Salzburg	-	30	1	-	10	90	55
Steiermark	-	10	1	2	9	89	60
Tirol	-	20	2	1	10	115	50
Wien	-	10	-	-	14	50	35
Zusammen ...	7	140	5	5	55	550	*) 350

*) Hievon 125 geländegängige Fahrzeuge, 70 Kleinbusse, 50 Unimog und Traktore und 105 Forstschepper.

74) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personen- kraftwagen Kategorie		Fahr- zeuge für betriebl. Zwecke	Motor- räder über 125 ccm Hubraum	Motor- räder über 50 ccm bis einschl. 125 ccm Hubraum	Lastkraft- wagen (mit einer Nutzlast über 1 000 kg)	Lastkraft- wagen (mit einer Nutzlast bis einschl. 1 000 kg)	Kraftfahr- zeuge für besondere Zwecke
	I a	I						
Generaldirektion	7	-	-	-	-	-	-	-
Direktionsbereich Wien	1	3	408	2	152	299	1 488	723
Direktionsbereich Linz	1	1	192	-	5	115	1 035	445
Direktionsbereich Graz	1	-	262	-	14	114	890	391
Direktionsbereich Kla- genfurt	1	1	115	-	10	80	611	348
Direktionsbereich Inns- bruck	1	1	268	-	-	88	580	459
Inspektoratsbereich Salzburg	1	-	130	-	-	50	445	260
Insgesamt . . .	13	6	1 375	2	181	*) 746	5 049	**) 2 626

*) Ohne Zugmaschinen und Tankwagen.

**) Hievon 1 465 Omnibusse, 414 Paketkraftwagen, 25 Zugmaschinen und 722 Kraftfahrzeuge mit Spezialaufbauten.

75) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Personen- kraftwagen Kategorie I a	Fahrzeuge für betriebl. Zwecke	Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1 000 kg)	Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast bis einschl. 1 000 kg)	Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke
Generaldirektion	9	4	1	1	1
Zentralstellen und zentralisierte Außen- dienststellen	-	23	14	12	31
Direktionsbereich Wien	1	78	32	138	27
Direktionsbereich Linz	1	39	18	92	15
Direktionsbereich Innsbruck	1	34	8	44	11
Direktionsbereich Villach	1	32	14	67	15
Kraftwagendienst	-	20	189	8	953
Zusammen *) . . .	13	230	276	362	**) 1 053

*) Hievon nur für die Dauer der Elektrifizierung: 4 Fahrzeuge für betriebliche Zwecke, 1 Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast über 1 000 kg), 2 Lastkraftwagen (mit einer Nutzlast bis einschließlich 1 000 kg) und 16 Kraftfahrzeuge für besondere Zwecke.

**) Hievon 65 Zugmaschinen, 874 Omnibusse, 43 Sonderkraftfahrzeuge und 71 Kleinbusse (hievon 4 Kleinbusse für den Zivilschutz).

4.2 Anmerkungen
zum Plan der Luftfahrzeuge:

1) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Motorflugzeuge Gewichtsklasse A *)	Hubschrauber
Graz	1	2
Hohenems	-	1
Innsbruck	-	1
Klagenfurt	1	2
Lienz	-	1
Linz	1	2
Salzburg	-	2
Wien	1	4
Technischer Umlauf (Reserve)	-	2
Zusammen . . .	4	17

*) viersitzige Flugzeuge.

2) Für die Bundessportschule Spitzerberg.

4.3 Anmerkungen
zum Plan der Wasserfahrzeuge:

1) Den einzelnen Kategorien sind folgende Wasserfahrzeuge zugeordnet:

Kategorie	Zugeordnete Fahrzeuge	Kennziffer der RIM *)
Passagier- und Transportschiffe	Passagier- und Transportschiffe	220, 221
Spezialwasserfahrzeuge	Barken, Leichter, Prähme	222, 223
	Schleppschiffe, Schleppboote, Zugschiffe, sonstige Spezialwasserfahrzeuge	224
	Bagger	226
Innenbord-Motorboote Außenbord-Motorboote	} Motorboote (Patrouillenfahrzeuge, Fischereifahrzeuge, Jachten, Kabinenboote u. ä.)	227
Boote, Zillen u. ä. mit Außenbordmotor		
	Sonstige Wasserfahrzeuge mit Außenbordmotor	227, 228

*) Richtlinien für die Sachverwaltung des Bundes (Inventar-Kontenrahmen).

- 2) Für die Bundessportschule Obertraun.
3) Für die Höhere technische Bundeslehranstalt in Hallstatt.
4) Für die Universität Wien; Institut für Zoologie.
5) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Spezialwasserfahrzeuge	Boote, Zillen u. ä. mit Außenbordmotor
Universität für Bodenkultur: Institut für Wasserwirtschaft	-	1
Universität Wien: Institut für Zoologie	1	-
Zusammen ...	1	1

- 6) Für die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik.
7) Die Fahrzeuge unterstehen dem Zollwachegeneralinspektorat im Bundesministerium für Finanzen.
8) Für die Bundesanstalt für Fischereiwirtschaft.
9) Für die Bundesanstalt für Wassergüter in Wien.
10) Für die Forstliche Ausbildungsstätte in Ossiach.
11) (frei).
12) Je 1 Wasserfahrzeug für die Sektion Wien und Sektion Linz des Forsttechnischen Dienstes für Wildbach- und Lawinenverbauung.
13) Die Fahrzeuge verteilen sich wie folgt:

	Spezialwasserfahrzeuge			Motorboote (Innenbord)	Boote, Zillen u. ä. mit Außen- bordmotor
	Zugschiffe		Bagger		
	unter 200 PS	über 200 PS			
Donau	11	*) 8	**) 8	3	46
March-Thaya	1	-	-	2	-
Zusammen . . .	12	8	8	5	46

28

- | | | | |
|--------------------------------|---|-------------------------------------|---|
| *) Schleppschiffe | 5 | **) Großbagger (Selbstfahrer) | 2 |
| Steintransportschiffe | 2 | Schutenentleerer (Selbstfahrer) .. | 2 |
| eisverstärkte Zugschiffe | 1 | Schwimmgreifer | 2 |
| | | Kleineimerbagger | 1 |
| | | Saugbagger | 1 |

- 14) 13 Schleppschiffe. Außerdem 29 Standschiffe (Anlegepontons), 12 Schleppboote (Ankerplätten) und 69 Boxenstege.
15) Passagierschiffe.

Zu 750 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVII. GP

Anlage V zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1989

Plan

für Datenverarbeitungsanlagen für das Jahr 1989



Wien 1988
Österreichische Staatsdruckerei

II

Inhalt

	Seite
I. Abschnitt: Allgemeiner Teil	323-324
II. Abschnitt: Anlagenplan:	
1. Plan für Datenverarbeitungsanlagen	325-326
2. Anmerkungen zum Plan für Datenverarbeitungsanlagen	327-330
Erläuterungen zum Plan für Datenverarbeitungsanlagen für das Jahr 1989:	
Allgemeines	III
EDVA laut Plan für Datenverarbeitungsanlagen 1988 und 1989	IV-VII

I. Abschnitt: Allgemeiner Teil

1. Voraussetzungen für die Aufnahme von Datenverarbeitungsanlagen in den Plan für Datenverarbeitungsanlagen:

(1) In den Plan für Datenverarbeitungsanlagen sind

- a) bundeseigene,
- b) angemietete und die dem Bund unentgeltlich zur Benützung überlassenen Datenverarbeitungsanlagen aufzunehmen.

(2) Vom Bund gekaufte, aber noch unter Eigentumsvorbehalt des Verkäufers stehende Datenverarbeitungsanlagen, gelten als bundeseigene.

(3) Eine Datenverarbeitungsanlage im Sinne des Planes für Datenverarbeitungsanlagen ist ein programmierbares System von auf elektronischem Wege kommunizierenden Maschinen, das unabhängig von anderen Systemen Daten verarbeiten kann und dessen Wert gemäß Abs. 6 300 000 Schilling übersteigt.

(4) Elektronische Systeme, die ausschließlich der Datenerfassung oder der Steuerung bestimmter technischer Einrichtungen dienen, wie z. B. Netzknoten, Hausleitsysteme und Bestandteile von Fahrzeugen, Maschinen, maschinellen Anlagen, Geräten u. ä., zählen nicht zu den Datenverarbeitungsanlagen im Sinne des Abs. 3.

(5) Besteht ein Datenverarbeitungssystem aus mehreren lediglich im Wege der Datenfernverarbeitung zusammengeschlossenen Datenverarbeitungsanlagen, sind die Bestimmungen dieses Planes für Datenverarbeitungsanlagen auf jede dieser Anlagen gesondert anzuwenden.

(6) Maßgeblicher Wert im Sinne des Abs. 3 ist jener Kaufpreis einschließlich Umsatzsteuer, der ohne Abzug allfälliger Sonderkonditionen vom Bund zum Zeitpunkt des Kaufes aufzuwenden ist, oder der bei Miete oder unentgeltlicher Überlassung zum Zeitpunkt der Aufnahme in den Plan für Datenverarbeitungsanlagen aufzuwenden wäre, um die Datenverarbeitungsanlage neu zu erwerben.

Sollte die Bestimmung des Kaufpreises nicht möglich sein, so ist an dessen Stelle der Kaufpreis für ein ähnlich leistungsfähiges System als maßgeblicher Wert heranzuziehen.

2. Typengliederung des Planes für Datenverarbeitungsanlagen:

(1) Die im Plan für Datenverarbeitungsanlagen vorgesehenen Datenverarbeitungsanlagen werden nach folgenden Typen untergliedert:

1. Type A (Kleinanlagen): Das sind alle Datenverarbeitungsanlagen, die nicht die Erfordernisse einer größeren Type erfüllen.
2. Type B (Mittelanlagen): Das sind alle Datenverarbeitungsanlagen, die nicht die Erfordernisse einer größeren Type erfüllen, auf die jedoch die nachstehenden Erfordernisse zutreffen:
 - a) Hauptspeicherkapazität über 50 000 Zeichen,
 - b) mindestens zwei Magnetbandstationen oder eine Magnetplatteneinheit,
 - c) mindestens ein Schnelldrucker (ab 400 Zeilen pro Minute).
 Magnetbandkassettengeräte gelten nicht als Magnetbandstationen und Diskettenlaufwerke nicht als Magnetplatteneinheiten.
3. Type C (Großanlagen): Das sind alle Datenverarbeitungsanlagen, die die Erfordernisse der Type D nicht erfüllen, auf die jedoch die nachstehenden Voraussetzungen zutreffen:
 - a) Hauptspeicherkapazität über 250 000 Zeichen,
 - b) Großraumspeicher für mindestens eine Milliarde Zeichen im direkten Zugriff.
4. Type D (Sonderanlagen): Das sind alle Datenverarbeitungsanlagen, auf die die folgenden Voraussetzungen zutreffen:
 - a) mindestens zwei Zentraleinheiten mit Hauptspeicherkapazitäten über 500 000 Zeichen,
 - b) Großraumspeicher für mindestens drei Milliarden Zeichen im direkten Zugriff.

3. Verwendung von Datenverarbeitungsanlagen:

(1) Jedes Organ des Bundes darf Ausgaben für die Anschaffung und den Betrieb von Datenverarbeitungsanlagen nur tätigen, wenn diese Datenverarbeitungsanlagen im Anlagenplan enthalten sind.

324

(2) Anstelle der Ausgaben für eine im Plan enthaltene Datenverarbeitungsanlage im Sinne des P. 1 Abs. 1 lit. a dürfen die Ausgaben für eine Datenverarbeitungsanlage im Sinne des P. 1 Abs. 1 lit. b der gleichen Type und umgekehrt getätigt werden.

(3) Weiters dürfen anstelle der Ausgaben für eine im Plan enthaltene Datenverarbeitungsanlage die Ausgaben für eine Datenverarbeitungsanlage einer kleineren Type getätigt werden.

4. Verwendung von Datenverarbeitungsanlagen über den im Plan für Datenverarbeitungsanlagen festgesetzten Stand:

(1) Tritt im Laufe des Jahres 1989 ein unvorhersehbarer und unabweisbarer Mehrbedarf bezüglich einer Datenverarbeitungsanlage bei einem Organ des Bundes auf, ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler den Ausgaben für Anschaffung und Betrieb einer bisher nicht im Plan enthaltenen Datenverarbeitungsanlage unter folgenden Voraussetzungen zuzustimmen:

- a) Die anfallenden Arbeiten können auf einer im Plan enthaltenen Datenverarbeitungsanlage des gleichen oder auch eines anderen Res-

sortbereiches für die restliche Zeit des laufenden Verwaltungsjahres nicht durchgeführt werden;

- b) seitens des die Aufnahme beantragenden Ressorts wird die finanzielle Bedeckung sichergestellt.

(2) Bei Erteilung der Zustimmung im Sinne des Abs. 1 ist die Datenverarbeitungsanlage einer der in P. 2 Abs. 1 Z. 1 bis 4 ausgewiesenen Typen zuzuordnen.

(3) Der Bundesminister für Finanzen hat gemäß § 28 (4) BHG, BGBl. Nr. 213/1986, über die gemäß Abs. 1 getroffenen Maßnahmen gemeinsam mit dem Bericht gemäß P. 3 Abs. 1 lit. c des Allgemeinen Teiles des Fahrzeugplanes dem mit der Vorberatung von Bundesfinanzgesetzen betrauten Ausschuß des Nationalrates einmal jährlich zu berichten.

5. Zuständigkeit des Bundeskanzlers:

Die Zuständigkeit des Bundeskanzlers zur Koordination der gesamten Verwaltung des Bundes auf dem Gebiete der elektronischen Datenverarbeitung wird durch die Bestimmungen dieses Planes für Datenverarbeitungsanlagen nicht berührt.

II. Abschnitt: Anlagenplan
1. Plan für Datenverarbeitungsanlagen

Voranschlagsansatz des Bundesvoranschlages		Type 1) der Anlagen								Summe 1989	Summe 1988	
Vor- anschlags- Ansatz	Bezeichnung	A (Kleinanlagen)		B (Mittelanlagen)		C (Großanlagen)		D (Sonderanlagen)				
		bundes- eigene	angemie- tete*)	bundes- eigene	angemie- tete*)	bundes- eigene	angemie- tete*)	bundes- eigene	angemie- tete*)			
Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen												
0100.	Präsidentschaftskanzlei	2)	1								1	
0240.	Parlamentsdirektion		1				1				2	1
0300.	Verfassungsgerichtshof	2)	1								1	1
0400.	Verwaltungsgerichtshof	2a)	1								1	1
0500.	Volksanwaltschaft	2)	2								2	2
0600.	Rechnungshof			2)	1						1	1
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen:											
1000.	Zentralleitung	2)	1		3		4				8	6
1020.	Statistisches Zentralamt	2)	2				1				3	3
11	Inneres:											
1100.	Zentralleitung	3)	2				3)	4	3)	1	7	7
12	Unterricht und Sport:											
1200.	Zentralleitung	2) 4)	2		4)	1		4)	1		4	4
1260.	Schulaufsichtsbehörden				4)	10					10	10
1280.	Technische und gewerbliche Lehranstalten	4)	2		4)	55	1				58	35
1282.	Handelsakademien und Handelsschulen	5)	10		5)	4					14	14
14	Wissenschaft und Forschung:											
1400.	Zentralleitung				6)	3					3	3
1420.	Universitäten	6)	7		6)	9	6)	1	6)	4	30	29
1423.	Bibliotheken				6)	10					10	9
1424.	Wissenschaftliche Anstalten				6)	2	1				3	3
1426.	Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal	6) 32)	1								1	1
15	Soziales:											
1500.	Zentralleitung		7)	1	8)	1		8a)	1		3	3
17	Bundeskanzleramt - Gesundheit:											
1700.	Zentralleitung	2)	2	2)	1		9)	2			5	4
1790.	Lebensmitteluntersuchungsanstalten	10)	6	11)	1	12)	1				8	8
1792.	Bakteriologisch-serologische und sonstige Untersuchungsanstalten	13)	2								2	2
1795.	Veterinärmedizinische Anstalten				14)	1					1	1
18	Umwelt, Jugend, Familie:											
1800.	Zentralleitung		1								1	1
1870.	Umweltbundesamt		1				1				2	2
20	Äußeres:											
2010.	Vertretungsbehörden	15)	6								6	6
2020.	Diplomatische Akademie		1								1	

Voranschlagsansatz des Bundesvoranschlages		Type 1) der Anlagen								Summe 1989	Summe 1988
Vor- anschlags- ansatz	Bezeichnung	A (Kleinanlagen)		B (Mittelanlagen)		C (Großanlagen)		D (Sonderanlagen)			
		bundes- eigene	angemie- tete*)	bundes- eigene	angemie- tete*)	bundes- eigene	angemie- tete*)	bundes- eigene	angemie- tete*)		
		Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen									
30	Justiz:										
3000.	Zentralleitung	2) 1								1	1
3010.	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	39) 2								2	2
3020.	Justizbehörden in den Ländern	2) 4		17) 1						5	5
3030.	Justizanstalten	18) 2								2	2
40	Militärische Angelegenheiten:										
4000.	Bundesministerium für Landesverteidigung	19) 30	19) 7		1					38	36
4010.	Heer und Heeresverwaltung	19) 39	2	19) 21		19) 8		19) 2		72	56
4050.	Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig (betriebs- ähnliche Einrichtung)	16) 1								1	1
50	Finanzverwaltung:										
5070.	Bundesrechenamt	20) 71		20) 16		21) 4				91	77
60	Land- und Forstwirtschaft:										
6000.	Zentralleitung	22a) 1			22) 2					3	2
6051.	Bundesanstalten für pflanzliche Produktion	24) 2		25) 3						5	4
6053.	Forstliche Bundesversuchsanstalt			3	1					4	4
6054.	Bundesanstalt für Agrarwirtschaft	1								1	1
6055.	Bundesanstalten für Milchwirtschaft	23) 1		23) 1						2	2
6058.	Wasserwirtschaftliche Bundesanstalten	27) 1								1	1
6059.	Bundesanstalt für Landtechnik			1						1	1
6080.	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst			26) 7						7	7
6093.	Bundesgärten	29) 1								1	1
6094.	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule	30) 1								1	1
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:										
6300.	Zentralleitung			31) 7						7	7
6320.	Österreichisches Patentamt				28) 1					1	1
64	Bauten und Technik:										
6491.	Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen	2) 1								1	1
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:										
6500.	Zentralleitung				43) 1					1	1
6530.	Bundesamt f. Zivilluftfahrt (betriebsähnliche Einrichtung)	2) 1		33) 9	33) 1					11	11
7118.	Bundestheater	40) 1		41) 1						2	2
7536.	Branntwein (Monopol)			2) 1						1	
7736.	Österreichische Bundesforste					34) 1				1	1
7835.	Post- und Telegraphenverwaltung	2) 9	2) 3	42) 17		35) 20		36) 1		50	44
7931.	Österreichische Bundesbahnen	37) 86				38) 1				87	101
Kapitel 01 bis 79 (Summe)		308	15	189	8	54	6	5	3	588	530

- *) Von Dritten unentgeltlich zur Benützung überlassene Datenverarbeitungsanlagen sind angemieteten Anlagen gleichzuhalten.
- 1) Hinsichtlich der Zuordnung der Datenverarbeitungsanlagen zu den einzelnen Typen siehe I. Abschnitt: Allgemeinen Teil P. 2 Z. 1 Abs. 1 bis 4.
- 2) Textverarbeitungsanlage(n).
- 2a) Textverarbeitungsanlage und Judikaturdokumentation.
- 3) Die Anlagen sind vorwiegend für Zwecke des Innenressorts bestimmt.
- 4) Die Anlagen sind wie folgt eingesetzt.

	Type A (bundes- eigene)	Type B (bundes- eigene)	Type C	
			(bundes- eigene)	(ange- mietete)
Zentralleitung:				
Präsidium	1	-	-	-
Sektion III	1	-	-	-
Österr. Schulrechenzentrum	-	-	-	1
Lehrpersonalgruppe, Concordiaplatz	-	1	-	-
Summe	2	1	-	1
Schulaufsichtsbehörden:				
Landesschulrat für Burgenland	-	1	-	-
Landesschulrat für Kärnten	-	1	-	-
Landesschulrat für Niederösterreich	-	1	-	-
Landesschulrat für Oberösterreich	-	1	-	-
Landesschulrat für Salzburg	-	1	-	-
Landesschulrat für Steiermark	-	1	-	-
Landesschulrat für Tirol	-	1	-	-
Landesschulrat für Vorarlberg	-	1	-	-
Stadtschulrat für Wien	-	2	-	-
Summe	-	10	-	-
Technische und gewerbliche Lehranstalten:				
Höhere technische Bundeslehranstalt Eisenstadt	1	1	-	-
Höhere technische Bundeslehranstalt Pinkafeld	-	1	-	-
Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Klagenfurt	-	1	-	-
Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Villach	-	2	-	-
Höhere technische Lehranstalt Ferlach	-	1	-	-
Höhere technische Lehranstalt Wolfsberg	-	1	-	-
Höhere technische Bundeslehranstalt Krems	-	1	-	-
Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Mödling	-	2	-	-
Höhere technische Bundeslehranstalt Wiener Neustadt	-	2	-	-
Höhere technische Bundeslehranstalt St. Pölten	-	1	1	-
Höhere technische Lehranstalt Hollabrunn	-	1	-	-
Höhere technische Lehranstalt Waidhofen/Ybbs	-	1	-	-
Höhere technische Bundeslehranstalt Linz I	-	1	-	-
Höhere technische Bundeslehranstalt Linz II	-	1	-	-
Höhere technische Bundeslehranstalt Braunau/Inn	-	2	-	-
Höhere technische Bundeslehranstalt Wels	1	-	-	-
Höhere technische Bundeslehranstalt Vöcklabruck	-	2	-	-
Höhere technische Bundeslehranstalt Leonding	-	1	-	-
Höhere technische Bundeslehranstalt Hallein	-	1	-	-
Höhere technische Bundeslehranstalt Saalfelden	-	2	-	-
Höhere technische Bundeslehranstalt Salzburg	-	2	-	-
Höhere technische Bundeslehranstalt Graz-Ortweinplatz	-	1	-	-
Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Graz-Gösting	-	1	-	-
Höhere technische Bundeslehranstalt Kapfenberg	-	1	-	-
Höhere technische Bundeslehranstalt Weiz	-	1	-	-
Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Innsbruck 1	-	2	-	-
Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Innsbruck 2	-	2	-	-
Höhere technische Bundeslehranstalt Fulpmes	-	1	-	-
Höhere technische Bundeslehranstalt Jenbach	-	1	-	-
Höhere technische Bundeslehranstalt Imst	-	1	-	-
Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Bregenz	-	1	-	-
Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Dornbirn	-	1	-	-
Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Rankweil	-	2	-	-
Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Wien I	-	1	-	-
Höhere technische Bundeslehranstalt Wien IV	-	1	-	-
Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Textilindustrie Wien V	-	2	-	-
Höhere technische Bundeslehranstalt Wien X	-	1	-	-
Höhere Graphische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Wien XIV	-	1	-	-
Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für chemische Industrie Wien XVII	-	1	-	-
Technologisches Gewerbemuseum Wien XX	-	3	-	-
Höhere technische Bundeslehranstalt Wien XXII	-	3	-	-
Summe	2	55	1	-

5) Die Anlagen sind für folgende Bundeshandelsakademien und Bundeshandelsschulen bestimmt:

	Type A (bundes- eigene)	Type B (bundes- eigene)
Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Baden	1	-
Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Krems an der Donau	-	1
Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Wiener Neustadt	1	-
Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Bruck/Laitha	1	-
Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Bad Ischl	1	-
Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Rohrbach	1	-
Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule I und II Wels	-	1
Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule I und II Salzburg	-	1
Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Tamsweg	1	-
Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Zell/See	1	-
Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Neumarkt	1	-
Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Innsbruck	-	1
Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Wörgl	1	-
Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Wien X	1	-
Summe	10	4

6) Es handelt sich um folgende Anlagen:

	Type A		Type B		Type C		Type D		Summe
	bundes- eigene	ange- mietete	bundes- eigene	ange- mietete	bundes- eigene	ange- mietete	bundes- eigene	ange- mietete	
Anzahl der Anlagen									
Zentralleitung:									
Ressortverwaltung	-	-	2	-	-	-	-	-	2
Zentrale Hochschulverwaltung	-	-	1	-	-	-	-	-	1
Summe	-	-	3	-	-	-	-	-	3
Universitäten:									
Interuniversitäres EDV-Zentrum	-	-	-	-	-	-	-	1	1
EDV-Zentrum der Technischen Universität Graz, Hybridrechenanlage	-	-	1	-	-	-	-	-	1
EDV-Zentrum der Universität Graz	-	-	1	-	-	-	-	-	1
EDV-Zentrum der Universität Innsbruck	-	-	-	-	-	1	-	-	1
EDV-Zentrum der Universität Klagenfurt	-	-	2	-	-	-	-	-	2
EDV-Zentrum der Universität Linz	-	-	-	-	1	-	1	-	2
EDV-Zentrum der Universität Salzburg	-	-	-	-	2	-	-	-	2
EDV-Zentrum der Technischen Universität Wien	-	-	-	-	-	-	-	1	1
Prozeßrechenanlage	-	-	-	-	1	-	-	-	1
Hybridrechenanlage	-	-	-	-	1	-	-	-	1
Geodäsierrechenanlage	1	-	-	-	-	-	-	-	1
Rechenanlage am Atominstitut	-	-	1	-	-	-	-	-	1
Hochschulverwaltung	-	-	1	-	-	-	-	-	1
EDV-Zentrum der Universität für Bodenkultur Wien	-	-	-	1	-	-	-	-	1
EDV-Zentrum der Universität Wien	-	-	-	-	-	-	-	1	1
Rechenanlage am Institut für Medizinische Compu- terwissenschaften	-	-	-	-	-	1	-	-	1
Prozeßrechenanlage der Physikalischen Institute	-	-	1	-	-	-	-	-	1
Rechenanlage am Institut für Neuropharmakologie	1	-	-	-	-	-	-	-	1
Rechenanlage am Institut für Pharmakologie	1	-	-	-	-	-	-	-	1
Rechenanlage am Institut für Anorganische Chemie	1	-	-	-	-	-	-	-	1
Rechenanlage am Institut für Mineralogie und Kri- stallographie	1	-	-	-	-	-	-	-	1
Rechenanlage am Institut für Gerichtliche Medizin	1	-	-	-	-	-	-	-	1
Rechenanlage des Institutes für Astronomie und des Leopold-Figl-Observatoriums	-	-	1	-	-	-	-	-	1
Textverarbeitungssystem im Juridicum der Universität Wien	-	-	1	-	-	-	-	-	1
EDV-Zentrum der Veterinärmedizinischen Universität Wien	1	-	-	-	-	-	-	-	1
EDV-Zentrum der Wirtschaftsuniversität Wien	-	-	-	-	-	2	-	-	2
Summe	7	-	9	1	5	4	1	3	30

6) (Fortsetzung):

	Type A		Type B		Type C		Type D		Summe
	bundes-eigene	ange-mietete	bundes-eigene	ange-mietete	bundes-eigene	ange-mietete	bundes-eigene	ange-mietete	
	Anzahl der Anlagen								
Bibliotheken:									
Rechenanlage des wissenschaftlichen Bibliotheks-wesens	-	-	2	-	-	-	-	-	2
Rechenanlage der Universitätsbibliothek der Univer-sität Graz	-	-	1	-	-	-	-	-	1
Rechenanlage der Universitätsbibliothek der Univer-sität Linz	-	-	1	-	-	-	-	-	1
Rechenanlage der Universitätsbibliothek der Univer-sität Salzburg	-	-	1	-	-	-	-	-	1
Rechenanlage der Universitätsbibliothek der Techni-schen Universität Wien	-	-	1	-	-	-	-	-	1
Rechenanlage der Universitätsbibliothek der Univer-sität Wien	-	-	1	-	-	-	-	-	1
Rechenanlage der Universitätsbibliothek der Wirt-schaftsuniversität Wien	-	-	1	-	-	-	-	-	1
Rechenanlage der Universitätsbibliothek der Univer-sität Innsbruck	-	-	1	-	-	-	-	-	1
Rechenanlage der Universitätsbibliothek der Techni-schen Universität Graz	-	-	1	-	-	-	-	-	1
Summe	-	-	10	-	-	-	-	-	10
Wissenschaftliche Anstalten:									
Rechenanlage der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik	-	-	2	-	1	-	-	-	3
Betriebsähnliche Einrichtung:									
Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal	1	-	-	-	-	-	-	-	1

- 7) Eine Datenverarbeitungsanlage für Zwecke der Sozialversicherung.
- 8) Text- und Informationsverarbeitung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.
- 8a) Eine Datenverarbeitungsanlage für Zwecke der Arbeitsinspektion.
- 9) Zwei Rechenanlagen für Zwecke der Verwaltung und Dokumentation von pharmazeutischen Spezialitäten und sonstigen Zubereitungen sowie für Zwecke der Suchtgiftüberwachung.
- 10) 3 Textverarbeitungsanlagen und 1 Prozeßrechner sind für die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung in Wien bestimmt. Je 1 Textverarbeitungsanlage ist in den Bundesanstalten für Lebensmitteluntersuchung in Linz und Graz eingesetzt.
- 11) Text- und Datenverarbeitungsanlage an der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Innsbruck.
- 12) Die Datenverarbeitungsanlage ist in der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung in Wien eingesetzt.
- 13) Die Anlagen sind in den Bundesstaatlichen bakteriologisch-serologischen Untersuchungsanstalten in Linz und Klagenfurt eingesetzt.
- 14) Die Anlage ist in der Bundesanstalt für veterinärmedizinische Untersuchungen in Innsbruck eingesetzt.
- 15) Bei folgenden österreichischen Vertretungsbehörden ist je eine Anlage eingesetzt: ÖB London, ÖB Bonn, Ständige Vertretung bei den UN in New York, Ständige Vertretung beim Büro der UN in Genf, Ständige Vertretung beim Europarat in Straßburg und bei der Mission bei den EG in Brüssel.
- 16) Die Anlage ist für forstwirtschaftliche Zwecke bestimmt.
- 17) Die Anlage ist für die Einlaufstellen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien und der Staatsanwaltschaft Wien bestimmt.
- 18) Die Anlagen sind für Zwecke des Strafvollzuges bestimmt.
- 19) Die für den Bereich des Heeres und der Heeresverwaltung eingesetzten Anlagen sind für folgende Arbeitsgebiete bestimmt: Ergänzungswesen, Materialversorgung, Dokumentationssystem, verschiedene Statistiken und Personalinformationssystem.
- 20) Es handelt sich dabei um die dezentralen Rechner der von der Finanzverwaltung betriebenen bundesweiten Netzwerke.

- 21) Zusätzlich zu den Aufgaben der Finanzverwaltung werden Arbeiten für folgende Ressorts bzw. Bundesbetriebe durchgeführt:
 Bundeskanzleramt
 Bundesministerium für Arbeit und Soziales
 Bundesministerium für Justiz
 Bundesministerium für Landesverteidigung
 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft
 Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie
 Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport
 Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten
 Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
- 22) Bei diesen Anlagen handelt es sich um zwei Text- und Informationssysteme. Der EDV-Bedarf des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft wird darüber hinaus zum größten Teil durch das auf Vereinsbasis arbeitende Land- und forstwirtschaftliche Rechenzentrum in Wien I erfüllt. Die Anlage dieses Rechenzentrums ist nicht im Plan für Datenverarbeitungsanlagen enthalten.
- 22a) Die Anlage ist für das hydrographische Zentralbüro bestimmt.
- 23) Die Anlagen sind für spezielle Zwecke der Bundesanstalt für alpenländische Milchwirtschaft (Type A) und der Bundesanstalt für Milchwirtschaft (Type B) bestimmt.
- 24) Die Anlagen sind für spezielle Zwecke der Bundesanstalt für Pflanzenbau und der Bundesanstalt für Bodenwirtschaft bestimmt.
- 25) Die Anlagen sind für spezielle Zwecke der landwirtschaftlich-chemischen Bundesanstalt in Wien, der Weinabteilung Burgenland und der Bundesanstalt für Alpenländische Landwirtschaft in Gumpenstein bestimmt.
- 26) Die Anlagen sind für spezielle Zwecke der Sektionen der Forsttechnischen Abteilung für Wildbach- und Lawinenverbauung (je eine Anlage für Sektion Wien, Niederösterreich und Burgenland, Sektion Oberösterreich, Sektion Salzburg, Sektion Steiermark, Sektion Kärnten, Sektion Tirol, Sektion Vorarlberg) bestimmt.
- 27) Die Anlage ist für spezielle Zwecke der Bundesanstalt für Wassergüte bestimmt.
- 28) Die Anlage ist für Zwecke der Patent- und Markenverwaltung des österr. Patentamtes bestimmt.
- 29) Die Anlage ist für spezielle Zwecke der Verwaltung der Bundesgärten in Wien bestimmt.
- 30) Die Anlage ist für spezielle Zwecke des Bundesgestütes Piber bestimmt.
- 31) Graphische Datenverarbeitungssysteme und 5 DDP-Rechner.
- 32) Datenmeßplatz.
- 33) Je zwei Anlagen sind für die Wetterfermeldezentrale, die Flugfermeldezentrale, die Flugverkehrskontrollzentrale und den Flugwetterdienst (MEDAS' System) bestimmt, die als Dualanlagen ausgebildet sind. Eine Anlage ist für die technische Dokumentation der Prüfstelle für Luftfahrzeuge und Geräte sowie andere Verwaltungsaufgaben vorgesehen. Eine weitere Anlage, bestehend aus 37 Einzelsystemen, dient der Flugverkehrskontrollzentrale und zur Luftraumüberwachung. Dieses Verbundsystem ist als Großanlage anzusehen. Die Voraussetzungen für eine Typisierung als Anlage der Type C sind jedoch nicht gegeben.
- 34) Die Datenverarbeitungsanlage ist für Zwecke der Generaldirektion der Österreichischen Bundesforste und ihrer nachgeordneten Dienststellen (Forstverwaltungen, Bauhöfe, Sägewerke und Waldbauhof) bestimmt.
- 35) Die Datenverarbeitungsanlage für die DV-Außenstelle Salzburg ist für den Gesamtbereich der Post- und Telegraphenverwaltung bestimmt.
 Eine Anlage wird für Zwecke des Briefmarkenversandes - Ausland in der Postzeugverwaltung Wien verwendet. Weiters werden 15 Anlagen für die Materialbewirtschaftung des Fernmeldesektors im Gesamtbereich der Post- und Telegraphenverwaltung, eine Anlage für die graphische Datenverarbeitung in der Linientechnik und zwei Anlagen für die Bürokommunikation in der Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung eingesetzt.
- 36) Die Datenverarbeitungsanlage im Rechenzentrum der Post- und Telegraphenverwaltung ist für Zwecke des Gesamtbereiches der Post- und Telegraphenverwaltung bestimmt.
- 37) 86 Datenverarbeitungsanlagen in 69 Dienststellen der ÖBB. Diese sind für den Verbundbetrieb über das bahneigene Datenübertragungs- und Fernschreibnetz mit der Zentralen Großrechenanlage in Wien zum Aufbau und Betrieb des Güterverkehr-Informationssystems (GIS), für den Betrieb des Kleingüterverkehrs (Bahnexpress) und des Warendispositionssystems (WADIS) bestimmt. Außerdem sind hier drei Programmieranlagen für Kassenterminals und den Bahnexpressverkehr, eine Disketten- und eine Kassetten-Konvertierstation sowie zwei Erfassungssysteme enthalten.
- 38) Die zentrale Datenverarbeitungsanlage in Wien ist für universelle Anwendungen in den Unternehmensbereichen Transport, Technik und Verwaltung der ÖBB bestimmt und wird jeweils entsprechend ausgebaut.
- 39) Eine Textverarbeitungsanlage und eine Datenverarbeitungsanlage für Entscheidungsdokumentation.
- 40) Die Anlage ist für Zwecke des zentralen Versand- und Adresswesens des Generalsekretariats des österreichischen Bundestheaterverbandes bestimmt.
- 41) Die Anlage ist für spezielle Zwecke des Kartenvertriebes der Bundestheater bestimmt.
- 42) Die Anlagen sind für die Finanzbuchführung und für die Bürokommunikation im Gesamtbereich der Post- und Telegraphenverwaltung sowie für den Einsatz bei Stellen des Postautodienstes bestimmt.
- 43) Büroautomationssystem.

Erläuterungen
zum Plan für Datenverarbeitungsanlagen für das Jahr 1989

Die der Veranschlagung zugrunde gelegte Anzahl der Datenverarbeitungsanlagen in den in den Jahren 1972 bis 1978 erstellten Systemisierungsplänen der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes zeigt die folgende Übersicht:

	Type A (Kleinanlagen)		Type B (Mittel- und Großanlagen)		Type C (Sonderanlagen)		Daten- verarbeitungs- anlagen
	bundes- eigene	gemie- tete	bundes- eigene	gemie- tete	bundes- eigene	gemie- tete	Summe
1972	8	-	8	8	2	15	41
1973	18	1	10	8	4	19	60
1974	23	-	12	7	4	21	67
1975	26	6	12	9	4	19	76
1976	39	6	13	12	4	20	94
1977	31	16	26	12	4	17	106
1978	47	21	33	14	7	15	137

Durch die technische Entwicklung wurde eine Neugestaltung des Systemisierungsplanes ab dem BVA 1979 notwendig, die neben der Schaffung der Type D (Sonderanlagen) zum Teil eine geänderte Zuordnung von Datenverarbeitungsanlagen zu den einzelnen Typen erforderte. Darüber hinaus sind Kleinanlagen, deren Wert gem. P. 1 Abs. 3 des I. Abschnittes: Allgemeiner Teil unter 300 000 S liegt, nicht mehr aufnahmepflichtig. Dadurch ergibt sich ab dem Jahr 1979 eine eingeschränkte Vergleichbarkeit mit den in den Jahren 1972 bis 1978 der Systemisierung zugrunde gelegten Datenverarbeitungsanlagen.

Die teilweise unterschiedliche Systemisierung der Anlagen in den Jahren 1978 bzw. 1979 kann aus der Übersicht auf den Seiten IX-XI des Systemisierungsplanes der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes für das Jahr 1979 ersehen werden.

	Type A (Kleinanlagen)		Type B (Mittelanlagen)		Type C (Großanlagen)		Type D (Sonderanlagen)		Daten- verarbeitungs- anlagen
	bundes- eigene	angemie- tete	bundes- eigene	angemie- tete	bundes- eigene	angemie- tete	bundes- eigene	angemie- tete	Summe
1979	45	30	38	11	6	8	1	3	142
1980	60	22	55	9	6	8	3	2	165
1981	71	62	63	10	6	7	5	2	226
1982	91	52	90	12	8	8	5	2	268
1983	90	58	95	10	14	7	6	2	282
1984	125	54	113	6	18	6	6	2	330
1985	176	33	117	7	20	6	8	2	369
1986	205	32	127	4	22	8	5	2	405
1987	243	32	149	9	26	7	6	3	475
1988	287	20	157	7	44	6	6	3	530
1989	308	15	189	8	54	6	5	3	588

EDVA laut Plan für Datenverarbeitungsanlagen 1989 und 1988

Oberstes Organ des Bundes	Bundesdienststelle	Anzahl der Anlagen	
		laut Plan für Daten- verarbei- tungs- anlagen 1989	laut Plan für Daten- verarbei- tungs- anlagen 1988
Präsidenschaftskanzlei	Präsidenschaftskanzlei	1	-
Bundesgesetzgebung	Parlamentsdirektion	2	1
Verfassungsgerichtshof	Verfassungsgerichtshof	1	1
Verwaltungsgerichtshof	Verwaltungsgerichtshof	1	1
Volksanwaltschaft	Volksanwaltschaft	2	2
Rechnungshof	Rechnungshof	1	1
Bundeskanzleramt	Zentralleitung	8	6
	Österreichisches Statistisches Zentralamt	3	3
Bundesministerium für Inneres	Zentralleitung		
	EDV-Zentrale	3	3
	Abt. II/11	1	1
	Sicherheitsdirektion für Salzburg	1	1
	Bundespolizeidirektion Wien	1	1
	Sicherheitsdirektion für Kärnten	1	1
Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport	Zentralleitung:		
	Präsidium	1	1
	Sektion III	1	1
	Österr. Schulrechenzentrum	1	1
	Lehrerpersonalgruppe Concordiaplatz	1	1
	Schulaufsichtsbehörden:		
	Landesschulrat für Burgenland	1	1
	Landesschulrat für Kärnten	1	1
	Landesschulrat für Niederösterreich	1	1
	Landesschulrat für Oberösterreich	1	1
	Landesschulrat für Salzburg	1	1
	Landesschulrat für Steiermark	1	1
	Landesschulrat für Tirol	1	1
	Landesschulrat für Vorarlberg	1	1
	Stadtschulrat für Wien	2	2
	Technische und gewerbliche Lehranstalten:		
	Höhere technische Bundeslehranstalt Eisenstadt	2	1
	Höhere technische Bundeslehranstalt Pinkafeld	1	1
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Klagenfurt	1	1
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Villach	2	1
	Höhere technische Lehranstalt Ferlach	1	1
	Höhere technische Lehranstalt Wolfsberg	1	1
	Höhere technische Bundeslehranstalt Krems	1	-
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Mödling	2	1
	Höhere technische Bundeslehranstalt Wiener Neustadt	2	1
	Höhere technische Bundeslehranstalt St. Pölten	2	1
	Höhere technische Lehranstalt Hollabrunn	1	1
	Höhere technische Lehranstalt Waidhofen/Ybbs	1	1
	Höhere technische Bundeslehranstalt Linz I	1	-
	Höhere technische Bundeslehranstalt Linz II	1	1
	Höhere technische Bundeslehranstalt Braunau/Inn	2	1
	Höhere technische Bundeslehranstalt Wels	1	1
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Vöcklabruck	2	1
	Höhere technische Bundeslehranstalt Leonding	1	-
	Höhere technische Bundeslehranstalt Hallein	1	1
	Höhere technische Bundeslehranstalt Saalfelden	2	1
	Höhere technische Bundeslehranstalt Salzburg	2	1
	Höhere technische Bundeslehranstalt Graz-Ortweinplatz	1	1
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Graz-Gösting	1	-
	Höhere technische Bundeslehranstalt Kapfenberg	1	1
	Höhere technische Bundeslehranstalt Weiz	1	-

EDVA laut Plan für Datenverarbeitungsanlagen 1989 und 1988

Oberstes Organ des Bundes	Bundesdienststelle	Anzahl der Anlagen	
		laut Plan für Daten- verarbei- tungs- anlagen 1989	laut Plan für Daten- verarbei- tungs- anlagen 1988
Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport (Fortsetzung)	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Innsbruck 1	2	1
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Innsbruck 2	2	1
	Höhere technische Bundeslehranstalt Fulpmes	1	1
	Höhere technische Bundeslehranstalt Jenbach	1	1
	Höhere technische Bundeslehranstalt Imst	1	1
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Bregenz	1	1
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Dornbirn	1	1
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Rankweil	2	1
	Höhere technische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Wien I	1	-
	Höhere technische Bundeslehranstalt Wien IV	1	1
	Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Textilindustrie Wien V	2	1
	Höhere technische Bundeslehranstalt Wien X	1	1
	Höhere Graphische Bundeslehr- und Versuchsanstalt Wien XIV	1	1
	Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für chemische Industrie Wien XVII	1	1
	Technologisches Gewerbemuseum Wien XX	3	1
	Höhere technische Bundeslehranstalt Wien XXII	3	1
	Bundeshandelsakademien und Bundeshandelsschulen:		
	Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Baden	1	1
	Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Krems an der Donau	1	1
	Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Wiener Neustadt	1	1
	Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Bruck/Leitha	1	1
	Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Bad Ischl	1	1
	Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Rohrbach	1	1
	Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule I und II Wels	1	1
	Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule I+II Salzburg	1	1
	Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Tamsweg	1	1
	Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Zell/See	1	1
	Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Neumarkt	1	1
	Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Innsbruck	1	1
	Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Wörgl	1	1
	Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Wien X	1	1
Bundesministerium für Wissen- schaft und Forschung	Zentralleitung	3	3
	Universitäten:		
	Interuniversitäres EDV-Zentrum	1	1
	EDV-Zentrum der Technischen Universität Graz, Hybridrechenanlage	1	1
	EDV-Zentrum der Universität Graz	1	1
	EDV-Zentrum der Universität Innsbruck	1	1
	EDV-Zentrum der Universität Klagenfurt	2	1
	EDV-Zentrum der Universität Linz	2	2
	EDV-Zentrum der Universität Salzburg	2	2
	EDV-Zentrum der Technischen Universität Wien	1	1
	Prozeßrechenanlage	1	1
	Hybridrechenanlage	1	1
	Geodäsierrechenanlage	1	1
	Rechenanlage am Atominstitut	1	1
	Hochschulverwaltung	1	1
	EDV-Zentrum der Universität für Bodenkultur Wien	1	1
	EDV-Zentrum der Universität Wien	1	1
	Rechenanlage am Institut für medizinische Computerwissenschaften	1	1
	Prozeßrechenanlage der Physikalischen Institute	1	1
	Rechenanlage am Institut für Neuropharmakologie	1	1
	Rechenanlage am Institut für Pharmakologie	1	1
	Rechenanlage am Institut für Anorganische Chemie	1	1
	Rechenanlage am Institut für Mineralogie und Kristallographie	1	1

EDVA laut Plan für Datenverarbeitungsanlagen 1989 und 1988

Oberstes Organ des Bundes	Bundesdienststelle	Anzahl der Anlagen	
		laut Plan für Daten- verarbei- tungs- anlagen 1989	laut Plan für Daten- verarbei- tungs- anlagen 1988
Bundesministerium für Wissen- schaft und Forschung (Fort- setzung)	Rechenanlage am Institut für gerichtliche Medizin	1	1
	Rechenanlage des Instituts für Astronomie und des Leopold-Figl- Observatoriums	1	1
	Textverarbeitungssystem im Juridicum der Universität Wien	1	1
	EDV-Zentrum der Veterinärmedizinischen Universität Wien	1	1
	EDV-Zentrum der Wirtschaftsuniversität Wien	2	2
	Bibliotheken:		
	Wissenschaftliches Bibliothekswesen	2	2
	Rechenanlage der Universitätsbibliothek der Universität Graz	1	1
	Rechenanlage der Universitätsbibliothek der Universität Linz	1	1
	Rechenanlage der Universitätsbibliothek der Universität Salzburg	1	1
	Rechenanlage der Universitätsbibliothek der Technischen Universität Wien	1	1
	Rechenanlage der Universitätsbibliothek der Universität Wien	1	1
	Rechenanlage der Universitätsbibliothek der Wirtschaftsuniversität Wien	1	1
	Rechenanlage der Universitätsbibliothek der Universität Innsbruck	1	1
	Rechenanlage der Universitätsbibliothek der Technischen Universität Graz	1	-
	Wissenschaftliche Anstalten:		
	Rechenanlage der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik	3	3
	Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal	1	1
Bundesministerium für Arbeit und Soziales	Zentralleitung	3	3
Bundeskanzleramt - Gesundheit	Zentralleitung	5	4
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung Wien	5	5
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung Linz	1	1
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung Innsbruck	1	1
	Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung Graz	1	1
	Bundesstaatliche bakteriologisch-serologische Untersuchungs- anstalt Linz	1	1
	Bundesstaatliche bakteriologisch-serologische Untersuchungs- anstalt Klagenfurt	1	1
	Bundesanstalt für veterinärmedizinische Untersuchungen in Innsbruck	1	1
Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie	Zentralleitung	1	1
	Umweltbundesamt	2	2
Bundesministerium für Auswä- rtige Angelegenheiten	Vertretungsbehörden	6	6
	Diplomatische Akademie	1	-
Bundesministerium für, Justiz	Zentralleitung	1	1
	Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur	2	2
	Landesgericht für Strafsachen Wien und Staatsanwaltschaft Wien	2	2
	Arbeits- und Sozialgericht Wien	1	1
	Handelsgericht Wien	1	1
	Landesgericht für Zivilrechtssachen Wien	1	1
	Landesgerichtliches Gefangenhaus I Wien	1	1
	Justizanstalt Göllersdorf	1	1
Bundesministerium für Landesverteidigung	Zentralleitung	38	36
	Heer und Heeresverwaltung, Heeres-Datenverarbeitungsamt und son- stige nachgeordnete Dienststellen	72	56
	Heeres-, Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig	1	1

EDVA laut Plan für Datenverarbeitungsanlagen 1989 und 1988

Oberstes Organ des Bundes	Bundesdienststelle	Anzahl der Anlagen	
		laut Plan für Daten- verarbei- tungs- anlagen 1989	laut Plan für Daten- verarbei- tungs- anlagen 1988
Bundesministerium für Finanzen	Zentralleitung	4	4
	Bundesrechenamt	29	15
	Finanzlandesdirektion für Wien, NÖ u. Bgld.	14	14
	Finanzlandesdirektion für Kärnten	5	5
	Finanzlandesdirektion für Oberösterreich	6	6
	Finanzlandesdirektion für Salzburg	6	6
	Finanzlandesdirektion für Steiermark	8	8
	Finanzlandesdirektion für Tirol	5	5
	Finanzlandesdirektion für Vorarlberg	3	3
	Sonstige Dienststellen	11	11
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft	Zentralleitung	3	2
	Bundesanstalten für pflanzliche Produktion	5	4
	Forstliche Bundesversuchsanstalt	4	4
	Bundesanstalt für Agrarwirtschaft	1	1
	Bundesanstalten für Milchwirtschaft	2	2
	Wasserwirtschaftliche Bundesanstalten	1	1
	Bundesanstalt für Landtechnik	1	1
	Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst	7	7
	Bundesgärten	1	1
	Bundesgestüt Piber - Spanische Reitschule	1	1
Bundesministerium für wirt- schaftliche Angelegen- heiten	Zentralleitung	7	7
	Österreichisches Patentamt	1	1
	Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen	1	1
Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr	Zentralleitung	1	1
	Bundesamt für Zivilluftfahrt (Wetterfernmeldezentrale)	2	2
	Bundesamt für Zivilluftfahrt (Flugfernmeldezentrale)	2	2
	Bundesamt für Zivilluftfahrt (Flugverkehrskontrollzentrale)	3	3
	Bundesamt für Zivilluftfahrt (MEDAS' System)	2	2
	Bundesamt für Zivilluftfahrt	2	2
Bundestheater	Bundestheater	2	2
Branntwein (Monopol)	Branntwein (Monopol)	1	-
Österreichische Bundesforste	Österreichische Bundesforste	1	1
Post- und Telegraphenverwal- tung	Post- und Telegraphenverwaltung	50	44
Österreichische Bundesbahnen	Österreichische Bundesbahnen	87	101
	Gesamtsumme	588	530

Arbeitsbehelf

zum

Bundesfinanzgesetz

1989

I. Teil
(Allgemeine und Kapitel-Erläuterungen)



Wien 1988
Österreichische Staatsdruckerei

Inhalt

I. TEIL

Seite

Abschnitt A. Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlags 1989 sowie Vergleiche mit den Voranschlags/Gebarungsziffern der Jahre 1988 und 1987:

Gesamtgebarung und Aufgabenstellung	7— 9
Grundsätzliche Ausführungen zu den Kapiteln 01 bis 79	10
Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei	11
Kapitel 02: Bundesgesetzgebung	12— 14
Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof	15
Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof	16
Kapitel 05: Volksanwaltschaft	17
Kapitel 06: Rechnungshof	18
Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen	19— 22
Kapitel 11: Inneres	23— 30
Kapitel 12: Unterricht und Sport	31— 52
Kapitel 13: Kunst	53— 58
Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung	59— 75
Kapitel 15: Soziales	76— 91
Kapitel 16: Sozialversicherung	92—112
Statistische Daten zur Pensionsversicherung	101—112
Kapitel 17: Bundeskanzleramt — Gesundheit	113—124
Kapitel 18: Umwelt, Jugend, Familie	125—132
Kapitel 20: Äußeres	133—137
Kapitel 30: Justiz	138—142
Kapitel 40: Militärische Angelegenheiten	143—149
Kapitel 50: Finanzverwaltung	150—164
Kapitel 51: Kassenverwaltung	165—170
Kapitel 52: Öffentliche Abgaben (Gesetzliche Grundlagen, Bemessungsbasis, Verfahrensvorschriften u. ä.)	171—195
Übersicht über die im Budget 1989 veranschlagten Ertragsanteile	187—190
Entwicklung der öffentlichen Abgaben des Bundes (1979 bis 1989)	191—193
Kapitel 53: Finanzausgleich	196—202
Kapitel 54: Bundesvermögen	203—220
Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung) (Allgemeines)	221—224
Anzahl der Pensions- und Provisionsparteien (1983 bis 1987 und 1989)	224
Kapitel 59: Finanzschuld	225—228
Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft (Allgemeines)	229—252
Grüner Plan	234—240
Marktordnungspolitische Maßnahmen	240—242
Kapitel 63: Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	253—259
Kapitel 64: Bauten und Technik	260—271
Kapitel 65: Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	272—281
Kapitel 71: Bundestheater	282—283
Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol)	284—285

Kapitel 75: Branntwein (Monopol)	286—287
Kapitel 77: Österreichische Bundesforste	288—290
Kapitel 78: Post- und Telegraphenverwaltung	291—300
Kapitel 79: Österreichische Bundesbahnen	301—307

Abschnitt B. Sonstiges (Punkt I bis V)

I. Hauptüberblick über den Bundesvoranschlag 1989:

Inlandwirksame Gebarung (1987 bis 1989)	309—313
Gebarungsunterschiede (1989 gegenüber 1988)	314—318
Konjunkturausgleich-Voranschlag für das Jahr 1989	318
Erfolgswirksame und bestandswirksame Ausgaben/Einnahmen (1989)	318
Personalstand und Personalausgaben	319—323
Starrheit des Bundeshaushaltes (1987 bis 1989)	323
Investitionen und Investitionsförderung (1987 bis 1989)	324—327
Finanzwirtschaftliche und funktionelle Gliederung (1987 bis 1989)	327—328
Bereinigte Budgetgebarung (1987 bis 1989)	329—331
Vermögens- und Schuldenrechnung des Bundes	332—333
Außerbudgetäre Sonderfinanzierungen des Bundes	334—338

II. Der Bundeshaushalt im Rahmen der öffentlichen Haushalte und der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung:

Gesamtgebarung der öffentlichen Haushalte (1980 bis 1989)	339—340
Finanzbedarf der öffentlichen Körperschaften und des Bundes (1980 bis 1987)	340—341
Steuereinnahmen des öffentlichen Sektors (1980 bis 1989)	341—343
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 1954—1986	343
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen (1980 bis 1989)	343—345
Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung (1980 bis 1989)	345—347
Öffentliche Vermögensrechnung (1980 bis 1989)	347
Brutto-Anlageinvestitionen (1980 bis 1989)	348
Öffentliches Sparen (1980 bis 1987)	348

III. Bundesgebarung der Vor- und Nachjahre:

Gebarung 1945 bis 1986	349—355
Erfolg 1987	356—364
Voranschlag 1988	364—366
Budgetvorschauen bzw. -prognosen	366—368

IV. Bundeshaushaltsrecht; Erstellung, Genehmigung und Veröffentlichung des Bundeshaushaltes:

Bundesfinanzgesetz	369
Bundesrechnungsabschluß	369
Vorschriften für die Haushaltsführung	369

V. Gliederung des Bundesvoranschlages:

Wirksame und unwirksame Gebarung, Haushaltsgebarung	370—371
Gliederung des Bundesvoranschlages	371—372
Schema des dekadisch numerierten Ansatzplanes	372—373
Finanzwirtschaftliche Gliederungselemente (Gebarungsgruppen)	373—375
Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche)	375—379

	Seite
Kontenplan für die Bundesverwaltung	379—380
Aufgliederung nach Kriterien der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	380—384
Betriebsähnliche Einrichtungen (Verwaltungszweige u. ä.)	384
Mehrjährige Vorhaben	385
Zweckgebundene Einnahmen	385
Wirtschaftsführung der Bundesbetriebe	385—386
Allgemeines (Bruttoprinzip, Vergleichsziffern, Teilhefte, Auslandszahlungsverkehr)	386—390

A. Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages 1989 sowie Vergleiche mit den Voranschlags/Gebarungsziffern der Jahre 1988 und 1987

Dem Bundesfinanzgesetz ist als **Anlage I** der **Bundesvoranschlagsentwurf** für das Jahr 1989 angeschlossen. Dieser enthält unter Bedachtnahme auf § 16 BHG sämtliche im Finanzjahr 1989 zu erwartende Einnahmen und voraussichtlich zu leistende Ausgaben des Bundes und zeigt nachstehende Schlußziffern, die gegenüber dem Bundesvoranschlag 1988 bzw. dem derzeit erwarteten Gebarungserfolg folgendes Vergleichsbild ergeben:

	Bundesvoranschlag 1989	Bundesvoranschlag 1988	erwarteter Gebarungserfolg 1988	Unterschied BVA 1989 gegenüber dem erwarteten Gebarungserfolg 1988	
	in Millionen Schilling			in vH	
Allgemeiner Haushalt:					
Ausgaben	528 552	517 583	521 639	+ 6 913	+ 1,3
Einnahmen	462 594	446 484	453 414	+ 9 180	+ 2,0
Abgang ...	65 958	71 099	68 225	- 2 267	- 3,3
Ausgleichshaushalt:					
Ausgaben	70 226	76 099	51 318	.	.
Einnahmen	136 184	147 198	119 543	.	.
Überschuß ...	65 958	71 099	68 225	.	.
Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Mrd. S	1 634,4 *)	1 541,4 **)	1 559,3 *)	.	.
Abgang des allgemeinen Haushaltes in vH des BIP	4,0	4,6	4,4	.	.

Es ist unbestritten, daß der Bundeshaushalt wesentliche Auswirkungen auf Beschäftigung, Währung, Wachstum und Einkommensverteilung der österreichischen Volkswirtschaft hat.

Die Budgets der Rezessionsjahre in der Mitte der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre waren bewußt auf Nachfragebelebung und auf Arbeitsplatzsicherung ausgerichtet und führten zu einer kräftigen Ausweitung der Budgetdefizite und damit zur Erhöhung der Finanzschuld des Bundes.

Da die Ausgaben längerfristig die Tendenz haben, deutlich rascher zu wachsen als die Gesamtwirtschaft, hinken die Einnahmen hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nach. Dieser Entwicklung, die zu einer volkswirtschaftlich bedenklichen Verschuldung des Bundes führen würde, muß gegengesteuert werden.

Die Bundesregierung hat daher die Konsolidierung des Bundeshaushaltes zu einem vorrangigen Anliegen der laufenden Legislaturperiode gemacht. Sie hat es sich zum Ziel gesetzt, das Verhältnis „Nettodefizit in Prozent des Bruttoinlandsproduktes“ von 5,1 vH des Jahres 1986 bis zum Jahr 1991 auf unter 3 vH und bis 1992 auf 2,5 vH zu senken.

Mit der Erstellung des endgültigen Bundesvoranschlages für das Jahr 1987 wurde ein erster Schritt in diese Richtung getan.

Der Nettogebarungsabgang des Jahres 1987 beträgt nach dem Bundesrechnungsabschluß für das Jahr 1987 4,7 vH und liegt demnach um 0,2 Prozentpunkte unter dem bei Budgeterstellung 1987 mit 4,9 vH begrenzten Wert.

Im Bundesvoranschlag 1988 wurde der Abgang des allgemeinen Haushaltes mit 4,6 vH des Bruttoinlandsproduktes festgelegt. Nach derzeitiger Einschätzung wird er voraussichtlich 4,4 vH betragen und damit ebenfalls unter dem bei Budgeterstellung angenommenen Wert liegen.

*) Prognose des WIFO vom September 1988.

**) Prognose des WIFO vom September 1987.

In den Jahren 1987 und 1988 wurde bzw. wird daher das jeweils angestrebte Konsolidierungsziel erreicht, 1987 sogar unterschritten.

Die Budgetkonsolidierung wird daran gemessen, in welchem Verhältnis die Budgetgrößen — Ausgaben, Einnahmen, Saldo — zur gesamten Leistungsfähigkeit einer Wirtschaft stehen.

Der **Bundesvoranschlag 1989** wurde unter nachstehenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erstellt:

Die Auftriebskräfte sind international und national wesentlich kräftiger, als noch vor kurzem angenommen worden war. Damit sind die Befürchtungen nicht eingetreten, daß die Krise der Finanzmärkte zu einer deutlichen Abschwächung auch der realwirtschaftlichen Entwicklung führen würde. Während im Winterhalbjahr die Belebung noch weitgehend aus Witterungseinflüssen erklärt werden kann, scheint die Aufwärtsbewegung seither vor allem aus einer verzögerten Verausgabung der Kaufkraftgewinne im Zuge der Ölpreisverbilligung zu resultieren. Daneben hat die Wirtschaftspolitik in den großen Industriestaaten unterstützend gewirkt. Aufgrund der steigenden Erwerbsbeteiligung reicht das Wachstumstempo allerdings nicht aus, den hohen Sockel an Arbeitslosigkeit wesentlich abzubauen. Die Inflationsrate hat sich etwas beschleunigt, bleibt aber niedrig.

Die heimische Wirtschaft konnte die vom Außensektor ausgehenden Impulse voll nutzen. Daneben sind derzeit binnenwirtschaftliche Sonderfaktoren wirksam. So ist der Verzögerungseffekt bei der Verausgabung der Kaufkraftgewinne aus der Ölpreisverbilligung in Österreich besonders ausgeprägt. Weiters wird die Steuerreform 1989 die Masseneinkommen um fast 2 vH anheben. Damit sind auch vom privaten Konsum kräftige konjunkturelle Impulse zu erwarten. Bei den Investitionen dürften Vorzieheffekte im Zusammenhang mit der Steuerreform dämpfend wirken. Insgesamt wird derzeit für 1989 ein leichter Rückgang des Wachstumstempos erwartet. Es sollte allerdings ausreichen, um den heuer erreichten Rückgang der Arbeitslosigkeit zu stabilisieren. Die Preisentwicklung dürfte sich analog zur ausländischen Entwicklung etwas beschleunigen.

Im einzelnen liegen dem Bundesvoranschlag 1989 folgende gesamtwirtschaftliche Eckdaten zugrunde: Zunahme des Bruttoinlandsproduktes um 2,5 vH real und 4,8 vH nominell; Anstieg der Verbraucherpreise um 2,7 vH; Zunahme der unselbständig Beschäftigten um 0,5 vH und Verharren der Arbeitslosenrate auf 5,4 vH.

Wenn auch die wirtschaftlichen Eckdaten die Einnahmenentwicklung günstig erscheinen lassen, muß in Rechnung gestellt werden, daß die mit 1. 1. 1989 wirksam werdende Steuerreform Einnahmenschmälerungen bei den öffentlichen Abgaben nach sich ziehen wird. Insgesamt wird die Steuerreform im Jahre 1989 — gegenüber einem unveränderten Steuersystem — etwa 10 Milliarden Schilling Steuerausfall bewirken, wovon der Bund einschließlich des ebenfalls mit 1. 1. 1989 wirksam werdenden Finanzausgleichs etwas mehr als die Hälfte zu tragen hat. Durch Privatisierungen — insbesondere durch Veräußerung des Hauptmünzamtes an die Oesterreichische Nationalbank — werden dem Bundeshaushalt einmalig wirksam werdende zusätzliche Mittel zugeführt.

Die im allgemeinen Haushalt veranschlagten Einnahmen liegen um 2,0 vH über dem voraussichtlichen Erfolg des Jahres 1988 und damit unter der nominellen Wachstumsrate.

Im Zuge der Budgetkonsolidierung war auch für 1989 — trotz der günstigeren gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen — eine restriktivere Gestaltung einzelner Ausgabenpositionen erforderlich.

So wurde der Stellenplan des Bundes — nach einer Verminderung um 2 742 Planstellen im Jahre 1988 gegenüber 1987 — im Jahre 1989 um weitere 978 Planstellen gegenüber dem Stellenplan 1988 verringert. Wegen der im Jahre 1989 sich ganzjährig auswirkenden Gehaltsregulierung des Jahres 1988 wird — trotz der genannten Planstellenverringerung und Kürzung der Ausgaben für Mehrleistungsvergütungen gegenüber 1988 — der Aktivitätsaufwand um 1 713 Millionen Schilling, der Pensionsaufwand um 2 658 Millionen Schilling gegenüber 1988 ansteigen. Unberücksichtigt blieben die Auswirkungen einer noch in Verhandlung stehenden Bezugsregulierung für den öffentlichen Dienst.

Um einen ordnungsgemäßen Betrieb der öffentlichen Verwaltung zu gewährleisten, mußten im Ermessensbereich die Ausgaben für Aufwendungen um rund 1 663 Millionen Schilling angehoben werden.

Demgegenüber konnten die Ausgaben für Anlagen um rund 1 098 Millionen Schilling und jene für Förderungen um rund 1 187 Millionen Schilling unter jene des Bundesvoranschlages 1988 abgesenkt werden.

Durch Umschichtungen von Mitteln der Arbeitsmarktverwaltung konnte insbesondere die Dynamik des Anstieges der Bundeszuschüsse zur Pensionsversicherung abgeschwächt werden.

Verglichen mit dem voraussichtlichen Erfolg 1988 liegt die Ausgabensteigerung des allgemeinen Haushaltes mit 1,3 vH sehr deutlich unter der nominellen Wachstumsrate; damit wird der Tendenz, daß die Ausgaben wesentlich rascher wachsen als die Gesamtwirtschaft, erfolgreich entgegengewirkt.

Als Ergebnis dieser allgemein äußerst sparsamen Budgeterstellung wird das Nettodefizit rund 66 Milliarden Schilling oder 4,0 vH des BIP betragen und das für 1989 gesteckte Konsolidierungsziel erreicht.

Diese Konsolidierungspolitik führt zu einer geringeren Nettoneuverschuldung und erfordert im Zusammenhalt mit Maßnahmen des Debt-Managements künftig eine geringere Vorsorge für die Bedienung der Finanzschulden.

Um im Jahre 1989 bei Bedarf konjunkturbelebende Maßnahmen setzen zu können, ist dem Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1989 ein **Konjunkturausgleich-Voranschlag** (Anlage II) mit einer Stabilisierungs- und einer Konjunkturbelebungsquote in Höhe von insgesamt rund 4,4 Milliarden Schilling angeschlossen.

Grundsätzliche Ausführungen zu den Kapiteln 01 bis 79:

1. Gesetzliche Grundlagen

Zur Darstellung gelangt das Grundgesetz in der zuletzt gültigen Fassung.

2. Personalausgaben

Die Steigerung der Personalausgaben gegenüber 1987 und 1988 ist — wenn nicht bei den Erläuterungen zu den einzelnen Kapiteln zusätzliche Begründungen angeführt werden — vor allem auf die Bezugserhöhung mit Wirkung 1. Juli 1988 zurückzuführen, da für eine Bezugserhöhung im BVA 1988 keine Vorsorge getroffen wurde. Ebenso wurde für eine Bezugserhöhung im Jahre 1989 nicht vorgesorgt.

3. Eignungsausbildung

Für Personen, die eine Anstellung im Bundesdienst im Gehobenen oder im Mittleren Dienst anstreben, besteht seit 1. August 1986 ein Praktikum für die Eignung im Bundesdienst, die sogenannte Eignungsausbildung. Sie wurde durch die 37. VB-G-Novelle, BGBl. Nr. 388/1986, geschaffen. Durch die 39. VB-G-Novelle, BGBl. Nr. 289/1988, wurde die Ausbildungszeit von neun auf zwölf Monate verlängert.

Die Eignungsausbildung steht nur österreichischen Staatsbürgern offen. Durch die Teilnahme an der Eignungsausbildung wird kein Dienstverhältnis begründet; bei einem entsprechenden Arbeitserfolg ist eine anschließende Aufnahme in ein Bundesdienstverhältnis möglich. Die Anzahl der jährlich für die Eignungsausbildung zuzulassenden Teilnehmer hat jeder Bundesminister für sein Ressort im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler und dem Bundesminister für Finanzen im voraus festzusetzen.

Für die Dauer der Teilnahme an der Eignungsausbildung gebührt ein Ausbildungsbeitrag, der etwa die Hälfte des Anfangsentgeltes für Vertragsbedienstete der Entlohnungsgruppen b und d ausmacht. Dieser Ausbildungsbeitrag wird bei den Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) veranschlagt.

4. Bezugsvorschüsse

Gemäß § 23 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 342/1988, und § 25 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 342/1988, kann Bundesbediensteten, die unverschuldet in eine Notlage geraten sind oder wenn sonst berücksichtigungswürdige Gründe vorliegen, auf Antrag ein unverzinslicher Vorschuß aus Bundesmitteln bewilligt werden.

5. Bundesrechnungsabschluß bzw. Bundesvoranschlag

Die Zahlen des Jahres 1987 stellen den Bundesrechnungsabschluß, jene der Jahre 1988 und 1989 den Bundesvoranschlag dar.

Unter dem Hinweis „Veranschlagte Ausgaben“ und „Einnahmen“ werden die Beträge des Bundesvoranschlages 1989 verstanden.

6. Fußnoten

Die Fußnoten zu den einzelnen Kapiteln bzw. Abschnitten befinden sich am Ende derselben, ausgenommen davon sind die Fußnoten zu Übersichten.

7. Rundungsdifferenzen

Bei Betragsangaben wurde einheitlich mathematisch bis einschließlich 4 ab- und ab 5 aufgerundet. Es kann daher bei Summen- bzw. Saldenbildungen zu Rundungsdifferenzen kommen.

Kapitel 01

11

Kapitel 01 Präsidentschaftskanzlei**Aufgaben**

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Herrn Bundespräsidenten, der im Artikel 65 des Bundes-Verfassungsgesetzes vom 1. Oktober 1920, StGBI. Nr. 450 in der Fassung von 1929, BGBl. Nr. 1/1930, zuletzt geändert durch das Bundes-Verfassungsgesetz vom 15. Mai 1987, BGBl. Nr. 285, geregelt ist.

Die Präsidentschaftskanzlei führt auch die Agenden der Ehrenzeichenkanzlei.

Die Schaffung des Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich wurde mit Bundesgesetz vom 2. April 1952, BGBl. Nr. 89, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz vom 26. Juni 1969, BGBl. Nr. 242, geregelt.

Das Statut für das Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich enthält die Verordnung der Bundesregierung vom 13. Mai 1953, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch die Verordnung der Bundesregierung vom 18. Juni 1957, BGBl. Nr. 188.

Die Schaffung eines Österreichischen Ehrenzeichens für Wissenschaft und Kunst und eines Ehrenkreuzes für Wissenschaft und Kunst wurde mit Bundesgesetz vom 25. Mai 1955, BGBl. Nr. 96, geregelt.

Das Statut für das Österreichische Ehrenzeichen für Wissenschaft und Kunst und das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst enthält die Verordnung des Bundesministeriums für Unterricht vom 10. August 1956, BGBl. Nr. 180.

Das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs wurde mit Bundesgesetz vom 27. Jänner 1976, BGBl. Nr. 79, geschaffen. Das Statut des Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs wurde mit Verordnung der Bundesregierung vom 21. April 1976, BGBl. Nr. 193, zuletzt geändert durch die Verordnung vom 31. August 1976, BGBl. Nr. 503, geregelt.

Für Orden und Ehrenzeichen sind im Bundesvoranschlag 1989 beim Voranschlagsansatz 1/01008 „Aufwendungen“ 2,000 Millionen Schilling vorgesehen.

Bezüge des Herrn Bundespräsidenten

Die Bezüge des Herrn Bundespräsidenten sind im Bundesgesetz vom 9. Juli 1972, BGBl. Nr. 273, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz vom 26. Mai 1988, BGBl. Nr. 288, geregelt und werden beim Voranschlagsansatz 1/01007 „Aufwendungen“ (Gesetzl. Verpflichtungen)“ verrechnet.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	22,1	20,1	42,2	0,9
1988	21,9	18,6	40,5	1,0
1989	25,3	21,8	47,1	1,0

Unterschiede gegen Vorjahre**Personalausgaben**

Die Steigerung bei den Personalausgaben ist vor allem auf eine Planstellenvermehrung und auf vermehrte Nebenkosten im Zusammenhang mit repräsentativen Veranstaltungen zurückzuführen.

Sachausgaben

Das Mehrerfordernis ist vor allem auf den notwendigen Ankauf einer Datenverarbeitungsanlage zur automationsunterstützten Erledigung von Verwaltungsaufgaben innerhalb der Präsidentschaftskanzlei, aber auch auf vermehrte Aufwendungen für Modernisierung der Infrastruktur und für repräsentative Veranstaltungen sowie damit verbundener Nebenkosten zurückzuführen.

Kapitel 02 Bundesgesetzgebung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus den Aufgaben der Gesetzgebungsorgane des Bundes, insbesondere gemäß den Artikeln 24, 51 und 52 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 sowie aus den Aufgaben der zur Besorgung der parlamentarischen Hilfsdienste und der Verwaltungsangelegenheiten im Bereich der Organe der Gesetzgebung des Bundes berufenen Parlamentsdirektion gemäß Artikel 30 Bundes-Verfassungsgesetz, ferner aus den Bestimmungen des Geschäftsordnungsgesetzes 1975, BGBl. Nr. 410, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 353/1986, der Geschäftsordnung des Bundesrates, BGBl. Nr. 361/1988, des Bezügegesetzes, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 288/1988, und des Klubfinanzierungsgesetzes 1985, BGBl. Nr. 156, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 134/1987.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe Millionen Schilling	Ein- nahmen
1987	71,5	580,6	652,1	26,9
1988	82,0	639,5	721,5	23,8
1989	84,3	637,3	721,6	24,2

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 021 Nationalrat

Gesetzliche Grundlagen

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929;

Geschäftsordnungsgesetz 1975, BGBl. Nr. 410/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 353/1986;

Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 288/1988.

Aufgaben

Der Nationalrat übt gemeinsam mit dem Bundesrat die Gesetzgebung des Bundes aus. Außerdem ist er zur Mitwirkung beim Abschluß von Staatsverträgen, sofern sie politischen oder gesetzändernden Inhaltes sind, berufen und hat das Interpellations-, Resolutions- und Enqueterecht. Ferner bedarf die Festsetzung von Eisenbahntarifen, Post- und Fernmeldegebühren und Preisen der Monopolgegenstände sowie von Bezügen der in Betrieben des Bundes ständig beschäftigten Personen der Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates.

Schließlich bedürfen bestimmte Verordnungen der Bundesregierung oder eines Bundesministers, bei denen dies bundesgesetzlich festgesetzt wird, des Einvernehmens mit dem Hauptausschuß des Nationalrates. Hinsichtlich der finanziellen Gebarung des Bundes obliegt dem Nationalrat die Genehmigung des Bundesvoranschlages, die Prüfung und Genehmigung des Rechnungsabschlusses, die Genehmigung der Aufnahme oder Konvertierung von Bundesanleihen sowie die Verfügung über Bundesvermögen.

Im Geschäftsordnungsgesetz 1975, BGBl. Nr. 410, ist ferner auch vorgesehen, daß der Hauptausschuß des Nationalrates die Abhaltung einer parlamentarischen Enquete über Angelegenheiten, in denen die Gesetzgebung Bundessache ist, beschließen kann.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1987	363,7	22,0
1988	386,9	19,4
1989	383,0	19,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung der Ausgaben im Jahr 1989 ist im wesentlichen auf Einsparungen bei den gesetzlichen Verpflichtungen infolge einer geringeren Veranschlagung der Vorsorge für ausscheidende Abgeordnete zum Nationalrat aufgrund des Bezügegesetzes zurückzuführen.

Kapitel 02 — Titel 022 und 023

13

Titel 022 Bundesrat**Gesetzliche Grundlagen**

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929;

Geschäftsordnung des Bundesrates, BGBl. Nr. 361/1988;

Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 288/1988.

Aufgaben

Der Bundesrat setzt sich aus den von den einzelnen Landtagen entsendeten Vertretern zusammen und übt gemeinsam mit dem Nationalrat die Bundesgesetzgebung aus. Seine vornehmliche Aufgabe ist hiebei, die Interessen der Länder zu wahren. Der Bundesrat hat das Recht der Gesetzesinitiative, das Recht der Erhebung von Einsprüchen gegen die vom Nationalrat gefaßten Gesetzesbeschlüsse mit Ausnahme der in Artikel 42 Abs. 5 Bundes-Verfassungsgesetz bestimmten Fälle sowie das Interpellations- und Resolutionsrecht. Außerdem kommt dem Bundesrat ebenso wie dem Nationalrat eine Mitwirkung beim Abschluß von Staatsverträgen, sofern sie politischen oder gesetzändernden Inhaltes sind, zu.

Seit 1. Jänner 1985 ist in der Geschäftsordnung des Bundesrates auch vorgesehen, daß dieser die Abhaltung von parlamentarischen Enqueten über Angelegenheiten, die in seine Zuständigkeit fallen, beschließen kann.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1987	65,8	3,4
1988	80,3	3,3
1989	76,4	3,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Diese Ausgaben beinhalten u. a. die Vorsorge für die Folgekosten von Landtagswahlen, welche entsprechend der Anzahl der entsendeten Mitglieder einen mehr oder weniger großen Einfluß auf die budgetären Erfordernisse haben. Dadurch erklärt sich auch die verschieden hohe Veranschlagung im dargestellten Zeitraum.

Titel 023 Gemeinsame Ausgaben für Nationalrat und Bundesrat**Gesetzliche Grundlage**

Klubfinanzierungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 156/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 134/1987.

Aufgaben

Zu den von der Parlamentsdirektion wahrzunehmenden gemeinsamen Hilfsdiensten für Nationalrat und Bundesrat zählen auch die Vollziehung des Klubfinanzierungsgesetzes sowie jene Verwaltungstätigkeiten, welche die Teilnahme österreichischer Mandatäre an internationalen Vereinigungen wie der Interparlamentarischen Union, des Europarates einschließlich dessen Ausschüsse und des EFTA-Parlamentarierkomitees sowie die Betreuung entsprechender Veranstaltungen in Österreich zum Inhalt haben.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1987	65,7	—
1988	67,3	—
1989	68,6	—

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Mehrausgaben gegenüber den Vorjahren sind vor allem auf die Bestimmungen des Klubfinanzierungsgesetzes 1985 zurückzuführen, welches die Höhe der Bezüge im öffentlichen Dienst als Berechnungsgrundlage dieser Ausgaben vorsieht.

Interparlamentarische Union (IPU)

Als Beitrag zur Interparlamentarischen Union, die ihren Sitz in Genf hat und der die Parlamente zahlreicher europäischer und außereuropäischer Staaten angehören, ist bei den gesetzlichen Verpflichtungen ein Beitrag von 320 000 S veranschlagt.

Zur Bestreitung der mit der Teilnahme österreichischer Parlamentarier an den Arbeiten der IPU verbundenen Kosten ist ein Betrag von 2,630 Millionen Schilling vorgesehen.

Veranstaltungen europäischer Parlamentarier

Die Parlamentsdirektion hat ab 1985 die Administration der „Österreichischen parlamentarischen Delegation beim Europarat“ übernommen. Ferner nehmen österreichische Parlamentarier auch an den Sitzungen des EFTA-Parlamentarierkomitees teil.

Zur Bestreitung der hiermit verbundenen Kosten ist ein Betrag von insgesamt 2,175 Millionen Schilling vorgesehen.

Als Beitrag zum Parlamentarischen Rat der Europabewegung ist bei den gesetzlichen Verpflichtungen ein Betrag von 80 000 S veranschlagt.

Titel 024 Parlamentsdirektion**Gesetzliche Grundlagen**

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929;

Geschäftsordnungsgesetz 1975, BGBl. Nr. 410/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 353/1986;

Geschäftsordnung des Bundesrates, BGBl. Nr. 361/1988.

Aufgaben

Die von der Parlamentsdirektion zu besorgenden parlamentarischen Hilfsdienste umfassen insbesondere die Betreuung parlamentarischer Sitzungen bzw. Veranstaltungen, die Drucklegung, die Verteilung und Verwaltung (Archivierung) der parlamentarischen Materialien einschließlich der Stenographischen Protokolle des Nationalrates und des Bundesrates, wissenschaftliche Serviceleistungen sowie schließlich die Bereitstellung der erforderlichen Räume und der entsprechenden Sachausgaben.

Zu den Verwaltungsangelegenheiten, die von der Parlamentsdirektion zu besorgen sind, gehört neben der notwendigen Personalverwaltung insbesondere die Verwaltung der Parlamentsgebäude einschließlich der Wahrnehmung aller damit im Zusammenhang stehender technischer Angelegenheiten.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	71,5	85,3	156,8	1,5
1988	82,0	105,0	187,0	1,1
1989	84,3	109,4	193,7	1,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Ausgaben ist auf die Inangriffnahme des Sonderbauprogrammes zur Schaffung dringend benötigter neuer Räume im Parlamentsgebäude, den Beginn des Aufbaues eines parlamentarischen Informations- und Kommunikationssystems (PARLINKOM), die Auswirkungen der zu erwartenden GOG-Novelle und auf die hierfür erforderliche Personalvermehrung zurückzuführen.

Kapitel 03

15

Kapitel 03 Verfassungsgerichtshof

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Verfassungsgerichtshofes, der durch folgende Bestimmungen geregelt ist:

Art. 126 a, 137 bis 148, 148 e, f und i B-VG, § 10 F-VG, § 10 des Unvereinbarkeitsgesetzes 1983, BGBl. Nr. 330, Art. 58 Abs. 2 und 3 der Vorarlberger Landesverfassung, LGBl. Nr. 30/1984, Verfassungsgerichtshofgesetz, BGBl. Nr. 85/1953, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 297/1984, und Geschäftsordnung des Verfassungsgerichtshofes, BGBl. Nr. 202/1946.

Aufgaben

Der Verfassungsgerichtshof entscheidet im wesentlichen

über vermögensrechtliche Ansprüche an den Bund, die Länder und die Gemeinden, die weder im ordentlichen Rechtsweg auszutragen noch durch Bescheid einer Verwaltungsbehörde zu erledigen sind,

über die Verfassungswidrigkeit von Gesetzen, die Rechtswidrigkeit von Staatsverträgen und über die Gesetzswidrigkeit von Verordnungen,

über die Frage, ob bei der Wiederverlautbarung einer Rechtsvorschrift die Grenzen der erteilten Ermächtigung überschritten wurden,

über Beschwerden gegen letztinstanzliche Bescheide und die Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt, soweit der Beschwerdeführer in einem verfassungsgesetzlich gewährleisteten Recht oder wegen Anwendung genereller Normen in seinen Rechten verletzt zu sein behauptet,

über Wahlanfechtungen und Anträge auf Mandatsverlust,

über Anklagen, mit denen die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit der obersten Bundes- und Landesorgane geltend gemacht wird,

über Kompetenzkonflikte zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden, zwischen Verfassungsgerichtshof und allen anderen Gerichten einschließlich dem Verfassungsgerichtshof selbst, zwischen den ordentlichen Gerichten und anderen Gerichten, zwischen den Ländern untereinander sowie zwischen einem Land und dem Bund,

über einen Antrag der Bundes- oder einer Landesregierung auf Feststellung, ob

- a) ein Akt der Gesetzgebung oder Vollziehung in die Zuständigkeit des Bundes oder der Länder fällt,
- b) eine Vereinbarung im Sinne des Art. 15 a Abs. 1 B-VG vorliegt und ob von einem Land oder dem Bund die aus einer solchen Vereinbarung folgenden Verpflichtungen, soweit es sich nicht um vermögensrechtliche Ansprüche handelt, erfüllt worden sind,

über Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen, die die Zuständigkeit des Rechnungshofes, der Volksanwaltschaft bzw. eines Landesvolksanwaltes regeln, zwischen diesen Organen und der Bundesregierung, einem Bundesminister oder einer Landesregierung.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	15,5	34,0	49,5	0,7
1988	16,3	35,6	51,9	0,9
1989	17,4	33,3	50,7	0,9

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung der Sachausgaben im Jahre 1989 ergibt sich aus einer geringeren Vorsorge für EDV-Ausgaben und für Entschädigungen der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes.

Kapitel 04 Verwaltungsgerichtshof

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Verwaltungsgerichtshofes gemäß den Art. 129 bis 136 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929.

Gesetzliche Grundlagen

Art. 129 bis 136 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929;

Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985, BGBl. Nr. 10/1985;

Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichtshofes, BGBl. Nr. 45/1965;

Verordnung des Bundeskanzlers vom 30. Mai 1985, BGBl. Nr. 243, über die Pauschalierung der Aufwandsätze im Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof.

Aufgaben

Der Verwaltungsgerichtshof ist zur Sicherung der Gesetzmäßigkeit der gesamten öffentlichen Verwaltung berufen. Er erkennt gemäß Art. 130 des B-VG über Beschwerden — mit Ausnahme der in Art. 133 des B-VG angeführten Angelegenheiten —, womit

- a) Rechtswidrigkeit von letztinstanzlichen Bescheiden der Verwaltungsbehörden,
- b) Rechtswidrigkeit der Ausübung unmittelbarer behördlicher Befehls- und Zwangsgewalt gegen eine bestimmte Person oder
- c) Verletzung der Entscheidungspflicht der Verwaltungsbehörden behauptet wird.

Weiters erkennt er über Beschwerden gegen Weisungen gemäß Art. 81 a Abs. 4 B-VG.

Der Vollversammlung des Verwaltungsgerichtshofes obliegen die im § 7 Abs. 2 und im § 10 VwGG genannten Aufgaben.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
		Millionen	Schilling	
1987	68,0	14,6	82,6	4,7
1988	70,1	14,6	84,6	5,1
1989	74,5	15,0	89,6	3,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Personalausgaben im Jahre 1989 rührt vor allem daher, daß die Auswirkungen des Bundesgesetzes vom 20. April 1988, BGBl. Nr. 230, mit dem u. a. das Richterdienstgesetz geändert wurde, zu berücksichtigen sind. Weiters wurde infolge des Ausbaues der EDV-Anlage (Einbeziehung des Evidenzbüros, des Kanzleibetriebes und der Wirtschaftsstelle) Vorsorge für zusätzliche Planstellen getroffen.

Kapitel 05 Volksanwaltschaft

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich der Volksanwaltschaft.

Gesetzliche Grundlagen

Die Tätigkeit der Volksanwaltschaft gründet sich auf das Siebente Hauptstück des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung des Bundesverfassungsgesetzes vom 4. April 1986, BGBl. Nr. 212, sowie das Volksanwaltschaftsgesetz 1982, BGBl. Nr. 433. Die Länder können die Volksanwaltschaft durch Landesverfassungsgesetz auch für den Bereich der Verwaltung des betreffenden Landes für zuständig erklären. Von dieser Möglichkeit haben bisher das Land Salzburg zunächst mit Landesverfassungsgesetz vom 13. Juli 1977, Landesgesetzblatt für das Land Salzburg Nr. 61 und schließlich mit Landesverfassungsgesetz vom 24. Oktober 1979, Landesgesetzblatt für das Land Salzburg Nr. 86/1979, das Land Wien mit Landesverfassungsgesetz vom 17. März 1978, Landesgesetzblatt für Wien Nr. 14/1978, in der Fassung des Landesgesetzblattes für Wien Nr. 11/1987, das Land Steiermark mit Landesverfassungsgesetz vom 7. Dezember 1979, Landesgesetzblatt für Steiermark vom 12. März 1980, Nr. 7/1980 in der Fassung des Landesgesetzblattes für Steiermark Nr. 58/1982, das Land Kärnten mit Landesverfassungsgesetz vom 31. Jänner 1980, Landesgesetzblatt für Kärnten vom 23. April 1980, Nr. 25/1980, das Land Oberösterreich mit Landesverfassungsgesetz vom 6. März 1980, Landesgesetzblatt für Oberösterreich vom 13. Mai 1980, Nr. 28/1980 in der Fassung des Landesgesetzblattes für Oberösterreich Nr. 18/1987, das Land Niederösterreich mit Landesverfassungsgesetz vom 30. Oktober 1980, Landesgesetzblatt für Niederösterreich Nr. 0003-0/1980, und das Land Burgenland mit Verfassungsgesetz vom 9. März 1981, Landesgesetzblatt für das Burgenland Nr. 18/1981 in der Fassung des Landesgesetzblattes für das Burgenland Nr. 42/1981, Gebrauch gemacht.

Aufgaben

Die Aufgaben der Volksanwaltschaft sind im Bundes-Verfassungsgesetz festgelegt.

Die Volksanwaltschaft hat jede Beschwerde wegen behaupteter Mißstände in der Verwaltung des Bundes einschließlich dessen Tätigkeit als Träger von Privatrechten zu prüfen. Sie ist berechtigt,

von ihr vermutete Mißstände in der Verwaltung des Bundes einschließlich dessen Tätigkeit als Träger von Privatrechten von Amts wegen zu prüfen;

den mit den obersten Verwaltungsgeschäften des Bundes betrauten Organen Empfehlungen für die in einem bestimmten Fall oder aus Anlaß eines bestimmten Falles zu treffenden Maßnahmen zu erteilen und

beim Verfassungsgerichtshof die Feststellung der Gesetzwidrigkeit von Verordnungen zu beantragen.

Die Volksanwaltschaft hat dem Nationalrat und jenen Ländern, welche die Volksanwaltschaft für deren Bereich für zuständig erklärt haben, jährlich über ihre Tätigkeit zu berichten.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	14,0	14,8	28,8	0,9
1988	14,4	15,2	29,5	0,8
1989	15,0	17,0	32,0	0,9

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Steigerung bei den Personalausgaben ist vor allem auf die Vermehrung um eine Planstelle zurückzuführen.

Die Erhöhung der Sachausgaben resultiert aus der Vorsorge für eine allfällige Neuwahl der Volksanwälte.

Kapitel 06 Rechnungshof

Allgemeines

Am 23. Dezember 1761 wurde die Hofrechenkammer als unabhängige Stelle für die Kontrolle der staatlichen Finanzverwaltung und die Organisation des staatlichen Rechnungswesens gegründet. Nach mehrmaliger Änderung des Namens, des Aufgabenkreises und der Stellung zu den anderen Verwaltungsbehörden wurde diese Einrichtung erstmalig am 21. November 1866 als Oberster Rechnungshof bezeichnet. Die Umbenennung in Rechnungshof erfolgte am 1. Oktober 1920.

Gesetzliche Grundlagen

Fünftes Hauptstück des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929.

Bundesgesetz vom 16. Juni 1948, BGBl. Nr. 144, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 541/1977.

Die Funktion des Vizepräsidenten des Rechnungshofes wurde mit Bundesverfassungsgesetz BGBl. Nr. 171/1959 geschaffen.

Aufgaben

Dem Rechnungshof obliegt die Kontrolle der Gebarung der gesamten Wirtschaft des Bundes und der Gebarung des selbständigen Wirkungsbereiches der Länder, Gemeindeverbände und Gemeinden (in der Regel jedoch nur solcher mit mindestens 20 000 Einwohnern) sowie der Gebarung der Träger der Sozialversicherung.

Der Rechnungshof hat auch die Gebarung jener Fonds, Stiftungen und Anstalten, die von Organen des Bundes, eines Landes oder einer Gemeinde beziehungsweise durch von diesen bestellte Personen verwaltet werden, sowie die Gebarung aller Unternehmungen, an denen Bund, Länder oder Gemeinden finanziell beteiligt sind, zu überprüfen.

Der Rechnungshof hat alljährlich den Bundesrechnungsabschluß zu verfassen und ihn gemeinsam mit einem Nachweis über den Stand der Bundesschulden dem Nationalrat vorzulegen.

Mit der ständigen Führung des Generalsekretariates der INTOSAI ¹⁾ (Internationale Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden) wurde der österreichische Rechnungshof vom V. Internationalen Kongreß in Jerusalem betraut.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	146,8	35,1	181,9	1,5
1988	150,8	39,3	190,1	1,4
1989	162,1	37,7	199,8	1,2

Unterschied gegen Vorjahre

Das Mehrerfordernis bei den Personalausgaben ist insbesondere durch die Nachbesetzung von Planstellen vorwiegend mit Verwendungsgruppen höherwertigem Personal, sowie durch die Auswirkung der gesetzlich oder im Verordnungswege erfolgten Erhöhung bzw. Anhebung verschiedener Beiträge oder Beitragsgrundlagen (ASVG, B-KUVG, AIVG) bedingt.

Eine, dem Wunsche des Nationalrates entsprechend verstärkte und ausgeweitete Prüfungstätigkeit findet ihren Niederschlag sowohl in den Personalkosten als auch in den — im Rahmen der Sachausgaben — zu veranschlagenden erhöhten Betriebskosten.

Die Verminderung der Sachausgaben im Jahre 1989 ist auf organisatorische und technische Verzögerungen beim hausinternen Büroautomationssystem zurückzuführen.

Bezüge des Präsidenten und Vizepräsidenten

Die Bezüge des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Rechnungshofes sind im Bundesgesetz vom 9. Juli 1972, BGBl. Nr. 273, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 288/1988, geregelt.

¹⁾ INTOSAI = International Organization of Supreme Audit Institutions.

Kapitel 10 — Titel 100

19

Kapitel 10 Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes gemäß Bundesministerienengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 78/1987, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt A.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	640,9	1 031,7	1 672,6	100,6
1988	637,9	1 580,1	2 218,1	591,0
1989	670,3	1 629,1	2 299,4	590,6

Titel 100 Bundeskanzleramt**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesministerienengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 78/1987;

Bezügegesetz, BGBl. Nr. 273/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 288/1988;

Rundfunkgesetz, BGBl. Nr. 195/1966, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 397/1974;

Verwaltungsakademiegesetz, BGBl. Nr. 122/1975 bzw. BGBl. Nr. 568/1979;

Bundesgesetz über das Bundesgesetzblatt, BGBl. Nr. 33/1920, wiederverlautbart mit BGBl. Nr. 200/1985.

Aufgaben

Dem Bundeskanzleramt obliegen im wesentlichen Verwaltungsgeschäfte im Zusammenhang mit den Angelegenheiten der allgemeinen Regierungspolitik, der Informationstätigkeit der Regierung, der staatlichen Verfassung, der OECD, zusammenfassende Behandlung der Strukturpolitik, Koordination der Raumforschung, Raumordnung und Raumplanung, der Information und Dokumentation, des Datenschutzes und allgemeiner Personalangelegenheiten von öffentlich Bediensteten einschließlich der Ausbildung von Bundesbediensteten.

Hinsichtlich des Aufgabenbereiches Bundeskanzleramt-Gesundheit wird auf die erläuternden Bemerkungen zu Kapitel 17 verwiesen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	235,2	597,6	832,8	47,2
1988	234,1	1 163,1	1 397,2	540,9
1989	248,8	1 198,8	1 447,7	537,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Personalausgaben ist auf die Planstellenvermehrung um 3 Planstellen und die Nachbesetzung von Planstellen, die längerfristig nicht besetzt waren, zurückzuführen. Das Mehrerfordernis bei den Sachausgaben ergibt sich im wesentlichen durch die Vorsorge für das Projekt Verwaltungsmanagement im Betrage von 15 Millionen Schilling, durch Investitionsvorhaben für das Zentrale-Ausweichsystem im Betrage von 14 Millionen Schilling und durch Werbemaßnahmen in den USA im Betrage von 8 Millionen Schilling.

Ausgaben 1989**Paragraph 1000 Bundeskanzleramt-Zentraleitung****Förderungen**

Als Förderungen sind hier Mittel für Sondermaßnahmen der Bundesregierung für Katastrophenfälle im Ausland vorgesehen. Weiters wurden für die Veranstaltungen aus Anlaß des „100-Jährigen Bestehens der Sozialdemokratie in Österreich“ 20 Millionen Schilling veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Bezüge der Regierungsmitglieder und der Landeshauptmänner, die Ruhe- und Versorgungsbezüge gemäß Artikel V und VI des Bezügegesetzes, sowie die Versorgungsbezüge gemäß Verfassungsgerichtshofgesetz zu veranschlagen.

Weiters ist hier für die Beiträge für OECD, Eurochemic und OECD-Energieagentur vorzusorgen.

Paragraph 1/1001 Verwaltungsakademie

Hier sind die Mittel für die Ausbildung von Bundesbediensteten, und zwar im Rahmen einer Grundausbildung, einer solchen für den Aufstieg in höhere Verwendung, einer berufsbegleitenden Fortbildung und der Schulung von Führungskräften veranschlagt.

Ansatz 1/10038 Bundesgesetzblatt

Hier sind die Ausgaben, die mit der Herstellung und dem Vertrieb des Bundesgesetzblattes anfallen, veranschlagt.

Paragraph 1/1004 Regional- und strukturpolitische Maßnahmen

Im Rahmen der dem Bundeskanzleramt zugeordneten Aufgaben der Raumordnung und Raumplanung sind hier Mittel zur Förderung von Beratungs- und Betreuungseinrichtungen veranschlagt.

Paragraph 1/1005 Mittel d. Innovations- u. Technologiefonds

Die Innovations- und Technologieförderung dient zur Finanzierung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen im Bereich der gewerblichen Wirtschaft. Gefördert werden sollen insbesondere industriell-gewerbliche Entwicklungstätigkeiten, die Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in neue oder verbesserte Produkte, Leistungen und Verfahren, immaterielle Investitionen sowie Investitionen zur Anwendung internationaler Spitzentechnologie in Österreich.

Titel 101 Staatsarchiv und Archivamt**Gesetzliche Grundlagen**

Staatsgesetzblatt betreffend das Verbot der Ausfuhr und der Veräußerung von Gegenständen von geschichtlicher, künstlerischer und kultureller Bedeutung, StGBI. Nr. 90/1918, in der Fassung BGBl. Nr. 282/1958;

Denkmalschutzgesetz, BGBl. Nr. 533/1923;

EGVG-Novelle, BGBl. Nr. 92/1959.

Aufgaben

Administration der Agenden der fünf Archivabteilungen — Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv, Finanz- und Hofkammerarchiv, Verkehrsarchiv und früheres Kriegsarchiv — sowie die dem Archivamt obliegende behördliche Tätigkeit zur Durchführung von Sicherungsmaßnahmen bei in privatem Eigentum stehenden Archivalien bzw. die Gewährung von Zuschüssen zur Erhaltung privater Archive, die von allgemeinem Interesse sind.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	38,1	19,7	57,8	1,1
1988	39,3	30,1	69,4	1,0
1989	40,1	32,3	72,4	1,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben im Jahre 1989 ist vor allem auf die Einrichtungs- und Betriebskosten des neuen Archivgebäudes zurückzuführen.

Kapitel 10 — Titel 102 bis 104

21

Titel 102 Statistisches Zentralamt**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz über den Beirat für die Statistik des Außenhandels beim Österreichischen Statistischen Zentralamt, BGBl. Nr. 11/1947, Gebührengesetz, BGBl. Nr. 267/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 668/1976;

Bundesstatistikgesetz, BGBl. Nr. 91/1965.

Aufgaben

Zentrale Erstellung der Bevölkerungs-, Agrar-, gesamten Wirtschafts-, Außenhandels-, Sozial- und Wohnbaustatistik sowie der Finanzstatistik und der Statistik des Volkseinkommens; weiters die Abfindung der Gemeinden auf deren Antrag in bezug auf die ihnen bei der Mitwirkung an statistischen Erhebungen entstehenden Kosten.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	327,8	143,5	471,3	12,4
1988	325,7	137,3	463,0	9,7
1989	339,7	144,3	484,0	9,8

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung bei den Personalausgaben ist im wesentlichen auf eine Vorsorge für Zählungshilfskräfte im Zusammenhang mit der nichtlandwirtschaftlichen Bereichszählung und jene bei den Sachausgaben auf die Kosten für die Allgemeine Viehzählung zurückzuführen.

Titel 103 Österreichische Staatsdruckerei**Gesetzliche Grundlagen**

Staatsdruckereigesetz, BGBl. Nr. 340/1981.

Aufgaben

Überwiegend die Herstellung von Druckprodukten für die Bundesverwaltung und der Verlag der „Wiener Zeitung“.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	39,9	0,4	40,2	39,9
1988	38,9	0,5	39,4	39,4
1989	41,6	0,5	42,1	42,1

Ausgaben 1989

Hier werden lediglich Personalausgaben des eigenen Wirtschaftskörpers „Österreichische Staatsdruckerei“ verrechnet, die zur Gänze dem Bund ersetzt werden.

Titel 104 Presse- und Parteienförderung**Gesetzliche Grundlagen**

Presseförderungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 228, Parteiengesetz, BGBl. Nr. 404/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 133/1987 sowie Bundesgesetz über die Förderung politischer Bildungsarbeit und Publizistik 1984, BGBl. Nr. 369, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 562/1985.

22

Kapitel 10 — Titel 105**Aufgaben**

Maßnahmen zur Förderung der politischen Parteien, der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien, der Publizistik und der Presse.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1987	265,8	0,0
1988	244,7	0,0
1989	238,9	0,0

Ausgaben 1989

Förderungen 59,2 Millionen Schilling

Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen) 179,7 Millionen Schilling

Titel 105 Volksgruppenförderung**Gesetzliche Grundlage**

Volksgruppengesetz, BGBl. Nr. 396/1976.

Aufgaben

Maßnahmen zur Förderung der Volksgruppen in Österreich.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1987	4,6	0,0
1988	4,5	0,0
1989	14,3	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung ist auf eine Vorsorge im Hinblick auf die zu erwartende Errichtung von Volksgruppenbeiräten zurückzuführen.

Kapitel 11 — Titel 110

23

Kapitel 11 Inneres

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Inneres gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 78/1987, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt F.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	8 769,1	2 748,3	11 517,4	398,0
1988	8 920,0	3 021,8	11 941,8	471,0
1989	9 115,5	3 371,5	12 487,0	480,0

Im einzelnen ist zu bemerken:

Titel 110 Bundesministerium für Inneres**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Inneres obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte über die Angelegenheiten des Sicherheitswesens, weiters die Angelegenheiten der Staatsgrenzen, des Dienstbetriebes der Bundespolizei und der Bundesgendarmerie und sonstiger Wachkörper, die Angelegenheiten der Staatsbürgerschaft und des Heimatrechts, die Personenstandsangelegenheiten, die Angelegenheiten der auf Grund der Bundesverfassung vorgesehenen Wahlen, Volksabstimmungen und Volksbegehren, die Angelegenheiten der Organisation der inneren Verwaltung in den Ländern, die Angelegenheiten der Gemeinden und Gemeindeverbände, die Angelegenheiten des Stiftungs- und Fondswesens, der Kriegsgräberfürsorge, des Zivildienstes sowie die Angelegenheiten der staatlichen Verwaltung, die nicht ausdrücklich einem anderen Bundesministerium zugewiesen sind.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	428,8	285,5	714,3	54,0
1988	451,8	274,0	725,8	57,4
1989	468,9	258,1	727,0	57,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung der Sachausgaben im Jahre 1989 ist im wesentlichen auf geringere Zahlungen an Gemeinden für die Durchführung von Wahlen zurückzuführen.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Veranschlagt sind Ausgaben für den Ankauf bzw. Ersatz notwendiger Amtseinrichtungen, insbesondere solche technischer Art.

Förderungen

Die hier veranschlagten Ausgaben dienen teils der Förderung und Unterstützung der Sportvereine der Sicherheitsexekutive, teils werden die Förderungsbeträge anderen Subventionswerbern gewährt. Überdies sind hier noch die Förderungsmittel für die Verkehrs-Unfallforschung veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Dieser Voranschlagsansatz beinhaltet die Ausgaben für Familien- und Geburtenbeihilfen, die Ausgaben an öffentlichen Abgaben und die Wahlkosten.

Aufwendungen

Darunter fallen neben dem allgemeinen administrativen Aufwand die Aufwendungen für die elektronische Datenverarbeitung in der Höhe von 44 Millionen Schilling. Weiters sind die Kosten aus der Mitgliedschaft Österreichs zur INTERPOL, zur Internationalen Zivilstandskommission und zur „Pompidou-Gruppe“ des Europarates veranschlagt.

Titel 111 Bundesministerium für Inneres (Zweckaufwand)**Gesetzliche Grundlagen**

Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929; zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 212/1986;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Kärnten über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 273/1984;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Steiermark über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 301/1985;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Vorarlberg über einen gemeinsamen Hubschrauberdienst, BGBl. Nr. 428/1986;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Tirol über Hubschrauberdienste, BGBl. Nr. 26/1987;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Salzburg über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 191/1987;

Vereinbarung gem. Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Oberösterreich über einen gemeinsamen Hubschrauber-Rettungsdienst, BGBl. Nr. 626/1987;

Bundesgesetz über Maßnahmen zur Vorbeugung und Beseitigung von Katastrophenschäden, BGBl. Nr. 396/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 607/1987;

Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Aufteilung und Verwendung der nach § 4 Z 2 des Katastrophenfondsgesetzes 1986 zur Verfügung stehenden Mittel für ein Warn- und Alarmsystem sowie die Einräumung wechselseitiger Benützungsrechte an den Anlagen dieses Systems samt Anlagen, BGBl. Nr. 87/1988;

Bundes-Verfassungsgesetz: Entsendung österreichischer Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen, BGBl. Nr. 173/1965;

Zivildienstgesetz 1986, BGBl. Nr. 679/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1988.

Aufgaben bzw. Organisation**Flugpolizei und Flugrettungsdienst**

Unter „Flugpolizei“ ist der Einsatz von Luftfahrzeugen für sicherheits-, ordnungs- und verkehrspolizeiliche Zwecke zu verstehen. Der „Flugrettungsdienst“ hat Hilfs- und Rettungseinsätze mit Luftfahrzeugen, insbesondere bei Katastrophen und Bergnotfällen, zur Aufgabe. Dem Bundesministerium für Inneres obliegt auch die fliegerische Ausbildung von Exekutivbeamten für Aufgaben der Flugsicherung sowie der Flugpolizei und des Flugrettungsdienstes.

Zur Besorgung dieser Aufgaben stehen dem Bundesministerium für Inneres 17 Hubschrauber, 4 Motorflugzeuge und die notwendigen Kraftfahrzeuge zur Verfügung.

Zur Erhöhung der Aktionsfähigkeit sind die Flugzeuge auf die acht Einsatzstellen Wien (Meidlinger Kaserne), Flughafen Linz/Hörsching, Flughafen Salzburg/Maxglan, Flughafen Innsbruck/Kranebitten, Flughafen Graz/Thalerhof, Flughafen Klagenfurt/Wörthersee, Flugplatz Lienz/Nikolsdorf und Flugplatz Hohenems/Dornbirn verteilt.

Zivilschutz

Der Zivilschutz wird zu einem umfassenden Katastrophenschutz ausgebaut, der alle humanitären Maßnahmen zur Bewältigung von Krisensituationen, die insbesondere durch Naturereignisse oder technische Störfälle verursacht werden, treffen kann. Hiefür sind behördliche Vorsorgen, Vorkehrungen der Hilfs- und Rettungsorganisationen — als maßgebliche Träger des Zivilschutzes — und Selbstschutz-

Kapitel 11 — Titel 112

25

maßnahmen des einzelnen erforderlich. Bei Bedarf können Fahrzeuge, die bei der Bundespolizei und der Bundesgendarmerie systemisiert sind, für Zivilschutzzwecke herangezogen werden.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1987	290,4	42,1
1988	379,9	103,7
1989	380,7	99,9

Im Einzelnen setzen sich die Ausgaben wie folgt zusammen:

	1987	1988 Millionen Schilling	1989
Flugpolizei und Flugrettungsdienst	50,3	39,6	39,1
Zivilschutz: ¹⁾			
Vorsorge für alle Ressorts			
Bereich Inneres	16,3	13,9	13,8
Zivilschutz (Mittel des Katastrophenfonds)	—	50,0	50,0
Auslandseinsätze gemäß BGBl. Nr. 173/1965	—	0,0	0,0
Zivildienst	212,6	245,4	237,8
Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung	11,2	31,0	40,0
Summe ...	290,4	379,9	380,7

Unterschiede gegen Vorjahre**Paragraph 1110 Flugpolizei und Flugrettungsdienst**

Die Ausgaben weisen auf Grund der notwendigen Sparmaßnahmen gegenüber dem Vorjahr eine geringfügige Reduzierung auf. Im Jahre 1989 ist die Anschaffung eines Hubschraubers im Wege des Austausches vorgesehen.

Paragraph 1111 Zivilschutz

Durch die Setzung von Prioritäten stehen Mehrerfordernisse bei den Anlagen annähernd gleich hohe Minderausgaben bei den Aufwendungen gegenüber.

Paragraph 1112 Zivilschutz (Mittel des Katastrophenfonds)

Bei diesem Paragraph wurden die Bestimmungen des Katastrophenfondsgesetzes 1986 berücksichtigt, die vorsehen, daß jährlich ab 1. Jänner 1987 maximal 50 Millionen Schilling zur Finanzierung des Warn- und Alarmdienstes bereitgestellt werden. Die hierfür erforderliche Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern wurde getroffen.

Paragraph 1117 Zivildienst

Die Minderausgaben gegenüber 1988 in Höhe von 7 Millionen Schilling sind auf einen geringeren Einsatz von Zivildienstpflichtigen im ordentlichen Zivildienst zurückzuführen.

Paragraph 1118 Einrichtungen zur Verkehrsüberwachung

Die Höhe der Ausgaben für die Beschaffung und Erhaltung von Verkehrsüberwachungseinrichtungen richtet sich nach den eingehenden Strafgeldern gemäß § 100 StVO.

Titel 112 Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene**Paragraph 1121 Kriegsgräberfürsorge****Gesetzliche Grundlagen**

Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye, StGBI. Nr. 303/1920;

Bundesgesetz über die Fürsorge für Kriegsgräber aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, BGBl. Nr. 175/1948;

Bundesgesetz über die Fürsorge und den Schutz der Kriegsgräber und Kriegsdenkmäler aus dem Zweiten Weltkrieg für Angehörige der Alliierten, Vereinten Nationen und für Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und Opfer politischer Verfolgung, BGBl. Nr. 176/1948;

Staatsvertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl. Nr. 152/1955.

Aufgaben

Der Kriegsgräberfürsorge obliegt die Fürsorge für die Gräber der Gefallenen des Ersten und des Zweiten Weltkrieges und der Opfer der KZ-, Anhalte- und Arbeitslager, der Bombenopfer sowie der Flüchtlinge. Die Aufgaben werden von den Ämtern der Landesregierungen vorgenommen.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	3,4	0,0
1988	4,8	0,0
1989	5,9	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Ausgaben im Jahre 1989 ist durch einen Mehrbedarf auf dem Instandhaltungsektor begründet.

Titel 113 Bundespolizei

Gesetzliche Grundlagen

Verordnung der Bundesregierung über den Wirkungsbereich der Bundespolizeibehörden, BGBl. Nr. 690/1976;

Behördenüberleitungsgesetz 1945, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 124/1978;

Verordnung des Bundesministeriums für Inneres über die Einrichtung und den Wirkungsbereich der Sicherheitsdirektionen, BGBl. Nr. 74/1946.

Aufgaben

In 14 Städten werden die Polizeitugenden von Bundespolizeibehörden wahrgenommen.

Organisation

Die Bundespolizeibehörden gliedern sich in 14 Bundespolizeidirektionen: Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, Graz, Klagenfurt, Eisenstadt, Wiener Neustadt, St. Pölten, Steyr, Wels, Leoben, Villach und Schwechat. Den Bundespolizeibehörden sind 9 Grenzkontrollstellen angeschlossen. Sicherheitsdirektionen bestehen in allen Bundesländern (zusammen 9).

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	4 375,2	815,2	5 190,4	254,4
1988	4 440,1	848,9	5 289,0	264,0
1989	4 533,9	905,1	5 439,0	276,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Ausgabensteigerung bei den Sachausgaben ist hauptsächlich auf zusätzliche Erfordernisse für neue Amtsgebäude, die notwendige Modernisierung des Fernmeldesektors und auf die Einführung neuer Kennzeichentafeln für Kraftfahrzeuge zurückzuführen.

Ausgaben 1989

Polizei-Massafonds

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Beamten der österreichischen Bundespolizei wurde mit Ministerratsbeschluß vom 6. Dezember 1949 der Polizei-Massafonds als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Kapitel 11 — Titel 114

27

Dem Fonds werden im Jahre 1989 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale und Massaeinlage)	38,3
Sonstiges	0,3
Zusammen ...	38,6

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Millionen Schilling
Beschaffung von Massasorten	38,0
Fondsaufwand	0,3
Zuführung an Rücklagen	0,3
Zusammen ...	38,6

Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei

Zur Unterstützung hilfsbedürftiger Bediensteter der Bundespolizeibehörden und deren Hinterbliebenen wurde mit Erlaß vom 24. Dezember 1953 der Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 1989 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Überweisung von Geldbußen und Geldstrafen)	0,150
Sonstiges	0,850
Zusammen ...	1,000

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Millionen Schilling
Unterstützungen	0,800
Zuführung an Rücklagen	0,200
Zusammen ...	1,000

Titel 114 Bundesgendarmerie**Gesetzliche Grundlagen**

Gendarmeriegesetz, RGBl. Nr. 1/1895, in der Fassung StGBI. Nr. 75/1918 und BGBl. Nr. 59/1972;

Behördenüberleitungsgesetz 1945, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz, BGBl. Nr. 124/1978.

Aufgaben

Die Bundesgendarmerie hat die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit im ganzen Bundesgebiete zu besorgen, soweit diese Aufgaben nicht der Bundespolizei obliegen.

Organisation

Die Zahl der Dienststellen beträgt: 8 Landesgendarmeriekommanden mit 8 Stabsabteilungen, 6 Schulabteilungen mit 2 Außenstellen, 8 Verkehrsabteilungen mit 33 Außenstellen, 8 Kriminalabteilungen mit 9 Außenstellen, 40 Bereichsabteilungskommanden, 90 Bezirksgendarmeriekommanden, 1041 Gendarmerieposten mit 7 Außenstellen sowie 1 Gendarmeriezenterschule und 1 Gendarmerieeinsatzkommando.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	3 918,2	952,3	4 870,5	43,7
1988	3 976,3	974,0	4 950,3	42,0
1989	4 060,4	1 010,4	5 070,8	43,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhaltung der Einsatzbereitschaft der Bundesgendarmerie sowie der Ausbau des Funknetzes und der vermehrte Austausch von Kraftfahrzeugen verursacht Mehraufwendungen bei den Sachausgaben.

Ausgaben 1989**Massafonds der Bundesgendarmerie**

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Beamten der österreichischen Bundesgendarmerie wurde mit Ministerratsbeschluß vom 6. Dezember 1949 der Massafonds der Bundesgendarmerie als Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit errichtet.

Dem Fonds werden im Jahre 1989 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale und Massaeinlage)	42,3
Sonstiges	0,4
Zusammen ...	42,7

Die Ausgaben werden voraussichtlich betragen:

	Millionen Schilling
Beschaffung von Massasorten	42,4
Fondsaufwand	0,3
Zusammen ...	42,7

Titel 115 Besondere Einrichtungen**Gesetzliche Grundlagen****Paragraph 1150 Flüchtlingsbetreuung**

Bundesgesetz über die Aufenthaltsberechtigung von Flüchtlingen im Sinne der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, BGBl. Nr. 55/1955;

Asylgesetz, BGBl. Nr. 126/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 796/1974.

Paragraph 1151 Öffentliches Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen

Bundesgesetz über die Fürsorge und den Schutz der Kriegsgräber und Kriegsdenkmäler aus dem Zweiten Weltkrieg für Angehörige der Alliierten, Vereinten Nationen und für Opfer des Kampfes um ein freies, demokratisches Österreich und Opfer politischer Verfolgung, BGBl. Nr. 176/1948;

Staatsvertrag, betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl. Nr. 152/1955.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	46,9	401,4	448,3	3,8
1988	51,9	540,1	592,0	3,9
1989	52,4	811,1	863,5	3,7

Kapitel 11 — Titel 115

29

Im einzelnen gliedern sich die Ausgaben des Titels 115 wie folgt:

	1987	1988 Millionen Schilling	1989
Flüchtlingsbetreuung	440,5	583,3	856,1
Öffentliches Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen	7,8	8,7	7,4
Summe ...	448,3	592,0	863,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Höhe der Sachausgaben beim Paragraph 1150 richtet sich nach der Anzahl der zu betreuenden Flüchtlinge.

Ausgaben und Einnahmen 1989**Paragraph 1150 Flüchtlingsbetreuung****Anlagen**

Der veranschlagte Betrag ist für Nachschaffungen von Maschinen, Kraftfahrzeugen und Geräten in den Flüchtlingslagern und in der Betreuungsstelle Thalham bestimmt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben und Familienbeihilfen präliminiert.

Aufwendungen

Hier sind die Ausgaben für die Betreuung, Verpflegung und Unterbringung der Flüchtlinge sowie die Beiträge an den UNHCR (UN-Flüchtlingshochkommissär) und das ICM (Zwischenstaatliches Komitee für Wanderung) veranschlagt.

Der Beitrag zum Flüchtlingsfonds der Vereinten Nationen Wien in Höhe von 5 Millionen Schilling ist als Unterstützung für die Integrationsbemühungen von Flüchtlingen bestimmt.

Einnahmen

Die in den Lagern untergebrachten Flüchtlinge haben, soweit sie dazu imstande sind, Beiträge für Unterkunft und Verpflegung zu entrichten.

Lager und Insassen

Die Zahl der Lager und der darin untergebrachten Personen betrug im Jahresdurchschnitt:

	1986	1987	1988
Lager	5	5	5
Insassen	2 068	2 308	2 639
Unterbringung in Gasthöfen	3 350	5 768	10 218

Anstalten

Die frühere Pflegeanstalt für chronisch Kranke Thalham wurde in ein Flüchtlingsheim umgewandelt und führt nunmehr die Bezeichnung „Betreuungsstelle Thalham des Bundesministeriums für Inneres“. In ihr werden Pfleglinge betreut, die auf Grund ihres hohen Alters nicht mehr in andere Pflegeanstalten verlegt werden können. Bei Bedarf können dort auch andere Asylwerber aufgenommen werden.

Paragraph 1151 Öffentliches Denkmal und Museum Mauthausen samt Außenstellen**Aufwendungen**

Darunter fallen insbesondere die Ausgaben für Betrieb, Instandsetzung und Instandhaltung des ehemaligen Konzentrationslagers Mauthausen sowie der Gedenkstätten Melk und Ebensee.

Einnahmen

Die Eintrittsgebühren für den Besuch des Öffentlichen Denkmals und Museums Mauthausen werden zweckgebunden für die Instandhaltung der Anlage verwendet.

Konjunkturausgleich-Voranschlag

	Millionen Schilling
Stabilisierungsquote	23,200
Konjunkturbelebungsquote	23,200
Verwendungszweck (je Quote):	
1. Subvention an die Feuerwehr zum Ankauf von Geräten, die dem Zivilschutz dienen	0,500
2. Kraftfahrzeugsektor	13,305
3. Nachrichtensektor	3,590
4. Amtsausstattung	1,505
5. Bewaffnung und Schießanlagen	4,300

¹⁾ Der Aufwand für den Zivilschutz wird pauschal beim Paragraph 1/1111 veranschlagt, die Verrechnung erfolgt, soweit es sich um in die Kompetenz des Bundesministeriums für Inneres fallende Zivilschutzaufgaben handelt, bei Kapitel 11, ansonsten aber nach Genehmigung der erforderlichen überplanmäßigen Ausgaben bei den in Betracht kommenden anderen Ressorts, und zwar im wesentlichen bei folgenden Paragraphen:

1723	6000	6304
6530	7831	7931

Kapitel 12 — Titel 120

31

Kapitel 12 Unterricht und Sport

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 78/1987, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt K.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	15 770,5	26 704,6	42 475,1	579,3
1988	15 283,5	26 374,3	41 657,8	599,5
1989	15 877,1	27 205,1	43 082,2	582,9

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 120 Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport**Gesetzliche Grundlagen**

Vertrag zwischen dem Hl. Stuhl und der Republik Österreich zur Regelung von vermögensrechtlichen Beziehungen, BGBl. Nr. 195/1960, in der Fassung des Zusatzvertrages zwischen dem Hl. Stuhl und der Republik Österreich, BGBl. Nr. 107/1970, des Zweiten Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 220/1976, und des Dritten Zusatzvertrages, BGBl. Nr. 49/1982;

Bundesgesetz vom 6. Juli 1961 über äußere Rechtsverhältnisse der Evangelischen Kirche, BGBl. Nr. 182, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 525/1981, vom 12. November 1981;

Bundesgesetz vom 26. Oktober 1960 über finanzielle Leistungen an die altkatholische Kirche, BGBl. Nr. 221, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 523/1981, vom 12. November 1981;

Bundesgesetz vom 26. Oktober 1960 über finanzielle Leistungen an die israelitische Religionsgesellschaft, BGBl. Nr. 222, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 524/1981, vom 12. November 1981.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete des Schulwesens einschließlich Schulerhaltung, Schullerichtung und Schulauflassung mit Ausnahme der Schulerhaltung, Schullerichtung und Schulauflassung der land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulen, Erziehungswesen in den Angelegenheiten der Schülerheime; Aus- und Weiterbildung sowie Dienstprüfung der Lehrer; Mitwirkung des Bundes in Angelegenheiten des Dienstrechts und der Erstellung der Stellenpläne für Landeslehrer, soweit sie nicht in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft fällt; Kindergarten- und Hortwesen.

Angelegenheiten der Kunst, soweit sie nicht in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung fallen; Bundestheater.

Angelegenheiten des Kultus.

Angelegenheiten der Volksbildung und des Sports.

Angelegenheiten der schulischen, kulturellen und kirchlichen Stiftungen und Fonds.

Angelegenheiten der Förderung der Schul- und Kulturfilme.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	222,1	1 254,3	1 476,4	65,1
1988	211,6	1 266,0	1 477,6	67,3
1989	224,6	1 278,3	1 502,9	68,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ergibt sich durch den Mehrbedarf für notwendige Maschinen und maschinelle Anlagen. Außerdem müssen die Leistungen für Kultus-Ständige Leistungen erhöht werden, ebenso muß für die Schulraumbeschaffung eine Anhebung erfolgen.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Bei diesem Voranschlagsansatz ist vor allem für die Beschaffung der notwendigen Amtseinrichtung einschließlich moderner Büroautomation Vorsorge getroffen.

Förderungen

Die Förderungen betreffen vor allem Zwecke der „Allgemeinen Kulturförderung“ bzw. sind sie bestimmt zur Förderung von Minderheiten, der geistigen Landesverteidigung und der Mädchen- und Frauenbildung.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Auf Grund der Bestimmungen des Gebührengesetzes 1957 gelten die Verträge im Rahmen des Schulraumbeschaffungsprogramms als Dienstbarkeits- oder Bestandsverträge und unterliegen der Vergütung.

Ständige Leistungen

Die Leistungen an die Katholische, Evangelische und altkatholische Kirche sowie an die israelitische Religionsgesellschaft gehen auf Entschädigungsmaßnahmen gemäß Art. 26 des Staatsvertrages, BGBl. Nr. 152/1955, zurück.

Der Globalbetrag der ständigen Leistungen in der Höhe von 428,4 Millionen Schilling setzt sich zusammen aus einem festen Betrag und einem variablen Betrag der dem Gegenwert der Bezüge von insgesamt 1 358 Bediensteten der Gehaltsstufe A/IV/5 entspricht.

Aufwendungen

Hier wird für den Administrativaufwand der Zentralleitung vorgesorgt.

Programm zur Schulraumbeschaffung

Der veranschlagte Betrag dient zur Fortsetzung des Schulraumbeschaffungsprogramms durch den vertraglich festgesetzten Beginn der im mittelfristigen Bau- und Projektsprogramm vorgesehenen Projekte sowie der durch Baukostenerhöhungen und Änderungen der Zinskonditionen bei in Abrechnung stehenden Projekten notwendig gewordenen Änderung der Jahresraten des Bundes.

Ebenso dient er auch der Durchführung der Begleitmaßnahmen des Schulraumbeschaffungsprogrammes zur Sicherung der notwendigen und in Kooperation mit anderen Rechtsträgern geschaffenen Sportanlagen- und Schülerheimkapazitäten.

Ferner sind verschiedene Mitgliedsbeiträge veranschlagt.

Titel 122 Bundesministerium; Zweckaufwand für Erziehung und Unterricht**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes für den Zweckaufwand für Erziehung und Unterricht. Dieser Zweckaufwand umfaßt vor allem den gesamten Förderungsbereich für die allgemein-pädagogischen Erfordernisse, für die Erwachsenenbildung, für die Sportförderung, für das allgemeinbildende Schulwesen, für das berufsbildende Schulwesen und für die Lehrer- und Erzieherbildung.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1987	1 343,2	2,7
1988	1 323,1	3,6
1989	1 341,6	3,4

Kapitel 12 — Titel 122

33

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Anhebung der Sachausgaben ist durch eine Ausweitung der Ausgaben für „Besondere Sportförderung“ bedingt. Außerdem mußten die Baukostenzuschüsse IF auf Grund der Preissteigerungen erhöht werden.

Paragraph 1220 Allgemein-pädagogische Erfordernisse**Ausgaben 1989****Anlagen**

Hier ist vor allem für Einrichtungserfordernisse für das Zentrum für Schulversuche und Schulentwicklung vorgesorgt.

Förderungen

Förderungszuwendungen für Publikationen, für die Österreichische Länderbühne und andere Schultheater, den Buchklub der Jugend, den Schallplattenklub der Jugend sowie sonstige Unternehmungen und gemeinnützige Einrichtungen ermöglichen pädagogische Vorhaben, die vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport nicht selbst durchgeführt werden können.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier ist für die Erfüllung des Schülerbeihilfengesetzes (BGBl. Nr. 455/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 378/1988) und des Studienförderungsgesetzes (BGBl. Nr. 436/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 379/1988) vorgesorgt.

Außerdem werden hier die laufenden Transferzahlungen an die Länder für konfessionelle und sonstige private land- und forstwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen sowie Beträge für Gutachterkommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Die veranschlagten Beträge dienen zum Ausbau der Schul- und Unterrichtsversuche zur Neugestaltung der Schule, insbesondere auch zur Refundierung der hierfür auflaufenden Mehrkosten an Gemeinden, der Durchführung der Studienprogramme der Massenmedien, zur politischen Bildung und staatsbürgerlichen Erziehung, dem Ausbau der Schülervertretung, zur Erprobung neuer Modelle der Führung von Schulbüchereien, für Maßnahmen der Umwelterziehung, zur sportlichen Ertüchtigung der Schuljugend bei Schulwettkämpfen, für den museumspädagogischen Dienst und für den internationalen Lehreraustausch. Außerdem sind Beiträge zu den Bildungsprogrammen der Massenmedien veranschlagt.

Obwohl das Schülerbeihilfengesetz bestimmten Schülergruppen Anspruch auf eine Beihilfe des Bundes verleiht, ist eine Unterstützung aller Schüler an Übungsschulen an Pädagogischen Akademien und an mittleren und höheren Schulen für die Teilnahme an Schulveranstaltungen sowie für Härtefälle vorgesehen.

Paragraph 1221 Erwachsenenbildung**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 171/1973.

Ausgaben 1989**Förderungen**

Einen wichtigen innovatorischen Schwerpunkt bildet die Entwicklungsplanung für ein kooperatives System der Erwachsenenbildung (Pilotprojekte, gesamtösterreichischer Projekttransfer, Regionalisierung der Erwachsenenbildung).

Es werden Subventionen für Volkshochschulen, Bildungswerke, Bildungsheime, Volksbüchereien und ähnliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung gewährt.

Paragraph 1222 Sportförderung**Gesetzliche Grundlage**

Bundessportförderungsgesetz, BGBl. Nr. 2/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 292/1986.

Ausgaben 1989**Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Sportförderung aus besonderen Förderungsmittel (Sporttoto). Sie dienen insbesondere zur Errichtung und Erhaltung von Sportstätten aller Art sowie für die Beschickung und Durchführung von Wettkämpfen und Lehrgängen.

Förderungen (D)

Hier werden Beträge für Investitionsdarlehen veranschlagt.

Förderungen

Auf Grund einer vertraglichen Verpflichtung mit der Stadt Wien beteiligt sich der Bund an den Renovierungskosten des Wiener Praterstadions.

Darüber hinaus ist der Bund ermächtigt, sich an der Errichtung von Sportstätten im Rahmen des Österreichischen Sportstättenplanes durch Bundeszuschüsse zu beteiligen.

Aufwendungen

Veranschlagt sind Beiträge für die Herstellung von Sportfilmen und Sportliteratur sowie der Aufwand für das Österreichische Sport- und Turnabzeichen und für Tagungen und Veranstaltungen.

Paragraph 1225 Allgemeinbildendes Schulwesen**Ausgaben 1989****Förderungen**

Dieser Voranschlagsansatz umfaßt den gesamten Förderungsbereich des allgemeinbildenden Schulwesens.

Veranschlagt sind vor allem Beträge für die Anschaffung von Lehrmitteln und Einrichtungsgegenständen an Privatschulen sowie für deren Ausbau und Modernisierung. Weiters dienen die veranschlagten Beträge der Förderung und Unterstützung von privaten Konvikten, Internaten und Schülerheimen.

Außerdem sind der Bundeszuschuß für die Internationale Schule Wien sowie verschiedene Baukostenzuschüsse veranschlagt.

Paragraph 1226 Berufsbildendes Schulwesen**Ausgaben 1989****Förderungen**

Dieser Voranschlagsansatz umfaßt den gesamten Förderungsbereich des berufsbildenden Schulwesens.

Hier sind vor allem Förderungszuwendungen für Schulen der Landwirtschaftskammern, sonstige private Schulen und gemeinnützige Einrichtungen vorgesehen.

Paragraph 1227 Lehrer- und Erzieherbildung**Ausgaben 1989****Förderungen**

Die Zuwendungen für die Studentenvertretung dienen der Förderung der pädagogischen, sozialen, kulturellen und sportlichen Aktivitäten der Studierenden an privaten Pädagogischen und Religionspädagogischen Akademien.

Die privaten Pädagogischen Akademien erhalten Zuschüsse zur Ausstattung der Übungshauptschulen mit Computern (durch die Lehrplannovelle im Pflichtschulbereich erforderlich).

Kapitel 12 — Titel 124

35

Die Privat-Bildungsanstalten erhalten Zuschüsse zur Ausstattung von naturwissenschaftlichen Unterrichtsräumen auf Grund der 7. SchOG-Novelle.

Jährlicher Beitrag an den Kulturfonds des Europarates für insgesamt 25 Reisestipendien zur Lehrerfortbildung in Österreich für Lehrer aus Mitgliedsstaaten des Europarates.

Förderung für das Salzburger Lehrerhaus für Umbauarbeiten.

Titel 124 Nachgeordnete Dienststellen**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes für die nachgeordneten Dienststellen im Bezug auf die Bundessportheime und Sporteinrichtungen, auf die Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen, auf die sonstigen Einrichtungen für Jugenderziehung, auf die Bundesstaatlichen Einrichtungen der Erwachsenenbildung und dem SHB-Medienzentrum.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	130,1	244,0	374,1	148,8
1988	137,5	219,8	357,3	148,8
1989	139,8	230,2	370,0	150,4

Paragraph 1240 Bundessportheime und Sporteinrichtungen**Aufgaben**

Vorsorge für 12 Bundessportheime bzw. Bundessportschulen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	64,8	128,2	193,0	71,0
1988	64,7	107,9	172,6	70,4
1989	66,4	115,2	181,6	72,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ist vor allem durch das laufende Neubauprojekt BBS Obertraun (Anlagen) und dringende Instandhaltungsmaßnahmen (Aufwendungen) bedingt.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Hier wird für die Einrichtungserfordernisse und den Neubau bzw. Ausbau der Sporteinrichtungen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagt sind die öffentlichen Abgaben und die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für die Eignungsausbildungsteilnehmer, sowie Beträge für die Prüfungskommissionen.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand dienen diese Ausgaben zur Bedeckung der Verpflegsausgaben, zur Erhaltung und Instandsetzung der gesamten Sportanlagen und Einrichtungen sowie zur Anschaffung von Sportgeräten.

Außerdem sind hier die Ausgaben für die Überweisungen an die Länder gemäß den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1989, BGBl. Nr. 000/1988, veranschlagt.

Paragraph 1241 Bundesschullandheime und Schulsportveranstaltungen**Aufgaben**

Vorsorge für 5 Bundesheime und 8 Bundesspielplätze, für die Fortbildung von Lehrern in Leibeserziehung sowie für die Durchführung von Schulsportveranstaltungen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	16,8	20,3	37,1	16,7
1988	17,1	19,6	36,7	17,3
1989	17,5	19,7	37,2	17,2

Ausgaben 1989**Anlagen**

Hier wird für die Einrichtungserfordernisse und den Neubau bzw. Ausbau der Sportanlagen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben und die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des allgemeinen Teiles des Stellenplanes veranschlagt.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand dienen diese Ausgaben zur Bedeckung der Verpflegsausgaben, zur Erhaltung und Instandsetzung der Spielplätze und Einrichtungen sowie zur Anschaffung von Sportgeräten.

Außerdem sind hier die Ausgaben für die Durchführung von Lehrerfortbildungsveranstaltungen aus Leibeserziehung und für Schulsportveranstaltungen veranschlagt.

Paragraph 1242 Sonstige Einrichtungen für Jugenderziehung**Aufgaben**

Durchführung von staatsbürgerlichen Erziehungsaktionen und internationalen Jugendaktionen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	9,5	55,2	64,7	49,0
1988	9,5	54,8	64,3	50,0
1989	9,7	55,0	64,7	49,0

Ausgaben 1989**Anlagen**

Hier wird für die weitere Einrichtung und Instandhaltung des Jugendhauses Wien/Hirschengasse vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagt sind die öffentlichen Abgaben und die Aufwendungen für die Eignungsausbildungsteilnehmer.

Aufwendungen

Die Budgetmittel zur Durchführung der staatsbürgerlichen Erziehungsaktion „Österreichs Jugend lernt ihre Bundeshauptstadt kennen“, bei der im Schuljahr 1987/88 1 327 Gruppen mit 38 311 Schülern und Jugendlichen die Bundeshauptstadt besuchten, bzw. der internationalen Jugendaktion „Europas Jugend lernt Wien kennen“, wo im Schuljahr 1987/88 32 Gruppen mit 741 Teilnehmern betreut wurden, werden hier veranschlagt.

Kapitel 12 — Titel 124

37

Paragraph 1243 Bundesstaatliche Einrichtungen der Erwachsenenbildung**Aufgaben**

Die allgemeinen Angelegenheiten der Kulturpflege und gegenwartsnahen Erwachsenenbildung werden im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport bearbeitet. Dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport sind auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung die Förderungsstellen des Bundes für Erwachsenenbildung in den einzelnen Bundesländern und die Direktion des Bundesinstitutes für Erwachsenenbildung nachgeordnet.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	27,3	21,3	48,6	6,4
1988	34,5	21,5	56,0	6,5
1989	34,3	22,8	57,1	6,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Anhebung der Sachausgaben ist auf eine Erhöhung der Betriebsausgaben vor allem für Lebensmittel und Energiebezüge zurückzuführen.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Hier ist für die notwendigen Amts- und Einrichtungserfordernisse vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für die Eignungsausbildungsteilnehmer sowie Beträge für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand werden die Kosten der zentralen Veranstaltungen der Erwachsenenbildung veranschlagt. Außerdem werden aus diesen Mitteln Veranstaltungen des Bundesinstitutes für Erwachsenenbildung St. Wolfgang und der Förderungsstellen des Bundes für Erwachsenenbildung, die der Aus- und Weiterbildung von Erwachsenenbildnern und Volksbibliothekaren dienen, sowie Lehrgänge im Bereich des 2. Bildungsweges (Vorbereitungslehrgänge auf die Studienberechtigungsprüfung) finanziert.

Auch die Kosten für die Hand- und Wanderbüchereien der Förderungsstellen des Bundes für Erwachsenenbildung einschließlich der Zeitschrift „Erwachsenenbildung in Österreich“ sowie die „Schriftenreihe zur Erwachsenenbildung“ belasten diesen Voranschlagsansatz.

Paragraph 1244 SHB — Medienzentrum**Aufgaben**

Dem SHB-Medienzentrum des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport obliegt die Beschaffung und die Obsorge für die Herstellung audiovisueller Unterrichtsmittel und deren Verteilung an die Bundesschulen sowie der Einrichtungen der Erwachsenenbildung, des Büchereiwesens und der Jugendarbeit.

Darüber hinaus versorgt das SHB-Medienzentrum die Landesbildstellen und damit die diesen unterstehenden 93 Bezirksbildstellen mit audiovisuellen Unterrichtsmitteln auf deren Kosten zur Versorgung des allgemeinbildenden Pflichtschulwesens bzw. der Bundesschulen im Verleihweg.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	11,8	19,0	30,8	5,8
1988	11,7	16,0	27,7	4,6
1989	12,0	17,4	29,4	5,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Höhe der Sachausgaben hängt mit dem Bedarf an audiovisuellen Lehrmitteln der Bundesschulen, der Institutionen der Erwachsenenbildung und des Büchereiwesens sowie der Jugendarbeit zusammen.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Neben den Einrichtungserfordernissen sind auch Anschaffungen und notwendige Erneuerungen der technischen Anlagen und Geräten vorgesehen sowie die Computerisierung des SHB-Medienzentrums.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Dieser Voranschlagsansatz dient zur Abdeckung der öffentlichen Abgaben sowie der Ausgaben für die Eignungsausbildungsteilnehmer.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand sind hier auch die notwendigen Ausgaben für die audiovisuellen Unterrichtsmittel für Schule, Erwachsenenbildung/Büchereiwesen und Jugend veranschlagt.

Außerdem fallen für fünf Jahre die Leasing-Raten für die Hardware (System BIBOS) an.

Titel 126 Nachgeordnete Dienststellen auf Landesebene**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben für die nachgeordneten Dienststellen auf Landesebene, das sind die Schulaufsichtsbehörden einschließlich der schulpсихologischen Beratungsstellen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	469,2	172,5	641,7	106,8
1988	450,2	174,0	624,2	124,1
1989	469,4	178,5	647,9	124,7

Paragraph 1260 Schulaufsichtsbehörden**Gesetzliche Grundlagen**

Bundes-Schulaufsichtsgesetz, BGBl. Nr. 240/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 321/1975;

Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 327/1988;

Schulunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 139/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 229/1988.

Aufgaben

In Unterordnung unter das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport üben in den Bundesländern die Landesschulräte und in den politischen Bezirken die Bezirksschulräte die Schulverwaltung und Schulaufsicht aus. Im Rahmen der Landesschulräte und Bezirksschulräte sind nach Art. 81 a Abs. 3 lit. a des Bundes-Verfassungsgesetzes Kollegien einzurichten. Soweit dies Landesgesetze vorsehen, besorgen die Landesschulräte und Bezirksschulräte auch Agenden der Landesverwaltung gegen Ersatz des Behördenaufwandes (§ 20 Abs. 3 B-SchAufsG).

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	411,5	153,3	564,8	106,8
1988	393,0	155,0	548,0	124,0
1989	410,9	159,1	570,0	124,7

Kapitel 12 — Titel 126

39

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Anhebung der Sachausgaben ist im wesentlichen auf Erhöhungen bei den Anlagen für die Neueinrichtung des Landesschulrates für Tirol und die Anschaffung einer Telefonanlage beim Landesschulrat für Steiermark und den Aufwendungen infolge erstmaliger Veranschlagung der sonstigen Geldverkehrsspesen zurückzuführen.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Veranschlagt sind Ausgaben für den Ersatz bzw. für die Ergänzungsankäufe bei Büromaschinen, maschinellen Anlagen und Einrichtungen, ferner für die Neueinrichtung des Landesschulrates für Tirol sowie teilweise für Neuausstattung des Landesschulrates für Kärnten und Stadtschulrates für Wien. Weiters ist der Landesschulrat für Steiermark mit einer neuen Telefonanlage auszustatten. Im EDV-Bereich sind diverse Ergänzungsankäufe für das System UPIS geplant.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagt sind die öffentlichen Abgaben und Beträge für die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Inspektoren der Religionsgesellschaften, für die Eignungsausbildungsteilnehmer, für Familien- und Geburtenbeihilfen sowie Beträge für die Prüfungskommissionen.

Aufwendungen

Hier sind die für den administrativen Betrieb erforderlichen Mittel veranschlagt.

Paragraph 1261 Schulpsychologie — Bildungsberatung**Aufgaben**

Die schulpsychologische Arbeit umfaßt ua. auch die Bereitstellung von wissenschaftlichen Arbeiten und von Informationsmaterial (Studieninformationen für Maturanten und Informationen für alle Schulabgänger), schulpsychologische Untersuchungen sowie die Schulung geeigneter Lehrer von allgemeinbildenden Pflichtschulen und allgemeinbildenden höheren Schulen für die Aufgabe des Schülerberaters.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	57,8	19,1	76,9	0,0
1988	57,2	19,0	76,2	0,1
1989	58,5	19,3	77,8	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Höhe der Sachausgaben richtet sich nach der geplanten Errichtung bzw. Erweiterung schulpsychologischer Beratungsstellen, der Ergänzung der Ausstattung in den bestehenden schulpsychologischen Beratungsstellen, der Preisbewegung und den Schwerpunkten der schulpsychologischen Arbeit.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Hier ist für die notwendige Ausstattung der schulpsychologischen Beratungsstellen mit Einrichtungsgegenständen und Büromaschinen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagt sind die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für die Eignungsausbildungsteilnehmer, Beträge für die Prüfungskommissionen und für Familien- und Geburtenbeihilfen.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand sind Beträge für das Informationsmaterial für alle Schüler und für die schulpсихologische Arbeit veranschlagt.

Titel 127 Allgemeinbildende Schulen**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben für die allgemeinbildenden Schulen, das sind die allgemeinbildenden höheren Schulen, die Höheren Internatsschulen des Bundes, das Bundes-Blindenerziehungsinstitut und das Bundesinstitut für Gehörlosenbildung, die allgemeinbildenden Pflichtschulen und die Konvikte und Schülerheime (allgemeinbildende). Siehe auch Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe Millionen Schilling	Ein- nahmen
1987	7 186,3	21 291,6	28 477,9	88,9
1988	6 964,1	20 993,7	27 957,8	96,8
1989	7 164,9	21 760,1	28 925,0	91,4

Paragraph 1270 Allgemeinbildende höhere Schulen**Gesetzliche Grundlage**

Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 327/1988.

Aufgaben

Öffentliche allgemeinbildende höhere Schulen im Sinne des § 14 Abs. 6 B-VG sind die vom Bund erhaltenen Gymnasien, Realgymnasien, Wirtschaftskundlichen Realgymnasien, Aufbaugymnasien und -realgymnasien, Oberstufenrealgymnasien und -gymnasien, Realgymnasien und Wirtschaftskundliche Realgymnasien für Berufstätige.

Tagesschulheime sind Einrichtungen an allgemeinbildenden höheren Schulen, die dazu bestimmt sind, Schüler außerhalb der Unterrichtszeit zu beaufsichtigen und zu betreuen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe Millionen Schilling	Ein- nahmen
1987	6 891,9	1 010,3	7 902,2	26,8
1988	6 676,0	992,6	7 668,6	32,9
1989	6 865,0	993,7	7 858,7	28,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Anhebung der Sachausgaben ist im wesentlichen auf Erhöhungen bei den Anlagen für die Erneuerung und Anschaffung von Einrichtungsgegenständen und den Aufwendungen für Instandhaltungen zurückzuführen.

Ausgaben 1989**Anlagen**

An vielen allgemeinbildenden höheren Schulen des Bundes besteht die Notwendigkeit einzelne Räume oder Raumgruppen neu einzurichten oder Einrichtungsgegenstände zu erneuern. Auch Lehrmittel sind neu anzuschaffen bzw. zu erneuern. Insbesondere ist für die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen und Lehrmitteln für die Neubauten der allgemeinbildenden höheren Schulen des Bundes in den einzelnen Bundesländern vorzusorgen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert, auch Beträge für die

Kapitel 12 — Titel 127

41

kirchlich bestellten Religionslehrer (Religionsunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 190/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 329/1988), die Ausbildungsbeiträge für Probelehrer/Unterrichtspraktikanten (BGBl. Nr. 170/1973, zuletzt geändert durch BGBl. 145/1988), für Austauschlehrer und Austauschassistenten, für Eignungsausbildungsteilnehmer sowie die Ausgaben für die Prüfungskommissionen (BGBl. Nr. 314/1976) sind hier veranschlagt.

Außerdem sind hier Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG präliminiert.

Aufwendungen

Vor allem wird hier der gesamte Unterrichts- und Betriebsaufwand der allgemeinbildenden höheren Schulen veranschlagt. Weitere finanzielle Aufwendungen des Bundes sind für die Durchführung von Schulveranstaltungen für die Schüler der allgemeinbildenden höheren Schulen vorgesehen. Schließlich werden hier verschiedene Kosten für die im Ausland tätigen Lehrer verrechnet.

Paragraph 1271 Höhere Internatsschulen des Bundes**Aufgaben**

Höhere Internatsschulen des Bundes sind allgemeinbildende höhere Schulen, die mit einem Schülerheim derart organisch verbunden sind, daß die Schüler nach einem einheitlichen Erziehungsplan Unterricht, Erziehung und Betreuung, ferner Unterkunft und Verpflegung erhalten.

Sie bieten ein erweitertes Bildungs- und differenziertes Freizeitangebot.

1988/89 werden 4 Anstalten mit 84 Klassen geführt, gegenüber 86 Klassen im Schuljahr 1987/88.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	165,4	37,0	202,4	27,4
1988	159,3	36,2	195,5	26,4
1989	169,4	37,6	207,0	26,8

Ausgaben 1989**Anlagen**

Hier ist für die Anschaffung von Amts- und Einrichtungserfordernissen und für die Ausstattung der Lehrmittelsammlungen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Probelehrer/Unterrichtspraktikanten, die Aufwendungen des Bundes für Austauschlehrer und Austauschassistenten, für Eignungsausbildungsteilnehmer und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen präliminiert.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand werden hier vor allem Aufwendungen für Betriebs- und Verpflegsausgaben veranschlagt.

Paragraph 1274 Bundes-Blindenerziehungsinstitut und Bundesinstitut für Gehörlosenbildung**Aufgaben**

„Bundes-Blindenerziehungsinstitut“ und „Bundesinstitut für Gehörlosenbildung“ sind die Erziehungs-, Unterrichts- und Berufsbildungseinrichtungen des Bundes an den Sonderschulen für blinde und gehörlose Kinder in Wien.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	70,5	20,3	90,8	2,4
1988	68,9	23,6	92,5	3,1
1989	71,3	23,6	94,9	2,8

Ausgaben 1989**Anlagen**

Hier wird für die notwendigen Einrichtungserfordernisse und Lehrmittel für beide Schulen und Internate sowie für Berufsbildungseinrichtungen, Blindendruckerei und Leihbücherei vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer für Eignungsausbildungsteilnehmer und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand fallen insbesondere die Aufwendungen für Unterrichtserfordernisse, Betriebsmaterialien und Verpflegsausgaben an.

Paragraph 1275 Allgemeinbildende Pflichtschulen**Aufgaben**

Die Personalausgaben einschließlich Reise- und Übersiedlungsgebühren sowie der Bildungszulagen der Landeslehrer werden auf Grund von Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1989, BGBl. Nr. 000/1988, im Budget der Länder bei den Personalausgaben veranschlagt und vom Bund an die Länder ersetzt.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	20 199,5	0,0
1988	19 915,5	0,0
1989	20 679,5	0,0

Ausgaben 1989**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier sind die Aufwendungen des Bundes für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) Privatschulgesetz, die den Prüfungskommissionen für Externistenprüfungen zur Erwerbung eines Abschlußzeugnisses einer allgemeinbildenden Pflichtschule zustehenden Prüfungsgebühren sowie die laufenden Transferzahlungen an die Länder veranschlagt.

Der in den Kostenersätzen an die Länder für Landeslehrer an Privatschulen enthaltene Aufwand wird voraussichtlich 650 Millionen Schilling betragen.

Aufwendungen

Hier sind ua. Beträge für die Fortbildung der Lehrer, für Schadensvergütungen sowie für die Entschädigung von außerschulischen Begleitpersonen bei Schulveranstaltungen veranschlagt.

Paragraph 1276 Konvikte und Schülerheime (Allgemeinbildende)**Aufgaben**

Bundeskonvikte sind staatliche Schülerheime für Schüler und Schülerinnen, die zur Absolvierung ihres Studiums einer internatsmäßigen Unterbringung bedürfen.

Im Jahre 1989 stehen insgesamt 13 Bundeskonvikte sowie zwei Bundestagesschulheime in Betrieb, die alle zu allgemeinbildenden höheren Schulen in Verbindung stehen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	58,5	24,5	83,0	32,3
1988	59,9	25,7	85,6	34,4
1989	59,3	25,7	85,0	33,7

Kapitel 12 — Titel 128

43

Ausgaben 1989**Anlagen**

Für Erneuerungen von Einrichtungserfordernissen wurde hier vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen für die Eignungsausbildungsteilnehmer und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Die Aufwendungen umfassen den für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand, die erforderlichen Mittel für die Betriebsmaterialien und Verpflegungsausgaben sowie die Vorsorge für Tagungen und Veranstaltungen im Rahmen der Fortbildung der Erzieher und im Rahmen von besonderen Konviktsveranstaltungen.

Titel 128 Berufsbildende Schulen**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben für die Berufsbildenden Schulen, das sind die technischen und gewerblichen Lehranstalten, die Sozialakademien, Lehranstalten für Fremdenverkehrsberufe, Sozialberufe und wirtschaftliche Berufe, die Handelsakademien und Handelsschulen, die Berufsbildenden Pflichtschulen und die Konvikte, Internate und Schülerheime (Berufsbildende). Siehe auch Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

Die berufsbildenden höheren Schulen haben die Aufgabe, den Schülern eine höhere allgemeine und fachliche Bildung zu vermitteln, die sie zur Ausübung eines gehobenen Berufes auf technischem, gewerblichem, kunstgewerblichem, kaufmännischem oder humanberuflichem Gebiet befähigt, und sie zugleich zur Hochschulreife zu führen.

Arten der berufsbildenden höheren Schulen

Berufsbildende höhere Schulen sind:

- a) Höhere technische und gewerbliche (einschließlich kunstgewerbliche) Lehranstalten,
- b) Handelsakademien,
- c) Höhere Lehranstalten für Fremdenverkehrsberufe, Sozialberufe und wirtschaftliche Berufe,
- d) Akademien für Sozialarbeit,
- e) Sonderformen der in a bis c genannten Arten.

Die berufsbildenden mittleren Schulen haben die Aufgabe, den Schülern jenes fachliche grundlegende Wissen und Können zu vermitteln, das unmittelbar zur Ausübung eines Berufes auf gewerblichem, technischem, kunstgewerblichem, kaufmännischem oder humanberuflichem Gebiet befähigt. Zugleich haben sie die erworbene Allgemeinbildung in einer der künftigen Berufstätigkeit des Schülers angemessenen Weise zu erweitern und zu vertiefen.

Arten der berufsbildenden mittleren Schulen

Berufsbildende mittlere Schulen sind:

- a) Gewerbliche, technische und kunstgewerbliche Fachschulen,
- b) Handelsschulen,
- c) Fachschulen für wirtschaftliche Berufe,
- d) Fachschulen für Sozialberufe,
- e) Sonderformen der in a bis d genannten Arten.

Berufsbildende mittlere Schulen können aus dem Grunde der fachlichen Zusammengehörigkeit berufsbildenden höheren Schulen eingegliedert werden.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	6 802,3	2 063,5	8 865,8	157,6
1988	6 568,6	2 009,6	8 578,2	149,9
1989	6 878,0	2 027,6	8 905,6	136,3

Paragraph 1280 Technische und gewerbliche Lehranstalten**Aufgaben**

Die technischen und gewerblichen Lehranstalten mit ihren Sonderformen, den Kollegs und den angeschlossenen Versuchsanstalten, haben die Aufgabe, den Schülern eine höhere technische und gewerbliche Bildung zu vermitteln und sie zugleich zur Hochschulreife zu führen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	3 051,7	495,7	3 547,4	63,0
1988	2 909,3	477,2	3 386,5	54,3
1989	3 100,0	491,8	3 591,8	59,7

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Anhebung der Sachausgaben ist auf Erhöhungen bei den Anlagen für Hardware (EDV) und maschinelle Ausstattung neuer Schulen und den Aufwendungen für Instandhaltungen und der erstmaligen Veranschlagung der sonstigen Geldverkehrsspesen zurückzuführen.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Hier sind die Ausgaben für die Einrichtung und maschinelle Ausstattung der neu errichteten Schulen und die Modernisierung bestehender Anstalten vorgesehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert, auch Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Probelehrer/Unterrichtspraktikanten, für Austauschlehrer und Austauschassistenten, für Eignungsausbildungsteilnehmer sowie die Ausgaben für die Prüfungskommissionen sind hier veranschlagt.

Aufwendungen

Bei den Aufwendungen sind insbesondere die Ausgaben für den Betriebsaufwand der Lehr- und Versuchsanstalten, für Bildungszulagen und für Schulveranstaltungen vorgesehen.

Paragraph 1281 Sozialakad., LA f. Fremdenverkehrs-, Sozial- u. wirtsch. Berufe**Aufgaben**

Die Akademie für Sozialarbeit hat die Aufgabe, aufbauend auf dem Bildungsgut einer höheren Schule das für die Ausübung einer gehobenen Berufstätigkeit auf dem Gebiet der Sozialarbeit erforderliche Wissen und Können zu vermitteln.

Hier ist die Gebarung für die Akademien für Sozialarbeit, für die höheren und mittleren Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe und Fremdenverkehrsberufe und für die Fachschulen für Sozialberufe und für Mode und Bekleidungstechnik veranschlagt.

Bis zum Bundesvoranschlag 1987 war dieser Paragraph als „Sozialakademien-, LA f. Fremdenverkehrs-, Frauen- und Sozialberufe“ bezeichnet gewesen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	1 731,6	402,3	2 133,9	44,5
1988	1 683,0	372,9	2 055,9	43,6
1989	1 748,6	338,9	2 087,5	23,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung der Sachausgaben ist vor allem auf die Ausgliederung der Verrechnung der Arbeitsmittelbeiträge, insbesondere bei den Lebensmitteln, aus der voranschlagswirksamen Verrechnung sowie auf Verminderungen von Refundierungen an Gemeinden zurückzuführen.

Kapitel 12 — Titel 128

45

Ausgaben 1989**Anlagen**

Die Mittel dienen der Einrichtung und maschinellen Ausstattung der neu errichteten Schulen und der Modernisierung bestehender Anstalten.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert, auch Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Probelehrer/Unterrichtspraktikanten, für Austauschlehrer und Austauschassistenten, für Eignungsausbildungsteilnehmer sowie Entschädigungen für Lehrbeauftragte und Gastvortragende und Ausgaben für die Prüfungskommissionen sind veranschlagt.

Aufwendungen

Darunter fallen die Ausgaben für die Betriebsführung der Lehranstalten, insbesondere die Erfordernisse für den theoretischen und praktischen Unterricht, für die Bildungszulagen und Schulveranstaltungen.

Paragraph 1282 Handelsakademien und Handelsschulen**Aufgaben**

Bei diesem Voranschlagsansatz wird der Aufwand für die mittleren und höheren kaufmännischen Lehranstalten (Handelsakademien und Handelsschulen) und deren Sonderformen veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	1 982,4	259,7	2 242,1	2,4
1988	1 939,0	258,3	2 197,3	1,6
1989	1 992,0	261,7	2 253,7	1,8

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Anhebung der Sachausgaben ist durch eine Erhöhung bei den Ausgaben für Anlagen durch Einrichtungen und Ausstattungen neuer Schulen bedingt.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Die Mittel dienen vor allem der Einrichtung und Ausstattung neuer Schulen und der laufenden Ergänzung und Verbesserung der maschinellen Ausstattung bestehender Schulen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert, auch Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Probelehrer/Unterrichtspraktikanten, für Austauschlehrer und Austauschassistenten, für Eignungsausbildungsteilnehmer sowie die Ausgaben für die Prüfungskommissionen sind hier veranschlagt.

Aufwendungen

Dazu zählen die Ausgaben für die Betriebsführung der Lehranstalten, insbesondere die Erfordernisse für den theoretischen und praktischen Unterricht, für die Bildungszulagen und Schulveranstaltungen.

Paragraph 1285 Berufsbildende Pflichtschulen**Aufgaben**

Die Berufsschule hat die Aufgabe, in einem berufsbegleitenden fachlich einschlägigen Unterricht den berufsschulpflichtigen Personen die grundlegenden theoretischen Kenntnisse zu vermitteln, ihre betriebliche Ausbildung zu fördern und zu ergänzen sowie ihre Allgemeinbildung zu erweitern.

Die Schüler sind im betriebswirtschaftlichen und fachtheoretischen Unterricht durch die Einrichtung von Leistungsgruppen zu fördern, sofern hierfür eigene Schülergruppen gemäß den auf Grund des § 51 Abs. 3 SchOG erlassenen Ausführungsgesetzen einzurichten sind.

Die Personalausgaben einschließlich Reise- und Übersiedlungsgebühren sowie der Bildungszulagen der Landeslehrer werden auf Grund von Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1989, BGBl. Nr. 000/1988, im Budget der Länder bei den Personalausgaben veranschlagt und vom Bund an die Länder mit 50% ersetzt.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	861,8	0,0
1988	863,1	0,0
1989	896,1	0,0

Ausgaben 1989**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Hier sind die den Mitgliedern der Prüfungskommissionen zustehenden Prüfungsgebühren sowie die laufenden Transferzahlungen an die Länder veranschlagt.

Aufwendungen

Darunter fallen vor allem Ausgaben für Schulversuche und Lehrplanarbeiten.

Paragraph 1286 Konvikte, Internate und Schülerheime (Berufsbildende)**Aufgaben**

Bundeskonvikte sind staatliche Schülerheime für Schüler und Schülerinnen, die zur Absolvierung ihres Studiums einer internatsmäßigen Unterbringung bedürfen.

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die Bundeskonvikte der berufsbildenden Schulen, die Internate der Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe, das Schülerheim der höheren technischen Bundeslehranstalt, Bundeshandelsakademien und Bundeshandelsschule Wien 3 sowie das Bundesheim Krieglach veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Millionen	Ein- nahmen Schilling
1987	36,7	43,9	80,6	47,7
1988	37,2	38,1	75,3	50,4
1989	37,3	39,3	76,6	51,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Sachausgaben richten sich nach den wirtschaftlichen Erfordernissen und stehen auch in Beziehung zu den Verpflegseinnahmen.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Bei den Anlagen wird für die Einrichtung von Neubauten und die Erneuerung der Ausstattung an berufsbildenden Internaten vorgesorgt.

Kapitel 12 — Titel 129

47

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen für die Eignungsausbildungsteilnehmer und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Dazu zählen insbesondere die Ausgaben für geringwertige Wirtschaftsgüter, die Lebensmittel, die Energie und den übrigen Betriebsaufwand der Konvikte, Internate und Schülerheime.

Titel 129 Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung**Gesetzliche Grundlagen**

Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 327/1988;

Bundesgesetz vom 6. Feber 1974 über Schulen zur Ausbildung von Leibeserziehern und Sportlehrern, BGBl. Nr. 140/1974.

Im Bereich der Pädagogischen Akademien werden Volksschullehrer, Hauptschullehrer, Sonderschullehrer und Lehrer für Polytechnische Lehrgänge herangebildet. Den Pädagogischen Akademien sind Übungsvolks- und Übungshauptschulen eingegliedert. Ferner können die Pädagogischen Akademien entsprechend den unterrichtlichen Erfordernissen pädagogische Tatsachenforschung betreiben.

Bundesanstalten für Leibeserziehung.

Die Pädagogischen Institute dienen der Fortbildung der Lehrer. Siehe auch Übersicht am Ende der Erläuterungen zu Kapitel 12.

Organisation

Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung:

- 8 Pädagogische Akademien des Bundes mit Übungsschulen
- 6 private Pädagogische Akademien mit Übungsschulen
- 6 Religionspädagogische Akademien der Diözesen
- 4 Berufspädagogische Akademien des Bundes
- 8 Pädagogische Institute des Bundes
- 3 Pädagogische Institute der Länder
- 8 Religionspädagogische Institute der Diözesen
- 15 Bundes-Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik
- 12 Privat-Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik
- 1 Bundes-Bildungsanstalt für Erzieher
- 1 Bundesinstitut für Heimerziehung
- 2 Privat-Bildungsanstalten für Erzieher
- 4 Bundesanstalten für Leibeserziehung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1987	960,5	335,6	1 296,1	9,4
1988	951,5	388,0	1 339,5	9,0
1989	1 000,3	388,8	1 389,1	8,5

Paragraph 1290 Pädagogische Akademien**Aufgaben**

Die Pädagogischen Akademien haben gemäß dem Schulorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 327/1988, die Aufgabe, aufbauend auf dem Bildungsgut einer höheren Schule in sechs Semestern Volksschullehrer, Hauptschullehrer, Sonderschullehrer und Lehrer für Polytechnische Lehrgänge heranzubilden.

Auch die Personalausgaben für die Religionspädagogischen Akademien sind bei diesem Paragraphen veranschlagt.

48

Kapitel 12 — Titel 129

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	570,0	129,2	699,2	2,2
1988	572,6	132,7	705,3	2,2
1989	585,0	146,4	731,4	1,9

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Zunahme der Sachausgaben ist auf die Verlängerung der Volksschullehrer-Ausbildung von 4 auf 6 Semester gem. 7. SchOG-Novelle, BGBl. Nr. 365/1982, zurückzuführen.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Gemäß 7. SchOG-Novelle muß seit 1. September 1985 für die Ausweitung der Volksschullehrerausbildung auf 6 Semester und für die Integration der Ausbildung für Werkerziehung und Hauswirtschaft vorgesorgt werden. Darüber hinaus muß in einigen Pädagogischen Akademien die Ausstattung von Sonderunterrichtsräumen für Chemie und Physik für die Hauptschullehrerausbildung erfolgen. Weiters müssen die Pädagogischen Akademien mit EDV-Anlagen für die Studienbibliotheken und für die Verwaltung ausgestattet werden.

In den Übungshauptschulen sind gemäß 7. SchOG-Novelle Leistungsgruppen zu führen. Für diese sind zusätzliche Einrichtungen erforderlich.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert. Weiters Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer (Religionsunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 190/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 329/1988), für Austauschlehrer und Austauschassistenten, für Eignungsausbildungsteilnehmer, Entschädigungen für Lehrbeauftragte gemäß Bundesgesetz vom 30. Juni 1981, BGBl. Nr. 343/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 656/1987, betreffend die Vergütung der Unterrichtstätigkeit der Lehrbeauftragten im Bereich des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport und des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft und Ausgaben für die Prüfungskommissionen (BGBl. Nr. 314/1976).

Aufwendungen

Der Aufwand für die Verwaltung und den Studienbetrieb der Pädagogischen Akademien und der Übungsschulen sowie die Ausgaben der Kuratorien sind hier erfaßt. Weiters wurde für die Studienbibliotheken, die der Lehreraus- und -fortbildung zu dienen haben, und für die Bildungszulagen vorgesorgt. Ferner sind hier die Erfordernisse für die pädagogische Tatsachenforschung veranschlagt. Außerdem ist für den Aufwand der Stiftung „Pädagogische Akademie Burgenland“ und der Diözese Eisenstadt vorgesorgt.

Weiters sind die Betriebs- und Wartungskosten für das Bibliotheksorganisationssystem (BIBOS) sowie Studienunterstützungen gemäß §§ 28 und 29 des Studienförderungsgesetzes zu bestreiten.

Paragraph 1291 Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und Erzieher

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	250,1	66,9	317,0	5,4
1988	242,6	83,8	326,4	5,2
1989	263,0	75,7	338,7	5,4

Kapitel 12 — Titel 129

49

Aufgaben

Die Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und die Bildungsanstalten für Erzieher haben die Aufgabe, die Schüler in fünfjähriger Ausbildung für die Erfüllung der Erziehungs- und Bildungsaufgaben in den Kindergärten bzw. zu Erziehern heranzubilden und sie zugleich zur Hochschulreife zu führen.

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung der Sachausgaben ist durch eine Einsparung bei den Ausgaben für Aufwendungen insbesondere durch einen Minderbedarf für Refundierungen an Gemeinden bedingt.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Im Hinblick auf die seit 1. September 1985 fünfjährige Ausbildung sind auf Grund des neuen Lehrplanes naturwissenschaftliche Räume auszustatten bzw. Lehrmittel anzukaufen. Weiters ist für die Erneuerung bzw. Ergänzung der Medienausstattung, der Ausstattung mit Musikinstrumenten sowie der Einrichtung der Übungskindergärten und -horte vorzusorgen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) und für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer), sowie Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, die Ausbildungsbeiträge für Probelehrer/Unterrichtspraktikanten, für die Eignungsausbildungsteilnehmer, die Ausgaben für die Prüfungskommissionen und die Entschädigungen gemäß Lehrbeauftragtengesetz präliminiert.

Aufwendungen

Bei den Aufwendungen für Bildungsanstalten ist insbesondere für die Erfordernisse der nunmehr fünfjährigen Ausbildung vorgesorgt. Die Erweiterung der Ausstattung für den naturwissenschaftlichen Bereich im Hinblick auf die fünfjährige Ausbildung der Erzieher und Kindergartenpädagogen ist gleichfalls vorgesehen. Für eine Neuanmietung für das Bundesinstitut für Heimerziehung in Baden sind Einrichtungsgegenstände anzukaufen. Die Ausgaben für Miet- und Pachtzinse erhöhen sich durch diese Neuanmietung und durch den Ablauf der Mietvorauszahlung für die Bundes-Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik in Innsbruck. Gemäß Vertrag des Bundes mit der Stadt Wien vom 30. August 1984 sind für die Privatschulen der Stadt Wien Vergütungen in Höhe von insgesamt 14 Millionen Schilling im Jahr 1989 zu entrichten.

Paragraph 1292 Berufspädagogische Akademien

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
			Millionen Schilling	
1987	54,3	15,4	69,7	0,8
1988	56,0	19,1	75,1	0,7
1989	58,0	19,2	77,2	0,3

Aufgaben

An den Berufspädagogischen Akademien wird aufbauend auf dem Bildungsgut einer höheren Schule, einer Meisterausbildung oder gleichwertigen Befähigung jenes fachliche Wissen und Können vermittelt, das zur Ausübung des Berufes als Lehrer für berufsbildende Pflichtschulen, als Lehrer für den hauswirtschaftlichen oder gewerblichen Fachunterricht an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen sowie als Lehrer für Stenotypie, Phonotypie und Textverarbeitung befähigt. Ferner können die Berufspädagogischen Akademien entsprechend den unterrichtlichen Erfordernissen berufspädagogische Tatsachenforschung betreiben.

4 Arbeits(Amts)beihilf zum BFG

Ausgaben 1989**Anlagen**

Einrichtung des Neubaus der Berufspädagogischen Akademie des Bundes in Wien.

Ankauf von Verwaltungs- und Unterrichtscomputern und entsprechender Einrichtungsgegenstände für die Berufspädagogischen Akademien des Bundes. Weiters ist für den ersten Teil der Einrichtung des Zubaus (Aufstockung) der Berufspädagogischen Akademie des Bundes in Linz vorzusorgen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes, für Austauschlehrer und Austauschassistenten, für Eignungsausbildungsteilnehmer, die Entschädigungen für Lehrbeauftragte gemäß Bundesgesetz vom 30. Juni 1981, BGBl. Nr. 343/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 656/1987, betreffend die Abgeltung von bestimmten Unterrichts- und Erziehungstätigkeiten im Bereich des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport und des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, sowie die Vorbereitungslehrgänge für die Erweiterungsprüfungen und die den Mitgliedern der Prüfungskommissionen zustehenden Prüfungsgebühren veranschlagt.

Aufwendungen

Darunter fallen neben dem für den Studienbetrieb und für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand Kosten für die Einrichtung des neuen Gebäudes der Berufspädagogischen Akademie Wien sowie des Zubaus (Aufstockung) der Berufspädagogischen Akademie des Bundes in Linz.

Paragraph 1293 Bundesanstalten für Leibeserziehung**Aufgaben**

Ausbildung von Leibeserzieher und Sportlehrer.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	24,8	27,8	52,6	0,5
1988	24,8	28,6	53,4	0,4
1989	25,1	29,9	55,0	0,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Anhebung der Sachausgaben ergibt sich durch die Erneuerung von Maschinen und maschinellen Anlagen.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Hier sind die Ausgaben für die notwendigsten Amts- und Einrichtungserfordernisse veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die öffentlichen Abgaben, Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer, für Eignungsausbildungsteilnehmer, die Entschädigungen für die Lehrbeauftragten und die Ausgaben für die Prüfungskommissionen veranschlagt.

Aufwendungen

Darunter fallen neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand ua. die Aufwendungen für Unterrichtserfordernisse, Tagungen und Ausbildungsaktionen.

Kapitel 12 — Titel 129

51

Paragraph 1294 Pädagogische Institute**Aufgaben**

Die Pädagogischen Institute dienen gemäß § 125 SchOG, BGBl. Nr. 365/1982, der Fortbildung der Lehrer, wobei auch die Vorbereitung und Prüfung für zusätzliche Befähigungen erfolgen kann. Außerdem können die Institute Absolventen der Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik oder für Erzieher fortbilden. Die Pädagogischen Institute haben auch der pädagogischen Tatsachenforschung zu dienen.

Die Pädagogischen Institute sind in vier Abteilungen zu gliedern:

- a) Abteilung für Lehrer an allgemeinbildenden Pflichtschulen,
- b) Abteilung für Lehrer an Berufsschulen,
- c) Abteilung für Lehrer an allgemeinbildenden höheren Schulen (die auch der Fortbildung der Lehrer an Bildungsanstalten für Kindergartenpädagogik und Bildungsanstalten für Erzieher dient) und
- d) Abteilung für Lehrer an berufsbildenden Schulen (ausgenommen für Berufsschullehrer).

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	61,3	96,2	157,5	0,5
1988	55,6	123,8	179,4	0,5
1989	69,2	117,6	186,8	0,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung der Sachausgaben ist im wesentlichen auf einen Minderbedarf für Refundierungen an Gemeinden zurückzuführen.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Die Neuorganisation und der Erweiterungsbedarf bedingen die Notwendigkeit, die Pädagogischen Institute räumlich zu vergrößern sowie entsprechend einzurichten. Weiters werden die Pädagogischen Institute mit EDV-Geräten für die Verwaltung und für die Lehrerfortbildung ausgestattet.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die öffentlichen Abgaben, die Aufwendungen des Bundes für Bedienstete gemäß Punkt 3 Abs. 7 des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes (zB für dienstzugeteilte Landeslehrer) sowie für Lehrer gemäß § 19 (3) bis (5) des Privatschulgesetzes (Vergütungslehrer) präliminiert. Weiters werden Beträge für die kirchlich bestellten Religionslehrer gemäß Religionsunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 190/1949, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 329/1988 für die Eignungsausbildungsteilnehmer, Entschädigungen für Lehrbeauftragte gemäß Bundesgesetz vom 30. Juni 1981, BGBl. Nr. 343/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 656/1987, betreffend die Vergütung der Unterrichtstätigkeit der Lehrbeauftragten im Bereich des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport und des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft und Ausgaben für die Prüfungskommissionen, BGBl. Nr. 314/1976, veranschlagt.

Aufwendungen

Der Aufwand für die Verwaltung und für die Fortbildungsveranstaltungen der Pädagogischen Institute des Bundes sowie für die Prüfungskommissionen für das Lehramt an Hauptschulen, Sonderschulen und Polytechnischen Lehrgängen in allen Bundesländern wird hier erfaßt. Ferner sind hier die Erfordernisse für die pädagogische Tatsachenforschung veranschlagt.

Auf Grund der 7. SchOG-Novelle sind für die Pädagogischen Institute der Länder die vertraglich vereinbarten Refundierungen veranschlagt.

Öffentliche Schulen

Schulformen	Schuljahr	Schulen	Klassen (Jahrgänge)	Schüler
Allgemeinbildende Pflichtschulen	1986/87	4 987	33 337	635 313
	1987/88	4 987	32 713	627 061
	1988/89 *)	4 980	32 744	628 681
Allgemeinbildende höhere Schulen	1986/87	244	5 733	143 358
	1987/88	246	5 700	141 263
	1988/89 *)	246	5 480	135 898
Berufsbildende Pflichtschulen	1986/87	257	6 483	173 778
	1987/88	247	6 482	169 205
	1988/89 *)	247	6 131	160 010
Berufsbildende mittlere Schulen	1986/87	396	2 165	52 283
	1987/88	405	1 923	44 802
	1988/89 *)	405	1 827	42 577
Berufsbildende höhere Schulen	1986/87	226	3 278	85 381
	1987/88	234	3 321	86 986
	1988/89 *)	234	3 162	82 841
Berufsbildende Akademien (Akademien für Sozialarbeit)	1986/87	2	— **)	222
	1987/88	2	— **)	222
	1988/89 *)	2	— **)	222
Lehrerbildende mittlere und höhere Schulen	1986/87	24	315	6 389
	1987/88	24	293	6 557
	1988/89 *)	21	284	6 358
Lehrerbildende Akademien	1986/87	13	— **)	4 156
	1987/88 *)	13	— **)	4 557
	1988/89 *)	13	— **)	4 894

*) Vorläufige Schätzung.

**) Keine Vergleichsbasis, da nur nach Semestern geführt.

Kapitel 13 — Titel 130

53

Kapitel 13 Kunst

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 78/1987, insbesondere der Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt K sowie aus dem Kunstförderungsgesetz BGBl. Nr. 146/1988.

Aufgaben

Im Bereich des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport werden beim Kapitel 13 die subsidiären Ausgaben und Einnahmen des Bundes auf dem Gebiet der Kultur- und Kunstförderung veranschlagt.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	6,3	440,1	446,4	2,5
1988	6,5	546,3	552,8	3,6
1989	6,3	586,0	592,3	3,6

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 130 Bundesministerium (Zweckaufwand)

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	436,8	0,3
1988	542,9	0,4
1989	581,9	0,4

Paragraph 1300 Bildende Künste und Ausstellungen**Gesetzliche Grundlage**

Privatwirtschaftsverwaltung (Art. 17 Bundesverfassungsgesetz) in der Fassung des Art. 17 a Grundrechtskatalog des Staatsgrundgesetzes.

Aufgaben

Förderung der bildenden Künste und des Ausstellungswesens in Österreich und im Ausland. Kunstankauf in Österreich im Bereich der zeitgenössischen Kunst sowie Durchführung von Kulturabkommen im Bereich der bildenden Kunst.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	18,3	0,0
1988	25,8	0,0
1989	26,8	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Höhe der Sachausgaben richtet sich nach der Anzahl der vorgesehenen Ausstellungen bzw. nach den vorgesehenen Vorhaben.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Hier sind die Kosten für Kunstankäufe veranschlagt.

Förderungen

An Förderungsmaßnahmen sind ua. vorgesehen:

Subventionen für Vereinigungen der bildenden Künstler, Förderungen bildender Künstler durch Unterstützung von Ausstellungen, Zuteilung von Arbeitsstipendien, Reisekostenzuschüssen, Künstler-symposien und die Nachwuchsförderung sowie Baukostenzuschüsse.

Aufwendungen

Hier sind die Ausgaben für Ausstellungen, die der Bund veranstaltet, sowie Beträge für Verwaltung und Instandhaltung der im Eigentum des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport stehen-den Kunstwerke sowie Kosten der innerstaatlichen Durchführung von Kulturabkommen für den Bereich der bildenden Kunst und Ehrengaben veranschlagt.

Paragraph 1301 Musik und darstellende Kunst

Aufgaben

Förderung im besonderen der Theater, Musikvereinigungen, Orchester, Kunstschulen sowie der Festwochen und Festspiele in Österreich.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	250,5	0,1
1988	312,7	0,0
1989	321,7	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Anhebung der Sachausgaben ergibt sich vor allem durch eine Erhöhung der Ausgaben für Kul-turzentren (IF) sowie die neu aufgenommenen IF Projekte Wr. Konzerthaus und Elisabeth-Bühne Salz-burg.

Ausgaben 1989

Förderungen

Die Förderungen betreffen Subventionen, insbesondere an die Theater, Musikvereinigungen, Orchester und sonstige gemeinnützige Einrichtungen, Kunstschulen sowie für Festwochen und Fest-spiele (in Wien und in den Bundesländern). Weiters sind Beiträge für Kulturbauten in verschiedenen Bundesländern vorgesehen.

Außerdem gewährt das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport Preise und Staatssti-pendien.

Aufwendungen

Die Ehrengaben an verdiente Künstler sowie Kosten für Veranstaltungen und sonstige Aufwendun-gen, die anlässlich von Preisverleihungen und Ehrungen anfallen, und Unterstützungen für alte Künstler sind hier veranschlagt.

Außerdem ist hier der Bundesbeitrag zum Salzburger Festspielfonds veranschlagt; nach dem Bun-desgesetz vom 12. Juli 1950, BGBl. Nr. 147, ist der Bund verpflichtet, 40 vH des Abganges zu überneh-men.

Paragraph 1302 Literatur

Aufgaben

Förderung der guten Literatur

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	30,1	0,0
1988	32,7	0,0
1989	41,2	0,0

Kapitel 13 — Titel 130

55

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ist durch eine Ausweitung der Förderungsmaßnahmen für Zuschüsse an Unternehmungen und Zuschüsse für sonstige Anlagen (IF) bedingt.

Ausgaben 1989**Förderungen**

An Förderungsmaßnahmen sind ua. vorgesehen:

Druckkostenbeiträge, Reise- und Arbeitsstipendien, Preise und Prämien sowie Subventionen für literarische Vereinigungen und für die literarische Verwertungsgesellschaft.

Außerdem sind hier noch die Förderungsmittel für die Kinder- und Jugendliteratur veranschlagt.

Aufwendungen

Hier sind Ehrengaben an verdiente Schriftsteller sowie Kosten für Veranstaltungen anlässlich von Ehrungen und Unterstützungen für alte Schriftsteller veranschlagt.

Dazu kommt noch die Spesenrefundierung an die Österreichische Jugendschriftenkommission.

Paragraph 1303 Kunstförderungsbeiträge (zweckgeb. Gebarung)**Gesetzliche Grundlage**

Kunstförderungsbeitragsgesetz, BGBl. Nr. 573/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 00/1988.

Aufgaben

Als Einnahmen werden die Kunstförderungsbeiträge je Rundfunkteilnehmer, die als jährliche Abgabe in der Höhe von 48 Schilling eingehoben werden, beim Voranschlagsansatz 2/52180 veranschlagt.

Diese Einnahmen werden nach Verminderung um die Einhebungsvergütung (4 vH) zwischen dem Bund und den Ländern im Verhältnis 70 : 30 aufgeteilt.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1987	53,7	0,0
1988	53,7	0,1
1989	62,9	0,1

Ausgaben 1989**Anlagen**

Zur Förderung junger Künstler werden vom Bund Kunst- und Fotoankäufe getätigt.

Förderungen (D)

Die Förderung kann zum Teil durch Gewährung von zinsenlosen Darlehen erfolgen.

Förderungen

85 vH des Ertrages aus dem Bundesanteil am Kunstförderungsbeitrag werden vom Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport, der restliche Ertrag wird vom Bundesminister für Wissenschaft und Forschung für Zwecke der Kunstförderung verwendet.

Zur Beratung des Bundesministers für Unterricht, Kunst und Sport und des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung über die Verwendung der Kunstförderungsbeiträge ist ein Beirat eingesetzt.

In den Genuß der Förderungsmittel gelangen hier bundesweit die gemeinnützigen Einrichtungen, Institutionen und Einzelpersonen der Sparten „Bildende Kunst, Musik, Literatur und des Filmwesens“.

Aufwendungen

Hier sind vor allem Künstlerhilfen für nicht mehr aktive Künstler veranschlagt.

Paragraph 1304 Filmwesen**Aufgaben**

Förderung des österreichischen Films. Unter anderem werden bei diesem Paragraphen auf Grund des Bundesgesetzes über die Förderung des österreichischen Films, BGBl. Nr. 557/1980 (Filmförderungsgesetz), zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 517/1987, hier Mittel für den Österreichischen Filmförderungsfonds bereitgestellt.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	54,3	0,2
1988	77,7	0,3
1989	83,7	0,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ist vor allem durch vermehrte Zuwendungen für den Filmförderungsfonds bedingt.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Hier sind Ausgaben für den Ausbau der Filmsammlungen veranschlagt.

Förderungen

Ausgaben für den österreichischen Filmförderungsfonds. Außer der Subventionierung des Österreichischen Filmarchivs, des Österreichischen Filmmuseums und der Aktion „Film Österreich Avantgarde“ werden hier noch bundesweit andere gemeinnützige Vereinigungen und Institutionen sowie Einzelpersonen für Kurz- und Experimentalfilme durch erhebliche Förderungsmittel bedacht.

Aufwendungen

Hier sind Beträge für die Filmbegutachtung, Filmberichterstattung und für Ehrengaben sowie Ersätze für Filmarchivierung vorgesehen. Außerdem sind hier die Kosten der innerstaatlichen Durchführung von Kulturabkommen für den Bereich Film zur Veranstaltung von Filmwochen veranschlagt.

Paragraph 1305 Künstlerhilfe**Gesetzliche Grundlage**

4. GSVG-Novelle, BGBl. Nr. 295/1960.

Aufgaben

Für die pflichtversicherten bildenden Künstler leistet der privatrechtliche Künstlerhilfefonds Zahlungen in der Höhe von 50% der dieser Gruppe von Pflichtversicherten vorgeschriebenen Beiträge auf Grund vertraglicher Verpflichtungen an die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	24,5	0,0
1988	35,0	0,0
1989	36,0	0,0

Ausgaben 1989**Förderungen**

In Fortführung der bis zur 4. GSVG-Novelle bestandenen gesetzlichen Verpflichtung des Bundes (§ 27 Abs. 2 GSVG zuletzt geändert durch das Künstler-Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 157/1958) leistet der Bund nunmehr an den Fonds Beiträge, die den Fonds in die Lage versetzen sollen, seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Sozialversicherungsanstalt einzuhalten.

Kapitel 13 — Titel 132

57

Paragraph 1306 Innerstaatliche Durchführung kultureller Auslandsangelegenheiten**Aufgaben**

Koordination der innerstaatlichen Durchführung der kulturellen Auslandsangelegenheiten und der Kulturabkommen sowie Organisation aller Auslandsangelegenheiten für das Ressort.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1987	5,4	0,0
1988	5,1	0,0
1989	9,6	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Anhebung der Sachausgaben ist vor allem durch Erhöhungen der Ausgaben für internationale Begegnungen und Expertenbesuche im bi- und multilateralen Bereich bedingt.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Vorgesehen sind Ausgaben für notwendige Einrichtungserfordernisse der österreichischen UNESCO-Kommission.

Förderungen

Hier werden Subventionen für Vereinigungen gewährt, die kulturelle und pädagogische Aufgaben im internationalen Bereich zu erfüllen haben.

Aufwendungen

Veranschlagt sind ua. Beträge für die Durchführung von Untersuchungen, Expertengutachten und Seminaren, die entweder von UN-Organisationen, den Fachkomitees des Europarates einschließlich des CCC (Conseil de Cooperation Culturelle = Regierungsgremium für Erziehung und Kultur der im Europarat und der europäischen Kulturkonvention vertretenen Mitglieder) und von der UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) oder von diesen nahestehenden, in deren Auftrag arbeitenden multilateralen Institutionen, der ständigen Vertretung Österreichs beim Europarat bzw. bei der UNESCO durchgeführt werden und der Betriebsaufwand der Österreichischen UNESCO-Kommission.

Weiters wird aus diesem Voranschlagsansatz die innerstaatliche Durchführung der in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten und dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung abgeschlossenen Kulturabkommen im Rahmen des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport finanziert. (Expertenaustausch im Schul- und Kulturbereich; Übermittlung von Österreich-Literatur und einschlägigem Informationsmaterial); Finanzierung und Durchführung von Ministerbesuchen.

Titel 132 Hofmusikkapelle**Aufgaben**

Weiterführung des klassischen Kirchengesanges aus der Zeit vor dem zweiten vatikanischen Konzil mit den Wiener Sängerknaben, den Mitgliedern des Wiener Staatsopernorchesters und der Choral-scola.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	6,3	3,2	9,5	2,2
1988	6,5	3,5	10,0	3,2
1989	6,3	4,1	10,4	3,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Die unterschiedliche Höhe der Sachausgaben ist durch die Anzahl der jeweils geplanten bzw. durchgeführten Veranstaltungen und Proben bestimmt.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Vorgesehen sind Ausgaben für notwendige Amts- und Einrichtungserfordernisse.

Aufwendungen

Hier sind Aufwendungen für den laufenden Betrieb, vor allem für Entgelte an Einzelpersonen (Pflichtdienste der Sängerknaben, Choralsänger, Gastsolisten und -dirigenten usw.), veranschlagt.

Kapitel 14 — Titel 140

59

Kapitel 14 Wissenschaft und Forschung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 78/1987, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt M.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	7 216,0	9 869,1	17 085,1	1 041,1
1988	7 027,0	10 852,1	17 879,1	1 115,9
1989	7 206,5	11 192,2	18 398,7	1 126,2

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 140 Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiet der Koordination der Forschungsvorhaben des Bundes zur Wahrung der allen Verwaltungszweigen gemeinsamen Interessen auf diesem Gebiet sowie die Koordination der Planung des Einsatzes von Bundesmitteln zum Zweck der Forschung.

Angelegenheiten der Wissenschaften, insbesondere der wissenschaftlichen Forschung und Lehre.

Dazu gehören insbesondere auch:

Angelegenheiten der wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulen sowie anderer wissenschaftlicher Anstalten und Forschungseinrichtungen einschließlich der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, die Angelegenheiten der wissenschaftlichen Berufsvorbildung, Berufsausbildung und Berufsbildung, des wissenschaftlichen Bibliotheks-, Dokumentations- und Informationswesens, der studentischen Interessenvertretung und der Studienbeihilfen und Stipendien, die Förderung des Baues von Studentenheimen sowie die Angelegenheiten der wissenschaftlichen Sammlungen und Einrichtungen.

Angelegenheiten der Museen, soweit sie nicht in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Landesverteidigung fallen, sowie Angelegenheiten des Denkmalschutzes.

Angelegenheiten der wissenschaftlichen Stiftungen und Fonds.

Angelegenheiten der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	103,7	64,6	168,3	25,2
1988	99,8	74,2	174,0	25,5
1989	104,8	75,0	179,8	26,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ergibt sich durch die Überstellung des Mitgliedsbeitrages für das Österreichische Institut für Schul- und Sportstättenbau (ÖISS) vom Kapitel 50 zu diesem Titel.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Bei diesem Voranschlagsansatz ist vor allem für die Beschaffung der notwendigen Amtseinrichtung einschließlich moderner Büroautomation Vorsorge getroffen.

Förderungen

Die Förderungen betreffen vor allem Zuschüsse für wissenschaftliche Zeitschriften und allgemeine Kulturförderungen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind Beiträge für Familien- und Geburtenbeihilfen sowie die Ausgaben für öffentliche Abgaben und die Aufwendungen an die Eignungsausbildungsteilnehmer vorgesehen.

Aufwendungen

Hier wird für den Administrativaufwand der Zentralleitung vorgesorgt.

Titel 141 Bundesministerium (Zweckaufwand)**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes für den Zweckaufwand. Dieser umfaßt die hochschulischen Einrichtungen, die wissenschaftlichen Einrichtungen, die bibliothekarischen Einrichtungen, die Expertengutachten und Auftragsforschung, die wissenschaftliche Forschung, die gewerbliche Forschung, die Forschungseinrichtungen, die Österreichische Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute, die Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation und die Forschungsunternehmungen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1987	3 111,6	1,1
1988	3 100,5	101,4
1989	3 444,5	248,9

Unterschiede gegen Vorjahre

Das Mehrerfordernis resultiert im wesentlichen aus höheren Baukostenzuschüssen (IF) für Studentenmensen und -heimen, aus sonstigen Zuschüssen zur Führung von Mensen, Verpflichtungen aus internationalen Abkommen, den Projektkosten für österreichische Kosmonauten sowie aus der Vorsorge für die Durchführung des Studienförderungsgesetzes. Weiters wurden die Ausgaben für Expertengutachten und Auftragsforschung, des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, des Forschungsförderungsfonds für die Gewerbliche Wirtschaft und die Zuwendungen an die Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute erhöht.

Außerdem kommen die Mittel des Innovations- und Technologiefonds (ITF) zum Tragen.

Die Erhöhung der Einnahmen ist ebenfalls auf den Innovations- und Technologiefonds (ITF) zurückzuführen.

Paragraph 1410 Hochschulische Einrichtungen**Gesetzliche Grundlage**

Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 436/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 379/1988.

Aufgaben

Neubau bzw. Renovierung von Studentenheimen, Zuschüsse an die Österreichische Hochschüler-schaft, Studienförderung, Vorsorge für Wissenschaftler- und Studentenaustausch, internationale Abkommen.

Ausgaben 1989**Förderungen**

Hervorzuheben ist die Förderung des Neubaus bzw. der Renovierung von Studentenheimen und die Förderung der Führung von Mensen, dadurch werden den Studenten kostengünstige Unterkunftsmöglichkeiten und Verpflegung geboten.

Kapitel 14 — Titel 141

61

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz sind Mittel für die Studienförderung (Studienbeihilfen und Begabtenstipendien) der Studierenden an den Universitäten und an den Kunsthochschulen veranschlagt.

Aufwendungen

Vorsorge für Wissenschaftler- und Studentenaustausch auf Grund von Verpflichtungen aus internationalen Abkommen.

Durchführung von neu abgeschlossenen wissenschaftlich-technischen Abkommen, die vor allem die Gewährung von Forschungs- und Studienstipendien, die Organisation von Studienreisen, Kursen, Vorträgen, wissenschaftlich-technischen Kolloquien und Austausch von Dokumentations- und Filmmaterial vorsehen.

Stipendien an absolvierte Akademiker zur weiteren Ausbildung und ständige Unterstützungsaktionen.

Durchführung von Forschungsk Kooperation auf Grund internationaler Abkommen für die Realisierung bilateraler Forschungsprojekte.

Studienunterstützungen werden Studenten, die nach den Bestimmungen des Studienförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 436/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 379/1988 einen gesetzlichen Anspruch nicht geltend machen können, gewährt.

Leistungen des Bundes an den Hauptverband der Sozialversicherungsträger als Beitrag zur Sozialversicherung der Studenten.

Außerdem ist die Jahresrate zur Errichtung des Universitätszentrums Althanstraße veranschlagt.

Paragraph 1411 Wissenschaftliche Einrichtungen**Gesetzliche Grundlage**

Beitragsleistung für die Weltorganisation für Meteorologie (WMO). Beitragsleistung: Art. 24 BGBl. Nr. 64/1958.

Aufgaben

Beitragsleistungen für internationale Vereinigungen und Beihilfen für Zwecke der Wissenschaft.

Ausgaben 1989**Förderungen**

Unter den Förderungen sind hauptsächlich Unterstützungen für wissenschaftliche Einrichtungen, die teils namentlich den in der Postbezeichnung genannten Institutionen, teils Subventionswerbern (u.a. wissenschaftliche Vereine) oder Einzelvorhaben (Kongresse, Studienreisen, Druckkostenzuschüsse) zufließen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Internationale Beitragsleistungen sind vorgesehen für die Weltorganisation für Meteorologie (WMO) und verschiedene Mitgliedsbeiträge für internationale Vereinigungen.

Aufwendungen

Veranschlagt sind Verpflichtungen aus internationalen Abkommen, Beihilfen für Zwecke der Wissenschaft und Beiträge für internationale Organisationen.

Paragraph 1412 Bibliothekarische Einrichtungen**Ausgaben 1989****Förderungen**

Hier sind Beträge für Einrichtungen im Interesse des gesamtösterreichischen Bibliothekswesens (Österreichische Bibliographie u.ä.) und für wissenschaftliche Bibliotheken von Körperschaften, die in Koordination mit dem gesamtösterreichischen Bibliothekswesen Aufgaben der Literaturversorgung wahrnehmen, veranschlagt.

Paragraph 1413 Expertengutachten und Auftragsforschung**Gesetzliche Grundlage**

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 655/1987.

Ausgaben 1989**Aufwendungen**

Durch die Mittel für Expertengutachten, die nur einen kleinen Teil des Voranschlagsansatzes betragen, sollen Fachexperten zur Erstellung forschungspolitischer Gutachten in interdisziplinärer Teamarbeit herangezogen werden.

Die Auftragsforschung sieht die Vergabe öffentlicher Aufträge zur Durchführung notwendiger Forschungsvorhaben für den Staat vor. Diese Aufträge sollen der Forschung neue Impulse geben und eine enge Verbindung von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft im Forschungsbereich bewirken. In den hochentwickelten Industriestaaten ist Auftragsforschung die wichtigste Form der Forschungsförderung.

Durch die Neustrukturierung der Ausgabenposten soll eine verbesserte Transparenz erreicht werden;

Technologieschwerpunkte: werden von der Bundesregierung für eine mehrjährige Periode festgelegt.

Forschungsschwerpunkte: werden vom Bundesminister für Wissenschaft und Forschung festgelegt.

Allgemeine Auftragsforschung: dient ua. zur Vorbereitung neuer Schwerpunkte bzw. zur auslaufenden Finanzierung beendeter Schwerpunkte.

Paragraph 1414 Wissenschaftliche Forschung**Gesetzliche Grundlage**

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 377/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 658/1987.

Ausgaben 1989**Förderungen****Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung**

Aufgabe des „Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung“ ist die Förderung der Forschung, die der weiteren Entwicklung der Wissenschaft in Österreich dient und nicht auf Gewinn gerichtet ist. Dabei werden Forschungsvorhaben einzelner oder mehrerer natürlicher Personen durch Darlehen oder Beiträge des Fonds gefördert.

Dem Fonds werden im Jahre 1989 309,624 Millionen Schilling aus Bundesmitteln zufließen.

Weiters ist hier für die Erwin Schrödinger-Auslandsstipendien vorgesorgt. Diese Stipendien dienen der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Paragraph 1415 Gewerbliche Forschung**Gesetzliche Grundlage**

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 377/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 658/1987;
Innovations- und Technologiefondsgesetz, BGBl. Nr. 603/1987.

Ausgaben 1989**Förderungen (D)**

Hier wurden Beträge sowohl für Investitionsdarlehen als auch für sonstige Darlehen veranschlagt.

Förderungen**Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft**

Zur Förderung der Forschung im Bereiche der gewerblichen Wirtschaft in Österreich wurde ein „Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft“ errichtet. Mit dem Forschungsorganisa-

Kapitel 14 — Titel 141

63

tionsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, wurde die Bezeichnung auf „Forschungsförderungsfonds für die gewerbliche Wirtschaft“ geändert.

Dem Fonds werden im Jahre 1989 412,906 Millionen Schilling aus Bundesmitteln zufließen.

Außerdem wurden bei diesem Voranschlagsansatz Ausgaben für den Modellversuch Wissenschaftler für die Wirtschaft veranschlagt.

Ferner ist vorgesehen, aus dem ITF weitere Mittel in der Höhe von 147,510 Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen.

Aufwendungen

Hier ist der Aufwand für die ITF Administration veranschlagt.

Paragraph 1416 Forschungseinrichtungen**Gesetzliche Grundlage**

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 655/1987.

Ausgaben 1989**Förderungen**

In diesem Voranschlagsansatz sind ua. die Bundeszuwendungen an die Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft sowie die Förderungsmittel für das Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung, das Österreichische Ost- und Südosteuropa-Institut, andere Ostforschungseinrichtungen und das Institut für Konfliktforschung, die Österreichische Gesellschaft für Chinaforschung, die Ministerratsprotokolle der Monarchie und der 1. Republik und die Forschungsgesellschaft Joanneum sowie die Österreichische Computergesellschaft, das Institut für internationale Politik, das Österreichische Institut für Berufsbildungsforschung und das Kunststoffinstitut, die Österreichische Gesellschaft für historische Quellenstudien und das Institut für Friedensforschung veranschlagt. Außerdem sind Beträge für die Verleihung von Staatspreisen veranschlagt.

Weiters sind Förderungen im Rahmen der von der Bundesregierung beschlossenen Technologieforschungsschwerpunkte vorgesehen.

Aufwendungen

Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung hat nicht nur die Aufgabe, bestehende Forschungseinrichtungen sowie einzelne Forschungsvorhaben zu fördern, sondern vor allem auch zur Verstärkung der Effektivität des wissenschaftlichen Informationsflusses, zur Stärkung des Forschungsbewußtseins und zur Verbesserung des Forschungsmanagements beizutragen. Aus diesem Grund enthält dieser Voranschlagsansatz Posten für Vorträge, Seminare und Tagungen und Forschungspublikationen. Weiters sind die Sondervorhaben Stiftung Dokumentationsarchiv sowie IIASA-Stipendien enthalten. Auch für den EUREKA-Vorsitz sowie für eine Forschungsprojektdokumentation ist vorgesorgt.

Paragraph 1417 Österreichische Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute**Gesetzliche Grundlage**

ÖAW-Gesetz, BGBl. Nr. 569/1921, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 115/1947.

Ausgaben 1989**Förderungen**

Die Förderungen enthalten die für den ordentlichen Betrieb der Zentrale und der Institute erforderlichen Mittel, weiters Sondermittel für die Kommission „Wissenschaft und Technologie für die Entwicklung“ und die IIASA-Kommission sowie weitere Mittel für die Technologiefolgeabschätzung.

Aufwendungen

In diesem Voranschlagsansatz sind zusammengefaßt: die innerösterreichischen Kosten bi- und multilateraler Projekte (Weltraumzusammenarbeit mit der UdSSR, Man and Biosphere, Geophysik der Erdkruste, Geologisches Korrelationsprogramm, Hydrologie Österreichs), die Kosten nationaler Programme (Weltraumforschung) sowie Beitragsleistungen zu internationalen Organisationen (internationales Versuchsprogramm für Gehirn- und Verhaltensforschung).

Weiters sind die Kosten aus der Mitgliedschaft zum IIASA (Internationales Institut für angewandte Systemanalyse), zur IFAC (International Federation of Automatic Control), zur IFSR (International Federation for Systems Research), der österreichische Beitrag zur Internationalen Universität und zum CISM (Centre International de Sciences Mécaniques = Internationales Zentrum für mechanische Wissenschaft) zusammengefaßt.

Paragraph 1418 Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation

Gesetzliche Grundlagen

CISS: BGBl. Nr. 337/1963;
 CERN: BGBl. Nr. 41/1960 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 176/1971;
 EKMB: BGBl. Nr. 273/1970;
 EMBL: BGBl. Nr. 562/1976;
 EZMW: BGBl. Nr. 29/1976;
 ESA: Beitrag und Eintrittsgebühr: BGBl. Nr. 95/1987;
 ESA-Spacelab: BGBl. Nr. 243/1976;
 Olympus: BGBl. Nr. 364/1983;
 ASTP II: BGBl. Nr. 71/1985;
 LASSO: BGBl. Nr. 365/1983 und ESA-Resolution vom 16. 4. 1985.

Ausgaben 1989

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Dieser Voranschlagsansatz beinhaltet die Österreichischen Mitgliedsbeitragsleistungen zum Europäischen Koordinationszentrum für sozialwissenschaftliche Forschung (CISS), zur Europäischen Kernforschungsorganisation (CERN), zur Europäischen Molekularbiologiekonferenz (EKMB), dem Europäischen Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL) und zum Europäischen Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage (EZMW).

Des weiteren sind hier die anfallenden Kosten, die sich aus der Mitgliedschaft bei ESA sowie aus der Beteiligung an Wahlprogrammen ergeben, berücksichtigt.

Aufwendungen

Die unter diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mittel dienen der wissenschaftlichen Kooperation zwischen Österreich und der EG sowie verschiedenen ESA-Programmen.

Die Finanzierung der ESA-Wahlprogramme bei den Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen) sowie der gesamten Aufwendungen mit Ausnahme der Projektskosten für die Österreichischen Kosmonauten erfolgt auf der Basis des § 3 Abs. 3 Z 3 ITF-Gesetz, BGBl. Nr. 603/1987.

Paragraph 1419 Forschungsunternehmungen

Ausgaben 1989

Förderungen

Der Voranschlagsansatz enthält die Bundeszuschüsse an die Österreichische Gesellschaft für Weltraumfragen sowie an das Österreichische Forschungszentrum Seibersdorf Ges. m. b. H. (ÖFZS) (Vormals Österreichische Studiengesellschaft für Atomenergie Gesellschaft m. b. H. — ÖSGAE). Die Leistungen des Bundes ergeben sich aus dem jeweiligen Syndikatsvermögen. Ferner ist für das Technologietransferzentrum Leoben und für Technologieschwerpunkte vorgesorgt.

Titel 142 Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben im Bereich der Universitäten, der Bibliotheken und der Wissenschaftlichen Anstalten.

Kapitel 14 — Titel 142

65

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	6 262,8	6 022,0	12 284,8	938,7
1988	6 074,6	6 956,1	13 030,7	804,0
1989	6 220,7	6 898,5	13 119,2	644,4

Paragraph 1420 Universitäten**Gesetzliche Grundlagen**

Ausbildung zum Zahnarzt, BGBl. Nr. 184/1986;

Universitäts-Organisationsgesetz (UOG), BGBl. Nr. 258/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 654/1987;

Allgemeines Hochschul-Studiengesetz, BGBl. Nr. 177/1966, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 116/1984;

Linzer Hochschulfonds, BGBl. Nr. 189/1962;

Hochschultaxengesetz, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 655/1987;

Bundesgesetz über die Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeiten an Hochschulen, BGBl. Nr. 463/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 657/1987;

Krankenanstaltsgesetz, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 282/1988;

Hochschulassistentengesetz 1962, BGBl. Nr. 216/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 341/1981;

Studienförderungsgesetz 1983, BGBl. Nr. 436/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 379/1988;

Bundesgesetz über sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtungen, BGBl. Nr. 179/1966, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 644/1975;

Bundesgesetz über sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtungen, BGBl. Nr. 57/1983;

Bundesgesetz vom 21. Jänner 1970 betreffend die Gründung der Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt, BGBl. Nr. 48/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 58/1981;

Bundesgesetz über technische Studienrichtung, BGBl. Nr. 290/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 58/1983;

Bundesgesetz über montanistische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 291/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 465/1974;

Bundesgesetz über Studienrichtungen der Bodenkultur, BGBl. Nr. 292/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 294/1984;

Bundesgesetz über katholisch-theologische Studienrichtungen, BGBl. Nr. 293/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 227/1988;

Bundesgesetz über die Studienrichtung evangelische Theologie, BGBl. Nr. 57/1981;

Bundesgesetz über geisteswissenschaftliche und naturwissenschaftliche Studienrichtungen, BGBl. Nr. 326/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 236//1987;

Bundesgesetz über die Studienrichtung Medizin, BGBl. Nr. 123/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 116/1984;

Bundesgesetz über die Studienrichtung Veterinärmedizin, BGBl. Nr. 430/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 182/1985;

Bundesgesetz über das Studium der Rechtswissenschaften, BGBl. Nr. 140/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 228/1988;

Tierversuchsgesetz, BGBl. Nr. 184/1974;

Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969;

Studienberechtigungsgesetz, BGBl. Nr. 292/1985.

Aufgaben

Die Universitäten sind berufen, der wissenschaftlichen Forschung und Lehre zu dienen und hierdurch auch verantwortlich zur Lösung der Probleme der menschlichen Gesellschaft sowie zur gedeihlichen Weiterentwicklung beizutragen.

Die leitenden Grundsätze für die Tätigkeit der Universitäten sind: Die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, die Verbindung von Forschung und Lehre, die Vielfalt wissenschaftlicher Lehrmeinungen und Methoden, die Entwicklung der Wissenschaften, die Heranbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die wissenschaftliche Berufsvorbildung, die Koordinierung der wissenschaftlichen Forschung und Lehre.

Organisation

Universität Wien, Universität Linz, Universität Salzburg, Universität Innsbruck, Universität Graz, Wirtschaftsuniversität Wien, Universität für Bodenkultur, Veterinärmedizinische Universität Wien, Technische Universität Wien, Technische Universität Graz, Montanuniversität Leoben und Universität für Bildungswissenschaften Klagenfurt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	5 550,6	5 256,0	10 806,6	275,7
1988	5 480,1	6 104,0	11 584,1	215,7
1989	5 622,2	6 223,8	11 846,0	265,7

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ist durch vermehrte Investitionen für die Einrichtung der Universitätsneubauten und die damit verbundenen Kosten der Betriebsmittelbewirtschaftung sowie durch den Mehrbedarf bei den „Abgeltungen von Lehtätigkeit“ und beim „Klinischen Aufwand“, der sich durch die von den einzelnen Ländern vorgelegten Abrechnungen ergibt, bedingt. Ebenso ist durch das Inkrafttreten der neuen Richtlinien zur Ausbildung zum Facharzt für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde bei den Ausbildungsbeihilfen Vorsorge zu treffen.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Hier sind die Investitionsausgaben für die Ersteinrichtungen der Universitätsneubauten veranschlagt. Außerdem muß die überaltete, apparative Laboreinrichtung besonders an den Technischen und Naturwissenschaftlichen Universitäten erneuert werden.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesen Gesetzlichen Verpflichtungen sind hauptsächlich die Ausgaben für die öffentlichen Abgaben, Remuneration, Kollegienabgeltungen, Prüfungsentgelte für Lehrbeauftragte, Gastprofessoren und Gastvortragende sowie die Ausbildungskosten zum Facharzt für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde vorgesehen.

Aufwendungen

In diesem Bereich sind die laufenden Aufwendungen für den administrativen Betrieb der Universitäten veranschlagt. Durch die Inbetriebnahme neuer Universitätsgebäude muß für diesen Betriebsaufwand durch Mehraufwendungen vorgesorgt werden. Wichtige Schwerpunkte sind außerdem die laufenden Aufwendungen im Bereich der Forschung und Lehre. Darüber hinaus sind hier Beiträge für wissenschaftliche und sportliche Veranstaltungen, für sportliche Wettkämpfe, Exkursionen, Fernstudienprojekte, Vorbereitungslehrgänge sowie der auf den Bund entfallende 50%ige Anteil am Kostenersatz für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses Wien veranschlagt.

Einnahmen 1989

Im Zusammenhang mit dem auf den Bund entfallenden 50%igen Anteil am Kostenersatz für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses Wien werden hier im wesentlichen dem Bund die darauf entfallenden Vorsteuerbeträge gutgeschrieben.

Zusätzliche Einnahmen werden aus Kostensätzen für die Benützung von Bundeseinrichtungen erwartet.

Kapitel 14 — Titel 142

67

Paragraph 1421 Universitäten (zweckgebundene Gebarung)**Gesetzliche Grundlagen**

Hochschul-Taxengesetz 1972, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 655/1987, und Verordnung über die Nebentätigkeit der Hochschullehrer vom 18. April 1939, DRGBI. I, S 797;

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 655/1987;

Universitäts-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 258/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 654/1987.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	220,4	350,8	571,2	600,2
1988	95,0	425,0	520,0	520,0
1989	95,0	214,9	309,9	309,9

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung in diesem Bereich ist in der Novelle zum UOG (Privatrechtsfähigkeit der Universitätseinrichtungen) zu sehen.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Hier sind die Ausgaben für die Einrichtung und apparative Ausstattung von Universitätsinstituten und Labors veranschlagt. Außerdem ist für den notwendigen Austausch von Kraftfahrzeugen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben, die Abgeltung von Lehrtätigkeit und die Anteile der Universitätslehrkräfte an Taxen veranschlagt.

Aufwendungen

Neben den Aufwendungen für den administrativen Betrieb und den Unterrichts- und Forschungsbetrieb werden in diesem Bereich auch die Aufwendungen für die widmungsgemäße Verwendung der Erlöse aus den Universitäts-Taxen veranschlagt.

Einnahmen 1989

Bei diesen Einnahmen, die zur Bedeckung der zweckgebundenen Ausgaben herangezogen werden, fallen vor allem Einnahmen auf Grund des Hochschultaxengesetzes 1972 und aus der Verordnung über die Nebentätigkeit der Hochschullehrer an.

Paragraph 1423 Bibliotheken**Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 655/1987;

Universitäts-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 258/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 654/1987;

Kunsthochschul-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 54/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 655/1987;

Akademie-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 237/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 25/1988.

Aufgaben

Den wissenschaftlichen Bibliotheken obliegt die Beschaffung, Aufschließung und Bereitstellung der für Lehre und Forschung erforderlichen Literatur und sonstigen Informationsträger.

Organisation

Derzeit bestehen die Österreichische Nationalbibliothek, die Bundesstaatliche Studienbibliothek in Linz, das österreichische Bundesinstitut für den wissenschaftlichen Film sowie Bibliotheken an den zwölf Universitäten, den fünf Kunsthochschulen und an der Akademie der bildenden Künste.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	290,3	314,8	605,1	6,7
1988	294,4	316,5	610,9	6,3
1989	299,4	338,5	637,9	6,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ist vor allem durch einen erhöhten Bedarf für EDV-Anlagen sowie für die Ausstattung des Tiefspeichers der Österreichischen Nationalbibliothek und der Ausstattung der Theatersammlung und des Theaternuseums bedingt.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Vorgesehen sind Ausgaben für Amtseinrichtung, Einrichtungserfordernisse sowie für die EDV-Ausstattung der Bibliotheken und die Anschaffung von Sondersammlungen (Nachlässen, Filmsammlungen u. dgl.) Weiters wurde für die Ausstattung des Tiefspeichers der Österreichischen Nationalbibliothek und für die Ausstattung der Theatersammlung und des Theaternuseums vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind nur die Ausgaben für öffentliche Abgaben veranschlagt.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand sind hauptsächlich Aufwendungen für Materialien für Mikrofilme und Photokopien, Druckaufträge und Druckwerke sowie Mittel für Zwecke der Auftragsforschung und der Informationsvermittlung veranschlagt.

Paragraph 1424 Wissenschaftliche Anstalten**Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 655/1987;

Lagerstättengesetz, BGBl. Nr. 246/1947.

Aufgaben

Untersuchungen und Forschung in den Bereichen der Geowissenschaften und der Geotechnik sowie auf dem Gebiet der mineralischen Roh- und Grundstoffe, im besonderen die Durchforschung des Bundesgebietes nach nutzbaren Lagerstätten und geologischen Landesaufnahmen, Sammlung, Bearbeitung und Evidenzhaltung der Ergebnisse dieser Untersuchungen und Forschung sowie Information und Dokumentation über diese Bereiche. Weiters werden Arbeiten für Gebietskörperschaften und Arbeiten die im öffentlichen Interesse gelegen sind durchgeführt. Weiters ist die kurz- und mittelfristige Wettervorhersage und die Verbreitung der Ergebnisse, Führung, Ausstattung und Kontrolle eines Messnetzes einschließlich von Beobachtungen der freien Atmosphäre mit Radiosonden und Radar sowie die Aufnahme von Sendungen von meteorologischen Satelliten, Führung eines seismischen und erdmagnetischen Dienstes, Forschung auf meteorologischem einschließlich klimatologischem und geophysikalischem Gebiet sowie im Bereich des Umweltschutzes und anderer Randgebiete der Meteorologie und Geophysik, Sammlung von Beobachtungsdaten, Beobachtung und Evidenzhaltung der Untersuchungen sowie Information und Dokumentation enthalten. Weiters ist die Forschung und Dokumentation und Information auf dem Gebiet der Archäologie durchzuführen. Außerdem wird die Erforschung der österreichischen Geschichte und die vertiefte Ausbildung für die Forschungsaufgaben der österreichischen Geschichtswissenschaften unter Einschluß der historischen Hilfswissenschaften durchgeführt.

Kapitel 14 — Titel 142

69

Organisation

Geologische Bundesanstalt, Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik, Österreichisches Archäologisches Institut, Institut für Österreichische Geschichtsforschung.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	125,3	61,7	187,0	3,5
1988	123,8	65,2	189,0	3,6
1989	126,8	75,3	202,1	3,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Die höheren Sachausgaben sind durch zusätzliche Mittel für die Dokumentation und Information sowie für die automatischen Wetterstationen bedingt.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Vorsorgen für die laufende Nachschaffung von Geräten und EDV-Bedarf für die beiden wissenschaftlichen Anstalten.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben und Aufwendungen für Eignungsausbildungsteilnehmer veranschlagt.

Aufwendungen

Hier sind die Mittel für die Betriebsmaterialien (vor allem Radiosonden für den Wetterdienst der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik), für Entschädigungen an Personen (sie dienen zur Bedeckung der Remunerationen) für den nichtamtlichen Wetterbeobachtungsdienst, die Gebühren für Aufnahmegeologen, die in der Feldvermessungsarbeit tätig sind, und der Regieaufwand für die wissenschaftlichen Anstalten veranschlagt. Außerdem ist ein Betrag für den Vollzug des Lagerstättengesetzes vorgesehen. Im Bereich des österreichischen Archäologischen Institutes sind vor allem die Mittel, welche für im In- und Ausland durchzuführende Ausgrabungsprogramme vorgesehen sind, hervorzuheben.

Paragraph 1425 Wissenschaftliche Anstalten (zweckgebundene Gebarung)**Aufgaben**

Vor allem die Grabungstätigkeit des Österreichischen Archäologischen Institutes.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	0,3	0,9	1,2	1,6
1988	0,4	0,3	0,7	0,7
1989	0,4	0,8	1,2	1,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen, die sich aus Spenden und Beiträgen, die den wissenschaftlichen Anstalten gegenüber geleistet werden, zusammensetzen.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Hier sind Ausgaben für maschinelle Anlagen und Einrichtungserfordernisse veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind nur die Ausgaben für öffentliche Abgaben veranschlagt.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand sind Aufwendungen für Forschungserfordernisse vorgesehen.

Paragraph 1426 Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal (betriebsähnliche Einrichtung)

Gesetzliche Grundlage

Arsenalgesetz, BGBl. Nr. 139/1983, BGBl. Nr. 78/1987 (Änderung des Bundesministeriengesetzes: Kompetenz zum BMWF), BGBl. Nr. 87/1987 (anweisendes Organ) und BGBl. Nr. 88/1987 (betriebsähnliche Einrichtung).

Aufgaben

Gemäß § 3 des Arsenalgesetzes hat die Anstalt im Rahmen ihres Wirkungsbereiches insbesondere folgende Aufgaben:

- 1. Gewinnung von Erkenntnissen nach wissenschaftlichen und technischen Methoden als Grundlage für die Aufgaben gemäß Z 2 bis 5;
- 2. Durchführung von Versuchen, Untersuchungen, Erprobung und Materialprüfungen gegen Entgelt;
- 3. Erstellung von Befunden und Berichten, Abgabe von Gutachten und Ausstellung von Zeugnissen gegen Entgelt;
- 4. Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben gegen Entgelt;
- 5. Dokumentation, Informationsvermittlung und Beratung gegen Entgelt.

Erwähnt muß auch noch werden, daß die Versuchsanstalt einen Teil ihres Arbeitsaufwandes für die Mitwirkung bei Hoheitsaufgaben, die Mitarbeit bei der Erstellung von Normen und technischen Vorschriften sowie der Durchführung von Fachveranstaltungen u. dgl. im öffentlichen Interesse zu leisten hat.

Weiters hat die Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal Versuchs- und Forschungseinrichtungen, für deren Bestehen in Österreich ein öffentliches Interesse vorliegt, bereitzustellen.

In jeder technischen Versuchsanstalt ist es außerdem notwendig, neben der Auftragsforschung auch einige Forschungsarbeiten durchzuführen und der Allgemeinheit zugänglich zu machen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	75,9	37,8	113,7	51,0
1988	80,8	45,1	125,9	57,8
1989	76,9	45,2	122,1	57,8

Ausgaben 1989

Anlagen

Hauptsächlich Vorsorge für die Anschaffung eines Stuttgarter Reibungsmessers und sonstiger Betriebsausstattung.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Dieser Voranschlagsansatz dient zur Abdeckung der öffentlichen Abgaben sowie für die Aufwendungen für Eignungsausbildungsteilnehmer.

Aufwendungen

Im wesentlichen werden hier die Ausgaben für den laufenden Betrieb, wie zB Gerätemieten, Transport- und Energiekosten, veranschlagt.

Kapitel 14 — Titel 143

71

Titel 143 Kunsthochschulen**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben im Bereich der Kunsthochschulen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	565,1	401,4	966,5	34,7
1988	568,5	428,7	997,2	133,7
1989	574,6	460,2	1 034,8	155,1

Paragraph 1430 Kunsthochschulen**Gesetzliche Grundlagen**

Akademie-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 237/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 25/1988 für die Akademie der bildenden Künste;

Kunsthochschul-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 54/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 655/1987 für die Hochschule für angewandte Kunst in Wien, die Hochschulen für Musik und darstellende Kunst in Wien, Salzburg und Graz sowie die Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz;

Bundesgesetz vom 9. 5. 1973 über die Errichtung der Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz, BGBl. Nr. 251/1973;

Kunsthochschulordnung, BGBl. Nr. 70/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 188/1983;

Kunsthochschul-Studiengesetz, BGBl. Nr. 187/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 348/1986;

Kunsthochschul-Dienstordnung, BGBl. Nr. 77/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 566/1981;

Bundesgesetz vom 11. 7. 1974 über die Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeiten an Hochschulen, BGBl. Nr. 463/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 657/1987;

Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54/1956, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 326/1988.

Aufgaben

Die Kunsthochschulen haben die wissenschaftlich-künstlerische Ausbildung ihrer Studierenden in Anlehnung an ihre Tradition, unter Wahrung der hohen internationalen Reputation und unter Berücksichtigung neuester didaktischer Erkenntnisse sicherzustellen und eine vollständige Integration von Kunst und Wissenschaft herbeizuführen.

Das vorrangige Ziel besteht darin, unter Beachtung des rechten Verhältnisses zwischen Tradieren und Experimentieren die Tendenzen zum Neuen, Experimentellen, zum bisher Nichtgelehrten zu verstärken.

Die Kunsthochschulen haben der Pflege und Erschließung der Künste, der Kunstlehre sowie in diesem Zusammenhang auch der Forschung und der wissenschaftlichen Lehre zu dienen.

Eine vorrangige Aufgabe besteht in der Vermittlung einer hochqualifizierten künstlerischen, künstlerisch-pädagogischen oder anderen künstlerisch wissenschaftlichen Berufsvorbildung.

Die Studien haben die Grundlagen für eine selbständige künstlerische Tätigkeit zu schaffen und entsprechend der gewählten Studienrichtung die Voraussetzungen für eine kritische Auseinandersetzung mit künstlerischen, pädagogischen oder anderen wissenschaftlichen Problemen zu bieten. Die Studierenden sind auf ihren künftigen Beruf so vorzubereiten, daß sie die Fähigkeit erwerben, den sich wandelnden Anforderungen der Berufspraxis gerecht zu werden.

Eine weitere wichtige Aufgabe besteht in der Vermittlung einer umfassenden Bildung durch Kunst.

Die Studierenden sollen sich ihrer Stellung und ihrer Aufgaben und Verantwortung gegenüber der Gesellschaft bewußt werden.

Sie sollen die Bedeutung der von ihnen gewählten Disziplin im Ganzen der Kunst sowie die Bedeutung der Kunst im Gesamtzusammenhang der Kultur begreifen lernen.

Den Kunsthochschulen obliegt ferner die Weiterbildung ihrer Absolventen insbesondere durch Kurse und Lehrgänge.

Organisation

Zum Bereich der Kunsthochschulen sind
 die Akademie der bildenden Künste in Wien,
 die Hochschule für angewandte Kunst in Wien,
 die Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien,
 die Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum“ in Salzburg,
 die Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz
 und die Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz zu zählen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	565,1	387,8	952,9	19,7
1988	568,5	414,7	983,2	119,7
1989	574,4	445,6	1 020,0	140,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ist vor allem auf vermehrte Ersteinrichtungen und Einrichtungserneuerungen, gesteigerte Lehrtätigkeit, erhöhten Aufwand auf Grund der Erweiterung des Raumausmaßes und auf das KHStG, das die gesetzliche Basis für 50 Studienrichtungen und 5 Kurzstudien und darauflaufend für 133 Studienpläne schuf, zurückzuführen. Die Erhöhung bei den Einnahmen ergibt sich vor allem aus den geplanten Beitragsleistungen der Gebietskörperschaften zum Gebarungsabgang für die Kunsthochschulen in Salzburg, Graz und Linz.

Ausgaben 1989

Anlagen

Als Großvorhaben auf dem Ersteinrichtungssektor sind im Bereiche der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz die audiovisuelle Ersteinrichtung der „Alten Remise“ des Palais Meran, im Bereiche der Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz die Werke I und III (Sonnensteinstraße), im Bereiche der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien die beginnenden Einrichtungen des Studiotheaters im dramatischen Zentrum (Oktogon) und die Ersteinrichtung der Anmietung „Salesianerinnen Kloster“, im Bereiche der Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum“ in Salzburg die medientechnologische Erstausrüstung des „Großen Studios“ und des „ORFF-Institutes“ sowie im Bereiche der Hochschule für angewandte Kunst in Wien die Weiterführung der Einrichtung der Expositur „Salzgries“ zu nennen.

Weiters finden hier die instrumentale Teilerneuerung der drei Musikhochschulen, die Ergänzungsinvestitionen der geräteintensiven Meisterklassen der Hochschule für angewandte Kunst in Wien und der Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz und die Weiterführung der Erneuerung der audiovisuellen und medientechnologischen Ausstattung der Abteilung „Film und Fernsehen“ der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien ihren Niederschlag.

Ferner wird auf die Reorganisation der Zentralwerkstätten der Hochschule für angewandte Kunst in Wien verwiesen.

Förderungen

An Förderungsmaßnahmen sind ua. vorgesehen:

Die Gewährung von Subventionen an das Mediacult (Internationales Institut für audiovisuelle Kommunikation und kulturelle Entwicklung; früher: IMDT), Druckkostenzuschüsse aus dem Bereich der Kunsthochschulen sowie Zuschüsse für Vortrags- und Studententätigkeit und für Wettbewerbe und künstlerisch-wissenschaftliche Veranstaltungen sowie die Verleihung des Oskar Kokoschka-Preises.

Kapitel 14 — Titel 143

73

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die öffentlichen Abgaben, die Remuneration der Lehrtätigkeit, die Vergütungen der Gastprofessoren, die Abgeltung der Prüfungsentgelte und Kollegengelder, die Aufwendungen an die Eignungsausbildungsteilnehmer und die adäquaten Dienstgeberbeiträge veranschlagt.

Aufwendungen

Hier sind der Betriebs- und Verwaltungsaufwand, die Unterrichtserfordernisse, die Aufwendungen für Exkursionen, Austauschaktionen, Sozialleistungen, Repräsentationen und hochschulische Veranstaltungen der Kunsthochschulen veranschlagt.

Außerdem ist für außerordentliche Studienbeihilfen und -unterstützungen ausländischer Studierender sowie für Stipendien für Graduierte österreichischer Kunsthochschulen, die österreichische Staatsbürger sind, vorgesorgt.

Paragraph 1431 Kunsthochschulen (zweckgebundene Gebarung)**Gesetzliche Grundlagen**

Hochschul-Taxengesetz, BGBl. Nr. 76/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 655/1987.

Kunsthochschul-Organisationsgesetz, BGBl. Nr. 54/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 655/1987, für die Hochschule für angewandte Kunst in Wien, die Hochschulen für Musik und darstellende Kunst in Wien, Salzburg und Graz sowie die Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	—	13,5	13,5	15,0
1988	—	14,0	14,0	14,0
1989	0,2	14,6	14,8	14,8

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ergibt sich vor allem aus der Intensivierung der Veranstaltungen (Internationale Sommerakademie, ORFF-Sommerkurse) und infolge steigender Studentenzahlen. Dadurch bedingt werden aber auch dementsprechend höhere Einnahmen anfallen.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Hier wird für die notwendige Amts-, Betriebs- und instrumentale Ausstattung der Kunsthochschulen vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier finden die Aufwendungen für öffentliche Abgaben, die Remuneration der Lehrtätigkeit und dazu die adäquaten Dienstgeberbeiträge und die Anteile der Universitätslehrkräfte an Taxen ihren Niederschlag.

Aufwendungen

Die Taxen, Unterrichtsgelder und Prüfungsgebühren, Studienbeiträge, sonstigen Beiträge und Kostenersätze der Studierenden sind anteilmäßig für Unterrichtserfordernisse, Druckwerke, zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit, für Exkursionen und zur Deckung der Herstellungskosten zu verwenden.

Ferner sind hier die Aufwendungen der „Internationalen Sommerakademie“ der Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum“ in Salzburg zu bestreiten. Ebenso wird hier für Studienbeihilfen, Reisekostenzuschüsse und Austauschaktionen mit dem Ausland vorgesorgt.

Einnahmen

Bei diesen Einnahmen, die zur Bedeckung der zweckgebundenen Ausgaben herangezogen werden, fallen vor allem Einnahmen aus den Studienbeiträgen der Ausländer, dem Verkauf von Drucksor-

ten, den Unterrichtsgeldern und Prüfungsgebühren, den Beiträgen für Exkursionen, der Internationalen Sommerakademie der Hochschule für Musik und darstellende Kunst „Mozarteum“ in Salzburg und den Kostenersätzen an.

Titel 144 Museen

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung obliegen die obersten Verwaltungsaufgaben für die dem Ministerium unterstehenden Bundesmuseen.

Auch für die Bezüge der Bediensteten des Österreichischen Museums für Volkskunde sowie für die des Leiters des Ethnographischen Museums in Kittsee hat das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung vorzusorgen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	228,5	140,9	369,4	41,4
1988	228,6	155,4	384,0	50,0
1989	249,7	171,8	421,5	50,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ist vor allem durch die weitere Anschaffung von technischen Geräten bedingt.

Ausgaben 1989

Anlagen

Neben den notwendigen Amts- und Einrichtungserfordernissen sind vor allem Ausgaben für Anschaffung und Herstellung von wissenschaftlich-technischen Geräten und Ausstellungsbehelfen, ferner für den Ausbau von Sammlungen sowie für die weitere Installation von mechanischen Sicherheitseinrichtungen und Brandschutzanlagen vorgesehen. Besonders bedeutende Vorhaben in diesem Budgetjahr sind die Neuaufstellung einzelner Schausammlungen sowie die Verbesserung der Außenstellen der Bundesmuseen.

Förderungen

Aus den Förderungsbeträgen werden Museen, die nicht vom Bund erhalten werden, wie Heimat- und Vereinsmuseen, unterstützt. Bei diesem Voranschlagsansatz sind auch die Bundesbeiträge für die Freilichtmuseen, für Internationale Großausstellungen, der Anteil des zwischen den Museen und dem Bundesdenkmalamt aufzuteilenden 15%igen Ertrages aus dem Bundesanteil am Kunstförderungsbeitrag sowie der Aufwand für den Betrieb des Österreichischen Museums für Volkskunde veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Ausgaben für öffentliche Abgaben veranschlagt.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand dient dieser Voranschlagsansatz der Bedeckung der Kosten für den wissenschaftlichen Betrieb, die Feldforschung der Museen, für die nichtständigen Ausstellungen sowie für Kataloge und sonstige Publikationen. Außerdem sind hier die Aufwendungen für die Stiftung „Moderne Kunst“ veranschlagt.

Titel 145 Bundesdenkmalamt

Gesetzliche Grundlagen

Bundesgesetz vom 25. September 1923, BGBl. Nr. 533, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 92/1959 und 167/1978 (Denkmalschutzgesetz);

Bundesgesetz vom 5. Dezember 1918, StGBI. Nr. 90, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 253/1985 (Ausfuhrverbotsgesetz für Kulturgut, AusfVKG).

Kapitel 14 — Titel 145

75

Aufgaben

Das Bundesdenkmalamt hat die Aufgabe, neben dem Denkmalschutz auch Maßnahmen der Denkmalpflege im ganzen Bundesgebiet wahrzunehmen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	55,9	128,6	184,5	0,1
1988	55,6	137,1	192,7	1,3
1989	56,7	142,1	198,8	1,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ist dadurch bedingt, daß nicht nur Rückzahlungsraten an die Österreichische Salinen AG zu erfolgen haben, sondern nunmehr auch gezielt der weitere Ausbau der Einlagerungsmöglichkeiten in den Stollen betrieben werden muß.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Hier sind vor allem die Ausgaben für die notwendigen Amts- und Einrichtungserfordernisse sowie für Spezialeinrichtungen vorgesehen.

Außerdem ist für den notwendigen Austausch von sonstigen Kraftfahrzeugen, die für die pflichtgemäße Erfassung und Überwachung des Denkmalbestandes durch die Beamten des Bundesdenkmalamtes, aber auch für deren archäologische Grabungstätigkeit unentbehrlich sind, vorgesorgt.

Vordringlich ist die Einführung einer EDV-mäßigen Erfassung und Betreuung des österreichischen Denkmalbestandes.

Förderungen

Mit diesen Förderungsmitteln trägt der Bund dazu bei, daß die nicht im Bundeseigentum stehenden Denkmale (Objekte von künstlerischer, geschichtlicher oder sonstiger kultureller Bedeutung, als auch technische, volkskundliche und archäologische Denkmale) vor dem Verfall bewahrt werden. Eine ausdrückliche gesetzliche Ermächtigung wurde als § 5 Abs. 5 Denkmalschutzgesetz durch die Novelle 1978, BGBl. Nr. 167/1978, geschaffen. Diese Bestimmung sieht auch ausdrücklich Zinsenzuschüsse vor.

Weiters ist bei diesem Voranschlagsansatz auch der Anteil des zwischen den Museen und dem Bundesdenkmalamt aufzuteilenden 15%igen Ertrages aus dem Bundesanteil am Kunstförderungsbeitrag veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Veranschlagung ua. auf Grund der Konvention zum Schutz von Kulturgut im Falle eines bewaffneten Konfliktes, BGBl. Nr. 58/1964.

Aufwendungen

Neben dem für den administrativen Betrieb erforderlichen Aufwand sind vor allem Aufwendungen für Versuchs- und Restaurierungsarbeiten, wissenschaftliche Forschungsarbeiten und für die Drucklegung von Publikationen veranschlagt. Auch die Ausgaben für die Restaurierung bundeseigener Kunstdenkmale sind hier vorgesehen.

Der Bergungsort „Steinberghäuser in Alt-Aussee“, der gemäß der Haager Konvention unter Sonderschutz steht und schon im Zweiten Weltkrieg als Bergungsort diente, wird ausgebaut. Entsprechende Vereinbarungen wurden mit der Österreichischen Salinen AG getroffen.

Im Hinblick auf die neuen Bestimmungen des Ausfuhrverbotsgesetzes für Kulturgut (AusfVKG) ist sowohl für die Beiziehung von Konsulenten als auch für im Rahmen der Bestimmungen des § 10 AusfVKG notwendig werdende Ausgaben bei der Rückführung widerrechtlich ausgeführten Kulturguts finanziell vorzusorgen.

Kapitel 15 Soziales

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 78/1987, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt D, ausgenommen die beim Kapitel 16 Sozialversicherung zu verrechnenden Ausgaben und Einnahmen.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	1 330,1	31 787,4	33 117,5	24 038,6
1988	1 344,6	33 909,3	35 253,9	26 188,9
1989	1 395,1	35 881,9	37 276,9	28 232,8

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 150 Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung, Arbeitsmarktpolitik, Versorgungs-, Sozialhilfe- und Behindertenangelegenheiten, Allgemeinen Sozialpolitik, des Arbeitsrechtes und der Arbeitsinspektion.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	167,3	82,5	249,9	26,5
1988	166,0	80,0	246,0	25,4
1989	172,4	83,3	255,7	25,0

Ausgaben 1989

Anlagen

Vorsorge für die Anschaffung von Büromaschinen und EDV-Geräten sowie die Erneuerung der Amtsausstattung.

Förderungen

Diese Ausgaben betreffen, abgesehen von Reisekostenvergütungen an Stipendiaten der Vereinten Nationen und deren Spezialorganisationen, im wesentlichen die Förderung des Internationalen Rates für soziale Wohlfahrt, des UN-Weltaktionsprogrammes für Behinderte, des Österreichischen Institutes für Berufsbildungsforschung, des OECD-Projektes „Lokale Initiativen zur Schaffung von Arbeitsplätzen“ sowie von Arbeitsloseninitiativen, sozial innovativen Projekten und Frauenberatungs- und -betreuungsstellen. Außerdem ist einmalig ein Kostenbeitrag in Höhe von 15,6% der Nettogesamtkosten der Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS) in Wien vorgesehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Die „Gesetzlichen Verpflichtungen“ erwachsen in erster Linie aus der Mitgliedschaft Österreichs bei der Internationalen Arbeitsorganisation.

Weiters ist der Aufwand für einen Eignungsausbildungsteilnehmer vorgesehen.

Aufwendungen

Dieser Voranschlagsansatz berücksichtigt ua. auch die Aufwendungen für das Bundeseinigungsamt, den Beirat für Arbeitsmarktpolitik, den Beirat für die Renten- und Pensionsanpassung, die Kommission zur Vorbereitung der Kodifikation des Arbeitsrechtes und die Gleichbehandlungskommission, die Mitgliedsbeiträge an das Europäische Zentrum für Ausbildung und Forschung auf dem Gebiete der

Kapitel 15 — Titel 151

77

sozialen Wohlfahrt in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen in Österreich, das sich insbesondere mit Schulung und Forschung in bezug auf Betriebsfürsorge, Sozialschutz, Gemeinschaftsentwicklung uä. befaßt und das Forschungsinstitut für Orthopädietechnik, sowie die Aufwendungen im Interesse der Verbesserung der sozialen und beruflichen Stellung der Frau, für die Veranstaltung „100 Jahre Österreichische Sozialversicherung“, das Internationale Symposium der Internationalen Arbeitsorganisation über Verwendung von Computern in der Arbeitsinspektion und das Verwaltungsreformprojekt „Verwaltungsmanagement“ mit dem Ziel der Modernisierung der Verwaltung, weiters entsprechende Mittel für die Vergabe von Forschungsaufträgen betreffend Soziale Sicherheit, Arbeitswissenschaften, Arbeit und Arbeitsbeziehungen, „Gesamtrechnung Pensionsversicherung“ u. dgl.

Einnahmen 1989

Im wesentlichen Kostenersätze des Kurhauses Ferdinand Hanusch, des Ausgleichstaxfonds, des Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds, Einnahmen aus der Verlegung der Amtlichen Nachrichten „Arbeit — Gesundheit — Soziales“ sowie Bezugsvorschußsätze und Beiträge zu den Kosten der Bundesaufsicht.

Bundesaufsicht**Träger der Sozialversicherung**

Die Bundesaufsicht über die Träger der Sozialversicherung wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf Grund der Bestimmungen des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes — ASVG (BGBl. Nr. 189/1955), des Gewerblichen Sozialversicherungsgesetzes — GSVG (BGBl. Nr. 560/1978), des Bauern-Sozialversicherungsgesetzes — BSVG (BGBl. Nr. 559/1978), des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes — B-KUVG (BGBl. Nr. 200/1967) und des Notarversicherungsgesetzes 1972 — NVG 1972 (BGBl. Nr. 66) ausgeübt. Mit der Durchführung der Bundesaufsicht werden vom Bundesminister für Arbeit und Soziales bzw. von den Landeshauptmännern bestimmte Bedienstete der Aufsichtsbehörde betraut.

Zur Deckung der durch die Aufsicht erwachsenden Kosten haben die Versicherungsträger durch Entrichtung einer Aufsichtsgebühr beizutragen, deren Höhe das Bundesministerium für Arbeit und Soziales nach Anhörung der Versicherungsträger (des Hauptverbandes) bestimmt. Die von den Versicherungsträgern zu entrichtende Aufsichtsgebühr beträgt derzeit 5 Groschen für je 1 000 S der tatsächlich vereinnahmten Sozialversicherungsbeiträge.

Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse

Gemäß § 33 des Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetzes BGBl. Nr. 414/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 618/1987, unterliegt die Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse der Aufsicht des Bundesministers für Arbeit und Soziales.

Titel 151 Bundesministerium; Opferfürsorge**Gesetzliche Grundlagen**

Opferfürsorgegesetz (OFG), BGBl. Nr. 183/1947, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 614/1987.

Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz, BGBl. Nr. 197/1988.

Verordnung über die Anpassung von Versorgungsleistungen in der Opferfürsorge für das Kalenderjahr 1989, BGBl. Nr. 000/1989.

Aufgaben

Angelegenheiten der Fürsorge für die Opfer des Kampfes für ein freies, demokratisches Österreich und für die Opfer politischer Verfolgung.

Über Anträge nach dem Opferfürsorgegesetz entscheidet in erster Instanz in mittelbarer Bundesverwaltung der Landeshauptmann und in zweiter Instanz der Bundesminister für Arbeit und Soziales.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen	Schilling
1987	238,4	0,1
1988	284,1	0,3
1989	238,2	0,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Der geringere Aufwand ergibt sich aufgrund außerordentlicher Ausgaben im Jahre 1988 aus Anlaß des 50. Jahrestages der Okkupation Österreichs.

Ausgaben 1989**Voranschlagsansatz 1/15117 Heilfürsorge**

An Inhaber einer Amtsbescheinigung oder Empfänger einer Rentenfürsorgeleistung, die keinen Leistungsanspruch aus der gesetzlichen Krankenversicherung haben, werden von der Gebietskrankenkasse die den Pflichtversicherten gebührenden Leistungen erbracht.

Voranschlagsansatz 1/15127 Versorgungsgebühren

Gegenstand der Rentenfürsorge sind Opfer-, Hinterbliebenen und Unterhaltsrenten sowie die Beihilfen.

Neben den Rentengebühren sind hier noch Familienbeihilfen und Rentenabfertigungen zu veranschlagen.

Die Opfer- und Hinterbliebenenrenten unterliegen wie die Einkommensgrenzen der einkommensabhängigen Unterhaltsrenten und Beihilfen der jährlichen Anpassung durch die Pensionsdynamik.

Von dem mit 219,9 Millionen Schilling veranschlagten Gesamtaufwand entfallen

0,7 Millionen Schilling auf Familienbeihilfen,

135,0 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Opfer,

78,0 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Witwen bzw. Lebensgefährtinnen,

3,3 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Waisen,

1,0 Millionen Schilling auf Rentengebühren für Eltern und

1,9 Millionen Schilling auf Abfertigungen und Sterbegeld.

Am 1. Juli 1988 standen 3 632 Personen im Bezuge einer Opfer- oder Hinterbliebenenrente gegenüber 3 814 Personen am 1. Juli 1987.

Voranschlagsansatz 1/15137 Entschädigungen

Aufwand für einmalige, noch nicht liquidierte Entschädigungen für erlittene Haft, Freiheitsbeschränkungen und Berufsschäden.

Voranschlagsansatz 1/15147 Orthopädische Versorgung

Ausstattung der Beschädigten nach dem OFG mit orthopädischen Hilfsmitteln.

Voranschlagsansatz 1/15158 Aufwendungen

Als wesentlicher Aufwand sind die Kosten für Leistungen im Härteausgleich gem. § 15 a OFG und ärztliche Begutachtungen hervorzuheben.

Titel 152 Bundesministerium; Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen, BGBl. Nr. 288/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 614/1987.

Aufgaben

Der Bundesminister für Arbeit und Soziales befindet über Ansuchen um Gewährung von Hilfeleistungen. Die Feststellung des Sachverhaltes und die Durchführung obliegen dem örtlich zuständigen Landesinvalidenamt nach Weisung des Bundesministers für Arbeit und Soziales.

Kapitel 15 — Titel 152

79

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	7,3	0,3
1988	8,2	0,4
1989	9,9	0,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ist im wesentlichen auf die höheren Ersatzleistungen (Verdienst- oder Unterhaltsentgang) zurückzuführen.

Ausgaben 1989**Voranschlagsansatz 1/15207 Aufwendungen**

Aufwand für Ersatzleistungen (Verdienst- oder Unterhaltsentgang) an Opfer von Verbrechen, für die Rückersatzansprüche nicht mehr bestehen.

Von dem mit 2,8 Millionen Schilling veranschlagten Gesamtaufwand entfallen

2,0 Millionen Schilling auf laufende Ersatzleistungen für Opfer,

0,3 Millionen Schilling auf laufende Ersatzleistungen für Witwen bzw. Witwer,

0,5 Millionen Schilling auf laufende Ersatzleistungen für Waisen und Eltern sowie Bestattungskostenersatz.

Am 1. Juli 1988 bezogen 120 Personen (45 Opfer und 75 Hinterbliebene) eine laufende Geldleistung gemäß § 2 gegenüber 114 Personen am 1. Juli 1987.

Voranschlagsansatz 1/15217 Heilfürsorge

Für auf Grund eines Verbrechens erlittene Körperverletzungen und Gesundheitsschädigungen erhalten Opfer und deren Hinterbliebene ärztliche Hilfe, Heilmittel, Heilbeihilfe, Anstaltspflege und Zahnbehandlung.

Im Rahmen der Heilfürsorge sind weiters Maßnahmen vorgesehen, die der Festigung der Gesundheit dienen.

Voranschlagsansatz 1/15227 Orthopädische Versorgung

Ausstattung der Opfer von Verbrechen und der Hinterbliebenen mit orthopädischen Hilfsmitteln.

Voranschlagsansatz 1/15237 Rehabilitation

Aufwand für Rehabilitationsmaßnahmen, sofern in der Sozialversicherung hierfür keine gesetzliche Vorsorge getroffen wurde oder auf Grund von Körperverletzungen und Gesundheitsschädigungen ein krankenversicherungsrechtlicher Schutz nicht mehr gegeben ist.

Voranschlagsansatz 1/15248 Aufwendungen

Neben den Kosten für ärztliche Begutachtungen sind als wesentlich noch Gerichtskosten für im Gerichtswege durchgesetzte Ansprüche und Kosten für Leistungen im Härteausgleich hervorzuheben.

Voranschlagsansatz 1/15255 Darlehen

Darlehen zur Ermöglichung der Fortsetzung der Erwerbstätigkeit.

Voranschlagsansatz 1/15269 Aufwendungen (B)

Aufwand für Ersatzleistungen (Verdienst- oder Unterhaltsentgang), Heilfürsorgeleistungen, Leistungen für orthopädische Versorgung und Rehabilitation an Opfer von Verbrechen, denen Forderungen gegenüberstehen.

Einnahmen 1989

Hervorzuheben sind Einnahmen aus Schadenersatzansprüchen gegenüber dem Täter für nach diesem Bundesgesetz erbrachte Leistungen.

Titel 154 Bundesministerium; Allgemeine Fürsorge**Gesetzliche Grundlagen**

Kleinrentnergesetz, BGBl. Nr. 251/1929, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 239/1930 und GBIfÖ. Nr. 181/1939;

Bundesgesetz betreffend die Abänderung und Ergänzung des Kleinrentnergesetzes, BGBl. Nr. 90/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 482/1985;

Verordnung über die Durchführung der Krankenversicherung für die gemäß § 9 ASVG in die Krankenversicherung einbezogenen Personen, BGBl. Nr. 278/1974.

Nationalfondsgesetz, BGBl. Nr. 259/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 214/1984.

Aufgaben

Fahrpreisermäßigung für Behinderte, Kleinrentnerfürsorge und die Verwaltung des Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	37,5	0,0
1988	39,8	0,0
1989	52,5	0,0

Ausgaben 1989**Voranschlagsansatz 1/15408 Fahrpreisermäßigung für Behinderte**

Vorgesehen ist, nachstehend angeführten behinderten Personen einen Teil der Kosten des Umwelttickets zur Erlangung einer 50%igen Fahrpreisermäßigung auf den Österreichischen Bundesbahnen zu ersetzen:

Personen, für die eine erhöhte Familienbeihilfe nach dem FLAG bezogen wird und die das 15. Lebensjahr vollendet haben,

Beziehern eines Hilflosenzuschusses oder Pflegegeldes sowie anderer vergleichbarer Leistungen aufgrund bundes- oder landesgesetzlicher Vorschriften und

Beziehern von Versehrtenrenten aus der Unfallversicherung ab einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 75 vH, wenn sie zu einer Pension aus der Sozialversicherung Ausgleichszulage beziehen und weibliche Bezieher das 60. bzw. männliche Bezieher das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Als Kostenersatz sind 790 S vorgesehen. Es wird angenommen, daß zirka 20 000 Personen diese Leistung in Anspruch nehmen.

Voranschlagsansatz 1/15427 Kleinrentnerentschädigung

Im Rahmen der Kleinrentnerfürsorge sind neben den Rentenleistungen der Aufwand für Krankenversicherungsbeiträge und außerordentliche Hilfeleistungen zu veranschlagen.

Die Zahl der Empfänger einer Kleinrente nimmt wegen des hohen Alters dieses Personenkreises ständig ab. Am 1. Juli 1988 bezogen 31 Personen eine Kleinrente gegenüber 36 Personen am 1. Juli 1987.

Voranschlagsansatz 1/15436 Förderungen

Dem Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte ist der Aufwand, der dem Fonds aus der Abgeltung der Mehrbelastung bei Lieferung von Kraftfahrzeugen für Behinderte durch den erhöhten Umsatzsteuersatz gegenüber dem Normalsteuersatz erwächst, zu ersetzen.

Weiters ist die Förderung von Organisationen bzw. Vereinen der freien Wohlfahrtspflege, die mit Hilfe der von ihnen geschaffenen sozialen Dienste eine unentbehrliche Ergänzung der öffentlichen Sozialeinrichtungen darstellen, vorgesehen. Der Schwerpunkt ihrer fürsorgerischen Tätigkeit besteht in der Betreuung und Pflege alter, kranker und hilfloser Menschen.

Kapitel 15 — Titel 155

81

Titel 155 Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung (I)**Gesetzliche Grundlagen**

Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, BGBl. Nr. 609, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 319/1988;

Bundesgesetz betreffend die Arbeitsmarktförderung (Arbeitsmarktförderungsgesetz), BGBl. Nr. 31/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 616/1987;

Bundesgesetz über die Gewährung einer Sonderunterstützung (Sonderunterstützungsgesetz — SUG), BGBl. Nr. 642/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 609/1987;

Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz, BGBl. Nr. 324/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 114/1988.

Aufgaben

Die Dienststellen der Arbeitsmarktverwaltung haben im Sinne einer aktiven Arbeitsmarktpolitik zur Erreichung und Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung sowie zur Verhütung von Arbeitslosigkeit dadurch beizutragen, daß sie insbesondere Personen bei der Berufswahl und bei einem angestrebten Berufswechsel beraten,

Personen bei der Erlangung eines Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes und bei der Aufrechterhaltung ihrer Beschäftigung oder Ausbildung behilflich sind,

Dienstgebern bei der Beschaffung geeigneter Arbeitskräfte behilflich sind,

eine allenfalls notwendige Anpassung an die Erfordernisse des Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes fördern.

Weiters haben die Dienststellen der Arbeitsmarktverwaltung bei der Arbeitsmarktbeobachtung und Arbeitsmarkt- und Berufsforschung mitzuwirken, sowie bei den nach Anhörung des Beirates für Arbeitsmarktpolitik festgelegten Maßnahmen für eine den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßte und auf die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung Rücksicht nehmende Arbeitsmarktpolitik mitzuwirken. Dabei ist auf übergeordnete volkswirtschaftliche und soziale Gesichtspunkte gebührend Rücksicht zu nehmen.

Überdies obliegt den Dienststellen der Arbeitsmarktverwaltung die Vollziehung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes 1977, des Sonderunterstützungsgesetzes und des Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetzes.

Die Dienstbehörden und Dienststellen verteilen sich auf die einzelnen Bundesländer wie folgt:

Bundesland	Landesarbeitsämter	Arbeitsämter	Arbeitsamtszweigstellen
Wien	1	11	—
Niederösterreich	1	23	4
Burgenland	1	6	1
Oberösterreich	1	14	3
Salzburg	1	5	—
Steiermark	1	17	5
Kärnten	1	8	—
Tirol	1	9	—
Vorarlberg	1	4	1
Summe ...	9	97	14

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	826,9	24 590,1	25 417,0	23 555,6
1988	836,0	26 809,7	27 645,7	25 724,0
1989	866,5	28 729,5	29 596,0	27 760,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Sachausgaben sind gegenüber dem Voranschlag 1988 um rund 1 920 Millionen Schilling höher. Dies ist vor allem auf die höheren Aufwendungen beim Verwaltungsaufwand (15 Millionen Schilling), auf die höheren Aufwendungen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (250 Millionen Schilling), auf die höheren Unterstützungsleistungen nach dem AIVG (556 Millionen Schilling einschließlich Krankenversicherungsbeiträge und der Überweisung an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger

gemäß § 60 Abs. 1 lit. e AIVG 1977), auf die höhere Überweisung an den Reservefonds nach dem AIVG (1 211 Millionen Schilling), auf die höheren Einhebungsvergütungen an die Träger der Krankenversicherung (24 Millionen Schilling) sowie auf den höheren Beitrag der Arbeitslosenversicherung zur Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (12 Millionen Schilling) — trotz geringerer Leistungen nach dem Sonderunterstützungsgesetz (148 Millionen Schilling) — zurückzuführen.

Die Sachausgaben sind auch gegenüber dem Erfolg 1987 um rund 4 139 Millionen Schilling höher. Diese Mehraufwendungen sind vor allem auf den höheren Verwaltungsaufwand (119 Millionen Schilling), auf die steigenden Aufwendungen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (730 Millionen Schilling), auf höhere Unterstützungsleistungen nach dem AIVG (2 169 Millionen Schilling einschließlich Krankenversicherungsbeiträge und der Überweisung an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger gemäß § 60 Abs. 1 lit. e AIVG 1977), auf die höhere Überweisung an den Reservefonds nach dem AIVG (1 211 Millionen Schilling), sowie auf die höheren Einhebungsvergütungen an die Träger der Krankenversicherung (23 Millionen Schilling) — trotz geringerer Überweisung an den Reservefonds nach dem AIVG gemäß § 64 Abs. 11 AIVG 1977 (8 Millionen Schilling), geringerer Leistungen nach dem Sonderunterstützungsgesetz (97 Millionen Schilling) sowie geringerem Beitrag der Arbeitslosenversicherung zur Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe (8 Millionen Schilling) — zurückzuführen.

Unter Zugrundelegung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages, der gemäß § 61 Abs. 10 AIVG 1977 durch Verordnung festgesetzt ist, und der Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage von 27 000 S auf 28 200 S monatlich sowie unter Berücksichtigung der Lohnentwicklung wurden diese Einnahmen mit 26 005 Millionen Schilling veranschlagt. Dieser Betrag ist gegenüber dem Voranschlag 1988 um 1 995 Millionen Schilling und gegenüber dem Erfolg 1987 um rund 5 639 Millionen Schilling höher.

Auf Grund der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen werden im Jahre 1989 folgende Ausgaben geleistet. Der vom Bund zu tragende Aufwand ist in Klammer angeführt:

	Millionen Schilling	
§ 1550 Landesarbeitsämter	740,8	(740,8)
§ 1551 LAÄ — Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG	4 350,0	(—)
§ 1552 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 39 a AMFG	—	(450,0)
§ 1553 Überweisung an den Reservefonds nach dem AIVG gem. § 64 Abs. 11 AIVG	—	(—)
§ 1554 Sonderunterstützung nach § 1 Abs. 1 Z 1 SUG	932,0	(466,0)
§ 1554 Sonderunterstützung nach § 1 Abs. 1 Z 2 SUG	720,9	(180,2)
§ 1555 Leistungen nach dem AIVG	19 493,0	(—)
§ 1557 Überweisung an den Reservefonds nach dem AIVG gemäß § 64 Abs. 5 AIVG	1 211,3	(—)
§ 1558 Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung	221,0	(—)
§ 1559 Beitrag der Arbeitslosenversicherung zur Schlechtwetterentschädigung gemäß § 12 Abs. 1 lit. b und Abs. 3 Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957	90,0	(—)
	27 759,0	(1 837,0)
Titel 155 (Summe) ...		29 596,0

Der Bund hat den zu tragenden Teilaufwand gemäß den nachstehenden gesetzlichen Bestimmungen in Form von Beiträgen zu leisten:

- Nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz — BGBl. Nr. 31/1969 (§ 51 Abs. 3 in der Fassung BGBl. Nr. 185/1985) — einen Beitrag zu den Verwaltungskosten der Landesarbeitsämter und Arbeitsämter im Betrag von 50 vH der Ausgaben.
- Nach dem Sonderunterstützungsgesetz — SUG — BGBl. Nr. 642/1973 (§ 12) in der Fassung BGBl. Nr. 568/1985 — einen Beitrag von einem Drittel der Ausgaben für Leistungen gemäß § 1 Abs. 1 Z 1 und einem Fünftel der Ausgaben für Leistungen gemäß § 1 Abs. 1 Z 2.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Paragraph 1/1550 Landesarbeitsämter

Die Durchführung sämtlicher Agenden der Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und Arbeitslosenversicherung einschließlich des Karenzurlaubsgeldes, der Sonderunterstützung, des Insolvenzausfallgeldes sowie aller arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, der Arbeitsmarktbeobachtung und der

Kapitel 15 — Titel 155

83

Schlechtwetterentschädigung obliegt 9 Landesarbeitsämtern, 97 Arbeitsämtern und 14 Arbeitsamtszweigstellen mit einem Personalstand von 3 431 Bediensteten.

Weiters ist der Aufwand für 91 Eignungsausbildungsteilnehmer vorgesehen.

Paragraph 1/1551 LAÄ — Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG

Die Vielzahl der Beihilfenmöglichkeiten und die mit den Novellen zum AMFG geschaffenen Verbesserungen des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums bedingen unter Berücksichtigung der Konjunkturprognosen gegenüber dem Erfolg 1987 und dem Bundesvoranschlag 1988 einen höheren Aufwand. Da arbeitsmarktpolitisch gesehen die Ansatz- und Postengliederungen des Voranschlages wenig aussagekräftig sind, wurden die Ausgaben nach arbeitsmarktpolitischen Kriterien zu Programmen zusammengefaßt. Unter diesen Gesichtspunkten enthält der Paragraph 1/1551 folgende Ausgaben:

161 Millionen Schilling für Arbeitsmarktinformation.

Davon für Grundlagenarbeiten 30 Millionen Schilling, für Information und Werbung 66 Millionen Schilling, für externe Servicedienste 5 Millionen Schilling und für Maßnahmen gemäß § 18 a AMFG 60 Millionen Schilling.

1 860 Millionen Schilling für Mobilitätsförderung.

Davon für Arbeitsmarktausbildung gemäß § 19 (1) b und § 26 AMFG 1 841 Millionen Schilling und für geographische Mobilität und Arbeitsantritt gemäß § 19 (1) c bis k AMFG 19 Millionen Schilling.

1 373 Millionen Schilling für Arbeitsbeschaffung.

Davon für konjunkturelle oder einzelbetriebliche Beschäftigungsschwierigkeiten gemäß § 27 (1) a und d AMFG 250 Millionen Schilling, für saisonale Beschäftigungsschwierigkeiten gemäß § 27 (1) b und c AMFG 43 Millionen Schilling, für längerfristige Beschäftigungsschwierigkeiten gemäß § 35 AMFG 1 010 Millionen Schilling und für Selbsthilfeprojekte 70 Millionen Schilling.

333 Millionen Schilling für Lehrausbildung und Berufsvorbereitung.

Davon für Ausbildungsbeihilfen an Lehrlinge gemäß § 19 (1) a AMFG 24 Millionen Schilling, für Ausbildungsbeihilfen an Betriebe und Institutionen gemäß § 19 (1) a AMFG 172 Millionen Schilling und für Berufsvorbereitung gemäß § 19 (1) b AMFG 137 Millionen Schilling.

542 Millionen Schilling für Behinderte gemäß § 16 AMFG.

Davon für Mobilitätsförderung gemäß § 19 (1) b bis k und § 26 AMFG 354 Millionen Schilling, für Arbeitsbeschaffung gemäß § 27 (1) a bis d und § 35 AMFG 174 Millionen Schilling und für Lehrausbildung und Berufsvorbereitung gemäß § 19 (1) a und b AMFG 14 Millionen Schilling.

31 Millionen Schilling für Ausländer.

Davon für Mobilitätsförderung gemäß § 19 (1) b bis k und § 26 AMFG 23 Millionen Schilling und für Lehrausbildung und Berufsvorbereitung gemäß § 19 (1) a und b AMFG 8 Millionen Schilling.

50 Millionen Schilling für Ausstattung fremder Schulungseinrichtungen gem. § 26 (2) AMFG.

Paragraph 1/1552 Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß § 39 a AMFG

Die Förderung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen aus Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung (Paragraph 1/1551) ist auf das eher eng gesteckte Ziel, die zu gewährenden Förderungsmittel im wesentlichen an den fiktiven Kosten zu messen, die bei Verlust der zu erhaltenden und zu sichernden Arbeitsplätze durch Unterstützungsleistungen aus der Arbeitslosenversicherung erwachsen würden, abgestimmt. Die derzeitige wirtschaftliche Lage erfordert jedoch den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen im Hinblick auf den gesamtwirtschaftlichen Effekt der Sicherung von Arbeitsplätzen über eine begrenzte Region und über einen bestimmten Wirtschaftszweig hinaus. Diesen Aufwand trägt der Bund endgültig.

Voranschlagsansatz 1/15547 Sonderunterstützung**Nach § 1 Absatz 1 Ziffer 1:**

Angenommen wurden 1 950 Anspruchsberechtigte (ehemalige Bedienstete des österreichischen Bergbaues), die eine Sonderunterstützung von durchschnittlich 494,13 S täglich und zwei Sonderzahlungen zu je 30 Tagsätzen sowie 5 000 Anspruchsberechtigte (ehemalige Bedienstete der eisenerzeugenden Industrie), die durchschnittlich 465,15 S täglich und zwei Sonderzahlungen zu je 30 Tagsätzen erhalten. Die Leistungen beinhalten auch die Krankenversicherungsbeiträge.

Nach § 1 Absatz 1 Ziffer 2:

Angenommen wurden 8 250 Anspruchsberechtigte, die eine Sonderunterstützung zu 30 Tagsätzen von durchschnittlich rund 299,25 S täglich erhalten. Die Leistungen beinhalten auch die Krankenversicherungsbeiträge.

Voranschlagsansatz 1/15557 Leistungen nach dem AIVG

Angenommen wurden im Jahresdurchschnitt 97 000 Bezieher von Arbeitslosengeld und 51 500 Bezieher von Notstandshilfe und 10 500 Bezieherinnen von Sondernotstandshilfe. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld wurde mit 82 855 S pro Jahr (227 S täglich) und die durchschnittliche Notstandshilfe mit 69 350 S pro Jahr (190 S täglich) und die durchschnittliche Sondernotstandshilfe mit 56 940 S pro Jahr (156 S täglich) veranschlagt. Hierzu kommt noch der voraussichtliche Aufwand für Pensionsvorschüsse gem. § 23 AIVG. Der Voranschlag für das Karenzurlaubsgeld entspricht einem Durchschnittsbetrag von 66 740 S pro Jahr (182,85 S täglich) für 44 500 Bezieherinnen im Jahresdurchschnitt. Die Durchschnittssätze sind aufgrund der Änderung der Zählweise in der Statistik gegenüber dem Vorjahr geringer. Hierzu kommen noch die Krankenversicherungsbeiträge.

Für die Krankenversicherung der angeführten Leistungsbezieher wurden 7,5 vH des doppelten Unterstützungsaufwandes veranschlagt.

Der als Überweisung an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger veranschlagte Betrag entspricht rd. 7,5 vH der veranschlagten Einnahmen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen (siehe Voranschlagsansatz 2/15580). Darüberhinaus wurde für das Jahr 1989 eine einmalige Überweisung in der Höhe von 1 200 Millionen Schilling durch den Reservefonds nach dem AIVG vereinbart.

Voranschlagsansatz 1/15577 Überweisung an den Reservefonds nach dem AIVG

Der hier veranschlagte Betrag entspricht dem Überschuß der Gebarung der Arbeitsmarktverwaltung im Jahre 1989, der gemäß § 64 AIVG dem Reservefonds zu überweisen ist.

Voranschlagsansatz 1/15587 Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung

Der hier veranschlagte Betrag entspricht rd. 0,85 vH der mit 26 005 Millionen Schilling veranschlagten Einnahmen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen (siehe Voranschlagsansatz 2/15580).

Voranschlagsansatz 1/15597 Beitrag der Arbeitslosenversicherung zur Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe

Beitrag der Arbeitslosenversicherung gemäß § 60 Abs. 1 lit. d AIVG 1977.

Voranschlagsansatz 2/15550 Überweisung vom Familienlastenausgleich (zweckgeb. Einnahmen)

Der Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen leistet gemäß § 60 Abs. 2 lit. b AIVG einen Beitrag von 50 vH des Gesamtaufwandes an Karenzurlaubsgeld (Barleistungen einschließlich Krankenversicherungsbeiträge), das sind 1 708 Millionen Schilling.

Voranschlagsansatz 2/15580 Arbeitslosenversicherungsbeiträge (zweckgeb. Einnahmen)

Der Arbeitslosenversicherungsbeitrag gemäß § 61 AIVG 1977 ist bis zu der für die Pensionsversicherung festgesetzten Höchstbeitragsgrundlage gemäß § 45 ASVG einzuheben, wobei diese im Jahre 1989 bis zu einem Höchstbetrag von 940 S kalendertäglich (28 200 S monatlich) zu berücksichtigen ist.

Der Ermittlung der Einnahmen an Arbeitslosenversicherungsbeiträgen wurden 2 260 000 für den Fall der Arbeitslosigkeit Versicherte mit einer durchschnittlichen Beitragsgrundlage von 15 800 S monatlich (zuzüglich Sonderzahlungen) zugrunde gelegt.

Titel 156 Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung (II)**Gesetzliche Grundlagen**

Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz 1957, BGBl. Nr. 129, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 639/1982;

Kapitel 15 — Titel 157

85

Bundesgesetz über die Gewährung von Überbrückungshilfen an ehemalige Bundesbedienstete, BGBl. Nr. 174/1963, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 24/1964;

Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz, BGBl. Nr. 235/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 81/1983;

Mutterschutzgesetz, BGBl. Nr. 221/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 213/1984.

Aufgaben

Vollziehung der angeführten Gesetze durch die Dienststellen der Arbeitsmarktverwaltung.

Organisation

Siehe Titel 155.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1987	405,0	402,7
1988	381,0	378,7
1989	392,3	390,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Der Aufwand ist von der Beschäftigung und Auftragslage in der Bauwirtschaft sowie von der Witterung abhängig und gegenüber dem Bundesvoranschlag 1988 steigend. Dadurch ist auch der für eine ausgeglichene Gebarung erforderliche Beitrag der AIV zur Schlechtwetterentschädigung höher (siehe Voranschlagsansatz 1/15597).

Im einzelnen ist zu bemerken:

Paragraphe 1/1560, 1/1561 und 2/1560 Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe

Veranschlagt ist der Aufwand an Schlechtwetterentschädigung zuzüglich eines Pauschalbetrages als Abgeltung für die während der Zeit des Arbeitsausfalles von den Dienstgebern geleisteten Sozialabgaben sowie auch der Kostenersatz an die Träger der Krankenversicherung für die Einhebung des Schlechtwetterentschädigungsbeitrages.

Der Schlechtwetterentschädigungsbeitrag beträgt 1,4 vH des Arbeitsverdienstes, wobei dieser bis zu der im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz in der Pensionsversicherung festgesetzten Höchstbeitragsgrundlage (§ 45 Abs. 1 lit. b ASVG) zu berücksichtigen ist. Die im Jahre 1989 aus dem Schlechtwetterentschädigungsbeitrag zu erwartenden Einnahmen wurden auf Grund des Erfolges 1987 und unter Berücksichtigung der bereits eingetretenen und noch zu erwartenden Lohnerhöhungen errechnet.

Voranschlagsansatz 1/15627 Überbrückungshilfen an ehemalige öffentlich Bedienstete

Hier ist der Aufwand für Unterstützungsleistungen (einschließlich Krankenversicherung) nach diesem Bundesgesetz veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/15647 Ersatz der Sonderunterstützung nach dem Mutterschutzgesetz

Veranschlagt ist der voraussichtliche Aufwand an Sonderunterstützung, den der Bund nach § 33 des Mutterschutzgesetzes den Krankenkassen zu ersetzen hat.

Titel 157 Einrichtungen der Kriegsoffer- und Heeresversorgung**Gesetzliche Grundlagen**

Kriegsopferversorgungsgesetz (KOVG) 1957, BGBl. Nr. 152, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 614/1987;

Verordnung über die Rentenanpassung in der Kriegsopferversorgung für das Kalenderjahr 1989, BGBl. Nr. 000/1989;

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter, BGBl. Nr. 218/1964;

Zusatzvertrag zur Durchführung und Ergänzung des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Kriegsopferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter, BGBl. Nr. 201/1970;

Heeresversorgungsgesetz (HVG), BGBl. Nr. 27/1964, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 614/1987;

Verordnung über die Feststellung der Aufwertungsfaktoren der Mindest- und Höchstbemessungsgrundlage und die Rentenanpassung in der Heeresversorgung für das Kalenderjahr 1989, BGBl. Nr. 000/1989;

Artikel III des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 94/1975.

Aufgaben

Dem Bundesminister für Arbeit und Soziales obliegt in unmittelbarer Bundesverwaltung die Vollziehung der Kriegsopfer- und Heeresversorgung. Im Rahmen der Versorgung werden an Beschädigte und Hinterbliebene Renten-, Heilfürsorge- und Rehabilitationsleistungen erbracht. Weiters werden Beschädigten orthopädische Hilfsmittel beigestellt und Hinterbliebenen wird krankenversicherungsrechtlicher Schutz gewährleistet.

Die Personenkreise der Kriegsopfer- und Heeresversorgung sowie sonstige Behinderte und von Behinderung bedrohte Personen werden in sozialen Angelegenheiten im engen Zusammenwirken mit den übrigen Rehabilitationsträgern beraten.

Organisation

Landesinvalidenamt für Wien, Niederösterreich und Burgenland in Wien, Prothesenwerkstätte in Wien;

Landesinvalidenamt für Oberösterreich in Linz, Prothesenwerkstätte in Linz;

Landesinvalidenämter für Kärnten in Klagenfurt, Salzburg in Salzburg, Steiermark in Graz, Tirol in Innsbruck und Vorarlberg in Bregenz.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	217,5	6 395,9	6 613,4	49,5
1988	220,3	6 272,8	6 493,1	56,2
1989	228,8	6 340,6	6 569,4	53,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Die höheren Sachausgaben sind hauptsächlich auf den Anstieg der Versorgungsleistungen nach dem KOVG aufgrund der jährlichen Rentenanpassung zurückzuführen.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Ausgaben 1989

Paragraph 1/1570 Landesinvalidenämter

Vorgesehen sind die Personalausgaben und die Ausgaben für Anlagen und Aufwendungen der Landesinvalidenämter und der bei den Landesinvalidenämtern eingerichteten Schiedskommissionen. Neben der Vollziehung der Kriegsopfer- und Heeresversorgung sind die Landesinvalidenämter mit der Vollziehung bzw. Durchführung folgender Angelegenheiten befaßt: Gewährung von Hilfeleistungen an Opfer von Verbrechen, Invalideneinstellungsgesetz, Ausgleichstaxfonds, Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte, Kriegsopferfonds und Sozialberatung.

Anlagen

Der Bedarf betrifft Einrichtungsgegenstände und Büromaschinen in den Landesinvalidenämtern sowie die Erneuerung der Röntgenanlage beim Landesinvalidenamt in Wien.

Kapitel 15 — Titel 157

87

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier ist auch für den Aufwand von 28 Eignungsausbildungsteilnehmern vorgesorgt.

Aufwendungen

Neben den Erfordernissen für den laufenden Betrieb sind die Aufwendungen für Leistungen der Post und die ab dem Jahre 1989 von den Ressorts zu tragenden Geldverkehrsspesen (von den Buchhaltungen der Landesinvalidenämter werden auch sämtliche Scheckverkehrs-Baranweisungen der Arbeitsmarktverwaltung und der Untersuchungsanstalten durchgeführt) sowie ärztliche Begutachtungen hervorzuheben.

Paragraph 1/1572 Bundesstaatl. Prothesenwerkstätten (Betriebsäbnl. Einrichtungen)

Dieser Paragraph umfaßt die Personalausgaben und die Ausgaben für Anlagen und Aufwendungen der Prothesenwerkstätten in Wien und Linz. Von den Prothesenwerkstätten werden für die orthopädische Versorgung der Kriegsbeschädigten im Auftrage der Landesinvalidenämter Körperersatzstücke, orthopädische Behelfe und andere Hilfsmittel erzeugt und repariert.

Voranschlagsansatz 1/15737 Heilfürsorge

Beschädigte haben Anspruch auf Heilfürsorge bei jeder als Dienstbeschädigung anerkannten Gesundheitsschädigung und deren Folgen. Die Heilfürsorge umfaßt ärztliche Hilfe, Zahnbehandlung, Haus- und Krankenanstaltspflege sowie Krankengeld. Im Rahmen der erweiterten Heilfürsorge, die unter bestimmten Voraussetzungen gewährt wird, sind Kuraufenthalt sowie die Unterbringung in Rehabilitationskrankenhäusern und Genesungsheimen vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/15747 Berufliche und soziale Maßnahmen

Die berufliche Ausbildung dient der Eingliederung oder Wiedereingliederung der Beschädigten in das Erwerbsleben. Weiters sind Maßnahmen zur Ermöglichung der Fortsetzung der Erwerbstätigkeit und der sozialen Rehabilitation für Beschädigte vorgesehen. Ihre Bedeutung verlagert sich infolge des steigenden Alters der Kriegsbeschädigten zunehmend in den Bereich der Heeresversorgung.

Voranschlagsansatz 1/15757 Orthopädische Versorgung

Das Ziel der orthopädischen Versorgung ist die Wiedergewinnung oder Erhöhung der infolge Dienstbeschädigung geminderten Erwerbsfähigkeit und die Behebung oder Erleichterung der Folgen der Dienstbeschädigung. Die orthopädische Versorgung umfaßt die Ausstattung mit Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln sowie deren Wiederherstellung und Erneuerung.

Voranschlagsansatz 1/15767 Versorgungsgebühren

Vorgesehen sind hier die Rentenleistungen für Beschädigte und Hinterbliebene nach dem Kriegsoffer- oder Heeresversorgungsgesetz. Neben den Rentenleistungen sind noch Familienbeihilfen und Rentenabfertigungen zu veranschlagen. Sie werden im gleichen Umfang wie die Pensionen nach dem ASVG jährlich aufgewertet; der Anpassungsfaktor für 1989 beträgt 1,021 (1967: 1,081, 1968: 1,064, 1969: 1,071, 1970: 1,054, 1971: 1,071, 1972: 1,074, 1973: 1,090, 1974: 1,104, 1975: 1,102, 1976: 1,115, 1977: 1,070, 1978: 1,069, 1979: 1,065, 1980: 1,056, 1981: 1,051, 1982: 1,052, 1983: 1,055, 1984: 1,040, 1985: 1,033, 1986: 1,035, 1987: 1,038, 1988: 1,023).

Von dem mit 5 814,102 Millionen Schilling veranschlagten Gesamtaufwand entfallen

	Millionen Schilling
auf Familienbeihilfen	17,200
auf Rentengebühren für Beschädigte (KOV)	2 560,000
auf Rentengebühren für Witwen bzw. Witwer (KOV)	2 994,000
auf Rentengebühren für Waisen (KOV)	70,000
auf Rentengebühren für Eltern (KOV)	77,000
auf Rentengebühren für Beschädigte (HV)	69,000
auf Rentengebühren für Witwen (HV)	2,100
auf Rentengebühren für Waisen (HV)	1,700
auf Rentengebühren für Eltern (HV)	0,800
auf Sterbegeld (KOV und HV)	19,100
auf Abfertigungen von Witwenrenten (KOV und HV)	1,200
und auf Rentenenumwandlungen (KOV und HV) sowie Hilfeleistungen an Spätheimkehrer	2,002

Der Voranschlag 1989 berücksichtigt die Erhöhung der Versorgungsleistungen auf Grund der jährlichen Rentenanpassung und den Minderbedarf infolge des natürlichen Rückganges der Zahl der Anspruchsberechtigten. Die Zahl der Rentempfänger ist seit vielen Jahren rückläufig; dieser Rückgang liegt derzeit bei rd. 4% jährlich. Am 1. Juli 1988 standen 136 932 Versorgungsberechtigte (67 954 Beschädigte, 63 315 Witwen, 1 724 Waisen, 3 939 Eltern) im Rentenbezug gegenüber 142 942 am 1. Juli 1987.

Die Gesamtzahl der Anspruchsberechtigten nach dem Heeresversorgungsgesetz betrug am 1. Juli 1988 1 261 Personen, und zwar 1 143 Beschädigte, 41 Witwen, 41 Waisen und 36 Eltern, gegenüber 1 209 Personen am 1. Juli 1987.

Voranschlagsansatz 1/15777 Krankenversicherung

Hinterbliebenen und Angehörigen von Schwerbeschädigten nach dem KOVG und HVG wird, sofern sie nicht auf Grund anderer gesetzlicher Vorschriften versichert sind, krankenversicherungsrechtlicher Schutz gewährleistet. Die Versicherten erhalten die in der Allgemeinen Sozialversicherung vorgesehenen Leistungen. Der Aufwand der Träger der Krankenversicherung ist vom Bund zu ersetzen.

Voranschlagsansatz 1/15778 Härteausgleiche

Vorgesehen sind hier die Leistungen für Beschädigte und Hinterbliebene nach dem Kriegsopter- oder Heeresversorgungsgesetz, die als Ausgleich aufgrund besonderer Härten gewährt werden.

Paragraph 1/1578 Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland

Die Aufwendungen auf Grund des Vertrages über Kriegsopterversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter betreffen im wesentlichen Heilfürsorge, Krankenbehandlung, orthopädische Versorgung und berufliche Ausbildung der deutschen Versorgungsberechtigten in Österreich und der österreichischen Versorgungsberechtigten in der Bundesrepublik Deutschland. Der Aufwand für die deutschen Versorgungsberechtigten in Österreich wurde mit 5,8 Millionen Schilling, der Ersatz des Aufwandes für die österreichischen Versorgungsberechtigten in der Bundesrepublik Deutschland mit 2,2 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/15798 Fahrausweise und Sonderfürsorge

Beschädigten ab einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 70 vH werden für die Gewährung von Fahrpreismäßigungen Berechtigungsmarken beigestellt. Von den Landesinvalidenämtern wurden im Jahre 1987 9 480 Berechtigungsmarken für Beschädigte und 1 367 Berechtigungsmarken für Begleitpersonen ausgegeben.

Der Veranschlagung für 1989 liegen 9 450 bzw. 1 350 Marken zugrunde. Dem Aufwand von 1,2 Millionen Schilling stehen Kostenersätze des Ausgleichstaxfonds (50 S pro Ausweis) in Höhe von 0,4 Millionen Schilling gegenüber.

Außerdem ist bei diesem Voranschlagsansatz für die Gewährung von Unterstützungen an bedürftige Versorgungsberechtigte in Notstandsfällen vorgesorgt.

Einnahmen 1989

Paragraph 2/1572 Bundesstaatl. Prothesenwerkstätten (Betriebsäbnl. Einrichtungen)

Hervorzuheben sind die Vergütungen der Landesinvalidenämter für die Erzeugung und Reparatur von Körperersatzstücken, orthopädischen Behelfen und anderen Hilfsmitteln, die Kriegsbeschädigten im Rahmen der orthopädischen Versorgung beigestellt werden.

Voranschlagsansatz 2/15784 Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland/Kostenersatz

Kostenersatz der Bundesrepublik Deutschland für die Aufwendungen Österreichs für die deutschen Versorgungsberechtigten im Rahmen des Vertrages über Kriegsopterversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter.

Voranschlagsansatz 2/15794 Sonstige Einnahmen der Kriegsopter- und Heeresversorgung

Hauptsächlich Beiträge der nach dem KOVG und HVG Krankenversicherten.

Kapitel 15 — Titel 157

89

Ausgleichstaxfonds

Der Ausgleichstaxfonds hat seine Rechtsgrundlage im § 10 des Invalideneinstellungsgesetzes 1969, BGBl. Nr. 22/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 614/1987.

Die Einnahmen des Fonds bestehen aus den nach dem Invalideneinstellungsgesetz 1969 und dem Opferfürsorgegesetz zu entrichtenden Ausgleichstaxen sowie aus den Erträgen der Veranlagung des Fondsvermögens. Die Mittel des Fonds sind für Zwecke der Fürsorge für die nach dem Invalideneinstellungsgesetz begünstigten Personen, zur Ausstattung von geschützten Werkstätten mit Maschinen und sonstigen Behelfen, für die Gewährung von Zuschüssen an Betriebe zur Erleichterung der Einstellung und Beschäftigung von Invaliden, für Zwecke der Fürsorge für die nach dem Kriegsoferversorgungsgesetz anspruchsberechtigten Personen sowie für Inhaber einer Amtsbescheinigung oder eines Opferausweises und deren Witwen, Witwer, Waisen, Kinder, hinterbliebene Lebensgefährtinnen und Lebensgefährten sowie für Personen, die — ohne Inhaber einer Amtsbescheinigung zu sein — wiederkehrende Leistungen nach dem OFG beziehen, zu verwenden.

Der Fonds wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales unter Mitwirkung eines Beirates verwaltet, in dem außer den organisierten Kriegsopfern und den sonstigen begünstigten Personen auch die gesetzlichen Interessenvertretungen der Dienstnehmer und Dienstgeber vertreten sind.

Kriegsopferfonds

Der Kriegsopferfonds hat seine Rechtsgrundlage im Bundesgesetz BGBl. Nr. 217/1960 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 594/1981 und wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales unter Mitwirkung eines Beirates verwaltet. Zweck des Fonds ist die Fürsorge für Beschädigte und Witwen mit einem Anspruch auf eine Rente nach dem Kriegsoferversorgungsgesetz, die einer finanziellen Hilfe bedürfen, und zwar durch Gewährung zinsfreier Darlehen.

Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte

Der Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte hat seine Rechtsgrundlage im Bundesgesetz BGBl. Nr. 259/1981 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 214/1984.

Aus dem Fonds sollen Leistungen für besondere Maßnahmen der medizinischen, beruflichen oder sozialen Rehabilitation gewährt werden, sofern keine anderen Förderungsmöglichkeiten bestehen und dadurch soziale Härtefälle beseitigt werden. Empfänger von Leistungen können Personen sein, die auf Grund eines körperlichen, geistigen oder psychischen Schadens voraussichtlich dauernd außerstande sind, sich voll oder teilweise aus eigener Kraft wie ein nichtbehinderter Mensch die entsprechende Stellung in Beruf und Gesellschaft zu sichern, und Vereine, die sich überwiegend die Betreuung behinderter Menschen zur Aufgabe gestellt haben und die eine angestrebte und im öffentlichen Interesse gelegene Rehabilitationsmaßnahme aus eigenen Mitteln nicht zu finanzieren vermögen. Zuwendungen erfolgen nach Maßgabe der Fondsmittel.

Die Mittel hierfür werden insbesondere durch Zuwendungen und Schenkungen sowie durch Zinsen und sonstige Erträge des Fondsvermögens aufgebracht.

Weiters wird Behinderten unter bestimmten Voraussetzungen die Mehrbelastung abgegolten, die sich aus der erhöhten Umsatzsteuer beim Ankauf von Kraftfahrzeugen ergibt. Diese Ausgaben werden dem Fonds vom Bund ersetzt (siehe auch Voranschlagsansatz 1/15436).

Die Verwaltung des Fonds obliegt dem Bundesminister für Arbeit und Soziales. Organ des Fonds ist ein Kuratorium, dem Vertreter des Bundes, der Länder, der im Hauptausschuß des Nationalrates vertretenen Parteien, des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger und von Vereinigungen, die die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen von Behinderten zum Ziele haben, angehören.

Hilfsfonds

Der Fonds zur besonderen Hilfe für Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung hat seine Rechtsgrundlage im Bundesgesetz BGBl. Nr. 197/1988.

Die Mittel des Fonds werden durch Zuwendungen an hilfsbedürftige Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung zur Linderung oder Beseitigung einer bestehenden oder drohenden wirtschaftlichen Notlage gewährt.

Titel 159 Verschiedene Dienststellen**Gesetzliche Grundlagen**

Arbeitsverfassungsgesetz, BGBl. Nr. 22/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 196/1988;

Schlichtungsstellen — Geschäftsordnung, BGBl. Nr. 444/1987;

Heimarbeitsgesetz 1960, BGBl. Nr. 105/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 563/1986;

Verordnung über die Errichtung von Heimarbeitskommissionen, BGBl. Nr. 264/1969, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. Nr. 462/1987;

Heimarbeitskommissions-Rahmengeschäftsordnung, BGBl. Nr. 223/1954, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. Nr. 468/1987;

Arbeitsinspektionsgesetz 1974, BGBl. Nr. 143;

Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 396/1986;

Strahlenschutzverordnung, BGBl. Nr. 47/1972;

Bundesbediensteten-Schutzgesetz — BSG, BGBl. Nr. 164/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 323/1977.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	118,3	30,7	149,0	3,9
1988	122,4	33,6	156,0	3,9
1989	127,4	35,6	162,9	4,1

Paragraph 1/1590 Heimarbeitskommissionen, Schlichtungsstellen**Aufgaben und Organisation**

Anzahl der Ämter:

Bei den 16 für Arbeits- und Sozialrechtssachen zuständigen Gerichtshöfen erster Instanz sind auf Antrag Schlichtungsstellen gemäß § 144 Abs. 1 Arbeitsverfassungsgesetz zu errichten;

5 Heimarbeitskommissionen, u. zw. 4 in Wien und eine in Vorarlberg.

Die Schlichtungsstellen entscheiden in Streitigkeiten über den Abschluß, die Änderung oder die Aufhebung von Betriebsvereinbarungen gemäß §§ 96 a Abs. 1 und 97 Abs. 1, Z 1—6 a Arbeitsverfassungsgesetz.

Die Heimarbeitskommissionen sind auf Grund des Heimarbeitsgesetzes 1960 errichtet. Sie haben die Aufgabe, für die ihrer Zuständigkeit unterworfenen Zweige der Heimarbeit die Arbeits- und Lieferungsbedingungen zu regeln, Heimarbeitsstarife zu erlassen, Entgeltberechnungen auf ihre Übereinstimmung mit dem jeweils geltenden Heimarbeitsgesamtvertrag, Heimarbeitsstarif (Kollektivvertrag, Tarifordnung) oder Einzelvertrag zu überprüfen und das für die Stück- oder Leistungseinheit gebührende Entgelt festzustellen (zur Erledigung dieser Aufgabe hat die Heimarbeitskommission einen Entgeltberechnungsausschuß einzusetzen). Weiters haben die Heimarbeitskommissionen einen Kataster der von ihnen erlassenen Heimarbeitsstarife und der hinterlegten Heimarbeitsgesamtverträge zu führen bzw. Gutachten über deren Auslegung abzugeben.

Ausgaben 1989

Dieser Paragraph umfaßt die Personalausgaben und die Ausgaben für Anlagen und Aufwendungen der Heimarbeitskommissionen; hinsichtlich der Schlichtungsstellen sind die Aufwandsentschädigungen der Vorsitzenden, der Beisitzer und Kanzleibediensteten sowie andere Verwaltungsaufwendungen berücksichtigt.

Die Kanzleigeschäfte der Schlichtungsstellen werden von Bediensteten aus dem Personalstand des jeweils zuständigen mit Arbeits- und Sozialrechtssachen in erster Instanz befaßten Gerichtshofes besorgt.

Paragraph 1/1592 Arbeitsinspektion**Aufgaben und Organisation**

Die Arbeitsinspektion hat auf Grund des Arbeitsinspektionsgesetzes 1974, BGBl. Nr. 143, im Rahmen ihres Wirkungsbereiches den gesetzlichen Schutz der Arbeitnehmer wahrzunehmen. Es bestehen 20 Arbeitsinspektorate, u. zw.: 7 Inspektorate mit dem Sitz in Wien (der Wirkungsbereich von 3 Arbeitsinspektoraten erstreckt sich zum Teil auch auf Gebiete von Niederösterreich) und je ein Inspektorat in Wiener Neustadt, St. Pölten, Krems, Linz, Wels, Vöcklabruck, Salzburg, Graz, Leoben, Klagenfurt, Innsbruck (mit einer Außenstelle in Lienz), Bregenz und Eisenstadt. Durch das Inkrafttreten des Bundesbediensteten-Schutzgesetzes — BSG, BGBl. Nr. 164/1977, mit 1. Jänner 1978 wurde der Aufgabenbereich der Arbeitsinspektion auf die Dienststellen des Bundes, ausgenommen jene, die der Verkehrs-Arbeitsinspektion unterliegen, ausgedehnt; auf Dienststellen in Baulichkeiten und Anlagen von militärischer Besonderheit jedoch nur in eingeschränktem Umfang.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Vor allem wurde für die durch die immer weiterschreitende technische Entwicklung in der Arbeitswelt notwendige Vervollständigung des technischen Ausstattungsstandards auf dem Meßgerätesektor vorgesorgt.

Von den zur Verfügung stehenden Dienstkraftwagen sind 4 im Jahre 1989 durch neue zu ersetzen. Der restliche Voranschlag betrifft die Anschaffung von Büromaschinen und Amtsausstattung.

Förderungen

Nach § 2 Abs. 4 des Arbeitsinspektionsgesetzes 1974 hat die Arbeitsinspektion auf die Weiterentwicklung des Arbeitnehmerschutzes besonders zu achten und nötigenfalls die hierfür notwendigen Veranlassungen zu treffen. Die hier vorgesehenen Mittel dienen dieser der Arbeitsinspektion auferlegten Verpflichtung.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Auf Grund des Strahlenschutzgesetzes, BGBl. Nr. 227/1969, und der Strahlenschutzverordnung, BGBl. Nr. 47/1972, ist der Bund verpflichtet, die Kosten der ärztlichen Untersuchungen beruflich strahlenexponierter Personen zu einem Drittel, für einen besonderen Personenkreis jedoch zur Gänze, zu tragen. Die Kosten der Untersuchungen auf Inkorporation radioaktiver Stoffe (Ganzkörpermessungen und Ausscheidungsanalysen) sind besonders hoch.

Die Zahl der zu untersuchenden Personen wird gegenüber 1988 leicht steigende Tendenz aufweisen.

Aufwendungen

Für die Durchführung der Aufgaben der Arbeitsinspektion sind 298 Planstellen für Arbeitsinspektoren vorgesehen. Die noch zu intensivierende Tätigkeit dieser Organe erfolgt zum größten Teil im Außendienst; in erster Linie werden Betriebsinspektionen durchgeführt. Ferner nehmen die Arbeitsinspektoren an kommissionellen Verhandlungen im Zuge der Errichtung oder Erweiterung von Betriebsanlagen teil und führen besondere Erhebungen in Angelegenheiten des technischen und arbeitshygienischen Arbeitnehmerschutzes sowie des Verwendungsschutzes durch. Infolge des großen Umfanges der Außendiensttätigkeit entfallen rd. 42 vH der Aufwendungen auf Inlandreisen.

Auch Mietenzahlungen auf Grund der Neuunterbringung von Dienststellen sind veranschlagt.

Kapitel 16 Sozialversicherung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 78/1987, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt D, für die Sozialversicherung.

Gesamtgebarung

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	52 608,7	1 013,9
1988	55 384,4	74,4
1989	60 018,0	90,5

Im einzelnen ist zu bemerken:

Titel 160 Bundesministerium; Pensionsversicherung (Bundesbeitrag)

Gesetzliche Grundlagen

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/0000 (46. Novelle), § 80;

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/0000 (15. Novelle), § 34;

Bundesgesetz über die Sozialversicherung freiberuflich selbständig Erwerbstätiger (FSVG), BGBl. Nr. 624/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 158/1987 (Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 1987; 6. Novelle); unter Berücksichtigung der Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 23. Dezember 1978, BGBl. Nr. 662/1978;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/0000 (13. Novelle), § 31;

Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz (NSchG), BGBl. Nr. 354/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 609/1987 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1988), Art. XI;

Aufwertungszahl für 1989 1,026 gemäß BGBl. Nr. 000/0000;

Anpassungsfaktor für 1989 1,021 gemäß BGBl. Nr. 000/0000.

Aufgaben

Die Grundsätze, nach denen die Errechnung der Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung erfolgt ist, waren nach Kriegsende vielen Änderungen unterworfen. Eine ausführliche Darstellung dieser Änderungen und die Entwicklung bis zum Jahre 1984 ist im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1977 I. Teil, Abschnitt C. Sonstiges (Punkt VII. 4.11) und in den entsprechenden Abschnitten der Amtsbeihilfe der Folgejahre enthalten. Ab dem Jahre 1985 sind die Bundesbeiträge in der Pensionsversicherung sowohl der Unselbständigen als auch der Selbständigen in Form einer Ausfallhaftung mit einem Mehrertrag von 0,5 vH, ab dem Jahre 1987 mit einem Mehrertrag von 0,2 vH der Gesamtaufwendungen festgesetzt.

Die Aufbringung der Mittel in der Pensionsversicherung nach dem ASVG erfolgt durch Beiträge der Versicherten, der Dienstgeber und durch den Bundesbeitrag; in der Pensionsversicherung nach dem GSVG und dem BSVG tritt anstelle der Dienstgeberbeiträge eine Verdopplung der Beiträge der Pflichtversicherten durch den Bund, wobei hiefür vor allem das Aufkommen an Gewerbesteuer (im GSVG) bzw. das Aufkommen an Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (im BSVG) zur Finanzierung herangezogen wird.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	45 097,5	907,4
1988	47 584,8	0,0
1989	52 487,9	0,0

Kapitel 16 — Titel 160

93

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Pensionsanpassung durch das Pensionsanpassungsgesetz und die natürliche Zunahme der Pensionslast (höhere Bemessungsgrundlagen und höhere Steigerungsbeträge durch längere Versicherungszeiten beim Neuzugang der Pensionen) bewirken eine Steigerung der Gesamtaufwendungen, die die Zunahme der Gesamterträge übersteigt. Durch die Maßnahmen der Pensionsreform 1988 (44. Novelle zum ASVG, 13. Novelle zum GSVG und 11. Novelle zum BSVG) wurde der Bundeshaushalt hinsichtlich der Bundesbeiträge entlastet. Zusätzlich wurde die Anpassung der Pensionen im Jahre 1988 auf den 1. Juli verschoben. Für das Jahr 1989 wird zur Budgetkonsolidierung ein höherer Beitrag für Ersatzzeiten der Arbeitslosenversicherung an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger geleistet.

Ausgaben 1989

In der Pensionsversicherung nach dem ASVG leistet der Bund gemäß § 80 ASVG für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den 100,2 vH der Aufwendungen die Erträge übersteigen. Hierbei sind bei den Aufwendungen die Ausgleichszulagen, die außerordentlichen Zuschüsse der Dienstgeber zur Rückstellung für Pensionszwecke und die Abschreibungen von bebauten Grundstücken, bei den Erträgen der Bundesbeitrag und die Ausgleichszulagen außer Betracht zu lassen.

In der Pensionsversicherung nach dem GSVG hat der Bund gemäß § 34 Abs. 1 GSVG für jedes Geschäftsjahr aus dem Aufkommen an Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag einen Betrag in der Höhe der für dieses Jahr fällig gewordenen Beiträge zur Pensionsversicherung gemäß § 27 zu überweisen. Gemäß § 34 Abs. 2 leistet der Bund darüber hinaus einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den 100,2 vH der Aufwendungen die Erträge übersteigen.

In der Pensionsversicherung nach dem BSVG hat der Bund gemäß § 31 Abs. 2 BSVG für jedes Geschäftsjahr einen Betrag in der Höhe der für dieses Jahr fällig gewordenen Beiträge gemäß § 24 Abs. 2 zu leisten. Hiefür ist vor allem das Aufkommen an Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben nach dem Bundesgesetz BGBl. Nr. 166/1960 zu verwenden. Gemäß § 31 Abs. 3 leistet der Bund darüber hinaus einen Beitrag in der Höhe des Betrages, um den 100,2 vH der Aufwendungen die Erträge übersteigen.

In der Pensionsversicherung nach dem GSVG bzw. dem BSVG sind bei der Berechnung des Bundesbeitrages gemäß § 34 Abs. 2 GSVG bzw. § 31 Abs. 3 BSVG bei den Aufwendungen die Ausgleichszulagen, die außerordentlichen Zuschüsse der Dienstgeber zur Rückstellung für Pensionszwecke und die Abschreibungen von bebauten Grundstücken, bei den Erträgen der Bundesbeitrag und die Ausgleichszulagen außer Betracht zu lassen.

Für die nach dem 31. Dezember 1987 genehmigte Errichtung oder Erweiterung von Gebäuden leistet der Bund gemäß § 80 Abs. 2 ASVG bzw. § 34 Abs. 3 GSVG bzw. § 31 Abs. 5 BSVG über die vorstehenden Beiträge hinaus einen Beitrag in der Höhe der zur Finanzierung dieser Vorhaben jährlich aufgewendeten Mittel.

Berechnungsgrundlagen für 1989:

Voranschlagsansatz 1/16007 PVA der Arbeiter; Bundesbeitrag

	Anzahl
Durchschnittlicher Stand an Pensionen	875 872
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	1 221 275
	Millionen Schilling
100,2 vH der Aufwendungen	80 979,5
ab: Erträge	58 749,5
Ausfallhaftung	22 230,0
für Bauführung	12,0
Bundesbeitrag für 1989	22 242,0

94

Kapitel 16 — Titel 160

Voranschlagsansatz 1/16027 VA der österr. Eisenbahnen; Bundesbeitrag

	Anzahl
Durchschnittlicher Stand an Pensionen	15 730
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	22 200
	Millionen Schilling
100,2 vH der Aufwendungen	1 616,2
ab: Erträge	1 197,3
Ausfallhaftung	418,9
für Bauführung	5,0
Bundesbeitrag für 1989	423,9

Voranschlagsansatz 1/16037 PVA der Angestellten; Bundesbeitrag

	Anzahl
Durchschnittlicher Stand an Pensionen	443 650
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	1 130 500
	Millionen Schilling
100,2 vH der Aufwendungen	66 149,5
ab: Erträge	56 541,9
Ausfallhaftung	9 607,6
für Bauführung	12,0
Bundesbeitrag für 1989	9 619,6

Voranschlagsansatz 1/16047 VA des österr. Bergbaues; Bundesbeitrag

	Anzahl
Durchschnittlicher Stand an Pensionen	27 848
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	11 025
	Millionen Schilling
100,2 vH der Aufwendungen	4 001,4
ab: Erträge	2 209,6
Ausfallhaftung	1 791,8
für Bauführung	5,0
Bundesbeitrag für 1989	1 796,8

Voranschlagsansatz 1/16057 Überweisung gem. § 34 (1) GSVG

	Millionen Schilling
Überweisung aus dem Aufkommen an Gewerbesteuer in der Höhe der für 1989 fällig gewordenen Beiträge zur Pensionsversicherung gemäß § 27 GSVG	3 907,5

Voranschlagsansatz 1/16067 SVA der gewerbl. Wirtschaft; Bundesbeitrag

	Anzahl
Durchschnittlicher Stand an Pensionen	
nach dem GSVG	142 775
nach dem FSVG	683
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	
nach dem GSVG	190 000
nach dem FSVG	7 475
	Millionen Schilling
100,2 vH der Aufwendungen	15 153,8
ab: Erträge einschließlich der Überweisung gemäß § 34 (1) GSVG	8 871,1
Ausfallhaftung	6 282,7
für Bauführung	10,0
Bundesbeitrag für 1989	6 292,7

Kapitel 16 — Titel 160

95

Voranschlagsansatz 1/16077 Betrag gem. § 31 (2) BSVG

	Millionen Schilling
Überweisung eines Betrages in der Höhe der für 1989 fällig gewordenen Beiträge gemäß § 24 (2) BSVG	2 858,8

Voranschlagsansatz 1/16087 SVA der Bauern; Bundesbeitrag

	Anzahl
Durchschnittlicher Stand an Pensionen	182 125
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	179 000
	Millionen Schilling
100,2 vH der Aufwendungen	11 554,9
ab: Erträge einschließlich des Betrages gemäß § 31 (2) BSVG	6 226,3
Ausfallhaftung	5 328,6
für Bauführung	18,0
Bundesbeitrag für 1989	5 346,6

Anpassung der Pensionen

In verschiedenen Novellen zum ASVG und später auch zum GSPVG war der Versuch unternommen worden, durch eine pauschale und später durch eine individuelle Aufwertung der Pensionen der wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen und damit möglichst alle Pensionen, ungeachtet des Zeitpunktes ihres Anfalles, dem Lohn- und Gehaltsniveau eines bestimmten Jahres anzupassen.

Ab dem Jahre 1966 wurde im Zusammenhang mit der Einführung der Pensionsdynamik eine Neuregelung in Form des Pensionsanpassungsgesetzes, BGBl. Nr. 96/1965, getroffen.

Durch dieses Gesetz wurden die bisher nur fällweisen Nachziehungen der laufenden Geldleistungen aus der Pensions- und Unfallversicherung durch ein System regelmäßiger Anpassung ersetzt.

Auf Grund eines Gutachtens des Beirates für die Renten- und Pensionsanpassung beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales muß bis zum 10. Oktober eines jeden Jahres eine Entscheidung darüber getroffen werden, welcher Faktor für die jährliche Pensionsanpassung herangezogen werden soll. Der Beirat orientiert sich dabei ab 1985 am Richtwert, der für jedes Kalenderjahr aus den durchschnittlichen Beitragsgrundlagen der Versicherten unter Berücksichtigung der Auswirkung der Arbeitslosigkeit auf die Masseneinkommen errechnet wird. Er hat bei der Erstellung seines Gutachtens auf die volkswirtschaftliche Lage und deren Entwicklung sowie auf die Änderung des Verhältnisses der Zahl der in der Pensionsversicherung Pflichtversicherten zur Zahl der Pensionen Bedacht zu nehmen. Dabei steht dem Beirat eine vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales vorgelegte Berechnung über die voraussichtliche Gebarung der Träger der Pensionsversicherung für die folgenden fünf Jahre zur Verfügung. Die Festsetzung des jeweiligen Anpassungsfaktors erfolgt durch Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Soziales.

Die Entwicklung der Anpassungsfaktoren ab 1966 zeigt die folgende Übersicht:

Richtwert (bis 1985 Richtzahl) und Anpassungsfaktor

für das Jahr 1966	1,070
1967	1,081
1968	1,064
1969	1,071
1970	1,054
1971	1,071
1972	1,074
1973	1,090
1974	1,104
1975	1,102
1976	1,115
1977	1,070

1978	1,069
1979	1,065
1980	1,056
1981	1,051
1982	1,052
1983	1,055
1984	1,040
1985	1,033
1986	1,035
1987	1,038
1988	1,023
1989	1,021

Die Wirkung der Anpassung auf die Höhe der einzelnen Pensionen veranschaulicht die folgende Übersicht. Den Erhöhungen durch die Anpassung wurden die Steigerungen des Index der Verbraucherpreise gegenübergestellt.

Eine Pension von 2 000 S im Jahre 1965 erhöhte sich seither

im Jahre	auf in Schilling	Jährliche Steigerung der Pension des VPI 1966 (1976, 1986) in Prozent
1966	2 140,00	7,0
1967	2 313,30	8,1
1968	2 461,40	6,4
1969	2 636,20	7,1
1970	2 778,60	5,4
1971	2 975,90	7,1
1972	3 196,10	7,4
1973	3 483,70	9,0
I/1974 ¹⁾	3 846,00	12,1
VII/1974 ²⁾	3 961,40	
I/1975 ³⁾	4 365,50	13,5
VII/1975 ²⁾	4 496,50	
1976 ⁴⁾	5 013,60	13,1
1977	5 364,60	7,0
1978	5 734,80	6,9
1979	6 107,60	6,5
1980	6 449,60	5,6
1981	6 778,50	5,1
1982	7 131,00	5,2
1983	7 523,20	5,5
1984	7 824,10	4,0
1985	8 082,30	3,3
1986	8 365,20	3,5
1987	8 683,10	3,8
I/1988	8 683,10	1,2
VII/1988 ⁵⁾	8 882,80	
1989 ⁶⁾	9 069,30	3,3

¹⁾ Erhöhung um 10,4%.

²⁾ Erhöhung um 3,0%.

³⁾ Erhöhung um 10,2%.

⁴⁾ Erhöhung am 1. Jänner 1976 um 11,5%.

⁵⁾ Erhöhung um 2,3%.

⁶⁾ Erhöhung am 1. Jänner 1989 um 2,1%.

⁷⁾ Schätzwert.

Kapitel 16 — Titel 161

97

Titel 161 Bundesministerium; Ausgleichszulagen**Gesetzliche Grundlagen**

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/0000 (46. Novelle), § 293;

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/0000 (15. Novelle), § 150;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/0000 (13. Novelle), § 141;

Aufwertungszahl für 1989 1,026 gemäß BGBl. Nr. 000/0000;

Anpassungsfaktor für 1989 1,021 gemäß BGBl. Nr. 000/0000;

Finanzausgleichsgesetz 1989 (FAG 1989), BGBl. Nr. 000/1988.

Aufgaben

Durch die Ausgleichszulage soll dem Pensionsberechtigten — außerhalb der eigentlichen Versicherungsleistungen — eine gewisse Mindestleistung (Richtsatz) unter Berücksichtigung seines Gesamteinkommens und seines Familienstandes garantiert werden.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	6 439,5	17,3
1988	6 711,7	0,0
1989	6 383,5	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Das Ansteigen der Ausgleichszulagen-Ersätze im Jahre 1988 ist auf die in diesem Jahr erfolgte Verschiebung der Anpassung der Pensionen auf den 1. Juli zurückzuführen.

Ausgaben 1989

Nach den Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes 1989 trägt der Bund die nach dem ASVG, GSVG und BSVG ausbezahlten Ausgleichszulagen.

Gemäß den §§ 293 ASVG, 150 GSVG und 141 BSVG betragen die Richtsätze ab 1. Jänner 1989 (zum Vergleich ab 1. Jänner 1988):

	Schilling
a) für Pensionsberechtigte aus eigener Pensionsversicherung	
1. wenn sie mit dem Ehegatten (der Ehegattin) im gemeinsamen Haushalt leben	7 354 (7 168)
2. wenn die Voraussetzungen nach 1. nicht zutreffen	5 134 (5 004)
b) für Pensionsberechtigte auf Witwen-(Witwer-)Pension	5 134 (5 004)
c) für Pensionsberechtigte auf Waisenpension	
1. bis zur Vollendung des 24. Lebensjahres	1 904 (1 856)
falls beide Elternteile verstorben sind	2 860 (2 788)
2. nach Vollendung des 24. Lebensjahres	3 382 (3 296)
falls beide Elternteile verstorben sind	5 099 (4 970)

Der Richtsatz nach lit. a erhöht sich für jedes Kind um 548 (534) Schilling.

Die Richtsätze sind im letzten Jahrzehnt mehrere Male über die normale Anpassung der Pensionen hinaus erhöht worden. Die Entwicklung der Mindestpension (Richtsatz) für Alleinstehende und Verheiratete seit 1966 zeigt die nachstehende Übersicht. Gegenübergestellt wurden die Steigerungen des Pensionistenindex 1966, 1976 bzw. 1986.

Richtsätze für Ausgleichszulagenempfänger

	Richtsatz für Alleinstehende in Schilling	jährliche Steigerung in %	Richtsatz für Verheiratete in Schilling	jährliche Steigerung in %	jährliche Steigerung des Pensionistenindex 1966 (1976, 1986) in %
VII/1965	915	—	1 265	—	—
1966	979	7,0	1 354	7,0	2,6
1967	1 068	9,1	1 483	9,5	5,8
1968	1 136	6,4	1 578	6,4	3,3
1969	1 217	7,1	1 690	7,1	3,4
I/1970 ¹⁾	1 283	7,5	1 782	7,5	5,0
VII/1970 ²⁾	1 333		1 851		
I/1971 ³⁾	1 428	13,0	1 983	13,0	5,4
VII/1971 ⁴⁾	1 528		2 122		
1972 ⁵⁾	1 641	11,0	2 279	11,0	6,9
1973	1 800	9,7	2 575	13,0	7,8
I/1974 ⁶⁾	2 000	12,8	2 861	12,8	8,5
VII/1974 ⁷⁾	2 060		2 947		
I/1975 ⁸⁾	2 285	14,3	3 270	14,3	9,1
VII/1975 ⁷⁾	2 354		3 368		
1976 ⁹⁾	2 625	13,2	3 755	13,1	8,0
1977	2 860	9,0	4 090	8,9	6,0
1978	3 092	8,1	4 422	8,1	3,7
1979	3 308	7,0	4 731	7,0	3,7
1980	3 493	5,6	4 996	5,6	6,0
1981	3 703	6,0	5 316	6,4	7,3
1982	3 955	6,8	5 677	6,8	5,9
1983	4 173	5,5	5 989	5,5	3,2
1984 ¹⁰⁾	4 370	4,7	6 259	4,5	6,0
1985	4 514	3,3	6 466	3,3	3,3
1986	4 672	3,5	6 692	3,5	2,1
1987	4 868	4,2	6 973	4,2	0,4
1988	5 004	2,8	7 168	2,8	1,5 ¹¹⁾
1989	5 134	2,6	7 354	2,6	2,5 ¹¹⁾

¹⁾ Erhöhung um 5,4%.²⁾ Erhöhung um 50 S für Alleinstehende bzw. 69 S für Verheiratete.³⁾ Erhöhung um 7,1%.⁴⁾ Erhöhung um 100 S für Alleinstehende bzw. 139 S für Verheiratete.⁵⁾ Erhöhung am 1. Jänner 1972 um 7,4%.⁶⁾ Erhöhung um 11,1%.⁷⁾ Erhöhung um 3,0%.⁸⁾ Erhöhung um 10,9% für Alleinstehende bzw. 11,0% für Verheiratete.⁹⁾ Erhöhung am 1. Jänner 1976 um 11,5%.¹⁰⁾ Erhöhung am 1. Jänner 1984 um 4,0% und um 30 S.¹¹⁾ Schätzwert.**Titel 162 Bundesministerium; Leistungen zur Krankenversicherung****Gesetzliche Grundlagen**

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/0000 (46. Novelle), § 132 a;

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz (GSVG), BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/0000 (15. Novelle), § 88;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/0000 (13. Novelle), §§ 31 und 81;

Aufwertungszahl für 1989 1,026 gemäß BGBl. Nr. 000/0000.

Kapitel 16 — Titel 164

99

Aufgaben

In der Krankenversicherung nach dem BSVG beteiligt sich der Bund an der Finanzierung der Aufwendungen.

Die Träger der Krankenversicherung haben die bei ihnen pflichtversicherten Jugendlichen zwecks Überwachung ihres Gesundheitszustandes jährlich mindestens einmal einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	750,0	0,8
1988	760,0	0,0
1989	779,8	0,0

Ausgaben 1989

Gemäß § 31 Abs. 1 BSVG hat der Bund für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag in der Höhe der Summe der in diesem Geschäftsjahr eingezahlten Beiträge gemäß den §§ 24 Abs. 1 und 27 zu leisten.

Gemäß den §§ 132 a Abs. 4 ASVG, 88 Abs. 4 GSVG und 81 Abs. 4 BSVG hat der Bund für Jugendlichenuntersuchungen den Trägern der Krankenversicherung 50 vH der Untersuchungskosten sowie 60 vH der Fahrtkosten zu ersetzen. Im Jahre 1989 kommen die Ersätze für das Jahr 1988 zur Abrechnung.

Titel 164 Bundesministerium; sonstige Leistungen zur Sozialversicherung**Gesetzliche Grundlagen**

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/0000 (46. Novelle), § 74 a;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz (BSVG), BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/0000 (13. Novelle), § 31;

Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz (B-KUVG), BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/0000 (18. Novelle), § 117;

Auslandsrenten-Übernahmegesetz (ARÜG), BGBl. Nr. 290/1961, samt Ergänzung, BGBl. Nr. 114/1962, § 18;

Aufwertungszahl für 1989 1,026 gemäß BGBl. Nr. 000/0000;

Anpassungsfaktor für 1989 1,021 gemäß BGBl. Nr. 000/0000.

Aufgaben

Zur Verbesserung des Unfallversicherungs-Schutzes können die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren (Feuerwehrverbände), die Mitglieder der Landesverbände des Österreichischen Roten Kreuzes, sowie die Mitglieder sonstiger im § 176 Abs. 1 Z 1 genannten Körperschaften (Vereinigungen) in die Zusatzversicherung in der Unfallversicherung einbezogen werden.

Nach dem ARÜG können die Versicherungsträger unter gewissen Voraussetzungen an österreichische Staatsbürger Vorschüsse auf Rentenansprüche aus einer ausländischen Rentenversicherung und auf Leistungsansprüche aus einer ausländischen Unfallversicherung gewähren.

In der Unfallversicherung nach dem BSVG beteiligt sich der Bund an der Finanzierung der Aufwendungen.

Über Ersuchen internationaler Organisationen werden von der Bundesregierung österreichische Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland (zB Nahostkonflikt, Zypernkrise) entsendet, wobei die Mitglieder dieser Einheiten unter vollem Versicherungsschutz stehen.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	241,2	1,5
1988	247,3	0,0
1989	255,6	0,0

Ausgaben 1989

Gemäß § 74 a Abs. 2 ASVG leistet der Bund für jeden gemäß § 22 a ASVG in der Zusatzversicherung in der Unfallversicherung Versicherten einen Jahresbeitrag von 16 Schilling. Dieser Beitrag ist nach Ablauf des betreffenden Kalenderjahres der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt zu überweisen.

Der Aufwand an Vorschüssen und der Aufwand für die Krankenversicherung der Vorschußempfänger ist den Versicherungsträgern gemäß § 18 ARÜG vom Bund zu ersetzen.

Gemäß § 31 Abs. 4 BSVG leistet der Bund zu der von der Sozialversicherungsanstalt der Bauern durchgeführten Unfallversicherung für jedes Geschäftsjahr einen Beitrag in der Höhe eines Drittels der in diesem Geschäftsjahr eingezahlten Beiträge gemäß § 30 Abs. 1, 3 und 6.

Gemäß § 117 B-KUVG hat der Bund der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter Aufwendungen für Leistungen zu ersetzen, die auf Grund von Dienstunfällen und Berufskrankheiten an Personen zu gewähren sind, die von der Bundesregierung auf Ersuchen internationaler Organisationen ins Ausland entsendet werden.

Titel 165 BM; Leistungen nach dem Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz (NSchG)**Gesetzliche Grundlagen**

Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz (NSchG), BGBl. Nr. 354/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 609/1987 (Sozialrechts-Änderungsgesetz 1988), Art. XI;

Aufwertungszahl für 1989 1,026 gemäß BGBl. Nr. 000/0000;

Anpassungsfaktor für 1989 1,021 gemäß BGBl. Nr. 000/0000.

Aufgaben

Für Arbeitnehmer, die Nachtschicht-Schwerarbeit leisten, sind besondere gesetzliche Schutzmaßnahmen zur Verhinderung, Beseitigung oder Milderung der mit diesen Arbeiten verbundenen Erschwernisse oder zum Ausgleich von Belastungen vorgesehen.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	80,5	86,9
1988	80,7	74,4
1989	111,2	90,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Die bisher eher geringe Inanspruchnahme des Sonderruhegeldes ist auf diverse Sonderunterstützungsgesetz-Regelungen zurückzuführen. Durch das Auslaufen einer dieser Regelungen mit Ende 1987 ist für das Jahr 1989 mit einem Zuwachs bei den Sonderruhegeld-Empfängern zu rechnen.

Ausgaben 1989

Gemäß Artikel XI Abs. 2 des NSchG ersetzt der Bund den Trägern der Pensionsversicherung nach dem ASVG den Aufwand für das Sonderruhegeld (Artikel X NSchG). Weiters ersetzt der Bund die Beiträge für die Krankenversicherung der Empfänger von Sonderruhegeld und die Leistungen der Gesundheitsvorsorge (Artikel IX NSchG) bis zum Höchstausmaß von 10 vH des Aufwandes für das Sonderruhegeld.

Gemäß Artikel XI Abs. 4 NSchG erhalten die Träger der Krankenversicherung eine Vergütung von den abgeführten Beiträgen — siehe Voranschlagsansatz 2/16504.

Einnahmen 1989

Gemäß Artikel XI Abs. 3 und 5 NSchG haben die Dienstgeber für jeden Nachtschicht-Schwerarbeit leistenden Dienstnehmer (Artikel VII Abs. 2 NSchG) einen Nachtschicht-Schwerarbeiter-Beitrag im Ausmaß von 2,5 vH der für die Pensionsversicherung geltenden allgemeinen Beitragsgrundlage zu leisten. Dieser Beitrag ist auch von den Sonderzahlungen zu entrichten.

Kapitel 16

101

Statistische Daten:

Berechnungsgrundlagen für die gesamte Pensionsversicherung

Durchschnittlicher Stand an Pensionen:	1985	1986	1987	1988 ¹⁾	1989 ¹⁾
Alterspensionen	736 598	747 888	760 091	775 507	783 993
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit (Erwerbsunfähigkeit)	335 344	346 080	352 457	359 826	367 854
Witwenpensionen	456 617	457 233	457 449	457 222	457 534
Witwerpensionen	9 332	11 673	14 036	16 278	18 428
Waisenpensionen	70 144	68 238	65 781	63 243	60 874
Zusammen ...	1 608 035	1 631 112	1 649 814	1 672 076	1 688 683

Durchschnittspensionen im Juli (ohne AZ):

Alterspensionen	6 912 S	7 263 S	7 652 S	7 943 S	8 254 S
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit (Erwerbsunfähigkeit)	5 101 S	5 415 S	5 732 S	6 021 S	6 307 S
Witwenpensionen	3 934 S	4 133 S	4 351 S	4 511 S	4 696 S
Witwerpensionen	848 S	871 S	908 S	933 S	1 830 S
Waisenpensionen	1 562 S	1 647 S	1 742 S	1 816 S	1 890 S

Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Sonderzahlungen)

14 544 S	15 285 S	15 842 S	16 342 S	16 830 S
----------	----------	----------	----------	----------

Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten

2 729 622	2 744 076	2 744 694	2 761 050	2 761 475
-----------	-----------	-----------	-----------	-----------

Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung nach dem ASVG

Durchschnittlicher Stand an Pensionen:	1985	1986	1987	1988 ¹⁾	1989 ¹⁾
Alterspensionen	592 834	605 055	617 655	633 150	642 650
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit	263 958	271 610	276 245	281 850	288 275
Witwenpensionen	368 488	368 653	368 247	368 050	368 175
Witwerpensionen	7 260	9 111	10 946	12 700	14 350
Waisenpensionen	56 669	55 399	53 439	51 500	49 650
Zusammen ...	1 289 209	1 309 828	1 326 532	1 347 250	1 363 100

Durchschnittspensionen im Juli (ohne AZ):

Alterspensionen	7 313 S	7 656 S	8 039 S	8 319 S	8 623 S
Pensionen wegen geminderter Arbeitsfähigkeit	5 522 S	5 869 S	6 210 S	6 521 S	6 831 S
Witwenpensionen	4 153 S	4 357 S	4 581 S	4 746 S	4 936 S
Witwerpensionen	881 S	911 S	954 S	982 S	1 935 S
Waisenpensionen	1 596 S	1 679 S	1 768 S	1 837 S	1 907 S

Durchschnittliche Beitragsgrundlage (unter Berücksichtigung der Sonderzahlungen)

15 209 S	15 975 S	16 512 S	17 022 S	17 528 S
----------	----------	----------	----------	----------

Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten

2 356 709	2 372 503	2 374 709	2 382 000	2 385 000
-----------	-----------	-----------	-----------	-----------

102

Kapitel 16**Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung nach dem GSVG bei der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft**

	1985	1986	1987	1988 ¹⁾	1989 ¹⁾
Durchschnittlicher Stand an Pensionen:					
Alterspensionen	71 367	71 872	72 322	72 975	73 060
Erwerbsunfähigkeitspensionen	17 188	17 601	17 721	18 000	18 300
Witwenpensionen	39 002	39 846	40 939	41 533	42 133
Witwerpensionen	767	944	1 175	1 372	1 572
Waisenpensionen	4 960	4 737	4 496	4 265	4 075
Übergangsalterspensionen	1 207	983	801	650	515
Übergangswitwenpensionen	4 586	4 093	3 676	3 292	2 942
Übergangswitwerpensionen	8	5	4	3	3
Übergangswaisenpensionen	219	203	194	185	175
Zusammen ...	139 304	140 284	141 328	142 275	142 775

Durchschnittspensionen im Juli (ohne AZ):

Alterspensionen	6 788 S	7 185 S	7 638 S	7 987 S	8 344 S
Erwerbsunfähigkeitspensionen	4 517 S	4 815 S	5 133 S	5 453 S	5 740 S
Witwenpensionen	3 721 S	3 934 S	4 167 S	4 341 S	4 544 S
Witwerpensionen	1 034 S	1 033 S	1 077 S	1 117 S	2 199 S
Waisenpensionen	1 549 S	1 651 S	1 800 S	1 906 S	2 002 S
Übergangsalterspensionen	3 624 S	3 749 S	3 913 S	4 019 S	4 147 S
Übergangswitwenpensionen	2 252 S	2 344 S	2 448 S	2 516 S	2 582 S
Übergangswitwerpensionen	2 083 S	2 719 S	1 351 S	1 756 S	1 792 S
Übergangswaisenpensionen	2 256 S	2 338 S	2 441 S	2 496 S	2 550 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage .	11 582 S	12 128 S	12 849 S	13 476 S	13 711 S
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	185 564	186 906	188 154	189 200	190 000

Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung nach dem FSVG bei der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft

	1985	1986	1987	1988 ¹⁾	1989 ¹⁾
Durchschnittlicher Stand an Pensionen:					
Alterspensionen	298	351	412	457	493
Erwerbsunfähigkeitspensionen	23	24	24	26	29
Witwenpensionen	61	72	85	97	109
Witwerpensionen	—	—	1	3	3
Waisenpensionen	24	28	38	43	49
Zusammen ...	406	475	560	626	683

Durchschnittspensionen im Juli (ohne AZ):

Alterspensionen	11 800 S	13 009 S	13 952 S	14 694 S	15 428 S
Erwerbsunfähigkeitspensionen	9 572 S	10 278 S	10 683 S	10 807 S	11 088 S
Witwenpensionen	6 790 S	7 004 S	7 569 S	7 787 S	8 040 S
Witwerpensionen	—	—	2 272 S	2 724 S	5 563 S
Waisenpensionen	2 571 S	2 818 S	2 959 S	2 931 S	3 012 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage .	15 397 S	16 737 S	18 495 S	20 042 S	20 874 S
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten	5 939	6 327	6 727	7 100	7 475

Kapitel 16

103

Berechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung bei der Sozialversicherungsanstalt der Bauern

	1985	1986	1987	1988 ¹⁾	1989 ¹⁾
Durchschnittlicher Stand an Pensionen:					
Alterspensionen	53 018	54 155	55 561	56 800	57 605
Erwerbsunfähigkeitspensionen	48 656	51 815	53 910	55 830	57 535
Witwenpensionen	19 566	21 165	22 597	23 855	25 172
Witwerpensionen	917	1 178	1 466	1 757	2 052
Waisenpensionen	5 429	5 208	5 079	4 820	4 625
Zusammen ...	127 586	133 521	138 613	143 062	146 989
Durchschnittlicher Stand an Übergangspensionen:					
Übergangsalterspensionen	17 874	15 472	13 340	11 475	9 670
Übergangserwerbsunfähigkeitspensionen	5 519	5 030	4 557	4 120	3 715
Übergangswitwenpensionen	24 914	23 404	21 905	20 395	19 003
Übergangswitwerpensionen	380	435	444	443	448
Übergangswaisenpensionen	2 843	2 663	2 535	2 430	2 300
Zusammen ...	51 530	47 004	42 781	38 863	35 136
Pensionen insgesamt ...	179 116	180 525	181 394	181 925	182 125
Durchschnittspensionen im Juli (ohne AZ):					
Alterspensionen	3 979 S	4 197 S	4 435 S	4 624 S	4 812 S
Erwerbsunfähigkeitspensionen	3 324 S	3 516 S	3 735 S	3 908 S	4 078 S
Witwenpensionen	2 521 S	2 670 S	2 814 S	2 916 S	3 044 S
Witwerpensionen	461 S	482 S	483 S	479 S	944 S
Waisenpensionen	988 S	1 064 S	1 154 S	1 222 S	1 293 S
Übergangsalterspensionen	2 894 S	3 026 S	3 168 S	3 265 S	3 364 S
Übergangserwerbsunfähigkeitspensionen	2 492 S	2 621 S	2 761 S	2 859 S	2 947 S
Übergangswitwenpensionen	2 445 S	2 576 S	2 713 S	2 801 S	2 887 S
Übergangswitwerpensionen	753 S	719 S	699 S	732 S	1 224 S
Übergangswaisenpensionen	1 933 S	2 074 S	2 209 S	2 334 S	2 449 S
Durchschnittliche Beitragsgrundlage:					
a) Betriebsführer	9 694 S	10 174 S	10 705 S	11 080 S	11 439 S
b) Kinder	4 048 S	4 270 S	4 490 S	4 674 S	4 833 S
Durchschnittlicher Stand an Pflichtversicherten					
a) Betriebsführer	156 152	154 048	151 818	160 850	158 400
b) Kinder	25 258	24 292	23 286	21 900	20 600

¹⁾ Schätzung

Durchschnittseinkommen und Beitragsgrundlagen in der Pensionsversicherung der Unselbständigen

	Durchschnittliches Monatseinkommen ¹⁾ der		Durchschnittliche monatliche Beitragsgrundlage ²⁾ in der		
	Arbeiter	Angestellten	Pensionsversicherung der Arbeiter Schilling	Pensionsversicherung der Angestellten	Knappschaftlichen Pensionsversicherung
1983	11 950	16 800	12 059	15 965	18 519
1984	12 450	17 540	12 607	16 691	19 442
1985	13 110	18 490	13 227	17 448	20 447
1986	13 831 ³⁾	19 525 ³⁾	13 868	18 314	21 504
1987	14 343 ³⁾	20 286 ³⁾	14 326	18 899	21 843
1988	14 719 ³⁾	19 516 ³⁾	22 922 ³⁾
1989	15 162 ³⁾	20 071 ³⁾	23 553 ³⁾

Entwicklung der Höchstbeitragsgrundlage und der Beitragssätze in der Pensionsversicherung der Arbeiter und Angestellten

	monatliche Höchst- beitragsgrundlage	Beitrag gemäß § 51 ASVG		Zusatzbeitrag gemäß § 51a ASVG		zusammen
		Dienstgeber	Dienstnehmer	Dienstgeber	Dienstnehmer	
		in Prozent der Beitragsgrundlage				
	Schilling					
1983	22 800	8,75	8,75	2,6	1,0	21,10
1984	24 000	8,75	8,75	3,2	1,0	21,70
1985	24 600	9,25	9,25	3,2	1,0	22,70
1986	25 800	9,25	9,25	3,2	1,0	22,70
1987	26 400	9,25	9,25	3,2	1,0	22,70
1988	27 600	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80
1989	28 200	9,25	9,25	3,3	1,0	22,80

¹⁾ Grundlage für die Berechnung bildet die Lohnsteuerstatistik 1982. Diese Daten wurden mit den Zuwachsraten des Tariflohnindex und des Pro-Kopf-Einkommens je Arbeitnehmer laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung fortgeschrieben.

²⁾ Einschließlich aliquoter Sonderzahlungen.

³⁾ Vorläufige Zahlen bzw. Schätzwerte.

Bundesmittel zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt
Gesamte Pensionsversicherung

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB + AZ) ¹⁾	Gesamtausgaben des Bundes ¹⁾	Brutto-Inlands- produkt ²⁾	Relativer Anteil der			
						Bundesbeiträge an den Gesamt- ausgaben des Bundes Sp. (1) : (4)	Bundesmittel (BB + AZ) an den Gesamt- ausgaben des Bundes Sp. (3) : (4)	Bundesbeiträge am Brutto- Inlandsprodukt Sp. (1) : (5)	Bundesmittel (BB + AZ) am Brutto- Inlandsprodukt Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
	Millionen Schilling					%			
1960	1 484	370	1 854	45 168	163 250	3,3	4,1	0,9	1,1
1961	2 141	868	3 009	49 993	180 760	4,3	6,0	1,2	1,7
1962	2 550	946	3 496	54 113	192 350	4,7	6,5	1,3	1,8
1963	3 125	1 011	4 136	59 074	207 320	5,3	7,0	1,5	2,0
1964	3 724	1 215	4 939	62 709	226 610	5,9	7,9	1,6	2,2
1965	4 071	1 215	5 286	66 646	246 320	6,1	7,9	1,7	2,1
1966	5 205	1 361	6 566	72 259	268 260	7,2	9,1	1,9	2,4
1967	5 977	1 417	7 394	80 149	285 440	7,5	9,2	2,1	2,6
1968	6 888	1 547	8 435	86 174	306 710	8,0	9,8	2,2	2,8
1969	6 673	1 770	8 443	93 194	334 900	7,2	9,1	2,0	2,5
1970	8 306	1 823	10 129	101 584	375 880	8,2	10,0	2,2	2,7
1971	8 285	2 507	10 792	112 567	419 620	7,4	9,6	2,0	2,6
1972	9 285	3 133	12 418	127 889	479 540	7,3	9,7	1,9	2,6
1973	9 554	3 388	12 942	141 151	543 460	6,8	9,2	1,8	2,4
1974	11 602	3 760	15 362	167 133	618 560	6,9	9,2	1,9	2,5
1975	16 836	4 121	20 957	196 697	656 120	8,6	10,7	2,6	3,2
1976	18 493	4 729	23 222	221 900	724 750	8,3	10,5	2,6	3,2
1977	21 133	4 918	26 051	236 658	796 190	8,9	11,0	2,7	3,3
1978	17 306 ³⁾	5 218	22 524 ³⁾	265 521	842 330	6,5	8,5	2,1	2,7
1979	18 557 ³⁾	5 452	24 009 ³⁾	288 134	918 540	6,4	8,3	2,0	2,6
1980	16 538 ³⁾	5 596	22 134 ³⁾	306 492	994 700	5,4	7,2	1,7	2,2
1981	18 714 ³⁾	5 823	24 537 ³⁾	339 456	1 055 970	5,5	7,2	1,8	2,3
1982	24 687 ³⁾	6 123	30 810 ³⁾	372 775	1 133 530	6,6	8,3	2,2	2,7
1983	33 568 ³⁾	6 302	39 870 ³⁾	407 791	1 201 230	8,2	9,8	2,8	3,3
1984	33 462 ³⁾	7 258	40 720 ³⁾	435 135	1 276 770	7,7	9,4	2,6	3,2
1985	35 580	6 422	42 002	464 673	1 348 130	7,7	9,0	2,6	3,1
1986	38 537	6 390	44 927	498 390	1 423 050	7,7	9,0	2,7	3,2
1987	45 097	6 440	51 537	514 461	1 481 560	8,8	10,0	3,0	3,5
1988	47 105	6 547	53 652	593 682 ⁴⁾	1 559 300	7,9 ⁴⁾	9,0 ⁴⁾	3,0	3,4
1989	52 488	6 383	58 871	598 778 ⁴⁾	1 634 400	8,8 ⁴⁾	9,8 ⁴⁾	3,2	3,6

¹⁾ Bundesrechnungsabschlüsse 1960 bis 1987, voraussichtlicher Erfolg 1988 (bei Gesamtausgaben des Bundes: BVA 1988), Bundesvoranschlag 1989.

²⁾ Nach der jüngsten Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, bis 1963 Brutto-Nationalprodukt, die Werte ab 1988 sind Schätzzahlen.

³⁾ Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

⁴⁾ Mit den Jahren 1960 bis 1987 nicht vergleichbar.

Bundesmittel zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt
Pensionsversicherung der Unselbständigen

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB + AZ) ¹⁾	Gesamtausgaben des Bundes ¹⁾	Brutto-Inlands- produkt ²⁾	Relativer Anteil der			
						Bundesbeiträge an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesmittel (BB + AZ) an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesbeiträge am Brutto- Inlandsprodukt	Bundesmittel (BB + AZ) am Brutto- Inlandsprodukt
						Sp. (1) : (4)	Sp. (3) : (4)	Sp. (1) : (5)	Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
	Millionen Schilling					%	%	%	%
1960	1 111	291	1 402	45 168	163 250	2,5	3,1	0,7	0,9
1961	1 682	698	2 380	49 993	180 760	3,4	4,8	0,9	1,3
1962	2 085	742	2 827	54 113	192 350	3,9	5,2	1,1	1,5
1963	2 597	777	3 374	59 074	207 320	4,4	5,7	1,3	1,6
1964	3 089	897	3 986	62 709	226 610	4,9	6,4	1,4	1,8
1965	3 422	899	4 321	66 646	246 320	5,1	6,5	1,4	1,8
1966	4 243	1 001	5 244	72 259	268 260	5,9	7,3	1,6	2,0
1967	5 097	1 030	6 127	80 149	285 440	6,4	7,6	1,8	2,1
1968	5 679	1 137	6 816	86 174	306 710	6,6	7,9	1,9	2,2
1969	5 338	1 341	6 679	93 194	334 900	5,7	7,2	1,6	2,0
1970	6 524	1 378	7 902	101 584	375 880	6,4	7,8	1,7	2,1
1971	6 304	1 592	7 896	112 567	419 620	5,6	7,0	1,5	1,9
1972	6 510	1 877	8 387	127 889	479 540	5,1	6,6	1,4	1,7
1973	6 418	2 039	8 457	141 151	543 460	4,5	6,0	1,2	1,6
1974	7 502	2 221	9 723	167 133	618 560	4,5	5,8	1,2	1,6
1975	11 400	2 475	13 875	196 697	656 120	5,8	7,1	1,7	2,1
1976	12 046	2 697	14 743	221 900	724 750	5,4	6,6	1,7	2,0
1977	13 407	2 872	16 279	236 658	796 190	5,7	6,9	1,7	2,0
1978	8 846	3 030	11 876	265 521	842 330	3,3	4,5	1,1	1,4
1979	9 308	3 147	12 455	288 134	918 540	3,2	4,3	1,0	1,4
1980	6 996	3 228	10 224	306 492	994 700	2,3	3,3	0,7	1,0
1981	7 309	3 346	10 655	339 456	1 055 970	2,2	3,1	0,7	1,0
1982	12 045	3 533	15 578	372 775	1 133 530	3,2	4,2	1,1	1,4
1983	19 816	3 606	23 422	407 791	1 201 230	4,9	5,7	1,6	1,9
1984	19 881	4 242	24 123	435 135	1 276 770	4,6	5,5	1,6	1,9
1985	21 297	3 668	24 965	464 673	1 348 130	4,6	5,4	1,6	1,9
1986	24 116	3 631	27 747	498 390	1 423 050	4,8	5,6	1,7	1,9
1987	28 388	3 674	32 062	514 461	1 481 560	5,5	6,2	1,9	2,2
1988	29 877	3 765	33 642	593 682 ³⁾	1 559 300	5,0 ³⁾	5,7 ³⁾	1,9	2,2
1989	34 082	3 651	37 733	598 778 ³⁾	1 634 400	5,7 ³⁾	6,3 ³⁾	2,1	2,3

¹⁾ Bundesrechnungsabschlüsse 1960 bis 1987, voraussichtlicher Erfolg 1988 (bei Gesamtausgaben des Bundes: BVA 1988), Bundesvoranschlag 1989.

²⁾ Nach der jüngsten Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, bis 1963 Brutto-Nationalprodukt, die Werte ab 1988 sind Schätzzahlen.

³⁾ Mit den Jahren 1960 bis 1987 nicht vergleichbar.

Bundesmittel zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt

Pensionsversicherung der gewerblich selbständig und der freiberuflich selbständig Erwerbstätigen

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB + AZ) ¹⁾	Gesamtausgaben des Bundes ¹⁾	Brutto-Inlands- produkt ²⁾	Relativer Anteil der			
						Bundesbeiträge an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesmittel (BB + AZ) an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesbeiträge am Brutto- Inlandsprodukt	Bundesmittel (BB + AZ) am Brutto- Inlandsprodukt
						Sp. (1) : (4)	Sp. (3) : (4)	Sp. (1) : (5)	Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
	Millionen Schilling					%	%	%	%
1960	202	79	281	45 168	163 250	0,4	0,6	0,1	0,2
1961	165	170	335	49 993	180 760	0,3	0,7	0,1	0,2
1962	190	204	394	54 113	192 350	0,4	0,7	0,1	0,2
1963	218	234	452	59 074	207 320	0,4	0,8	0,1	0,2
1964	288	318	606	62 709	226 610	0,5	1,0	0,1	0,3
1965	329	316	645	66 646	246 320	0,5	1,0	0,1	0,3
1966	595	360	955	72 259	268 260	0,8	1,3	0,2	0,4
1967	517	387	904	80 149	285 440	0,6	1,1	0,2	0,3
1968	725	410	1 135	86 174	306 710	0,8	1,3	0,2	0,4
1969	803	429	1 232	93 194	334 900	0,9	1,3	0,2	0,4
1970	1 056	445	1 501	101 584	375 880	1,0	1,5	0,3	0,4
1971	1 281	492	1 773	112 567	419 620	1,1	1,6	0,3	0,4
1972	1 592	570	2 162	127 889	479 540	1,2	1,7	0,3	0,5
1973	1 739	607	2 346	141 151	543 460	1,2	1,7	0,3	0,4
1974	2 273	656	2 929	167 133	618 560	1,4	1,8	0,4	0,5
1975	3 077	722	3 799	196 697	656 120	1,6	1,9	0,5	0,6
1976	3 612	891	4 503	221 900	724 750	1,6	2,0	0,5	0,6
1977	4 135	805	4 940	236 658	796 190	1,7	2,1	0,5	0,6
1978	4 319 ³⁾	821	5 140 ³⁾	265 521	842 330	1,6	1,9	0,5	0,6
1979	4 644 ³⁾	831	5 475 ³⁾	288 134	918 540	1,6	1,9	0,5	0,6
1980	5 015 ³⁾	837	5 852 ³⁾	306 492	994 700	1,6	1,9	0,5	0,6
1981	6 291 ³⁾	862	7 153 ³⁾	339 456	1 055 970	1,9	2,1	0,6	0,7
1982	6 952 ³⁾	878	7 830 ³⁾	372 775	1 133 530	1,9	2,1	0,6	0,7
1983	7 569 ³⁾	876	8 445 ³⁾	407 791	1 201 230	1,9	2,1	0,6	0,7
1984	7 402 ³⁾	996	8 398 ³⁾	435 135	1 276 770	1,7	1,9	0,6	0,7
1985	7 750	852	8 602	464 673	1 348 130	1,7	1,9	0,6	0,6
1986	7 307	849	8 156	498 390	1 423 050	1,5	1,6	0,5	0,6
1987	9 128	829	9 957	514 461	1 481 560	1,8	1,9	0,6	0,7
1988	9 593	824	10 417	593 682 ⁴⁾	1 559 300	1,6 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,6	0,7
1989	10 200	795	10 995	598 778 ⁴⁾	1 634 400	1,7 ⁴⁾	1,8 ⁴⁾	0,6	0,7

¹⁾ Bundesrechnungsabschlüsse 1960 bis 1987, voraussichtlicher Erfolg 1988 (bei Gesamtausgaben des Bundes: BVA 1988), Bundesvoranschlag 1989.²⁾ Nach der jüngsten Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, bis 1963 Brutto-Nationalprodukt, die Werte ab 1988 sind Schätzzahlen.³⁾ Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.⁴⁾ Mit den Jahren 1960 bis 1987 nicht vergleichbar.

Bundesmittel zur Pensionsversicherung — Gesamtausgaben des Bundes — Brutto-Inlandsprodukt
Pensionsversicherung der Bauern

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB + AZ) ¹⁾	Gesamtausgaben des Bundes ¹⁾	Brutto-Inlands- produkt ²⁾	Relativer Anteil der			
						Bundesbeiträge an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesmittel (BB + AZ) an den Gesamt- ausgaben des Bundes	Bundesbeiträge am Brutto- Inlandsprodukt	Bundesmittel (BB + AZ) am Brutto- Inlandsprodukt
						Sp. (1) : (4)	Sp. (3) : (4)	Sp. (1) : (5)	Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
			Millionen Schilling			%	%	%	%
1960	171	—	171	45 168	163 250	0,4	0,4	0,1	0,1
1961	294	—	294	49 993	180 760	0,6	0,6	0,2	0,2
1962	275	—	275	54 113	192 350	0,5	0,5	0,1	0,1
1963	310	—	310	59 074	207 320	0,5	0,5	0,1	0,1
1964	347	—	347	62 709	226 610	0,6	0,6	0,2	0,2
1965	320	—	320	66 646	246 320	0,5	0,5	0,1	0,1
1966	367	—	367	72 259	268 260	0,5	0,5	0,1	0,1
1967	363	—	363	80 149	285 440	0,5	0,5	0,1	0,1
1968	484	—	484	86 174	306 710	0,6	0,6	0,2	0,2
1969	532	—	532	93 194	334 900	0,6	0,6	0,2	0,2
1970	726	—	726	101 584	375 880	0,7	0,7	0,2	0,2
1971	700	423	1 123	112 567	419 620	0,6	1,0	0,2	0,3
1972	1 183	686	1 869	127 889	479 540	0,9	1,5	0,2	0,4
1973	1 397	742	2 139	141 151	543 460	1,0	1,5	0,3	0,4
1974	1 827	883	2 710	167 133	618 560	1,1	1,6	0,3	0,4
1975	2 359	924	3 283	196 697	656 120	1,2	1,7	0,4	0,5
1976	2 835	1 141	3 976	221 900	724 750	1,3	1,8	0,4	0,5
1977	3 591	1 241	4 832	236 658	796 190	1,5	2,0	0,5	0,6
1978	4 141 ³⁾	1 367	5 508 ³⁾	265 521	842 330	1,6	2,1	0,5	0,7
1979	4 605 ³⁾	1 474	6 079 ³⁾	288 134	918 540	1,6	2,1	0,5	0,7
1980	4 527 ³⁾	1 531	6 058 ³⁾	306 492	994 700	1,5	2,0	0,5	0,6
1981	5 114 ³⁾	1 615	6 729 ³⁾	339 456	1 055 970	1,5	2,0	0,5	0,6
1982	5 690 ³⁾	1 712	7 402 ³⁾	372 775	1 133 530	1,5	2,0	0,5	0,7
1983	6 183 ³⁾	1 820	8 003 ³⁾	407 791	1 201 230	1,5	2,0	0,5	0,7
1984	6 179 ³⁾	2 020	8 199 ³⁾	435 135	1 276 770	1,4	1,9	0,5	0,6
1985	6 533	1 902	8 435	464 673	1 348 130	1,4	1,8	0,5	0,6
1986	7 114	1 910	9 024	498 390	1 423 050	1,4	1,8	0,5	0,6
1987	7 581	1 937	9 518	514 461	1 481 560	1,5	1,9	0,5	0,6
1988	7 635	1 958	9 593	593 682 ⁴⁾	1 559 300	1,3 ⁴⁾	1,6 ⁴⁾	0,5	0,6
1989	8 206	1 937	10 143	598 778 ⁴⁾	1 634 400	1,4 ⁴⁾	1,7 ⁴⁾	0,5	0,6

¹⁾ Bundesrechnungsabschlüsse 1960 bis 1987, voraussichtlicher Erfolg 1988 (bei Gesamtausgaben des Bundes: BVA 1988), Bundesvoranschlag 1989.

²⁾ Nach der jüngsten Revision des Österreichischen Statistischen Zentralamtes, bis 1963 Brutto-Nationalprodukt, die Werte ab 1988 sind Schätzzahlen.

³⁾ Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

⁴⁾ Mit den Jahren 1960 bis 1987 nicht vergleichbar.

Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes
Gesamte Pensionsversicherung

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB + AZ) ¹⁾	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der	
						Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen durch Bundesbeiträge Sp. (1) : (4)	Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
			Millionen Schilling			%	%
1960	1 323	660	1 983	7 660	8 320	17,3	23,8
1961	2 101	861	2 962	9 366	10 227	22,4	29,0
1962	2 584	982	3 566	11 239	12 221	23,0	29,2
1963	3 110	1 018	4 128	12 755	13 773	24,4	30,0
1964	3 714	1 199	4 913	14 316	15 515	25,9	31,7
1965	4 066	1 230	5 296	16 313	17 543	24,9	30,2
1966	5 122	1 375	6 497	18 572	19 947	27,6	32,6
1967	5 995	1 572	7 567	20 848	22 420	28,8	33,8
1968	6 842	1 632	8 474	23 227	24 859	29,5	34,1
1969	7 280	1 732	9 012	25 839	27 571	28,2	32,7
1970	7 578	1 852	9 430	28 304	30 156	26,8	31,3
1971	8 191	2 594	10 785	32 016	34 610	25,6	31,2
1972	8 927	3 150	12 077	36 039	39 189	24,8	30,8
1973	9 605	3 430	13 035	40 303	43 733	23,8	29,8
1974	12 154	3 801	15 955	47 306	51 107	25,7	31,2
1975	15 934	4 266	20 200	55 399	59 665	28,8	33,9
1976	18 171	4 658	22 829	65 999	70 657	27,5	32,3
1977	21 145	4 947	26 092	71 712	76 659	29,5	34,0
1978	16 357 ²⁾	5 267	21 624 ²⁾	79 317	84 584	20,6	25,6
1979	18 368 ²⁾	5 482	23 850 ²⁾	86 766	92 248	21,2	25,9
1980	16 666 ²⁾	5 620	22 286 ²⁾	94 436	100 056	17,6	22,3
1981	18 289 ²⁾	5 841	24 130 ²⁾	102 574	108 415	17,8	22,3
1982	24 868 ²⁾	6 172	31 040 ²⁾	112 523	118 695	22,1	26,2
1983	31 854 ²⁾	6 307	38 161 ²⁾	122 632	128 939	26,0	29,6
1984	33 679 ²⁾	6 477	40 156 ²⁾	132 612	139 089	25,4	28,9
1985	34 695	6 392	41 087	141 924	148 316	24,4	27,7
1986	37 641	6 367	44 008	151 589	157 956	24,8	27,9
1987	44 432	6 424	50 856	161 993	168 417	27,4	30,2
1988	47 105	6 547	53 652	169 042	174 589	27,9	30,7
1989	52 488	6 383	58 871	179 485	185 868	29,2	31,7

¹⁾ 1960 bis 1987 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1988 voraussichtlicher Erfolg, 1989 Schätzung für den Bundesvoranschlag.

²⁾ Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß.

Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes
Pensionsversicherung der Unselbständigen

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB + AZ) ¹⁾	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der	
						Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen durch Bundesbeiträge Sp. (1) : (4)	Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
	Millionen Schilling					%	%
1960	929	526	1 455	6 928	7 454	13,4	19,5
1961	1 680	681	2 361	8 583	9 264	19,6	25,5
1962	2 085	763	2 848	10 374	11 137	20,1	25,6
1963	2 598	759	3 357	11 747	12 506	22,1	26,8
1964	3 089	889	3 978	13 180	14 069	23,4	28,3
1965	3 422	901	4 323	15 055	15 956	22,7	27,1
1966	4 333	1 013	5 346	17 076	18 089	25,4	29,6
1967	5 066	1 173	6 239	19 118	20 291	26,5	30,7
1968	5 629	1 218	6 847	21 198	22 416	26,6	30,5
1969	5 937	1 298	7 235	23 587	24 885	25,2	29,1
1970	5 840	1 397	7 237	25 553	26 950	22,9	26,9
1971	6 178	1 644	7 822	28 598	30 242	21,6	25,9
1972	6 205	1 892	8 097	31 831	33 723	19,5	24,0
1973	6 460	2 064	8 524	35 358	37 422	18,3	22,8
1974	7 968	2 259	10 227	41 125	43 384	19,4	23,6
1975	10 775	2 514	13 289	48 005	50 519	22,4	26,3
1976	11 852	2 723	14 575	57 281	60 004	20,7	24,3
1977	13 483	2 901	16 384	61 217	64 118	22,0	25,6
1978	8 101	3 061	11 162	67 348	70 409	12,0	15,9
1979	9 196	3 166	12 362	73 357	76 523	12,5	16,2
1980	6 990	3 242	10 232	79 726	82 968	8,8	12,3
1981	7 156	3 367	10 523	86 606	89 973	8,3	11,7
1982	12 494	3 568	16 062	95 275	98 843	13,1	16,3
1983	18 335	3 611	21 946	104 056	107 667	17,6	20,4
1984	20 231	3 705	23 936	112 746	116 451	17,9	20,6
1985	20 555	3 652	24 207	120 679	124 331	17,0	19,5
1986	23 258	3 626	26 884	128 900	132 526	18,0	20,3
1987	27 742	3 665	31 407	137 700	141 365	20,1	22,2
1988	29 877	3 765	33 642	143 790	147 555	20,8	22,8
1989	34 082	3 651	37 733	152 735	156 386	22,3	24,1

¹⁾ 1960 bis 1987 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1988 voraussichtlicher Erfolg, 1989 Schätzung für den Bundesvoranschlag.

Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes
Pensionsversicherung der gewerbl. selbständig und der freiberufl. selbständig Erwerbstätigen

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB + AZ) ¹⁾	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der	
						Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen durch Bundesbeiträge Sp. (1) : (4)	Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
			Millionen Schilling			%	%
1960	151	134	285	397	531	38,0	53,7
1961	178	180	358	444	624	40,1	57,4
1962	216	219	435	511	730	42,3	59,6
1963	218	259	477	629	888	34,7	53,7
1964	288	310	598	744	1 054	38,7	56,7
1965	315	329	644	815	1 144	38,7	56,3
1966	439	362	801	1 016	1 378	43,2	58,1
1967	563	399	962	1 207	1 606	46,6	59,9
1968	707	414	1 121	1 391	1 805	50,8	62,1
1969	835	434	1 269	1 586	2 020	52,6	62,8
1970	1 012	455	1 467	1 802	2 257	56,2	65,0
1971	1 275	514	1 789	2 076	2 590	61,4	69,1
1972	1 565	577	2 142	2 417	2 994	64,7	71,5
1973	1 780	620	2 400	2 872	3 492	62,0	68,7
1974	2 342	673	3 015	3 573	4 246	65,5	71,0
1975	2 869	743	3 612	4 268	5 011	67,2	72,1
1976	3 531	788	4 319	5 039	5 827	70,1	74,1
1977	4 104	807	4 911	5 822	6 629	70,5	74,1
1978	4 204 ²⁾	824	5 028 ²⁾	6 500	7 324	64,7	68,7
1979	4 573 ²⁾	834	5 407 ²⁾	7 296	8 130	62,7	66,5
1980	5 134 ²⁾	843	5 977 ²⁾	8 096	8 939	63,4	66,9
1981	6 079 ²⁾	859	6 938 ²⁾	8 824	9 683	68,9	71,7
1982	6 755 ²⁾	880	7 635 ²⁾	9 570	10 450	70,6	73,1
1983	7 417 ²⁾	875	8 292 ²⁾	10 351	11 226	71,7	73,9
1984	7 336 ²⁾	873	8 209 ²⁾	11 098	11 971	66,1	68,6
1985	7 593	851	8 444	11 822	12 673	64,2	66,6
1986	7 346	839	8 185	12 708	13 547	57,8	60,4
1987	9 171	826	9 997	13 693	14 519	67,0	68,9
1988	9 593	824	10 417	14 282	15 106	67,2	69,0
1989	10 200	795	10 995	15 163	15 958	67,3	68,9

¹⁾ 1960 bis 1987 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1988 voraussichtlicher Erfolg, 1989 Schätzung für den Bundesvoranschlag

²⁾ Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß

Deckungsrate der Gesamtaufwendungen der Pensionsversicherung durch Mittel des Bundes
Pensionsversicherung der Bauern

	Bundesbeiträge zur Pens.-Vers. ¹⁾	Ausgleichs- zulagen ¹⁾	Bundesmittel (BB + AZ) ¹⁾	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (ohne AZ, WB und Rücklagen)	Gesamtaufwendungen der PV ¹⁾ (einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen)	Deckungsrate der	
						Gesamtaufwendungen ohne AZ, WB und Rücklagen durch Bundesbeiträge Sp. (1) : (4)	Gesamtaufwendungen einschl. AZ, ohne WB und Rücklagen durch Bundesmittel Sp. (3) : (5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
			Millionen Schilling			%	%
1960	243	—	243	335	335	72,5	72,5
1961	243	—	243	339	339	71,7	71,7
1962	283	—	283	354	354	79,9	79,9
1963	294	—	294	379	379	77,6	77,6
1964	337	—	337	392	392	86,0	86,0
1965	329	—	329	443	443	74,3	74,3
1966	350	—	350	480	480	72,9	72,9
1967	366	—	366	523	523	70,0	70,0
1968	506	—	506	638	638	79,3	79,3
1969	508	—	508	666	666	76,3	76,3
1970	726	—	726	949	949	76,5	76,5
1971	738	436	1 174	1 342	1 778	55,0	66,0
1972	1 157	681	1 838	1 791	2 472	64,6	74,4
1973	1 365	746	2 111	2 073	2 819	65,8	74,9
1974	1 844	869	2 713	2 608	3 477	70,7	78,0
1975	2 290	1 009	3 299	3 126	4 135	73,3	79,8
1976	2 788	1 147	3 935	3 679	4 826	75,8	81,5
1977	3 558	1 239	4 797	4 673	5 912	76,1	81,1
1978	4 052 ²⁾	1 382	5 434 ²⁾	5 469	6 851	74,1	79,3
1979	4 599 ²⁾	1 482	6 081 ²⁾	6 113	7 595	75,2	80,1
1980	4 542 ²⁾	1 535	6 077 ²⁾	6 614	8 149	68,7	74,6
1981	5 054 ²⁾	1 615	6 669 ²⁾	7 144	8 759	70,7	76,1
1982	5 619 ²⁾	1 724	7 343 ²⁾	7 678	9 402	73,2	78,1
1983	6 102 ²⁾	1 821	7 923 ²⁾	8 225	10 046	74,2	78,9
1984	6 112 ²⁾	1 899	8 011 ²⁾	8 768	10 667	69,7	75,1
1985	6 547	1 889	8 436	9 423	11 312	69,5	74,6
1986	7 037	1 902	8 939	9 981	11 883	70,5	75,2
1987	7 519	1 933	9 452	10 600	12 533	70,9	75,4
1988	7 635	1 958	9 593	10 970	12 928	69,6	74,2
1989	8 206	1 937	10 143	11 587	13 524	70,8	75,0

¹⁾ 1960 bis 1987 endgültige Erfolgsrechnungen der Pensionsversicherungsträger, 1988 voraussichtlicher Erfolg, 1989 Schätzung für den Bundesvoranschlag

²⁾ Einschließlich Anteil am Wohnungsbeihilfen-Überschuß

Kapitel 17 — Titel 170

113

Kapitel 17 Bundeskanzleramt — Gesundheit

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes — Gesundheit gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 78/1987, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt A.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen	Millionen	Schilling	
1987	336,9	3 399,2	3 736,1	808,4
1988	343,9	3 580,7	3 924,6	831,2
1989	347,0	3 897,4	4 244,4	882,3

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben resultiert im wesentlichen aus den erhöhten Beiträgen an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds.

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 170 Bundeskanzleramt — Gesundheit**Aufgaben**

Dem Bundeskanzleramt — Gesundheit obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete des Gesundheits- und Veterinärwesens sowie der Nahrungsmittelkontrolle.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen	Millionen	Schilling	
1987	87,0	93,0	180,0	4,5
1988	91,3	106,1	197,4	5,0
1989	88,2	108,5	196,7	4,8

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Die Verminderung der Personalausgaben gegenüber 1988 ergibt sich durch die Übernahme von Bediensteten durch das Kapitel 10.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Vorsorge für die Anschaffung von Büromaschinen und EDV-Geräten.

Förderungen

Hier ist hauptsächlich der Betriebsaufwand des Österreichischen Bundesinstitutes für Gesundheitswesen einschließlich der Vergiftungsinformationszentrale vorgesehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Die „Gesetzlichen Verpflichtungen“ erwachsen im wesentlichen aus der Mitgliedschaft Österreichs bei der Weltgesundheitsorganisation.

Aufwendungen

Dieser Voranschlagsansatz berücksichtigt ua. die Aufwendungen für den Obersten Sanitätsrat und sonstige Fachbeiräte (zB Arzneimittelbeirat, Beirat zur Bekämpfung des Mißbrauches von Alkohol und anderen Suchtmitteln, Beirat für Psychische Hygiene) und die Kosten diverser Fachveranstaltungen (zB Amtsärztefortbildungskurse, WHO-Tagungen). Weiters ist die Vorsorge für die Mitgliedschaft bei diver-

sen internationalen Organisationen getroffen; ua. ist hier ein Beitrag von 1,5 Millionen Schilling zum UN-Fonds zur Bekämpfung des Drogenmißbrauches vorgesehen.

Die im Rahmen der Kultur- und Gesundheitsabkommen mit Ägypten, Bulgarien, der ČSSR, der DDR, Polen, Rumänien, der UdSSR und Ungarn sowie durch Veterinärabkommen aus dem Austausch von Experten und Stipendisten erwachsenden Kosten sind mit rund 1,1 Millionen Schilling veranschlagt.

Einnahmen 1989

Im wesentlichen Einnahmen, die sich nach der im Jahre 1976 erfolgten Verpachtung der Bundesapotheken Wien I und Wien VI ergeben.

Titel 172 Bundeskanzleramt; Gesundheitsvorsorge

Gesetzliche Grundlagen

Gesetz vom 30. April 1870 betreffend die Organisation des öffentlichen Sanitätsdienstes, RGBI. Nr. 68;
 Epidemiegesetz 1950, BGBl. Nr. 186, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 702/1974;
 Bundesgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose, BGBl. Nr. 127/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 142/1974;
 Geschlechtskrankheitengesetz, StGBI. Nr. 152/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 54/1946;
 Verordnung zum Geschlechtskrankheitengesetz, BGBl. Nr. 314/1974;
 Bundesgesetz über Maßnahmen gegen die Verbreitung des erworbenen Immundefektsyndroms (AIDS-Gesetz), BGBl. Nr. 293/1986;
 Bazillenausscheidergesetz, StGBI. Nr. 153/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 131/1964;
 Verordnung zum Bazillenausscheidergesetz, BGBl. Nr. 128/1946, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 358/1969;
 Bundesgesetz vom 22. Jänner 1969 über Schutzimpfungen gegen Tuberkulose, BGBl. Nr. 66/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 347/1970;
 Bundesgesetz vom 28. November 1960 über öffentliche Schutzimpfungen gegen übertragbare Kinderlähmung, BGBl. Nr. 244/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 178/1988;
 Plasmapheresegesetz, BGBl. Nr. 427/1975;
 Bäderhygienegesetz, BGBl. Nr. 254/1976;
 Apothekengesetz, RGBI. Nr. 5/1907, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 502/1984;
 Rezeptpflichtgesetz, BGBl. Nr. 413/1972;
 Suchtgiftgesetz 1951, BGBl. Nr. 234, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 184/1985;
 Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 14. September 1981 über die Suchtgiftberatung, BGBl. Nr. 435/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 405/1986;
 Arzneimittelgesetz, BGBl. Nr. 185/1983;
 Arzneiwareneinfuhrgesetz, BGBl. Nr. 179/1970;
 Arzneiwareneinfuhrverordnung, BGBl. Nr. 120/1972;
 Arzneibuchgesetz, BGBl. Nr. 195/1980;
 Behördenüberleitungsgesetz, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 213/1986;
 Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 396/1986;
 Bundesgesetz über die Errichtung eines Fonds „Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen“, BGBl. Nr. 63/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 315/1987;
 Übereinkommen zur gegenseitigen Anerkennung von Inspektionen betreffend Herstellung pharmazeutischer Produkte, BGBl. Nr. 132/1972;
 Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung und die Dotierung des Wasserverswirtschaftsfonds, BGBl. Nr. 000/1988;
 Bundesgesetz über die Errichtung eines Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, BGBl. Nr. 281/1988;
 Finanzausgleichsgesetz 1989 (FAG 1989), BGBl. Nr. 000/1988;
 Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 282/1988;
 Bundesgesetz vom 26. Mai 1988, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Beamten-, Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, das Notarversicherungsgesetz 1972, das Betriebshilfegesetz, das Entgeltfortzahlungsgesetz und das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 geändert sowie die finanzielle Beteiligung der Träger der sozialen Krankenversicherung am Krankenanstalten-Zusammenarbeits-Fonds geregelt wird, BGBl. Nr. 283;
 Bundesgesetz über die Förderung der IV. Weltwinterspiele für Körperbehinderte 1988 in Innsbruck (Paralympics), BGBl. Nr. 164/1987.

Kapitel 17 — Titel 172

115

Aufgaben

Vorsorgemedizin und Gesundheitsaufklärung;
 AIDS-Forschung, Information, Beratung und Betreuung;
 Ärzteausbildung und Ausbildung von sonstigem Sanitätspersonal;
 Ärzteknotendienst;
 Schutzimpfungen gegen Poliomyelitis, Tuberkulose, Diphtherie, Tetanus, Pertussis, Röteln, Masern, Mumps, Tollwut;
 Bekämpfung von Infektionskrankheiten;
 Kariesprophylaxe;
 Mutter-Kind-Betreuung;
 Bekämpfung des Alkoholmißbrauches, des Mißbrauches von Medikamenten und des Rauchens;
 Psychische Hygiene;
 Medizinische Angelegenheiten der Behinderten;
 Krebs-Bekämpfung;
 Beteiligung an WHO-Projekten;
 Beiträge an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds;
 Bekämpfung des Suchtgiftmißbrauches;
 Zivilschutz;
 Arzneimittelwesen;
 Krankenanstaltenwesen;
 Medizinische Strahlenangelegenheiten.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1987	2 813,3	607,4
1988	2 918,0	631,2
1989	3 216,3	684,9

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Mehrausgaben und Mehreinnahmen sind auf die erhöhten Beiträge des Bundes an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds zurückzuführen. Die Einnahmen berücksichtigen auch Gebühren auf Grund des Arzneimittelgesetzes.

	1987	1988 Millionen Schilling	1989
Gesetzliche epidemiologische Maßnahmen	3,3	8,5	7,5
Vorsorgemedizin usw.	46,9	53,8	55,3
Förderungsmaßnahmen	54,6	95,5	85,9
Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds	2 692,0	2 743,8	3 048,8
Bekämpfung des Suchtgiftmißbrauches	16,1	15,4	17,2
Zivilschutz	0,0	0,0	0,0
Sonstige Ausgaben	0,3	1,0	1,6
Summe ...	2 813,3	2 918,0	3 216,3

Ausgaben 1989**Paragraph 1/1720 Vorsorgemedizin; Epidemiologische Maßnahmen****Anlagen**

Für die Aufklärung der Bevölkerung über die Bedeutung der Beteiligung insbesondere an der Polio-Oral-Impfaktion sind Filme und Spots herzustellen.

Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz ist die finanzielle Beteiligung an den Weltwinterspielen für Körperbehinderte vorzusehen. Die nächsten Weltwinterspiele finden im Jahr 1992 statt.

Förderungen

Für die Förderung der Ärzteausbildung ist unter Berücksichtigung neuer Modelle vorgesorgt.

Der Verein Österreichischer AIDS-Hilfe hat ein Beratungsnetz über das gesamte Bundesgebiet aufgebaut. Diese vom Standpunkt der Volksgesundheit wichtige Informations- und Betreuungsmaßnahme ist zu fördern.

Gesellschaften und Vereinigungen, die wesentliche Arbeiten auf dem Gebiete der Volksgesundheit leisten, werden weiter unterstützt.

Die Förderung diverser vorsorgemedizinischer Programme wird fortgesetzt.

Maßnahmen über Erste Hilfe, das Rettungswesen, medizinische Angelegenheiten des Sportes und über Gefahren des Medikamentenmißbrauches werden unterstützt.

Außerdem werden Organisationen, die sich mit der Errichtung von Funknotdiensten befassen, entsprechend eines mit Experten erarbeiteten Konzeptes für die beschleunigte Fertigstellung der Funknetze in den einzelnen Bundesländern weiter unterstützt, um die Errichtung eines bundesweiten Funknetzes zur besseren ärztlichen Versorgung der Bevölkerung rasch zum Abschluß zu bringen.

Die Forschungsarbeiten bestimmter Ludwig-Boltzmann-Institute werden im Hinblick auf deren grundlegende Bedeutung für Maßnahmen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens gefördert, vor allem auch in bezug auf die AIDS-Forschung.

Die Beitragsleistung an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz ist vorgesehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Zur Durchführung der Schutzimpfung gegen Tuberkulose wird lyophilisierter Tuberkuloseimpfstoff angekauft. Für die Vornahme von Tuberkulinproben werden sowohl Stempeltests als auch herkömmliche Tuberkulinpräparate verwendet.

Zur Erreichung bzw. Aufrechterhaltung eines ausreichenden Impfschutzes der österreichischen Bevölkerung gegen Kinderlähmung wird auch 1989 das bisherige Impfschema beibehalten:

1. Komplette Grundimmunisierung des neuen Geburtsjahrganges,
2. Immunisierung der Kinder bei Eintritt in die Schule,
3. Auffrischungsimpfung in der achten Schulstufe.

Es ist sowohl für den Ankauf des zur Durchführung der Impfkation notwendigen Impfstoffes als auch für die Anlegung eines Impfstoffvorrates zur Überbrückung von Notsituationen vorgesorgt.

Bei Erkrankungen im zeitlichen Zusammenhang mit der Pocken- oder Polio-Oralimpfung sind Untersuchungen durchzuführen, um zu klären, ob tatsächlich ein Impfwischenfall vorliegt. Die einwandfreie Klärung ist nicht nur vom epidemiologischen Standpunkt, sondern auch wegen allfälliger Schadenersatzansprüche unbedingt notwendig.

Weiters sind Kosten für Untersuchungen auf Hepatitis A berücksichtigt.

Aufwendungen

Im Vordergrund steht die Durchführung vorsorgemedizinischer Maßnahmen insbesondere Aufklärungsarbeiten und die Durchführung von Studien gemäß den §§ 7 und 8 des AIDS-Gesetzes.

Im Rahmen der Prophylaxe ist wieder für die Beistellung von Impfstoff gegen Diphtherie, Tetanus und Pertussis insbesondere für Kinder zu den Impfkationen der Länder Vorsorge getroffen. Da Rötelerkrankungen in den ersten Monaten der Schwangerschaft eine Schädigung der Leibesfrucht verursachen können, wird die erstmals im Jahre 1975 propagierte Röteln-Schutzimpfung der Mädchen im Vorpubertätsalter weitergeführt. In die Aktion werden auch Frauen im Wochenbett miteinbezogen, um durch deren Impfung bei späteren Schwangerschaften einer Schädigung der Leibesfrucht vorzubeugen. Für den Ankauf von Impfstoff für die Masern- und Mumpsimpfung der Kinder bis zum zweiten Lebensjahr ist vorgesorgt. Diese Impfung ist zur Verhinderung der folgensweren, oft bleibende Schäden verursachende Masernenzephalitis und der häufig auftretenden Mumpsmeningitis zu empfehlen. Für den Ankauf von Tollwutvakzine ist unter Berücksichtigung der derzeitigen Wutsituation vorgesorgt. Die Aktion zur Bekämpfung der Zahnkaries, die nachweisbar gute Erfolge hat, wird fortgesetzt.

Für die statistische Auswertung von Ergebnissen der Gesundenuntersuchungen nach gesundheitspolitischen Gesichtspunkten sowie für die Abgeltung von Kosten für die FSME-Impfungen und für humangenetische Untersuchungen Nichtversicherter gemäß den einschlägigen Bestimmungen des ASVG ist Vorsorge getroffen. Propagandamaßnahmen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens und insbesondere des Impfwesens sind berücksichtigt.

Kapitel 17 — Titel 173

117

Die Information der Bevölkerung über verschiedene gesundheitliche Belange ist dringend geboten.

Für die Kosten der Sachverständigentätigkeit (Arzneimittelbeirat) und klinischer Gutachten auf Grund des Arzneimittelgesetzes ist vorgesorgt.

Ausgehend davon, daß Studien die Grundlage für entsprechende Maßnahmen sind, werden sowohl das Österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen als auch andere Stellen mit der Ausarbeitung von Studien über diverse Gesundheitsprobleme befaßt. Bei einem Teil dieser Arbeiten handelt es sich um Fortsetzungsprojekte aus den Vorjahren.

Für die Durchführung von Studien insbesondere über AIDS, Gesundheitsverhalten von Schulkindern, Fragen der Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung, Karzinombekämpfung und ärztliche Säuglingsbetreuung ist vorgesorgt. Das Arzneimittel-Informationssystem „Rote Hand“ warnt vor nachteiligen Wirkungen von Medikamenten.

Voranschlagsansatz 1/17217 Überweisung an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds

Hier sind die dem Fonds für die Anweisung von Betriebs- und sonstigen Zuschüssen einschließlich von Investitionszuschüssen zuzuweisenden Mittel vorgesehen.

Durch den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds sollen den Rechtsträgern von Krankenanstalten nicht nur bedeutend mehr Mittel, als dies auf Grund des Krankenanstaltengesetzes seinerzeit möglich war, zur Verfügung gestellt werden, sondern es soll auch ein möglichst reibungsloser Übergang vom bisher praktizierten Abgangsdeckungssystem zu einem leistungsorientierten Aufwandszuschußsystem gefunden werden. Hiedurch wird die Kostenwirtschaftlichkeit der Leistungserstellung in den österreichischen Krankenanstalten auch weiterhin gesteigert und eine optimale Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit Krankenhausleistungen sichergestellt.

Außerdem ist ein Sonderbeitrag des Bundes in Höhe von 330 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraph 1/1722 Bekämpfung des Suchtgiftmißbrauches

Für die Förderung von Einrichtungen und Vereinigungen, die die Beratung und Betreuung von Personen im Hinblick auf Suchtgiftmißbrauch wahrnehmen, ist unter Bedachtnahme auf die Bestimmungen des § 22 des Suchtgiftgesetzes vorgesorgt. Auch wurden Mittel für die Durchführung von Studien und von Aufklärungsmaßnahmen gegen Suchtgiftmißbrauch bereitgestellt.

Paragraph 1/1723 Zivilschutz

Der Aufwand für den Zivilschutz wird pauschal beim Paragraph 1/1111 veranschlagt. Hinsichtlich der vom Bundeskanzleramt — Gesundheit zu treffenden Zivilschutzmaßnahmen sind Verrechnungsansätze vorgesehen.

Einnahmen 1989

Gutachterhonorare und Entgelte für Verwaltungsleistungen auf Grund des AMG; Bescheidgebühren für pharmazeutische Spezialitäten;
Anteil der Gemeinden an den Beiträgen zum Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds.

Titel 173 Bundeskanzleramt; Strahlenschutz, Lebensmittel-, Veterinärwesen**Gesetzliche Grundlagen**

Strahlenschutzgesetz, BGBl. Nr. 227/1969;
Tierseuchengesetz, RGBl. Nr. 177/1909, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 522/1982;
Bienenseuchengesetz, BGBl. Nr. 290/1988;
Verordnung über die Aujeszky'sche Krankheit, BGBl. Nr. 303/1986;
Bangseuchengesetz, BGBl. Nr. 147/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 236/1985;
Bangseuchenverordnung, BGBl. Nr. 280/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 447/1982;
Rinderleukosegesetz, BGBl. Nr. 272/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 237/1985;
Deckseuchengesetz, BGBl. Nr. 22/1949;
Fleischuntersuchungsgesetz, BGBl. Nr. 522/1982;
Lebensmittelgesetz 1975 (LMG 1975), BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 78/1987;
Chemikaliengesetz, BGBl. Nr. 326/1987.

Aufgaben

Großräumige Überwachung des Bundesgebietes auf radioaktive Verunreinigung einschließlich Vorsorge für Schutz- und Abwehrmaßnahmen;
 die Wahrnehmung der Tierseuchengesetzgebung;
 Entschädigung nach Veterinärsgesetzen;
 die Lebensmittelkontrolle durch die gemäß Lebensmittelgesetz staatlich autorisierten Lebensmitteluntersuchungsanstalten;
 die Importmeldekontrolle bei Lebensmitteln;
 die Chemikalienkontrolle (Giftwesen);
 Entschädigungen nach dem Lebensmittelgesetz sowie
 die Koordinationsaufgaben gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, in der Fassung BGBl. Nr. 78/1987.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	123,4	1,6
1988	173,6	2,5
1989	166,0	2,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Die günstige Seuchenlage bewirkt eine Verminderung der Ausgaben für staatliche Entschädigungen nach Veterinärsgesetzen.

Ab dem Jahr 1988 wird auch der Aufwand für staatliche Entschädigungsleistungen nach Veterinärsgesetzen und dem Lebensmittelgesetz veranschlagt (bis zum Jahr 1987 beim Titel 174 „Rechtsangelegenheiten“ mitveranschlagt).

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

	1987	1988 Millionen Schilling	1989
Strahlenschutz	74,5	103,0	101,2
Veterinärwesen	32,7	55,5	49,8
Lebensmittelkontrolle	16,2	—	—
Lebensmittel, Chemikalien	—	15,1	15,0
Summe ...	123,4	173,6	166,0

Paragraph 1/1732 Strahlenschutz**Ausgaben 1989****Anlagen**

Mit Rücksicht auf den Kernkraftwerksunfall in Tschernobyl bedarf das gemäß § 37 Strahlenschutzgesetz errichtete Strahlenfrühwarnsystem zur Erreichung einer noch effizienteren Aussagemöglichkeit weiterer Ergänzungen.

Förderungen

Zu der dem Bundeskanzleramt — Gesundheit gemäß § 37 Strahlenschutzgesetz obliegenden großräumigen Überwachung der Umwelt auf Radioaktivitätsverunreinigungen ist die aktive Mitarbeit von Einsatzorganisationen erforderlich.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hier sind die Aufwendungen für ärztliche Untersuchungen gemäß § 35 Strahlenschutzgesetz veranschlagt.

Aufwendungen

Neben den Mitteln für die Wartung und Instandhaltung der Meßgeräte der Beobachtungsstationen des Strahlenwarnsystems wurde im Rahmen des einen Bestandteil des Strahlenfrühwarnsystems bil-

Kapitel 17 — Titel 173

119

denden Fernwirksystems für die notwendigen Leitungswege, die Wartung und Instandhaltung vorgesorgt. Ebenfalls veranschlagt sind die für den Betrieb des Strahlenfrühwarnsystems erforderlichen Mittel.

Weiters sind die Kosten der erforderlichen Sachverständigen in strahlenschutzrechtlichen Bewilligungsverfahren sowie die Mittel für die Fortführung von Forschungsaufträgen berücksichtigt.

Außerdem wurde für die Kostentragung zur Verarbeitung, Zwischenlagerung und sonstigen Entsorgung radioaktiver Abfälle Vorsorge getroffen.

Einnahmen 1989

Ersatz von Sachverständigenkosten in Bewilligungsverfahren nach dem Strahlenschutzgesetz durch die Konsenswerber.

Paragraph 1/1737 Veterinärwesen**Ausgaben 1989****Anlagen**

Ankauf von Kopien von Aufklärungsfilmen zur Unterstützung seuchenhygienischer Maßnahmen.

Förderungen

Bereinigung allfälliger Re-Infektionen durch Beihilfen für die Schlachtung von Tbc-Reagenten sowie Förderung sonstiger Veterinärmaßnahmen.

Epizootie

Die bisherigen Erfahrungen mit der Maul- und Klauenseuche rechtfertigen im Hinblick auf die Gewährleistung der Aktionsfähigkeit die Veranschlagung von Mitteln für Bekämpfungskaktionen.

Gemäß Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 12. März 1979 sind die Kosten der periodischen Untersuchungen auf Rindertuberkulose vom Bund zu tragen.

Es sind hier auch die nach tierseuchenrechtlichen Bestimmungen zu leistenden staatlichen Entschädigungen veranschlagt.

Darüber hinaus sind die Aufwendungen gemäß § 61 Tierseuchengesetz berücksichtigt.

Aufwendungen

Neben den Mitteln zur Erfüllung der gesetzlich verankerten Leistungen für die Aus- und Weiterbildung der Amtstierärzte wurde für die Fortführung von Forschungsaufträgen vorgesorgt.

Einnahmen 1989

Strafgelder, die wegen Übertretungen der Bestimmungen des Tierseuchengesetzes eingehoben werden.

Paragraph 1/1738 Lebensmittel, Chemikalien**Ausgaben 1989****Entschädigungen**

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die nach dem Lebensmittelgesetz zu leistenden staatlichen Entschädigungen veranschlagt.

Lebensmittel- und Chemikalienkontrolle

Beitragsleistungen an die gemäß LMG 1975 staatlich autorisierten Lebensmitteluntersuchungsanstalten für durchgeführte Probenuntersuchungen.

Gemäß der mit 1. Juni 1978 in Kraft getretenen Importmeldeverordnung haben ausländische Firmen für die in dieser Verordnung aufgezählten Warengruppen entsprechende Importmeldungen zu erstatten, die unmittelbar nach ihrem Einlangen datenmäßig zu erfassen sind.

Außerdem sind hier Mittel für Forschungsaufträge und Expertengutachten vorgesehen.

Titel 174 Bundeskanzleramt — Gesundheit; Rechtsangelegenheiten**Gesetzliche Grundlagen**

Impfschadengesetz, BGBl. Nr. 371/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 54/1981;
 Epidemiegesetz 1950, BGBl. Nr. 186, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 702/1974;
 Geschlechtskrankheitengesetz, StGBI. Nr. 152/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 54/1946;
 Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 9. Mai 1974 über die gesundheitliche Überwachung von Personen, die mit ihrem Körper gewerbsmäßig Unzucht betreiben, BGBl. Nr. 314/1974;
 Bundesgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose, BGBl. Nr. 127/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 142/1974;
 Bäderhygienegesetz, BGBl. Nr. 254/1976;
 Studienförderungsgesetz 1983 — StudFG — BGBl. Nr. 436, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 379/1988;
 Schülerbeihilfengesetz 1983, BGBl. Nr. 455, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 378/1988;
 Krankenanstaltengesetz, BGBl. Nr. 1/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 282/1988;
 Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung und die Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds, BGBl. Nr. 000/1988;
 Bundesgesetz über die Errichtung eines Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, BGBl. Nr. 281/1988.

Aufgaben

Alle sachlichen Rechtsangelegenheiten des Bereiches Volksgesundheit, woraus in erster Linie Zahlungen auf Grund des Krankenanstaltengesetzes, des Tuberkulosegesetzes und die Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen resultieren.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1987	187,0	0,3
1988	189,8	1,0
1989	197,6	0,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben gegenüber 1988 ist vor allem auf die Kosten gemäß § 47 Abs. 1 Tuberkulosegesetz, aber auch auf die Berücksichtigung der Kostensteigerung durch die Novellierung sowohl des Studienförderungsgesetzes 1983 als auch des Schülerbeihilfengesetzes zurückzuführen.

Die Ausgabenentwicklung der einzelnen Bereiche ist in der nachstehenden Übersicht dargestellt.

	1987	1988 Millionen Schilling	1989
Aufwendungen	—	0,2	0,2
Aufwand nach dem Bäderhygienegesetz	0,7	0,5	0,5
Zweckzuschüsse nach dem KAG	100,0	100,0	100,0
Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz	49,5	53,4	59,0
Entschädigungen nach Sanitäts- und Veterinärsgesetzen	21,3	—	—
Entschädigungen nach Sanitätsgesetzen	—	16,7	17,4
Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen	12,2	14,8	15,5
Schülerbeihilfen	3,3	4,2	5,0
Summe ...	187,0	189,8	197,6

Voranschlagsansatz 1/17408 Aufwendungen

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die Mittel für Planungsstudien und Forschungsvorhaben zur Schaffung rechtlicher und organisatorischer Grundlagen auf dem Gebiete des Sanitätswesens vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/17417 Aufwand nach dem Bäderhygienegesetz

Nach den Bestimmungen des Bäderhygienegesetzes sind Hallenbäder und künstliche Freibadenbäder einmal jährlich an Ort und Stelle zu überprüfen. Über die Beschaffenheit des Beckenwassers sind wasserhygienische Gutachten einzuholen, über die Beschaffenheit des Wasch- und Brausewassers nur dann, wenn es nicht einer öffentlichen Trinkwasserversorgung entnommen wird.

Kapitel 17 — Titel 179

121

Voranschlagsansatz 1/17424 Zweckzuschüsse nach dem Krankenanstaltengesetz

Auf Grund des Art. 2 der Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung und Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds bzw. des § 2 des Bundesgesetzes über die Errichtung eines Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds hat der Bund die Abrechnung und Nachzahlung der Zweckzuschüsse des Bundes gemäß §§ 57 und 59 des KAG im Sinne des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes A 1/81-13 an die anspruchsberechtigten Rechtsträger von Krankenanstalten durchzuführen. Diese Nachzahlungen sind in Jahresraten zu 100 Millionen Schilling zu leisten.

Voranschlagsansatz 1/17437 Aufwand nach dem Tuberkulosegesetz

Bei diesem Voranschlagsansatz sind Kosten gemäß § 47 Abs. 1 des Tuberkulosegesetzes 1968 (zB Untersuchungs- und Behandlungskosten, Wirtschaftshilfe zur Sicherstellung der Lebenshaltung des Erkrankten und seiner Familie) vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/17447 Entschädigungen nach Sanitäts- und Veterinärnärgeetzen

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die nach dem Epidemie-, Impfschaden- und Geschlechtskrankheitengesetz zu leistenden staatlichen Entschädigungen veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/17457 Studienförderung/Medizinisch-technische Schulen

Hier ist für Studienbeihilfen nach dem Studienförderungsgesetz für Schüler der gehobenen medizinisch-technischen Schulen Vorsorge getroffen.

Voranschlagsansatz 1/17467 Schülerbeihilfen

Die bei diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mittel sind für Schul- und Heimbeihilfen für Schüler von medizinisch-technischen Fachschulen und von Bundeshebammenlehranstalten vorgesehen.

Titel 179 Dienststellen (Gesundheit)

Die Ausgaben und Einnahmen dieses Titels ergeben sich aus der Tätigkeit der insgesamt 19 Anstalten der Bundesstaatlichen Sanitäts- und Veterinärverwaltung, der 6 Bundeshebammenlehranstalten und des Veterinärmedizinischen Grenzbeschauendienstes.

Gesetzliche Grundlagen

Behördenüberleitungsgesetz, StGBI. Nr. 94/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 213/1986;
 Lebensmittelgesetz 1975 (LMG 1975), BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 78/1987;
 Epidemiegesetz 1950, BGBl. Nr. 186, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 702/1974;
 Bundesgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose, BGBl. Nr. 127/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 142/1974;
 Geschlechtskrankheitsgesetz, StGBI. Nr. 152/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 54/1946;
 Verordnung zum Geschlechtskrankheitengesetz, BGBl. Nr. 314/1974;
 Bazillenausscheidergesetz, StGBI. Nr. 153/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 131/1964;
 Verordnung zum Bazillenausscheidergesetz, BGBl. Nr. 128/1946, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 358/1969;
 Bäderhygienegesetz, BGBl. Nr. 254/1976;
 Arzneimittelgesetz, BGBl. Nr. 185/1983;
 Arzneibuchgesetz, BGBl. Nr. 195/1980;
 Bundesgesetz über Maßnahmen gegen die Verbreitung des erworbenen Immundefektsyndroms (AIDS-Gesetz), BGBl. Nr. 293/1986;
 Hebammengesetz 1963, BGBl. Nr. 3/1964;
 Hebammen-Ausbildungsordnung, BGBl. Nr. 443/1971;
 Bundesgesetz über die veterinärmedizinischen Bundesanstalten, BGBl. Nr. 563/1981;
 Veterinärbehördliche Ein- und Durchführverordnung, BGBl. Nr. 390/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 84/1987.

122

Kapitel 17 — Titel 179

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	249,9	182,4	432,3	194,6
1988	252,6	193,2	445,8	191,5
1989	258,8	208,9	467,7	189,8

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Steigerung der Sachausgaben resultiert im wesentlichen — abgesehen von einem Mehrerfordernis für die Inneneinrichtung des Anstaltsneubaues der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Innsbruck — aus den steigenden Betriebsaufwendungen der Untersuchungsanstalten.

Paragraph 1/1790 Lebensmitteluntersuchungsanstalten**Aufgaben**

Der Bund betreibt zur Erfüllung der Aufgaben in Vollziehung des Lebensmittelgesetzes 1975 die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung in Wien und je eine Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Linz, Graz, Innsbruck und Salzburg.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Apparative Ausrüstung der Anstalten für die Kontaminationskontrolle von Lebensmitteln auf radioaktive Substanzen und die vermehrte Rückstandskontrolle (Schädlingsbekämpfungsmittel, Hormone, Schwermetalle u. dgl.).

Inneneinrichtung des Anstaltsneubaues in Innsbruck.

Ersatzanschaffungen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Öffentliche Abgaben, wie Wassergebühren u. dgl. sowie Vergebührung von Mietverträgen für EDV-Einrichtungen.

Aufwendungen

Hier sind die Kosten zur Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes der Anstalten veranschlagt.

Die Aufwendungen beinhalten auch die Anteile an Untersuchungsgebühren (Taxen).

Einnahmen 1989

Einnahmen aus Untersuchungen, die ohne behördliches oder lebensmittelpolizeiliches Einschreiten erfolgen.

Paragraph 1/1792 Bakteriologisch-serologische und sonstige Untersuchungsanstalten**Aufgaben**

Bundesstaatliche bakteriologisch-serologische Untersuchungsanstalten in Wien, Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt und Innsbruck:

Untersuchungen auf Grund des

Epidemiegesetzes zur Diagnostizierung von Infektionskrankheiten,

Tuberkulosegesetzes,

Bazillenausscheidergesetzes,

Bäderhygienegesetzes,

Geschlechtskrankheitengesetzes,

AIDS-Gesetzes,

Mutter-Kind-Passes,

Trinkwasseruntersuchungen aus medizinisch-hygienischer Sicht, Pyrogenteste an Infusionspräparaten,

Kapitel 17 — Titel 179

123

Sterilitätsprüfungen (Autoklavenprüfungen) in Krankenanstalten, Bakteriologisch-serologische Untersuchungen in freier Konkurrenz zu Privatlaboratorien.

Bundesanstalt für chemische und pharmazeutische Untersuchungen:

Aufgaben auf Grund des Arzneimittelgesetzes,
Balneochemische Untersuchungen.

Bundesstaatliche Anstalt für experimentell-pharmakologische und balneologische Untersuchungen:

Aufgaben auf Grund des Arzneimittelgesetzes,
Balneologische Untersuchungen.

Bundesstaatliches Serumprüfungsinstitut/Bundesstaatliche Impfstoffgewinnungsanstalt:

Aufgaben auf Grund des Arzneimittelgesetzes,
Aufgaben auf Grund des AIDS-Gesetzes,
Beratungstätigkeit über Tollwutimpfungen.

Ausgaben 1989

Neben den Erfordernissen zur Durchführung der den Anstalten obliegenden Aufgaben sind auch Kosten für Rationalisierungsmaßnahmen berücksichtigt.

Anlagen

Der ständige Personalmangel erfordert nach wie vor Rationalisierungen, die nur durch die Anschaffung moderner, den spezifischen Erfordernissen entsprechenden Laborgeräte und ADV-Anlagen durchführbar sind.

Auf die Geräteerfordernisse für den Vollzug des Arzneimittelgesetzes sowie für die Durchführung von AIDS-Tests ist Bedacht genommen.

Aufwendungen

Hier sind die Betriebskosten der Untersuchungsanstalten auch unter Bedachtnahme auf zusätzliche Arbeiten auf Grund des Arzneimittelgesetzes sowie von AIDS-Tests veranschlagt.

Die Aufwendungen beinhalten auch die Anteile an Untersuchungsgebühren (Taxen).

Einnahmen 1989

Betriebseinnahmen aus gebührenpflichtigen Untersuchungen, Rückersätze von Reisekosten bei Wasseruntersuchungen und Vergütungen für die Abgabe von nicht benötigten Versuchstieren.

Paragraph 1/1794 Bundeshebammenlehranstalten**Aufgaben**

In den Bundeshebammenlehranstalten wird die Ausbildung der Hebammenschülerinnen auf die neuesten Erfahrungen und Erkenntnisse abgestimmt. Die Ausbildung ist darauf ausgerichtet, eine Senkung der Säuglingssterblichkeit durch richtige Versorgung der werdenden Mütter und der Neugeborenen zu erzielen.

Der Bund unterhält derzeit je eine Hebammenlehranstalt in Graz und Innsbruck in Verbindung mit der Universitätsklinik, eine Anstalt in Wien in Verbindung mit der Semmelweis-Frauenklinik sowie je eine Anstalt in Linz, Salzburg und Klagenfurt in Verbindung mit den dort befindlichen Landeskrankenhäusern.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Für die Erneuerung und Verbesserung der Einrichtung der Internatsräume sowie für den Ankauf von Lehrmitteln ist vorgesorgt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Hebammen, die an den gesetzlich vorgeschriebenen Fortbildungskursen teilnehmen, erhalten eine Entschädigung gemäß § 11 Abs. 5 des Hebammengesetzes für den Ausfall an Berufseinkommen.

Außerdem ist der Ersatz der Portospesen gemäß § 28 Hebammengesetz für die durch Hebammen zu erstattenden Geburtsanzeigen veranschlagt.

Aufwendungen

Der Betriebsaufwand berücksichtigt ua. die Nachschaffungen von Kleininventar und die Übernahme von Kosten für die Beschäftigung zusätzlichen Lehrpersonals.

Einnahmen 1989

Verpflegskostenbeiträge und Beiträge der Bundesländer Salzburg und Kärnten zum Betriebsabgang.

Paragraph 1/1795 Veterinärmedizinische Anstalten

Aufgaben

Der Bund betreibt zur Erfüllung der Aufgaben im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung eine Anstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren, eine Anstalt für Tierseuchenbekämpfung und je eine veterinärmedizinische Anstalt in Linz, Graz und Innsbruck.

Während die Bundesanstalten für veterinärmedizinische Untersuchungen nur mit diagnostischen Aufgaben befaßt sind, wird an der Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung und an der Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung bei Haustieren auch Impfstoff produziert.

Ausgaben 1989

Anlagen

Hier wurden lediglich die vordringlichsten Anschaffungen im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen und Ersatzanschaffungen veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Öffentliche Abgaben wie Abwassergebühren, Müllabfuhr u. dgl.

Aufwendungen

Hier sind die Betriebskosten dieser Anstalten veranschlagt, wovon nicht unerhebliche Mittel für die Anschaffung von Leukose-Antigen für die Wiederholungs- und Nachimpfungen im Rahmen der Leukosebekämpfung sowie für die Verfügbarkeit von Maul- und Klauenseuche-Impfstoffe bestimmt sind.

Einnahmen 1989

Betriebseinnahmen für Untersuchungen, ausgenommen die kostenlos zu untersuchenden Einsendungen nach dem Tierseuchengesetz.

Paragraph 1/1796 Veterinärmedizinischer Grenzbeschaudienst

Aufgaben

Amtshandlungen der Grenztierärzte bei der Einfuhr und Durchfuhr von Tieren, tierischen Rohstoffen und Produkten.

Ausgaben 1989

Anlagen

Einrichtung von Dienstzimmern.

Aufwendungen

Werkverträge für Grenztierärzte und Aufwand für die Amtshandlungen.

Einnahmen 1989

Gebühren gemäß Veterinärbehördlicher Ein- und Durchfuhrverordnung.

Die Einnahmenhöhe richtet sich nach der Anzahl der Ein- und Durchfuhren von Tieren und tierischen Produkten.

Kapitel 18 — Titel 180 und 181

125

Kapitel 18 Umwelt, Jugend, Familie

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie gemäß dem Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 78/1987, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2, Abschnitt J.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	122,0	40 315,1	40 437,1	39 996,6
1988	121,4	41 450,1	41 571,5	41 030,3
1989	135,3	41 433,8	41 569,1	40 963,5

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 180 Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiet der Umwelt, Jugend- und Familienpolitik sowie des Konsumentenschutzes.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	59,8	25,8	85,6	17,1
1988	70,2	41,1	111,3	19,5
1989	84,7	35,3	120,0	21,6

Ausgaben 1989**Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)**

Neben den Familienbeihilfen und Geburtenbeihilfen für die Bediensteten der Zentralstelle erwachsen im wesentlichen Aufwendungen aus Sonderbeiträgen zum Fonds des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen und der ECE-EMEP-Konvention (Grenzüberschreitende Luftverunreinigung).

Aufwendungen

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die Ausgaben für die Veranstaltung von umwelt- und familienpolitisch bedeutsamen Symposien, die Herstellung von Publikationen sowie für bewußtseinsbildende Maßnahmen veranschlagt.

Das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie leistet Zahlungen an folgende internationale Institutionen:

Internationale Union der Familienorganisationen (IUFO — Union Internationale des Organismes Familiaux UIOF), Paris; Beitragsleistung 78 000 S im Jahr;

OECD Umweltkomitee (OECD-Organisation For Economic Co-Operation and Development);

Titel 181 Familienpolitische Maßnahmen

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	27,4	—
1988	5,1	0,0
1989	4,6	0,0

Voranschlagsansatz 1/18116 Förderungen

Die Mittel, die bei diesem Voranschlagsansatz veranschlagt sind, werden für die Förderung der Verbände und Institutionen, die vorwiegend auf dem Gebiete der Familienpolitik tätig sind, verwendet.

Es handelt sich dabei insbesondere um jene Familienorganisationen, die auch im Familienpolitischen Beirat beim Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie vertreten sind und deren Aktivitäten den Familien direkt zugute kommen. Weiters werden von gemeinnützigen Einrichtungen getragene Projekte gefördert.

Voranschlagsansatz 1/18137 Rückzahlung an den Reservefonds für Familienbeihilfen

Gesetzliche Grundlage

Familienlastenausgleichsgesetz 1967, § 40 Abs. 6

Dieser Voranschlagsansatz trägt der Regelung Rechnung, daß der Bund im Falle, daß die flüssigen Mittel des Reservefonds für Familienbeihilfen erschöpft sind, einen Abgang aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen in Anrechnung auf seine Verbindlichkeiten gegenüber dem Reservefonds zu tragen hat.

Im Jahre 1989 werden die flüssigen Mittel des Reservefonds für die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen ausreichen, sodaß eine Zahlung des Bundes an den Familienlastenausgleich nicht vorgesehen ist.

Titel 183 Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (zweckgebundene Gebarung)

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987 ¹⁾	38 740,3	38 740,3
1988	39 496,2	39 496,2
1989	39 536,8	39 536,8

Gesetzliche Grundlagen

Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 604/1987.

Nach dem FLAG werden folgende Leistungen erbracht:

- Die Gewährung von Familienbeihilfen;
- die Gewährung einer Geburtenbeihilfe;
- die Gewährung von Schulfahrtbeihilfen;
- die Finanzierung der Schülerfreifahrten und die Finanzierung von Schulbüchern;
- eine Beitragsleistung zum Aufwand für das Karenzurlaubsgeld;
- die Förderung von Familienberatungsstellen;
- die Gewährung von Zuwendungen aus dem Familienhärteausgleich;
- die Leistung eines Kostenanteiles für die Untersuchungen nach dem Mutter-Kind-Paß;
- die Zahlung von Vorschüssen auf den gesetzlichen Unterhalt;
- Beitragsleistung zur Schülerunfallversicherung;
- ein Teilersatz der Aufwendungen für das Wochengeld;
- ein Teilersatz der Kosten der Betriebshilfe an Mütter, die in der gewerblichen Wirtschaft oder in der Land- und Forstwirtschaft selbständig erwerbstätig sind;
- eine Abgeltung für Ersatzzeiten für Bezieherinnen von Karenzurlaubsgeld;
- Pensionsbeiträge für Pflegepersonen von Schwerstbehinderten.

Übersicht über die Gebarung:

	Ausgaben	Einnahmen	Überschuß (+) Abgang (—)
		Millionen Schilling	
1980	29 193,7	28 697,8	— 495,9
1981	31 618,1	28 482,7	— 3 135,4
1982	34 026,5	29 237,4	— 4 789,1
1983	34 314,4	29 806,8	— 4 507,6
1984	33 494,6	34 282,5	+ 787,9
1985	35 071,1	35 763,9	+ 692,8
1986	35 798,6	37 348,3	+ 1 549,7
1987	38 740,3	37 373,0	— 1 367,3
1988 (Bundesvoranschlag)	39 496,2	38 146,3	— 1 349,9
1989 (Bundesvoranschlag)	39 536,8	38 636,7	— 900,1

Kapitel 18 — Titel 183

127

Gebahrung

Die Gebahrung des Familienlastenausgleiches wird — abgesehen von den Fällen, in denen der Aufwand an Familienbeihilfe bzw. Geburtenbeihilfe von einer Gebietskörperschaft aus allgemeinen Haushaltsmitteln zu tragen ist — über den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen abgewickelt, der keine Rechtspersönlichkeit besitzt und aus der Sektion A und aus der Sektion B besteht.

In der Sektion A werden die Familienbeihilfen verrechnet, die von den Dienstgebern und auszahlenden Stellen ausbezahlt und diesen zu ersetzen sind.

In der Sektion B werden alle übrigen Ausgaben des Familienlastenausgleiches verrechnet.

An Einnahmen fließt der Sektion A der Dienstgeberbeitrag zu. Die übrigen Einnahmen sowie der Überschuß der Sektion A fließen der Sektion B zu.

Familienbeihilfe

Die Familienbeihilfe beträgt für jedes Kind 1 200 Schilling; sie erhöht sich ab Beginn des Kalenderjahres, in dem das Kind das 10. Lebensjahr vollendet, um monatlich 250 Schilling.

Für ein erheblich behindertes Kind erhöht sich die Familienbeihilfe um monatlich 1 450 Schilling.

Vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen werden an rund 991 000 Anspruchsberechtigte für rund 1 675 000 Kinder Familienbeihilfe gewährt, einschließlich der Anzahl der anspruchsberechtigten Ausländer, denen Familienbeihilfe in voller Höhe gewährt wird. Zusätzlich wurden im Jahre 1987 an 33 248 Ausländer für 71 146 Kinder, die sich ständig im Ausland aufhalten, Familienbeihilfe in verminderter Höhe gezahlt. Ferner wird für rund 39 640 erheblich behinderte Kinder die erhöhte Familienbeihilfe gewährt. Die Anzahl der Personen (vorwiegend Grenzgänger), die Ausgleichszahlungen erhielten, betrug im Jahre 1984 11 337, im Jahre 1985 11 316 und im Jahre 1986 20 402.

Nicht vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen wird gemäß § 46 FLAG 1967 der Aufwand für jene Familienbeihilfen getragen, die

- a) der Bund, die Länder und die Gemeinden (letztere nur, wenn ihre Einwohnerzahl 2 000 übersteigt), mit Ausnahme der von diesen Gebietskörperschaften verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds, ferner die gemeinnützigen Krankenanstalten ihren Empfängern von Dienstbezügen sowie von Ruhe- und Versorgungsgenüssen auszahlen und
- b) den Empfängern von wiederkehrenden Geldleistungen aus der Kriegsopferversorgung, aus der Heeresversorgung und aus der Opferfürsorge ausgezahlt werden.

Diese Familienbeihilfen werden daher auch nicht im Titel 183 des Bundeshaushaltes verrechnet.

Geburtenbeihilfe

Anläßlich der Geburt eines Kindes wird eine Geburtenbeihilfe gewährt. Die Geburtenbeihilfe beträgt 2 000 S bzw. 13 000 S, wenn die im Mutter-Kind-Paß vorgesehenen ärztlichen Untersuchungen durchgeführt worden sind. Die erhöhte Geburtenbeihilfe wird in Teilbeträgen ausgezahlt. Darüber hinaus wird nach Vollendung des 4. Lebensjahres des Kindes eine Sonderzahlung im Betrag von 2 000 S gewährt, wenn die hierfür vorgesehenen ärztlichen Untersuchungen nachgewiesen werden.

Geboren wurden in Österreich im Jahre

1984: 89 643 Kinder
1985: 87 847 Kinder
1986: 87 349 Kinder
1987: 86 792 Kinder.

Im Jahre 1989 wird mit etwa 87 000 Neugeborenen gerechnet.

Es werden etwa 99 vH des Aufwandes an Geburtenbeihilfe aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu leisten sein.

Nur in den Fällen, in denen die Gebietskörperschaften gemäß § 35 FLAG 1967 verpflichtet sind, ihren Empfängern von Dienstgebern sowie von Ruhe- und Versorgungsbezügen die Geburtenbeihilfen auszahlen, tragen die Gebietskörperschaften aus allgemeinen Haushaltsmitteln den Aufwand.

Schulfahrtbeihilfe

Schulfahrtbeihilfe wird für Kinder gewährt, wenn keine Möglichkeit einer Schülerfreifahrt besteht, sowie für die Familienheimfahrten.

128

Kapitel 18 — Titel 183

Schuljahr	Schüleranzahl	Ausgaben in Mill. S	Durchschnittsausgaben Schilling pro Kind
1983/84	142 306	247,7	1 741
1984/85	147 104	433,2	2 945
1985/86	146 653	437,4	2 982
1986/87	150 565	437,8	2 908

Schülerfreifahrten

Die Kosten für die Schülerfreifahrten betragen:

	Erfolg 1987	BVA 1988 Millionen Schilling	BVA 1989
a) Linienverkehr	2 259,2	2 756,0	2 894,3
b) Gelegenheitsverkehr	665,9	680,4	671,0

Die Schülerfreifahrten wurden in den letzten Schuljahren wie folgt in Anspruch genommen:

Schuljahr	Schüleranzahl	Ausgaben in Mill. S	Durchschnitts- ausgaben Schilling pro Kind
1984/85	917 000	2 829,1	3 085
1985/86	916 000	2 840,4	3 101
1986/87	920 300	2 893,2	3 144
1987/88	000 000	0 000,0	0 000

Schulbücher

In den abgelaufenen Schuljahren wurden durch die Schulbuchaktion erfaßt:

Schuljahr	Schüleranzahl	Ausgaben in Mill. S	Durchschnittsausgaben in S pro Kind	Durchschnittsausgaben in S pro Buch
1984/85	1 225 960	893,1	728,5	90,2
1985/86	1 197 772	904,5	755,2	87,5
1986/87	1 168 560	920,0	787,3	90,5
1987/88	1 153 019	946,3	820,0	00,0

Mutter-Kind-Paß

Die Kosten für die im Mutter-Kind-Paß festgelegten ärztlichen Untersuchungen der Schwangeren und der Kinder werden zu zwei Drittel vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen und zu einem Drittel von den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung getragen.

Die Kosten für die Auflage des Mutter-Kind-Passes werden ebenfalls vom Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen getragen.

Härteausgleich

Gem. § 38 a Abs. 1 FLAG 1967 können Familien sowie werdenden Müttern, die durch ein besonderes Ereignis unverschuldet in Not geraten sind, zur Milderung oder Beseitigung der Notsituation finanzielle Zuwendungen gewährt werden.

Familienberatungsstellen

Gem. § 39 b FLAG 1967 ist der Aufwand für die Förderung der Familienberatungsstellen nach dem Familienberatungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 80/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 617/1983, aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu tragen.

Im Jahre 1989 werden voraussichtlich rd. 210 Familienberatungsstellen gefördert werden.

Beitrag zum Karenzurlaubsgeld

Der Beitrag zum Karenzurlaubsgeld, der aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen an die Arbeitslosenversicherung zu leisten ist, beträgt 50 vH des Gesamtaufwandes für das Karenzurlaubsgeld (Barleistung einschließlich der hierauf entfallenden Krankenversicherungsbeiträge) nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, BGBl. Nr. 609 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 588/1981, Art. VII, Abs. 2.

Kapitel 18 — Titel 183

129

Schülerunfallversicherung

Gemäß § 39 a Abs. 1 FLAG 1967 ist an die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt für die gesetzliche Unfallversicherung der Schüler und Studenten ein jährlicher Betrag von 40 Millionen Schilling zu zahlen.

Wochengeld

Gemäß § 39 a Abs. 3 FLAG 1967 sind den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen 50 vH der Aufwendungen für das Wochengeld zu ersetzen.

Betriebshilfe

Gemäß § 39 a Abs. 4 FLAG 1967 sind 50 vH der Aufwendungen für Leistungen der Betriebshilfe an Mütter, die in der gewerblichen Wirtschaft oder in der Land- und Forstwirtschaft selbständig erwerbstätig sind, den entsprechenden Sozialversicherungsträgern zu ersetzen (siehe hiezu das Bundesgesetz BGBl. Nr. 359/1982 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 613/1987).

Ersatzzeiten für Bezieherinnen von Karenzurlaubsgeld; Abgeltung

Gemäß § 39 a Abs. 6 FLAG 1967 sind den Trägern der gesetzlichen Pensionsversicherung die Pensionsbeiträge für Ersatzzeiten, die während des Bezuges von Karenzurlaubsgeld gemäß § 227 Z 5 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes erworben werden, aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu zahlen.

Pensionsbeiträge für Pflegepersonen von Schwerstbehinderten

Gemäß § 39 a Abs. 5 FLAG 1967 sind den Trägern der gesetzlichen Pensionsversicherung die Pensionsbeiträge für die nach § 18 a des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes Selbstversicherten aus Mitteln des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu zahlen.

Unterhaltsvorschüsse

Gemäß § 39 Abs. 8 FLAG 1967 sind die nach dem Unterhaltsvorschußgesetz, BGBl. Nr. 451/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 617/1983, zu leistenden Vorschüsse auf den gesetzlichen Unterhalt aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu finanzieren.

Die Unterhaltsvorschüsse werden von den Oberlandesgerichten ausgezahlt und diesen zu Lasten des vorliegenden Voranschlagsansatzes ersetzt.

Im Jahre 1989 wird mit rd. 30 000 Fällen von Unterhaltsbevorschussungen gerechnet.

Die Rückzahlungen für die Vorschüsse werden beim Voranschlagsansatz 2/18382 beim Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vereinnahmt.

Reservefonds für Familienbeihilfen

Gemäß § 40 Abs. 4 FLAG 1967 sind Überschüsse aus der jährlichen Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen an den Reservefonds für Familienbeihilfen zu überweisen.

Der Reservefonds für Familienbeihilfen wies mit Stand vom 31. Dezember 1987 ein Gesamtvermögen von 3 558,0 Millionen Schilling aus; es handelt sich dabei um

- a) eine Forderung gegen den Bund in Höhe von 1 582,1 Millionen Schilling
- b) um ein Guthaben bei der Österreichischen Postsparkasse in Höhe von 1 975,9 Millionen Schilling.

Einnahmen 1989**Dienstgeberbeitrag**

Der Dienstgeberbeitrag zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen beträgt 4,5 vH der Bruttoarbeitslöhne (§ 41 FLAG 1967).

Den Dienstgeberbeitrag haben alle Dienstgeber zu leisten, die im Bundesgebiet Dienstnehmer beschäftigen.

Von der Leistung des Dienstgeberbeitrages sind befreit:

- a) der Bund, die Länder und die Gemeinden mit Ausnahme der von diesen Gebietskörperschaften verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds; die Gemeinden jedoch nur, wenn ihre Einwohnerzahl 2 000 übersteigt;
- b) die gemeinnützigen Krankenanstalten (§ 16 des Krankenanstaltengesetzes, BGBl. Nr. 1/1957).

Anteil an Einkommen- und Körperschaftsteuer

Nach dem Finanzausgleichsgesetz, BGBl. Nr. 000/1988, werden 2,29 vH vom Aufkommen an Einkommen- und Körperschaftsteuer an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen geleistet. Diese Anteile werden bei den Voranschlagsansätzen 2/52004 bis 2/52024 und 2/52034 in Einnahme und beim Voranschlagsansatz 2/52870 in Ausgabe und schließlich beim Voranschlagsansatz 2/18310 als Einnahme des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen verrechnet.

Abgeltung von Ansätzen für Einkommensteuer

Als Abgeltung für den Wegfall der Kinderabsetzbeträge und deren Ersatz durch höhere Familienbeihilfen sind gemäß § 39 Abs. 5 lit. a FLAG 1967 vom Aufkommen an Einkommen- und Lohnsteuer 9 500 Millionen Schilling dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zuzuweisen; davon entfallen 2 375 Millionen Schilling auf die veranlagte Einkommensteuer und 7 125 Millionen Schilling auf die Lohnsteuer.

Diese Abgeltungsbeträge werden bei den Voranschlagsansätzen 2/52004 und 2/52014 in Einnahme und beim Voranschlagsansatz 2/52871 in Ausgabe und schließlich beim Voranschlagsansatz 2/18311 als Einnahme des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen verrechnet.

Beiträge von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben

Der Beitrag von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben ist

- a) von allen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben im Sinne des § 1 Abs. 2 Z 1 des Grundsteuergesetzes 1955, BGBl. Nr. 149
- b) von Grundstücken im Sinne des § 1 Abs. 2 Z 2 des Grundsteuergesetzes 1955, soweit es sich um unbebaute Grundstücke handelt, die nachhaltig land- und forstwirtschaftlich genutzt werden zu entrichten.

Beiträge der Länder

Die Länder entrichten Beiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen in Höhe von 24 S pro Jahr und Landeseinwohner, soweit dieser das 18. Lebensjahr vollendet hat.

Die Höhe der Beiträge der einzelnen Bundesländer wurde aufgrund des Ergebnisses der Volkszählung 1981 neu festgesetzt und ist aus der Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie, BGBl. Nr. 473/1984, zu ersehen.

Rückgezahlte Unterhaltsvorschüsse

Die zu Lasten des Voranschlagsansatzes 1/18389 ausgezahlten Vorschüsse auf den gesetzlichen Unterhalt sind von den Empfängern bzw. von den Unterhaltspflichtigen zurückzuzahlen. Die Rückzahlung erfolgt über die Jugendämter und Oberlandesgerichte an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen.

Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen

Gemäß § 40 Abs. 5 ist ein jährlicher Abgang aus der Gebarung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen vom Reservefonds für Familienbeihilfen zu ersetzen.

Titel 184 Jugend

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Einnahmen
			Millionen Schilling	
1987	2,4	46,0	48,4	0,2
1988	2,4	45,2	47,6	0,2
1989	3,1	41,5	44,6	0,2

Kapitel 18 — Titel 185 und 186

131

Paragraph 1841 Außerschulische Jugenderziehung**Förderungen**

Die Jugendgemeinschaften, der Österreichische Bundesjugendring (Österreichischer Bundesjugendplan), das Österreichische Institut für Jugendkunde (eine Institution auf Vereinsbasis) und andere Einrichtungen der außerschulischen Jugenderziehung werden gefördert.

Auch Zuschüsse für die Errichtung von Jugendheimen und Zuwendungen für den bilateralen Jugendaustausch finden hier die Bedeckung.

Titel 185 Konsumentenschutz

	Sachaufwand	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1987	20,4	0,0
1988	20,1	0,0
1989	19,6	0,0

Gesetzliche Grundlagen

Konsumentenschutzgesetz, BGBl. Nr. 140/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 481/1985; Produktsicherheitsgesetz, BGBl. Nr. 171/1983, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 617/1983.

Aufwendungen

Hier wird der Mitgliedsbeitrag für den Verein für Konsumentenschutz veranschlagt.

Weiters sind in diesem Voranschlagsansatz die Kosten für Informationsmaterial sowie für Maßnahmen im Zuge der Vollziehung des Produktsicherheitsgesetzes vorgesorgt.

Titel 186 Umweltschutz

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1987	1 389,6	1 241,5
1988	1 728,3	1 514,0
1989	1 708,0	1 404,9

Gesetzliche Grundlagen

Sonderabfallgesetz, BGBl. Nr. 186/1983, in der Fassung BGBl. Nr. 376/1988; Bundesgesetz über die Förderung von Maßnahmen zum Schutz der Umwelt (Umweltfondsgesetz), BGBl. Nr. 567/1983, in der Fassung BGBl. Nr. 79/1987; Bundesgesetz über die Förderung des Wasserbaues aus den Bundesmitteln (Wasserbautenförderungsgesetz 1985), BGBl. Nr. 148/1985 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 487/1985; Waschmittelgesetz, BGBl. Nr. 300/1984; Vereinbarung über die Festlegung von Immissionsgrenzwerten für Luftschadstoffe und über Maßnahmen zur Verringerung der Belastung der Umwelt samt Anlagen, BGBl. Nr. 443/1987; Smogalarmgesetz BGBl. Nr. 000/1988; Bundesgesetz über die Umweltkontrolle, BGBl. Nr. 127/1985; Chemikaliengesetz BGBl. Nr. 326/1987.

Paragraph 1/1860 Umwelthygiene (Umweltschutz)**Ausgaben 1989****Anlagen**

Für die Einrichtung von Meßstellen nach dem Smogalarmgesetz und nach der Vereinbarung über die Festlegung von Immissionsgrenzwerten für Luftschadstoffe und über Maßnahmen zur Verringerung der Belastung der Umwelt ist vorzusorgen.

Förderungen

Im Sinne des Koordinierungsauftrages werden Vorhaben einschlägiger Gesellschaften, Vereinigungen und sonstige Einrichtungen auf dem Gebiete des Umweltschutzes gefördert.

Die Förderungsmaßnahmen zur Wahrung der Bundesinteressen im Naturschutz werden fortgesetzt.

Aufwendungen

Neben den Instandhaltungskosten für Meßgeräte und Fahrzeuge sind hier die Mittel für die Fortführung von Forschungsaufträgen und für Öffentlichkeitsarbeit vorgesehen.

Paragraph 1861 Beitrag zum Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds**Aufgaben**

Mit Bundesgesetz vom 24. Februar 1987, BGBl. Nr. 79, wurde aus dem Wasserwirtschaftsfonds (§ 21 des Wasserbautenförderungsgesetzes 1985) und dem Umweltfonds (§ 1 des Umweltfondsgesetzes) ein Fonds mit Rechtspersönlichkeit gebildet. Dieser Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds wird vom Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie vertreten und verwaltet.

Zweck des Fonds ist die Förderung von Maßnahmen

1. zum Schutz der Umwelt gegen Luftverunreinigungen, Lärm und Belastungen durch Sonderabfälle,
2. zum Schutz der Umwelt durch geordnete Abwasserentsorgung sowie
3. zur Gewährleistung einer ausreichenden Wasserversorgung.

Die Mittel des Fonds werden gemäß § 2 Abs. 1 des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfondsgesetzes 1987 durch Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt und aus den Eingängen an Wohnbauförderungsmitteln, durch Zuwendungen aus Landesmitteln sowie durch Rückzahlungen von gewährten Darlehen, durch Zinsen von gewährten Darlehen, durch Aufnahme von Anleihen, Darlehen und Krediten sowie durch sonstige Zuwendungen aufgebracht.

Titel 187 Umweltbundesamt

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Einnahmen
1987	34,0	84,4	118,4	0,1
1988	48,8	114,1	162,9	0,4
1989	47,5	88,0	135,5	0,1

Aufgaben

Das Umweltbundesamt hat Aufgaben durch fachwissenschaftliche Arbeiten, Vermittlung der Arbeitsergebnisse, Erstellung von Gutachten und Erarbeitung von Stellungnahmen zu Anregungen und Beschwerden Umweltinteressen zu wahren.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Hier wurde die erforderliche Ausstattung zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages vorgesehen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz sind neben der Familienbeihilfe und Geburtenbeihilfe für die Bediensteten des Umweltbundesamtes für die Vergebührung von Mietverträgen und Vertragsgebühren für EDV-Einrichtungen vorzusorgen.

Aufwendungen

Betriebsaufwendungen, insbesondere die Aufwendungen für die Unterbringung des Umweltbundesamtes in Wien und seiner Zweigstellen in Salzburg und Klagenfurt.

¹⁾ Bis zum BVA 1987 als Titel 182 veranschlagt gewesen.

Kapitel 20 — Titel 200

133

Kapitel 20 Äußeres

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 78/1987, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt B.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	496,1	1 611,2	2 107,3	159,0
1988	494,4	1 732,1	2 226,5	229,7
1989	506,6	1 847,4	2 354,0	174,2

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 200 Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten obliegen die Angelegenheiten der Außenpolitik in allen Bereichen der staatlichen Vollziehung.

Gesetzliche Grundlagen

Das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten wurde mit Bundesgesetz BGBl. Nr. 172/1959 als selbständiges Bundesministerium errichtet.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	185,0	469,4	654,4	16,0
1988	186,2	432,5	618,7	61,6
1989	191,3	437,2	628,5	60,9

Unterschiede gegen Vorjahre

Der Unterschied im Jahre 1989 ist auf den Ausbau der Telekommunikationsanlagen und eine entsprechende Vorsorge für die Kosten im Zusammenhang mit dem EUREKA — Vorsitz zurückzuführen.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Im Rahmen des Ausbaues der Telekommunikation ist für 1989 die Anschaffung der für die Erhöhung der Kapazität der Zentrale notwendigen Geräte vorgesehen.

Förderungen

Die vorgesehenen Förderungen umfassen einerseits freiwillige Beiträge an internationale Organisationen und andererseits Subventionen an Institutionen, die es dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten ermöglichen, auch außerhalb des Rahmens des Ministeriums aktuelle Fragen der internationalen Politik zu diskutieren bzw. deren Tätigkeiten im Interesse des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten liegen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Neben den Familien- und Geburtenbeihilfen sind hier die Pflichtbeiträge Österreichs an internationale Organisationen veranschlagt.

Die Mitgliedschaft Österreichs bei internationalen Organisationen und die Höhe der Beitragszahlungen sind aus dem Teilheft (Postenverzeichnis bei den Voranschlagsansätzen 1/20036 und 1/20037) bzw. aus der Beilage P zum Amtsbehef ersichtlich. Die Unterschiede des Bedarfs sind auf die Neufestsetzung einzelner Beitragszahlungen und auf Kursschwankungen zurückzuführen.

Einnahmen

Die Einnahmen resultieren hauptsächlich aus den Transportspesenersätzen und den Kostenersätzen für das KSZE-Folgetreffen.

Titel 201 Vertretungsbehörden

Dienststellen im Ausland

Derzeit bestehen 91 effektive Vertretungsbehörden im Ausland, und zwar 69 diplomatische, 17 konsularische und 5 Dienststellen besonderer Art.

Diplomatische Vertretungsbehörden

Die bereits bestehenden diplomatischen Vertretungsbehörden sind in folgenden Orten eingerichtet: Abidjan, Addis Abeba, Algier, Amman, Ankara, Athen, Bagdad, Bangkok, Beirut, Belgrad, Berlin, Bern, Bogotá, Bonn, Brasilia, Brüssel, Budapest, Buenos Aires, Bukarest, Canberra, Caracas, Dakar, Damaskus, New Delhi, Den Haag, Dublin, Harare, Havanna, Helsinki, Islamabad, Jakarta, Kabul, Kairo, Kinshasa, Kopenhagen, Kuala Lumpur, Kuwait, Lagos, Lima, Lissabon, London, Luxemburg, Madrid, Manila, Mexiko, Moskau, Nairobi, Oman, Oslo, Ottawa, Paris, Peking, Prag, Pretoria, Rabat, Riyadh, Rom, Santiago de Chile, Seoul, Sofia, Stockholm, Teheran, Tel Aviv, Tokio, Tripolis, Tunis, Vatikan, Warschau und Washington.

In New York besteht die Österreichische Vertretung bei den Vereinten Nationen, in Straßburg die Ständige Vertretung Österreichs beim Europarat, in Genf die Ständige Vertretung Österreichs beim Büro der Vereinten Nationen und bei den Spezialorganisationen, in Berlin eine Österreichische Delegation und in Brüssel die Österreichische Mission bei den Europäischen Gemeinschaften.

Ferner ist zur Wahrung der Interessen der ČSSR, Jugoslawiens und Bulgariens gegenüber Israel durch Österreich bei der Österreichischen Botschaft in Tel Aviv ein Schutzmachtbüro eingerichtet. Ein weiteres Schutzmachtbüro zur Wahrung der Interessen Bulgariens und Ungarns besteht bei der Österreichischen Botschaft in Santiago de Chile.

Konsularische Vertretungsbehörden

Effektive konsularische Vertretungsbehörden im Ausland bestehen in Agram, Chicago, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hongkong, Istanbul, Laibach, Los Angeles, Mailand, München, New York, Preßburg, Rio de Janeiro, Straßburg, Triest und Zürich.

Außerdem werden 1989 etwa 180 Honorarkonsulate amtieren.

In New York besteht ferner ein österreichischer Informationsdienst.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1987	284,6	666,9	951,7	40,7
1988	279,0	754,1	1 033,1	51,9
1989	287,2	732,7	1 019,9	43,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung bei den Sachausgaben beruht auf einer Umschichtung von Voranschlagsbeträgen für Anlagen zugunsten der Kulturinstitute.

Ausgaben 1989

Anlagen

Der veranschlagte Betrag ist zum überwiegenden Teil für den Erwerb von Gebäuden und die Errichtung von Neubauten (Amtsgebäuden und Residenzen) sowie für die Instandsetzung von bundes-

Kapitel 20 — Titel 202 und 203

135

eigenen Gebäuden im Ausland vorgesehen. Weiters ist der Ankauf von ADV-Anlagen und der Ausbau der Telekommunikation vorgesehen.

Förderungen

Die hier veranschlagten 4,200 Millionen Schilling sind ausschließlich für Auslandsösterreicher, davon 3,600 Millionen Schilling als Bundesbeitrag an dem gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 381/1967 errichteten „Fonds zur Unterstützung österreichischer Staatsbürger im Ausland“ und 600 000 S für sonstige Unterstützungen bestimmt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Neben Familien- und Geburtenbeihilfen sind hier die Kosten für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG veranschlagt.

Aufwendungen

Außer den Kosten für den eigentlichen Verwaltungsaufwand sind hier auch die Bezüge für die in das Ausland entsendeten Bediensteten veranschlagt. Weiters ist für die Instandhaltung von bundeseigenen und angemieteten Gebäuden sowie für die Kosten für bauliche und sonstige Sicherheitsmaßnahmen bei den Vertretungsbehörden entsprechend vorgesorgt.

Einnahmen

Die Einnahmen stammen größtenteils aus den Miet- und Pachtzinsersätzen und den Kursdifferenzen aus Fremdwährungsgebarung.

Konsulargebühren

Die Konsulargebühren werden gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 380/1967 (Durchführungsverordnungen hiezu BGBl. Nr. 40, 106/1968, 137/1968, 222/1969, 481/1971, 553/1979 und 295/1981) erhoben, in Stempelmarken entrichtet und endgültig bei Kapitel 52 „Öffentliche Abgaben“ verrechnet.

Titel 202 Diplomatische Akademie

Die Diplomatische Akademie wurde im Jahre 1964 errichtet und im Konsulartrakt des Theresianums, Wien IV., Favoritenstraße 15, untergebracht. Ihre gesetzliche Grundlage und ihr Aufgabengebiet ergeben sich aus dem Bundesgesetz BGBl. Nr. 135/1979.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
		Millionen	Schilling	
1987	7,0	5,3	12,3	1,9
1988	7,3	5,4	12,7	2,8
1989	6,5	5,3	11,8	2,5

Titel 203 Österreichische Kulturinstitute

Die derzeit bestehenden zehn Kulturinstitute sind in folgenden Orten eingerichtet: Agram, Budapest, Istanbul, Kairo, London, New York, Paris, Rom, Teheran und Warschau.

Kulturabkommen

Mit folgenden Staaten bestehen Abkommen auf den Gebieten der Kultur, des Bildungswesens und der Wissenschaften: Ägypten (BGBl. Nr. 435/1973), Belgien (BGBl. Nr. 35/1953), Bulgarien (BGBl. Nr. 340/1974), ČSSR (BGBl. Nr. 586/1978), DDR (BGBl. Nr. 237/1979), Finnland (BGBl. Nr. 213/1979), Frankreich (BGBl. Nr. 220/1947), Großbritannien (BGBl. Nr. 60/1953), Indonesien (BGBl. Nr. 271/1976), Italien (BGBl. Nr. 270/1954), Jugoslawien (BGBl. Nr. 436/1973), Luxemburg (BGBl. Nr. 372/1972), Mexiko (BGBl. Nr. 611/1975), Norwegen (BGBl. Nr. 131/1973), Polen (BGBl. Nr. 434/1973), Portugal (BGBl. Nr. 230/1984), Rumänien (BGBl. Nr. 140/1973), Spanien (BGBl. Nr. 480/1976), UdSSR (BGBl. Nr. 319/1969), Ungarn (BGBl. Nr. 519/1977).

Aus diesen Abkommen erwachsen Ausgaben nur für die innerstaatliche Durchführung, die jedoch in die Kompetenz des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport bzw. Bundesministeriums

136

Kapitel 20 — Titel 204 und 205

für Wissenschaft und Forschung fallen und daher bei diesen Ressorts veranschlagt sind (siehe Paragraph 1306 und Voranschlagsansatz 1/14108).

Notenwechsel über kulturelle Zusammenarbeit bestehen mit: Albanien, Argentinien und der Mongolei.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	19,5	34,4	53,9	1,5
1988	21,9	43,4	65,3	1,8
1989	21,6	62,7	84,4	1,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Der Unterschied bei den Sachausgaben ergibt sich vor allem durch eine Vorsorge für den Neubau von Kulturinstitutsgebäuden.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Vorgesorgt ist für den Abschluß der Instandsetzungsarbeiten am Kulturinstitut Rom sowie für den Neubau von Institutsgebäuden in Warschau und New York.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Neben Familien- und Geburtenbeihilfen sind hier die Kosten für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG veranschlagt.

Aufwendungen

Außer den Kosten für den eigentlichen Verwaltungsaufwand sind hier auch die Bezüge für die in das Ausland entsendeten Bediensteten veranschlagt.

Einnahmen

Die Einnahmen stammen größtenteils aus den Miet- und Pachtzinsersätzen, Heimbeiträgen sowie aus Kursdifferenzen aus Fremdwährungsgebarung.

Titel 204 Kulturelle Veranstaltungen

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1987	41,9	4,9
1988	31,3	5,5
1989	24,1	5,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung der Ausgaben ist vor allem auf den Wegfall der Kosten für die Durchführung der EUROPALIA 87 zurückzuführen.

Einnahmen

Die Einnahmen stammen aus Kursbeiträgen.

Titel 205 Entwicklungshilfe

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1987	393,3	94,0
1988	465,3	106,1
1989	585,3	60,6

Kapitel 20 — Titel 205

137

Die hier für Investitionsdarlehen und die Programm- und Projektförderung veranschlagten Förderungsmittel von zusammen 584,6 Millionen Schilling können vom Bund unter Bedachtnahme auf das der Bundesregierung jährlich vorzulegende Entwicklungshilfeprogramm gewährt werden (BGBl. Nr. 474/1974).

Die Programm- und Projektförderung umfaßt Vorhaben, die der wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Entwicklung der Entwicklungsländer dienen. Den Erfordernissen der Entwicklungsländer entsprechend werden die Mittel überwiegend für Vorhaben der Bildung und Ausbildung verwendet.

Außerdem ist ein Betrag von 300 000 S als Beitrag Österreichs zum UNCDF ¹⁾ und ein solcher von 350 000 S als Beitrag zum Club du Sahel veranschlagt.

¹⁾ UN Capital Development Fund (Kapitalentwicklungshilfe-Fonds der Vereinten Nationen).

Kapitel 30 Justiz

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Justiz gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 78/1987, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt G.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	3 688,8	1 980,6	5 669,4	3 080,6
1988	3 652,4	1 989,7	5 642,1	3 225,9
1989	3 765,5	2 028,6	5 794,1	3 368,0

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 300 Bundesministerium für Justiz

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Justiz obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Zivil- und Strafrechtspflege.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	104,8	63,9	168,7	24,6
1988	104,4	67,6	172,0	25,8
1989	105,5	75,8	181,3	22,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung des Aufwandes im Jahre 1989 ist vor allem auf den weiteren Ausbau der Vereinssachwalterschaft zurückzuführen.

Ausgaben 1989

Förderungen

Hervorzuheben ist die Förderung von Vereinen für Sachwalterschaft, mit denen eine neue Organisationsform für die rechtliche Betreuung psychisch Kranker und Behinderter geschaffen wurde. Aufgabe dieser Vereine ist es, geeignete Sachwalter für behinderte Personen auszubilden und zur Verfügung zu stellen.

Als weitere Förderungen sind Subventionen für das Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie, den XIV. Internationalen Strafrechtskongreß und Vereine, deren Tätigkeit im Interesse des Justizressorts liegt, veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Neben Familien- und Geburtenbeihilfen sind hier die öffentlichen Abgaben zu veranschlagen.

Titel 301 Oberster Gerichtshof und Generalprokuratur

Gesetzliche Grundlage

Oberster Gerichtshof, BGBl. Nr. 328/1968, Staatsanwaltschaftsgesetz, BGBl. Nr. 164/1986 und Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 16. Juni 1986 zur Durchführung des Staatsanwaltschaftsgesetzes (DV — StAG).

Kapitel 30 — Titel 302

139

Aufgaben

Der Oberste Gerichtshof ist oberste Instanz in Zivil- und Strafrechtssachen (Art. 92 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz). Ihm obliegt auch die Erstattung von Besetzungsvorschlägen anlässlich der Ernennung von Richtern. Weiters sind beim Obersten Gerichtshof die Oberste Rückstellungskommission, das Kartellobergericht und die Oberste Berufungs- und Disziplinarkommission für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter eingerichtet.

Der Generalprokurator beim Obersten Gerichtshof obliegt die Mitwirkung bei der Erledigung von Rechtsmitteln in Strafrechtsfällen durch den Obersten Gerichtshof, die Erhebung von Nichtigkeitsbeschwerden zur Wahrung des Gesetzes sowie die Mitwirkung bei der Tätigkeit der Obersten Berufungs- und Disziplinarkommission für Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	81,3	8,0	89,3	0,4
1988	82,0	7,6	89,6	0,3
1989	85,9	8,6	94,5	0,7

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung des Aufwandes im Jahre 1989 ist auf die Bezugsregelung der Richter und Staatsanwälte sowie auf die Kosten der Reinigung der Amtsräume durch ein privates Unternehmen zurückzuführen.

Titel 302 Justizbehörden in den Ländern**Gesetzliche Grundlagen**

- Gerichtsorganisationsgesetz, RGBl. Nr. 217/1896, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 290/1988;
- Staatsanwaltschaftsgesetz, BGBl. Nr. 164/1986 und Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 16. Juni 1986 zur Durchführung des Staatsanwaltschaftsgesetzes (DV — StAG);
- Richterdienstgesetz, BGBl. Nr. 305/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 288/1988;
- Gerichtsgebührengesetz (GGG), BGBl. Nr. 501/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 646/1987;
- Gebühren für Verwahrnisse der gerichtlichen Verwahrungsabteilungen, BGBl. Nr. 182/1962;
- Gerichtskostenmarkenverordnung 1985, BGBl. Nr. 535/1984;
- Gebührenanspruchsgesetz 1975, BGBl. Nr. 136/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 333/1982;
- Vollzugs- und Wegegebührengesetz, BGBl. Nr. 413/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 653/1982;
- Gerichtliches Einbringungsgesetz 1962, BGBl. Nr. 288, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 646/1987;
- Pauschalvergütung an den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag, BGBl. Nr. 570/1973 und § 47 RAO, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 524/1987 sowie durch Verordnung BGBl. Nr. 560/1983;
- Mediengesetz, BGBl. Nr. 314/1981;
- Strafrechtliches Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 270/1969;
- Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 18. Juli 1968 über das Anbringen von Freistempelabdrucken zur Entrichtung von Gerichtsgebühren, BGBl. Nr. 315/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 136/1985;
- Bundesgesetz über die Sachwalterschaft für behinderte Personen, BGBl. Nr. 136/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 486/1983;
- Bundesgesetz vom 7. März 1985 über die Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit (Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz — ASGG), BGBl. Nr. 104/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 617/1987.

Aufgaben

Den Justizbehörden in den Ländern obliegt die Rechtsprechung in Zivil- und Strafsachen, die Erstattung von Besetzungsvorschlägen anlässlich der Ernennung von Richtern sowie die Erledigung der in ihren Bereich fallenden Justizverwaltungsangelegenheiten.

Organisation

Die Justizbehörden in den Ländern umfassen:

- 4 Oberlandesgerichte;
- 4 Oberstaatsanwaltschaften;
- 21 Gerichtshöfe I. Instanz;
- 17 Staatsanwaltschaften;
- 205 Bezirksgerichte.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	2 351,7	1 372,6	3 724,3	2 961,9
1988	2 316,0	1 376,5	3 692,5	3 095,0
1989	2 421,5	1 428,4	3 849,9	3 241,7

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung des Aufwandes im Jahre 1989 ist auf die Bezugsregelung der Richter und Staatsanwälte sowie auf die Entschädigungen gemäß Gebührenanspruchsgesetz, die Bezugszahlungen an Eignungsausbildungsteilnehmer und Rechtspraktikanten, die Aufwandsentschädigungen für Richter und Staatsanwälte, die Leistungen der Post und die Inlandreisen zurückzuführen.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Bei diesem Voranschlagsansatz ist für die Weiterführung der ADV-Projekte Grundbuch, Mahnverfahren, Jutext und Judok vorzusorgen. Weiters ist die Einrichtung von Gerichtsneubauten und general-sanierten Gerichtsgebäuden durchzuführen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz sind insbesondere die Entschädigungen gemäß Gebührenanspruchsgesetz, die Bezugszahlungen an Eignungsausbildungsteilnehmer und Rechtspraktikanten als auch die erhöhte Pauschalvergütung an den österreichischen Rechtsanwaltskammertag zu verrechnen.

Aufwendungen

Mehrausgaben durch die Aufwendungen für Richter und Staatsanwälte, weiters für Leistungen der Post und Inlandreisen.

Einnahmen

Die Erhöhung der Einnahmen ist auf ein erwartetes Ansteigen der Gebühren und Ersätze in Rechtssachen sowie auf Ersätze der Sozialversicherungsträger gemäß § 93 ASGG zurückzuführen.

Titel 303 Justizanstalten**Gesetzliche Grundlagen**

- Strafrechtsänderungsgesetz, BGBl. Nr. 605/1987;
- Strafvollzugsgesetz, BGBl. Nr. 144/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987;
- Strafgesetzbuch, BGBl. Nr. 60/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987;
- Jugendgerichtsgesetz, BGBl. Nr. 278/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 403/1977;
- Strafprozeßordnung 1975, BGBl. Nr. 631, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987;

Kapitel 30 — Titel 303

141

Strafrechtsanpassungsgesetz, BGBl. Nr. 422/1974;

Strafvollzugsanpassungsgesetz, BGBl. Nr. 424/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987.

Aufgaben

Den Justizanstalten obliegt der Vollzug von Untersuchungs- und Strafhaft sowie die Unterbringung nach §§ 21 bis 23 StGB.

In den Werkstätten, Ökonomien und Wirtschaftsbetrieben werden die Gefangenen mit nützlicher Arbeit beschäftigt. Überdies erhalten sie eine Berufsausbildung, um sich nach ihrer Entlassung wieder leichter in ein geordnetes Berufsleben einfügen zu können. Eine ganz besondere Sorgfalt wird der Berufsausbildung der Jugendlichen zugewendet.

Der Justizwachsule obliegt die Ausbildung des Justizwache- und Erziehungspersonals.

Organisation

Derzeit werden folgende Justizanstalten betrieben:

- 18 Gerichtshofgefängnisse mit 11 Außenstellen;
- 7 Strafvollzugsanstalten mit 7 Außenstellen;
- 1 Sonderanstalt für männliche Jugendliche;
- 1 Justizanstalt für die Unterbringung nach § 21 Abs. 1 StGB;
- 1 Justizanstalt nach § 21 Abs. 2 StGB mit einer Außenstelle;
- 1 Sonderanstalt für die Unterbringung nach § 22 StGB mit einer Außenstelle;
- 1 Justizanstalt für die Unterbringung nach § 23 StGB.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	1 076,8	466,1	1 542,9	93,6
1988	1 076,2	468,6	1 544,8	104,8
1989	1 072,3	442,9	1 515,2	103,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Der geringere Aufwand im Jahre 1989 ist auf Planstellenverminderungen und auf den Rückgang des Häftlingsstandes zurückzuführen.

Bei den Sachausgaben sind die Bestimmungen des Strafvollzugsgesetzes, des Strafgesetzbuches und des Strafvollzugsanpassungsgesetzes berücksichtigt, die neue Anstalten und Verbesserungen im Strafvollzug vorsehen. Besondere Aufwendungen sind für die Anstalten nach §§ 21 bis 23 StGB und die fortzusetzende Verbesserung der Sicherheitsvorkehrungen in den Justizanstalten erforderlich.

Ausgaben 1989**Förderungen**

Unter den Förderungen sind hauptsächlich Subventionen für Vereinigungen veranschlagt, die eine Nachbetreuung von Haftentlassenen durchführen.

Massafonds der Justizwache

Dem Massafonds der Justizwache obliegt die leihweise Beistellung von Dienstkleidern an die dem Dienstzweig „Justizwache und Dienst der Jugenderzieher“ zugehörigen Bediensteten nach Maßgabe der vom Ministerrat in der Sitzung am 6. Dezember 1949 hierüber beschlossenen Massavorschrift.

Dem Fonds werden im Jahre 1989 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale usw.)	11,1
Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verausgabt werden:	
Beschaffung von Massasorten	11,0
Fondsaufwand	0,1
Zusammen ...	11,1

Verpflegstage

Die Anzahl der Verpflegstage in den Justizanstalten beträgt:

	Gefangene und Untergebrachte
1987	2 747 006
1988	2 900 000
1989	2 600 000

Titel 305 Bewährungshilfe**Gesetzliche Grundlagen**

Bewährungshilfegesetz, BGBl. Nr. 146/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987;
 Jugendgerichtsgesetz, BGBl. Nr. 278/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 403/1977;
 Strafbuch, BGBl. Nr. 60/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987;
 Strafvollzugsanpassungsgesetz, BGBl. Nr. 424/1974, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987;
 Strafprozeßordnung 1975, BGBl. Nr. 631, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 605/1987.

Aufgaben

Den Bewährungshelfern obliegt die Betreuung Entlassener und bedingt Verurteilter, um sie vor Rückfall zu bewahren.

Organisation

Gemäß § 24 Abs. 1 des Bewährungshilfegesetzes werden die Aufgaben der Bewährungshilfe — außer in der Steiermark — von einer privaten Vereinigung besorgt. Die Geschäftsstellen Graz und Leoben mit den Außenstellen Graz und Judenburg werden als Dienststellen des Bundes geführt.

Das Bewährungshilfegesetz sieht am Sitze jedes in Strafsachen tätigen Gerichtshofes I. Instanz die Errichtung einer Dienststelle für Bewährungshilfe vor. Dem Auftrag des Gesetzgebers folgend, wurden diese Geschäftsstellen für Bewährungshilfe errichtet. Neben den Geschäftsstellen wurden bisher in Wien acht, im Bereich der Geschäftsstellen für Bewährungshilfe Eisenstadt und Feldkirch je eine Außenstelle, im Bereich der Geschäftsstelle Salzburg zwei und in den Sprengeln der Geschäftsstellen für Bewährungshilfe Innsbruck und Klagenfurt je drei Außenstellen eröffnet.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen	Millionen	Schilling	
1987	74,2	70,0	144,2	0,1
1988	73,8	69,4	143,2	0,1
1989	80,3	72,9	153,2	0,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung des Aufwandes im Jahre 1989 ist vor allem auf Planstellenvermehrungen, auf Mehrausgaben für die Zentralstellen für Haftentlassenenhilfe und auf zusätzliche Ausgaben auf Grund des Strafrechtsänderungsgesetzes zurückzuführen, das eine erheblich größere Zahl bedingter Entlassungen mit Bewährungshilfe mit sich gebracht hat.

Konjunkturausgleich-Voranschlag

	Millionen Schilling
Stabilisierungsquote	24,0
Konjunkturbelebungsquote	12,0

Für die allfällige Anschaffung von Büromaschinen und von Einrichtungsgegenständen für die Gerichte wird vorgesorgt. Bei den Anlagen der Justizanstalten ist die Ausstattung von Wirtschaftsbetrieben, Werkstätten und Lehrwerkstätten mit verschiedenen Maschinen notwendig. Weiters wird für die Fortsetzung und Verbesserung der Sicherheitseinrichtungen und die Ausstattung mit Amts- und Anstaltsausstattungsgegenständen vorzusorgen sein.

Kapitel 40 — Titel 400

143

Kapitel 40 Militärische Angelegenheiten

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 78/1987, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt H.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1987	6 136,7	10 835,6	16 972,3	520,3
1988	6 223,9	10 468,2	16 692,1	521,6
1989	6 277,8	10 983,0	17 260,8	531,3

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 400 Bundesministerium für Landesverteidigung**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für Landesverteidigung obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Landesverteidigung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1987	495,8	171,7	667,6	104,8
1988	499,9	158,6	658,5	105,7
1989	511,6	153,7	665,3	105,9

Unterschiede gegen Vorjahre

Während beim VA-Ansatz 1/40003 ein geringerer Betrag veranschlagt wurde, weil die Beschaffung von EDV-Geräten und Amtseinrichtung teilweise zurückgestellt wurde, wird beim VA-Ansatz 1/40008 versucht, mit dem gleichen — wie im Jahre 1988 — zur Verfügung stehenden Betrag das Auslangen zu finden.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Bei diesem Voranschlagsansatz werden die Kosten für die Anschaffung von EDV-Geräten, Kraftfahrzeugen und sonstiger Amtsausstattung der Zentralstelle verrechnet. Auch die Kosten für die Ausstattung der Räumlichkeiten der im Ausland eingesetzten österreichischen Militärattachés werden hier veranschlagt.

Bezugsvorschüsse

An Bezugsvorschüssen werden für aktive Bundesbedienstete im Jahre 1989 24,812 Millionen Schilling (1988 24,812 Millionen Schilling) bereitgestellt. Hievon werden 6,382 Millionen Schilling für Bezugsvorschüsse für Wohnbauzwecke aufgewendet.

Förderungen

Die Mittel für „Förderungen“ sind für Soldatenvereinigungen, zur Förderung der Körperertüchtigung im Rahmen von Heeressportvereinigungen und zur Unterstützung von Vereinigungen bestimmt, deren Zweck auf dem Gebiet der umfassenden Landesverteidigung liegt.

Die bei der Voranschlagspost 7666 zweckgebunden veranschlagten Mittel kommen den „Vereinigten altösterreichischen Militärstiftungen“ zugute. Die korrespondierenden Einnahmen aus Geldbußen und Geldstrafen sind auf der Einnahmenseite bei dem eigenen Voranschlagsansatz 2/40000 veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz sind neben den Familien- und Geburtenbeihilfen für die Angehörigen der Zentralstelle auch die Kosten für Leistungen nach § 58 B-KUVG und § 130 ASVG für Bedienstete, die im dienstlichen Auftrag im Ausland sind, veranschlagt; ebenso die Entschädigungen gem. § 6, Abs. 6, WG 1978 für die Vorsitzenden der Beschwerdekommision.

Aufwendungen

Beim Voranschlagsansatz 1/40008 werden die Aufwendungen zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes in der Zentralstelle verrechnet (Betriebsaufwand). Darüber hinaus werden auch die Kosten für die Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern sowie für die Anschaffung von geringwertiger Amtsausstattung veranschlagt.

Einnahmen 1989

Der Veranschlagung der Einnahmen wurden die bisher vorliegenden Erfolgsziffern sowie der Rechnungsabschluß 1987 zugrunde gelegt.

Zweckgebundene Einnahmen

Die Einnahmen aus Geldstrafen und Geldbußen werden gemäß § 77 Abs. 5 des Heeresdisziplingesetzes 1985, BGBl. Nr. 294, für Aufwendungen der „Vereinigten Altösterreichischen Militärstiftungen“ verwendet.

Titel 401 Heer und Heeresverwaltung**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 325/1988;

Wehrgesetz 1978, BGBl. Nr. 150, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 342/1988;

Heeresdisziplingesetz 1985, BGBl. Nr. 294, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 342/1988;

Heeresgebührengesetz 1985, BGBl. Nr. 87, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 342/1988;

Bundesverfassungsgesetz über die Entsendung österreichischer Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen, BGBl. Nr. 173/1965;

Bundesgesetz über die Entsendung von Angehörigen des Bundesheeres zur Hilfeleistung in das Ausland, BGBl. Nr. 233/1965¹⁾, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 73/1986;

Auslandseinsatzzulagengesetz, BGBl. Nr. 375/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 305/1975;

Bundesgesetz über militärische Munitionslager, BGBl. Nr. 197/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 265/1972;

Militärleistungsgesetz, BGBl. Nr. 174/1968;

Beamten-Dienstrechtsgesetz, BGBl. Nr. 333, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 287/1988;

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 283/1988;

Bauern-Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 559/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 283/1988;

Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 283/1988;

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 560/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 283/1988;

Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz, BGBl. Nr. 154/1956, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 617/1987;

Luftfahrtgesetz, BGBl. Nr. 253/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 238/1975;

Kraftfahrzeuggesetz 1967, BGBl. Nr. 267, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 375/1988;

Kapitel 40 — Titel 401

145

Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetz 1962, BGBl. Nr. 146, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 388/1977;

Kärntner Kreuz-Zulagengesetz 1970, BGBl. Nr. 194, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 14/1975;

Bundesgesetz über das Bundesheerdienstzeichen, BGBl. Nr. 202/1963, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 577/1983;

Bundesgesetz über die Wehrdienststerinnerungsmedaille, BGBl. Nr. 203/1963, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 422/1974;

Verwundetenmedaillengesetz, BGBl. Nr. 371/1975.

Aufgaben

Vorbereitung und Vollzug der dem Bundesheer gemäß Artikel 79 B-VG obliegenden Aufgaben.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	5 594,0	10 516,0	16 110,0	251,1
1988	5 672,9	10 153,9	15 826,8	247,2
1989	5 715,1	10 673,7	16 388,8	253,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Während beim VA-Ansatz 1/40103 ein geringerer Betrag veranschlagt wurde, weil bei den Grundkäufen ein strengerer Maßstab anzulegen ist, sind bei den Aufwendungen für gesetzliche Verpflichtungen Mehrausgaben wegen der Kostensteigerungen bei den Fahrtkostenvergütungen und der erforderlichen Aufwendungen für die Zeitsoldaten veranschlagt.

Mit den Voranschlagsbeträgen bei den Ermessensausgaben ist ein eingeschränkter Betrieb sichergestellt und für die dringendsten Ersatzbeschaffungen vorgesorgt.

Ausgaben 1989**Liegenschaftsankäufe**

Der bei diesem Voranschlagsansatz veranschlagte Ausgabenbetrag ist zum Erwerb von Schieß- und Übungsplätzen sowie zur Arrondierung und Erweiterung bestehender Übungsplätze vorgesehen. Weiters werden hier auch die Kosten für Servitutsrechte und Grundstückstauschvorhaben verrechnet.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz werden vor allem die Ausgaben für die Ansprüche der Wehrpflichtigen nach dem Heeresgebührengesetz verrechnet. Dazu gehören: Heilungskosten für Wehrpflichtige, Taggeld, Dienstgradzulage, Ergänzungsbeitrag für Wasch- und Putzzeug, Fahrtkostenvergütungen, Monatsprämie, Entschädigung für Waffenübungen und freiwillige Waffenübungen, sowie das Entgelt für den Zeitsoldaten. Neben den Versicherungsleistungen für Versicherte, die im dienstlichen Auftrag im Ausland sind, werden für die Familienangehörigen jedes im ordentlichen oder außerordentlichen Präsenzdienst stehenden Versicherten Krankenfürsorgekosten gem. § 56 a ASVG bezahlt.

Zu den Ausgaben bei diesem Voranschlagsansatz zählen weiters: Familienbeihilfen, Kinderbeihilfen, Ausgaben an öffentlichen Abgaben, Begräbniskosten, Kosten für die berufliche Bildung von Wehrpflichtigen, Versicherungsleistungen für Wehrpflichtige, Geldleistungen für Soldaten des Reservestandes, die gemäß Bundesverfassungsgesetz, BGBl. Nr. 173/1965 beim UN-Sicherheitsbataillon im Nahen Osten und in Cypern bzw. bei der österreichischen UN-Beobachtungstruppe Dienst versehen, Zulagen nach dem Tapferkeitsmedaillen-Zulagengesetz 1962, BGBl. Nr. 146, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 388/1977 sowie Kärntner Kreuzzulagen nach dem Kärntner Kreuzzulagengesetz 1970, BGBl. Nr. 194, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 14/1975.

Aufwendungen

Der Veranschlagung der Ausgabenbeträge für Aufwendungen liegen folgende Vorhaben zugrunde:

1. Eingeschränkte Bereitstellung der materiellen Ausrüstung des Bundesheeres im für die Ausstattung der erreichten Heeresgliederung unbedingt erforderlichen Umfang,

2. Aufrechterhaltung eines eingeschränkten Betriebes des Bundesheeres und Instandhaltung bzw. Instandsetzung des vorhandenen Gerätes,
3. Aufrechterhaltung der Ausbildung der Wehrpflichtigen und Weiterbildung des Kadets unter Verzicht auf größere Übungen,
4. Eingeschränkte Weiterführung der Modernisierung der Ausrüstung des Bundesheeres und
5. Berücksichtigung jener Erfordernisse, die der Erhaltung der Infrastruktur dienen.

Bereitstellung der für die Substanzerhaltung der erreichten Heeresgliederung erforderlichen Ausrüstung

Mit diesem VA-Ansatz soll nach Möglichkeit die Aufrechterhaltung der erreichten Heeresgliederung erzielt werden. Die Beschaffung der demzufolge erforderlichen Ausrüstung erfolgt unter Zugrundelegung des 10jährigen Investitionsprogrammes, welches die Beschaffung der erforderlichen Ausrüstung nach Art, Menge und Priorität regelt. Gemäß dieser Planung liegt das Schwergewicht der Beschaffung im Bereich der für die Erhaltung der Kampfkraft der Landwehr erforderlichen Grundausrüstung. Zur Abdeckung dieser Grundausrüstung liegen die Schwergewichte der Aufwendungen im Budgetjahr 1989 bei der Beschaffung von einer anteiligen Jahresrate von

- Granatwerfern und Gefechtsfeldlenk Waffen
- Sanitätsgerät
- Kraftfahrzeugen
- Fernmeldegerät.

Im Bereich der Heeresmotorisierung dienen die vorgesehenen Beschaffungen von Spezialfahrzeugen für die Sanitätsversorgung und für die Fernmeldetruppe vor allem dem Ersatz von Gerät, für welches auf Grund seines Alters bereits nicht mehr tragbare Aufwendungen für die Instandsetzung anfallen.

Auf dem Fernmeldesektor wird vor allem auf die Ausstattungsergänzung mit Fernsprengerät Bedacht genommen. Darüber hinaus ist die Beschaffung von modernen Kurzwellen- Funkgeräten, Richtverbindungsgeräten und Knotenvermittlungen als Ersatz für veraltetes Gerät im Bereich vor allem der mittleren Führung vorgesehen.

Im Bereich der Luftstreitkräfte sind Mittel insbesondere für Infrastruktur und Betrieb der Luftraumüberwachungsflugzeuge, welche die in Friedens- und Krisenzeiten bedeutsame Wahrung der Lufthoheit in effizienterem Maße als bisher sicherstellen sollen, vorgesehen.

Aufrechterhaltung des Betriebes des Bundesheeres

Darunter werden jene Ausgabenbeträge verstanden, die der Verpflegung und der Ausbildung der Wehrpflichtigen sowie der Materialerhaltung (Instandsetzung und Instandhaltung) des eingeführten Gerätes dienen.

Die für die Ausbildung aufgewendeten Mittel bedecken das in der Ausbildung sowie zur Erhaltung von Gerät und Anlagen erforderliche Material, sowie nicht zuletzt die für die Absolvierung der Schießprogramme erforderliche Munition.

Die Ausgaben für die Materialerhaltung dienen der Beschaffung erforderlicher Ersatzteile, Geräte und Werkzeuge.

Der weitere Ausbau der Datenverarbeitung dient vor allem der sparsameren Bewirtschaftung der Versorgungsgüter durch bessere Erfassung des betrieblichen Geschehens.

Die für das System Goldhaube bereitgestellten Mittel sollen hauptsächlich den Betrieb dieser Einrichtungen unter Einbindung der Luftraumüberwachungsflugzeuge sicherstellen.

Ausbildung

Die kurze Grundwehrdienstzeit erfordert eine intensive Ausbildung. Dies ist ua. durch Beschaffung von modernem Ausbildungsgerät möglich. Neben den Mitteln für den Ausbau von Schieß- und Kampfanlagen sowie audiovisuellen Geräten soll 1989 vor allem die Beschaffung von Schießsimulatoren fortgesetzt und der Bestand an Gefechtssimulatoren erweitert werden. Mit diesen Mitteln sollen nicht nur die Ausbildung gefechtsnäher gestaltet, sondern auch Einsparungen durch den verminderten Gebrauch des Einsatzgerätes erzielt werden. Die Umstellung des Ausbildungsgerätes erfolgt in mehreren Etappen; im Bundesvoranschlag 1989 sind nur anteilige Kosten berücksichtigt.

Angemessene Aufwendungen für die Milizarbeit sollen die laufende Information und Ausbildung der Milizsoldaten auch zwischen den Waffenübungen sicherstellen.

Kapitel 40 — Titel 402 und 404

147

Infrastruktur

Im Bereiche der Infrastruktur werden die vordringlichsten Baumaßnahmen für Munitionslager und für die Schieß- und Übungsplätze unter Bedachtnahme auf die Heeresorganisation durchgeführt.

Die bei den „Miet- und Pachtzinsen für Wohnzwecke“ verbuchten Mieten sind dynamisiert.

Einnahmen

Zu den laufenden Einnahmen zählen Kostenerstattungen gemäß §§ 58 und 59 B-KUVG und § 130, Abs. 3 und 4 ASVG, Veräußerungen von Anlagen, Betriebsstoffen und Verbrauchsgütern, Verpflegungsgeldsätze, Kostenersätze für Treibstoffe, Kostenersätze für Mittel zur ärztlichen Betreuung, Miet- und Pachtzinse, Vergütungen des Rechnungshofes für die durch das Heeresspital durchgeführten Dienstfähigkeitsuntersuchungen der Bediensteten des Rechnungshofes sowie Vergütungen des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesens für Landesaufnahmen durch das Bundesheer.

Auf Grund der Vereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten und den Vereinten Nationen leisten diese für die österreichischen UN-Kontingente als Kostenersatz folgende Beträge pro Mann und Monat:

UN-Bataillon Naher Osten	950 US-Dollar
für 53 Spezialisten zusätzlich	280 US-Dollar
UN-Bataillon Cypern	565 US-Dollar

Titel 402 Heer und Heeresverwaltung (zweckgebundene Gebarung)**Gesetzliche Grundlage**

Abschnitt III Par. 12 des Heeresgebührengesetzes, BGBl. Nr. 87/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 266/1985.

Aufgaben

Für den Aufenthalt von Wehrpflichtigen während der Freizeit sind Soldatenheime eingerichtet, wo auch ein diesem Verwendungszweck angemessenes Angebot an Waren für den persönlichen Bedarf bereitzustellen ist. Die Einnahmen aus dem Verkauf der Waren sind zweckgebunden zur Bestreitung der unmittelbar damit in Zusammenhang stehenden Ausgaben zu verwenden.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	130,2	130,5
1988	138,0	138,0
1989	138,1	138,1

Einnahmen

Die Einnahmen der Soldatenheime sind zur Bestreitung der unmittelbar mit den Ausgaben in Zusammenhang stehenden Aufwendungen zu verwenden.

Titel 404 Heeresgeschichtliches Museum, Militärwissenschaftliches Institut**Aufgaben**

Das Heeresgeschichtliche Museum ging aus der Sammlung des kaiserlichen Zeughauses in Wien hervor. Es wurde nach modernen Erfordernissen neu gestaltet und enthält die heereskundliche Darstellung des österreichischen Soldatentums und eine Würdigung seiner europäischen Leistung vom 17. bis zum 20. Jahrhundert. In mehreren Sälen werden bedeutsame militärische Ereignisse an Hand von kunst- und kulturgeschichtlich wertvollen Bildern, graphischen Blättern, Aquarellen, Handzeichnungen, lebensgroßen Figuren und Vitrinenobjekten mit Erinnerungsstücken und Autogrammen der Öffentlichkeit nähergebracht und dabei die Entwicklung der militärischen Bekleidung, der Bewaffnung, Ausrüstung und Organisation in sinnvollen Reihen besonders zusammengestellt.

In der Militärwissenschaftlichen Abteilung werden alle militärwissenschaftlichen Angelegenheiten, auch in Verbindung mit anderen wissenschaftlichen Institutionen, bearbeitet.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	24,2	4,7	28,9	0,9
1988	25,2	4,6	29,8	0,5
1989	25,8	4,5	30,3	0,9

Ausgaben 1989

Anlagen

Erwerb bzw. Ankauf von musealen Objekten für die Sammlung des Heeresgeschichtlichen Museums.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem Voranschlagsansatz werden nur Verwaltungsgebühren und Beiträge für das Heeresgeschichtliche Museum verrechnet.

Aufwendungen

Die Ausgaben dienen zur Bestreitung der Kosten für die Aufwendungen, die zur Aufrechterhaltung des Museumsbetriebes sowie zur Erhaltung der Sammlungsobjekte erforderlich sind.

Einnahmen

Die Einnahmen des Heeresgeschichtlichen Museums bestehen zum überwiegenden Teil aus Eintrittsgebühren.

Titel 405 Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebe

Aufgaben

Auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig wird der Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetrieb Allentsteig als betriebsähnliche Einrichtung geführt, die vorwiegend für die Erhaltung des Übungsplatzes in einem für die Benützung durch die Truppe ausreichenden Zustand zu sorgen hat.

Der landwirtschaftlichen Abteilung des Betriebes obliegt in diesem Zusammenhang die Planung und Durchführung aller einschlägigen Arbeiten auf dem Gebiete der Landwirtschaft, wie Pflanzen- und Futterbau, Düngung, Pflanzenschutz, Tierzucht usw., sowie die Rekultivierung.

Die forstwirtschaftliche Abteilung dieses Betriebes hat die Aufgabe, alle Aufforstungsmaßnahmen, den Forstschutz, die Forstpflanze, die Schädlingsbekämpfung und die Forstaufschließung durchzuführen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	22,6	13,0	35,6	32,9
1988	25,9	13,1	39,0	30,1
1989	25,2	13,1	38,3	32,8

Ausgaben 1989

Anlagen

Kfz- und Maschinenpark, EDV-Hardware und -Software sowie die Betriebsausstattung des Heeres-Land- und Forstwirtschaftsbetriebes Allentsteig werden bei diesem Voranschlagsansatz verrechnet.

Bei den Anlagen ist der Kfz- und Maschinenpark stark überaltert, sodaß Investitionen in diesem Bereich unumgänglich sind.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Neben anfallenden Bundesausgaben werden hier die Grundsteuervorschreibungen verrechnet.

Aufwendungen

Die Aufwendungen für die Aufrechterhaltung des Betriebes der Heeres-Land- und Forstwirtschaft Allentsteig werden hier verrechnet. Hierunter fallen Aufwendungen für den landwirtschaftlichen Bereich, wie Sämereien, Düngemittel usw.; ebenso die Aufwendungen im jagd- und forstwirtschaftlichen Bereich sowie für die Verwaltung und für das Transportwesen.

Das Schwergewicht bei den Aufwendungen liegt in der Erhaltung der Bausubstanz der für den Betrieb erforderlichen Wirtschaftsobjekte.

Einnahmen

Die Einnahmen des Land- und Forstwirtschaftsbetriebes Allentsteig bilden vor allem die Erträge aus der Feldwirtschaft und der Forstwirtschaft sowie Einnahmen durch die Jagd. Weitere Einnahmen bilden Miet- und Pachtzinse, Rekultivierungsmaßnahmen und Straßenbau.

Konjunkturausgleich-Voranschlag

Der Schwerpunkt der vorgesehenen Ausgaben liegt bei Beschaffungen von Kraftfahrzeug und Ausrüstungsgerät, die geeignet sind, im Falle ihrer Durchführung die österreichische Wirtschaft zu beleben.

Millionen Schilling

Stabilisierungsquote	500
Konjunkturbelebungsquote	300

Kapitel 50 Finanzverwaltung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 78/1987, insbesondere der Anlage zu § 2 Teil 1 und 2 Abschnitt E.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	6 449,7	2 916,2	9 365,9	1 415,3
1988	6 508,8	9 456,8	15 965,6	1 518,7
1989	6 597,4	5 023,3	11 620,7	993,9

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 500 Bundesministerium für Finanzen

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Finanzen obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes auf dem Gebiete der Finanzverwaltung.

Insbesondere handelt es sich dabei um:

Angelegenheiten der Finanzverfassung einschließlich des Finanzausgleiches.

Angelegenheiten der Bundesfinanzen.

Dazu gehören insbesondere auch:

Erstellung des Bundesfinanzgesetzentwurfes samt Anlagen und Führung des Bundeshaushaltes.

Angelegenheiten der öffentlichen Abgaben und Beiträge, soweit diese Abgaben und Beiträge von Abgabenbehörden des Bundes verwaltet werden.

Zollwesen einschließlich der Angelegenheiten des Dienstbetriebes der Zollwache.

Angelegenheiten des Verfahrens, der Erhebung, der Vollstreckung, des Verwaltungsstrafrechtes und des Verwaltungsstrafverfahrens auf dem Gebiete der in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen fallenden Abgaben und Beiträge.

Organisatorische Angelegenheiten der Abgaben(Zoll)verwaltung des Bundes.

Angelegenheiten des Finanzwesens einschließlich der Finanzpolitik.

Dazu gehören insbesondere auch:

Währungs-, Kredit-, Sparkassen-, Bank- und Börsenwesen.

Angelegenheiten des Kapital- und Zahlungsverkehrs.

Angelegenheiten der Vertragsversicherungsaufsicht.

Punzierungswesen.

Angelegenheiten der Österreichischen Postsparkasse.

Angelegenheiten der Wirtschaftspolitik, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fallen, unbeschadet der Zuständigkeit des Bundeskanzleramtes zur wirtschaftlichen Koordination.

Angelegenheiten staatlicher Monopole einschließlich der Errichtung und Verwaltung von Bauten und Liegenschaften des Bundes, die Zwecken der staatlichen Monopole gewidmet sind.

Angelegenheiten des Bundesvermögens, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fallen.

Kapitel 50 — Titel 500

151

Dazu gehören insbesondere:

Verfügung über Bundesvermögen.

Verwaltung des Bundesvermögens, soweit sie nicht in die Zuständigkeit eines anderen Bundesministeriums fällt.

Angelegenheiten der Staatskredite, der Staatshaftungen und der Staatsschulden.

Erfassung, Sicherung, Verwaltung und Verwertung von dem Bund verfallenen oder heimgefallenen oder herrenlosen Vermögenswerten.

Finanzielle Angelegenheiten des Erwerbes und der Verwaltung von Anteilsrechten des Bundes an Gesellschaften und an Genossenschaften, soweit sie sich unmittelbar auf den Bundeshaushalt auswirken.

Angelegenheiten der Wirtschaftstreuhand auf dem Gebiete der Beratung und Vertretung in Abgaben- und Finanzstrafsachen.

Finanzielle Kriegsschadensangelegenheiten einschließlich der Rückstellungs- und Rückgabeangelegenheiten.

Dazu gehören insbesondere auch:

Kriegs-, Besatzungs- und Kriegsfolgeschäden am österreichischen Vermögen im In- und Ausland sowie an ausländischem Vermögen in Österreich.

Angelegenheiten der finanziellen Durchführung des Staatsvertrages vom 15. Mai 1955.

Pensionsrecht öffentlich Bediensteter und finanzielle Angelegenheiten des Dienstverhältnisses öffentlich Bediensteter.

Angelegenheiten der öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Aufsicht einschließlich der Verwertung unter öffentlicher Verwaltung oder öffentlicher Aufsicht stehender Vermögensschaften.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe Millionen Schilling	Ein- nahmen
1987.....	421,1	308,1	729,2	64,5
1988.....	423,2	177,9	601,1	66,4
1989.....	432,7	262,6	695,3	72,7

Unterschiede gegen Vorjahre

Bei den Sachausgaben ist die Verringerung gegenüber dem Erfolg 1987 vor allem durch die ab dem BVA 1988 gesonderte Veranschlagung der Zahlungen für die mediale Unterstützung des Lottos und Sporttotos bedingt.

Der Mehraufwand 1989 gegenüber dem BVA 1988 resultiert vor allem aus der erstmaligen Veranschlagung der Postsparkassengebühren, aus der Vorsorge für Entschädigungszahlungen anlässlich eines Amtshaftungsfalles und aus der Vorsorge von Provisionen anlässlich der beabsichtigten Veräußerung von Bundesbeteiligungen.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Das Bundesministerium für Finanzen leistet Zahlungen an folgende internationale Institution:

Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens, Brüssel; Beitragsleistung gemäß Art. XII des BGBl. Nr. 165/1955; im Jahre 1989 1 Million Schilling (1988: 1 Million Schilling).

Weiters ist hier mit einem Betrag von 9,9 Millionen Schilling für Familien- und Geburtenbeihilfen, mit 190 000 S für öffentliche Abgaben und mit 360 000 S für Eignungsausbildungsteilnehmer vorgesorgt.

Aufwendungen

Neben den allgemeinen Verwaltungsaufwendungen sind hier die Kostenersätze an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, an das Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche und an das Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Rechenzentrum Wien für alle Arbeiten, die diese Institute im Auftrag von Bundesdienststellen leisten, veranschlagt.

Außerdem ist hier auch für die Kosten aus der Bundesvermögensverwaltung und -verwertung vorgesorgt.

Titel 501 Bundesministerium für Finanzen (Zweckaufwand)

Hier werden insbesondere der Kostenersatz für eingezogene Scheidemünzen, die Ausgaben für die mediale Unterstützung des Lottos und Totos sowie die Dienstgeberabgabe für die U-Bahn Wien veranschlagt.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1987	200,0	569,0
1988	452,1	668,0
1989	330,0	1,8

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verringerung der Ausgaben und Einnahmen gegenüber dem Vorjahr ist darauf zurückzuführen, daß das Hauptmünzamt in eine AG umgewandelt wurde und das Münzregal übernimmt.

Im einzelnen ist zu bemerken:

1/50107 Einziehung von Scheidemünzen

2/50104 Kostenersatz für eingezogene Scheidemünzen

Gesetzliche Grundlage

Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 000.

Aufgaben

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1989 bringt der Bund das Österreichische Hauptmünzamt mit sämtlichen Aktiven und Passiven im Wege einer Gesamtrechtsnachfolge in eine von der OeNB gegründete „Münze Österreich AG“ ein. Die Aktien aus der entsprechenden Kapitalerhöhung verkauft der Bund an die OeNB. Das Münzregal steht der Münze Österreich AG auf Grund des Scheidemünzengesetzes ab 1. Jänner 1989 zu.

Sammeln sich bis zum 31. Dezember 1988 ausgegebene Silbergedenkmünzen in den Kassen der Österreichischen Nationalbank und übersteigen diese Münzen einen gewissen Hundertsatz des Umlaufes, so sind diese Münzen vom Bund zurückzunehmen. Dafür sind im BVA 1989 5 Millionen Schilling in Ausgabe und 700 000 Schilling in Einnahme veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50128 Mediale Unterstützung Lotto-Toto

Hier sind die Zahlungsverpflichtungen des Bundes aus jährlichen Werkverträgen mit dem Österreichischen Rundfunk und dem Verband der Österreichischen Zeitungsherausgeber und -verleger für die generelle mediale Unterstützung des Lottos und Sporttotos budgetiert.

Ferner wurde hier für Zahlungsverpflichtungen des Bundes aus der Einbindung der Kinder-, Senioren- und Sporthilfe, des Wiener Galopprennvereines und des Wiener Trabrennvereines in die mediale Unterstützung des Lottos und Totos vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 1/50187 Dienstgeberabgabe für U-Bahn Wien

Für die im Bereiche des Landes Wien bestehenden Dienstverhältnisse ist an das Land eine Dienstgeberabgabe zu leisten.

Der Ertrag dieser zweckgebundenen Landesabgabe ist zur Errichtung einer Untergrundbahn bestimmt.

Der veranschlagte Betrag ist zur Bedeckung dieser Abgabe für sämtliche im Bundesland Wien bestehenden Bundesdienstverhältnisse mit Ausnahme der abgabepflichtigen Bundesbetriebe (Österreichische Glücksspielmonopolverwaltung, Verwertungsstelle des Österreichischen Branntweinmonopols, Österreichische Bundesforste) bestimmt.

Kapitel 50 — Titel 502

153

Voranschlagsansatz 2/50134 Amtshaftungsrückersätze

Hier ist nur ein Betrag von 50 000 S für Rückersätze (Regreßzahlungen) von ersatzpflichtigen Amtsorganen vorgesehen.

Die Veranschlagung der Entschädigungszahlungen auf Grund des Amtshaftungsgesetzes (BGBl. Nr. 20/1949 in der Fassung BGBl. Nr. 218/1956 und 38/1959) erfolgt bei den einzelnen Ressorts unter Posten 692. „Schadensvergütungen“.

Voranschlagsansatz 2/50194 Laufende Einnahmen

Die im Voranschlag 1989 vorgesehenen Beträge werden hauptsächlich aus Pönalzinsen auf Grund des Kreditwesengesetzes, BGBl. Nr. 63/1979, in der Fassung BGBl. Nr. 325/1986 erwartet.

Titel 502 Bundesministerium für Finanzen (Förderungsmaßnahmen)**Gesetzliche Grundlagen**

Hagelversicherungs-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 64/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 289/1963;

Tierversicherungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 442/1969;

Ausführfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 216/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 561/1986;

Garantiegesetz 1977, BGBl. Nr. 296/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 569/1983;

Wohnhaussanierungsgesetz, BGBl. Nr. 483/1984;

2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 321/1987;

Abschluß von Kooperationsvereinbarungen mit internationalen Finanzinstitutionen, BGBl. Nr. 294/1987.

Aufgaben

Hier werden folgende Förderungsmaßnahmen des Bundesministeriums für Finanzen veranschlagt:

Hagelversicherung, Tierversicherungsförderungsgesetz, Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen, Zuschüsse an die OeKB-AG, Zahlungen an den Innovations- und Technologiefonds, Zuschüsse an die Finanzierungsgarantie Ges. m. b.H., Bezugsvorschüsse und Sonstige Förderungen.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1987	846,8	52,7
1988	7 212,8	39,7
1989	2 571,4	45,5

Im einzelnen ist zu bemerken:

Voranschlagsansatz 1/50206 Hagelversicherung

Das Hagelversicherungs-Förderungsgesetz bestimmt, daß der Österreichischen Hagelversicherungsanstalt auf Gegenseitigkeit alljährlich aus Bundesmitteln eine Beihilfe gewährt werden kann, die ausschließlich zur Verbilligung der Hagelversicherungsprämien zu verwenden ist. Die Gewährung ist an die Beistellung von Landesmitteln in gleicher Höhe gebunden.

Der Voranschlag 1989 beträgt 29 Millionen Schilling.

Voranschlagsansatz 1/50216 Tierversicherungsförderungsgesetz

Auf Grund dieses Bundesgesetzes soll jenen Tierhaltern, für die der Verlust von Tieren existenzgefährdend ist, der Abschluß einer Tierversicherung erleichtert werden. Analog der Hagelversicherung ist vorgesehen, daß der Bund und das betreffende für den Versicherungsverein zuständige Bundesland gemeinsam eine Beihilfe für die Rückversicherungsprämie aufbringen. Um die Abwicklung zu vereinfachen,

154

Kapitel 50 — Titel 502

chen, wird die Beihilfe nicht mit den einzelnen rückversicherten Tierversicherungsvereinen abgerechnet, sondern mit dem Rückversicherungsverein der kleinen Rindvieh- und Pferdeversicherungsvereine auf Gegenseitigkeit.

Für das Jahr 1989 wurden Ausgaben in Höhe von 170 000 S veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/50226 Betreuung der Bundesbediensteten und ihrer Angehörigen

Der veranschlagte Betrag dient zur Förderung freiwilliger sozialer Einrichtungen (zB Beihilfen zur Erhaltung und zum Betrieb von Erholungsheimen und Unterstützungseinrichtungen aller Art) und des Betriebssportes für Bundesbedienstete und deren Angehörige. Die Förderung des Betriebssportes erfolgt ua. in jenen Fällen, in denen bei internationalen Veranstaltungen Sportvereinigungen öffentlich Bediensteter teilnehmen.

Voranschlagsansatz 1/50236 Zuschuß (OeKB-AG) bzw. 2/50234 Laufende Einnahmen aus Zuschüssen**Gesetzliche Grundlage**

Ausführfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 216, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 561/1986.

Aufgaben

Verminderung der Beschaffungskosten von Kreditoperationen der OeKB-AG für jeweils höchstens 150 Milliarden Schilling durch Zuschüsse. Die Zuschüsse werden im Finanzierungsverfahren der OeKB-AG verwendet.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1987	199,8	8,6
1988	328,0	—
1989	220,0	8,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verringerung des Aufwandes ist auf das günstige Zinsgefüge zurückzuführen.

Paragraph 1/5024 Zahlungen an den Innovations- und Technologiefonds**Gesetzliche Grundlagen**

2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 321/1987;

Innovations- und Technologiefondsgesetz, BGBl. Nr. 603/1987.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Schilling
1987	—	—
1988	6 350,0	0,0
1989	2 000,0	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung im Jahr 1989 ist auf die programmgemäße Dotierung des Innovations- und Technologiefonds im Jahr 1988 zurückzuführen.

Weitere Ausführungen beim Titel 511.

Voranschlagsansatz 1/50294 Zuschuß an Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H.

Auf Grund des Garantiesgesetzes in der geltenden Fassung ist die Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H. ermächtigt, Finanzierungshilfen zur Durchführung der Sanierung von Unternehmungen mit Sitz im Inland zu leisten, für welche Zwecke durch den Bund ab dem Jahre 1981 jährlich bis zu 75 Millionen Schilling nicht rückzahlbarer Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Im Zusammenhang damit wird für das Jahr 1989 mit einem Betrag von 50 Millionen Schilling vorgesorgt. Außerdem wurde für die nach § 3 des zitierten Gesetzes mögliche Verlustabdeckung ein Betrag von 3 Millionen Schilling veranschlagt.

Kapitel 50 — Titel 502

155

Voranschlagsansatz 1/50296 Sonstige Förderungen

An Förderungszuwendungen sind ua. Beiträge an das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Rechenzentrum Wien (8,172 Millionen Schilling), an das Institut für Finanzwissenschaften und Steuerrecht (114 000 S), an das Österreichische College (884 000 S), an den Compaß-Verlag für den Finanz-Compaß (32 000 S) und für sonstige Förderungsbeiträge ein Betrag in Höhe von 132 000 S veranschlagt.

Auf Grund des Bundesgesetzes, BGBl. Nr. 294/1987, kann Österreich mit internationalen Finanzinstitutionen Kooperationsvereinbarungen abschließen, die die Finanzierung der Heranziehung österreichischer Konsulenten und Planungsunternehmen zum Inhalt haben. Bisher werden der Weltbank und der Internationalen Entwicklungsorganisation für die Jahre 1987 bis 1992 Mittel in Höhe von 2 Millionen US-\$ zur Verfügung gestellt. Mit der Afrikanischen Entwicklungsbank und dem Afrikanischen Entwicklungsfonds wurde eine Kooperationsvereinbarung mit einem Rahmen von 13 Millionen Schilling für vorerst 4 Jahre abgeschlossen.

Für 1989 sind für diese Vorhaben 7,560 Millionen Schilling vorgesehen.

Weiters werden bei diesem Voranschlagsansatz die Ausgaben aus der von der Bundesregierung am 18. April 1978 im Ministerrat beschlossenen Zinsenstützungsaktion verrechnet. Die Mittel sollen dazu verwendet werden, industrielle und gewerbliche Investitionsprojekte mit einem Krediterfordernis ab 5 Millionen Schilling und einer Laufzeit bis zu zehn Jahren — davon maximal zwei Jahre tilgungsfrei — zu fördern. Diese Kredite sollen höchstens fünf Jahre lang um maximal 3% verbilligt werden. Der Höchstzinssatz, zu dem die Kredite von den kommerziellen Kreditunternehmungen zur Verfügung zu stellen sind, beträgt 0,75% über dem Nominalzinssatz der zuletzt aufgelegten Bundesanleihe. Der durch die Kreditunternehmungen zu gewährende und zu fördernde Kredit kann bis zu 75% der richtliniengemäß anerkenbaren Gesamtkosten des Investitionsprojektes betragen. Das Kreditrisiko liegt bei den kommerziellen Kreditunternehmungen. Die Frist für die Einbringung von Anträgen endete am 31. Dezember 1980. Mit dieser Aktion wird auch der Bau von Kleinkraftwerken gefördert; gegenüber den vorstehend angeführten Bedingungen erstreckt sich die Laufzeit auf fünfzehn Jahre, die Antragsfrist endete am 31. Dezember 1987. Für die gesamte Aktion werden im Jahre 1989 70 Millionen Schilling bereitgestellt.

Ebenfalls bei diesem Voranschlagsansatz sind die Ausgaben für die Zinsenstützung des Bundes im Rahmen des Wohnhaussanierungsgesetzes (BGBl. Nr. 483/1984) zu verrechnen.

In einem zwischen dem Bundesministerium für Finanzen und der OeKB-AG am 9. Juni 1982 abgeschlossenen Grundvertrag über die Einrichtung eines Verfahrens zur Refinanzierung von Darlehen österreichischer Kreditinstitute, die im Rahmen des Bundesgesetzes zur Förderung der Erhaltung und Verbesserung von Wohnhäusern sowie der Stadterneuerung (BGBl. Nr. 164/1982) eingeräumt werden, wurde für die durch den Verkauf von Kassenobligationen der OeKB an österreichische Versicherungsunternehmen und die daraus zu vergebenden Darlehen zur Finanzierung der Wohnhaussanierung ein Zinssatz von 7¼% p.a. festgelegt (Verfahren — Althaussanierung).

Bedingt durch die Senkung des allgemeinen Zinsniveaus war es erforderlich, auch diesen Zinssatz zu reduzieren. Im Rahmen der 1. Zusatzvereinbarung vom 19. März 1986 über das weitere Verfahren zur Einräumung von Darlehen an die Bundesländer und den Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds im Sinne des Bundesgesetzes über die Förderung der Verbesserung und Erhaltung von Wohnhäusern, Wohnungen und Wohnheimen sowie zur Änderung des Stadterneuerungsgesetzes und des Startwohnungsgesetzes (BGBl. Nr. 483/1984), wurde der Zinssatz von 7¼% auf 6% herabgesetzt (Verfahren — Wohnhaussanierung). Ab dem Tag der Unterfertigung dieser Vereinbarung hat der Bund eine Zinsenstützung in Höhe von 1,9% p.a., berechnet von dem aus dem Erlös des Verkaufes von 7¼%-Kassenobligationen der OeKB sich ergebenden Mittelaufkommen (zum Zeitpunkt der Vereinbarung unterfertigung rund 2 Milliarden Schilling) zu leisten.

Diese Zinsenstützung ist für den Zeitraum von 1986—1998 anberaumt und dürfte insgesamt rund 500 Millionen Schilling erfordern.

Im Jahre 1989 werden hierfür 43 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Außerdem werden bei diesem Voranschlagsansatz über die Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H. geleistete Bundeszuschüsse für Betriebsneugründungen uä. verrechnet.

Nach der Novelle zum Garantiesgesetz 1977 (BGBl. Nr. 338/1981) kann die Finanzierungsgarantie-Ges. m. b. H. auch Zuschüsse an nach dem 31. Dezember 1978 gegründete Unternehmungen mit dem Sitz im Inland, mit dem Ziel einer Förderung der Finanzierung von Investitionen von besonderem gesamtwirtschaftlichen Interesse, gewähren.

156

Kapitel 50 — Titel 503

Aus diesem Titel sind für das Jahr 1989 Förderungszuwendungen im Betrag von insgesamt 113 Millionen Schilling veranschlagt worden, die der Finanzierung des BMW-Motorenprojektes sowie den Betriebsansiedlungen durch die Firmen AMADA in Ternitz/NÖ, SONY in Anif/Salzburg und MAGNA in Weiz/Steiermark dienen sollen.

Titel 503 Bundesministerium für Finanzen; Staatsvertrag

Die bis zum BVA 1988 beim Kapitel 57 „Staatsvertrag“ veranschlagten Beträge werden ab dem BVA 1989 beim Kapitel 50 „Finanzverwaltung“ als Titel 503 gestrafft veranschlagt.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1987	9,8	122,2
1988	111,5	106,5
1989	108,7	107,6

Paragraph 5030 Schäden im Inland**Gesetzliche Grundlagen**

Die allgemeinen gesetzlichen Grundlagen für die beim Titel 571 veranschlagten Aufwendungen und für die veranschlagten Einnahmen bilden der Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955, und die in Durchführung des Staatsvertrages erlassenen Staatsvertragsdurchführungsgesetze. Die über die erwähnten allgemeinen gesetzlichen Grundlagen hinausgehenden speziellen gesetzlichen Regelungen sind bei den folgenden Erläuterungen zu den einzelnen VA-Ansätzen angeführt.

Besatzungsschädengesetz (BSG), BGBl. Nr. 126/1958, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 98 und 304/1959;

Verordnung über die Geltendmachung von Ansprüchen nach dem BSG, BGBl. Nr. 317/1961;

Kriegs- und Verfolgungsschädengesetz, BGBl. Nr. 127/1958, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 99 und 305/1959;

Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955; Reichsleistungsgesetz;

Gesetzblatt für Österreich Nr. 1205/1939;

Vergütungsgesetz, BGBl. Nr. 55/1956, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 168/1957;

Aushilfegesetz, BGBl. Nr. 712/1976;

2. Kunst- und Kulturgutbereinigungsgesetz, BGBl. Nr. 2/1986.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1987	—	—
1988	25,2	25,0
1989	25,2	25,0

Gebahrung 1989

Auf Grund des 2. Kunst- und Kulturgutbereinigungsgesetzes sind auf der Einnahmen- und Ausgabenseite 25 Millionen Schilling zu veranschlagen.

Paragraph 5031 Schäden im Ausland**Gesetzliche Grundlagen**

11. Staatsvertragsdurchführungsgesetz, BGBl. Nr. 195/1962, BGBl. Nr. 292/1964 und BGBl. Nr. 64/1972;

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien zur Regelung bestimmter vermögensrechtlicher Fragen, BGBl. Nr. 499/1980; Bundesgesetz über die Entschädigung bestimmter Vermögensverluste in Jugoslawien, BGBl. Nr. 500/1980;

Kapitel 50 — Titel 503

157

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik zur Regelung bestimmter finanzieller und vermögensrechtlicher Fragen, samt Anlagen mit Briefwechsel BGBl. Nr. 451/1975;

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener vermögensrechtlicher Fragen, BGBl. Nr. 188/1988;

Verteilungsgesetz DDR, BGBl. Nr. 189/1988;

Entschädigungsgesetz ČSSR, BGBl. Nr. 452/1975 und 557/1979;

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Polen zur Regelung bestimmter finanzieller Fragen, BGBl. Nr. 74/1974;

Verteilungsgesetz Polen, BGBl. Nr. 75/1974 und 155/1976;

Anmeldegesetz Polen, BGBl. Nr. 235/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 327/1974;

Bundesgesetz vom 13. Dezember 1976, mit dem bestimmte Vermögenswerte erfaßt und abgewickelt werden, BGBl. Nr. 713/1976.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	1,2	83,9
1988	82,7	59,0
1989	79,9	51,9

Gebahrung 1989

Für die Zahlungen nach dem Entschädigungsgesetz ČSSR und die Entschädigungsgesetznovelle wurden für das Jahr 1989 20,0 Millionen Schilling veranschlagt. Die Einnahmen von 30,8 Millionen Schilling setzen sich zusammen aus den Erträgen des Erfassungs- und Abwicklungsgesetzes, BGBl. Nr. 713/1976, und dem noch offenen Restbetrag nach Art. 3 Abs. 2 des Vermögensvertrages, BGBl. Nr. 451/1975.

Auf Grund des Vermögensvertrages mit der DDR wurden 55 Millionen Schilling für Entschädigungszahlungen und 21 Millionen Schilling Einnahmen veranschlagt.

Beim VA-Ansatz „Sonstige Zahlungen“ wurde für die Kosten der öffentlichen Verwaltung für das in Österreich befindliche ČSSR-Vermögen vorgesorgt.

Paragraph 5032: Finanz- und Ausgleichsvertrag**Gesetzliche Grundlagen**

Finanz- und Ausgleichsvertrag, BGBl. Nr. 283/1962;

Anmeldegesetz, BGBl. Nr. 12/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 64/1963 und Nr. 132/1964;

Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetz (UVEG), BGBl. Nr. 177/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 105/1965;

Bundesgesetz, betreffend die Erweiterung des Anwendungsbereiches des Besatzungsschäden- und des Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetzes, BGBl. Nr. 176/1962;

Bundesgesetz vom 1. Dezember 1970, BGBl. Nr. 375, womit das Anmeldegesetz, BGBl. Nr. 12/1962, und das Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 177/1962, neuerlich abgeändert werden (Anmeldegesetz- und UVEG-Novelle 1970).

Paragraph 5033 Sonstige Leistungen im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz vom 15. Dezember 1923, BGBl. Nr. 602/1923.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	0,7	—
1988	0,9	0,0
1989	0,9	—

158

Kapitel 50 — Titel 503**Gebahrung 1989**

Bei diesem Paragraph wurde mit 0,9 Millionen Schilling für die Kosten vorgesorgt, die die Republik Österreich auf Grund des österreichisch-jugoslawischen Archiv- und Restitutionsabkommens zu tragen hat.

Paragraph 5034 Verwaltung ehemals deutscher Vermögenswerte**Gesetzliche Grundlagen**

Staatsvertrag, BGBl. Nr. 152/1955, 1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz;

BGBl. Nr. 165/1956, österreichisch-deutscher Vermögensvertrag;

BGBl. Nr. 119/1958.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1987	7,8	4,5
1988	1,7	4,7
1989	1,8	4,8

Gebahrung 1989

Mit 1,8 Millionen Schilling wurde für die Verwaltung der Liegenschaften der ehemals deutschen Vermögenswerte vorgesorgt. Die Einnahmen von 4,8 Millionen Schilling setzen sich zusammen aus den Erträgen der Liegenschaftsverwaltungen und den Darlehensrückzahlungen der ehemals deutschen Vermögenswerte.

Paragraph 5035 Verwertung ehemals deutscher Vermögenswerte**Gesetzliche Grundlagen**

1. Staatsvertragsdurchführungsgesetz, BGBl. Nr. 165/1956.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1987	0,0	33,7
1988	0,6	17,8
1989	0,6	25,9

Gebahrung 1989

Die Ausgaben für die Abwicklungskosten der ehemals deutschen Vermögenswerte wurden mit 0,6 Millionen Schilling und die Einnahmen auf Grund von vermehrten Kaufinteressenten mit 25,9 Millionen Schilling veranschlagt.

In der nachstehenden Übersicht wird die Höhe der einzelnen Entschädigungen, die auf Grund des Staatsvertrages gezahlt wurden, ausgewiesen.

Art der Entschädigungszahlung	Zahlungen bis einschl. 1987	BVA 1988	BVA 1989
	Millionen Schilling		
Entschädigungen für Vermögensverluste im Inland:			
Besatzungsschädengesetz	418,084	0,010	0,010
Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz	1 435,904	0,030	0,030
Entschädigungen für Vermögensverluste im Ausland:			
11. Staatsvertragsdurchführungsgesetz	614,422	0,390	0,150
Jugoslawien	1,890	0,500	0,100
ČSSR	1 132,456	30,000	20,000
DDR	50,000	55,000
Polen	71,405	0,250	0,150
Finanz- und Ausgleichsvertrag:			
Entschädigungszahlungen an Vertriebene und Umsiedler:			
Auf Grund des Art. 2	1 046,130	0,255	0,200
Auf Grund des Art. 8	80,131	0,020	0,010
Sonstige Zahlungen	31,893	0,010
Aushilfezahlungen (Sachleistungen)	1 338,697	0,250	0,210

Kapitel 50 — Titel 504

159

Titel 504 Finanzlandesdirektionen**Gesetzliche Grundlagen**

Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 18/1975;
 Grenzkontrolle durch Zollorgane, BGBl. Nr. 220/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 527/1974;
 § 18 Zollgesetz 1955, BGBl. Nr. 129/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 381/1973;
 Kraftfahrzeug-Haftpflichtgesetz, BGBl. Nr. 296/1987;
 Bundesgesetz, BGBl. Nr. 376/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 284/1972;
 Bundesgesetz, BGBl. Nr. 409/1974;
 Bundesgesetz, BGBl. Nr. 452/1975.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	5 289,7	1 061,8	6 351,5	163,2
1988	5 322,2	1 088,0	6 410,2	162,0
1989	5 380,1	1 228,8	6 608,9	157,0

Aufgaben

Neben der Erhebung der öffentlichen Abgaben obliegen den Finanzlandesdirektionen und deren nachgeordneten Dienststellen verschiedene andere Aufgaben, wie die Durchführung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 (insbesondere die Gewährung von Schülerfreifahrten und die Abgabe unentgeltlicher Schulbücher), die Gewährung von Mietzinsbeihilfen, die Durchführung des Umsiedler- und Vertriebenen-Entschädigungsgesetzes und des Entschädigungsgesetzes ČSSR, die Vermögenssicherung, die Liegenschaftsverwaltung und die Erhebung verschiedener Kammerumlagen.

Die Schulung der Bediensteten erfolgt hauptsächlich am Bildungszentrum der Finanzverwaltung sowie an der Bundeszoll- und Zollwachschule.

Die Verwaltung der öffentlichen Abgaben wird von sieben Finanzlandesdirektionen (Wien, Linz, Salzburg, Graz, Klagenfurt, Innsbruck und Feldkirch), 87 Finanzämtern, 124 Zollämtern, 94 Zollzweigen, 230 Zollwachabteilungen und verschiedenen sonstigen Dienststellen besorgt. Diesbezüglich siehe auch BGBl. Nr. 18/1975.

Unterschiede gegen Vorjahre**Sachausgaben**

Die Sachausgaben wurden gegenüber dem Jahr 1988 um rund 141 Millionen Schilling erhöht. Trotz Einsparungen bei verschiedenen Sachausgaben ergab sich die Erhöhung hauptsächlich durch die Ersteinrichtung des Bundesamtsgebäudes Erdbergstraße und des Finanzamtes St. Johann im Pongau, weiters durch die verursachergerechte Veranschlagung der Postsparkassengebühren, durch vermehrten Aufwand für Drucksorten und durch allgemeine Preissteigerungen.

Paragraph 5040 Dienststellen**Anlagen**

Bei diesem Voranschlagsansatz wurde für notwendige Amts- und Einrichtungserfordernisse des neu errichteten Bundesamtsgebäudes Erdbergstraße (Bundeszoll- und Zollwachschule, Finanzamt für den 3. und 11. Bezirk, Finanzamt Wien-Umgebung) und des Neubaus des Finanzamtes St. Johann i. P. sowie für Kraftfahrzeugankäufe im Wege des Austausches vorgesorgt.

Aufwendungen

Die Erhöhung der Aufwendungen gegenüber dem BVA 1988 ist auf die ab 1. Jänner 1989 verursachergerechte Veranschlagung der Postsparkassengebühren, auf vermehrten Aufwand für Druckwerke, Leistungen der Post, Intensivierung der Prüfertätigkeit im Außendienst, steigende Tendenz bei Reinigungskosten und auf vermehrte Aufwendungen für Wartungsverträge (haustechnische Anlagen) zurückzuführen. Weiters war für die Aufrechterhaltung eines geordneten Dienstbetriebes bei den ein-

zelen Dienststellen der Finanzverwaltung und die davon abhängige Sicherung des Abgabenaufkommens durch entsprechende Budgetierung vorzusorgen.

Ab 1988 werden die Kosten für die Anmietung von Wohnungen für Bundesbedienstete hier verrechnet.

Von der Finanzverwaltung werden Wohnobjekte oder Einzelwohnungen angemietet. Der dadurch zur Verfügung stehende Wohnraum wird Bediensteten der gesamten Bundesverwaltung (ohne Post- und Bahnverwaltung, die eigene Wohnobjekte errichten) gegen entsprechende Vergütung zur Verfügung gestellt.

Der Unterschied zwischen Ausgaben und Einnahmen ist einerseits auf die auf die Mieter nicht überwälzbaren Vergebührungsaufwendungen für die mit den Anmietungen im Zusammenhang stehenden Verträge und andererseits auf die allen Naturalwohnungsbenützern gewährten Vergütungsnachlässe zurückzuführen.

Zollwache-Massafonds

Zur Beschaffung von Dienstkleidern für die Zollwachebeamten wurde mit Ministerratsbeschluß vom 6. Dezember 1949 (Massavorschrift) der Fonds zur Beschaffung von Dienstkleidern für Zollwachebeamte (Zollwache-Massafonds) errichtet.

Dem Fonds werden im Jahr 1989 voraussichtlich zufließen:

	Millionen Schilling
Aus dem Bundeshaushalt (Massapauschale und Massaeinlagen gem. §§ 3, 4 und 5 der Massavorschrift)	14,7
Sonstiges	0,5
Zusammen ...	15,2

Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt verwendet werden:

	Millionen Schilling
Beschaffung von Massasorten für Zollwachebeamte und Kosten der Instandhaltung (Reparaturen) der aus dem Massafonds beigestellten Dienstkleider (§ 1 Abs. 2 und § 9 MV)	14,7
Fondsaufwand (Versand, Verpackung, Sonstiges)	0,4
Betriebsmittelerweiterung (Rücklagen)	0,1
Zusammen ...	15,2

Voranschlagsansatz 1/50437 Gebahrung gemäß § 6 KHVG

Der § 6 des Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetzes (KHVG), BGBl. Nr. 296/1987, regelt die Versicherungspflicht für ausländische Kraftfahrzeuge und Anhänger, die bei der Einreise den Nachweis einer für Österreich gültigen Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung nicht erbringen können. Zur Gewährleistung der Ordnung von Ansprüchen aus Verkehrsunfällen werden ausländische Kraftfahrzeuge und Anhänger, die ohne einer gültigen internationalen Versicherungskarte in das Bundesgebiet eingebracht werden, durch Bezahlung einer Prämie an das Zollamt und gegen Aushändigung eines Versicherungsscheines versichert. Die Höhe der Versicherungsprämie richtet sich nach folgenden Gruppen von Fahrzeugen:

1. Krafträder, Zugmaschinen und Anhänger,
2. Personen- und Kombinationskraftwagen, Lastkraftwagen bis 3 t Nutzlast und sonstige Kraftfahrzeuge, die nicht unter Z 1 oder 3 fallen und
3. Lastkraftwagen über 3 t Nutzlast, Sattelzugfahrzeuge und Omnibusse.

90 vH der Prämien werden beim Voranschlagsansatz 2/50434 vereinnahmt und über den Voranschlagsansatz 1/50437 dem Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs als dem Bevollmächtigten seiner mitwirkenden Unternehmungen gemäß einem auch die Aufteilung eines Gewinnes bzw. Verlustes aus diesem Versicherungsgeschäft regelnden Übereinkommen überwiesen. 10 vH der Prämien entfallen auf Versicherungssteuer und Einhebungsvergütung.

Durch Verordnung des Bundesministers für Finanzen über die Grenzversicherung vom 27. Juli 1987, BGBl. Nr. 371, tritt die Verordnung vom 13. Oktober 1983, BGBl. Nr. 508, außer Kraft, die mit Wirkung 1. Jänner 1984 die seit 1968 in Kraft stehende Schadenbehandlungsversicherung durch eine Haftpflichtversicherung ersetzt hat.

Der Erfolg des Jahres 1987 betrug 4 783 320 S, für das Jahr 1989 wurden 5 Millionen Schilling veranschlagt.

Kapitel 50 — Titel 505

161

Titel 505 Finanzprokurator**Gesetzliche Grundlagen**

Prokuratorgesetz, StGBI. Nr. 172/1945, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 154/1948;

Theresianische Akademie, BGBl. Nr. 94/1948;

Austria Tabakwerke AG vormals Österreichische Tabakregie, BGBl. Nr. 165/1951;

Österreichische Akademie der Wissenschaften, BGBl. Nr. 88/1961;

Flüchtlingsfonds der Vereinten Nationen, Wien, BGBl. Nr. 368/1968;

Hochkommissär der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge in Österreich, BGBl. Nr. 155/1969;

Österreichische Hochschülerschaft, BGBl. Nr. 330/1969;

Gesellschaft zur Errichtung und zum Betrieb des internationalen Patentdokumentationszentrum Ges. m. b. H., BGBl. Nr. 388/1972;

Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung Wien, BGBl. Nr. 460/1973;

Genossenschaftsküche der bei der Österreichischen Postsparkasse tätigen Bediensteten, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, BGBl. Nr. 461/1973;

Verein Land- und forstwirtschaftliches Rechenzentrum Wien, BGBl. Nr. 462/1973;

Kreditgenossenschaft der Bediensteten der Österreichischen Postsparkasse, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, BGBl. Nr. 453/1975;

Österreichische Salinen AG, BGBl. Nr. 218/1979.

Ferner ist der Finanzprokurator die Vertretung und rechtliche Beratung übertragen durch folgende Bundesgesetze:

Bundesbahngesetz, BGBl. Nr. 137/1969;

Postsparkassengesetz, BGBl. Nr. 458/1969;

Gesetz über den Wirtschaftskörper „Österreichische Bundesforste“, BGBl. Nr. 610/1977;

Gesetz über die Neuregelung der Rechtsstellung des Österreichischen Bundesverlages, BGBl. Nr. 670/1978;

das Dorotheumgesetz, BGBl. Nr. 66/1979.

Eine Reihe von gesetzlichen Bestimmungen ergänzt den Aufgabenbereich der Prokurator, die in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1964 auf Seite 130, rechte Spalte, 3. Absatz, nachgelesen werden können. Seit 1964 ist eine Befassung der Finanzprokurator oder ihre Parteistellung insbesondere in folgenden Bundesgesetzen geregelt worden:

Atomhaftpflichtgesetz, BGBl. Nr. 117/1964;

Pressegesetznovelle 1966, BGBl. Nr. 104;

Gesetz über die Bereinigung der Eigentumsverhältnisse des in Gewahrsam des Bundesdenkmalamtes befindlichen Kunst- und Kulturgutes, BGBl. Nr. 294/1969;

Strafrechtliches Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 270/1969;

Kartellgesetz, BGBl. Nr. 460/1972;

Studienförderungsgesetz, BGBl. Nr. 421/1969;

Hochschülerschaftsgesetz, BGBl. Nr. 309/1973;

Gesetz über die Entschädigung bestimmter Vermögensverluste in Italien, BGBl. Nr. 636/1973;

Bundes-Stiftungs- und Fondsgesetz, BGBl. Nr. 11/1975;

Unterhaltsvorschußgesetz, BGBl. Nr. 250/1976;

Verwaltungsgerichtshofgesetz 1965, BGBl. Nr. 2;

Gesetz, mit dem bestimmte Vermögenswerte erfaßt und abgewickelt werden, BGBl. Nr. 713/1976;

Patentgesetz 1970, BGBl. Nr. 259;

Gesetz zur Verbesserung der Nahversorgung und der Wettbewerbsbedingungen, BGBl. Nr. 392/1977;

Kreditwesengesetz, BGBl. Nr. 63/1979;

Sparkassengesetz, BGBl. Nr. 64/1979.

Hierher gehört auch die Vertretung des Insolvenz-Ausfallgeldfonds auf Grund des Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetzes, BGBl. Nr. 324/1977.

Eine Befassung der Prokuratur ist auch in zwischenstaatlichen Übereinkommen vorgesehen, wie zum Beispiel:

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Rechtsschutz und Rechtshilfe in Abgabesachen (Schlußprotokoll zu Art. 11), BGBl. Nr. 249/1955,

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der französischen Republik zur Vermeidung der Doppelbesteuerung sowie über gegenseitige Hilfeleistung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Erbschaftssteuern, BGBl. Nr. 246/1961.

Aufgaben

Die Prokuratur ist berufen, die Republik Österreich (auch hinsichtlich ihrer Anstalten, Unternehmungen, Betriebe und sonstigen Einrichtungen) sowie alle Fonds, Stiftungen, Anstalten, Unternehmungen, Einrichtungen und sonstigen Vermögensmassen mit selbständiger Rechtspersönlichkeit, welche von staatlichen Organen unmittelbar verwaltet werden oder bei denen der Staat für einen Gebarungsabgang aufzukommen hat, zu vertreten. Dies gilt auch für sonstige Stiftungen nach Maßgabe des § 2 Abs. 1 Z 3 des Prokuraturgesetzes auf der nunmehrigen Grundlage des Bundes-Stiftungs- und Fonds-Gesetzes. Eine Ausdehnung der Vertretungsbefugnis der Prokuratur im Verordnungswege ist im § 2 Abs. 2 des Prokuraturgesetzes vorgesehen.

Die Prokuratur ist ferner allgemein berufen, vor allen Gerichten und Verwaltungsbehörden einzuschreiten, wenn sie von der zuständigen Behörde zum Schutze öffentlicher Interessen hierfür in Anspruch genommen wird oder die Dringlichkeit des Falles ihr sofortiges Einschreiten erfordert.

Außer der Vertretung vor den Gerichten, den Verwaltungsbehörden und Gerichtshöfen öffentlichen Rechtes obliegt der Prokuratur die Abgabe von Rechtsgutachten an die von ihr zu vertretenden Rechtsträger sowie die Mitwirkung beim Abschluß von Rechtsgeschäften und bei der Abfassung von Rechtsurkunden.

Die Befugnis der Finanzprokuratur zur Vertretung vor den ordentlichen Gerichten und Arbeitsgerichten ist eine ausschließliche, soweit gesetzlich nicht etwas anderes bestimmt ist.

Vor dem Verfassungsgerichtshof, dem Verwaltungsgerichtshof, dem Obersten Patent- und Markensenat und den Verwaltungsbehörden einzuschreiten, ist sie nur über Verlangen berechtigt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
		Millionen Schilling		
1987	37,4	6,1	43,5	11,2
1988	37,7	6,0	43,7	8,8
1989	38,4	6,0	44,4	10,3

Titel 506 Hauptpunzierungs- und Probieramt

Gesetzliche Grundlagen

Punzierungsgesetz, BGBl. Nr. 68/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 222/1967;

Durchführungsverordnung zum Punzierungsgesetz, BGBl. Nr. 385/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 589/1987;

Übereinkommen betreffend die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen samt Anhängen I und II, BGBl. Nr. 346/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 394/1980;

Durchführungsverordnung zum Übereinkommen betreffend die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen, BGBl. Nr. 358/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 625/1986.

Kapitel 50 — Titel 507 und 508

163

Aufgaben

Die dem Hauptpunzierungs- und Probieramt unterstellten Punzierungsämter nehmen die amtliche Beglaubigung des Feingehaltes von Edelmetallen und Edelmetallgegenständen vor.

Organisation

Dem Hauptpunzierungs- und Probieramt sind unterstellt:
 Punzierungsamt Wien I;
 Punzierungsamt Wien II;
 Punzierungsamt Linz samt Punzierungsstätte Salzburg;
 Punzierungsamt Graz;
 Punzierungsamt Innsbruck samt Punzierungsstätte Wolfurt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	12,4	2,9	15,3	22,8
1988	12,6	2,5	15,1	19,0
1989	12,8	3,3	16,1	23,8

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben 1989 ist vor allem auf die Anschaffung weiterer Sicherheitseinrichtungen zurückzuführen.

Einnahmen

Die Mehreinnahmen ergeben sich aus einem Ansteigen der zur Punzierung vorgelegten Edelmetallwaren und einer Anhebung der Punzierungsgebühren.

Titel 507 Bundesrechenamt**Gesetzliche Grundlage**

Bundesrechenamtsgesetz, BGBl. Nr. 123/1978.

Aufgaben

Das Bundesrechenamt ist eine dem Bundesministerium für Finanzen nachgeordnete Dienststelle. Die Aufgaben des Bundesrechenamtes sind im § 2 Abs. 1 des Bundesrechenamtsgesetzes — BRAG —, BGBl. Nr. 123/1978, normiert.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	166,2	471,4	637,6	8,8
1988	166,9	514,6	681,5	7,6
1989	171,2	507,4	678,6	8,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Das Mindererfordernis bei den Sachausgaben resultiert vor allem aus geringeren Ausgaben für den Ankauf von Anlagen der Datenverarbeitung.

Titel 508 Unternehmungen mit Bundesbediensteten**Paragraph 5080 Österreichisches Postsparkassenamt****Gesetzliche Grundlage**

Postsparkassengesetz, BGBl. Nr. 458/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 325/1986.

Aufgaben

Besorgung aller Geschäfte der Österreichischen Postsparkasse sowie die Verrichtung aller sonstigen Arbeiten durch Bundesbeamte oder Vertragsbedienstete des Bundes. Die Dienststelle der bei der Österreichischen Postsparkasse tätigen Bundesbeamten oder Vertragsbediensteten des Bundes ist das Österreichische Postsparkassenamt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	514,9	1,0	515,9	515,1
1988	537,1	3,0	540,1	539,2
1989	539,7	4,5	544,2	543,9

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Sachausgaben enthalten lediglich die Erfordernisse für Fahrtkostenzuschüsse, für Aufwandsentschädigungen und Rückersätze von Einnahmen aus den Vorjahren sowie sonstige Entgelte an Einzelpersonen.

Die Einnahmen enthalten im Sinne des § 7 Abs. 4 des Postsparkassengesetzes die Ersätze der Österreichischen Postsparkasse für die Personalausgaben sowie für die zugehörigen Sachausgaben.

Paragraph 5081 Österreichische Salinen Aktiengesellschaft**Gesetzliche Grundlage**

Salzmonopolgesetz, BGBl. Nr. 124/1978.

Aufgaben

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1979 ging die wirtschaftliche Verwaltung des österreichischen Salzmonopols auf die Österreichische Salinen Aktiengesellschaft über (§ 6 Abs. 1 des Salzmonopolgesetzes, BGBl. Nr. 124/1978). Gemäß § 8 Abs. 1 Z 3 dieses Gesetzes werden die Beamten, die am 31. Dezember 1978 bei den Österreichischen Salinen beschäftigt waren, auf die Dauer ihres Dienststandes unter Wahrung ihrer Rechte, der Aktiengesellschaft zur Dienstleistung zugewiesen. Die Aktiengesellschaft hat für sie dem Bund die Kosten der Besoldung zu ersetzen. Beim vorliegenden VA-Ansatz sind die Kosten der Besoldung für 11 der Österreichischen Salinen Aktiengesellschaft zugeteilte Beamte sowie deren Ersätze durch die Aktiengesellschaft veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	8,1	0,0	8,1	8,1
1988	9,1	0,0	9,1	8,1
1989	5,6	0,0	5,6	5,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Durch Abgänge an Beamten weisen die Personalausgaben eine jährlich sinkende Tendenz auf.

Paragraph 5082 Amt der Münze Österreich**Gesetzliche Grundlage**

Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 000/1988.

Aufgaben

Gemäß Scheidemünzengesetz 1988 geht das Österreichische Hauptmünzamt in eine von der OeNB gegründete „Münze Österreich AG“ ein. Nach den Bestimmungen dieses Gesetzes werden die Beamten, die am 31. Dezember 1988 beim Österreichischen Hauptmünzamt beschäftigt sind, auf die Dauer ihres Dienststandes unter Wahrung ihrer Rechte der Aktiengesellschaft zur Dienstleistung zugewiesen. Die Aktiengesellschaft wird für diese Bediensteten dem Bund die Kosten der Besoldung ersetzen.

Im BVA 1989 sind die Personal- und Sachausgaben für 61 Bedienstete veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1989	16,9	0,1	17,0	17,0

Kapitel 51 — Titel 510

165

Kapitel 51 Kassenverwaltung**Gesamtgebarung**

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	—	6 295,1	6 295,1	8 410,9

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt	
	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Sach- ausgaben	Ein- nahmen
	Millionen Schilling				
1988 ..	50,0	3 091,1	3 141,1	12 177,6	35 000,0
1989 ..	50,0	3 160,9	3 210,9	10 494,1	35 000,0

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 510 Effekten- und Geldverkehr des Bundes

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1987	209,4	3 546,0
1988	376,0	1 526,7
1989	418,8	1 448,2

Unterschiede gegen Vorjahr

Der Unterschied bei den Sachausgaben ergibt sich einerseits aus dem Wegfall der Kosten für den staatlichen Postscheckverkehr (BVA 1988: 97 Millionen Schilling), da diese Ausgaben nicht mehr bei Kapitel 51, sondern nach dem Verursacherprinzip bei den entsprechenden VA-Ansätzen der Ressorts verrechnet werden, andererseits aus der Vorsorge für die Kapitalertragssteuer auf Zinserträge des Bundes gemäß Einkommensteuergesetz 1988.

Voranschlagsansatz 1/51013 Erwerb von Bundestiteln für Tilgungszwecke**Voranschlagsansatz 2/51017 Entnahmen aus dem Bundesbesitz****Voranschlagsansatz 1/51023 Verschiedene Maßnahmen der Marktpflege**

Die Beträge für den Erwerb von Schuldverschreibungen des Bundes werden vornehmlich im Rahmen der Vorsorgen zur Erfüllung der planmäßigen Tilgungsquoten bei den einzelnen Anleihen, soweit freie Rückkäufe nach den Anleihebedingungen möglich sind, bzw. in dem Maße, als Verkaufsangebote auf dem Markte vorliegen, in Anspruch genommen.

Die erworbenen Schuldverschreibungen, deren Tilgungstermine nicht in das Jahr 1989 fallen, werden beim Voranschlagsansatz 1/51013 mit ihrem tatsächlichen Kaufpreis (einschließlich eventueller Spesen) verrechnet. In der Bestandsverrechnung werden derart erworbene Schuldverschreibungen mit den Anschaffungskosten verrechnet. Jene Schuldverschreibungen, deren Tilgungstermine im Jahr 1989 liegen, kommen erfolgswirksam direkt bei Kapitel 59 zur Verrechnung.

Im Zeitpunkt der Heranziehung der vorerwähnten Effekten für Tilgungszwecke werden diese in der Voranschlagswirksamen Verrechnung (Voranschlagsansatz 2/51017) mit den Anschaffungskosten verrechnet. Die Tilgung selbst ist dann bei dem zuständigen Ansatz des Kapitels 59 „Finanzschuld“ zum Kurswert im Zeitpunkt der Tilgung in Ausgabe zu verrechnen.

Beim Ansatz Marktpflege fallen ähnlich wie beim Voranschlagsansatz 1/51013 Ausgaben aus dem Erwerb von Schuldverschreibungen des Bundes an; der Erwerb dient aber nicht unmittelbaren Tilgungszwecken, sondern Kursstützungen und Interventionen.

Die sich im Zusammenhang mit diesem Erwerb ergebenden Verrechnungen im Bundeshaushalt sind, vom Ausgabenansatz abgesehen, die gleichen wie bei den Ausgaben zu Lasten des Voranschlagsansatzes 1/51013. Im Falle einer Veräußerung solcher Wertpapiere werden in der Voranschlags-

wirksamen Verrechnung die tatsächlich erzielten Einnahmen abzüglich eventueller Spesen verrechnet. In der Bestandsverrechnung erfolgt die Verrechnung mit den Anschaffungskosten, und die Unterschiede zwischen Veräußerungswert und Anschaffungskosten werden ebenso wie bei den Ausgaben auf einem Konto der Erfolgsverrechnung (Bestandskonto) ausgebucht.

Für Tilgungskäufe bei in- und ausländischen Bundesanleihen, die sich bereits im Tilgungsstadium befinden, wurden 200,0 Millionen Schilling, für Kursstützungen (Marktpflege) 70,0 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansätze 1/51038 und 2/51034 Kursverluste und -gewinne

Bei diesen Voranschlagsansätzen werden die Verluste und Gewinne bei der Gebarung von fremden Zahlungsmitteln veranschlagt.

Paragraph 1/5104 Effekten- und Geldverkehrskosten

Voranschlagsansatz 1/51047 Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

Bis zum Jahr 1987 wurde hier die Zinsertragsteuer verrechnet. Ab 1989 wird bei diesem VA-Ansatz die Kapitalertragsteuer auf Zinsen verrechnet. Veranschlagt wurden hierfür 140 Millionen Schilling.

Voranschlagsansatz 1/51048 Aufwendungen

2/51044 Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr

Soweit im Zusammenhang mit dem Effekten- und Geldverkehr mit Ausnahme des Postscheckverkehrs im Bereiche der Finanzverwaltung Kosten bzw. Erträge (zB Zinsen aus Effekten oder der Veranlagung von Kassenbeständen) anfallen, sind diese bei diesen VA-Ansätzen zu verrechnen.

Titel 511 Innovations- und Technologiefonds

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1987	—	—
1988	500,0	6 500,0
1989	535,0	2 400,0

Gemäß dem Bundesverfassungsgesetz, mit dem das 2. Verstaatlichungsgesetz geändert wird und organisationsrechtliche Bestimmungen für die vom 2. Verstaatlichungsgesetz betroffenen Unternehmen erlassen werden, BGBl. 321/1987, soll durch ein einfaches Bundesgesetz ein Fonds zur Finanzierung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen für den Bereich der gewerblichen Wirtschaft eingerichtet werden. Zur Ausführung dieses Auftrages des Verfassungsgesetzgebers wurde das Innovations- und Technologiefondsgesetz (ITFG) mit Bundesgesetz vom 24. November 1987, BGBl. Nr. 603, beschlossen. Gemäß dem ITFG ist vorgesehen, daß der ITF mit insgesamt 8 Milliarden Schilling zu dotieren ist.

Dem Fonds kommen im Jahr 1989 aus der Veranlagung der Fondsmittel Zinsen i. H. v. rd. 400 Millionen Schilling und aus einer veranschlagten Rücklagenentnahme 135 Millionen Schilling zu. Nach Abzug der Kapitalertragsteuer auf Zinsen können sohin 495 Millionen Schilling für Zwecke der Finanzierung von Forschungen, Entwicklungen und Umstellungen verwendet werden, ohne den Vermögensstock anzugreifen.

Titel 512 Rücklagen

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1987	6 006,4	4 864,9
1988	60,1	4 150,9
1989	27,1	6 645,9

Paragraph 5121 Zuführung an bzw. Entnahme aus allgemeine(n) Rücklagen

Im Bundeshaushaltsgesetz, § 53 Abs. 1 Pkt. 2 und 3, bzw. im Art. X Abs. 1 Z 1 des Bundesfinanzgesetzes 1989 wird der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, in Höhe der nicht in Anspruch genom-

Kapitel 51 — Titel 512

167

menen Teile der Ausgabenbeträge für Anlagen, der bei den Voranschlagsansätzen 1/64698, 1/64708 und der bei den Voranschlagsansätzen 1/40108 und 1/64738 als Investitionsausgaben für die Landesverteidigung und für die Instandhaltung von Bundesgebäuden und den Bausektor betreffende Sonderanlagen veranschlagten Ausgabenbeträge sowie für bundesgeförderte Bauvorhaben eine Reservierung im Wege einer Rücklagenzuführung vorzunehmen. Für die sich daraus ergebende Gebarung sind Verrechnungsansätze vorgesehen.

Die gegenständliche Gebarung wird wie folgt verrechnet:

Jahr	Voranschlagswirksame Verrechnung	Bestandsverrechnung
laufendes	Ausgabe: Paragraph 1/5121	Einnahme: Erlag
nächstfolgendes	Einnahme: Paragraph 2/5121 Ausgabe: zB Kapitel 64 „Bauten und Technik“	Ausgabe: rückgestellter Erlag —

Paragraph 5124 Zuführung an bzw. Entnahme aus zweckgebundene(n) Einnahmen-Rücklagen

Im Bundesvoranschlag sind für die Rücklagenzuführung bzw. -entnahme entsprechende Voranschlagsansätze vorgesehen. Die Verrechnung erfolgt sinngemäß wie bei den allgemeinen Rücklagen.

Paragraph 5125 Zuführung bzw. Entnahme aus Ausgleichsrücklagen

Gemäß § 53 Abs. 3 des Bundeshaushaltsgesetzes hat der Bundesminister für Finanzen einen Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben des Gesamthaushaltes einer Ausgleichsrücklage zuzuführen. Ein Ausgabenüberschuß im Gesamthaushalt ist durch Entnahme aus der Ausgleichsrücklage auszugleichen.

Im Bundesvoranschlag 1989 wurde aus der gemäß § 101 Abs. 5 des Bundeshaushaltsgesetzes gebildeten Rücklage eine Entnahme in Höhe von 2 500 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraph 5126 Zuführung an bzw. Entnahme aus besondere(n) Rücklagen

Dieser Paragraph ist für Rücklagenzuführungen auf Grund von Sondergesetzen bzw. der Ermächtigungen gemäß Art. X Abs. 1 Z 2 des Bundesfinanzgesetzes 1989 vorgesehen.

Die Verrechnung erfolgt sinngemäß wie bei den allgemeinen Rücklagen.

Voranschlagsansatz 2/51297 Auflösung von Rücklagen

Für den Fall, daß die seinerzeitige Zweckbindung dem Grunde oder der Höhe nach wegfällt, sind Rücklagen voranschlagswirksam aufzulösen und im Sinne von § 38 Abs. 1 BHG zu verwenden.

Im Bundesvoranschlag 1989 sind Rücklagenauflösungen bei folgenden Voranschlagsansätzen vorgesehen:

	Millionen Schilling
2/52661	70,000
2/63001	0,310
2/64140, 2/64141, 2/64143	75,631
2/64200, 2/64202	41,700
2/64400	3,026
2/64700	60,000
1/79343	24,797
1/79353	102,023
Sonstiges (Allgemein)	0,003

Gebarung 1981 bis 1987

In den Jahren 1981 bis 1987 wurden Ausgaben- bzw. zweckgebundene Einnahmenreste folgender Verwaltungszweige Rücklagen zugeführt:

168

Kapitel 51 — Titel 517

	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
	Millionen Schilling						
a) Allgemeine Rücklagen							
Stadionsanierung	—	—	—	75,0	18,0	33,3	—
Hochbau (Neubauten)	73,8	101,1	375,6	2,1	88,9	229,0	135,5
Bundesgebäudeerhaltung							
Sonstige Zahlungsverpflichtungen (AKH-Wien)	125,0	11,8	—	—	304,0	—	—
Sonstige Hoheitsverwaltung	79,0	234,2	203,6	929,2	1 000,7	509,3	223,2
Anlagen der Bundesbahnen	—	10,5	123,0	150,0	15,7	105,9	671,5
Anlagen der Bundesforste	7,8	9,7	13,7	0,3	2,8	0,2	2,4
Anlagen des Hauptmünzamtes	—	1,9	2,0	2,4	2,4	3,8	1,8
Anlagen der Post	66,9	13,8	227,9	140,6	155,5	245,4	276,8
Summe a) ...	75,8	194,2	370,8	1 071,2	994,8	1 126,9	1 315,9
b) Nicht verbrauchte zweckgebundene Einnahmen-Rücklagen	2 496,6	1 784,1	2 476,0	1 143,9	4 466,6	2 684,5	4 445,0
c) Besondere Rücklagen							
Umweltfonds	—	—	—	496,1	494,1	500,0	—
Entwicklungshilfe	—	—	—	—	—	203,5	72,0
Absatz- und Verwertungsmaßnahmen für Getreide	—	—	—	—	—	324,0	—
Sonstige	4,8	4,2	13,6	50,1	2,3	18,1	173,4
Summe c) ...	4,8	4,2	13,6	546,2	496,4	1 045,6	245,4
Summe a) bis c) ...	2 853,9	2 177,3	3 435,4	2 989,7	6 551,0	4 857,0	6 006,4

Titel 517 Pauschalvorsorge für Ausgaben aus Rücklagenentnahmen

	Personal- ausgaben Millionen Schilling	Sach- ausgaben Millionen Schilling
1987	—	—
1988	50,0	1 950,0
1989	50,0	1 950,0

Seit Jahren sehen die Bundesfinanzgesetze vor, daß in Höhe der nicht in Anspruch genommenen Teile der Ausgabenansätze für Bauvorhaben und Anlagen sowie zweckgebundener Einnahmen Rücklagen angelegt werden können. Bei Inanspruchnahme dieser Rücklagen oder Teilen davon in den darauffolgenden oder späteren Haushaltsjahren ergeben sich für den Bundeshaushalt entsprechende Einnahmen (Titel 512) und der Rücklagenwidmung gemäß bei den zuständigen Zweckansätzen der Ressorts gleichhohe Ausgaben.

Im Zeitpunkt der jeweiligen Budgeterstellung ist die genaue Höhe der Rücklagenzuführungen, die am Ende des Budgeterstellungsjahres voraussichtlich vorgenommen werden, nicht bekannt. Dementsprechend ist auch unbekannt, bei welchen Ausgabenansätzen und in welcher Höhe eine Gebarung aus Rücklagenentnahmen anfallen wird. Es wurden daher geschätzte Beträge der Einnahmen aus den voraussichtlichen Rücklagenentnahmen und der Ausgaben aus diesen Entnahmen vorgesehen, und zwar 2 000 Millionen Schilling (Voranschlag 1988: 2 000 Millionen Schilling) in Einnahme beim Titel 512 und in Ausgabe beim Titel 517 „Pauschalvorsorge für Ausgaben aus Rücklagenentnahmen“. Art. V Abs. 2 Z 2 des Bundesfinanzgesetzes ermächtigt den Bundesminister für Finanzen, die Zustimmung zu Überschreitungen von Ausgabenansätzen zu Lasten des Titels 517 in jener Höhe zu geben, in der in Vorjahren zugunsten dieser Voranschlagsansätze Beträge einer Rücklage zugeführt wurden.

Im Bundesvoranschlag 1989 wurden die Einnahmen aus Rücklagenentnahmen auf 2 000 Millionen Schilling (Voranschlag 1988: 2 000 Millionen Schilling) geschätzt. Den darüber hinaus bei den VA-Ansätzen 2/51218, 2/51247 und 2/51267 veranschlagten Rücklagenentnahmen von 1 768,405 Millionen Schilling (1989) bzw. von 1 628,777 Millionen Schilling (1988) stehen Ausgaben bei folgenden Voranschlagsansätzen gegenüber (in Millionen Schilling):

Bundesvoranschlag 1989:

1/10103	5,304
1/17003	2,965
1/17323	5,977
1/17953	0,111
1/20103	77,000

Kapitel 51 — Titel 518

169

1/20208	0,304
1/20303	7,000
1/20308	1,726
1/51013	173,897
1/51023	65,650
1/51108	135,020
1/53448	30,000
1/53468	214,304
1/53478	50,000
1/53488	300,000
1/54052	40,000
1/54303	2,853
1/60446	55,000
1/65403	2,000
1/78313	28,789
1/79313	393,245
1/79343	154,988
1/79373	22,272
Bundесvoranschlag 1988:	
1/10103	7,100
1/10203	0,478
1/17003	5,269
1/20003	6,561
1/20103	50,000
1/20108	15,213
1/20208	0,312
1/20303	4,000
1/40108	200,000
1/51013	173,228
1/51023	65,538
1/53448	100,000
1/53468	139,910
1/53478	50,000
1/53488	500,000
1/54052	185,000
1/54093	19,334
1/54303	6,600
1/60346	93,000
1/60403	0,152
1/60503	1,917
1/60538	5,165

Titel 518 Sonstige Pauschalvorsorgen

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1987	—	—	—	—
1988	—	40,0	40,0	—
1989	—	70,0	70,0	—

Paragraph 5181 Pauschalvorsorge für Sachausgaben

Die Pauschalvorsorge für Sachausgaben ist vor allem für im ersten Halbjahr anfallende unaufschiebbare Mehrausgaben vorgesehen. Da die notwendige Bewilligung von überplanmäßigen Ausgaben im Wege eines Bundesgesetzes oft aus zeitlichen oder anderen Gründen nicht zeitgerecht eingeholt werden kann, würden sich bei Realisierung unaufschiebbarer Zahlungen haushaltsrechtliche Schwierigkeiten ergeben; Insbesondere ist dies der Fall bei Hilfeleistungen in Katastrophenfällen im In- und Ausland, in Seuchen- und Epidemiefällen sowie für die Durchführung von Staatsbesuchen, Konferenzen, Tagungen uä.

170

Kapitel 51 — Titel 519**Titel 519 Sonstige Kassenverwaltungs-Ausgaben bzw. -Einnahmen**

	Sachausgaben		Einnahmen	
	Millionen		Schilling	
1987	84,2		—	
	Allgemeiner Haushalt		Ausgleichshaushalt	
	Sach-	Ein-	Sach-	Ein-
	ausgaben	nahmen	ausgaben	nahmen
	Millionen		Schilling	
1988	165,0	0,0	35 000,0	35 000,0
1989	160,0	0,0	35 000,0	35 000,0

Paragraph 5190 Allgemeine Ausgaben bzw. -Einnahmen

Beim Paragraph 5190 werden sonstige Ausgaben und Einnahmen erwartet, deren Höhe schwer abschätzbar ist. Hierbei handelt es sich um Beträge, die im Zusammenhang mit inkamerierten Resten zweckgebundener Einnahmen angefallen sind oder voraussichtlich anfallen werden.

Paragraph 5191 Kurzfristige Verpflichtungen

Laut § 16 (1) BHG, BGBl. Nr. 213/1986, sind erstmals im BVA 1988 auch die für die Aufnahme von Geldverbindlichkeiten zur vorübergehenden Kassenstärkung nötigen Einnahmen und Ausgaben gesondert in einem Ausgleichshaushalt darzustellen. Für diesen Zweck sind beim VA-Ansatz 7/51919 bzw. 8/51919 je 35 Milliarden Schilling vorgesehen. Im BVA 1989 wurden die gleichen Beträge veranschlagt.

Gemäß Art. VIII Abs. 3 Z 1 des Bundesfinanzgesetzes 1989 ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, kurzfristige Verpflichtungen des Bundes einzugehen. Auf Grund der Lage auf dem Geld- und Kapitalmarkt im In- und Ausland bei Erstellung des Bundesvoranschlages 1989 ist für derartige Kreditoperationen, deren Laufzeit spätestens am 31. Dezember 1989 zu enden hat, mit einem Zinsenaufwand von 150 Millionen Schilling und mit Begebungskosten in Höhe von 10 Millionen Schilling zu rechnen.

Kapitel 52

171

Kapitel 52 Öffentliche Abgaben**Gesamtgebarung**

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	305,9	217 650,3
1988	347,3	244 182,3
1989	338,6	253 464,8

Unterschiede gegenüber Vorjahre

Die hohe Steigerung der Nettoeinnahmen 1988 gegenüber den Nettoeinnahmen des Erfolges 1987 ist vor allem darauf zurückzuführen, daß im Zusammenhang mit der Neuregelung der Wohnbauförderung die Mittel hierfür den Ländern nicht mehr vom Kapitel 52 „Öffentliche Abgaben“ überwiesen werden und dadurch die Nettoeinnahmen schmälern, sondern den Ländern als Zweckzuschüsse im Rahmen des Kapitels 53 „Finanzausgleich“ zur Verfügung gestellt werden.

Allgemeines zur Veranschlagung

Zur Veranschlagung der öffentlichen Abgaben des Bundes für das Jahr 1989 ist an Wesentlichem zu sagen:

Das Steueraufkommen 1988 wurde aufgrund der Entwicklung bis zum August 1988 und der neuesten Prognosedaten des Wirtschaftsforschungsinstituts für jede Abgabe (ansatzweise) hochgerechnet. Auf Basis dieser Hochrechnung erfolgte die Schätzung 1989 im allgemeinen in Form einer Fortschreibung unter Zugrundelegung der Wirtschaftsprognosen und der entsprechenden Aufkommenselastizitäten oder — bei kleineren Steuern mit speziellen Bemessungsgrundlagen — der üblichen Wachstumsraten. Steuergesetzliche Änderungen und insbesondere die Steuerreform 1988 wurden entsprechend berücksichtigt.

Die veranlagten Einkommensteuern (Einkommen-, Körperschaft- und Gewerbesteuer) hängen hauptsächlich von den Veranlagungen 1987 und 1988 ab. Daher werden diese Steuern von der Steuerreform im Jahr 1989 nur über die Erhöhung der Vorauszahlung (mit ca. 2 Milliarden Schilling geschätzt) und über Vorzieheffekte im Jahr 1988 (ua. bei der Investitionsförderung) berührt. Aus der günstigen Entwicklung der Einkommen aus Besitz und Unternehmung in den vergangenen Jahren (1987: +4,4 vH, 1988: +11 vH) ließe sich eine deutliche Steigerung der Bemessungsgrundlagen und Steuern ableiten. Es zeigt sich jedoch, daß durch vermehrte Ausnützung von Steuerbegünstigungen die Aufkommenselastizität stark reduziert wird. Zu berücksichtigen waren auch einige rechtliche Änderungen, die schon 1987 und 1988 in Kraft getreten sind, jedoch erst beim Aufkommen 1989 voll zum Tragen kommen (einerseits die Steuersenkung 1987, andererseits u. a. Auflassungen und Kürzungen von Erstattungen, wie Heiratsbeihilfen, Investitionsprämien und Bausparprämien).

Am stärksten wirksam wird die Steuerreform bei der Lohnsteuer, wo 1989 mit einem Ausfall von gut 17 Milliarden Schilling zu rechnen ist. Daher wird trotz geschätzten Mehreinnahmen von 2 Milliarden Schilling im Jahr 1988, etwas höherer Lohnzuwächse im Jahr 1989 (Prognose für die Lohnsumme +3,8 vH, woraus sich bei gleichbleibender Rechtslage ein Zuwachs an Lohnsteuer von ca. 6 vH ableiten ließe) sowie der Wirkungen bereits geltender Maßnahmen (wie Einschränkungen bei speziellen Werbungskosten, Erstattungen und Arbeitslosengeldbegünstigung) das Aufkommen deutlich unter dem Voranschlag 1988 liegen.

Teilweise finanziert wird dieser Ausfall und die Senkung der Alkoholsonderabgabe auf Wein (Minderaufkommen 1989 450 Millionen Schilling) vor allem durch die neu eingeführte Kapitalertragsteuer auf Zinsen (3,5 Milliarden Schilling), die Anhebung der Vorauszahlungen bei den veranlagten Steuern (siehe oben) und Satzerhöhungen oder anderen aufkommenserhöhenden Maßnahmen bei Kapitalertragsteuer (+300 Millionen Schilling), Umsatzsteuer (+700 Millionen Schilling), Tabaksteuer (+500 Millionen Schilling), Versicherungssteuer (+400 Millionen Schilling) ua. Insgesamt wird die Steuerreform im Jahr 1989 — gegenüber einem unveränderten Steuersystem — zirka 10 Milliarden Schilling brutto kosten, wovon der Bund (netto) etwas mehr als die Hälfte zu tragen hat.

Bei Vermögensteuer und Erbschaftssteueräquivalent war die Ausweitung der Steuerpflicht (insb. E-Wirtschaft und ORF) zu berücksichtigen, wodurch sich eine starke Steigerung gegenüber 1987 ergibt. Der Wohnbauförderungsbeitrag wird sich wegen der Anhebung

der Höchstbeitragsgrundlage zur Krankenversicherung auf jene zur Pensionsversicherung etwas überproportional zur Lohnsteigerung entwickeln.

Bei der **Umsatzsteuer** wird das Einkommen 1988 deutlich über dem Voranschlag liegen und für 1989 wird — angesichts der optimistischen Prognosen für den privaten Konsum (6,3 vH) und des Mehraufkommens aus der Steuerreform — eine Steigerung von zirka 6 vH erwartet.

Bei den **Zöllen** zeichnet sich für 1988 ein Mehraufkommen von zirka 1 Milliarde Schilling gegenüber dem BVA ab. Für 1989 wird wieder mit einem leichten Rückgang der durchschnittlichen Zollbelastung gerechnet, sodaß trotz weiterhin stark steigender Warenimporte (Prognose +7,5 vH) eine nur leichte Steigerung angenommen wurde. Die übrigen Einfuhrabgaben sind etwa mit den Beträgen angesetzt, die auch 1988 zu erwarten sind.

Trotz der Erhöhung der **Tabaksteuer** im Zuge der Steuerreform wird wegen der in der letzten Zeit zu beobachtenden rückläufigen Entwicklung das Einkommen 1989 niedriger angesetzt als im BVA 1988. Die **Mineralölsteuer** wurde 1988 um etwa 4 vH unterschätzt, 1989 wird mit einer leichten Zunahme (ca. 2 vH) gerechnet.

Die **Gebühren** werden sich weiterhin nur mäßig entwickeln, lediglich bei den Spielgebühren ist wegen der Erhöhung von 15 vH auf 16 vH im Zuge der Steuerreform sowie einer voraussichtlich weiterhin guten Entwicklung bei Lotto-Toto (mit neuem Zusatzspiel) mit einem dynamischeren Verlauf zu rechnen. Daraus ergibt sich auch eine weiterhin günstige Entwicklung der **Konzessionsabgabe**.

Die **Nebenansprüche und Resteingänge** weggefallener Abgaben werden wegen der Erstattung der **Aufsichtsratsabgabe** deutlich hinter dem Voranschlag 1988 zurückbleiben (näheres dazu bei Ausführungen zu Titel 527).

Die für 1989 veranschlagten Beträge an öffentlichen Abgaben sind (ansatzweise) der Übersicht auf den Seiten 191 bis 193 zu entnehmen.

Ausgaben

Bei Ausgaben-Kapitel 52 „Öffentliche Abgaben“ gelangen nur solche Ausgaben zur Verrechnung, die den Abgabenertrag unmittelbar schmälern (Stempelmarkengebarung und Kosten des Einbringungs- und Strafverfahrens).

Personal- und Sachausgaben aus der Veranlagung, Einhebung und Einbringung der öffentlichen Abgaben sind bei Kapitel 50 „Finanzverwaltung“ veranschlagt.

Zu den einzelnen Titeln ist zu bemerken:

Titel 520 Einkommen- und Vermögensteuern

	Millionen Schilling
1987	155 878,7
1988	168 305,0
1989	167 420,1

Voranschlagsansatz 2/52004 Veranlagte Einkommensteuer

Gesetzliche Grundlage

Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400.

Sachlicher Überblick

Die **Einkommensteuer** ist die Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen. Der Einkommensbegriff ist, ohne einer bestimmten Einkommenstheorie zu folgen, durch folgende Einkunftsarten umschrieben: Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus selbständiger Arbeit, aus Gewerbebetrieb, aus nichtselbständiger Arbeit, aus Kapitalvermögen, aus Vermietung und Verpachtung und sonstige bestimmt bezeichnete Einkünfte. Das Einkommensteuergesetz 1988 geht vom Grundsatz der Individualbesteuerung aus. Die Höhe der Einkommensteuer (Lohnsteuer) bemißt sich nach einem progressiven Stufentarif. Der Steuersatz beginnt mit 10 vH für die ersten 50 000 S des Einkommens und nähert sich asymptotisch dem Satz von 50 vH bei Einkommen über 700 000 Schilling. Die sich auf Grund des Tarifs ergebende Steuer vermindert sich bei jedem Steuerpflichtigen um einen allgemeinen Absetzbe-

Kapitel 52 — Titel 520

173

trag von jährlich 5 000 S. Übersteigen die Einkünfte des einen Ehegatten nicht bestimmte Jahresbeträge, dann ist dem anderen Ehegatten der Alleinverdienerabsetzbetrag von jährlich 4 000 S zuzüglich jährlich 1 800 S für jedes Kind im Sinne des § 106 EStG 1988 zu gewähren. Der Alleinverdienerabsetzbetrag steht auch Alleinerhaltern zu, das sind Personen, die allein für mindestens ein unterhaltsberechtigtes Kind zu sorgen haben. Bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit ist ein Arbeitnehmerabsetzbetrag von 1 500 S jährlich und ein Verkehrsabsetzbetrag von jährlich 4 000 S zu berücksichtigen; Pensionisten steht hingegen ein Pensionistenabsetzbetrag von 5 500 S jährlich zu. Die genannten Steuerabsetzbeträge, die nur für unbeschränkt Steuerpflichtige in Frage kommen, sind von der sich nach dem Tarif ergebenden Steuer bis zur Höhe dieser Steuer abzusetzen, der Kinderzuschlag kann auch zu einer Steuergutschrift führen.

Ein sehr bedeutender Teil der Einkommensteuer wird im Wege der Einbehaltung an der Quelle erhoben. Diese besondere Erhebungsform der Einkommensteuer findet vor allem Anwendung auf Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (*Lohnsteuer*) und auf bestimmte inländische Kapitalerträge und Zinsen (*Kapitalertragsteuern*).

Voranschlagsansatz 2/52014 Lohnsteuer***Gesetzliche Grundlage***

Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400.

Sachlicher Überblick

Die *Lohnsteuer* ist eine Quellensteuer auf Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (Löhne und Gehälter, Pensionen) und wird nach Steuersätzen bemessen, die aus dem Einkommensteuertarif abgeleitet sind, wobei jedoch bestimmte Einkommensbestandteile (zB 13. und 14. Bezug, Zulagen und Zuschläge, Prämien, Diäten uä.) steuerfrei sind oder einer begünstigten Besteuerung unterliegen. Sie ist vom Arbeitgeber für den Arbeitnehmer bei jeder Lohnzahlung einzubehalten und monatlich an das Finanzamt abzuführen.

Voranschlagsansatz 2/52024 Kapitalertragsteuer***Sachlicher Überblick***

Die *Kapitalertragsteuer* wird von inländischen Kapitalerträgen erhoben, wie insbesondere von Gewinnanteilen (Dividenden), Zinsen und sonstigen Bezügen aus Anteilen an juristischen Personen sowie aus der Beteiligung an einem Handelsgewerbe als stiller Gesellschafter. Der Steuerabzug beträgt 25 vH von den vollen Kapitalerträgen.

Voranschlagsansatz 2/52025 Kapitalertragsteuer auf Zinsen***Sachlicher Überblick***

Die *Kapitalertragsteuer auf Zinsen* wird gemäß Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400, von bestimmten Zinsen aus Spareinlagen und festverzinslicher Wertpapiere im Ausmaß von 10 vH erhoben. Ausgenommen sind insbesondere Zinsen aus sogenannten „Eckzinssparbüchern“. 1989 werden 3 500 Millionen Schilling erwartet.

Voranschlagsansatz 2/52034 Körperschaftsteuer***Gesetzliche Grundlage***

Körperschaftsteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 401.

Sachlicher Überblick

Die *Körperschaftsteuer* ist die Einkommensteuer der juristischen Personen. Der Einkommensbegriff und die Art der Ermittlung des Einkommens bestimmen sich nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes. Die Körperschaftsteuer beträgt 30 vH.

Voranschlagsansatz 2/52035 Aufsichtsratsabgabe***Gesetzliche Grundlage***

Gesetz vom 28. März 1934, DRGBI. I S 253, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 587/1983.

Sachlicher Überblick

Vergütungen jeder Art, die den Aufsichtsratsmitgliedern von Kapitalgesellschaften, Genossenschaften und Personenvereinigungen des privaten und öffentlichen Rechtes, bei denen die Gesellschafter nicht als Unternehmer anzusehen sind, für die Überwachung der Geschäftsführung gewährt werden, sind bei Zufluß bis 31. Dezember 1988 abgabepflichtig. Mit Wirkung 1. Jänner 1989 ist das Aufsichtsratsabgabengesetz vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben worden.

Voranschlagsansatz 2/52036 Abgabe von Zuwendungen**Gesetzliche Grundlage**

Einkommensteuergesetznovelle 1975, Art. II, BGBl. Nr. 391.

Sachlicher Überblick

Der Abgabe von Zuwendungen unterliegen Zuwendungen von Berufs- und Wirtschaftsverbänden (Interessenvertretungen) mit freiwilliger Mitgliedschaft an politische Parteien sowie an Organisationen, die einer politischen Partei nahestehen oder die nicht selbst als Berufs- und Wirtschaftsverband (Interessenvertretung) anzusehen sind. Die gleiche Abgabepflicht besteht auch für Zuwendungen dieser Berufs- und Wirtschaftsverbände (Interessenvertretungen) an Personen oder Personengemeinschaften, wenn die Zuwendungen unter das Spendenabzugsverbot des Einkommensteuergesetzes oder des Körperschaftsteuergesetzes fallen. Abgabepflichtig sind die die Zuwendungen gewährenden Berufs- und Wirtschaftsverbände (Interessenvertretungen); die Abgabe beträgt 35 vH der zugewendeten Beträge.

Voranschlagsansätze 2/52044 und 2/52054 Gewerbesteuer und Bundesgewerbesteuer**Gesetzliche Grundlage**

Gewerbesteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 2/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 403/1988.

Sachlicher Überblick

Die Gewerbesteuer ist eine bundesgesetzlich geregelte Gemeindesteuer, der stehende Gewerbebetriebe und Wandergewerbebetriebe, soweit sie im Inland betrieben werden, unterliegen. Besteuerungsgrundlagen sind der Gewerbeertrag und daneben die Lohnsumme. Bei der Berechnung der Gewerbesteuer vom Gewerbeertrag wird von einem Steuermeßbetrag ausgegangen. Der Steuermeßbetrag ergibt sich durch Anwendung eines Hundertsatzes (Steuermeßzahl) auf den Gewerbeertrag. Von diesem so gebildeten Steuermeßbetrag wird die Gewerbesteuer durch Anwendung des Hebesatzes (Hundertsatzes des Meßbetrages) von 172 vH errechnet. Von der Bundesfinanzverwaltung wird nur die Gewerbesteuer vom Gewerbeertrag für die Gemeinden eingehoben; die Lohnsummensteuer erheben die Gemeinden selbst ein.

Außerdem wird nach den gleichen Grundsätzen wie für die Gewerbesteuer der Gemeinden nach dem Gewerbeertrag eine Bundesgewerbesteuer (gleichartige Abgabe von demselben Besteuerungsgegenstand) im Ausmaß von 128 vH des Steuermeßbetrages erhoben.

Voranschlagsansatz 2/52064 Vermögensteuer**Gesetzliche Grundlage**

Vermögenssteuergesetz, BGBl. Nr. 192/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 402/1988;

Bewertungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 402/1988.

Sachlicher Überblick

Der Vermögensteuer unterliegt das Gesamtvermögen bzw. das Inlandsvermögen, das nach den Vorschriften des Bewertungsgesetzes ermittelt wird.

Bei der Festsetzung der Vermögensteuer für unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen sind Freibeträge in Höhe von 150 000 S vorgesehen.

Die Vermögensteuer beträgt 1 vH des steuerpflichtigen Vermögens.

Kapitel 52 — Titel 520

175

Voranschlagsansatz 2/52065 Erbschaftssteueräquivalent**Gesetzliche Grundlage**

Erbschaftssteueräquivalentgesetz 1960, BGBl. Nr. 286, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 402/1988.

Sachlicher Überblick

Das Erbschaftssteueräquivalent ist eine Abgabe zum Ausgleich der erbschaftssteuerlichen Belastung natürlicher Personen. Abgabepflichtig sind juristische Personen, die nach dem Vermögensteuergesetz 1954, BGBl. Nr. 192, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 402/1988, unbeschränkt oder beschränkt vermögensteuerpflichtig sind. Von der Abgabe ausgenommen sind ua. die nach § 3 des Vermögensteuergesetzes befreiten juristischen Personen. Gegenstand der Abgabe ist bei unbeschränkter Vermögensteuerpflicht das Gesamtvermögen der abgabepflichtigen juristischen Personen. Das Gesamtvermögen (Inlandsvermögen) von Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Agrargemeinschaften und sonstigen Abgabepflichtigen, die Partizipationskapital begeben können, unterliegt nur insoweit der Abgabe, als nicht unmittelbar oder mittelbar im Wege einer Gesellschaft, bei der die Gesellschafter als Mitunternehmer anzusehen sind, physische Personen beteiligt sind, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben. Dies gilt nur, wenn auf die Beteiligungen dieser physischen Personen mehr als 10 vH des Gesamtvermögens (Inlandsvermögens) entfallen. Die Abgabe beträgt jährlich 5 vT des auf 1 000 S abgerundeten abgabepflichtigen Gesamtvermögens (Inlandsvermögens).

Voranschlagsansatz 2/52066 Erbschafts- und Schenkungssteuer**Gesetzliche Grundlage**

Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz 1955, BGBl. Nr. 141, zuletzt geändert durch 312/1987.

Sachlicher Überblick

Für Erwerbe von Todes wegen (Erbanfälle, Vermächtnisse) und Schenkungen unter Lebenden wird die Erbschafts- und Schenkungssteuer eingehoben. Zahlungspflichtig ist der Erwerber, bei einer Schenkung auch der Geschenkgeber. Der Steuersatz ist sowohl nach der Höhe des Erwerbes als auch nach dem Verwandtschaftsverhältnis zwischen Erblasser (Geschenkgeber) und Erwerber nach fünf Steuerklassen gestaffelt und beträgt für die Steuerklasse I 2 vH bis 15 vH und für die übrigen Steuerklassen 4 vH bis 60 vH. Freibeträge richten sich jeweils nach den Steuerklassen. Ermäßigungen für gemeinnützige Institutionen sowie Befreiungen aus sozialen Gründen sind vorgesehen.

Voranschlagsansatz 2/52074 Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz über die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, BGBl. Nr. 166/1960, in der Fassung BGBl. Nr. 486/1984.

Sachlicher Überblick

Nach dem Bundesgesetz über die „Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben“ wird von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben und land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken eine Abgabe erhoben, die mit 400 vH des Grundsteuermeßbetrages festzusetzen ist.

Voranschlagsansatz 2/52084 Bodenwertabgabe

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 285/1960, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 383/1973.

Sachlicher Überblick

Gegenstand der Bodenwertabgabe sind die unbebauten Grundstücke einschließlich der unbebauten Betriebsgrundstücke, wobei für bestimmte Grundstücke Befreiungen vorgesehen sind. Überdies ist bei der Errichtung eines Einfamilienhauses durch den Abgabeschuldner diesem die für die letzten fünf Jahre entrichtete Bodenwertabgabe rückzuerstatten.

Die Bodenwertabgabe beträgt 1 vH des maßgebenden Einheitswertes, soweit dieser 200 000 S übersteigt.

Voranschlagsansatz 2/52086 Wohnbauförderungsbeitrag**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 13/1952, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 482/1984;

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 280/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 320/1982.

Sachlicher Überblick

Beitragspflichtig sind Dienstnehmer (Heimarbeiter), solange sie Anspruch auf Entgelt haben, und deren Dienstgeber (Auftraggeber). Ausgenommen von der Beitragspflicht sind die im § 2 Abs. 3 genannten Personengruppen.

Der Beitrag beträgt gemäß § 3 Abs. 1 des obzitierten Gesetzes für jeden beitragspflichtigen Dienstnehmer (Heimarbeiter),

- a) der in der Krankenversicherung pflichtversichert ist, 5 vT der allgemeinen Beitragsgrundlage in der Krankenversicherung (in der Krankenversicherung der Bundesangestellten der Bemessungsgrundlage) bzw., wenn der Dienstnehmer (Heimarbeiter) zwar nicht in der Krankenversicherung, jedoch in der Pensionsversicherung pflichtversichert ist, der allgemeinen Beitragsgrundlage in der Pensionsversicherung;
- b) der weder in der Krankenversicherung noch in der Pensionsversicherung pflichtversichert ist, 5 vT des Arbeitsverdienstes aus dem Dienstverhältnis, für das der Beitrag zu entrichten ist.

Der Beitrag darf jedoch keinesfalls 5 vT der jeweiligen Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, überschreiten.

Der Dienstgeber (Auftraggeber) hat einen gleich hohen Beitrag für jeden von ihm beschäftigten beitragspflichtigen Dienstnehmer (Heimarbeiter) zu leisten.

Voranschlagsansatz 2/52094 Sonderabgabe von Banken**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 553/1980, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 312/1987.

Sachlicher Überblick

Gegenstand der Sonderabgabe von Banken ist der Betrieb von Kreditunternehmungen, auf die das Kreditwesengesetz Anwendung findet, sowie von Bausparkassen. Verschiedene Aktivitäten der Kreditunternehmungen werden von der Besteuerung ausgenommen, etwa ausländische Betriebsstätten, bestimmte Auslandsgeschäfte sowie bestimmte Exportgeschäfte. Die Sonderabgabe von Banken, die in den Kalenderjahren 1981 bis 1990 erhoben wird, beträgt 0,5 vT der Bilanzsumme der Kreditunternehmung im jeweiligen Kalenderjahr. Sie erhöht sich um 100 000 S für jede Geschäftsstelle bzw. für bestimmte kleine Geschäftsstellen um 10 000 S pro Geschäftsstelle, sie beträgt aber insgesamt höchstens 1 vT der Bilanzsumme der jeweiligen Kreditunternehmung. Die Sonderabgabe von Banken wird im Wege der Veranlagung erhoben. Auf die veranlagte Abgabe sind von den Kreditunternehmungen vierteljährlich Vorauszahlungen zu entrichten, die auf die zu veranlagende Abgabe angerechnet werden.

Titel 521 Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge)

Millionen Schilling

1987	4 429,2
1988	94,0
1989	110,0

Voranschlagsansatz 2/52180 Kunstförderungsbeitrag**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 573/1981; zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1988

Kapitel 52 — Titel 522

177

Sachlicher Überblick

Abgabepflichtig sind die Inhaber einer unbefristeten Rundfunk-Hauptbewilligung. Die Abgabe ist in Höhe von 48 S jährlich zu entrichten.

Das nach Abzug der Einhebungsvergütung und des Anteiles der Länder wird das verbleibende Erträgnis zur Gänze für Zwecke der Kunstförderung, der Museen und des Bundesdenkmalamtes verwendet.

Titel 522 Umsatzsteuern

	Millionen Schilling
1987	133 541,4
1988	135 800,0
1989	147 500,0

Voranschlagsansatz 2/52204 Umsatzsteuer**Gesetzliche Grundlagen**

Umsatzsteuergesetz 1972, BGBl. Nr. 223, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 410/1988;

Bundesgesetz über die Einführung des Umsatzsteuergesetzes 1972, BGBl. Nr. 224/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 520/1981.

Sachlicher Überblick

Mit Wirksamkeit 1. Jänner 1973 ist das bis dahin geltende System der kumulativen Allphasen-Bruttoumsatzsteuer durch eine Nettoumsatzsteuer mit Vorsteuerabzug ersetzt worden. Diese Maßnahme ist insbesondere im Hinblick auf die Integrationsbestrebungen mit der EG, aber auch im Hinblick auf die durch die Bruttoumsatzsteuer geschaffenen innerstaatlichen Wettbewerbsverzerrungen notwendig geworden.

Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ist eine allgemeine Verkehrsteuer. Sie wird auf allen Stufen des Wirtschaftsablaufes erhoben. Steuergegenstand sind die Lieferungen und sonstigen Leistungen, die ein Unternehmer im Inland gegen Entgelt im Rahmen seines Unternehmens ausführt. Ferner der Eigenverbrauch und die Einfuhr von Waren im Sinne des Zollgesetzes in das Zollgebiet (Einfuhrumsatzsteuer).

Bemessungsgrundlage für die Mehrwertsteuer ist bei Lieferungen und sonstigen Leistungen das Entgelt, das ist alles, was der Empfänger einer Lieferung oder sonstigen Leistung aufzuwenden hat, um die Lieferung oder sonstige Leistung zu erhalten, beim Eigenverbrauch der Teilwert des entnommenen oder unentgeltlich zugewendeten Gegenstandes oder die auf die Nutzung des Gegenstandes entfallenden Kosten bzw. die nichtabzugsfähigen Ausgaben (Aufwendungen) und bei der Einfuhr in der Regel der Zollwert oder das geschuldete Entgelt der eingeführten Ware.

Jeder Unternehmer, der im Inland Lieferungen oder sonstige Leistungen ausführt oder im Inland seinen Sitz oder eine Betriebsstätte hat, ist berechtigt, den für seinen Umsatz geschuldeten Steuerbetrag um die Steuerbeträge zu kürzen, die ihm von anderen Unternehmern für ihre Lieferungen oder sonstigen Leistungen, die im Inland für sein Unternehmen ausgeführt worden sind, in den Eingangsrechnungen offen überwält werden (Vorsteuern). Ebenso kann die bei der Einfuhr entrichtete Einfuhrumsatzsteuer für Gegenstände, die für sein Unternehmen eingeführt worden sind, als Vorsteuer abgezogen werden. Durch den Vorsteuerabzug wird erreicht, daß in jeder Wirtschaftsstufe im Ergebnis nur der Nettoumsatz besteuert bzw. die Kumulativwirkung ausgeschaltet wird. Mit Rücksicht darauf, daß die Mehrwertsteuer im Effekt erst beim Übergang der Ware oder Erbringung der Leistung an Letztverbraucher endgültig wirksam wird, hat sie die Wirkung einer Verbrauchsteuer bzw. Einzelhandelssteuer. Aus wirtschaftlichen, fiskalischen, steuertechnischen und psychologischen Gründen wurden jedoch sämtliche Unternehmer in den Besteuerungsprozeß eingeschaltet, sodaß eine Fraktionierung der Steuerzahlung auf allen Wirtschaftsstufen erfolgt.

Der allgemeine Steuersatz beträgt 20 vH der Bemessungsgrundlage und ermäßigt sich auf 16 vH für die in einem Zollausschlußgebiet bewirkten Umsätze, wenn der Unternehmer einen Wohnsitz (Sitz),

gewöhnlichen Aufenthalt oder eine Betriebsstätte in diesem Zollausschlußgebiet hat. Die Steuer ermäßigt sich auf 10 vH für die Lieferungen, den Eigenverbrauch und die Einfuhr von in der Anlage A dieses Bundesgesetzes aufgezählten Gegenständen (insbesondere Lebensmittel, landwirtschaftliche Erzeugnisse, verschiedene Rohstoffe, Waren des Buchhandels) sowie ua. für die Vermietung und Verpachtung von Grundstücken, für die Beherbergung samt Nebenleistungen, gewisse Leistungen der Wohnungseigentümergeinschaften, die sonstigen Leistungen aus der Tätigkeit als Künstler, verschiedene Leistungen im Kultur- und Unterhaltungsbereich, bestimmte Leistungen der Kranken- und Pflegeanstalten, bestimmte Leistungen gemeinnütziger Institutionen und die Beförderung von Personen, soweit diese nicht befreit sind. Nicht begünstigt ist jedoch ua. die Vermietung (Nutzungsüberlassung) von Räumlichkeiten oder Plätzen für das Abstellen von Fahrzeugen aller Art. Die Steuer für die Lieferungen, den Eigenverbrauch und die Einfuhr von Energieträgern (zB von Kohle, Heizöl, Gas, elektrischem Strom) ist ab 1984 dem allgemeinen Steuersatz von 20 vH angeglichen. Die Steuer erhöht sich auf 32 vH für die Lieferungen, die Vermietung, den Eigenverbrauch und die Einfuhr der in der Anlage B aufgezählten Gegenstände (insbesondere Personenkraftwagen, Motorräder, Flugzeuge).

Das Gesetz unterscheidet zwischen Steuerbefreiungen, bei denen das Recht zum Vorsteuerabzug unberührt bleibt (echte Befreiungen), wie die Befreiung der Ausfuhrlieferungen, der Lohnveredlungen und bestimmter im Gesetz aufgezählter Leistungen für ausländische Auftraggeber, die Beförderung von Personen mit Schiffen und Luftfahrzeugen sowie von Gegenständen im grenzüberschreitenden Verkehr; die Umsätze der Träger der Sozialversicherung und ihrer Verbände sowie die Umsätze der Krankenfürsorgeeinrichtungen im Sinne des § 2 Abs. 1 Z 2 des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes, und Befreiungen, bei denen der Vorsteuerabzug ausgeschlossen ist (unechte Befreiungen). Unter letztere fallen insbesondere Leistungen im Bereich der Geld- und Kreditwirtschaft, Leistungen, die anderen Verkehrsteuern (zB Grunderwerbsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Versicherungssteuer) unterliegen, die Umsätze der Blinden sowie die Umsätze von privaten Schulen und anderen allgemeinbildenden oder berufsbildenden Einrichtungen unter bestimmten Voraussetzungen, die Umsätze aus der Tätigkeit als Bausparkassen- oder Versicherungsvertreter, als Schriftsteller, Journalist oder Komponist sowie die Umsätze gemeinnütziger Sportvereine.

Unternehmer, deren Umsätze (Lieferungen, sonstige Leistungen und Eigenverbrauch) im Veranlagungszeitraum 40 000 S nicht übersteigen und die nicht auf die Anwendung dieser Bagatellregelung verzichten, sind von der Verpflichtung, eine Steuererklärung (Voranmeldung) abzugeben und die Steuer zu entrichten, befreit; bestimmte Steuerbeträge, wie die Einfuhrumsatzsteuer, eine zu Unrecht in einer Rechnung gesondert ausgewiesene Steuer sowie die für die Beförderung von Personen im grenzüberschreitenden Gelegenheitsverkehr mit nicht im Inland zugelassenen Kraftfahrzeugen und Anhängern geschuldete Steuer sind jedoch zu entrichten.

Bei nichtbuchführungspflichtigen Unternehmern, die Umsätze im Rahmen eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes ausführen, und die nicht die Besteuerung nach den allgemeinen Vorschriften dieses Gesetzes verlangen, wird die Steuer für diese Umsätze mit 10 vH festgesetzt. Für die Umsätzen zuzurechnenden Vorsteuerbeträge werden in gleicher Höhe festgesetzt. Für die Lieferungen und den Eigenverbrauch der in der Anlage A zu diesem Gesetz nicht angeführten Getränke und alkoholischen Flüssigkeiten ist jedoch mit Ausnahme der unter § 10 Abs. 2 Z 4 UStG 1972 fallenden Umsätze eine zusätzliche Steuer von 10 vH zu entrichten.

Voranschlagsansatz 2/52224 Abgabe von alkoholischen Getränken

Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 446/1972 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 410/1988.

Sachlicher Überblick

Die Lieferungen alkoholischer Getränke, die ein Unternehmer im Inland gegen Entgelt im Rahmen seines Unternehmens an Letztverbraucher ausführt, sowie der Eigenverbrauch und die Einfuhr solcher Getränke unterliegen einer Abgabe. Diese beträgt 10 vH des für Lieferungen vereinbarten (vereinnehmen) Entgeltes, des Teilwertes des entnommenen Gegenstandes oder des Zollwertes bzw. geschuldeten Entgeltes eines eingeführten Gegenstandes. Die Abgabe ermäßigt sich auf 5 vH für bestimmten Wein aus frischen Weintrauben und bestimmte andere gegorene Getränke. Abgabefrei sind Ausfuhrlieferungen, ferner die üblichen Naturalleistungen, die ein Unternehmer seinen Arbeitnehmern als Vergütung für geleistete Dienste gewährt, sowie der Eigenverbrauch bei landwirtschaftlichen Betrieben im Mindestbetrag von 7 500 S jährlich.

Kapitel 52 — Titel 523

179

Titel 523 Einfuhrabgaben

	Millionen Schilling
1987	5 603,5
1988	5 500,0
1989	6 600,0

Voranschlagsansatz 2/52304 Zölle**Gesetzliche Grundlagen**

Zollgesetz 1955, BGBl. Nr. 129/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 663/1987;

Zollgesetz-Durchführungsverordnung 1973, BGBl. Nr. 476/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 271/1988;

Zolltarifgesetz 1988, BGBl. Nr. 155/1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 332/1988, sowie Verordnung über die Änderung von allgemeinen Zollsätzen des Zolltarifgesetzes 1987, BGBl. Nr. 693/1987 in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 428/1988;

Zweites Genfer Protokoll (1987) zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen mit den österreichischen GATT-Vertragszöllen, BGBl. Nr. 16/1988, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 490/1988;

GATT — Ausdehnungsgesetz, BGBl. Nr. 419/1970;

Wertzollgesetz 1980, BGBl. Nr. 221/1980, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 663/1987;

Taragesetz, BGBl. Nr. 130/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 191/1963;

EFTA-Übereinkommen, BGBl. Nr. 100/1960;

Abkommen zwischen Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), BGBl. Nr. 466/1972;

Abkommen zwischen Österreich und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), BGBl. Nr. 467/1972;

Integrations-Durchführungsgesetz 1988, BGBl. Nr. 623/1987;

Präferenzzollgesetz 1982, BGBl. Nr. 487/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 234/1988;

Bundesgesetz über die zollfreie oder zollermäßigte Einfuhr von handwerklich hergestellten Waren zur Förderung der Handelsbeziehungen mit Entwicklungsländern, BGBl. Nr. 94/1972, bzw. diesbezügliche Verordnungen in der Fassung BGBl. Nr. 472/1988.

Sachlicher Überblick

Zölle werden bei der Einfuhr von Waren nach näherer Anordnung des Zolltarifes erhoben (Einfuhrzölle). Die Einfuhrzölle sind nach den im Zolltarif festgelegten allgemeinen Zollsätzen zu berechnen, soweit nicht günstigere Vertragszollsätze völkerrechtlich vereinbart sind oder in bundesgesetzlichen Vorschriften etwas anderes bestimmt ist. Die Zölle werden entweder nach dem Wert, nach dem Gewicht oder nach der Stückzahl der Waren bemessen.

Die Gewichts- und Stückzollsätze sind in der Schillingwährung festgelegt.

Bei der Einfuhr von Waren sind neben dem Zoll die Einfuhrumsatzsteuer, Verbrauchsteuern und die Monopolabgaben sowie der Außenhandelsförderungsbeitrag und die handelsstatistische Anmeldegebühr nach den hierfür geltenden Vorschriften zu erheben.

Bei der Einfuhr von Waren aus den Mitgliedstaaten des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) werden seit 1951 Vertragszölle erhoben. Seit 1971 werden die GATT-Vertragszölle auf Einfuhren aus allen Staaten angewendet (GATT-Ausdehnungsgesetz).

Bei der Einfuhr von Waren aus den Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) werden unter bestimmten Voraussetzungen (Nachweis über Ursprung und Herkunft sowie Nichtinanspruchnahme einer Zollrückvergütung) keine Zölle erhoben. Von dieser Zollfreiheit sind die meisten Waren des Agrarsektors ausgenommen.

Bei der Einfuhr von Waren, die aus der Europäischen Gemeinschaft (EG) stammen, werden unter bestimmten Voraussetzungen (Nachweis über Ursprung und Herkunft sowie Nichtinanspruchnahme einer Zollrückvergütung) seit 1. Juli 1977 keine Zölle erhoben. Von dieser Zollfreiheit sind die meisten Waren des Agrarsektors ausgenommen. Für aus Spanien stammende Waren kommen aber im Hinblick auf die anlässlich des EG-Beitritts mit 1. Jänner 1986 vereinbarte siebenjährige Übergangszeit noch — gesenkte — Zollsätze zur Anwendung.

Bei der Einfuhr von bestimmten Waren, die aus Entwicklungsländern stammen, werden unter bestimmten Voraussetzungen (Nachweis über Ursprung und Herkunft) Vorzugszölle erhoben.

Voranschlagsansatz 2/52324 Abschöpfungsbetrag nach dem Zuckergesetz

Gesetzliche Grundlage

Zuckergesetz, BGBl. Nr. 217/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 663/1987.

Sachlicher Überblick

Bei der Einfuhr von Waren der Nummern und Unternummern 1212 91, 1701 11, 12, 91 B und 99, 1702 10 B, 20 und 90 C, D, 1703, 2106 90 A 3 des Zolltarifes wird an Stelle des Zolles als ausschließliche Bundesabgabe ein Abschöpfungsbetrag erhoben.

Die für die Berechnung des Abschöpfungsbetrages im Einzelfall maßgeblichen Abschöpfungssätze werden durch Verordnung des Bundesministers für Finanzen festgesetzt (Schillingsatz je 100 kg Eigengewicht der Ware) und im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ kundgemacht.

Voranschlagsansatz 2/52334 Abschöpfungsbetrag und Ausgleichsabgabe nach dem Stärkegesetz

Gesetzliche Grundlage

Stärkegesetz, BGBl. Nr. 218/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 663/1987.

Sachlicher Überblick

Bei der Einfuhr von Waren der Nummern und Unternummern 0710 10, 90 A, 0712 10, 90 E 1, 0713 10, 20, 30, 50, 0714, 1006 40 A, 1105, 1106 20, 1108 11, 12, 13, 14, 19 A, B, 1109, 2303 10 A, B, 30 A, B des Zolltarifs wird an Stelle des Zolles als ausschließliche Bundesabgabe ein Abschöpfungsbetrag erhoben.

Bei der Einfuhr von Waren der Nummern und Unternummern 1702 30 A 1, A 2, B, 40, 60 B, 90 A, 1903, 2106 90 A 1, 3505 10 A 1, 3823 10 A des Zolltarifs wird an Stelle des Zolles als ausschließliche Bundesabgabe eine Ausgleichsabgabe erhoben.

Die Ausgleichsabgabe setzt sich aus einem festen Teilbetrag (Schutzelement), der 20 vH des Zollwertes der eingeführten Ware beträgt, und aus einem beweglichen Teilbetrag, der nach Warenhauptgruppen auf Grund des Störkeeinsatzes festzulegen ist, zusammen.

Bei der Einfuhr von Waren der Nummer 1903 00 des Zolltarifes aus den Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) bzw. aus der Europäischen Gemeinschaft (EG) wird kein fester Teilbetrag, aus Spanien ein gesenkter fester Teilbetrag erhoben. Diese Ermäßigungen sind nur unter bestimmten Voraussetzungen (Nachweis über Ursprung und Herkunft, Einhaltung der Vorschriften im EG- bzw. EFTA-Übereinkommen betreffend Zollrückvergütungen) zu gewähren.

Bei der Einfuhr von Waren der Nummern 3505 10 A 1 und 3823 10 A des Zolltarifes aus den Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) wird unter bestimmten Voraussetzungen (Nachweis über Ursprung und Herkunft, Einhaltung der Vorschriften über Zollrückvergütungen) keine Ausgleichsabgabe erhoben.

Die für die Berechnung des Abschöpfungsbetrages bzw. der Ausgleichsabgabe im Einzelfall maßgeblichen Abschöpfungssätze bzw. beweglichen Teilbeträge der Ausgleichsabgabe (variable Komponente) werden durch Verordnung des Bundesministers für Finanzen festgesetzt (Schillingsatz je 100 kg Eigengewicht der Ware) und im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ kundgemacht.

Voranschlagsansatz 2/52344 Ausgleichsabgabe nach dem Ausgleichsabgabengesetz

Gesetzliche Grundlage

Ausgleichsabgabengesetz, BGBl. Nr. 219/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 663/1987.

Kapitel 52 — Titel 524

181

Sachlicher Überblick

Bei der Einfuhr von Waren mit bestimmten landwirtschaftlichen Rohstoffeinsätzen, die im Ausgleichsabgabegesetz nach den Nummern und Unternummern des Zolltarifes angeführt sind, wird an Stelle des Zolles als ausschließliche Bundesabgabe eine Ausgleichsabgabe nach dem Ausgleichsabgabegesetz erhoben.

Weiters besteht die Möglichkeit, die in der Anlage zum Ausgleichsabgabegesetz angeführten Waren bei Vorliegen der im Gesetz im einzelnen näher umschriebenen Voraussetzungen im Verordnungswege in die Ausgleichsabgaberegulation einzubeziehen.

Die Ausgleichsabgabe setzt sich aus einem festen Teilbetrag (Schutzelement), der je nach Warenart derzeit 4 vH bis 20 vH des Zollwertes der eingeführten Ware beträgt, und aus einem beweglichen Teilbetrag, der nach Warenhauptgruppen auf Grund von Durchschnittsrezepturen der für die Herstellung der Ware üblicherweise benötigten Mengen von Zucker, Melasse, Getreide, Grieß, Getreidemehl, Kartoffeln, Erzeugnissen aus Kartoffeln, Stärke, Hühnereiern, Erzeugnissen aus Hühnereiern, Milch und Erzeugnissen aus Milch festzulegen ist, zusammen. Die für die Berechnung der Ausgleichsabgabe im Einzelfall maßgeblichen beweglichen Teilbeträge (variable Komponente) werden durch Verordnung des Bundesministers für Finanzen festgesetzt (Schillingsatz je 100 kg Eigengewicht der Ware) und im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ kundgemacht.

Bei Einfuhren aus den Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) bzw. aus der Europäischen Gemeinschaft (EG) wird kein fester Teilbetrag, aus Spanien ein gesenkter fester Teilbetrag erhoben. Diese Ermäßigungen sind nur unter bestimmten Voraussetzungen (Nachweis über Ursprung und Herkunft, Einhaltung der Vorschriften im EG- bzw. EFTA-Übereinkommen betreffend Zollrückvergütungen) zu gewähren.

Voranschlagsansatz 2/52354 Abgabe nach dem Antidumpinggesetz**Gesetzliche Grundlage**

Antidumpinggesetz, BGBl. Nr. 97/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 663/1987.

Sachlicher Überblick

Nach dem Antidumpinggesetz 1985 wird bei bestimmten Waren, die in Verordnungen des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten kundzumachen sind, ein Antidumpingzoll in Höhe des jeweiligen Unterschiedsbetrages zwischen dem Ausfuhrpreis und dem in der betreffenden Verordnung festgestellten normalen Wert der Ware oder ein Ausgleichszoll in Höhe der in der betreffenden Verordnung festgestellten Prämie oder Subvention erhoben.

Titel 524 Verbrauchsteuern

Millionen Schilling

1987	30 726,8
1988	32 211,9
1989	31 673,0

Voranschlagsansatz 2/52404 Tabaksteuer**Gesetzliche Grundlage**

Tabaksteuergesetz 1962, BGBl. Nr. 107, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 663/1987.

Sachlicher Überblick

Der T a b a k s t e u e r unterliegen Tabakwaren, das sind Zigarren, Zigaretten und anderer verarbeiteter Tabak. Die Tabaksteuer wird vom Verkaufspreis der Tabakwaren berechnet und beträgt für Zigaretten 55 vH, für Feinschnitt und Rauchtobak, der mehr als 50 Gewichtsprozent Feinschnitt enthält, 47 vH, für Zigarren (auch Stumpfen und Zigarillos) 13 vH und für anderen verarbeiteten Tabak (Pfeifentobak, Kautobak, Schnupftobak) 34 vH.

Voranschlagsansatz 2/52414 Biersteuer**Gesetzliche Grundlage**

Biersteuergesetz 1977, BGBl. Nr. 297, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 663/1987.

Sachlicher Überblick

Steuergegenstand sind Bier und bestimmte bierhaltige Getränke. Die Biersteuer beträgt je Hektoliter für Bier mit einem Stammwürzegehalt von nicht mehr als 14 vH (Normalbier) 83 S, für Bier mit einem Stammwürzegehalt von mehr als 14 vH aber nicht mehr als 20 vH (Starkbier) 166 S und für Bier mit einem Stammwürzegehalt von mehr als 20 vH (Sonderbier) für jede angefangene Einheit im Prozentsatz des Stammwürzegehaltes 11 S. Für die ersten 14 000 Hektoliter Normalbier, die in jedem Kalenderjahr aus demselben Herstellungsbetrieb weggebracht oder dort zum Verbrauch entnommen wurden und die zu versteuern sind, gelten ermäßigte Steuersätze. Sie betragen für die ersten 3 500 Hektoliter 60 vH, für die zweiten 3 500 Hektoliter 70 vH, für die dritten 3 500 Hektoliter 80 vH und für die vierten 3 500 Hektoliter 90 vH des vollen Steuersatzes.

Voranschlagsansatz 2/52420 Absatzförderungsbeitrag auf Milch (zweckgeb. Einnahmen)**Gesetzliche Grundlage**

Marktordnungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 210, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 330/1988.

Sachlicher Überblick

Mit dem Wirksamwerden der Bestimmungen des Unterabschnittes D des MOG 1967 wiederverlautbart als MOG 1985, wurde ab 1. Juli 1978 die Finanzierung der Maßnahmen zur Verwertung der jeweils anfallenden Milchüberschüsse gesetzlich geregelt. Gemäß § 70 MOG 1985 ist jener Anteil am Finanzierungserfordernis, welcher einer Milchmenge entspricht, die um 16 vH den Inlandsabsatz übersteigt, durch Mittel des Bundes zu bedecken. Der darüber hinausgehende Finanzierungsanteil ist durch die Milchproduzenten aufzubringen.

Dementsprechend werden durch den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft nach Maßgabe des § 71 MOG 1985 ein allgemeiner und ein zusätzlicher Absatzförderungsbeitrag in der jeweils erforderlichen Höhe mit Verordnung festgesetzt und über den Milchwirtschaftsfonds eingehoben. Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft und der Milchwirtschaftsfonds sind bei der Vollziehung des Unterabschnittes D Abgabenbehörde im Sinne des § 49 Abs. 1 der Bundesabgabenordnung, BGBl. Nr. 194/1961. Die Absatzförderungsbeiträge sind ausschließliche Bundesabgaben und zweckgebunden für Absatz- und Verwertungsmaßnahmen im Bereich der Milchwirtschaft zu verwenden. Die korrespondierenden Ausgaben sind beim Voranschlagsansatz 1/60496 veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/52421 Abhofpauschale auf Milch (zweckgeb. Einnahmen)**Gesetzliche Grundlage**

Marktordnungsgesetz 1985 BGBl. Nr. 210, in der Fassung BGBl. Nr. 138/1987.

Sachlicher Überblick

Durch die MOG-Novelle 1987 wurde das Abhofpauschale auf Milch als selbständige ausschließliche Bundesabgabe konstituiert. Die diesbezüglichen Einnahmen sind zur Gänze für absatzfördernde Maßnahmen für Milch und Erzeugnisse aus Milch im Inland zu verwenden. Die korrespondierenden Ausgaben sind beim Voranschlagsansatz 1/60486 veranschlagt.

Voranschlagsansatz 2/52444 Mineralölsteuer — MinStG 1981**Gesetzliche Grundlagen**

Mineralölsteuergesetz 1981, BGBl. Nr. 597, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 663/1987;

Gasöl-Steuerbegünstigungsgesetz, BGBl. Nr. 259/1966, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 608/1987.

Sachlicher Überblick

Gegenstand der Mineralölsteuer sind jene flüssigen Kohlenwasserstoffe, Kohlenwasserstoffgemische und kohlenwasserstoffhaltigen Produkte, die sich allein oder in Verbindung mit anderen

Kapitel 52 — Titel 524

183

Stoffen zum Antrieb von Motoren eignen. Eine tatsächliche verbrauchsteuerliche Belastung tragen jedoch nur solche Mineralöle, die zum Antrieb von Motoren, zum Heizen oder zum Beleuchten verwendet werden. Steuergegenstand ist ferner Flüssiggas, das als Treibstoff für Kraftfahrzeuge dient. Die Steuer beträgt für verbleite Benzine und Petroläther 499 S, für solche unverbleite Waren sowie für Produkte, die diesen Mineralölen gleichartig sind, 442 S, für alle übrigen steuerpflichtigen Mineralöle (zB für Petroleum oder Dieselöl) 361 S und für Flüssiggas 260 S für 100 kg Eigengewicht. Für besonders gekennzeichnetes, zum Verheizen abgegebenes Gasöl ist die Mineralölsteuer auf 57 S für 100 kg ermäßigt.

Für Mineralöl, das in landwirtschaftlichen Betrieben zum Antrieb bestimmter Maschinen dient, für Gasöl, das von den Österreichischen Bundesbahnen zum Antrieb von Schienenfahrzeugen verwendet wurde, und für Gasöl zum Antrieb von Gesamtenergieanlagen und Wärmepumpen wird eine Mineralölsteuervergütung von 2,58 S je Liter geleistet, die der Differenz zwischen dem vollen Steuersatz für Gasöl und dem ermäßigten Steuersatz für Gasöl für Heizzwecke entspricht.

Vorschlagsansatz 2/52454 Branntweinaufschlag**Gesetzliche Grundlagen**

Gesetz über das Branntweinmonopol, DRGBI. I S 405, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 265/1955; Kundmachung, BGBl. Nr. 248/1963.

Sachlicher Überblick

Ablieferungspflichtiger Branntwein wird zu einem vom Bundesministerium für Finanzen jährlich festgesetzten Übernahmepreis von der Verwertungsstelle des Österreichischen Branntweinmonopols übernommen. Für ablieferungspflichtigen Branntwein, der nicht abgeliefert wurde, und für ablieferungsfreien Branntwein (hauptsächlich in Obstbrennereien aus Obststoffen hergestellter Trinkbranntwein) ist eine Verbrauchsabgabe, der **Branntweinaufschlag**, zu entrichten. Der Branntweinaufschlag entspricht im allgemeinen dem regelmäßigen Verkaufspreis, vermindert um einen besonderen Abschlag, der sich nach der Art der Brennerei (zB Abfindungsbrennerei, Brennerei mit Brennrecht) und der verarbeiteten Stoffe (Steinobst, Beeren, Enzianwurzeln einerseits, andere Obststoffe andererseits) richtet.

Vorschlagsansatz 2/52464 Monopolausgleich (Branntwein)**Gesetzliche Grundlagen**

Gesetz über das Branntweinmonopol, DRGBI. I S 405, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 265/1955; Kundmachung, BGBl. Nr. 248/1963.

Sachlicher Überblick

Bei der Einfuhr aus dem Ausland unterliegen Branntwein, weingeisthaltige Erzeugnisse, Äther und ätherhaltige Erzeugnisse außer den sonstigen Eingangsabgaben dem **Monopolausgleich**, einer der Belastung des inländischen Branntweines entsprechenden Abgabe.

Vorschlagsansatz 2/52484 Schaumweinsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Schaumweinsteuergesetz 1960, BGBl. Nr. 247, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 608/1987.

Sachlicher Überblick

Der **Schaumweinsteuer** unterliegen Traubenschaumwein und Obstschaumwein. Die Steuer beträgt für Traubenschaumwein 24 S und für Obstschaumwein 12 S je Liter.

Vorschlagsansatz 2/52494 Abgabe auf Stärkeerzeugnisse**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 152/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 663/1987.

Sachlicher Überblick

Der Abgabe unterliegen Stärkeerzeugnisse der Unternummern 3505 10 A 1, A 2 und B, 3505 20, 3809 10, 3809 91 A 1 a 1, A 1 b 1 und A 2, 3809 92 A 1 a 1, A 1 b 1 und A 2, 3809 99 A 1 a 1, A 1 b 1 und A 2, 3823 10 A, 3823 10 C 1, 3823 90 A 1 a des Zolltarifes. Die Abgabe ist eine ausschließliche Bundesabgabe und beträgt 500 Schilling für 100 kg Eigengewicht der Ware.

Titel 525 Stempel- und Rechtsgebühren

	Millionen Schilling
1987	6 218,2
1988	6 300,0
1989	6 600,0

Voranschlagsansatz 2/52504 In Stempelmarken entrichtete Gebühren**Voranschlagsansatz 2/52524 Übrige Gebühren****Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 267/1957, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 407/1988.

Sachlicher Überblick

Den Stempel- und Rechtsgebühren unterliegen die im Gebührengesetz 1957 erschöpfend aufgezählten Schriften (zB Eingaben und deren Beilagen, amtliche Ausfertigungen, Ausweise und Zeugnisse) und bestimmte beurkundete Rechtsgeschäfte (zB Bestandverträge, Darlehensverträge, Kreditverträge, Dienstverträge, Gesellschaftsverträge, Hypothekarverschreibungen, Vergleiche, Wechsel, Zessionen). Wetten anlässlich sportlicher Veranstaltungen und Ausspielungen (zB Tombolen und Lotterien) sind auch ohne Beurkundung gebührenpflichtig. Zahlungspflichtig sind bei Schriften diejenigen, in deren Interesse die Einbringung oder Abfassung der Schriften erfolgt, bei Rechtsgeschäften die Vertragsteile. Die Gebühren sind entweder feste Gebühren (0,50 S bis 7 000 S) oder Hundertsatzgebühren ($\frac{1}{100}$ vH bis 2 vH vom Wert des Geschäftsgegenstandes). Im Regelfall sind die festen Gebühren ohne Rücksicht auf ihre Höhe und die Hundertsatzgebühren bis zu einem Betrage von 500 S durch Verwendung von Stempelmarken zu entrichten. Die Gewinngebühren bei Sportwetten, Ausspielungen und Zahlenlotto betragen 1 vH bis 25 vH und sind ohne amtliche Bemessung unmittelbar zu entrichten.

Verwaltungsabgaben**Gesetzliche Grundlage**

Bundes-Verwaltungsabgabenverordnung 1983, BGBl. Nr. 24, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 235/1984.

Sachlicher Überblick

Verwaltungsabgaben (§ 78 AVG, BGBl. Nr. 172/1950 in der Fassung BGBl. Nr. 45/1968 sind Abgaben für Amtshandlungen von Behörden. Diese Abgaben sind von der in der Sache in erster Instanz zuständigen Behörde einzuheben und fließen der Gebietskörperschaft zu, die den Aufwand dieser Behörde zu tragen hat. Die von Behörden der unmittelbaren Bundesverwaltung eingehobenen Verwaltungsabgaben sind in Stempelmarken, in bar oder durch Einzahlung mit Erlagschein zu entrichten und werden im Bundeshaushalt beim VA-Ansatz 2/52504 „In Stempelmarken entrichtete Gebühren“ verrechnet.

Titel 526 Verkehrsteuern

	Millionen Schilling
1987	18 780,2
1988	19 350,0
1989	21 800,0

Kapitel 52 — Titel 526

185

Voranschlagsansatz 2/52604 Kapitalverkehrsteuern**Gesetzliche Grundlage**

Kapitalverkehrsteuergesetz, DRGBI. I S. 1058/1934, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 131/1972.

Sachlicher Überblick

Als Kapitalverkehrsteuern werden die Gesellschaftsteuer, die Wertpapiersteuer und die Börsenumsatzsteuer bezeichnet.

Der Gesellschaftsteuer unterliegen der Erwerb von Gesellschaftsrechten an einer inländischen Kapitalgesellschaft durch den ersten Erwerber sowie Leistungen, die von den Gesellschaftern einer inländischen Kapitalgesellschaft auf Grund einer im Gesellschaftsverhältnis begründeten Verpflichtung bewirkt werden. Die Steuer beträgt 2 vH und ermäßigt sich in begünstigten Fällen auf 1 vH.

Der Wertpapiersteuer unterliegt der erste Erwerb verzinslicher, in Schuldverschreibungen verbriefter Forderungsrechte gegen einen ausländischen Schuldner, wenn der Erwerb im Inlande erfolgt und sich die Wertpapiere im Inlande befinden. Die Steuer beträgt 2 vH. Für den ersten Erwerb verzinslicher, in Schuldverschreibungen verbriefter Forderungsrechte gegen einen inländischen Schuldner wird die Steuer nach dem 31. Dezember 1967 nicht mehr erhoben.

Der Börsenumsatzsteuer unterliegt der Abschluß von Anschaffungsgeschäften über Wertpapiere, wenn die Geschäfte im Inlande oder unter Beteiligung wenigstens eines Inländers im Auslande abgeschlossen werden. Ausgenommen ist der erste Erwerb von Wertpapieren, der der Wertpapiersteuer unterliegt. Die Steuer beträgt 0,02 vH bis 0,5 vH, wobei Händlergeschäfte und gewisse Wertpapiere begünstigt sind.

Voranschlagsansatz 2/52614 Sonderabgabe von Erdöl**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 554/1980, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 312/1987.

Sachlicher Überblick

Gegenstand der Sonderabgabe von Erdöl ist die Gewinnung von Rohölen und ersatzweise die Einfuhr von Rohölen und bestimmten Erdölprodukten sowie die Erzeugung dieser Erdölprodukte im Inland aus anderen Stoffen als aus Rohölen. Die Sonderabgabe wird neben Rohölen von Motorbenzinen (Flugbenzin, Normal- und Superbenzin) und von Dieselmotorkraftstoff erhoben. Bemessungsgrundlage für die Sonderabgabe ist das Eigengewicht der Rohöle und Erdölprodukte vervielfacht mit dem durchschnittlichen Grenzwert von Rohölen, der auf Grund der Ergebnisse der Handelsstatistik eines Kalendervierteljahres berechnet und im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ kundgemacht wird. Entsprechend dem Ausbeutesatz beträgt der Steuersatz für Rohöle 2,4 vH und der für die Erdölprodukte 8 vH der Bemessungsgrundlage. Die Sonderabgabe ist monatlich anzumelden und zu entrichten; eine Veranlagung unterbleibt. Für die Einfuhr werden die zollrechtlichen Vorschriften sinngemäß angewendet.

Voranschlagsansatz 2/52634 Grunderwerbsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Grunderwerbsteuergesetz 1987, BGBl. Nr. 309.

Sachlicher Überblick

Gegenstand der Grunderwerbsteuer ist der Erwerb inländischer Grundstücke, denen auch Baurechte und Gebäude auf fremden Boden gleichstehen. Mit dem Grunderwerbsteuergesetz 1987 wurde der allgemeine Steuersatz von 8 vH auf 3,5 vH herabgesetzt. Dies wurde durch den Wegfall eines Großteils von Grunderwerbsteuerbefreiungen möglich.

Voranschlagsansatz 2/52644 Versicherungssteuer**Gesetzliche Grundlage**

Versicherungssteuergesetz 1953, BGBl. Nr. 133, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 408/1988.

Sachlicher Überblick

Der Versicherungssteuer unterliegt die Zahlung des Versicherungsentgeltes (Leistung an den Versicherer) auf Grund eines Versicherungsverhältnisses, wenn der Versicherungsnehmer seinen Wohnsitz im Inlande hat oder eine im Inlande gelegene Sache versichert wird. Die Steuer beträgt bei Krankenversicherungen 1 vH, bei Lebens- und ähnlichen Versicherungen 3 vH, bei anderen 10 vH des Versicherungsentgeltes; bei Hagelversicherungen 20 Groschen für je 1 000 S Versicherungssumme.

Voranschlagsansatz 2/52654 Straßenverkehrsbeitrag**Gesetzliche Grundlage**

Straßenverkehrsbeitragsgesetz, BGBl. Nr. 302/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 409/1988.

Sachlicher Überblick

Dem Straßenverkehrsbeitrag unterliegen ab 1. Juli 1978 Güterbeförderungen im Inland mit Kraftfahrzeugen und Anhängern mit inländischem oder ausländischem Kennzeichen. Bei Fahrzeugen mit inländischem Kennzeichen beträgt der Beitrag pro Kalendermonat im allgemeinen 300 S (Anhänger 260 S) je Tonne höchster zulässiger Nutzlast, für Fahrzeuge mit nicht mehr als 8 Tonnen Nutzlast 150 S (Anhänger 130 S). Bei Fahrzeugen mit ausländischem Kennzeichen wird der Beitrag nach dem Produkt der Anzahl der Tonnen der höchsten zulässigen Nutzlast des Kraftfahrzeuges (Anhängers) und der im Inland zurückgelegten Wegstrecke berechnet und beträgt 0,35 S je Tonnenkilometer; die Beitragsleistung ist pro Kalendermonat mit dem für vergleichbare Fahrzeuge mit inländischem Kennzeichen vorgesehenen Monatssatz begrenzt. Von der Beitragspflicht sind ua. Beförderungen mit Kraftfahrzeugen und Anhängern ausgenommen, deren höchste zulässige Nutzlast allein oder zusammen nicht mehr als 5 Tonnen beträgt.

Voranschlagsansatz 2/52661 Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen) und Voranschlagsansatz 2/52664 Kraftfahrzeugsteuer**Gesetzliche Grundlage**

Kraftfahrzeugsteuergesetz 1952, BGBl. Nr. 110, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 312/1987.

Sachlicher Überblick

Der Kraftfahrzeugsteuer unterliegen die in einem inländischen Zulassungsverfahren zugelassenen Kraftfahrzeuge sowie die nicht in einem inländischen Zulassungsverfahren zugelassenen Kraftfahrzeuge, die auf öffentlichen Straßen im Inland benützt werden. Die Steuer ist eine Jahressteuer. Zu entrichten ist sie jedoch monatlich durch Aufkleben von Stempelmarken mit dem Aufdruck „Kraftfahrzeugsteuer“ auf die Steuerkarte. Von der Steuer befreit sind Kraftfahrzeuge der Exekutive, der Feuerwehren und des Rettungsdienstes, Arbeitsmaschinen und landwirtschaftliche Zugmaschinen, Autotaxi, Motorräder bis 100 cm³ sowie Kraftfahrzeuge jener Personen, denen eine Steuerbefreiung auf Grund von Staatsverträgen, Gegenseitigkeitserklärungen oder sonst nach den Grundsätzen des zwischenstaatlichen Steuerrechtes zukommt. Die Kraftfahrzeugsteuer wird für Personenkraftwagen in der Regel nach dem Hubraum berechnet und beträgt, von gewissen Ausnahmen abgesehen, 720 S bis 15 600 S. Für einen Personenkraftwagen mit mehr als 2 000 cm³ Hubraum, bei dem die Steuerpflicht vor dem 30. September 1981 für insgesamt 36 Kalendermonate bestanden hat, ermäßigt sich in der Folge die Jahressteuer um ein Drittel. Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen mit Dieselmotor sind in die nächstniedrigere als die für sie nach dem Hubraum maßgebende Stufe einzureihen. Mit einem Fremdzündungsmotor ausgestattete Personenkraftwagen und diesen gleichgestellte Kraftwagen, die nach dem 30. September 1985 bzw. nach dem 30. September 1986 erstmals im Inland zugelassen wurden, werden in die nächsthöhere Steuerstufe eingereiht, wenn sie den strengen kraftfahrrechtlichen Abgasvorschriften nicht entsprechen. Bei Lastkraftwagen richtet sich die Steuer nach der Nutzlast und beträgt 600 S bis 5 400 S. Auch eine Pauschalierung der Steuer ist vorgesehen.

Voranschlagsansatz 2/52674 Spielbankabgabe**Gesetzliche Grundlage**

Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 169/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 292/1986.

Kapitel 52 — Titel 527 und 528

187

Sachlicher Überblick

Die Spielbankabgabe, die eine gemeinschaftliche Bundesabgabe ist, ist von den Spielbankunternehmungen zu entrichten.

Voranschlagsansatz 2/52675 Konzessionsabgabe**Gesetzliche Grundlage**

Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 169/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 292/1986.

Sachlicher Überblick

Die Konzessionsabgabe ist eine ausschließliche Bundesabgabe. Die Bemessungsgrundlage der Konzessionsabgabe bildet die Summe der Wetteinsätze des Lottos, des Sporttotos und des Zusatzspieles eines Kalenderjahres. Die Konzessionsabgabe beträgt für die ersten 1 200 Millionen Schilling 18,5 vH und steigt progressiv bis zu 27,5 vH.

Voranschlagsansatz 2/52680 Außenhandelsförderungsbeitrag (zweckgebundene Einnahmen) und Voranschlagsansatz 2/52684 Außenhandelsförderungsbeitrag**Gesetzliche Grundlage**

Bundesgesetz, BGBl. Nr. 49/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 663/1987.

Sachlicher Überblick

Für Zwecke der Förderung des Warenverkehrs mit dem Ausland ist auf Grund des Außenhandelsförderungs-Beitragsgesetzes ein Außenhandelsförderungsbeitrag von 3 vT vom Wert der aus- oder eingeführten Waren zu entrichten. Beitragspflichtig sind die Absender und Empfänger der Waren. Befreiungen sind vorgesehen für den Vormerkverkehr, Lohnveredlungsverkehr und für Durchfuhrsendungen. Der Beitrag ist anlässlich der zollamtlichen Abfertigung zu entrichten.

Titel 527 Verschiedene Kosten bzw. Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	305,9	1 129,2
1988	347,3	1 200,0
1989	338,6	1 000,0

Zu den verschiedenen Kosten zählen die im Zusammenhang mit der Stempelmarken- und Kraftfahrzeugsteuermarkengebarung anfallenden Druckkosten und Verkaufsvergütungen bzw. jene Aufwendungen, die im Abgaben-, Devisen-, Straf- und Einbringungsverfahren anfallen (Beträge 1987—1989 siehe unter Gesamtgebarung).

Zu den Einnahmen aus Nebenansprüchen zählen auch Geldstrafen, Wertersatz und Verfallserlöse.

Infolge eines Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes, mit welchem die Aufsichtsratsabgabe als verfassungswidrig aufgehoben worden ist, müssen die zu unrecht eingehobenen Beträge zurückgezahlt werden. Zu diesem Zweck wurde beim Voranschlagsansatz 2/52704 „Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben“ eine eigene VA-Post (Nr. 8308) eröffnet, bei welcher 500 Millionen Schilling als voraussichtlicher Rückzahlungsbetrag angenommen werden; aus buchungstechnischen Gründen konnte nur ein „Erinnerungswert“ von 1 000 Schilling angesetzt werden. Im Gesamtaufkommen des Titels 527 wurde aber der Rückzahlungsbetrag berücksichtigt.

Titel 2/528 Ab Überweisungen

	Millionen Schilling
1987	138 656,8
1988	124 578,6
1989	129 238,3

Gesetzliche Grundlagen

Überweisungen gemäß

1. Finanzausgleichsgesetz 1989, BGBl. Nr. 000/1988;
 - a) Ertragsanteile der Länder und Gemeinden,
 - b) für Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds bzw. Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, und zwar 1,082 vH der Einnahmen an veranlagter Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer ¹⁾ bzw. 9,45 vH des Wohnbauförderungsbeitrages;
 - c) der Gewerbesteuer an Gemeinden;
an den Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds;
2. Marktordnungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 210, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 330/1988;
an den Milchwirtschaftsfonds;
3. Bundesgesetz, BGBl. Nr. 376/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1988;
an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen:
 - a) 2,29 vH der Einnahmen an veranlagter Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer ¹⁾ ²⁾,
 - b) 9 500 Millionen Schilling der Einnahmen an veranlagter Einkommen- und Lohnsteuer;
4. Außenhandelsförderungs-Beitragsgesetz, BGBl. Nr. 49/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 663/1987;
eines Anteiles des Außenhandelsförderungsbeitrages (zweckgebundene Einnahmen) an die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft;
5. Katastrophenfondsgesetz 1986, BGBl. Nr. 396/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1988;
an den Katastrophenfonds:
2,29 vH der Einnahmen an veranlagter Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer ¹⁾;
6. Bundesgesetz, BGBl. Nr. 80/1987;
eines Anteiles an der Kraftfahrzeugsteuer für Öffentlichen Verkehr.

Veranschlagte Ertragsanteile

Über die Höhe der veranschlagten Ertragsanteile gibt die Tabelle auf Seite 189 Aufschluß:

Die Teile der Erträge der gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die auf die Länder und länderspezifisch auf die Gemeinden entfallen, werden auf diese Gebietskörperschaften nach folgenden Schlüsseln aufgeteilt:

- a) bei der veranlagten Einkommensteuer auf die Länder 26,702 Hundertteile nach dem örtlichen Aufkommen und 0,683 Hundertteile nach den länderspezifischen Anteilen der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben ohne Spielbankabgabe; auf die Gemeinden zu drei Fünfteln nach dem länderspezifischen Aufkommen an dieser Steuer und zu zwei Fünfteln nach dem länderspezifischen Aufkommen an Gewerbesteuer (nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerkekapi-
tal);
- b) bei der Lohnsteuer auf die Länder 20,229 Hundertteile nach der Volkszahl und 0,420 Hundert-
teile nach den länderspezifischen Anteilen der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabga-
ben ohne Spielbankabgabe; auf die Gemeinden nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel;
- c) bei der Kapitalertragsteuer auf die Länder und Gemeinden, bei der Erbschafts- und Schen-
kungssteuer und bei der Kraftfahrzeugsteuer auf die Länder und bei der Grunderwerbsteuer
und der Bodenwertabgabe auf die Gemeinden nach dem örtlichen Aufkommen;
- d) bei der Kapitalertragsteuer auf Zinsen auf die Länder 9 Hundertteile nach dem örtlichen Auf-
kommen und 21 Hundertteile nach der Volkszahl, auf die Gemeinden nach dem abgestuften
Bevölkerungsschlüssel;
- e) bei der Umsatzsteuer auf die Länder 17,978 Hundertteile nach der Volkszahl, 0,545 Hundertteile
zu einem Sechstel auf Wien als Land und zu fünf Sechsteln auf die Länder ohne Wien nach der
Volkszähl und 0,270 Hundertteile nach den länderspezifischen Anteilen der Gemeinden an den
gemeinschaftlichen Bundesabgaben ohne Spielbankabgabe; auf die Gemeinden 4,616 Hundert-
teile nach der Volkszahl, 5,897 Hundertteile nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel und
1,282 Hundertteile nach dem länderspezifischen Aufkommen an Gewerbesteuer (nach dem Gewerbe-
ertrag und dem Gewerkekapi-³⁾);
- f) bei der Biersteuer auf die Länder und Gemeinden nach dem länderspezifischen Verbrauch von Bier;
- g) bei der Abgabe von alkoholischen Getränken auf die Länder und Gemeinden nach der Volks-
zahl;
- h) bei der Mineralölsteuer auf die Länder und Gemeinden zu je einem Viertel nach der Volkszahl
und der Gebietsfläche und zu je einem Sechstel

Kapitel 52 — Titel 528

189

- aa) nach dem länderweisen Aufkommen an Kraftfahrzeugsteuer,
 bb) nach dem länderweisen Aufkommen an Gewerbesteuer (nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital) und schließlich
 cc) unter Zugrundelegung folgender Straßenkilometer des befestigten und unbefestigten Straßennetzes — ohne Bundesstraßen und ohne Geh- und Wanderwege — und zwar: Burgenland 3 436, Kärnten 5 398, Niederösterreich 22 278, Oberösterreich 14 215, Salzburg 3 051, Steiermark 11 472, Tirol 5 022, Vorarlberg 1 862 und Wien 2 068, sohin zusammen 68 802 Kilometer, aufgeteilt.
 i) beim Kunstförderungsbeitrag auf die Länder nach der Volkszahl;
 j) der Reinertrag der Spielbankabgabe ist auf den Bund, auf die Länder (Wien als Land) und auf die Gemeinden (Wien als Gemeinde) aufzuteilen. Die Aufteilung auf die Länder und Gemeinden hat hierbei nach dem örtlichen Aufkommen zu erfolgen, wobei die Aufteilung des Gemeindeanteiles an der Spielbankabgabe ausschließlich auf jene Gemeinden zu beschränken ist, in denen eine Spielbank betrieben wird. Es erhalten der Bund 60 vH, die Länder 5 vH und die Gemeinden 35 vH bis zu einem jährlichen Aufkommen je Gemeinde von 10 Millionen Schilling; von dem darüberliegenden Aufkommen erhalten der Bund 70 vH, die Länder 15 vH und die Gemeinden 15 vH.

Abgaben	Voranschlags- ansatz des Bundesvor- anschlages 1989	Teilungs- verhältnis			Anteile des/der			
		Bund	Län- der	Ge- mein- den	Bundes	Länder	Gemein- den	Länder und Gemeinden (Summe)
		in %			in Mill. S			
Einkommen- und Vermögensteuern:								
Veranlagte Einkommensteuer	⁴⁾ 25 117,492	48,582	27,385	24,033	12 202,580	6 878,425	6 036,487	12 914,912
Lohnsteuer	⁵⁾ 80 069,378	63,167	20,649	16,184	50 577,424	16 533,526	12 958,428	29 491,954
Kapitalertragsteuer	⁶⁾ 1 886,760	19,891	13,352	66,757	375,296	251,920	1 259,544	1 511,464
Kapitalertragsteuer auf Zinsen	3 500,000	47	30	23	1 645,000	1 050,000	805,000	1 855,000
Erbschafts- und Schenkungssteuer	1 150,000	70	30	—	805,000	345,000	—	345,000
Bodenwertabgabe	60,000	4	—	96	2,400	—	57,600	57,600
Summe ...	111 783,630				65 607,700	25 058,871	21 117,059	46 175,930
Kunstförderungsbeitrag ...	⁷⁾ 105,600	70	30	—	73,920	31,680	—	31,680
Sonstige Steuern:								
Umsatzsteuer	⁸⁾ 143 229,550	69,412	18,793	11,795	99 418,495	26 917,129	16 893,926	43 811,055
Abgabe von alkoholischen Getränken	2 500,000	40	30	30	1 000,000	750,000	750,000	1 500,000
Biersteuer	750,000	17	57	26	127,500	427,500	195,000	622,500
Mineralölsteuer	18 700,000	88,559	8,638	2,803	16 560,533	1 615,306	524,161	2 139,467
Grunderwerbsteuer	2 900,000	4	—	96	116,000	—	2 784,000	2 784,000
Kraftfahrzeugsteuer	5 800,000	50	50	—	2 900,000	2 900,000	—	2 900,000
Summe ...	173 879,550				120 122,528	32 609,935	21 147,087	53 757,022
Spielbankabgabe	⁹⁾ 700,000	68,146	13,146	18,708	477,022	92,022	130,956	222,978
Insgesamt ...	286 468,780				186 281,170	57 792,508	42 395,102	100 187,610

Hiezu:

Pauschalvorsorge für die Abrechnung der Ertragsanteile 1988 1 200,000

Hievon ab:

Abschlag im Hinblick auf den Überweisungsrythmus 1 750,000

Verbleiben ... 99 637,610

Anteil für die Fonds

Gemäß § 7 Abs. 2 Z 2 FAG 1989, BGBl. Nr. 000/1988 werden vom Aufkommen an Umsatzsteuern 0,459 vH für den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds und 0,762 vH für den Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds geleistet.

An den Milchwirtschaftsfonds

Gemäß § 85 des Marktordnungsgesetzes 1985, BGBl. Nr. 210, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 330/1988, ist das Ab-Hof-Pauschale zu 60 vH für Absatz- und Verwertungsmaßnahmen im Bereich der Milchwirtschaft zu verwenden. 40 vH des Ab-Hof-Pauschales sind an den Milchwirtschaftsfonds zu überweisen. Diese Mittel werden vom Milchwirtschaftsfonds im Rahmen von Verarbeitungs- und Preisgleichszuschüssen für Milch verwendet.

Gewerbsteuer an die Gemeinden

Von demselben Besteuerungsgegenstand Gewerbebetrieb im Sinne des Gewerbesteuergesetzes 1953, BGBl. Nr. 2/1954, erheben der Bund (Bundesgewerbsteuer) und die Gemeinden (Gewerbsteuer) gleichartige Abgaben. Da jedoch beide Abgaben vom Bund eingehoben werden, ist die Überweisung der Gewerbsteuer an die berechtigten Gebietskörperschaften vorzunehmen.

Anteil für den Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds

Der gemäß § 23 Abs. 1 des Wasserbautenförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 148/1985, in der derzeit geltenden Fassung sowie § 6 Z 5 und § 7 Abs. 2 Z 1 lit. c FAG 1989, BGBl. Nr. 000/1988, für den Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds ermittelte Anteil von

1 816,920 Millionen Schilling errechnet sich aus

1 363,320 Millionen Schilling, das sind 1,082 vH der im Bundesvoranschlag 1989 mit 126 000 Millionen Schilling veranschlagten Einnahmen an veranlagter Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer und

453,600 Millionen Schilling, das sind 9,45 vH der im Bundesvoranschlag 1989 mit 4 800 Millionen Schilling veranschlagten Einnahmen an Wohnbauförderungsbeitrag.

Anteil am Außenhandelsförderungsbeitrag für die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft

Von den im Bundesvoranschlag 1989 bei den Voranschlagsansätzen 2/52680 und 2/52684 veranschlagten Einnahmen am Außenhandelsförderungsbeitrag fließen der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft 1 920 Millionen Schilling zu.

Anteil für öffentlichen Verkehr

Der Bundesvoranschlag 1989 enthält auch einen einnahmenseitigen Nachweis des ausgabenseitig veranschlagten Anteiles an der Kraftfahrzeugsteuer von 1 522,5 Millionen Schilling.

Übersicht über Abgabenerfolge in den Jahren 1979 bis 1989

Die Übersicht auf den folgenden Seiten zeigt die Einnahmen aus den öffentlichen Abgaben des Bundes in den Jahren 1979 bis 1989.

Bezeichnung der Abgaben	Bundesrechnungsabschluß									Bundesvoranschlag	
	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
	Millionen Schilling										
Einkommen- und Vermögensteuern:											
Veranlagte Einkommensteuer	19 046,1	20 777,7	22 853,6	23 692,3	23 159,4	24 847,8	26 019,2	25 609,6	25 483,1	27 000,0	29 000,0
Lohnsteuer	54 343,4	60 918,0	69 566,7	71 876,1	74 619,5	81 212,0	90 357,6	98 866,5	97 700,3	101 500,0	92 000,0
Kapitalertragsteuer	564,2	651,0	561,7	590,3	618,1	720,3	813,9	1 294,2	1 300,1	1 300,0	2 000,0
Kapitalertragsteuer auf Zinsen											3 500,0
Körperschaftsteuer	8 686,5	9 604,4	9 811,4	8 236,1	8 180,5	9 629,1	11 444,5	11 315,8	10 188,1	11 500,0	12 500,0
Abgabe von Zuwendungen	34,1	10,6	15,7	26,5	20,7	13,7	16,6	13,7	13,5	25,0	10,0
Gewerbsteuer ¹⁾	4 911,8	5 078,4	5 452,5	5 420,4	5 441,6	5 646,2	6 255,6	6 266,6	6 400,0	6 700,0	7 300,0
Bundesgewerbsteuer ¹⁾	4 911,8	5 078,4	5 452,5	5 420,4	5 441,6	5 646,2	5 417,8	5 029,6	4 970,8	5 200,0	5 500,0
Vermögensteuer	3 472,7	3 408,4	3 631,0	3 672,4	3 723,3	4 057,0	4 109,3	4 368,3	4 569,1	5 700,0	6 000,0
Erbschaftssteueräquivalent	770,0	734,5	823,0	743,0	787,3	860,6	924,3	1 056,6	1 012,2	1 600,0	1 650,0
Erbschafts- und Schenkungssteuer	574,9	688,0	751,8	746,9	809,5	803,5	967,6	1 044,9	1 013,2	1 100,0	1 150,0
Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben	202,1	211,4	259,4	243,8	250,1	242,1	285,2	286,1	284,6	300,0	300,0
Bodenwertabgabe	45,3	51,0	46,9	50,7	62,0	59,0	58,4	60,2	61,7	80,0	60,0
Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz							0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Wohnbauförderungsbeitrag										4 500,0	4 800,0
Sonderabgabe von Banken			882,0	1 000,4	1 092,9	1 181,0	1 235,1	1 347,6	1 453,6	1 600,0	1 650,0
Aufsichtsratsabgabe	74,4	80,3	90,8	86,9	96,0	137,2	165,7	171,6	171,2	200,0
Zinsertragsteuer						402,5	3 373,8	2 880,8	1 257,1
Einkommen- und Vermögensteuern (Summe)	97 637,3	107 292,1	120 199,0	121 806,2	124 302,5	135 458,2	151 444,6	159 612,0	155 878,7	168 305,1	167 420,1
Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge):											
Kunstförderungsbeitrag	41,2	43,4	43,2	89,1	89,8	91,7	94,2	93,2	95,3	94,0	110,0
Wohnbauförderungsbeitrag	2 782,4	2 990,7	3 186,7	3 450,3	3 554,3	3 759,5	3 943,8	4 190,6	4 333,9
Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0
Einkommen- und Vermögensteuern (zweckgebundene Beiträge) (Summe)	2 823,7	3 034,1	3 230,0	3 539,5	3 644,2	3 851,2	4 038,0	4 283,8	4 429,2	94,0	110,0
Einkommen- und Vermögensteuern (Summe)	100 461,0	110 326,2	123 429,0	125 345,7	127 946,7	139 309,4	155 482,6	163 895,8	160 307,9	168 399,1	167 530,1

¹⁾ Ab 1. Jänner 1959 betrug die Gewerbesteuer 60 vH und die Bundesgewerbsteuer 40 vH des Gesamtaufkommens. Ab 1. Jänner 1967 beträgt der Anteil der beiden Abgaben je 50 vH des Gesamtaufkommens. Ab 1. Jänner 1985 betrug die Gewerbesteuer 54 vH und die Bundesgewerbsteuer 46 vH des Gesamtaufkommens. Ab 1. Jänner 1986 beträgt die Gewerbesteuer 57 vH und die Bundesgewerbsteuer 43 vH des Gesamtaufkommens.

192

Kapitel 52

Bezeichnung der Abgaben	Bundesrechnungsabschluß										Bundesvoranschlag	
	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	
	Millionen Schilling											
Umsatzsteuern:												
Umsatzsteuer	77 808,0	82 803,5	90 515,0	93 841,0	102 589,3	117 556,2	121 862,5	126 214,0	130 809,5	133 000,0	145 000,0	
Abgabe von alkohol. Getränken	1 830,6	1 952,8	2 133,5	2 226,6	2 334,1	2 377,7	2 460,6	2 615,0	2 731,9	2 800,0	2 500,0	
Umsatzsteuern (Summe) ...	79 638,6	84 756,3	92 648,5	96 067,6	104 923,4	119 933,9	124 323,1	128 829,1	133 541,4	135 800,0	147 500,0	
Einfuhrabgaben:												
Zölle	2 804,0	3 267,6	3 225,8	3 226,5	3 580,4	3 846,3	3 904,7	4 140,3	4 761,7	4 600,0	5 700,0	
Abschöpfungsbetrag nach dem Zuckergesetz	3,0	1,4	1,5	3,9	4,9	6,9	8,4	7,5	8,9	8,0	8,0	
Abschöpfungsbetrag und Ausgleichsabgabe gemäß Stärkegesetz	5,4	5,0	4,8	4,3	3,0	4,3	3,8	5,1	9,1	5,0	15,0	
Ausgleichsabgabe nach dem Ausgleichsabgabengesetz	330,5	279,5	223,1	332,0	431,6	491,7	581,3	749,8	823,8	887,0	877,0	
Abgaben nach dem Antidumpinggesetz	0,9	0,9	0,7	3,4	0,9	—0,3	—3,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Einfuhrabgaben (Summe) ...	3 143,8	3 554,4	3 455,9	3 570,1	4 020,8	4 348,9	4 495,1	4 902,7	5 603,5	5 500,0	6 600,0	
Verbrauchssteuern:												
Tabaksteuer	6 876,5	7 146,0	7 667,6	8 628,7	9 299,0	10 048,5	10 570,5	10 942,8	11 046,9	11 600,0	11 200,0	
Biersteuer	627,2	612,1	666,0	662,8	680,8	638,6	702,7	731,0	718,8	750,0	750,0	
Absatzförderungsbeitrag auf Milch (zweckgebundene Einnahmen)	217,2	473,1	577,5	585,5	989,5	954,0	1 100,8	1 314,4	1 099,9	1 634,1	345,2	
Abhofpauschale für Milch (zweckgebundene Einnahmen)										7,8	7,8	
Mineralölsteuer — MinStG 1981				1 419,5	1 772,9	1 762,4	1 827,6	1 867,8	17 258,0	17 600,0	18 700,0	
Branntweinaufschlag	110,5	106,8	103,3	101,2	123,2	109,5	114,6	115,8	119,2	135,0	115,0	
Monopolausgleich (Branntwein)	70,9	84,4	84,5	72,2	77,3	82,2	86,4	90,7	96,4	115,0	105,0	
Schaumweinsteuer	90,3	101,1	103,6	110,0	114,9	167,0	227,5	248,1	246,3	270,0	300,0	
Abgabe auf Stärkeerzeugnisse	54,5	56,2	59,4	60,9	80,2	77,7	89,9	102,3	141,3	100,0	150,0	
Mineralölsteuer	1 890,2	1 871,6	1 783,8	293,9	0,0							
Bundesmineralölsteuer	11 345,9	12 051,6	13 047,6	2 249,0	0,7							
Mineralölsteuer — MinStG 1981 (zweckgebundene Einnahmen)				10 987,8	13 723,0	13 642,2	14 146,6	14 457,7				
Verbrauchssteuern (Summe) ...	21 283,2	22 502,9	24 093,3	25 171,5	26 861,5	27 482,1	28 866,5	29 870,6	30 726,8	32 211,9	31 673,0	
Stempel- und Rechtsgebühren:												
In Stempelmarken entrichtete Gebühren	1 815,2	1 903,0	2 360,2	2 338,0	2 605,5	2 953,1	2 981,1	2 919,7	2 856,4	3 000,0	3 000,0	
Übrige Gebühren	1 626,5	1 727,3	1 783,9	2 295,8	1 931,0	2 082,4	2 250,7	2 521,3	3 351,8	3 300,0	3 600,0	
Stempel- und Rechtsgebühren (Summe) ...	3 441,7	3 630,3	4 144,1	4 633,8	4 536,5	5 035,5	5 231,8	5 441,0	6 218,2	6 300,0	6 600,0	

Kapitel 52

193

Bezeichnung der Abgaben	Bundesrechnungsabschluß									Bundesvoranschlag	
	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
	Millionen Schilling										
Verkehrssteuern:											
Kapitalverkehrssteuern	273,6	366,6	413,7	376,8	425,2	506,8	616,4	870,9	862,9	1 050,0	1 100,0
Sonderabgabe von Erdöl			917,0	1 092,0	1 049,1	1 100,9	1 061,6	826,2	400,7	500,0	500,0
Grunderwerbsteuer	1 893,0	2 059,6	2 049,9	2 064,0	2 212,5	2 522,4	2 624,2	2 751,5	2 195,6	2 600,0	2 900,0
Versicherungssteuer	1 729,3	1 860,6	2 040,7	2 245,9	2 372,5	3 011,1	3 247,9	3 503,6	3 727,4	3 900,0	4 700,0
Straßenverkehrsbeitrag	1 461,1	1 536,2	1 540,1	1 538,2	1 582,0	2 350,7	2 602,0	2 642,9	2 724,7	2 400,0	2 400,0
Kraftfahrzeugsteuer (zweckgebundene Einnahmen)	1 308,8	1 354,6	1 425,0	1 494,5	1 567,8	1 647,5	1 716,5	1 797,2	1 902,7	1 900,0	2 030,0
Kraftfahrzeugsteuer	1 308,8	1 354,6	1 425,0	1 494,5	1 567,8	3 059,6	3 187,8	3 337,7	3 533,7	3 500,0	3 770,0
Spielbankabgabe	310,8	388,9	395,7	406,5	435,8	471,0	506,6	552,6	530,9	600,0	700,0
Konzessionsabgabe								112,3	1 109,3	1 100,0	1 600,0
Außenhandelsförderungsbeitrag (zweckgebundene Einnahmen)	1 127,1	1 301,8	1 398,3	1 370,6	1 380,8	1 555,9	1 720,5	1 647,4	1 639,9	1 650,0	1 920,0
Außenhandelsförderungsbeitrag	47,0	54,3	58,3	127,3	128,3	144,5	159,8	153,0	152,4	150,0	180,0
Verkehrssteuern (Summe) ...	9 459,5	10 277,2	11 663,7	12 210,3	12 721,8	16 370,4	17 443,4	18 195,4	18 780,2	19 350,0	21 800,0
Umsatz- bis Verkehrssteuern (Summe) ...	116 966,8	124 721,1	136 005,5	141 653,3	153 064,0	173 170,8	180 360,0	187 238,8	194 870,1	199 161,9	214 173,0
Nebenansprüche und Resteingänge weggefallener Abgaben	615,1	630,4	683,8	724,3	762,3	785,2	841,4	994,6	1 129,1	1 200,0	1 000,0
Öffentliche Abgaben — Brutto (Summe) ...	218 043,0	235 677,7	260 118,3	267 723,3	281 773,0	313 265,4	336 684,0	352 129,2	356 307,1	368 760,9	382 703,1
Ab Überweisungen:											
Ertragsanteile der Länder und Gemeinden	55 135,1	60 986,2	66 548,4	69 835,5	72 346,0	80 349,3	86 933,0	91 231,5	93 698,9	95 931,3	99 637,6
Umsatzsteueranteil für den Fonds	1 074,2	1 195,9	1 258,4	1 339,1	1 426,5	1 655,0	1 738,7	1 782,0	1 839,0	1 624,5	1 770,5
Gewerbsteuer an die Gemeinden	4 847,2	5 097,6	5 368,0	5 450,2	5 472,4	5 659,1	6 253,1	6 334,0	6 432,7	6 700,0	7 300,0
An Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds	1 122,2	1 276,5	1 454,2	1 513,0	1 557,1	1 636,9	1 790,4	1 913,1	1 965,2	1 851,3	1 816,9
An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Anteile)	1 726,9	1 940,1	2 188,4	2 225,0	2 275,0	2 425,3	2 705,3	2 898,8	2 866,4	3 018,2	2 885,4
An Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen)	7 232,0	7 232,0	7 232,0	7 232,0	7 232,0	10 500,0	10 500,0	10 500,0	9 500,0	9 500,0	9 500,0
Außenhandelsförderungsbeitrag an die Bundeskammer	1 062,8	1 234,6	1 325,3	1 370,9	1 373,2	1 546,9	1 707,6	1 657,5	1 621,6	1 650,0	1 920,0
Für öffentlichen Verkehr									1 120,0	1 285,0	1 522,5
An den Katastrophenfonds	1 710,1	1 913,6	2 163,8	2 217,1	2 270,0	2 399,6	2 679,7	2 878,8	2 860,6	3 018,2	2 885,4
An den Landwirtschaftsfonds								3,2	1,0		
An die Länder für die Wohnbauförderung	10 033,5	10 957,5	12 336,8	12 830,9	13 217,6	13 882,2	15 175,5	16 216,0	16 659,8		
An Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds											
An Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds											
Für Wohnbauforschung	66,3	71,4	58,3	65,6	54,7	70,5	85,3	91,1	91,6		
Überweisungen (Summe) ...	84 010,3	91 905,4	99 933,6	104 079,3	107 224,5	120 124,8	129 568,6	135 506,0	138 656,8	124 578,6	129 238,3
Verbleiben Bundeseinnahmen aus öffentlichen Abgaben (Kapitel 52 — Summe) ...	134 032,7	143 772,3	160 184,7	163 644,0	174 548,5	193 140,6	207 115,3	216 623,2	217 650,3	244 182,3	253 464,8

Allgemeine Verfahrensvorschriften

Für die Erhebung der öffentlichen Abgaben des Bundes sind derzeit folgende Allgemeine Verfahrensvorschriften maßgebend:

1. Aufbau der Abgabenverwaltung

Bundesgesetz über den Aufbau der Abgabenverwaltung des Bundes (Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz — AVOG), BGBl. Nr. 18/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 312/1987. Dieses Gesetz regelt die Behördenorganisation der Bundesabgabenverwaltung und die sachliche Zuständigkeit der Abgabenbehörden des Bundes.

2. Bundesabgabenordnung

Bundesgesetz betreffend allgemeine Bestimmungen und das Verfahren für die von den Abgabenbehörden des Bundes verwalteten Abgaben (Bundesabgabenordnung — BAO), BGBl. Nr. 194/1961, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 412/1988. Dieses Gesetz enthält allgemeine Grundsätze des Abgabenrechts, zB Vorschriften über das Entstehen des Abgabenanspruches, über die Beurteilung abgabenrechtlicher Tatbestände, Begriffsbestimmungen für Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Geschäftsleitung, Gewerbebetrieb, Betriebsstätte. Das Gesetz regelt weiters insbesondere die abgabenrechtliche Geheimhaltungspflicht, die örtliche Zuständigkeit, abgabenrechtliche Besonderheiten im Bereich des Zustellwesens, das Ermittlungsverfahren (einschließlich Beweisverfahren) und die abgabenbehördlichen Nachschau- und Prüfungsbefugnisse; es umschreibt die weiteren Befugnisse der Abgabenbehörden und die Obliegenheiten der Abgabepflichtigen, insbesondere deren Verpflichtung zur Führung von Büchern und Aufzeichnungen sowie zur Erteilung von Belegen, weiters das Feststellungs-, Meßbetrags-, Zerlegungs-, Zuteilungs- und Abgabefestsetzungsverfahren, schließlich die Abgabeneinhebung und das Abgabenrechtsmittelverfahren.

3. Abgabensexekutionsordnung

Abgabensexekutionsordnung, BGBl. Nr. 104/1949, in der Fassung BGBl. Nr. 521/1981. Dieses Gesetz regelt die zwangsweise Einbringung der öffentlichen Abgaben im finanzbehördlichen Vollstreckungsverfahren.

4. Finanzstrafgesetz

Bundesgesetz betreffend das Finanzstrafrecht und das Finanzstrafverfahrensrecht (Finanzstrafgesetz), BGBl. Nr. 129/1958, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 414/1988. Dieses Gesetz regelt die Ahndung von Finanzvergehen betreffend bundesrechtlich geregelte Abgaben und Beiträge.

5. Bewertungsgesetz

Bundesgesetz über die Bewertung von Vermögensschaften (Bewertungsgesetz 1955), BGBl. Nr. 148, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 402/1988.

Dieses Gesetz enthält gemeinsame Bewertungsvorschriften für die bundesrechtlich geregelten Abgaben und Beiträge, insbesondere für die Vermögensteuer, Stempel- und Rechtsgebühren, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Grunderwerbsteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer und die Beiträge nach dem Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz.

6. Bodenschätzungsgesetz

Bodenschätzungsgesetz 1970, BGBl. Nr. 233.

Dieses Gesetz enthält Vorschriften über die Bestandsaufnahme und die Feststellung der Ertragsfähigkeit der landwirtschaftlich genutzten Flächen.

7. Zollverfahren (Zollgesetz)

Bundesgesetz über die Zölle und das Zollverfahren (Zollgesetz 1955), BGBl. Nr. 129/1955, in der Fassung BGBl. Nr. 663/1987 sowie Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Durchführung des Zollgesetzes 1955 (Zollgesetz-Durchführungsverordnung 1973), BGBl. Nr. 476/1972, in der Fassung BGBl. Nr. 271/1988.

Das Zollgesetz 1955 enthält neben allgemeinen Bestimmungen, die sich ua. mit dem Zollgebiet, den Arten der Zölle, den neben diesen zu erhebenden Abgaben und den Ermittlungsgrundsätzen für

Kapitel 52

195

die Zölle befassen, die Organisation, die Rechte und Pflichten der Zollverwaltung, die Zollbefreiungen und Zollbegünstigungen, allgemeine und besondere Bestimmungen über das Zollverfahren sowie das Zollschuldrecht.

Die Zollgesetz-Durchführungsverordnung enthält Ausführungsbestimmungen auf Grund von Verordnungsermächtigungen im Zollgesetz 1955.

8. Steueramnestiegesetz

Steueramnestiegesetz, BGBl. Nr. 569/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 344/1983. Dieses Gesetz sieht abweichend von den sonst maßgeblichen abgabenrechtlichen Grundsätzen vor, daß unter bestimmten Voraussetzungen bei der Festsetzung einiger taxativ aufgezählter Abgaben für vor dem 1. Jänner 1979 gelegene Zeiträume oder Zeitpunkte Umstände unberücksichtigt zu bleiben haben, die vor dem 1. Jänner 1983 entgegen § 119 BAO nicht offengelegt worden sind.

¹⁾ Nach Ausscheidung der in der Postenuntergliederung 103 bei den Voranschlagsansätzen 2/52004 und 2/52014 ausgewiesenen Abgeltungsbeträge.

²⁾ Verrechnet im Bundeshaushalt bei dem Voranschlagsansatz 2/18310.

³⁾ Nach Abzug der Anteile für Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds bzw. Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds.

⁴⁾ 94,338 vH der Einnahmen beim Voranschlagsansatz 2/52004 nach Abzug der Überweisungen an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen).

⁵⁾ 94,338 vH der Einnahmen beim Voranschlagsansatz 2/52014 nach Abzug der Überweisungen an den Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (Abgeltungen).

⁶⁾ 94,338 vH der Einnahmen beim Voranschlagsansatz 2/52024.

⁷⁾ 96 vH der Einnahmen beim VA-Ansatz 2/52180.

⁸⁾ Nach Abzug der Anteile für Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds (665,550 Millionen Schilling) bzw. Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds (1 104,900 Millionen Schilling).

⁹⁾ Anteile am Aufkommen nach dem Erfolg 1987.

Kapitel 53 Finanzausgleich

Das Wesen des österreichischen Finanzausgleiches und dessen rechtliche Grundlagen

Der österreichische Finanzausgleich ist von der Grundidee der verbundenen Steuerwirtschaft beherrscht. Demgemäß sind die wichtigsten öffentlichen Abgaben — nach Maßgabe ihrer Ausgestaltung durch die Bundesgesetzgebung — Gemeinschaftsbesitz der am Finanzausgleich beteiligten Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden). Daneben bestehen ausschließliche Abgaben je zugunsten des Bundes, der Länder bzw. der Gemeinden. Schließlich dienen der Vervollständigung und Härtenvermeidung die Einrichtungen der Finanzzuweisungen und der zweckgebundenen Zuschüsse. Alle diese Bausteine sind dem Ziele zugeordnet, einen gerechten Finanzausgleich zu erreichen, dessen Erkennungsmerkmal eine solche Ausgewogenheit in der Mittelverteilung ist, daß die jeweilige Finanzausgleichsregelung in Übereinstimmung mit der Verteilung der Lasten der öffentlichen Verwaltung steht und zugleich Bedacht darauf nimmt, daß die Grenzen der Leistungsfähigkeit der beteiligten Gebietskörperschaften nicht überschritten werden.

Die den Finanzausgleich regelnden Rechtsvorschriften sind, gestützt auf langjährige Erfahrung, auf zwei Bundesgesetze verteilt: ein Bundesverfassungsgesetz, das die vielfach der Ausführung durch einfaches Bundesgesetz bedürftigen Grundsätze enthält, das Finanzverfassungsgesetz — mit Wirkung ab 1. Jänner 1948 steht das Bundesverfassungsgesetz vom 21. Jänner 1948, BGBl. Nr. 45, über die Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Bund und den übrigen Gebietskörperschaften [Finanz-Verfassungsgesetz 1948 — F-VG 1948¹⁾] in Geltung — und ein einfaches Bundesgesetz, das die Konkretisierung der im Finanzverfassungsgesetz festgelegten Grundsätze für einen bestimmten Zeitraum unter Rücksichtnahme auf die jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse und den Finanzbedarf der Gebietskörperschaften im Rahmen der vorhandenen Mittel regelt. Diese Aufgabe wird das Bundesgesetz vom 00. Dezember 1988, BGBl. Nr. 000/1988, mit dem der Finanzausgleich für die Jahre 1989 bis 1992 geregelt wird und sonstige finanzausgleichsrechtliche Bestimmungen getroffen werden (Finanzausgleichsgesetz 1989 — FAG 1989), erfüllen.

Damit wird der erstmalig 1959 beschrittene Weg einer langfristigen Finanzausgleichsregelung fortgesetzt, der allen Gebietskörperschaften wirtschaftliche Planungen auf längere Sicht ermöglicht.

Gebärungsübersichten

Gebärungsübersichten betreffend die Bundesländer, Gemeindeverbände und Gemeinden werden jährlich vom Österreichischen Statistischen Zentralamt in der Reihe „Beiträge zur Österreichischen Statistik“ in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Finanzen herausgegeben. Derzeit liegen bereits 32 Jahrgänge in lückenloser Folge vor.

Gesamtgebärung

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1987	3 964,4	1 331,6
1988	22 335,3	5 478,2
1989	22 484,9	3 445,4

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 530 Leistungen an Länder und Gemeinden bzw. Beiträge und Ersätze von Ländern und Gemeinden

	Sachausgaben Millionen Schilling
1987	1 802,8
1988	1 853,7
1989	1 994,7

Im einzelnen ist zu bemerken:

Voranschlagsansatz 1/53007 Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich der Länder

Das FAG sieht die Ergänzung der Ertragsanteile der Länder (mit Wien) auf den Betrag vor, der sich unter Zugrundelegung der auf ein Jahr berechneten Durchschnittskopfquote der Ertragsanteile der Länder mit Wien als Land für das einzelne Land ergibt. Der aus Bundesmitteln im Jahre 1989 zu leistende Kopfquotenausgleichsbetrag, der auf Grund der Abrechnung der Ertragsanteile für das Jahr 1988 im Jahre 1989 voraussichtlich anfällt, ist mit 1 226 Millionen Schilling zu erwarten.

Unter Berücksichtigung des VfGH-Erk. v. 19. Juni 1979, A 3/78—26, zeigt die nachstehende Übersicht die unterschiedliche Höhe und die Entwicklung der Kopfquoten:

Ertragskopfquote für nebenstehende Jahre	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
	Schilling							
niedrigste	4 666	4 784	5 127	5 677	6 094	6 431	6 552	6 842
höchste	5 890	5 958	6 147	6 749	7 262	7 534	7 866	8 214
im Durchschnitt	5 128 ³⁾	5 237 ³⁾	5 526 ³⁾	6 126 ³⁾	6 643 ³⁾	6 995 ³⁾	7 134 ³⁾	7 449 ³⁾

Das Erfordernis für den Ertragsanteilekopfquoten-Ausgleich in den Jahren 1981 bis 1988 beträgt:

	Millionen Schilling		Millionen Schilling
1982	766,165	1986	1 072,848
1983	828,419	1987	1 093,435 ⁴⁾
1984	811,465	1988	1 173,736 ⁴⁾
1985	807,745	1989	1 226,000 ⁵⁾

Die Ertragsanteile der Länder und Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sind im Voranschlag 1989 — ebenso wie in den Vorjahren — als Abzugspost von dem Bruttoertrage der öffentlichen Abgaben dargestellt (siehe VA-Ansatz 2/52804).

Voranschlagsansatz 1/53017 Finanzkraftstärkung der Gemeinden

Gemäß § 21 FAG 1989 gewährt der Bund Gemeinden (Wien als Gemeinde) als Hilfe zur Bewältigung der ihnen obliegenden Aufgaben eine Finanzzuweisung. Diese beträgt 1,4 vH der Ertragsanteile der Gemeinden (Wien als Gemeinde). Auf diese Finanzzuweisung haben jene Gemeinden (ohne Wien) Anspruch, die eine solche Finanzzuweisung zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Haushalt benötigen.

Für das Jahr 1989 sind 591,698 Millionen Schilling vorgesehen; die erforderlichen Mittel werden vom Bund den Ländern (mit Wien) überwiesen.

Voranschlagsansatz 1/53037 Bundesbahn-Betriebsstättengemeinden

Die Finanzzuweisungen im Gesamtbetrag von 100 Millionen Schilling jährlich werden gemäß § 20 Abs. 3 FAG 1989 gewährt, wobei zur Vermeidung einer Verzettlung von Bundesmitteln Bagatellfälle — das Finanzausgleichsgesetz 1989 sieht eine Grenze von 68 000 S jährlich vor — außer Betracht bleiben sollen. Der Begriff der Betriebsstätte von Eisenbahnunternehmen folgt dem § 30 Abs. 1 1. Halbsatz der Bundesabgabenordnung, BGBl. Nr. 194/1961, in der geltenden Fassung. Im Jahre 1988 wurden solche Finanzzuweisungen an 123 Gemeinden gewährt.

Voranschlagsansatz 1/53047 Theater- und Orchestergemeinden ⁶⁾

Nach der Regelung im § 20 Abs. 2 FAG 1989 sind Finanzzuweisungen an Theater- und Orchestergemeinden im Gesamtausmaß von 18 Millionen Schilling vorgesehen. Die Aufteilung dieses Betrages erfolgt jeweils auf Grund der beim Bundesministerium für Finanzen einlangenden Anträge der anspruchsberechtigten Gemeinden nach Maßgabe ihrer Belastungen.

Voranschlagsansatz 1/53058 Bedarfszuweisungen an Gemeinden

Durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 346/1982 wurde die gesetzliche Grundlage geschaffen, jenen Gemeinden, deren finanzielle Situation sich durch nicht vorhersehbare bzw. nicht beeinflussbare Umstände so ungünstig entwickelt hat, daß es auch bei größter Sparsamkeit nicht mehr möglich ist, die eingegangenen rechtsgültigen Verpflichtungen zu erfüllen und gleichzeitig den Aufgabenverpflichtun-

gen ordnungsgemäß nachzukommen, aus Bundesmitteln eine finanzielle Hilfe in Form von Bedarfszuweisungen zu gewähren. Im Jahre 1989 ist für diese Zwecke ein Betrag von 23,0 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/53067 Polizeikostenersatz an Städte mit eigenem Statut

Gemäß § 20 Abs. 4 des Finanzausgleichsgesetzes 1989, BGBl. Nr. 000/1988, ersetzt der Bund ab 1. Oktober 1986 den Städten mit eigenem Statut Krems a. d. Donau und Waidhofen a. d. Ybbs jene Kosten, die diesen Städten nachweislich dadurch entstehen, daß sie für den Bund Aufgaben erfüllen, die in anderen Städten mit eigenem Statut von Bundespolizeibehörden erfüllt werden. Aus verwaltungsökonomischen Gründen ist der Kostenersatz in einem Pauschale festgelegt. Dieses darf nicht höher sein, als der Aufwand, der dem Bund entstehen würde, wenn er in diesen Gemeinden Bundespolizeibehörden eingerichtet hätte.

Gemäß VGH-Erkenntnis ist auch für die Zeit vor dem 1. Oktober 1986 ein Kostenersatz zu leisten. Im Jahre 1989 ist daher ein Beitrag von 36 Millionen Schilling vorgesehen.

Titel 532 Zweckzuschüsse des Bundes I

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	1 367,4	437,7
1988	16 662,5	2 400,0
1989	16 996,5	530,0

Im einzelnen ist zu bemerken:

Voranschlagsansatz 1/53217 Zuschüsse nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz

Gemäß Bundesgesetz vom 31. März 1982, BGBl. Nr. 165/1982, gewährt der Bund zur Förderung der Errichtung von 5 000 Wohnungen, deren Baubeginn in die Jahre 1982 und 1983 fällt, Zinsen- und Annuitätenzuschüsse zu Hypothekendarlehen, die zur Deckung der gesamten Baukosten aufgenommen werden.

Weiters gewährt der Bund gemäß Bundesgesetz vom 14. Dezember 1983, BGBl. Nr. 661/1983, zur Förderung der Errichtung von 5 000 Wohnungen, deren Baubeginn in die Jahre 1984 und 1985 fällt, sowie von 5 000 Wohnungen, deren Baubeginn in die Jahre 1986 und 1987 fällt, Zinsen- und Annuitätenzuschüsse zu Hypothekendarlehen, die zur Finanzierung der Baukosten aufgenommen werden.

Voranschlagsansatz 1/53227 Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden; Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

Der Bund gewährt gemäß § 22 Abs. 1 Z 1 FAG 1989 Ländern und Gemeinden für die auf eigene Rechnung geführten Theater und jene Theater, zu deren Abgangsdeckung sie vertraglich verpflichtet sind, Zweckzuschüsse im Ausmaß von 175 Millionen Schilling jährlich.

In Betracht kamen hiefür die Vereinigten Bühnen Graz, das Landestheater Linz, das Landestheater Salzburg, das Stadt- und Landestheater Klagenfurt, das Tiroler Landestheater, das Stadttheater Baden sowie das Theater in St. Pölten und das Theater an der Wien.

Voranschlagsansatz 1/53228 Zuschüsse zur Theaterführung an Länder und Gemeinden; Aufwendungen

Für das Theater am Kornmarkt in Bregenz wurde für das Jahr 1989 gemäß § 22 Abs. 1 Z 1 lit. e FAG 1989 mit einem Zweckzuschuß von 2 Millionen Schilling vorgesorgt.

Voranschlagsansatz 1/53237 Zuschüsse nach § 3 Wohnbauförderungs-Zweckzuschußgesetz 1989

Gemäß § 3 Wohnbauförderungs-Zweckzuschußgesetz 1989, BGBl. Nr. 000/1988, hat der Bund den Ländern zur Finanzierung von Annuitätenzuschüssen und Wohnbeihilfen, die von den Ländern bis 31. Dezember 1987 gemäß dem WSG zugesichert bzw. bescheidmäßig zuerkannt wurden, Zweckzuschüsse im Höchstausmaß von 160 Millionen Schilling zu gewähren.

Voranschlagsansatz 1/53247 Zuschüsse für Wohnbauförderung

Die Wohnbauförderungstransfers des Bundes an die Länder werden ab dem Zeitpunkt der Übertragung der Wohnbauförderungskompetenzen auf die Länder (1. Jänner 1988) in Form von Zweckzuschüssen gemäß § 12 F-VG geleistet. Die Höhe dieser Zweckzuschüsse orientiert sich gemäß § 1 Wohnbauförderungs-Zweckzuschußgesetz 1989, BGBl. Nr. 000/1988, am Aufkommen der Einkommensteuer ohne Kapitalertragsteuer gemäß § 93 Abs. 2 Z 3 und Abs. 3 EStG 1988, BGBl. Nr. 400, und ohne Abgeltungen an den Familienlastenausgleichsfonds, und am Aufkommen der Körperschaftsteuer und des Wohnbauförderungsbeitrages.

Gemäß § 5 Abs. 2 Wohnbauförderungs-Zweckzuschußgesetz 1989, BGBl. Nr. 000/1988, gewährt der Bund den Ländern in den Jahren 1989 bis 1991 einen weiteren Zweckzuschuß in Höhe von jährlich rd. 154,3 Millionen Schilling.

Für die Überweisungen an die Länder ist mit 15 641,7 Millionen Schilling vorgesorgt. —

Voranschlagsansatz 2/53254 Rückflüsse gemäß BGBl. Nr. 373/1988 (§ 3)**Voranschlagsansatz 2/53284 Verwertungserlöse gemäß BGBl. Nr. 373/1988 (§ 1)**

Die noch vereinzelt nach dem 31. Dezember 1987 einlangenden Rückflüsse (mit Ausnahme der rückfließenden Mittel gemäß § 7 Rückzahlungsbegünstigungsgesetz) des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und des Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds aus Förderungsdarlehen, die bis zum 31. Dezember 1967 gewährt wurden, und der Erlös aus der Verwertung der Forderungen dieser Fonds kommen, soweit sie nicht als Deckung für Verpflichtungen der Fonds oder zu ihrer Abwicklung heranzuziehen sind, zu einem Drittel dem Bund und zu zwei Dritteln den Ländern zu. Für 1989 werden 370 Millionen Schilling erwartet.

Voranschlagsansatz 2/53274 Rückzahlung von Darlehen nach dem Rückzahlungsbegünstigungsgesetz 1987

Die rückfließenden Beträge aus der vorzeitigen Rückzahlung von Wohnbaudarlehen nach dem Rückzahlungsbegünstigungsgesetz 1987, BGBl. Nr. 340, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 374/1988 kommen zu einem Drittel dem Bund und zu zwei Dritteln den Ländern zu. Für 1989 werden rund 160 Millionen Schilling erwartet.

Voranschlagsansatz 1/53277 Zuschüsse für Fremdenverkehrsförderung

Der Bund gewährt Gemeinden gemäß § 22 Abs. 1 Z 2 FAG 1989 zur Förderung und Pflege des Fremdenverkehrs, sofern es sich nicht um gesamtösterreichische Belange handelt, ab dem Jahre 1989 einen Zweckzuschuß von jährlich 70 Millionen Schilling.

Voranschlagsansatz 1/53287 Zuschüsse für Umweltschutz an Länder und Gemeinden

Der Bund gewährt den Ländern und Gemeinden gemäß § 22 Abs. 1 Z 5 FAG 1989 zur Förderung des Umweltschutzes, insbesondere der Errichtung und Verbesserung von Müllbeseitigungsanlagen, unter Bedachtnahme auf den Umfang, die Lage und Gefährdung der Wohngebiete und der Erholungsgebiete, ab dem Jahre 1989 einen Zweckzuschuß von jährlich je 70 Millionen Schilling.

Voranschlagsansatz 1/53297 Zuschüsse in Nahverkehrsangelegenheiten an Gemeinden

Der Bund gewährt Gemeinden ab dem Jahre 1989 jährliche Zweckzuschüsse gemäß § 22 Abs. 1 Z 3 FAG 1989 für den Betriebsaufwand von öffentlichen Personennahverkehrsunternehmen 140 Millionen Schilling und gemäß § 22 Abs. 1 Z 4 FAG 1989 für Personennahverkehrsinvestitionen 226,8 Millionen Schilling.

Voranschlagsansatz 2/53204 Übergüsse an Zweckzuschüssen des Bundes**Voranschlagsansatz 2/53214 Übergüsse an Finanzaufweisungen des Bundes**

Für Rückzahlungen von Ländern und Gemeinden an zuviel geleisteten Zweckzuschüssen und Finanzaufweisungen des Bundes ist mit Verrechnungsposten vorgesorgt.

200

Kapitel 53 — Titel 533 und 534

Titel 533 Zweckzuschüsse des Bundes II

	Sachausgaben Millionen Schilling
1987	11,0
1988	11,0
1989	11,0

Im einzelnen ist zu bemerken:

Voranschlagsansatz 1/53327 Zuschüsse an Spielbankgemeinden

Gemäß § 22 Abs. 1 Z 6 FAG 1989 gewährt der Bund den Gemeinden, in denen eine Spielbank betrieben wird, einen Zuschuß von je 1 Million Schilling jährlich zur Förderung der Qualität des örtlichen Fremdenverkehrs. Das sind derzeit die Gemeinden Baden, Bad Gastein, Bregenz, Graz, Kitzbühel, Mittelberg, Linz, Salzburg, Seefeld, Velden und Wien.

Titel 534 Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1987	793,2	893,9
1988	3 808,1	3 078,2
1989	3 482,7	2 915,4

Im einzelnen ist zu bemerken:

Voranschlagsansätze 1/53408 bis 1/53488 Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)**Voranschlagsansatz 2/53400 Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)**

Nach dem Katastrophenfondsgesetz 1986, BGBl. Nr. 396/1986, in der Fassung BGBl. Nr. 000/1988 sind die Mittel des Fonds für die zusätzliche Finanzierung von Maßnahmen zur Vorbeugung gegen künftige und zur Beseitigung von eingetretenen, im Gesetz näher genannten Katastrophenschäden zu verwenden.

Die Katastrophenfondsmittel sind nutzbringend anzulegen.

Der nicht verbrauchte, einer Rücklage zugeführte Rest an zweckgebundenen Einnahmen zum 31. Dezember 1987 betrug 2 050 846 202,32 S.

Schilling

Von den Ausgaben 1987 entfallen:

1. Für Zwecke der Förderung der Behebung von Schäden im Vermögen physischer und juristischer Personen mit Ausnahme der Gebietskörperschaften	210 819 968
2. Für Maßnahmen zur Behebung von Schäden des Bundes im Bereiche des Bundesministeriums für Bauten und Technik	92 700 000
im Vermögen der Österreichischen Bundesbahnen	193 244 000
zusammen ...	285 944 000
3. Für Zwecke der Förderung der Behebung von Schäden im Vermögen der Länder	67 215 000
4. Für Zwecke der Förderung der Beschaffung von Katastropheneinsatzgeräten der Feuerwehren an die Länder	152 924 657
5. Für Zwecke der Förderung der Behebung von Schäden im Vermögen der Gemeinden	205 621 000

201

6.	Für Maßnahmen des Schutzbaues zur Vorbeugung gegen künftige Hochwasser- und Lawenschäden im Bereiche des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft	
	für den Ausbau von hydrographischen Einrichtungen	1 943 000
	als Bundeszuschuß für Wildbach- und Lawinenverbauung	658 962 000
	als Bauaufwand für Bundesflüsse	284 101 000
	als Bundeszuschuß für Konkurrenzgewässer	320 481 000
	zusammen ...	1 265 487 000
	im Bereiche des Bundesministeriums für Bauten und Technik	
	für Förderungsmaßnahmen bei Wasserbauten	304 930 000
	als Aufwendungen für Wasserbauten	34 120 000
	als Bundeszuschuß für die Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz	12 500 000
	für Lawinenschutzbauten an Bundesstraßen	219 900 000
	zusammen ...	571 450 000
	Summe ...	2 759 461 625
7.	Zum Ausgleich von Härten nach den Nuklearereignissen des Jahres 1986	155 200 456
8.	Zinsertragsteuer	1 408 253
	Bankspesen	2 284
	Summe ...	2 916 072 618

Einnahmen

2/53400 Dotierung des Fonds	2 915,400
2/51247 Entnahme aus Rücklagen	594,304
zusammen ...	<u>3 509,704</u>

1/53408 Schäden im Vermögen privater Personen	317,394
1/53418 Überweisungen an Länder	259,686
1/53428 Schäden im Vermögen der Gemeinden	201,978
1/53437 Öffentliche Abgaben	3,000
1/53438 Bankspesen	0,010
1/53448 Nuklearschäden	30,000
1/53458 Schäden im Vermögen des Bundes	288,540
1/53468 Vorbeugung gegen Hochwasser- und Lawinenschäden	2 032,106
1/53478 Warn- und Alarmsystem	50,000
1/53488 Überweisung an den Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds	300,000
1/51249 Rücklagenzuführungen	26,990

Ein aus der Rücklage entnommener Betrag von 214,304 Millionen Schilling ist zur Stärkung der Mittel für Maßnahmen des Schutzbaues zur Vorbeugung gegen künftige Hochwasser- und Lawinenschäden gemäß § 3 Abs. 1 Z 3 des Katastrophenfondsgesetzes 1986 bestimmt und in dem für diese Zwecke vorgesehenen Betrag von 2 032,106 Millionen Schilling bereits enthalten.

Für die Finanzierung des Warn- und Alarmsystems ist eine Rücklagenentnahme in Höhe von 50 Millionen Schilling vorgesehen.

Der für den Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds bestimmte Betrag in Höhe von 300 Millionen Schilling wird ebenfalls der Rücklage entnommen.

¹⁾ Gemäß § 3 Abs. 1 dieses Gesetzes werden Finanzaufweisungen an Länder (Gemeinden) auf Grund bundesgesetzlicher Regelung gewährt.

Gemäß § 12 Abs. 2 dieses Gesetzes werden zweckgebundene Zuschüsse des Bundes an Länder (Gemeinden) durch das Finanzausgleichsgesetz oder durch Bundesgesetze festgesetzt, welche die Verwaltungsaufgaben regeln, zu deren Lasten die Zuschüsse zu leisten sind.

Gemäß § 15 dieses Gesetzes kann der Bund den Ländern (Gemeinden) Darlehen nur auf Grund eines besonderen Bundesgesetzes oder des Bundesfinanzgesetzes gewähren.

²⁾ (frei).

³⁾ Länder mit Wien.

⁴⁾ Vorbehaltlich der endgültigen Abrechnung.

⁵⁾ Schätzung.

⁶⁾ Außerdem sind Zuschüsse gemäß § 22 Abs. 1 Z 1 FAG 1989 bei dem Voranschlagsansatz 1/53227 und 1/53228 veranschlagt.

Kapitel 54 — Titel 540

203

Kapitel 54 Bundesvermögen**Gesamtgebarung**

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	16 155,9	17 882,0
1988	16 191,9	17 882,0
1989	17 828,4	24 189,0

Zu den einzelnen Bereichen ist zu bemerken:

Titel 540 Kapitalbeteiligung und Kapitalbeteiligung (Erträge)**Gesetzliche Grundlagen**

1. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 168/1946; generell und in der Fassung BGBl. Nr. 23/1957;
2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 321/1987;
- ÖIAG-Gesetz, BGBl. Nr. 23/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 204/1986;
- ÖIAG-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 295/1975, in der Fassung BGBl. Nr. 298/1981, BGBl. Nr. 602/1981, BGBl. Nr. 633/1982, BGBl. Nr. 589/1983 und 298/1987;
- Erstes Verstaatlichungs-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1954;
- Zweites Verstaatlichungs-Entschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 3/1960;
- Tabakmonopolgesetz 1968, BGBl. Nr. 38/1968;
- Salzmonopolgesetz 1978, BGBl. Nr. 124/1978;
- Bundesministeriengesetz 1973, BGBl. Nr. 389/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 439/1984;
3. Schatzscheingesezt, BGBl. Nr. 159/1948, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 347/1982;
- Nationalbankgesetz, BGBl. Nr. 50/1984;
- Auf Schilling lautende Beitragsleistungen der Republik Österreich bei internationalen Finanzinstitutionen, BGBl. Nr. 466/1985;
- Abkommen über den Internationalen Währungsfonds und über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Wirtschaftsförderung, BGBl. Nr. 105/1949;
- Erhöhung der Quote Österreichs beim Internationalen Währungsfonds, BGBl. Nr. 572/1983;
- Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, BGBl. Nr. 114/1985;
- Übereinkommen zur Errichtung der Afrikanischen Entwicklungsbank samt Anlagen, Allgemeinen Vorschriften für die Aufnahme nichtregionaler Staaten als Mitglieder der Bank und Anhang I, BGBl. Nr. 252/1983;
- Übereinkommen über die Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds samt Anlagen, BGBl. Nr. 37/1982; Leistung eines weiteren Beitrages zum Afrikanischen Entwicklungsfonds, BGBl. Nr. 206/1985;
- Abkommen über die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA), BGBl. Nr. 201/1961; Leistung eines achten zusätzlichen Beitrages zur Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA), BGBl. Nr. 30/1988;
- Abkommen über die Errichtung der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 13/1967; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 571/1983; Leistung eines Beitrages zum Asiatischen Entwicklungsfonds und zum Technischen Hilfe Sonderfonds der Asiatischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 295/1987;
- Übereinkommen zur Errichtung der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank, BGBl. Nr. 174/1977; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank und Leistung eines weiteren Beitrages zum Fonds für Sondergeschäfte, BGBl. Nr. 573/1983;

Abkommen über die Internationale Finanz-Corporation, BGBl. Nr. 204/1956; Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Internationalen Finanz-Corporation, BGBl. Nr. 136/1987;

Übereinkommen zur Errichtung der Inter-Amerikanischen Investitionsgesellschaft samt Anlage, BGBl. Nr. 559/1986;

Übereinkommen zur Errichtung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung samt Anlagen, BGBl. Nr. 38/1978; Leistung eines zusätzlichen Beitrages zum Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung, BGBl. Nr. 413/1986.

Aufgaben

Haushaltsangelegenheiten aus dem Bereich der Kapitalbeteiligung des Bundes an
der Ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft,
der Österreichischen Industrieholding AG (bis April 1986: Österreichische Industrieverwaltungs-AG) — ÖIAG,
den verstaatlichten Banken,
der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbundgesellschaft) und der Vorarlberger Illwerke AG,
den Monopolbetrieben Austria Tabakwerke AG und Österreichische Salinen AG
und Internationalen Finanzinstitutionen;

Vertretung der finanziellen Interessen an privatwirtschaftlichen Unternehmungen mit Bundesbeteiligung einschließlich haushaltsmäßiger Behandlung von Verrechnungssagenden, soweit — insbesondere nach BGBl. Nr. 439/1984 — die Zuständigkeit für den Erwerb und die Verwaltung von Anteilsrechten des Bundes beim Bundesministerium für Finanzen verblieben ist. Diese Gesellschaften sind vorwiegend den wirtschaftlichen Bereichen: Kunst, Wohnungsbau, Straßen, Verkehr, Industrie und Gewerbe sowie öffentliche und private Dienstleistungen zuzuordnen.

Außerdem ist die Realisierung von Verstaatlichungs-Entschädigungszahlungen anhand eingereicherter Wertpapiere zu nennen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1987	2 112,1	5 543,3
1988	2 938,9	4 984,4
1989	1 832,7	4 569,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Wesentliche Abweichungen bei den Ausgaben ergeben sich durch die Umstellung der Verrechnung von Tilgungszahlungen nach dem ÖIAG-Anleihegesetz vom VA-Ansatz 1/54012 auf VA-Ansatz 1/54847, durch die geringere Veranschlagung von Kapitaleinzahlungen für ÖLB und CA-BV. Hingegen höhere Veranschlagungen für Kapitalbeteiligungen bei der Austrian Airlines AG und der Dorotheum Auktions-, Versatz- und Bank-Ges.m.b.H. und bei den Zahlungen an Internationale Finanzinstitutionen infolge von vermehrten Schatzscheineinlösungen.

Abweichungen bei den Erträgen ergeben sich hauptsächlich durch geringere Dividendenanteile bei den verstaatlichten Banken, der Vorarlberger Illwerke AG und der Austrian Airlines AG infolge verminderter Bundesbeteiligung, sowie geringere Dividendenzahlung der Austria Tabakwerke AG und der Österreichischen Salinen AG aufgrund der Körperschaftssteuerpflicht.

Voranschlag 1989

Entschädigungen für verstaatlichte Unternehmungen

Entschädigungszahlungen nach den Verstaatlichungs-Entschädigungsgesetzen fallen nur mehr vereinzelt zum österreichisch-tschechoslowakischen Vermögensvertrag an und können bedarfsweise aus Rücklagenzuführungen der Vorjahre bedeckt werden.

Kapitel 54 — Titel 540

205

Verstaatlichte Banken

Zum Kapitalerhöhungsprogramm der verstaatlichten Banken für die Jahre 1985 bis 1988, mit Verlängerung der Durchführung seitens der CA-BV bis 1990, erfolgten bisher bei der CA-BV Begebungen in den Jahren 1985 und 1986 im Nominale von jeweils 300 Millionen Schilling zum Kurs von 200% bzw. 230% unter 60%iger Beteiligung des Bundes. Weitere zwei Kapitalerhöhungen im Nominale von jeweils 300 Millionen Schilling zum Kurs von etwa 290% sind unter anteiliger Beteiligung des Bundes für die Jahre 1988 und 1989 vorgesehen.

Bei der ÖLB wurden analoge Kapitalerhöhungen im Nominale von jeweils 150 Millionen Schilling in den Jahren 1985 bis 1987 zum Kurs von 200%, 230% bzw. 290% unter 60%iger Beteiligung des Bundes durchgeführt. Die vierte Tranche im Nominale von 150 Millionen Schilling zum Kurs von etwa 280% ist unter anteiliger Beteiligung des Bundes für das Jahr 1988 in Aussicht genommen worden.

Für die erforderlichen Kapitaleinzahlungen des Bundes in den Jahren 1988 und 1989 wurden beim VA-Ansatz 1/54033 921,375 bzw. 451,4 Millionen Schilling veranschlagt.

Bei den Einnahmen haben sich seit 1987 die anteiligen Dividendenerträge von 10% auf 12% erhöht. Außerdem werden seit 1987 Erlöse aus der Veräußerung von Aktien des Bundes erzielt.

Die diesbezüglichen Veranschlagungen 1989 betragen derzeit für Dividendenerträge insgesamt rd. 321,320 Millionen Schilling (VA-Ansatz 2/54034) und für Veräußerungserlöse, den Verkauf von Aktien bei der CA-BV und ÖLB betreffend, 1 217,6 Millionen Schilling (VA-Ansatz 2/54187).

Elektrizitätswirtschaft

Ausgabenveranschlagungen zu den direkten Beteiligungen des Bundes an der Verbundgesellschaft und der Vorarlberger Illwerke AG waren seit 1988 nicht notwendig (VA-Ansatz 1/54043).

An laufenden Einnahmen sind Dividendenzahlungen der Vorarlberger Illwerke AG verblieben (VA-Ansatz 2/54044). Aus diesem Titel wurden für das Jahr 1989 50 Millionen Schilling budgetiert.

Einnahmen aus der Abtretung von Bundesanteilen sind beim Voranschlagsansatz 2/54182 bzw. 2/54187 erläutert.

Internationale Finanzinstitutionen

Österreich leistet seine Beiträge zu den Internationalen Finanzinstitutionen fast ausschließlich durch den Erlag unverzinslicher, auf Abruf einzulösender Bundesschatzscheine. Die Ermächtigung zur Begebung dieser Bundesschatzscheine ist durch das 3. Schatzscheingesetz, BGBl. Nr. 159/1948, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 347/1982 gegeben.

Bei den veranschlagten Beträgen handelt es sich daher größtenteils um Einlösungen von Bundesschatzscheinen. Da sich die Einlösungen nach dem Bedarf an Mitteln für Kreditauszahlungen der Finanzinstitutionen an ihre kreditnehmenden Mitglieder (Entwicklungsländer) richten, ist keine gleichmäßige Gebarung möglich. Auf Grund des Bundesgesetzes vom 6. November 1985, BGBl. Nr. 466, wurde zur Refinanzierung der Schatzscheineinlösungen ein Übereinkommen mit der Oesterreichischen Nationalbank geschlossen.

Internationaler Währungsfonds

Anlässlich des Beitrittes zum Abkommen von Bretton Woods ist die Republik Österreich mit Wirkung vom 27. August 1948 Mitglied des Internationalen Währungsfonds geworden (BGBl. Nr. 105/1949).

Die Mitglieder dieser Organisation haben bestimmte Quoten einzuzahlen. Durch die 8. Quotenrevision wurde Österreichs Quote von bisher 495 Millionen Sonderziehungsrechten auf 775,6 Millionen Sonderziehungsrechte erhöht (Bundesgesetz vom 10. November 1983, BGBl. Nr. 572). Die gesamte Quote wurde auf die Oesterreichische Nationalbank übertragen. Die gesetzliche Ermächtigung zur Übertragung der Quote auf die Oesterreichische Nationalbank ist durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 309/1971 gegeben. Die Kontenführung des Internationalen Währungsfonds wurde mit Wirkung 20. März 1972 von US-Dollar auf Sonderziehungsrechte umgestellt.

Afrikanische Entwicklungsbank

Die Afrikanische Entwicklungsbank wurde im September 1964 von ausschließlich afrikanischen Ländern mit dem Ziel errichtet, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer Mitglieder durch die

Gewährung von Darlehen und technischer Hilfe zu fördern. Im Jahre 1982 kam es zur Öffnung des Kapitals auch für nichtregionale Staaten.

Österreich ist mit Wirkung vom 30. März 1983 Mitglied der Afrikanischen Entwicklungsbank geworden (BGBl. Nr. 252/1983) und hat sich am Kapital der Afrikanischen Entwicklungsbank mit 0,38 vH beteiligt; das sind 1 996 Anteile zu je 10 000 Bankrechnungseinheiten. Der Schillinggegenwert beträgt 338 246 184 Schilling. Ein Viertel dieses Betrages ist einzuzahlen, der Rest stellt abrufbares Kapital dar. Der einzuzahlende Teil in Höhe von 84 561 546 Schilling wurde in fünf gleichen Jahresraten in den Jahren 1983 bis 1987 durch den Erlag unverzinslicher Schatzscheine geleistet. 1987 wurde vom Direktorium eine Kapitalerhöhung beschlossen, an der sich Österreich mit 48,254 Millionen US-Dollar beteiligen wird. Davon sind 6,25% in fünf Raten in den Jahren 1988 bis 1992 einzuzahlen. Für 1989 sind für Schatzscheineinlösungen 7 240 000 Schilling vorgesehen.

Afrikanischer Entwicklungsfonds

Die Notwendigkeit der Bereitstellung von Finanzierungsmitteln zu besonders günstigen Bedingungen führte im Juli 1973 zur Errichtung des Afrikanischen Entwicklungsfonds. Es ist dies eine rechtlich selbständige Institution, die jedoch organisatorisch und personalmäßig eng mit der Afrikanischen Entwicklungsbank verbunden ist.

Österreich wurde am 30. Dezember 1981 Mitglied des Afrikanischen Entwicklungsfonds (BGBl. Nr. 37/1982) und zeichnete Stammeinlagen in Höhe von 15 Millionen Fondsrechnungseinheiten zum Gegenwert von 264 749 735 Schilling (BGBl. Nr. 601/1981).

Durch die Beteiligung an der dritten und vierten Wiederauffüllung der Mittel des Afrikanischen Entwicklungsfonds beträgt die österreichische Beteiligung zum 30. Juni 1986 46,250 Millionen Fondsrechnungseinheiten im Gegenwert von 819 648 306 Schilling. Bis auf 50% der Stammeinlage, die bar zu bezahlen waren, erfolgt die Zahlung der Beiträge durch den Erlag von Bundesschatzscheinen. 1987 wurde von den Mitgliedern eine fünfte Wiederauffüllung beschlossen, an der sich Österreich vorbehaltlich der parlamentarischen Genehmigung mit 427 362 734 Schilling beteiligen wird. Für 1989 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 73 400 000 Schilling vorgesehen.

Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung

Österreich ist mit Wirkung 27. August 1948 der IBRD beigetreten (BGBl. Nr. 105/1949). Einzelheiten über die bisher geleisteten Zahlungen an die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung können den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1958, Seite 106, für das Jahr 1959, Seite 124, für das Jahr 1971, Seite 126, für das Jahr 1976, Seite 130, für das Jahr 1979, Seite 133, und für das Jahr 1986, Seite 141, entnommen werden.

Österreich hat sich seit seinem Beitritt an allen Kapitalerhöhungen der IBRD beteiligt. An der letzten, 1988 beschlossenen Kapitalerhöhung wird sich Österreich durch die Zeichnung von 4 854 Anteilen im Gesamtwert von 585 562 290 US-Dollar beteiligen. Der einzuzahlende Anteil beträgt 17 566 868,70 US-Dollar. Davon wäre ein Teil bar in US-Dollar und ein größerer Teil in Landeswährung zu zahlen. Für den in Landeswährung zu zahlenden Teil ist beabsichtigt, einen unverzinslichen Bundesschatzschein zu erlegen, der in den Jahren 1988 bis 1990 eingelöst werden wird.

Für 1989 ist dafür ein Betrag von 63 241 000 Schilling vorgesehen.

Internationale Entwicklungsorganisation

Österreich ist seit 1961 Mitglied der Internationalen Entwicklungsorganisation. Das Abkommen mit dieser Organisation trat am 28. Juni 1961 in Kraft (BGBl. Nr. 201/1961). Nähere Einzelheiten über die Aufgaben dieser Organisation sowie über die Beteiligung der Republik Österreich und die der IDA darüber hinaus zur Verfügung gestellten zusätzlichen Mittel sind dem Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1971, Seiten 126 und 127, für das Jahr 1979, Seiten 133 und 134, und für das Jahr 1985, Seite 138, zu entnehmen.

Für die Periode 1985 bis 1987 wurde von den Mitgliedern eine 7. Wiederauffüllung der Mittel der IDA in Höhe von 9 Milliarden US-Dollar beschlossen, an der sich Österreich mit 1 187 280 000 Schilling beteiligt hat (BGBl. Nr. 453/1984). Die Leistung dieses Betrages erfolgte in drei Raten in den Jahren 1985 bis 1986 wie bisher durch Übergabe unverzinslicher Schatzscheine. 1987 wurde von den Mitgliedern eine achte Wiederauffüllung in Höhe von 11,5 Milliarden US-Dollar beschlossen, an der sich Österreich mit 1 246 160 000 Schilling beteiligt hat. Für 1989 sind für Schatzscheineinlösungen 400 Millionen Schilling vorgesehen.

Kapitel 54 — Titel 540

207

Asiatische Entwicklungsbank

Österreich ist der Asiatischen Entwicklungsbank 1966 beigetreten. Das Abkommen trat am 29. September 1966 in Kraft (BGBl. Nr. 13/1967). Die ursprüngliche Beteiligung am Kapital der Bank betrug 5 Millionen US-Dollar des Feingehaltes vom 31. Jänner 1966.

Nähere Einzelheiten über die Aufgaben der Bank und die österreichische Kapitalbeteiligung sowie die Beiträge zum Asiatischen Entwicklungsfonds können den Amtsbehelfen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1971, Seiten 125 und 126, für das Jahr 1977, Seite 130, für das Jahr 1979, Seite 134, für das Jahr 1980, Seite 134, für das Jahr 1987, Seite 191, entnommen werden.

An der letzten 1983 beschlossenen dritten allgemeinen Kapitalerhöhung der Bank hat sich Österreich mit 30 830 000 US-Dollar mit dem Gewicht und Feingehalt vom 31. Jänner 1966 beteiligt. Hievon waren 1 540 000 US-Dollar in den Jahren 1984 bis 1987 in gleichen jährlichen Raten einzuzahlen, und zwar 40 vH in bar, 60 vH wurden durch den Erlag unverzinslicher Schatzscheine geleistet. Die gesetzliche Ermächtigung ist durch das Bundesgesetz vom 10. November 1983, BGBl. Nr. 571, gegeben.

1987 wurde eine weitere Aufstockung des Asiatischen Entwicklungsfonds und des Technischen Hilfe Sonderfonds der Asiatischen Entwicklungsbank beschlossen. Österreich hat sich daran mit 517 067 520 Schilling beteiligt, BGBl. Nr. 295/1987. Die Leistung erfolgt in vier Raten in den Jahren 1987 bis 1990 durch den Erlag von unverzinslichen Bundesschatzscheinen. Für 1989 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 71 400 000 Schilling vorgesehen.

Inter-Amerikanische Entwicklungsbank

Die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank wurde im Jahr 1959 gegründet.

Österreich ist am 10. Jänner 1977 Mitglied der Bank geworden (BGBl. Nr. 174/1977). Die Beteiligung Österreichs am Kapital der Bank und am Fonds für Sondergeschäfte belief sich ursprünglich auf je 5 054 578 US-Dollar mit dem Gewicht und Feingehalt vom 18. Oktober 1973.

Nähere Einzelheiten über die Aufgaben der Bank und die österreichische Kapitalbeteiligung sowie Beiträge zum Fonds für Sondergeschäfte können dem Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1986, Seite 142, entnommen werden.

An einer im Jahre 1983 beschlossenen Erhöhung des Kapitals der Bank um 15 Milliarden US-Dollar und einer Wiederauffüllung der Mittel des Fonds für Sondergeschäfte um 702,5 Millionen US-Dollar hat sich Österreich durch die Zeichnung von 976 Kapitalanteilen im Gegenwert von 11 773 912 US-Dollar (Kapital) bzw. 1 995 000 US-Dollar im Gegenwert von 33 845 175 Schilling (Fonds für Sondergeschäfte) beteiligt (BGBl. Nr. 573/1983). Der einzuzahlende Anteil der Kapitalerhöhung betrug 530 791 US-Dollar und war, wie auch der Beitrag zum Fonds für Sondergeschäfte in drei gleichen Raten, in den Jahren 1984 bis 1986 durch Erlag unverzinslicher Schatzscheine zu leisten. Für 1989 sind für Schatzscheineinlösungen 17 000 000 Schilling vorgesehen.

Internationale Finanzkorporation

Die Internationale Finanzkorporation (IFC) wurde im Jahre 1956 als Mitglied der Weltbankgruppe gegründet und hat die Aufgabe, den Zufluß einheimischen und ausländischen Kapitals in produktive Unternehmungen in Entwicklungsländern zu fördern. Dies geschieht vor allem durch Gewährung von Anleihen, Kapitalbeteiligungen und Investitionen.

Österreich zählt zu den Gründungsmitgliedern der IFC und hat vom ursprünglichen Grundkapital von 110 Millionen US-Dollar einen Betrag von 554 000 US-Dollar gezeichnet. Das Abkommen mit dieser Institution trat am 28. September 1956 in Kraft (BGBl. Nr. 204/1956). An einer 1977 beschlossenen Aufstockung des Grundkapitals um 650 Millionen US-Dollar beteiligte sich Österreich mit einem Betrag von 4 531 000 US-Dollar (BGBl. Nr. 336/1978). Im Jahre 1985 wurde eine neuerliche Aufstockung des Kapitals um 650 Millionen US-Dollar beschlossen, an der sich Österreich mit 6 073 000 US-Dollar beteiligt hat (BGBl. Nr. 136/1987). Für 1989 ist eine Barleistung in Höhe von 14 580 000 Schilling vorgesehen.

Inter-Amerikanische Investitionsgesellschaft

Die Verhandlungen über die Gründung dieser internationalen Finanzinstitution wurden 1984 abgeschlossen. Die Schlußakte über die Gründung der Interamerikanischen Investment Corporation wurden von der erforderlichen Anzahl von Staaten, u. a. auch von Österreich 1984 unterzeichnet. Österreich hat sich an dieser Finanzinstitution mit einem Betrag von 1 Million Dollar beteiligt, der in vier Teilbeträgen zu je 250 000 Dollar in den Jahren 1986—1989 zu zahlen ist (BGBl. Nr. 559/1986). Für 1989 ist eine Barleistung in Höhe von 3 000 000 Schilling vorgesehen.

Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)

Der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung hat die Aufgabe, durch Gewährung von begünstigten Krediten und nichtrückzahlbaren Zuschüssen die landwirtschaftliche Produktion in den Entwicklungsländern zu fördern. Österreich hat das Abkommen über diese internationale Finanzinstitution am 12. Dezember 1977 ratifiziert (BGBl. Nr. 38/1978) und beteiligte sich daran mit 4,8 Millionen US-Dollar.

An der 1982 beschlossenen 1. Wiederauffüllung der Mittel des Fonds von 1 070 Millionen US-Dollar beteiligte sich Österreich mit 5,2 Millionen US-Dollar im Gegenwert von 74,55 Millionen Schilling (BGBl. Nr. 348/1982). Der Anteil Österreichs an der 1986 beschlossenen 2. Wiederauffüllung von 460 Millionen US-Dollar beträgt rund 4,14 Millionen US-Dollar im Gegenwert von 76 795 000 Schilling (BGBl. Nr. 413/1986). Für 1989 ist für Schatzscheineinlösungen ein Betrag von 20 000 000 Schilling vorgesehen.

Gemeinsamer Rohstofffonds im Rahmen der UNCTAD

Die Zielsetzung dieser Institution ist

1. die Finanzierung von internationalen oder international koordinierten nationalen Rohstoffausgleichslagern und
2. die Finanzierung anderer Maßnahmen (Forschungs- und Entwicklungsprojekte, Verbesserung der Produktivität usw.) in Entwicklungsländern.

Österreich hat das Übereinkommen zur Errichtung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe am 4. Mai 1983 ratifiziert und wird sich nach Inkrafttreten des Übereinkommens mit 5,16 Millionen US-Dollar an diesem Fonds beteiligen.

Für 1989 ist eine Barzahlung von 11 376 000 Schilling veranschlagt.

Wiedereingliederungsfonds des Europarates

Der Fonds wurde 1956 als Instrument zur Lösung der Probleme gegründet, die mit der Flut von Flüchtlingen, die in ihr Heimatland zurückkehren mußten, verbunden waren. Priorität hatte daher ursprünglich die Finanzierung von Wiedereingliederungsprojekten.

Nach nunmehr weitgehender Lösung der Probleme der nationalen Flüchtlinge hat der Fonds heute soziale Fragen, wie Wohnungsprobleme der Gastarbeiter, Berufsausbildung, Investitionen zum Zwecke der Arbeitsplatzbeschaffung, in Angriff genommen.

Auch Österreich könnte, bei Vorliegen entsprechender Projekte, Finanzierungen durch den Fonds in Anspruch nehmen.

Die Verhandlungen über einen eventuellen Beitritt Österreichs waren bei Drucklegung noch nicht abgeschlossen. Als Mindestanteil hätte Österreich 585 Kapitalanteile zu je 1 000 US-Dollar zu zeichnen.

Kapitalbeteiligung; Sonstige Unternehmungen

Kapitaleinzahlungen des Bundes an privatwirtschaftliche Unternehmungen im Jahre 1989 sind bei der Austrian Airlines-AG und die Dorotheum Auktions-, Versatz- und Bank Ges. m. b. H. vorgesehen.

Die Kapitaleinzahlungen erfolgen in bar oder im Verrechnungsweg zu Dividendenumwandlungen in Kapitalbeteiligung und werden zu vorangegangenen Kapitalerhöhungen der Gesellschaften mit übernommenen Einzahlungsverpflichtungen des Bundes geleistet.

Die Einnahmen stammen hauptsächlich aus Dividendenzahlungen folgender Gesellschaften: BUWOG — Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete, Ges. m. b. H., Wohnungsanlagenges. m. b. H. Linz, Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft Linz, Ges. m. b. H., Gemeinnützige Eisenbahnsiedlungsgesellschaft, Ges. m. b. H. in Villach, Wohnbaugesellschaft der Österreichischen Bundesbahnen, Gemeinn. Ges. m. b. H., Austrian Airlines-AG, Flughafen Wien Betriebsges. m. b. H., Österreichische Verkehrskreditbank AG sowie Dorotheum Auktions-Versatz- und Bank-Ges. m. b. H.

Abfuhr der Oesterreichischen Nationalbank

Die Abfuhr der Oesterreichischen Nationalbank setzt sich aus dem gemäß § 69 Abs. 3 des Nationalbankgesetzes 1984, BGBl. Nr. 50, errechneten Anteil des Bundes am Reingewinn der Notenbank sowie der Ausschüttung einer Dividende an den Bund in seiner Eigenschaft als Aktionär der genannten

Kapitel 54 — Titel 541

209

Unternehmung zusammen. Der Gewinn der Oesterreichischen Nationalbank beruht vornehmlich auf dem Ertrag des Devisen-Valuten-Geschäftes. Für das Geschäftsjahr 1988 werden 3 750 Millionen Schilling Gewinnabfuhr veranschlagt.

Mit Monopolverwaltungen betraute Unternehmungen

Aus dem Bereich der Bundesbeteiligung zählen dazu die Austria Tabakwerke AG und Österreichische Salinen AG.

Der Austria Tabakwerke AG, vorm. Österreichische Tabakregie, obliegt gemäß dem Tabakmonopolgesetz 1968, BGBl. Nr. 38/1968, die Verwaltung dieses Staatsmonopols. Die Tabakregie besteht seit 1784, in der Rechtsform einer AG seit 1939. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt seit 1. Jänner 1986 2 200 Millionen Schilling und steht zur Gänze im Eigentum der Republik Österreich.

Als Einnahmen waren in den Jahren 1987 und 1988 Dividendenzahlungen von 14 vH zu verzeichnen. Für das Geschäftsjahr 1988 wird mit einer Dividende von 10 vH oder 220 Millionen Schilling gerechnet.

Der Österreichischen Salinen AG obliegt gemäß dem Salzmonopolgesetz 1978, BGBl. Nr. 124/1978, die wirtschaftliche Verwaltung dieses Staatsmonopols. Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt seit 1. Jänner 1987 500 Millionen Schilling und steht zur Gänze im Eigentum der Republik Österreich.

Als Einnahmen sind auf Grund der guten wirtschaftlichen Ertragslage der Gesellschaft in den Jahren 1987 und 1988 Dividendenzahlungen von 18 vH erfolgt. Für das Geschäftsjahr 1988 kann eine Dividende von 12 vH oder 60 Millionen Schilling erwartet werden.

Titel 2/541 Kapitalbeteiligung (Erlöse)**Gesetzliche Grundlagen**

Gemäß Artikel XII des Bundesfinanzgesetzes ist die Verfügungsermächtigung des Bundesministers für Finanzen hinsichtlich der Beteiligungen des Bundes an Unternehmungen beschränkt. Vor allem ist er zu keinen Verfügungen ermächtigt über Beteiligungen an Unternehmungen und Betrieben, die unter das 1. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 168/1946, oder das 2. Verstaatlichungsgesetz, BGBl. Nr. 81/1947, fallen. Weiters ist er nicht ermächtigt zu Verfügungen über Beteiligungen des Bundes an Unternehmungen, wenn an Kapitalgesellschaften die Beteiligung des Bundes ein Viertel des Grundkapitals (Stammkapitals), bei anderen Unternehmungen der Wert der Beteiligung, über die verfügt wird, ein Viertel des Wertes des Unternehmens übersteigt.

	Einnahmen Millionen Schilling
1987	6 422,0
1988	4 822,7
1989	11 888,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Die angeführten Beträge betreffen im wesentlichen hinsichtlich 1987 Erlöse aus der Veräußerung von Aktienanteilen des Bundes an der Österreichischen Länderbank AG und aus der Abtretung der Aktienanteile des Bundes an Elektrizitätswirtschaftlichen Sondergesellschaften an die Verbundgesellschaft gemäß BGBl. Nr. 321/1987 sowie bezüglich 1988 Erlöse aus der Veräußerung von Anteilen des Bundes an der Ersten Wiener Hotel AG, der Österreichischen Länderbank AG, der Verbundgesellschaft, der Vorarlberger Illwerke AG, der Creditanstalt-Bankverein, der Austrian Airlines AG und zwei Fremdenverkehrsgesellschaften; des weiteren eine Einnahme des Bundes aus der beschlossenen Kapitalherabsetzung bei der „Österreichischen Exportfonds“ Ges.m.b.H.

In dem für 1989 ausgewiesenen Betrag sind ua. weitere Erlöse aus der Veräußerung von Aktienanteilen des Bundes an der Verbundgesellschaft, der Creditanstalt-Bankverein, Österreichischen Länderbank AG, Vorarlberger Illwerke AG, Ersten Wiener Hotel AG und der Austrian Airlines AG sowie der erwartete Erlös aus dem Verkauf des Hauptmünzamt an die Oesterreichische Nationalbank enthalten.

Titel 542 Bundesdarlehen**Aufgaben**

Finanzielle Interessenvertretung des Bundes und haushaltsmäßige Behandlung von Bundesdarlehen, die an verstaatlichten oder privatwirtschaftlichen Unternehmungen mit Bundesbeteiligung, welche nach BGBl. Nr. 439/1984 im primären Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Finanzen verblieben sind, gegeben worden sind oder gegeben werden, sowie Mitwirkung an der Interessenvertretung des Bundes, Auszahlung und haushaltsmäßige Verrechnung von Wohnbaudarlehen der Österreichischen Bundesbahnen, Post- und Telegraphenverwaltung sowie Österreichischen Bundesforste.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1987	264,7	100,1
1988	201,6	89,9
1989	135,7	97,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung der Sachausgaben in den Jahren 1988 und 1989 ist durch geringere Veranschlagung von Wohnbaudarlehen betreffend Wohnbaufinanzierung der BUWOG, ÖBB und PTV bedingt.

Ausgaben und Einnahmen 1989

Für das Jahr 1989 wurden ausschließlich den Wohnbausektor betreffende Bundesdarlehen veranschlagt, und zwar: für Wohnbaudarlehen an die BUWOG — Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Bundesbedienstete Ges. m. b. H. zur Finanzierung des allgemeinen Beamtenwohnbaues (25 Millionen Schilling) sowie zweckbestimmten Wohnraumfinanzierung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (3,698 Millionen Schilling), und des Bundesministeriums für Finanzen (3 Millionen Schilling), weiters für Wohnbaudarlehen der Österreichischen Bundesbahnen (83,076 Millionen Schilling) und der Post- und Telegraphenverwaltung (16 Millionen Schilling) zur Finanzierung der Wohnraumbeschaffung für ihre Bediensteten.

Außerdem wurden auf Grund entsprechender Darlehensbestimmungen zu den BUWOG-, ÖBB-, PTV- und ÖBF-Wohnbaudarlehen für die Kapitalisierung von Darlehenszinsen (weitere Darlehenszuzählung) rund 4,9 Millionen Schilling veranschlagt.

Die Auszahlung von Wohnbaudarlehen der ÖBB und PTV erfolgt laut Anforderung der beiden Stellen an gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgenossenschaften mit und ohne Bundesbeteiligung. Bis zum Jahre 1977 wurden diese Mittel beim Kapitel 78 „Post- und Telegraphenanstalt“ und Kapitel 79 „Österreichische Bundesbahnen“ veranschlagt.

Bei den Einnahmen handelt es sich um Darlehenszinsen und Darlehensrückzahlungen aus dem Bereich der Wohnbaudarlehen sowie allgemein aus früheren Darlehensgewährungen an Gesellschaften mit Bundesbeteiligung, wie zB der Großglockner-Hochalpenstraßen AG, Timmelsjoch-Hochalpenstraßen-AG, „Dachstein“ Fremdenverkehrs-AG, Erste Wiener Hotel AG, „Österreichischer Exportfonds“ Ges. m. b. H. Die Beträge werden teils bar an den Bundeshaushalt abgeführt oder buchmäßig verrechnet.

Titel 543 Beitragsleistungen für Miteigentumsanteile**Aufgaben**

Die österreichischen Verkehrsflughäfen mit Bundesbeteiligung werden — mit Ausnahme des Flughafens Wien — überwiegend in der Form finanziert, daß der Bund, das jeweils beteiligte Bundesland und die Landeshauptstadt im Verhältnis ihrer Beteiligungen an den einzelnen Flughafenbetriebsgesellschaften Mittel bereitstellen, aus denen die einzelnen Flughafenbetriebsgesellschaften als Treuhänder die für den Flugbetrieb notwendigen Anlagen (insbesondere Bewegungsflächen, Flugsicherungsanlagen und Abfertigungs- und Betriebsgebäude) errichten und instand halten. Diese Anlagen stehen nicht im Eigentum der Betriebsgesellschaften, sondern im Miteigentum der an ihnen beteiligten drei Gebietskörperschaften und stellen daher bei diesen ein abgetrenntes Sondervermögen dar. Es ist geplant, daß die Flughafenbetriebsgesellschaften, wenn sie finanziell in der Lage sind, die Abschreibungen dieser Anlagewerte zu verdienen, das Treuhandvermögen zum Teil oder zur Gänze erwerben und in das Betriebsvermögen übernehmen.

Kapitel 54 — Titel 545

211

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	27,9	1,2
1988	44,7	1,0
1989	40,0	1,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die geringere Veranschlagung für 1988 und 1989 ergibt sich durch Verschiebung beschlossener Investitionen im Treuhandvermögen der Bundesländer-Flughafenbetriebsgesellschaften auf Folgejahre.

Ausgaben und Einnahmen 1989

Für Bareinzahlungen ins Treuhandvermögen bei den Bundesländer-Flughafenbetriebsgesellschaften wurden zur Finanzierung beschlossener Investitionen 39 Millionen Schilling (hievon 2,853 Millionen Schilling aus Rücklagenentnahmen) und für die buchmäßige Verrechnung von Guthabenzinsen des Bundes aus früheren Beitragsleistungen in Miteigentumsanteile (Anrechnung auf bestehende Einzahlungsverpflichtungen) 1 Million Schilling veranschlagt.

Dem veranschlagten Einnahmenbetrag steht korrespondierend eine gleich hohe Ausgabenveranschlagung gegenüber.

Titel 545 Einziehungen zum Bundesschatz**Gesetzliche Grundlage**

Verbotsgesetz, StGBI. Nr. 13/1945.

Aufgaben**Ehem. NS-Vermögen**

Das ehemalige NS-Vermögen ist auf Grund des Verbotsgesetzes, StGBI. Nr. 13/1945, in das Eigentum der Republik Österreich übergegangen. Die restlichen Erlöse aus dieser nahezu vollständig liquidierten Vermögensmasse fließen dem Bundeshaushalt zu. Ebenso werden die Erträge aus solchen Vermögenswerten und deren Verwaltungskosten beim Titel 545 verrechnet.

Erblose Nachlässe, Abgabenüberzahlungen und Verwahrnisse

Als weitere Einnahmen sind Einziehungen zum Bundesschatz von erblosen Nachlässen auf Grund des § 760 ABGB, von Abgabenguthaben und von nicht beanspruchten Verwahrnissen veranschlagt. Mit diesen Einnahmen korrelieren Ausgaben, welche aus der Rückzahlung von zum Bundesschatz eingezogenen Beträgen entstehen und infolge nicht beeinflubarer Willenserklärungen der Anspruchsberechtigten nur schwer präliminierbar sind.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	0,7	75,7
1988	0,3	60,9
1989	0,3	66,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Gemäß § 16 Abs. 2 Z 7 in Verbindung mit § 78 Abs. 7 Bundeshaushaltsgesetz erfolgt ab 1988 die Veranschlagung nur bei den Einnahmen.

Ausgaben und Einnahmen 1989

Die Voranschlagsbeträge richten sich nach der Entwicklung der Vorjahre bzw. auf der geänderten Veranschlagung.

Titel 546 Unbewegliches Bundesvermögen**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesfinanzgesetz 1989 — Art. XI;

Vermögensverfallgesetz, BGBl. Nr. 213, in der Fassung BGBl. Nr. 285/1955;

Vermögensverfallamnestie, BGBl. Nr. 155/1956, in der Fassung BGBl. Nr. 173/1962.

Aufgaben

Das unbewegl. Bundesvermögen wird von den verschiedensten Bundesorganen unmittelbar oder auch mittelbar verwaltet. Dem Bundesminister für Finanzen obliegt es nun, Verfügungen über dieses unbewegl. Bundesvermögen, wie Verkäufe, Tausche, Belastungen mit Baurecht, Servitutseinräumungen, im Rahmen der ihm vom Gesetzgeber eingeräumten Befugnisse derartig zu treffen, daß eine gleichartige und kontinuierliche Vorgangsweise gewährleistet ist. Sind aber Verfügungen erforderlich, die im BFG rechtlich nicht begründet sind, hat der BMfFin. die Zustimmung des Gesetzgebers im Wege eines gesonderten Ermächtigungsgesetzes einzuholen.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1987	0,7	111,8
1988	0,1	422,1
1989	0,1	437,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Vergütungen für die Übertragung von unbeweglichem Bundesvermögen aus der Benutzung und Verwaltung der Bundesbetriebe in jene der Hoheitsverwaltung sind ab 1. Jänner 1987 auf Grund des § 49 (1) Bundeshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986, zwischen dem leistenden und dem empfangenden Organ des Bundes direkt zu verrechnen. Für 1988 und 1989 erfolgte keine Veranschlagung.

Für 1988 war eine Grundtauschaktion mit der Stadt Wien vorgesehen, die mit 320 Millionen Schilling eine Einnahmensteigerung bewirkt. Da diese Tauschaktion 1988 nicht abgeschlossen werden konnte, erfolgt 1989 eine gleichartige Veranschlagung.

Ausgaben und Einnahmen 1989

Die Ausgaben betreffen mit der Veräußerung von unbewegl. Bundesvermögen zusammenhängende Kosten (zB Schätzkosten) und Rückersätze für Veräußerungen aus den Vorjahren.

Die Einnahmen ergeben sich aus Veräußerungserlösen sowie aus Entgelten für Belastungen von Grundstücken (zB Bauzinse, einmalige Servitutsentgelte) in allen Fällen aus dem gesamten Bereich der Hoheitsverwaltung. Ferner wurden die im Bereich des Finanzressorts anfallenden Bestandzinsen (Nutzungen usw.) veranschlagt.

Titel 547 Haftungsübernahmen des Bundes**Gesetzliche Grundlagen**

Energieanleihegesetze, BGBl. Nr. 50/1953, 58/1955, 75/1957, in der Fassung BGBl. Nr. 175/1957, 48/1958, 176/1959, 269/1959, 223/1960, 273/1961, 197/1962, 287/1963, 291/1964, 168/1965, 93/1966, 153/1967, 230/1968, 110/1969, 326/1970, 225/1972, 578/1973, 789/1974, 294/1975, 139/1978, 59/1979 und 547/1982, in der Fassung BGBl. Nr. 491/1986 und 322/1987;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme von Ausfallhaftungen durch den Bund für Kredite zur Errichtung von Zollfreizonen, BGBl. Nr. 87/1955;

Haftungen für Investitionskredite land- und forstwirtschaftlicher Betriebe auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1959 bis 1989;

Auslandsanleihegesetz 1962, BGBl. Nr. 74/1962;

Prämiensparförderungsgesetz, BGBl. Nr. 143/1962, in der Fassung BGBl. Nr. 387/1983;

Kapitel 54 — Titel 547

213

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Auslandskredite an die Österreichische Elektrizitäts-Wirtschafts AG (Verbundgesellschaft) und an die Tauernkraftwerke AG, BGBl. Nr. 159/1963;

Atomhaftpflichtgesetz, BGBl. Nr. 117/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 91/1976;

Bundesgesetz, betreffend die Finanzierung der Autobahn Innsbruck—Brenner, BGBl. Nr. 135/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 638/1975;

Ausfuhrförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 215/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 651/1987;

Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz 1981, BGBl. Nr. 216/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 561/1986;

AUA-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 335/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 548/1982;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Kredite an die Felbertauernstraße-Aktiengesellschaft, BGBl. Nr. 293/1964, in der Fassung BGBl. Nr. 256/1968;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der ELIN-Union Aktiengesellschaft für elektrische Industrie, BGBl. Nr. 83/1967, in der Fassung BGBl. Nr. 26/1971;

Haftungen des Bundes für Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) des „Wasserwirtschaftsfonds“ auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1976, 1977, 1979, 1980, 1982 bis 1986;

Haftungen des Bundes für Kreditoperationen (Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite) des „Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds“ auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1987 bis 1989;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke Aktiengesellschaft, BGBl. Nr. 233/1968, in der Fassung BGBl. Nr. 28/1971;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Österreichischen Rundfunk Gesellschaft m.b.H., BGBl. Nr. 396/1968, in der Fassung BGBl. Nr. 27/1971;

Bundesgesetz, betreffend die Förderung der Finanzierung von Entwicklungs- und Erneuerungsinvestitionen, BGBl. Nr. 56/1969, in der Fassung BGBl. Nr. 461/1971;

Tauernautobahn-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 115/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 143/1976;

Bundesgesetz, mit dem Maßnahmen zur Verbesserung der Besitzstruktur bäuerlicher Betriebe gefordert werden, BGBl. Nr. 298/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 731/1974;

ÖIG-Gesetz, BGBl. Nr. 23/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 47/1970;

Pyhrn Autobahn-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 479/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 335/1978;

IAKW-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 150/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 223/1985;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen der „Intercontainer“ — Internationale Gesellschaft für den Transcontainer Verkehr, BGBl. Nr. 174/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 558/1979;

Arlberg-Schnellstraße-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 113/1973, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 316/1979;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Darlehen und sonstige Kredite der Flughafen Wien Betriebsges. m. b. H., BGBl. Nr. 116/1973;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke-Alpine Montan AG, BGBl. Nr. 579/1973;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Darlehen und sonstige Kredite der Axamer Lizum Aufschließungs AG, BGBl. Nr. 185/1974;

Erdgasanleihegesetz, BGBl. Nr. 420/1974, in der Fassung BGBl. Nr. 60/1979;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der ELIN-Union Aktiengesellschaft für elektrische Industrie, BGBl. Nr. 788/1974, in der Fassung BGBl. Nr. 45/1979;

ÖIAG-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 295/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1987;

Chemie-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 156/1976;

Erdölbevorratungs-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 161/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 339/1988;

Garantiegesetz 1977, BGBl. Nr. 296/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 569/1983;

Polenkohlegarantiegesetz, BGBl. Nr. 555/1980, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 290/1981;

Bundesgesetz, mit dem eine Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierung-Aktiengesellschaft errichtet wird, BGBl. Nr. 591/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 325/1988;

Haftungen des Bundes für Kreditoperationen des „Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds“ und des „Wohnhaus-Wiederaufbau-Stadterneuerungsfonds“ auf Grund der Bundesfinanzgesetze 1988 und 1989;

Haftung des Bundes für Kreditoperationen der Ersten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft auf Grund des Bundesfinanzgesetzes 1986;

Bundesgesetz, betreffend die Übernahme der Haftung für einen Kredit eines Österreichischen Bankenkonsortiums an die Jugoslawische Nationalbank, BGBl. Nr. 568/1983;

Haftung für Schuldverschreibungen von Einlagensicherungseinrichtungen gemäß § 31 Abs. 5 KWG auf Grund des Bundesfinanzgesetzes 1989.

Aufgaben

Im Rahmen der Förderungsaufgaben des Bundes haben die Bundeshaftungen mit der Entwicklung der österreichischen Wirtschaft vornehmlich auf dem Gebiete der Investitionsfinanzierung und auf dem Gebiete der Exportförderung zunehmend an Bedeutung erlangt.

Bis einschließlich 1987 wurden Bundeshaftungen von rund 1 562 693 Millionen Schilling übernommen.

	Millionen Schilling
Die Rechnungsabschlüsse der Jahre bis einschließlich 1986 weisen Inanspruchnahmen des Bundes aus übernommenen Haftungen von zusammen	rund 52 934
aus, denen Einnahmen aus Haftungsentgelten (hauptsächlich bei der Ausfuhrförderung) und Rückzahlungen von Regreßforderungen im Betrage von	rund 48 813
entgegenstehen. Die Nettobelastung des Bundes betrug	rund 4 121
somit nur rund 0,46 vH der bisher übernommenen Bundeshaftungen, wobei zu bemerken ist, daß der größte Teil der Haftungsinanspruchnahmen nach dem Ausfuhrförderungsgesetz durch die eingehobenen Haftungsentgelte abgedeckt wird.	

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1987	9 486,5	12 020,2
1988	7 441,0	7 341,6
1989	7 409,9	7 032,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Mehrausgaben im Jahr 1987 sind sowohl durch die Zunahme der Schadensfälle als auch durch das Nichtzustandekommen von diversen Umschuldungsverträgen bedingt.

Gebärung 1989

Die Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des AFG und AFGG beruht auf der Einschätzung der internationalen Entwicklung.

Kapitel 54 — Titel 547

215

Haftungsobligo

In der folgenden Tabelle wird das Haftungsobligo des Bundes zu Ende der Jahre ab 1960 aufgezeigt, wie es sich jeweils aus den Haftungsübernahmen abzüglich der erfolgten Tilgungen ergab:

Entwicklung des Haftungsobligos des Bundes ^{1) 2) 4)}

Jahr	Stand der Haftungen	davon entfallen auf Haftungen		Jahr	Stand der Haftungen	davon entfallen auf Haftungen	
		Fremd-währung	in Schilling-währung			Fremd-währung	in Schilling-währung
		in Millionen Schilling				in Millionen Schilling	
1960	19 063	4 223	14 840	1974	74 348	15 704	58 644
1961	20 409	4 575	15 834	1975	104 084	21 310	82 774
1962	15 970	5 028	10 943	1976	140 610	26 251	114 359
1963	16 949	5 513	11 436	1977	176 734	38 038	138 696
1964	16 979	5 617	11 362	1978	219 373	48 865	170 508
1965	19 985	5 677	14 308	1979	269 603	53 846	215 757
1966	22 774	6 292	16 482	1980	258 410	73 140	185 270
1967	29 977	8 383	21 594	1981	360 693	117 112	243 581
1968	33 319	9 852	23 467	1982	400 615	118 078	282 537
1969	38 931	10 940	27 991	1983	440 818	126 908	313 910
1970	43 296	10 778	32 518	1984	490 127	147 380	342 747
1971	49 506	11 112	38 394	1985	497 593	141 076	356 517
1972	55 051	12 156	42 895	1986	496 643	134 345	362 298
1973	62 738	11 786	50 952	1987 ³⁾	499 404	137 263	362 141

Stand der Haftungen des Bundes Ende 1987 ^{1) 2)}

Stand per 31. 12. 1987
Millionen Schilling

Elektrizitätswirtschaft:

a) Auslandskredite	4 035,40	
b) Auslandsanleihen	15 691,34	
c) Energieanleihen (Inland)	10 687,90	
d) Sonstige Inlandkredite	3 341,24	33 755,88

Ausfuhrförderungsgesetz 248 446,96

Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz 99 337,49

Agrarinvestitionskredite 1 524,84

Verstaatlichte Unternehmungen (ohne E-Wirtschaft) 46 286,01

Unternehmen, an denen der Bund beteiligt ist:

a) Straßenbau	49 304,92	
b) AUA-Kredit	504,40	
c) Sonstiges	526,59	50 335,91

Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds 6 692,11

Sonstige Kredite:

a) Zollfreizonen	2,27	
b) Prämiensparen	8,56	
c) Finanzierungsgarantie Ges. m. b. H. (EE-Fonds)	7 560,45	
d) Bäuerlicher Besitzstruktur-Fonds	1,66	
e) Atomhaftpflichtgesetz	260,00	
f) Erdöllagerges. m. b. H.	1 516,48	
g) Polenkohlegarantiegesetz	3 375,00	
h) Haftung für Jugoslawienkredit	300,00	13 024,42

Gesamtsumme 499 403,62

Haftungsinanspruchnahmen und Rückflüsse aus Haftungsinanspruchnahmen ⁵⁾ 1979—1987

	Ausfuhrförderung ⁶⁾		Übrige	
	Inanspruch- nahme	Rückflüsse in Millionen Schilling	Inanspruch- nahme	Rückflüsse
1979	1 871,8	849,1	116,3	2,9
1980	1 898,6	926,9	26,6	3,1
1981	2 660,7	2 242,1	362,8	6,2
1982	3 772,5	1 771,1	374,6	2,6
1983	3 830,5	1 327,7	260,1	4,2
1984	5 689,2	2 724,0	69,0	1,5
1985	7 097,8	6 961,3	39,8	4,9
1986	9 100,2	3 666,1	16,5	0,2
1987	9 329,6	9 618,3	34,1	2,4

Titel 548 Besondere Zahlungsverpflichtungen bzw. Forderungen

Gesetzliche Grundlagen

Bundesgesetz betreffend den Übergang von ERP-Verbindlichkeiten, BGBl. Nr. 237/1965;

Bundesgesetz betreffend den Übergang von ERP-Verbindlichkeiten, BGBl. Nr. 644/1973;

IAKW-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 150/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 223/1985;

Abkommen über die Errichtung und Verwaltung eines Gemeinsamen Fonds zur Finanzierung größerer Reparaturen und Erneuerungen im Internationalen Zentrum Wien, BGBl. Nr. 364/1981;

ÖIAG-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 295/1975, BGBl. Nr. 298/1981, BGBl. Nr. 602/1981, BGBl. Nr. 633/1982, BGBl. Nr. 589/1983 und BGBl. Nr. 298/1987;

Bundesgesetz über Leistungen des Bundes an die Österreichische Länderbank AG, BGBl. Nr. 206/1982;

Bundesgesetz über die Gewährung von Zuschüssen an Gesellschaften, an denen der Bund mehrheitlich beteiligt ist, BGBl. Nr. 484/1985;

Bundesgesetz betreffend ua. die Finanzierung von Bundeshochbauten, BGBl. Nr. 510/1987;

Leistung eines weiteren Beitrages zur Weltbank-Konsultativgruppe für internationale landwirtschaftliche Forschung (CGIAR), BGBl. Nr. 293/1987;

Übergang einer ERP-Verbindlichkeit der indischen Regierung auf den Bund als Alleinschuldner, BGBl. Nr. 317/1979.

Aufgaben

Haushaltsrechtliche und haushaltsmäßige Behandlung verschiedener Zahlungen des Bundes an Gesellschaften mit Bundesbeteiligung oder anderen Einrichtungen, wozu die Durchführung dem Bundesministerium für Finanzen vorbehalten oder übertragen wurde, und die auf Grund von Bundesgesetzen, Ministerratsbeschlüssen, gesellschaftsrechtlichen Beschlüssen oder grundsätzlicher Genehmigung im Rahmen des Bundesfinanzgesetzes geleistet werden. Unter diese Zahlungen fallen: Rückzahlungen an den ERP-Fonds, Kostenersatzzahlungen an die IAKW oder die ÖKZ, Beitragsleistungen an den Reparaturfonds des VIC, Baukostenzuschüsse an die DOKW-AG für die Finanzierung von Mehrzweckanlagen bei Kraftwerksbauten, Zuschüsse an Gesellschaften für die Abdeckung des laufenden Aufwandes oder Verlustabdeckung sowie Investitionszuschüsse, Zuschüsse an die DDSG für die Verlustabdeckung aus dem Güter- und Personenverkehr sowie Investitionszuschüsse für die kreditweise Finanzierung der Anschaffung von Schubleichtern und Leasing eines Motor-Schubschiffes, ersatzweise Zahlung von Zinsen- und Tilgungsbeträgen an oder für die ÖIAG gemäß den Bundesgesetzen zum ÖIAG-Anleihegesetz, Ersatzzahlungen an die Österreichische Länderbank AG und die Creditanstalt-Bankverein auf Grund der zitierten Bundesgesetze, Kostenersatzzahlungen an die ASFINAG zur Hochbaufinanzierung sowie Zahlungen an Internationale Finanzinstitutionen. Bei den Einnahmen werden der IAKW-Beitrag der Gemeinde Wien und die Gewinnabfuhr der Österreichischen Postsparkasse verrechnet.

Kapitel 54 — Titel 548

217

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	4 263,4	328,4
1988	5 565,3	159,5
1989	8 409,8	97,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Mehrausgaben 1988 gegenüber 1987 sind vor allem durch höhere Veranschlagungen für Zinsenersatzzahlungen nach dem ÖIAG-Anleihegesetz, BGBl. Nr. 298/1987, für Liquiditätsstützungszahlungen an die DDSG zur Verlustabdeckung aus dem Güter- und Personenverkehr, und für Ersatzzahlungen an die CA-BV und ÖLB gemäß BGBl. Nr. 484/1985 bzw. 206/1982, bedingt.

Für 1989 sind als wesentliche Abweichungen gegenüber 1988 zu nennen: die Umstellung der Budgetierung von Tilgungszahlungen nach dem ÖIAG-Anleihegesetz vom Voranschlagsansatz 1/54012 auf den Voranschlagsansatz 1/54847, höhere Zinsenersatzzahlungen nach den ÖIAG-Anleihegesetzen, sowie höhere Vorsorgen für Baukostenzuschüsse an die DOKW-AG und für Ersatzzahlungen an die CA-BV gemäß BGBl. Nr. 484/1985, als auch die Veranschlagung eines Zuschusses an die Flughafen Wien Betriebsges. m. b. H. und die erstmalige Veranschlagung eines Kostenersatzes an die ASFINAG für die Hochbaufinanzierung gemäß BGBl. Nr. 510/1987.

Gebärung 1989**Zahlungen gemäß BGBl. Nr. 237/1965 und 644/1973 an den ERP-Fonds**

Gemäß BGBl. Nr. 237/1965 sind die ERP-Verbindlichkeiten von drei Unternehmungen des Kohlen- und Buntmetallbergbaues auf den Bund übergegangen. Hinsichtlich der stillgelegten Bergbaubetriebe Grünbach und Tauchen ist die Verpflichtung des Bundes erloschen. Für die Kupferbergbau Mitterberg Ges. m. b. H. hat der Bund Zahlungen in der Höhe von rund 6 Millionen Schilling in 50 Jahresraten an den ERP-Fonds zu leisten. Als 24. Rate werden für 1989 128 000 Schilling benötigt werden.

Gemäß Artikel I des Bundesgesetzes Nr. 644/1973 sind die ERP-Verbindlichkeiten von drei Gesellschaften des Kohlenbergbaues und der Fernheizkraftwerk Pinkafeld Ges. m. b. H. auf den Bund als Alleinschuldner übergegangen. Die Tilgung erfolgt in 50 Jahresraten. Als Jahresrate 1989 wurden für Kapital und Zinsen 5,958 Millionen Schilling veranschlagt.

Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien, AG.

Unter diese Ausgaben fallen die jährlichen Kostenersatzzahlungen des Bundes zum Bau, Betrieb und zur Finanzierung des Internationalen Zentrums Wien sowie Österreichischen Konferenzzentrums und Beitragsleistungen an den Reparaturfonds des Internationalen Zentrums Wien. Die Einnahmen betreffen hauptsächlich Refundierungszahlungen der Gemeinde Wien zur Errichtung und Finanzierung der genannten Gebäude sowie Mieterträge aus der Untervermietung von Räumlichkeiten im Internationalen Zentrum Wien.

Die Inbetriebnahme des Amtssitzentrums erfolgte im August 1979 sowie die des Konferenzzentrums im April 1987.

Die Kostenersatzzahlungen des Bundes umfassen daher noch für die Jahre ab 1988 die in der 3. IAKW-Finanzierungsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 223/1985, geregelte Bereitstellung von Bundesmitteln für die Ausfinanzierung der Bauaufwendungen sowie die Erhaltung und Verwaltung der beiden Gebäude.

Von der Gemeinde Wien werden noch anteilige Refundierungszahlungen von 35 vH der restlichen Finanzierungskosten zur Errichtung des Amtssitzentrums sowie auslaufenden Bauaufwendungen des Konferenzzentrums geleistet.

Für das Jahr 1989 wurden als Kostenersatz des Bundes 400 Millionen Schilling und als Refundierungszahlung der Gemeinde Wien 15 Millionen Schilling veranschlagt. Als Mietertrag aus der Untervermietung von Räumlichkeiten im Internationalen Zentrum Wien werden 2,3 Millionen Schilling erwartet.

Das Abkommen über die Errichtung und Verwaltung eines gemeinsamen Fonds zur Finanzierung größerer Reparaturen und Erneuerungen im Internationalen Zentrum Wien (BGBl. Nr. 364/1981) bestand bis 1985 zwischen der Republik Österreich, den Vereinten Nationen und der Internationalen

Atomenergieorganisation und wurde mit 1. Jänner 1986 auf die UNIDO ausgedehnt. Die laut Abkommen vorgesehenen jährlichen Beitragsleistungen haben sich dadurch für die einzelnen Mitglieder von 33 333 U\$ auf 25 000 U\$ verringert. Von der Republik Österreich sind außerdem größere Reparaturen und Erneuerungen zu bevorschussen.

Für 1989 wurden hierfür insgesamt 1,9 Millionen Schilling veranschlagt.

Abgeltung an Donaukraftwerke für Aufwand im öffentlichen Interesse

Zur Durchführung des Ausbauprogramms der Verbundgruppe werden neben der Zuführung von Eigenkapital den Gesellschaften jene Kosten abgegolten, die ihnen aus der Errichtung von nicht der Stromerzeugung dienenden Anlagen, wie zB Schleusen, entstehen.

Der Beitrag zu den Kosten für das Kraftwerk Abwinden/Asten der Österreichischen Donaukraftwerke AG wurde gemäß Ministerratsbeschluß vom 1. Juli 1975 mit 1 400 Millionen Schilling zuzüglich Umsatzsteuer und Zwischenfinanzierungskosten festgelegt. Als vierzehnte Jahresrate werden für 1989 143,556 Millionen Schilling veranschlagt.

Der Beitrag für das Kraftwerk Melk der Österreichischen Donaukraftwerke AG wurde gemäß Ministerratsbeschluß vom 9. Mai 1978 mit 1 850 Millionen Schilling zuzüglich Umsatzsteuer und Zwischenfinanzierungskosten festgelegt. Als elfte Jahresrate werden für 1989 248,460 Millionen Schilling veranschlagt.

Der Beitrag für das Kraftwerk Greifenstein der Österreichischen Donaukraftwerke AG wurde gemäß Ministerratsbeschluß vom 31. März 1981 mit 2 350 Millionen Schilling zuzüglich Umsatzsteuer festgelegt. In weiterer Folge wurde auf eine Zwischenfinanzierung durch die Gesellschaft übergegangen. Für das Jahr 1989 sind hiezu für Annuitätenzahlungen 249,352 Millionen Schilling veranschlagt.

Sonstige Zahlungsverpflichtungen; Förderungsausgaben

Hiezu zählen Zuschüsse an die Olympia-Eissportzentrum-Innsbruck-Ges. m. b. H. zur Abdeckung des laufenden Aufwandes (2,9 Millionen Schilling), Zuschüsse an die Erste Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft (DDSG) betreffend die Verlustabdeckung aus dem Güter- und Personenverkehr auf der Gesamtstrecke einschließlich von Zuwendungen für Altpensionisten (146 Millionen Schilling), Investitionsförderungsbeiträge zum Leasen eines Motor-Schubschiffes (2,1 Millionen Schilling) sowie ein Zuschuß an die Flughafen Wien Betriebsges. m. b. H. (25 Millionen Schilling).

Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)

Ersatz an ÖIAG

Auf Grund der ÖIAG-Finanzierungsgesetze, BGBl. Nr. 298/1981, BGBl. Nr. 602/1981, BGBl. Nr. 633/1982, BGBl. Nr. 589/1983 und BGBl. Nr. 298/1987, werden zu den für die Sanierung, Umstrukturierung und Eigenkapitalausstattung der VOEST, VEW und anderer, im mehrheitlichen Eigentum der ÖIAG befindlichen, Unternehmungen genehmigten Kreditaufnahmen der ÖIAG erforderlichenfalls Kreditzinsen und Tilgungszahlungen aus dem Bundeshaushalt geleistet.

Die Ersatzzahlungen für Tilgungen wurden bis zum Jahr 1988 als Kapitalvoreinzahlungen des Bundes bei der ÖIAG beim VA-Ansatz 1/54012 budgetiert und als solche bis 1987 verrechnet. Hohe Beteiligungsabschreibungen der ÖIAG zur Bilanz 1987 mit Aufbrauch einer Sonderrücklage bedingten im folgenden eine ersatzlose Zuweisung von Tilgungszahlungen. Tilgungs- und Zinsenersatzzahlungen werden daher ab dem Jahr 1988 beim VA-Ansatz 1/54847 verrechnet.

Für 1989 wurden die erforderlichen Mittel für Zinsen mit 4 014 Millionen Schilling und für Tilgungen mit 1 877 Millionen Schilling angesetzt.

Finanzierungssystem für Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung

Die Vereinten Nationen haben die Errichtung eines „Finanzierungssystems für Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung“ beschlossen. Es handelt sich hierbei um einen internationalen Fonds, der den eigenständigen Ausbau der wissenschaftlichen und technologischen Kapazitäten der Entwicklungsländer zur Aufgabe hat.

Dieses Finanzierungssystem hat 1982 seine Tätigkeit aufgenommen. Für Österreich ergab sich in diesem Jahr eine Beitragsleistung von 17 Millionen Schilling.

Kapitel 54 — Titel 548

219

Beiträge an die Konsultativgruppe für landwirtschaftliche Forschung (CGIAR)

Gefördert von der Weltbank, der FAO und dem UNDP wurde die CGIAR im Jahre 1971 mit dem Ziel gegründet, die Unterstützung für die internationale Forschung auf dem Gebiet der Landwirtschaft zu koordinieren und zu verstärken, um die Produktion von Nahrungsmitteln in den Entwicklungsländern zu verbessern.

Im Jahre 1984 umfaßte diese Konsultativgruppe 38 Mitglieder, unter ihnen alle bedeutenden Industriestaaten, die an 13 Forschungszentren Kredite in Höhe von 182 Millionen US-Dollar vergeben haben. Österreich leistete 1986 erstmals einen Beitrag von 1 Million US-Dollar. Für die Periode 1987 bis 1989 leistet Österreich jährlich einen Beitrag von 1 Million US-Dollar (BGBl. Nr. 293/1987).

Sonderfacilität für die Länder südlich der Sahara (SAF)

Die Schaffung dieser Sonderfacilität wurde während der Weltbanktagung 1984 als Beitrag zum international allgemein akzeptierten gemeinsamen Aktionsprogramm für die Länder südlich der Sahara vorgeschlagen. Der diesbezügliche Resolutionsentwurf wurde am 21. Mai 1985 vom Direktorium der Weltbank angenommen. Österreich sagte eine Beitragsleistung von 10 Millionen US-Dollar im Gegenwert von 222 800 000 Schilling zu, die in drei gleichen Raten 1986 bis 1988 zu bezahlen sind. Die letzte Zahlung erfolgte 1988.

Sonstige Zahlungsverpflichtungen; Aufwendungen***Leistungen an Österr. Länderbank AG***

Gemäß Bundesgesetz vom 31. März 1982, BGBl. Nr. 206, ersetzt der Bund der Österreichischen Länderbank AG den Zinsenentgang aus Forderungen dieser Bank gegen Unternehmungen mit dem Sitz im Inland, über die ein Ausgleichs- oder Konkursverfahren eröffnet oder deren Eröffnung beantragt wurde, und die zur Wertberichtigung dieser Forderungen erforderlichen Tilgungsraten.

Auf Grund des Tilgungsplanes sind für 1989 250 Millionen Schilling veranschlagt, die den Ersatz des Zinsenentganges für den Zeitraum 1. Dezember 1987 bis 30. November 1988 und wertberichtigte Forderungsabschreibungen betreffen.

Leistungen an Creditanstalt-Bankverein

Für die Sanierung von Konzernbetrieben der CA-BV ist die Bereitstellung von Bundesmitteln erforderlich.

In Verbindung mit dem Bundesgesetz vom 6. November 1985, BGBl. Nr. 484/1985, ist hinsichtlich der vorgesehenen Übernahme von Annuitätenzahlungen zu den von der CA-BV an ihre Tochtergesellschaften Steyr-Daimler-Puch AG, Maschinenfabrik Andritz AG und Maschinenfabrik Heid AG gewährten Zuschüssen die Veranschlagung von 900 Millionen Schilling vorgenommen worden.

Ersatz an ASFINAG

Für den gemäß BGBl. Nr. 510/1987, in Verbindung mit BGBl. Nr. 591/1982, zu leistenden Mindestkostenersatz des Bundes an die Autobahnen- und Schnellstraßen Finanzierungs-AG (ASFINAG) für deren Hochbaufinanzierung, wurden für 1989 130 Millionen Schilling veranschlagt.

Sonstige Schuldübernahmen***Übergang einer ERP-Verbindlichkeit der indischen Regierung auf den Bund als Alleinschuldner***

Am 15. Dezember 1967 wurde zwischen der österreichischen Bundesregierung und der indischen Regierung ein Nahrungsmittelhilfeabkommen abgeschlossen, auf Grund dessen die indische Regierung aus Mitteln des ERP-Fonds einen Kredit in Höhe von 26 Millionen Schilling erhielt.

Die am 30. Juni 1979 in Höhe von 18 835 975,31 S bestehende Verbindlichkeit der indischen Regierung gegenüber dem ERP-Fonds ging mit Inkrafttreten des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 317/1979 auf den Bund als Alleinschuldner über.

Der Betrag ist vom Bund in 26 gleichen aufeinanderfolgenden Halbjahresraten zu 720 000 S und einer Rate von 115 975,31 S — zuzüglich der anfallenden Zinsen in den Jahren 1979 bis 1992, beginnend am 1. Juli 1979 — an den ERP-Fonds zurückzuzahlen.

Für 1989 ist ein Betrag von 1,586 Millionen Schilling vorgesehen.

Reingewinnabfuhr gemäß Postsparkassengesetz

Nach den Bestimmungen des Postsparkassengesetzes, BGBl. Nr. 458/1969, war für das Jahr 1971 erstmalig der Anteil des Bundes am Reingewinn der Österreichischen Postsparkasse des Geschäftsjahres 1970 zu veranschlagen, während bis 1969 die Ausgaben und Einnahmen des Österreichischen Postsparkassenamtes im Bundesvoranschlag bei Kap. 80 brutto veranschlagt wurden. Für diese Reingewinnabfuhr wurde der neue Voranschlagsansatz 2/54834 vorgesehen. Auf Grund der bisherigen Geschäftsergebnisse der Österreichischen Postsparkasse im Jahre 1988 wird diese Reingewinnabfuhr mit 75 Millionen Schilling angenommen.

Sonstige Forderungen*EFTA-Industrieentwicklungsfonds für Portugal*

Zur Stärkung der portugiesischen Wirtschaft beschloß der EFTA-Rat die Errichtung des EFTA-Industrieentwicklungsfonds für Portugal, zu dem die EFTA-Mitgliedsstaaten durch fünf Jahre Beiträge leisten. Die innerhalb dieser fünf Jahre nicht angeforderten Beiträge können während fünf weiterer Jahre nachgefordert werden. Die Zahlung des Restbetrages erfolgte im Jahr 1987. Der Fonds vergibt Darlehen zur Entwicklung der portugiesischen Industrie. Die Rückzahlung des Fondskapitals an die Mitgliedstaaten sollte ab dem zehnten Jahr des Inkrafttretens des Fonds in 15 Jahresraten erfolgen. Als erste Rate gingen im Jahr 1988 13,7 Millionen Schilling ein. Auf Ersuchen Portugals wurden vom EFTA-Rat die weiteren Rückzahlungen jedoch bis zum Jahr 1998 aufgeschoben.

Ab dem fünften Jahr des Bestehens des Fonds werden für die geleisteten Beiträge Zinsen gezahlt. Für 1989 wurden hierfür 5 Millionen Schilling veranschlagt.

¹⁾ In der Regel wird die Bundeshaftung auch für die Zinsen und Kosten übernommen; das tatsächliche Haftungsbilanz ist und war daher um diese nur schwer abschätzbaren jeweiligen Nebenkosten höher, als in der Tabelle aufgezeigt wird.

²⁾ Kapitalbeträge.

³⁾ Neben diesen vom Bundesminister für Finanzen auf Grund gesetzlicher Ermächtigungen übernommenen Haftungen haftet der Bund gemäß § 1 Abs. 2 des Postsparkassengesetzes 1969, BGBl. Nr. 458, für die Verbindlichkeiten der Österreichischen Postsparkasse. Diese betrugen zum 31. Dezember 1987 113 980 Millionen Schilling.

⁴⁾ Bezüglich der Vorjahre siehe den Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1983, Seite 387: Daten der Jahre 1948 bis 1959.

⁵⁾ Bei den Haftungsübernahmen für die Elektrizitätswirtschaft und den Bausektor im Bereich des Bundes erfolgten keine Haftungsinanspruchnahmen.

⁶⁾ Auf Grund des Ausfuhrförderungsgesetzes und des Ausfuhrfinanzierungs-Förderungsgesetzes.

Kapitel 55 — Titel 550

221

Kapitel 55 Pensionen (Hoheitsverwaltung)

Bei diesem Kapitel werden bei den Ausgaben die Pensionen einschließlich der Todesfallbeiträge, die Dienstgeberbeiträge nach dem B-KUVG sowie die Familien- und Geburtenbeihilfen für die Bediensteten der Hoheitsverwaltung des Bundes und für die sonstigen Bediensteten veranschlagt, ebenso die Ersätze für Pensionen der Landeslehrer und der Abgeltungsbetrag für die Pensionen der ÖBB. Bei den Einnahmen werden die Pensionsbeiträge und besonderen Pensionsbeiträge der aktiven Bediensteten der Hoheitsverwaltung des Bundes veranschlagt, ebenso die Überweisungen der Pensionsversicherungsträger, Zahlungen der Österreichischen Postsparkasse, Zahlungen der Bundesrepublik Deutschland nach dem Bonner Abkommen und einige andere Ersatzleistungen. Die Anzahl der Pensions- und Provisionsempfänger am Ende der Jahre 1983 bis 1987 ist der Übersicht auf Seite 224 zu entnehmen.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	27 996,3	5 986,9	33 983,2	3 855,4
1988	28 389,8	6 307,0	34 696,8	3 745,1
1989	30 481,5	6 667,9	37 149,4	4 185,5

Im einzelnen ist zu bemerken:

Titel 550 Bedienstete der Hoheitsverwaltung des Bundes**Gesetzliche Grundlagen**

Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 288/1988;

Pensionsüberleitungsgesetz, BGBl. Nr. 187/1949;

Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 342/1988;

Bundesgesetz BGBl. Nr. 295/1969 über die Anrechnung von Ruhestandszeiten und über die Gewährung von Zulagen an Bundesbeamte;

Nebengebührengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 288/1988;

Familienlastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 604/1987;

Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 200/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 283/1988;

Postsparkassengesetz, BGBl. Nr. 458/1969.

Die Ruhe(Versorgungs)genüsse von Pensions(Provisions)parteien, die weder unter die Bestimmungen des Gehaltsüberleitungsgesetzes noch unter jene des Pensionsüberleitungsgesetzes fallen, wurden auf Grund des § 11 Abs. 2 des Pensionsüberleitungsgesetzes unter Bedachtnahme auf die Grundsätze dieses Bundesgesetzes durch Verordnung der Bundesregierung ¹⁾ mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates oder neu durch Bundesgesetz ¹⁾ geregelt.

Der Aufwand für die außerordentlichen Versorgungsgenüsse ist bedingt durch die im Gnadenwege vom Herrn Bundespräsidenten bewilligten Bezüge.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	17 208,2	92,0	17 300,2	154,5
1988	17 605,0	99,1	17 704,1	163,7
1989	19 157,3	96,6	19 253,9	161,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Das Mehrerfordernis bei den Personalausgaben ist neben der allgemeinen Bezugserhöhung ab 1. Juli 1988 darauf zurückzuführen, daß die Anzahl der Ruhebezugsempfänger steigt und die neu anfallenden Bezüge höher sind als die weggefallenen.

Titel 551 Ersätze an Länder

Gesetzliche Grundlage

Finanzausgleichsgesetz 1989, BGBl. Nr. 000/1988.

Aufgaben

Gemäß § 3 des Finanzausgleichsgesetzes 1989 ersetzt der Bund den Ländern die Pensionsausgaben für die unter ihrer Diensthoeheit stehenden Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen, an berufsbildenden Pflichtschulen und an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen sowie für die Angehörigen und Hinterbliebenen dieser Lehrer in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Pensionsaufwand für diese Personen und den für die Landeslehrer von den Ländern vereinnahmten Pensionsbeiträgen, besonderen Pensionsbeiträgen und Überweisungsbeiträgen. Ab dem Jahre 1973 werden die vom Bund zu tragenden Kosten der Landeslehrer als Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) im Sachaufwand veranschlagt.

	Sachausgaben Millionen Schilling
1987	5 892,6
1988	6 202,5
1989	6 566,4

Die Erhöhung der Sachausgaben im Jahre 1989 ist auf die allgemeine Bezugs-erhöhung ab 1. Juli 1988 und das Ansteigen der Anzahl der Pensionsempfänger zurückzuführen.

Titel 552 Sonstige Bedienstete

Gesetzliche Grundlagen

- Die beim Titel 550 angeführten Bundesgesetze und zusätzlich
- Salzmonopolgesetz, BGBl. Nr. 124/1978;
 - Dorotheumsgesetz, BGBl. Nr. 66/1979;
 - Staatsdruckereigesetz, BGBl. Nr. 340/1981;
 - Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 000/1988.

Bei diesem Titel ist der Aufwand für Pensions- und Provisionsparteien nachstehender Stellen bzw. Bedienstetengruppen veranschlagt: Montanrentner, Mozarteum, Krankenpflegerinnen, Taubstummeninstitut, Hofzahlamt, Heeresarbeiter, Südtiroler, Kanaltaler, Landwirtschaftliche Betriebe, Stadtschutzwa- che, Dorotheum, Vertragspensionen, Versorgungsbezüge nach dem Epidemiegesetz, Pensionisten und Provisionisten der „Austria“ Tabakwerke AG., der Österreichischen Salinen AG., der Österreichischen Staatsdruckerei und Wiener Zeitung, der Münze Österreich AG, Altersversorgungszuschüsse für die Bediensteten des Bundesamtes für Zivilluftfahrt sowie außerordentliche Versorgungsbezüge für Volks- deutsche und Heimatvertriebene.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	463,5	1,7	465,2	61,9
1988	460,4	2,3	462,7	45,6
1989	459,2	1,8	461,0	150,4

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung bei den Einnahmen ist durch die erwartete Zahlung eines Abfindungsbetrages durch die Bundesrepublik Deutschland bedingt.

Titel 553 Pensionsvorschüsse

Gesetzliche Grundlage

Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 288/1988.

Nach § 29 des Pensionsgesetzes 1965 können Vorschüsse an unverschuldet in Notlage geratene Pensionsparteien gewährt werden. Sie sind in der Regel binnen vier Jahren zurückzuzahlen.

Kapitel 55 — Titel 554 bis 556

223

Die Pensionsvorschußsätze werden im Wege der Aufrechnung abgestattet.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	0,5	0,9
1988	3,1	1,0
1989	3,2	0,7

Titel 554 Geldaushilfen**Gesetzliche Grundlage**

Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 288/1988.

Ist eine Person, die Anspruch auf Ruhe- oder Versorgungsgenuß hat, unverschuldet in Notlage geraten oder liegen sonst berücksichtigungswürdige Gründe vor, so kann ihr gemäß § 29 Abs. 4 des Pensionsgesetzes 1965 eine Geldaushilfe gewährt werden.

	Personalausgaben Millionen Schilling
1987	0,1
1988	4,7
1989	4,7

Titel 555 Pensionen der Österreichischen Bundesbahnen**Gesetzliche Grundlage**

Bundesbahngesetz zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 151/1984.

Nach § 17 des Bundesbahngesetzes ist der Abgeltungsbetrag zum Pensionsaufwand der Österreichischen Bundesbahnen im jeweiligen Bundesvoranschlag im Kapitel Pensionen zu veranschlagen.

	Personalausgaben Millionen Schilling
1987	10 324,6
1988	10 319,7
1989	10 860,3

Titel 556 Sonstige Pensionseinnahmen

	Einnahmen Millionen Schilling
1987	3 638,0
1988	3 534,8
1989	3 872,8

Voranschlagsansatz 2/55604 Pensionsbeiträge**Gesetzliche Grundlagen**

Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 342/1988;

Nebengebühreneulagengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 288/1988.

Der Pensionsbeitrag wird ab 1. Juli 1988 nach § 22 Abs. 2 des Gehaltsgesetzes 1956 in Höhe von 9,5 vH vom Gehalt und den für die Bemessung des Ruhegenusses anrechenbaren Zulagen sowie von den Sonderzahlungen der aktiven Bundesbeamten eingehoben. Nach § 3 des Nebengebühreneulagengesetzes werden Pensionsbeiträge in Höhe von 9,5 vH auch von anspruchsbegründenden Nebengebühren einbehalten.

Außerdem werden bei diesem VA-Ansatz die Pensionsbeiträge gemäß Teil 2 des Kollektivvertrages für die Bediensteten des Bundesamtes für Zivilluftfahrt und die besonderen Pensionsbeiträge verrechnet, die nach § 56 des Pensionsgesetzes 1965 zu leisten sind.

224

Kapitel 55 — Titel 556

	Einnahmen Millionen Schilling
1987	3 287,6
1988	3 314,5
1989	3 570,2

Die steigende Tendenz dieser Einnahmen ist durch die Erhöhung des Pensionsbeitrages, durch Bezugserhöhungen und durch Strukturverbesserungen bedingt.

Voranschlagsansatz 2/55614 Überweisungen von Pensionsträgern**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesgesetz BGBl. Nr. 177/1948 (§ 6 Abs. 3);

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 283/1988 (§§ 308 und 529).

	Einnahmen Millionen Schilling
1987	350,4
1988	220,2
1989	302,7

Anzahl der Pensionisten ¹⁾

Ansatz	Voranschlagsansätze bei Kapitel 55	Der Veranschlagung zugrunde gelegt im Bundesvoranschlag 1989			Stand der Pensions- und Provisionsparteien am Jahresende				
		Pensions- parteien	Pro- visions- parteien	Zusammen	1983	1984	1985	1986	1987
		Anzahl							
550	Bedienstete der Hoheitsver- waltung des Bundes:			¹⁾					
55000	Ruhebezüge	42 858	42 858	⁴⁾ 36 791	⁴⁾ 38 061	⁴⁾ 39 004	⁴⁾ 39 725	⁴⁾ 40 861
55010	Versorgungsbezüge	26 714	26 714	⁴⁾ 26 578	⁴⁾ 26 560	⁴⁾ 26 536	⁴⁾ 26 641	⁴⁾ 26 656
55020	Außerordentliche Ver- sorgungsgenüsse	173	173	⁴⁾ 263	⁴⁾ 245	⁴⁾ 230	⁴⁾ 208	⁴⁾ 192
	Titel 550 (Summe) ...	69 745	69 745	⁴⁾63 632	⁴⁾64 866	⁴⁾65 770	⁴⁾66 574	⁴⁾67 709
552	Sonstige Bedienstete: ²⁾								
55200	Ruhebezüge	243 ⁶⁾	1 096	1 339	³⁾ 2 107	³⁾ 1 948	³⁾ 1 771	³⁾ 1 599	³⁾ 1 475
55210	Versorgungsbezüge	351 ⁶⁾	771	1 122	³⁾ 1 485	³⁾ 1 397	³⁾ 1 303	³⁾ 1 234	³⁾ 1 185
55220	Außerordentliche Ver- sorgungsgenüsse	952	952	³⁾ 1 504	³⁾ 1 396	³⁾ 1 278	³⁾ 1 155	³⁾ 1 075
	Titel 552 (Summe) ...	1 546	1 867	3 413	³⁾5 096	³⁾4 741	³⁾4 352	³⁾3 988	³⁾3 735
	Kapitel 55 (Summe) ...	71 291	1 867	73 158	68 728	69 607	70 122	70 562	71 444

¹⁾ Einschließlich der Unterhaltsbezugsempfänger, und zwar Ruhebezüge 30
Versorgungsbezüge 41

²⁾ Bei diesem Voranschlagsansatz sind die Empfänger von außerordentlichen Versorgungsgenüssen auf Grund des Bonner Regierungsabkommens vom 27. April 1953 sowie die übernommenen Pensionisten und Provisionisten der „Austria“ Tabakwerke AG., des Dorotheums, der Österreichischen Salinen AG., der Österreichischen Staatsdruckerei (einschl. Wiener Zeitung), der Münze Österreich AG. und die Empfänger von Altersversorgungszuschüssen für Bedienstete des Bundesamtes für Zivilluftfahrt enthalten.

	1983	1984	1985	1986	1987
³⁾ Hievon Provisionsparteien: Ruhebezüge	1 817	1 669	1 506	1 363	1 251
Versorgungsbezüge	1 049	986	911	863	833
Außerordentliche Versorgungsgenüsse	—	—	—	—	—
Summe ...	2 866	2 655	2 417	2 226	2 084

⁴⁾ Einschließlich Österreichische Postsparkasse.

⁵⁾ Der Pensionsaufwand für Landeslehrer ist seit 1973 bei den Ländern veranschlagt.

⁶⁾ Hievon: Altersversorgungszuschüsse 25
Sonstige Versorgungszuschüsse 5

¹⁾ BGBl. Nr. 15/1951, 51/1952, 52/1952, 53/1952, 148/1952, 159/1958, 120/1960, 121/1960, 120/1963, 255/1967 und 295/1973.

Kapitel 59 — Titel 590

225

Kapitel 59 Finanzschuld

Gemäß § 16 (1) des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG) vom 4. April 1986, BGBl. Nr. 213, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1988 sind ab dem BVA 1988 die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden von den allgemeinen Einnahmen und Ausgaben gesondert in einem Ausgleichshaushalt darzustellen.

Die Zinsenzahlungen und die Beträge für den sonstigen Aufwand sowie allgemeine Einnahmen sind wie bisher im allgemeinen Haushalt zu veranschlagen.

Gesetzliche Grundlagen

Die Rechtsvorschriften über Finanzschulden sind im Art. 42 Abs. 5 und Art. 51 Abs. 6 B-VG, im § 65 BHG und im jeweiligen Bundesfinanzgesetz enthalten. Demnach sind unter Finanzschulden solche Geldverbindlichkeiten des Bundes zu verstehen, die aus Kreditoperationen zur Deckung des Finanzierungsbedarfes des Gesamthaushaltes resultieren, soweit es sich nicht um solche Kredite handelt, deren Aufnahme und Tilgung in dasselbe Finanzjahr fallen (Kassenstärker). Weiters sind auch Geldverbindlichkeiten des Bundes aus Rechtsgeschäften, die eine langfristige Finanzierung bzw. eine Übernahme von Verbindlichkeiten durch Dritte zum Inhalt haben, als Finanzschulden zu qualifizieren. Die Ermächtigungen des Bundesministers für Finanzen zur Aufnahme, Konversion und Prolongation von Finanzschulden sind im jeweiligen Bundesfinanzgesetz enthalten oder werden in Sondergesetzen ausgesprochen.

Gesamtgebarung

	Zinsen	Tilgung	Sonstiges Millionen Schilling	Summe Ausgaben	Einnahmen
1987	47 150,2	35 105,4	1 273,1	83 528,7	446,5

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt	
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen aus Kredit- aufnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling							
1988	52 568,9	1 454,8	54 023,7	152,9	41 098,8	112 197,8	95 122,5	112 350,7
1989	53 480,7	1 482,0	54 962,7	161,1	35 225,9	101 183,7	90 188,6	101 344,8

Unterschiede gegen Vorjahre

Das Mehrerfordernis für Zinsen ergibt sich — abgesehen von Veränderungen in der Höhe der Zinssätze und Kursschwankungen bei Krediten in fremder Währung — vor allem durch den Anstieg der Finanzschulden von rd. 697,5 Milliarden Schilling Ende 1987 um voraussichtlich 49,5 Milliarden Schilling im Jahre 1988 und um rd. 66 Milliarden Schilling laut BVA 1989. Die Ausgaben für Tilgungen richten sich nach den derzeit vorliegenden Tilgungsplänen.

Genauere Angaben über die einzelnen Schuldarten, über die Laufzeit der Kredite, über die Höhe der Zinsen und Tilgungen in den nächsten Jahren usw., sind aus dem Teilheft zu Kapitel 59, Beilagen III.G und III.H zu ersehen.

Titel 590 Titrierte Finanzschuld in Inländischer Währung

	Zinsen	Tilgung	Summe Ausgaben	Einnahmen				
	Millionen Schilling							
1987	21 539,3	19 086,8	40 626,1	70,9				
	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt		
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen aus Kredit- aufnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling							
1988	22 346,7	0,0	22 346,7	16,1	22 549,8	0,0	44 896,5	16,1
1989	23 773,5	0,0	23 773,5	7,5	22 094,4	0,0	45 867,9	7,5

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Anleihen, Bundesobligationen und Bundes-schatzscheine veranschlagt.

226

Kapitel 59 — Titel 591 bis 594**Titel 591 Nicht titrierte Finanzschuld in inländischer Währung**

	Zinsen	Tilgung	Summe Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1987	17 800,0	4 636,0	22 436,0	5,8

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt		
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen aus Kredit- aufnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling							
1988	19 833,1	0,0	19 833,1	5,0	5 897,7	0,0	25 730,8	5,0
1989	20 318,3	0,0	20 318,3	2,9	6 134,7	0,0	26 453,0	2,9

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Darlehen von Vertragsversicherungsunternehmen, Darlehen von Kreditunternehmen, Kredite und Darlehen von Gebietskörperschaften, Sonstige Kredite und Darlehen und die Notenbankschuld veranschlagt.

Titel 593 Titrierte Finanzschuld in fremder Währung

	Zinsen	Tilgung	Summe Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1987	5 123,4	7 168,5	12 291,9	1,7

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt		
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen aus Kredit- aufnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling							
1988	5 456,7	0,0	5 456,7	129,8	7 444,5	0,0	12 901,2	129,8
1989	6 365,3	0,0	6 365,3	150,7	5 509,6	0,0	11 874,9	150,7

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Anleihen und Schuldverschreibungen in fremder Währung veranschlagt.

Titel 594 Nicht titrierte Finanzschuld in fremder Währung

	Zinsen	Tilgung	Summe Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling			
1987	2 231,1	4 214,1	6 445,2	0,3

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt		Gesamthaushalt		
	Zinsen	Sonstiges	Summe Ausgaben	Einnahmen	Tilgung	Einnahmen aus Kredit- aufnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling							
1988	1 903,0	0,0	1 903,0	2,0	5 206,2	0,0	7 109,2	2,0
1989	998,9	0,0	998,9	0,0	1 487,0	0,0	2 485,9	0,0

Bei diesem Titel werden die Zinsen und Tilgungen für Kredite und Darlehen in fremder Währung veranschlagt.

Der Unterschied gegenüber dem BVA 1988 ergibt sich durch vorzeitige Tilgungen und Konversionen.

Kapitel 59 — Titel 597 und 598

227

Titel 597 Nullkuponfonds**Gesetzliche Grundlage**

Nullkuponfondsgesetz vom 13. Dezember 1985, BGBl. Nr. 82/1986.

Durch die Emission von Prämienwertpapieren, bei denen keine Zinsaufwendungen während der Laufzeit, sondern erst am Ende der Laufzeit kumuliert in Form von Tilgungsagios anfallen, ergäbe sich eine Verschiebung des Zinsaufwandes in das Tilgungsjahr.

Mit dem Nullkupongesetz wird bestimmt, daß der Bund an den Nullkuponfonds jährlich Überweisungen in der Höhe der Zinsen für ein Jahr auf Basis des am Fälligkeitstag aushaftenden Standes der jeweiligen Nullkuponfinanzschuld zu leisten hat.

Am Ende der Laufzeit jeder Nullkuponfinanzschuld hat der Nullkuponfonds die hierfür insgesamt überwiesenen Mittel samt den dazugehörigen Veranlagungserträgen dem Bund zur Verfügung zu stellen. Die Überweisungen haben in der Währung zu erfolgen, in der die Zinsverpflichtungen des Bundes eingegangen wurden.

	Allgemeiner Haushalt	
	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1987	456,3	0,0
1988	501,3	0,0
1989	501,3	0,0

Titel 598 Pauschalvorsorge**Paragraph 5981 Ausgelaufene Schulden in fremder Währung**

Für ausgelaufene Schulden in fremder Währung wurden an Zinsen 0,4 Millionen Schilling und an Tilgung 0,2 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraph 5983 Kreditoperationen nach Voranschlagserstellung**Gesetzliche Grundlage**

Bundeshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986, § 41, Abs. 3 Z 2.

	Allgemeiner Haushalt	
	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1987		0,0
1988		2 527,6
1989		1 523,0

Gebärung

Bei diesem Paragraph wird der Zinsen- und Tilgungsdienst bzw. die Dotierung des Nullkuponfonds für die im Vorjahr nach Erstellung des Voranschlages noch durchgeführten Kreditoperationen und für die im laufenden Jahr jeweils neu durchzuführenden Kreditoperationen mit Zinsverpflichtungen im selben Jahr veranschlagt. Da diese neuen Kreditoperationen erst bei ihrer Durchführung den endgültigen Verrechnungsansätzen zugeordnet werden können, dient die Vorsorge bei diesem Ansatz der Bedekung von Überschreitungen (überplanmäßige Ausgaben gem. § 41 (3) BHG) bei den Titeln 590, 591, 593, 594 und 597.

Voranschlagsansatz 8/59849 Schuld aufnehmen**Gesetzliche Grundlage**

Bundeshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986, § 16, Abs. 1.

	Ausgleichshaushalt	
	Einnahmen	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1988	112 197,8	
1989	101 183,7	

228

Kapitel 59 — Titel 599**Gebärung**

Bei diesem Voranschlagsansatz wird der Gesamtgebarungsabgang laut Bundesfinanzgesetz veranschlagt. Da diese Kreditoperationen erst bei Durchführung den endgültigen Verrechnungsansätzen zugeordnet werden können, dient diese Veranschlagung dem Ausgleich des Gesamthaushaltes.

Titel 599 Sonstiger Aufwand bzw. Sonstige Einnahmen

	Allgemeiner Haushalt	
	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen	Schilling
1987	1 273,1	367,8
1988	1 454,8	0,0
1989	1 482,0	0,0

Bei diesem Titel werden ua. Emissionsverluste, Provisionen und Spesen im Zusammenhang mit der Finanz-Schuldengebarung veranschlagt.

Kapitel 60 — Titel 600

229

Kapitel 60 Land- und Forstwirtschaft

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 78/1987, insbesondere der Anlage zu § 2, Teil 1 und 2, Abschnitt I.

Gesamtgebarung

Ab 1989 werden die bisher unter dem Kap. 62 „Preisausgleiche“ veranschlagten Maßnahmen im Titel 604 „Marktordnungspolitische Maßnahmen“ veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	1 251,7	13 567,1	14 818,8	2 759,2
1988	1 297,9	14 408,3	15 706,2	2 843,2
1989	1 335,9	13 337,1	14 673,0	2 637,0

Im einzelnen ist zu den Bereichen folgendes zu bemerken:

Titel 600 Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	218,8	375,6	594,4	70,4
1988	224,2	466,1	690,3	77,0
1989	220,0	411,1	631,1	66,8

Unterschiede gegen Vorjahre

Die gegenüber 1988 geringeren Personalausgaben sind auf die Ausgliederung der Bundeskellereiinspektion und deren Veranschlagung unter dem Paragraphen 6091 zurückzuführen.

Die sich 1989 gegenüber 1988 bei den Sachausgaben ergebenden Minderausgaben von 55 Millionen Schilling beruhen vor allem auf den Wegfall des zusätzlichen Förderungsbetrages für sonstige Aktivitäten im Bereich der Landwirtschaft beim Voranschlagsansatz 1/60086.

Gebahrung 1989**Paragraph 6000 Zentralleitung**

Der Paragraph 6000 umfaßt die Gebahrung des Bundesministeriums einschließlich der Bundesaufsicht, der Zivilschutzmaßnahmen in deren Rahmen für den Aufwand eines Fahrzeuges für besondere Zwecke vorgesorgt wird und der Bezugsvorschüsse und des Verwaltungsaufwandes für die Vieh- und Fleischkommission (Viehwirtschaftsgesetz 1983, BGBl. Nr. 621, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 332/1988). Weiters ist bei diesem Voranschlagsansatz der Aufwand für den Obersten Agrarsenat gem. BGBl. Nr. 1/1959, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 476/1974, für wasserrechtliche und wasserwirtschaftliche Fachgutachten und Untersuchungen gem. BGBl. Nr. II/316/1934 und 144/1947, für die Stau-beckenkommission gem. BGBl. Nr. 82/1948, und für die Bundesprüfungskommission vorgesehen.

Die Bundesaufsicht über den Milchwirtschaftsfonds und den Getreidewirtschaftsfonds wird auf Grund der Bestimmungen des Marktordnungsgesetzes 1985, BGBl. Nr. 210, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 330/1988 vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft ausgeübt.

Internationale Institutionen

Weiters ist bei diesem Paragraph für die Zahlungen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft an internationale Institutionen und für internationale Aufgaben vorgesorgt, vor allem für die FAO, für das Internationale Weinamt, die Europäische Pflanzenschutzorganisation und anderes mehr.

Voranschlagsansatz 1/60016 Leistungen an Siedlungsträger

Bei diesem Voranschlagsansatz ist die Verrechnung für die Abwicklung der Gebahrung des Besitzstrukturfonds vorgesehen.

Paragraph 6003 Agrar- und forstpol. sowie wasserwirtschaftliche Unterlagen**Voranschlagsansatz 1/60036 Förderungen**

Auf der Grundlage der Bestimmungen des Wasserbautenförderungsgesetzes, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 148/1985, soll mit diesen Budgetmitteln gemäß § 25 Abs. 2 die Erstellung wasserwirtschaftlicher Planungen und Untersuchungen und wasserwirtschaftlicher Grundsatzkonzepte gefördert werden.

Voranschlagsansatz 1/60038 Aufwendungen

Aus diesem Voranschlagsansatz werden Beiträge zu den Kosten für die betriebsstatistische Tätigkeit im Zusammenhang mit der Bearbeitung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebskarte vor allem auch im Hinblick auf die Vollziehung des LFBIS-Gesetzes geleistet. Weiters sind diese Mittel auch für die Bearbeitung der dabei anfallenden Erhebungsdaten, vor allem hinsichtlich verwaltungs- und förderungsmäßiger sowie betriebswirtschaftlicher Aufgabenstellungen heranzuziehen. Außerdem werden die Mittel der Post „Lagebericht gemäß § 9 des Landwirtschaftsgesetzes“, insbesondere zur Beschaffung von Unterlagen für den Grünen Bericht im Sinne des Landwirtschaftsgesetzes 1976, BGBl. Nr. 299, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 261/1984, verwendet. In diesem Zusammenhang werden Aufarbeitungs- und Auswertungskosten getragen und den buchführenden Betrieben in Form einer Anerkennungsprämie für die freiwillige Mitarbeit ein Anreiz geboten. Ferner sind aus diesen Mitteln die Druckkosten für den Lagebericht und die Reisekosten der Mitglieder der Kommission gemäß § 7 des Landwirtschaftsgesetzes zu tragen.

Die Mittel unter der Voranschlagspost „Forstpolitische Unterlagen“ dienen der Erforschung des Beitrages der Forstwirtschaft zur Einnahmensschöpfung bäuerlicher Betriebe und zur Erforschung betriebswirtschaftlicher Daten von Forstbetrieben sowie zur Verbesserung der Erhebung des Waldzustandes. Außerdem sind bei diesem Voranschlagsansatz Mittel für die Beschaffung von Unterlagen zur forstlichen Raumplanung (Abschnitt II des Forstgesetzes 1975) und zur Erstellung von Raumplanungsrichtlinien für den Forstdienst sowie für außerforstlich raumplanerisch tätige Institutionen vorgesehen. Soweit für diese Aufgaben auch Druckkosten erwachsen, sind Mittel hierfür veranschlagt.

Weiters wird hier der Aufwand für die landtechnischen Grundlagenarbeiten verrechnet. Die hierfür vorgesehenen Mittel dienen zur Untersuchung praxisnaher Probleme im Zusammenhang mit der Mechanisierung und den baulichen Veränderungen in der Landwirtschaft, Energiealternativen sowie zur Prüfung neuzeitlicher, zeitsparender Arbeitsmethoden und zur Durchführung arbeitsteiliger Versuchsprogramme. Die Ergebnisse dieser Arbeiten sind auf verschiedenen Förderungsgebieten des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft mitbestimmend und für eine möglichst wirtschaftliche Verwendung öffentlicher Mittel richtungsweisend. Auch werden damit die Sammlung und der Austausch landtechnischer Informationen und Untersuchungsergebnisse finanziert.

Weiters sollen mit Hilfe dieser Budgetmittel auf der Grundlage des Wasserbautenförderungsgesetzes, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 148/1985, die Erstellung von wasserwirtschaftlichen Planungen und Untersuchungen sowie wasserwirtschaftlichen Grundsatzkonzepten für die Sachbereiche Wasserreserven und Wassergüte erfolgen. Gemäß § 25 Abs. 1 WBFG sind die Kosten der genannten Unterlagen, wenn ihre Erstellung im vorwiegenden Interesse des Bundes gelegen ist, aus Bundesmitteln zu bestreiten. Es sind dies Unterlagen, die langfristig, sachlich oder räumlich von gesamtösterreichischer Bedeutung sind. Außerdem erfolgt unter diesem Voranschlagsansatz die Bedeckung der Kosten für die Einrichtung und Führung des Wasserwirtschaftskatasters, BGBl. Nr. 34/1969, wobei hier die Schwerpunkte der Arbeiten bei der Bestandsaufnahme, Auswertung und Evidenthaltung der maßgeblichen wasserwirtschaftlichen Faktoren im gesamten Bundesgebiet sowie bei der wasserwirtschaftlichen Dokumentation liegen.

Weiters dienen die Mittel dieses Voranschlagsansatzes zur Finanzierung von Arbeitsaufträgen an das land- und forstwirtschaftliche Rechenzentrum.

Paragraph 6004 Reinhaltung der Gewässer**Voranschlagsansatz 1/60048 Notstandspolizeiliche Maßnahmen zur Gewässerreinhaltung**

Unter diesem Voranschlagsansatz wird für den Aufwand vorgesorgt, der dadurch entsteht, daß die Wasserrechtsbehörde bei Gefahr im Verzuge die zur Gewässerreinhaltung notwendige Anordnung trifft und durchführen läßt, ohne daß ein Verpflichteter für die Tragung der Kosten ermittelt werden kann. Im Falle der Uneinbringlichkeit vom Verpflichteten ist der Aufwand als Zweckaufwand vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zu tragen.

Kapitel 60 — Titel 600

231

Paragraph 6005 Hydrographischer Dienst**Allgemeines**

In Angelegenheiten der Hydrographie ist gemäß Art. 10 Abs. 1 Z 10 des Bundes-Verfassungsgesetzes die Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache. Mit 1. Jänner 1980 ist das Bundesgesetz über die Erhebung des Wasserkreislaufes (Hydrographiegesetz BGBl. Nr. 58/1979) in Kraft getreten. Nach diesem Gesetz hat der Hydrographische Dienst die Erhebungen des Wasserkreislaufes durchzuführen, die sich auf das Oberflächenwasser, den Niederschlag, das unterirdische Wasser, die Verdunstung und die Feststoffe in den Gewässern hinsichtlich Verteilung nach Menge und Dauer, die Temperatur von Luft und Wasser, die Eisbildung in den Gewässern und im Hochgebirge sowie die den Wasserkreislauf beeinflussenden oder durch ihn ausgelösten Nebenerscheinungen beziehen.

Der jeweilige Landeshauptmann und die Wasserstraßendirektion haben die Beobachtungen und Messungen durchzuführen und die beobachteten und gemessenen hydrographischen Daten unter Bedachtnahme auf ihren Zusammenhang so zu verarbeiten, daß sie als Grundlage für wasserwirtschaftliche Planungen und wasserrechtliche Entscheidungen herangezogen werden können und für eine Bearbeitung mit Hilfe von Anlagen der automationsunterstützten Datenverarbeitung sowie für Veröffentlichungen, insbesondere im hydrographischen Jahrbuch, geeignet sind. Die verarbeiteten Daten sind so rasch wie möglich dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft zu übermitteln.

Die vom jeweiligen Landeshauptmann und der Wasserstraßendirektion übermittelten Daten sind vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft zusammenfassend zu bearbeiten und die Ergebnisse dieser Bearbeitungen, die von allgemeiner Bedeutung sind, zu veröffentlichen. Insbesondere ist für jedes Jahr ein hydrographisches Jahrbuch herauszugeben.

Die zur Vollziehung des Hydrographiegesetzes erforderlichen Mittel sind, soweit sie vom Bund zu tragen sind, bei diesem Voranschlagsansatz veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/60068 Land-, forst- und wasserwirtschaftliche Sonderaufgaben

Der Voranschlagsansatz sieht Ausgaben für publizistische und organisatorische Sonderaufgaben auf dem Gebiete der Land- und Forstwirtschaft, des Wasserbaues und der Wasserwirtschaft vor. Hier ist auch für die Vortrags- und Informationstätigkeit einschließlich der Beschaffung verschiedenen Informationsmaterials und für die Durchführung einschlägiger Sonderveranstaltungen vorgesorgt. Weiters sind hier Mittel für Honorare zu einschlägigen publizistischen, wirtschaftlichen und statistischen Arbeiten aus den Bereichen der Land-, Forst-, Ernährungs- und Wasserwirtschaft veranschlagt.

Darüber hinaus sind bei diesem Voranschlagsansatz auch Mittel für das Futtermittelwesen veranschlagt, die zur Bestreitung der Aufwendungen für die Fachkommission (§ 5 des Futtermittelgesetzes, BGBl. Nr. 97/1952, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 783/1974) sowie zur Deckung von erhöhten Aufwendungen der in der Futtermittelkontrolle tätigen Anstalten gemäß Futtermittelverordnung 1976, BGBl. Nr. 32/1987, dienen.

Bei diesem Voranschlagsansatz sind auch die Mittel für das Saatgutwesen veranschlagt. Der Zweck des Saatgutgesetzes 1937 (BGBl. Nr. 236/1937, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 230/1982) ist in erster Linie, die Abgabe von gutem und einwandfreiem Saatgut an die Landwirte zu gewährleisten. Um dieses Ziel zu erreichen, sind nicht nur laufende Kontrollen, sondern auch eine Koordinierung der Kontrolltätigkeit und der Untersuchungsmethoden der einzelnen Anstalten unerlässlich.

Paragraph 6007 Qualitätskontrolle

Die Qualitätskontrolle ist auf Grund des Qualitätsklassengesetzes vom 17. Mai 1967, BGBl. Nr. 161, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 468/1971, durchzuführen. Auf Grund der Verordnung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft vom 26. März 1968, BGBl. Nr. 136/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 409/1985, über die Durchführung des Qualitätsklassengesetzes erfolgt die Qualitätskontrolle bei Äpfel und Birnen seit 1. Juli 1968, bei Eiern gemäß BGBl. Nr. 303/1970 seit 1. März 1971, bei Pflirschen gemäß BGBl. Nr. 37/1973 ab 1. März 1973, bei Zitrusfrüchten gemäß BGBl. Nr. 119/1974 ab 1. Juli 1974, bei Tafeltrauben gemäß BGBl. Nr. 545/1975 ab 1. Jänner 1976, bei Gurken und Tomaten gemäß BGBl. Nr. 589/1978 ab 1. Jänner 1979, bei Salat und Karfiol gemäß BGBl. Nr. 589/1979 ab 1. Juli 1979, bei Schweinehälften gemäß BGBl. Nr. 182/1979 ab 1. Juli 1979 und bei Speisekartoffeln ab 1. Juni 1988 gemäß BGBl. Nr. 141/1988. Die diesbezüglichen Kontrollen sind sowohl am Ort der Zollabfertigung als auch bei Produzenten, Genossenschaften sowie beim Groß- und Detailhandel durchzuführen.

Paragraph 6008 Sonstige Aufgaben**Voranschlagsansatz 1/60086 Förderungen**

Bei diesem Voranschlagsansatz werden Zuschüsse zum Verwaltungsaufwand der „FAO-Weltkampagne zur Bekämpfung von Hunger und Not“ und die Subventionen an freiwillige Feuerwehren sowie die Förderungen von privaten Institutionen, die nicht unmittelbar in das Aufgabengebiet der Land- und Forstwirtschaft fallen, veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/60088 Internationale Nahrungsmittelhilfe

Auf Grund des Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommens 1980, BGBl. Nr. 421, hat sich Österreich zur jährlichen Lieferung von 20 000 t Getreide verpflichtet. Für die Erfüllung der Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen wurden 32,4 Millionen Schilling veranschlagt.

Weiters leistet Österreich auf Grund eines Beschlusses der Bundesregierung im Jahre 1988 zum Welternährungsprogramm der FAO Beiträge in Höhe von insgesamt 41,3 Millionen Schilling.

Schließlich hat sich Österreich auf Grund eines Beschlusses der Bundesregierung bereit erklärt, einen jährlichen Beitrag zur Internationalen Nahrungsmittelnotstandsreserve der FAO im Umfang von 5 000 t Getreide zu leisten. Für diese Zwecke wurden 8,1 Millionen Schilling veranschlagt.

Paragraph 6009 Vollziehung des Forstgesetzes 1975**Voranschlagsansatz 1/60098 Aufwendungen**

Bei diesem Voranschlagsansatz sind Mittel für Ersatzaufforstungen gemäß § 18 (3) Forstgesetz sowie für die Anschaffung von Hinweistafeln gem. § 33 (2) lit. a Forstgesetz veranschlagt. Weiters ist je eine Post für den allfälligen Ersatz der Kosten aus Anlaß der Feststellung forstschädlicher Luftverunreinigungen gem. Abschnitt IV Forstgesetz 1975 und für Waldbrandbekämpfungskosten gem. § 42 lit. f Forstgesetz vorgesehen.

Titel 601 Bundesministerium (Förderung der Land- und Forstwirtschaft und des Ernährungswesens)**Gesetzliche Grundlagen**

Weingesetz, BGBl. Nr. 444/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1988;

Forstgesetz 1975, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 576/1987.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft obliegt die Rationalisierung und Produktivitätsverbesserung der Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetriebe sowie der Vermarktung der Erzeugnisse zur bestmöglichen Versorgung des österreichischen Volkes mit Nahrungsmitteln, der Hebung des Einkommens der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen sowie der Erhaltung der Funktionsfähigkeit des ländlichen Raumes.

Einzelheiten über die in den Vorjahren durchgeführten Maßnahmen, insbesondere auch Zahlenangaben und statistisches Material finden sich in den Berichten der Bundesregierung über die Lage der österreichischen Landwirtschaft („Grüne Berichte“) und in den jährlich vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft veröffentlichten Tätigkeitsberichten.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
1987	52,5	0,0
1988	139,6	0,1
1989	141,6	0,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die höhere Veranschlagung ist auf die Förderungsmaßnahmen im Bereich der pflanzlichen Produktion, Ausstellungswesen und Bekämpfung von Virusinfektionen bei Rindern zurückzuführen.

Kapitel 60 — Titel 601

233

Gebarung 1989**Voranschlagsansatz 1/60136 Förderung der Weinwirtschaft**

Die veranschlagten Bundesmittel dienen der Verwirklichung der Ziele gemäß Weingesetz 1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1988, das sind die Förderung des Absatzes der Produkte, die Förderung der Qualitätsproduktion sowie die Förderung der Marktstabilisierung.

Voranschlagsansatz 1/60146 Verbesserung der Produktionsgrundlagen**Beratungswesen**

Die Mittel dieses Voranschlagsansatzes sind zur finanziellen Unterstützung und Umsetzung eines unter Leitung des Ressorts festgelegten Schwerpunktprogrammes für die land- und hauswirtschaftliche Beratung vorgesehen, das sich mit den vordringlichen Problemen der Produktionsalternativen, Bodengesundheit, Rentabilität und Finanzierbarkeit von Investitionen usw. auseinandersetzt.

Im einzelnen ist die Förderung folgender Maßnahmen vorgesehen:

Mitwirkung in Projektgruppen auf Bundesebene, die auf Initiative und unter Leitung des Ressorts geführt werden, Fortbildung der Fachkräfte des landw. Beratungswesens, Durchführung von Beratungsveranstaltungen, Erarbeitung, Anschaffung von Beratungsunterlagen und Behelfen zu den obgenannten Schwerpunkten.

Bildungswesen

Die Bundesmittel stellen Beiträge zu Maßnahmen der außerschulischen Jugendarbeit dar (Exkursionen, in- und ausländische Lehrgänge und Seminare, Fortbildungs- und Volkshochschulkurse, Pflege bäuerlichen Brauchtums, Durchführung von Wettbewerben, Arbeitsaufgaben und Fernschulkursen). Zur Ergänzung und Vertiefung der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit werden Broschüren sowie verschiedene Drucksorten herausgegeben und zur Verfügung gestellt.

Außerdem wird durch die Zeitschrift „Landjugend“ das Weiterbildungsprogramm für die ländliche Jugend unterstützt.

Kammerelgene Bildungsstätten

Für diese Förderungsmaßnahmen sind Zuschüsse zu den Personalausgaben vorgesehen.

Pflanzenschutz

Die für den Pflanzenschutz vorgesehenen Mittel dienen produktionsverbessernden Zielen unter den Bedingungen einer umweltschonenden und gesundheitlich unbedenklichen Anwendung der Präparate im Sinne des integrierten Pflanzenschutzes, wozu auch eine Abstimmung der Maßnahmen mit den Anrainerstaaen zu zählen ist, sowie der Heranzucht gesunden Pflanzenmaterials.

Forstliche Maßnahmen

Die Bundesmittel sollen für die Verrechnung der gemäß § 44 (3) und (4) Forstgesetz 1975 anfallenden Kosten anlässlich der Durchführung von Maßnahmen bei Schädlingsbefall oder gefahrdrohender Schädlingsvermehrung verwendet werden.

Voranschlagsansatz 1/60166 Absatz- und Verwertungsmaßnahmen**Ausstellungswesen**

Die veranschlagten Mittel sind für die Förderung der wichtigsten land- und forstwirtschaftlichen Ausstellungen und Messe-Sonderschauen, die mindestens für ein Bundesland Bedeutung haben, vorgesehen. Durch Ausstellungen und Sonderschauen sollen Landwirte über die neuesten Entwicklungen auf Gebieten der Betriebs- und Hauswirtschaft informiert werden. Zugleich besteht auch die Möglichkeit, die Öffentlichkeit mit den Problemen der Land- und Forstwirtschaft vertraut zu machen und einen Beitrag zur Werbung für den Absatz land- und forstwirtschaftlicher Produkte zu leisten.

Zur Erhaltung der bisherigen und Erschließung neuer Absatzgebiete auf dem Zucht-, Nutz- und Mastrinder-, Pferde- und Fleischsektor werden bei Beteiligung an ausländischen Messen mit entsprechend guten Ausstellungskollektionen Zuschüsse gewährt.

Absatzwerbung und Marktpflege

Die hierfür vorgesehenen Mittel dienen der Gestaltung von Vieh- und Fleischausstellungen im Ausland sowie der Auflage von Informationsmaterial und Beistellung von Ehrenpreisen bei Viehausstellungen.

Viehabsatz und Viehverkehr

Für kurzfristige Hilfsmaßnahmen auf dem Viehabsatzsektor sowie für den Ausbau und die Modernisierung von Anlagen sind Bundesbeiträge vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/60176 Sozialpolitische Maßnahmen

Mit den veranschlagten Mitteln werden sozialpolitische Maßnahmen gefördert, die dem land- und forstwirtschaftlichen Facharbeiterstand zugute kommen. Vor allem erhalten Land- und Forstarbeiter anlässlich von Berufsjubiläen Treueprämien für ihre langjährige Dienstleistung. Außerdem wird die durch das land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz, BGBl. Nr. 177/1952, und die Berufsausbildungsordnungen der Länder geregelte Berufsausbildung der Land- und Forstarbeiter durch Beihilfen für den Besuch der in den Ausbildungsvorschriften vorgesehenen Kurse und Lehrgänge gefördert. Für die Berufsausbildungsmaßnahmen stehen überdies Mittel aus dem Grünen Plan zur Verfügung. Der Landarbeiterwohnungsbau wird zur Gänze aus Mitteln des Grünen Planes gefördert. Nähere Erläuterungen hierüber beim Voranschlagsansatz 1/60376.

Voranschlagsansatz 1/60196 Sonstige Maßnahmen

Unter diesem Voranschlagsansatz ist ein jährlicher Pauschalbetrag für die Betriebsführung des Sekretariats der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Donauforschung berücksichtigt. Außerdem sind Beiträge für die Klagenfurter Messe und für verschiedene internationale Tagungen und Kongresse veranschlagt. Für die Ausbildung von Bergbauern, sowie für sonstige Institutionen und Vereine, die der Land- und Forstwirtschaft in ihrem Aufgabenbereich dienen, sind Zuschüsse vorgesehen. Für die Bekämpfung von Virusinfektionen bei Rindern, eine nationale Gartenschau sowie die forstliche Förderung sind ebenfalls Bundesbeiträge vorgesehen.

Titel 602 Bundesministerium (Grüner Plan — Bergbauern-Sonderprogramm)**Gesetzliche Grundlage**

Landwirtschaftsgesetz, BGBl. Nr. 299/1976, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 331/1988.

Aufgaben

Dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft obliegt die Aufgabe, in den Berggebieten wirtschaftlich gesunde und gesellschaftlich und kulturell lebendige Räume zu erhalten.

Die den regionalen Erfordernissen angepaßte Besiedlung und Bodenbewirtschaftung durch bäuerliche Betriebe ist dazu eine wichtige Voraussetzung.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1987	1 254,3	0,0
1988	1 280,7	0,0
1989	1 285,7	0,0

Gebahrung 1989**Voranschlagsansatz 1/60226 Erschließung von Wildbacheinzugsgebieten (Mittel des Katastrophenfonds, zweckgeb. Geb.)**

Die Mittel sind insbesondere für diverse Wegebauvorhaben und für forstliche Maßnahmen in Wildbacheinzugsgebieten vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/60236 Landeskulturelle forstliche Maßnahmen

Diese Mittel dienen vorwiegend der Weiterführung langjähriger Regionalprojekte der Hochlagenaufforstung und Schutzwaldsanierung.

Kapitel 60 — Titel 603

235

Voranschlagsansatz 1/60246 Verbesserung der Produktionsgrundlagen**Forstliche Maßnahmen**

Im Rahmen dieses Voranschlagsansatzes sollen Zuschüsse für Aufforstungs-, Meliorations- und forstliche Bestandesumbaumaßnahmen gewährt werden.

Förderung tierischer Produktionsalternativen

Die vorgesehenen Mittel sind für die Förderung der tierischen Produktionsalternativen bei Rindern, Pferden, Schafen, Ziegen, Kleintieren, Geflügel, Bienen und Fischen bestimmt. Dadurch sollen teilweise noch vorhandene Marktlücken gefüllt und der Milch- und Rindfleischmarkt entlastet werden.

Voranschlagsansatz 1/60256 Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft

Die veranschlagten Mittel sind für die Gewährung von Beiträgen im Rahmen der „Landwirtschaftlichen Regionalförderung“ zur Modernisierung und Rationalisierung der bäuerlichen Betriebe und Almen sowie für die Schaffung von Zu- und Nebenerwerbsmöglichkeiten unter besonderer Berücksichtigung des bäuerlichen Fremdenverkehrs vorgesehen. Weiters sollen Beiträge für Verkehrserschließung ländlicher Gebiete, den Forstwegebau sowie Errichtung von Telephonanschlüssen gewährt werden.

Voranschlagsansatz 1/60296 Sonstige Maßnahmen

Bei diesem Voranschlagsansatz sind für Bergbauernbetriebe produktionsunabhängige Zuschüsse (Bergbauernzuschüsse), Beiträge zur spezialisierten Einstellerproduktion über die Mutterkuhhaltung, für Zuchtschaf- und Zuchtziegenankäufe, Zuschüsse beim Export von Zucht- und Nutztürkern bzw. Pferden und die Gewährung von Frachtkostenzuschüssen für inländisches Futterstroh und -heu vorgesehen.

Weiters wird den extremen Bergbauernbetrieben der allgemeine Absatzförderungsbeitrag bei Milch vergütet. Ebenso sind Zuschüsse für Betriebe in benachteiligten Gebieten veranschlagt.

Titel 603 Bundesministerium (Grüner Plan)**Gesetzliche Grundlagen**

Landwirtschaftsgesetz 1976, BGBl. Nr. 299, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 331/1988;

Marktordnungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 210, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 330/1988;

Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985;

Güter- und Seilwege-Grundsatzgesetz, BGBl. Nr. 198/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 440/1975.

Aufgaben

Aufgabe des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft ist es, den Zielsetzungen des Landwirtschaftsgesetzes zu dienen.

Einzelheiten über die durchgeführten Maßnahmen finden sich in den Berichten der Bundesregierung über die Lage der Österreichischen Landwirtschaft („Grüne Berichte“) und in den jährlich vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft veröffentlichten Tätigkeitsberichten.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	1 018,6	49,5
1988	1 025,0	45,0
1989	1 079,2	45,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Das Volumen des Grünen Planes für 1989 beträgt 1 079,2 Millionen Schilling. Davon wird der überwiegende Teil für die Investitionsförderung im Bereich der Land- und Forstwirtschaft verwendet. Die Förderung der Getreide-Alternativprogramme und die Milchlieferverzichtsprämie sind ab 1989 unter dem Titel 604 „Marktordnungspolitische Maßnahmen“ veranschlagt.

Gebahrung 1989**Voranschlagsansatz 1/60346 Verbesserung der Produktionsgrundlagen****Beratungswesen**

Die veranschlagten Bundesmittel sind für Zuschüsse zu den Personalkosten der Beratungskräfte der Landwirtschaftskammern vorgesehen, die im Zuge der Anpassung an geänderte Erfordernisse und Zielsetzungen im Agrarbereich sehr bedeutsame Aufgaben auf dem Gebiet der Produktionsalternativen, der Bodengesundheit, des gezielteren und damit auch umweltschonenden Produktmitteleinsatzes, der Rentabilität und Finanzierbarkeit von Investitionen etc. wahrzunehmen haben. Aber auch in den traditionellen Bereichen der Beratung — sozioökonomische Beratung, marktwirtschaftliche Beratung, überbetriebliche Zusammenarbeit usw. — sind die Anforderungen erheblich gestiegen. Die fachliche Ausrichtung dieser Arbeit erfolgt überwiegend durch Projektgruppen unter Leitung des Ressorts.

Produktivitätsverbesserung in der pflanzlichen Produktion

Die Maßnahmen zur Verbesserung der Produktivität in der pflanzlichen Produktion betreffen den Pflanzen- und Futterbau, Garten-, Obst- und Weinbau, Ölsaaten und sonstige Spezialkulturen sowie das Saatgutwesen und den Pflanzenschutz.

Durch diese Maßnahmen soll die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft im In- und Ausland im Wege der Verbesserung der Qualität ihrer Erzeugnisse und der Erhöhung der Produktivität gesichert werden.

Schwerpunktmäßig sollen die Maßnahmen folgendes umfassen:

Verbesserung der Produktionsgrundlagen und Wachstumsbedingungen, Sicherung der Versorgung der Landwirtschaft mit hochwertigem Saat- und Pflanzengut und Gewährung einer kostengünstigen und ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit pflanzlichen Produkten; besondere Bedeutung kommt den erforderlichen Versuchen zur Produktion von Eiweiß- und Ölfrüchten im Inland zu, um bei Pflanzenölen (Energieträgern) und Eiweißfutter die Abhängigkeit vom Ausland zu verringern; Schutz der landwirtschaftlichen Kulturen vor produktionsschädigenden Natureinflüssen, Erzielung weiterer Fortschritte in der Haltbarmachung und Konservierung pflanzlicher Produkte für ihre weitere Verwertung, Durchführung entsprechender Maßnahmen beratenden und aufklärenden Charakters und Förderung der Bildung aller geeigneten Formen überbetrieblicher Zusammenschlüsse in der pflanzlichen Produktion (zB Erzeugergemeinschaften).

Förderung von Sonderkulturen

Die vorgesehenen Mittel werden zur Förderung von Maßnahmen zur Anlage, Bewirtschaftung, Verwertung und Vermarktung von Sonder- und Spezialkulturen verwendet.

Förderung von Innovationen

Zuschüsse zur Schaffung von Einkommensalternativen für landwirtschaftliche Betriebe durch innovatorische Maßnahmen in der pflanzlichen und tierischen Produktion und Vermarktung sowie im Dienstleistungsbereich.

Förderung des biologischen Landbaus

Mit den veranschlagten Mitteln soll ein Aspekt der ökosozialen Agrarpolitik (Verminderung der Erzeugung, geringe Umweltbelastung, hohe Produktqualität) unterstützt werden durch:

- Schutz vor unlauterem Wettbewerb und
- Ausbau der Direktvermarktung.

Die Wettbewerbsnachteile beim biologischen Landbau (höheres Erzeugungsrisiko, höherer Arbeitsaufwand u. a. m.) sollen damit zum Teil ausgeglichen werden.

Technische Rationalisierung

Im Rahmen dieser Förderungsmaßnahme werden folgende Teilmaßnahmen durchgeführt:

Förderung der Maschinenringe:

Auf Grund der kleinbäuerlichen Betriebsstruktur der österr. Landwirtschaft sind der Eigenmechanisierung der Betriebe enge Grenzen gesetzt. Ein wirtschaftlicher Landmaschineneinsatz ist oft nur durch überbetriebliche Zusammenarbeit möglich.

Kapitel 60 — Titel 603

237

Die Maschinenringe als Selbsthilfeeinrichtung der Landwirte erweisen sich als besonders wirkungsvolle Form der Zusammenarbeit. Zum Organisationsaufwand der über 200 Ringe mit neben- und hauptberuflichen Geschäftsführern wird ein Bundesmittelzuschuß gegeben.

Abhaltung landtechnischer Kurse:

Der Landmaschinenpark erfordert jährliche Aufwendungen für Wartung, Pflege, Reparatur in der Höhe von ca. 3,3 Milliarden Schilling. In verschiedenen landtechnischen Kursen wird den Landwirten das Rüstzeug vermittelt, den Maschinenpark zu pflegen und einfachere Reparaturen selbst durchzuführen. Darüber hinaus werden bäuerliche Bauselbsthilfekurse gefördert. Im Jahre 1989 sind auch Bundesmittel für Zuschüsse für Energie aus Biomasse vorgesehen.

Produktivitätsverbesserung der Viehwirtschaft

Die vorgesehenen Mittel sind zur Förderung der Pferde-, Rinder-, Schweine- und Geflügelzucht, der Schaf-, Ziegen- und sonstigen Kleintierzucht, der Fischereiwirtschaft und Bienenzucht sowie der Milchwirtschaft bestimmt. Die Förderungsmaßnahmen sollen mithelfen, die tierische Veredlungswirtschaft grundsätzlich in den landwirtschaftlichen Betrieben mit vorwiegend betriebseigener Futtergrundlage zu erhalten und eine dem Standort entsprechende, mengen- und gütemäßig möglichst marktgerechte inländische Tiererzeugung zu gewährleisten. Vor allem soll dadurch auch die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der bäuerlichen Familienbetriebe gestärkt werden.

Weiters werden auch die tierischen Produktionsalternativen unterstützt, um die fallweise noch vorhandenen Marktlücken auszunutzen und zur weiteren Entlastung des Milch- und Rindfleischmarktes beizutragen.

Zur Erreichung dieses umfassenden Zieles wird die Tierzuchtförderung auf folgende Schwerpunkte ausgerichtet:

Weiterführung und Ausbau der Leistungsprüfungen als Grundlage für die Zuchtwahl und Fütterungsberatung sowie der weitere Ausbau der künstlichen Besamung und die Aufstellung hochwertiger Vatiertiere zur genetischen Verbesserung einschließlich Ausbau und technische Ausgestaltung von Leistungsprüf- und Besamungsanstalten sowie Aufzuchtthöfen mit Leistungsprüfcharakter, Anschaffungen für die Durchführung von Züchtungs- und Fütterungsversuchen, Zuchttier- und Lehrschauen, Förderung von züchterischen Vereinigungen.

Die Maßnahmen zur Förderung der Milchwirtschaft beziehen sich nicht auf Steigerung der Produktion, sondern vielmehr auf die Hebung der Qualität sowie auf die Heranbildung und Schulung von Fachpersonal aller Kategorien. Die vorgesehenen Mittel werden vornehmlich für die Schulung und Aufklärung, die Ausgestaltung von Einrichtungen zum Zwecke der Qualitätsprüfung und Untersuchung, für die Durchführung des sogenannten Hygieneprogramms sowie für die Maßnahmen des Euter-Kontrolldienstes verwendet werden.

Außerdem stehen für wichtige Investitionsmaßnahmen und die Beschaffung der für die Rationalisierung und Qualitätsverbesserung der Tier- und Milcherzeugung erforderlichen Einrichtungen Zinszuschüsse zu Agrarinvestitionskrediten zur Verfügung.

Landwirtschaftlicher Wasserbau

Gesetzliche Grundlage für die Bewilligung von Bundesmitteln ist § 10 des Wasserbautenförderungsgesetzes (BGBl. Nr. 148/1985). Durch die Förderung von Ent- und Bewässerungen soll heute dazu beigetragen werden, daß vor allem bei kleinbäuerlichen Betrieben durch die erzielbare Ertragssteigerung der aus wirtschaftlichen Gründen bedingten Abwanderung von Landwirten entgegengewirkt wird. Die besitzfestigende Wirkung derartiger Maßnahmen ist vor allem für Grenzgebiete und für bergbäuerliche Regionen zur Erhaltung einer ausreichenden Siedlungsdichte und der bergbäuerlichen Kulturlandschaft von großer Bedeutung.

Forstliche Maßnahmen

Die für forstliche Maßnahmen veranschlagten Mittel dienen zur Gewährung von Beiträgen für Forstschutzmaßnahmen, für forstliche Aufklärungs-, Beratungs- und Weiterbildungstätigkeit. Weiters dienen diese Mittel zur Durchführung von Holzpreisbeobachtung, Holzverwertungs- und Holzwerbemaßnahmen, außerdem zur Durchführung von Aufforstungs- und forstlichen Bestandesumbaumaßnahmen, Melioration sowie der Hochlagenaufforstung und Schutzwaldsanierung. Zur Verbesserung der Erholungswirkung des Waldes sollen Förderungsmaßnahmen, wie zB die Schaffung von Parkplätzen, Wanderwegen und Spielplätzen usw. gesetzt und mit Bundesmitteln gefördert werden. Darüber hinaus wer-

den Waldbrandversicherungsprämien, die Sanierung geschädigter Wälder, die Anlage von Energieholzflächen und die Errichtung von Erhaltungsbeständen und Naturwaldgesellschaften mit Bundesmitteln bezuschußt.

Paragraph 6035 Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft

Voranschlagsansatz 1/60356 Förderungen

Agrarische Operationen

Die veranschlagten Mittel sind für die Durchführung und Herstellung gemeinsamer Maßnahmen und Anlagen im Zuge von agrarischen Operationen bestimmt. Dazu sind auch Agrarinvestitionskredite vorgesehen. Diese Agrarverfahren bieten ein effizientes Instrumentarium unter anderem zur Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft, durch Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen sowie Milderung der Belastungen der Landwirte aufgrund vielfältiger Nutzungsansprüche an landwirtschaftlichem Grund und Boden sowie Sicherung und Schaffung eines nachhaltigen leistungsfähigen Naturhaushaltes durch Erhaltung, Sanierung und Neuaufgabe von geeigneten Landschaftselementen und deren vorteilhafte Verteilung in der Flur. Die rechtlichen Grundlagen für die agrarischen Operationen bilden die entsprechenden Bodenreformgesetze des Bundes und der Länder.

Landwirtschaftliche Regionalförderung

Die hierfür vorgesehenen Mittel sind vornehmlich für einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen in jenen Gebieten bestimmt, deren wirtschaftliche Entwicklung für die Erhaltung einer ausreichenden Siedlungsdichte und der bergbäuerlichen Kulturlandschaft von Bedeutung sind. Die Mittel stehen aber auch für eine Förderung in den östlichen Grenzgebieten und in den sonstigen benachteiligten Regionen zur Verfügung. Hierbei stehen vor allem Maßnahmen zur Rationalisierung, Modernisierung und Marktanpassung der Betriebe, Maßnahmen zur Verbesserung der Produktions- und Betriebsstruktur, bauliche Maßnahmen, Maßnahmen zur Technisierung und Mechanisierung, Maßnahmen zur Verbesserung der Hauswirtschaft einschließlich der Gästebeherbergung, Forstaufschließungsmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Bodennutzung und der Viehwirtschaft im Vordergrund. Die „Landwirtschaftliche Regionalförderung“ soll somit einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Berg- und sonstigen benachteiligten Gebiete leisten.

Verkehrerschließung ländlicher Gebiete

Die für den Bau von Güterwegen vorgesehenen Mittel dienen der dringend notwendigen Verkehrerschließung bäuerlicher Betriebe. Diese Maßnahme wird auch durch Agrarinvestitionskredite gefördert.

Die Verkehrerschließung bäuerlicher Betriebe und deren Wirtschaftsflächen ist eine der grundlegenden Voraussetzungen für eine rationelle und konkurrenzfähige Bewirtschaftung. Darüber hinaus schafft die Verkehrerschließung des ländlichen Raumes eine Voraussetzung für die allgemeine Belebung der Wirtschaft, die verstärkte Mobilität der Arbeitskräfte, den Ausbau des Fremdenverkehrs, allenfalls die Ansiedlung von Betrieben, die Erhaltung einer notwendigen Siedlungsdichte und nicht zuletzt für die Existenzfestigung landwirtschaftlicher Betriebe.

Die rechtlichen Grundlagen für die Verkehrerschließung ländlicher Gebiete wurden ua. durch das Güter- und Seilwege-Grundsatzgesetz vom 9. Juni 1967, BGBl. Nr. 198, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 440/1975, geschaffen. Die Durchführungsgesetze werden von den Ländern erlassen. Außerdem werden die jeweiligen Landesstraßengesetze angewendet.

Forstliche Bringungsanlagen und Forstaufschließung

Mit den bei diesem Voranschlagsansatz veranschlagten Mitteln soll der Bau von Forstwegen in unaufgeschlossenen oder nicht nach modernen forsttechnischen Gesichtspunkten erschlossenen Waldgebieten gefördert werden. Der ausreichenden Befestigung der Fahrbahn sowie der landschaftsgerechten Anlage der Forstaufschließungswege wird im Interesse einer sorgsamten Waldbewirtschaftung und des Umweltschutzes weiterhin besondere Beachtung zukommen.

Voranschlagsansatz 1/60358 Aufwendungen, Leistungen an den Besitzstrukturfonds

Der mit Bundesgesetz vom 9. Juli 1969, BGBl. Nr. 298, beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft eingerichtete „Bäuerliche Besitzstrukturfonds“ hat vor allem die Aufgabe, durch Gewährung von Zweckzuschüssen (Verpachtungsprämien, Zinsenzuschüsse) im Wege der sogenannten landwirtschaftlichen Siedlungsträger (gemeinnützige Fonds, Genossenschaften, Gesellschaften)

Kapitel 60 — Titel 603

239

sowohl die Bodenmobilität auf Pachtbasis zu verbessern als auch den vorsorglichen Ankauf von freierwerdenden Grundstücken durch die Siedlungsträger (Bodenbank) zur späteren Weitergabe an aufstokungsbedürftige bäuerliche Betriebe zu ermöglichen.

Eine besonders wirksame „Besitzaufstockung“ wird erreicht, wenn diese Maßnahmen im Rahmen einer Grundzusammenlegung durchgeführt werden können.

Voranschlagsansatz 1/60366 Absatz- und Verwertungsmaßnahmen

Bei diesen Voranschlagsansätzen sind Mittel für Absatz- und Verwertungsmaßnahmen für pflanzliche und tierische Erzeugnisse veranschlagt. Es werden hier gefördert: Maßnahmen zur Markterschließung und Absatzsicherung (einschließlich des Ausstellungswesens) sowie Maßnahmen der Marktinformation und Werbung für Produkte und Leistungen der österreichischen Landwirtschaft (Urlaub am Bauernhof) und innovatorische Maßnahmen.

Für bauliche und technische Investitionen ist besonders auch die Inanspruchnahme von Agrarinvestitionskrediten vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/60376 Sozialpolitische Maßnahmen

Unter diesem Voranschlagsansatz sind Mittel zur Förderung des Landarbeiterwohnungsbaues und der land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildung vorgesehen. Sie dienen der Erhaltung und Ausbildung der in der Land- und Forstwirtschaft benötigten Arbeitskräfte. Überwiegend werden die Mittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Dienstnehmer verwendet, und zwar durch Gewährung von Baukostenzuschüssen für die Errichtung oder den Erwerb von Eigenheimen. Circa 2 Millionen Schilling dienen jährlich als Ergänzung von den beim Voranschlagsansatz 1/60176 vorgesehenen Mitteln für die land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsmaßnahmen.

Voranschlagsansatz 1/60378 Österreichische Bauernhilfe

Für unverschuldet in Not geratene und sich in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindliche Betriebe werden im Rahmen dieser Aktion Beihilfen gewährt.

Voranschlagsansatz 1/60386 Kreditpolitische Maßnahmen

Bei diesem Voranschlagsansatz sind die Zinsenzuschüsse zu den Agrarinvestitionskrediten einschließlich der Betriebsmittel- und Frostschädenkredite veranschlagt.

Im Rahmen der Agrarinvestitionskredite sind ab dem Jahre 1970 auch Zinsenzuschüsse für Darlehen des Besitzstrukturfonds vorgesehen.

Aus diesem Voranschlagsansatz werden auch Zinsenzuschüsse für die Agrarsonderkredite und der Sonderkreditaktion „Lagerraumschaffung“ geleistet.

Paragraph 6039 Sonstige Maßnahmen**Voranschlagsansatz 1/60396 Förderung von Forschungs- und Versuchsvorhaben**

Unter diesem Voranschlagsansatz sind Mittel für die Förderung von land- und forstwirtschaftlichen Forschungsprojekten veranschlagt.

Landwirtschaftliche Forschungsschwerpunkte sind ua.:

Vermehrung der Wertschöpfung, Erhaltung der Kulturlandschaft, Alternativen auf dem Gebiet der Tier- und Pflanzenproduktion, Pflanzenschutz unter dem Aspekt des Umweltschutzes und der Rückstandsproblematik (integrierter Pflanzenschutz), Kostensenkung und optimaler Betriebsmitteleinsatz, Rückstandsprobleme in agrarischen Produkten.

Forstliche Forschungsprojekte sind ua.:

Erhaltung und Regelung der Nutz-, Schutz-, Wohlfahrts- und Erholungswirkung des Waldes, Steigerung der Holzproduktion, umweltfreundlicher Forstschutz, Verbesserung der Schutzwälder in den Hochlagen, Erstellung von Unterlagen für die Gefahrenzonen. Grundlagen für die vegetative Vermehrung von Forstpflanzen.

Voranschlagsansatz 1/60398 Forschungs- und Versuchswesen

Die veranschlagten Mittel dienen zur Finanzierung von Forschungsaufträgen auf dem Gebiet der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft.

Forschungsschwerpunkte sind für die Landwirtschaft:

Erforschung von Produktionsalternativen und alternativer Verwertungsmöglichkeiten landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Früherkennung von Pflanzenvirosen, integrierter Pflanzenschutz, Bioenergieforschung, Biotechnologie- und Genforschung, Verbesserung der Qualität landwirtschaftlicher Produkte, landwirtschaftlicher Boden- und Umweltschutz, Kostensenkung und optimaler Betriebsmitteleinsatz.

Forstwirtschaft:

Erhebungen des österreichischen Waldzustandes mittels Methoden der Fernerkundung (Luftbildtechnik).

Wasserrwirtschaft:

Naturnaher Wasserbau und gewässerökologische Forschung, Abwasserbehandlung, Gewässerschutz, Gewässerversauerung.

Titel 604 Marktordnungspolitische Maßnahmen

Gesetzliche Grundlage

Marktordnungsgesetz BGBl. Nr. 210/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 330/1988; Viehwirtschaftsgesetz 1976, wiederverlautbart mit BGBl. Nr. 621/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 332/1988.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1987	8 510,1	542,0
1988	9 080,8	546,5
1989	8 049,0	435,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Marktordnungspolitischen Maßnahmen wurden bis zum Jahr 1988 im Kapitel 62 „Preisausgleiche“ sowie bei einzelnen Posten des VA-Ansatzes 1/60346 veranschlagt.

Die Unterschiede gegenüber den Vorjahren ergeben sich aufgrund der gegebenen Markt- und Absatzlage bei Brot- und Futtergetreide, Tieren und tierischen Produkten sowie bei Milch und Milchprodukten.

Zu den einzelnen Bereichen ist folgendes zu bemerken:

Gebahrung 1989

Voranschlagsansatz 1/60406 Brotgetreide, Förderungen

Diese Maßnahmen wurden bis einschließlich 1988 beim VA-Ansatz 1/62006 veranschlagt.

Für die Durchführung der Lageraktion für Brotgetreide sind 379,6 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansätze 1/60416 und 2/60410 Brotgetreide, Maßnahmen aus zweckgeb. Im- und Exportausgleichen

Diese Maßnahmen wurden bis einschließlich 1988 unter den Voranschlagsansätzen 1/62026 und 2/62020 veranschlagt.

Im Jahr 1989 ist eine Abfuhr von Geldmitteln durch den Getreidewirtschaftsfonds an den Bund gemäß § 34 MOG 1985 nicht zu erwarten.

Im Hinblick auf die mehr als ausreichende Inlandsproduktion sind für 1989 keinerlei Brotgetreide-einführen erforderlich. Lediglich Getreide für den technischen Bereich steht im Inland nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung und muß daher eingeführt werden. Einnahmen aus Importausgleichen gemäß § 38 MOG 1985 werden voraussichtlich mit 1,0 Millionen Schilling anfallen. Da die Weltmarktpreise für Brotgetreide weit unter dem inländischen Preisniveau liegen, kann auch bei eventuellen Brotgetreideausfuhren nicht mit Einnahmen aus der Einhebung von Exportausgleichen gemäß § 39 MOG 1985 gerechnet werden.

Kapitel 60 — Titel 604

241

Voranschlagsansatz 1/60426 Futtergetreide, Förderungen

Diese Maßnahmen wurden bis einschließlich 1988 unter dem VA-Ansatz 1/62506 veranschlagt.

Zur Erreichung möglichst bundeseinheitlicher Preise für Futtergetreide und Leguminosen werden Frachtkostenzuschüsse gewährt. Für diese Maßnahmen werden insgesamt 112,5 Millionen Schilling veranschlagt.

Voranschlagsansätze 1/60436 und 2/60430 Futtergetreide, Maßnahmen aus zweckgeb. Im- und Exportausgleichen

Diese Maßnahmen wurden bis einschließlich 1988 unter den VA-Ansätzen 1/62516 und 2/62520 veranschlagt.

Aus der Einfuhr von Futtergetreide sind gemäß § 38 MOG 1985 Einnahmen von Importausgleichen in Höhe von 335 000 Schilling zu erwarten. Diese Mittel werden ebenfalls für die Gewährung von Frachtkostenzuschüssen für Futtergetreide verwendet.

Voranschlagsansatz 1/60446 Absatz- und Verwertungsmaßnahmen für Getreide, Förderungen

Diese Maßnahmen wurden bis einschließlich 1988 unter dem VA-Ansatz 1/62706 bzw. bei einzelnen VA-Posten des VA-Ansatzes 1/60346 veranschlagt.

Gemäß § 53 Abs. 2 MOG 1985 hat der Bund dem Getreidewirtschaftsfonds für Absatz- und Verwertungsmaßnahmen im Bereich der Getreidewirtschaft Bundesmittel in halber Höhe der jeweils fälligen Absatz- und Verwertungskosten zur Verfügung zu stellen. Für diese Zwecke werden beim Voranschlagsansatz 1/60446 insgesamt 1 684,2 Millionen Schilling veranschlagt.

Zur Entlastung der Finanzierungsanteile der Produzenten von Fehlbeträgen leistet der Bund bis 1990 jährliche Zuschüsse zu den Getreideverwertungskosten von 190 Millionen Schilling unter der Bedingung, daß keine neuen Fehlbeträge entstehen dürfen.

Im Rahmen der Förderung der pflanzlichen Produktion werden bei diesem Ansatz weiters die Bundesbeiträge zur Förderung der Alternativkulturen (Raps, Sonnenblumen, Körnererbse, Ackerbohne, Sojabohne und sonstige pflanzliche Produktionsalternativen) sowie zur Förderung von Grünbracheflächen mit einem Betrag von 1 228,8 Millionen Schilling verrechnet. Diese Maßnahme wird im Ausmaß von 87,500 Millionen Schilling durch die Abfuhr von zweckgebundenen Mitteln des Getreidewirtschaftsfonds aus der Düngemittelabgabe an den Bund (VA-Ansatz 2/60440) finanziert.

Tiere und tierische Produkte**Voranschlagsansätze 1/60456, 1/60458, 1/60466 und 2/60460**

Diese Maßnahmen wurden bis einschließlich 1988 bei den VA-Ansätzen 1/62206, 1/62208, 1/62266, 1/62276 bzw. 2/62220 und 2/62230 veranschlagt.

Gemäß dem Viehwirtschaftsgesetz 1976, wiederverlautbart mit BGBl. Nr. 621/1983, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 332/1988 wurde mit Wirkung vom 1. Juli 1976 beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft die „Vieh- und Fleischkommission“ eingerichtet, in deren Aufgabenbereich der Schutz der inländischen Viehwirtschaft, die Stabilisierung der Preise für Schlachttiere und tierische Produkte sowie die Gewährleistung der qualitätsmäßig entsprechenden Versorgung fällt. Durch die Vieh- und Fleischkommission werden jährlich Einlagerungsaktionen durchgeführt und durch den Bund gefördert. Darüber hinaus stellt der Bund Förderungsmittel für die Durchführung von Absatz- und Verwertungsmaßnahmen im Vieh- und Fleischbereich und für die Weiterführung einer Werbekampagne zur Hebung des Rindfleischabsatzes bereit.

Insgesamt sind für diese Zwecke bei den Voranschlagsansätzen 1/60456 1 408,9 Millionen Schilling, 1/60458 10 Millionen Schilling sowie beim Voranschlagsansatz 1/60466 156 Millionen Schilling aus zweckgebundenen Im- und Exportausgleichen gemäß §§ 10 und 11 Viehwirtschaftsgesetz 1967 sowie Importausgleichen bei der Einfuhr von Erzeugnissen der Geflügelwirtschaft gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 135/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 579/1987, vorgesehen.

Milch und Milchprodukte

Zur Verwertung der jeweils anfallenden Milchüberschüsse werden jährlich Maßnahmen zur Förderung des Absatzes von Milch und Milchprodukten im Inland und im Export durchgeführt.

Voranschlagsansatz 1/60476 Milch und Milchprodukte, Förderungen

Diese Maßnahmen wurden bis einschließlich 1988 unter dem VA-Ansatz 1/62136 sowie bei einer VA-Post des VA-Ansatzes 1/60346 veranschlagt.

Inlandsmaßnahmen sowie Exportförderungen werden nach den Bestimmungen des Unterabschnittes D des MOG 1985, in der Fassung BGBl. Nr. 330/1988 finanziert. Demnach obliegt dem Bund die Finanzierung im Umfang jenes Teiles des gesamten Finanzierungserfordernisses, der verhältnismäßig jener Milchmenge entspricht, die bis zu 16 vH den Inlandsabsatz übersteigt. Dafür wird ein Betrag von 1 968,1 Millionen Schilling im Jahr 1989 bereitgestellt.

Außerordentlicher Bundeszuschuß

Zur Entlastung der Finanzierungsanteile der Produzenten von Fehlbeträgen leistet der Bund bis 1990 jährliche Zuschüsse bei der Milchverwertung von 140 Millionen Schilling unter der Bedingung, daß keine neuen Fehlbeträge entstehen dürfen.

MilchliefERVERZICHTSPRÄMIE

Diese Maßnahme wurde bis einschließlich 1988 unter dem VA-Ansatz 1/60346 veranschlagt.

Aufgrund des Artikels III der MOG-Novelle 1985, BGBl. Nr. 291 und des Artikels VI der MOG-Novelle 1986, BGBl. Nr. 183 ist an durch MilchliefERVERZICHT gebundene Betriebe eine Prämie für die Aufgabe ihrer Milchlieferung und für den gleichzeitig damit verbundenen Verzicht auf ihre Einzelrichtmenge in der gesetzlich vorgesehenen Höhe zu überweisen. Durch die MilchliefERVERZICHTSPRÄMIENAKTION soll eine entsprechende Entlastung hinsichtlich des Finanzierungsbedarfes für die Überschußverwertung von Milchprodukten erreicht werden. Insgesamt sind hierfür im BVA 1989 226 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/60486 Milch und Milchprodukte, Förderungen (zweckgeb. Geb.)

Diese Maßnahmen wurden bis einschließlich 1988 unter den VA-Ansätzen 1/62116 und 1/62166 veranschlagt.

Ein Teil der Inlandsmaßnahmen wird aus Mitteln des Bundes gemäß § 71 MOG finanziert. Dafür sind unter diesem Voranschlagsansatz 7,8 Millionen Schilling veranschlagt.

Weitere Exportförderungen werden im Umfang jenes Teiles der gesamten Finanzierungserfordernisse gewährt, der verhältnismäßig jener Milchmenge entspricht, die bis zu 16 vH den Inlandsabsatz übersteigt.

Dafür werden aus zweckgebundenen Mitteln gemäß §§ 11 bzw. 20 und 23 MOG insgesamt 190,5 Millionen Schilling (VA-Ansatz 2/60480) bereitgestellt.

Voranschlagsansatz 1/60496 Milch und Milchprodukte, Maßnahmen aus zweckgeb. Einnahmen gemäß § 85 MOG

Diese Maßnahmen wurde bis einschließlich 1988 unter dem VA-Ansatz 1/62126 veranschlagt.

Die über den Bundesanteil hinausgehenden Finanzerfordernisse sind durch einen allgemeinen und zusätzlichen Absatzförderungsbeitrag der Milchproduzenten zu bedecken, der als ausschließliche Bundesabgabe zweckgebunden eingehoben und beim Kapitel 52, Voranschlagsansatz 2/52420, als Einnahme verrechnet wird. Die korrespondierenden Ausgaben sind in Höhe von 345,2 Millionen Schilling beim Voranschlagsansatz 1/60496 veranschlagt.

Titel 605 Lehr- und Versuchsanstalten**Gesetzliche Grundlagen**

Land- und forstwirtschaftliches Bundesschulgesetz, BGBl. Nr. 175/1966, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 386/1988;

Land- und forstwirtschaftliches Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 318/1975;

Bundesgesetz über die landwirtschaftlichen Bundesanstalten, BGBl. Nr. 230/1982;

Saatgutgesetz, BGBl. Nr. 236/1937, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 230/1982;

Weingesetz, BGBl. Nr. 444/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1988;

Kapitel 60 — Titel 605

243

Düngemittelgesetz, BGBl. Nr. 488/1985;

Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 576/1987.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	700,1	569,1	1 269,2	508,5
1988	723,1	565,5	1 288,6	495,9
1989	748,8	581,8	1 330,6	479,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Ab dem Jahr 1989 sind unter diesem Titel auch die bisher unter dem Titel 604 veranschlagten Versuchsanstalten sowie die bisher unter dem Titel 606 veranschlagten land- und forstwirtschaftlichen Internate (mit Ausnahme der Internate der forstlichen Ausbildungsstätten) veranschlagt.

Die erhöhten Sachausgaben sind zum Teil durch die auf Grund des Weingesetzes 1985 erforderliche Erteilung der staatlichen Prüfnummer und die dadurch vermehrten Aufwendungen bei den Bundesanstalten für pflanzliche Produktion sowie bei der Höheren Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau bedingt.

Gebärung 1989**Paragraph 6050 Landwirtschaftliche Bundeslehranstalten****Aufgaben**

Zur Ausbildung des landwirtschaftlichen Nachwuchses bestehen in Österreich nachstehend angeführte, dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft unterstehende höhere Lehranstalten sowie das Bundesseminar für das landwirtschaftliche Bildungswesen.

Organisation

In Wien:

Die Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau.

In Niederösterreich:

Die Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt „Francisco-Josephinum“ in Weinzierl, die Höhere Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg mit dem Institut für Bienenkunde sowie die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Hauswirtschaft in Sitzenberg mit Wirtschaftsbetrieb.

In Oberösterreich:

Die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Hauswirtschaft mit Wirtschaftsbetrieb in Elmberg bei Linz und die Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt in St. Florian.

In Salzburg:

Die Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Ursprung-Elixhausen mit Wirtschaftsbetrieb.

In Steiermark:

Die Höhere Bundeslehranstalt für alpenländische Landwirtschaft in Raumberg-Trautenfels mit Wirtschaftsbetrieb.

In Kärnten:

Die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Hauswirtschaft in Pitzelstätten mit Wirtschaftsbetrieb.

In Tirol:

Die Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Hauswirtschaft in Kematen mit Wirtschaftsbetrieb.

Paragraph 6051 Bundesanstalten für pflanzliche Produktion**Aufgaben**

Die Bundesanstalten für pflanzliche Produktion haben die Aufgabe, durch Versuche auf allen einschlägigen Gebieten der Landwirtschaft, wie Pflanzen- und Futterbau, Düngung, Bodenwirtschaft, Pflanzenschutz, landwirtschaftliches Betriebswesen, Verfahrens- und Arbeitstechnik in der Landwirtschaft, Tierzucht usw., wissenschaftliche Erkenntnisse zu erproben, auszuwerten und der praktischen Landwirtschaft nutzbar zu machen.

Organisation

Diesen Zwecken dienen laut BGBl. Nr. 230/1982 folgende Anstalten:

a) Bundesanstalt für alpenländische Landwirtschaft (Gumpenstein)

Ihr Wirkungsbereich umfaßt die Gebiete Pflanzen- und Tierproduktion, Technik und Bauwesen, Ökologie sowie Arbeits- und Betriebswirtschaft in der Landwirtschaft im alpenländischen Raum.

Innerhalb der Tierproduktion werden Haltungs-, Fütterungs-, Kreuzungs- und Aufzuchtversuche mit Milchkühen, Mastrindern, Kälbern, Schweinen und Schafen sowie Damtieren durchgeführt. Im Bereich der Pflanzenproduktion stehen praktische Arbeiten zur richtigen Grünlandbewirtschaftung im Vordergrund.

b) Bundesanstalt für Bodenwirtschaft (Wien)

Ihr Wirkungsbereich umfaßt das Gebiet Bodenkunde mit besonderer Betonung der landwirtschaftlichen Belange.

Insbesondere zählen dazu boden- und standortkundliche Forschungen sowie auch die Erfassung und Kartierung der Bodenverhältnisse, der landwirtschaftlichen Nutzflächen Österreichs und die Darstellung der daraus resultierenden Ergebnisse in Bodenkarten.

c) Bundesanstalt für Pflanzenbau (Wien)

Ihr Wirkungsbereich umfaßt die Gebiete landwirtschaftliche Pflanzenproduktion und Verwertung pflanzlicher Erzeugnisse unter besonderer Berücksichtigung des Sorten- und Saatgutwesens.

Dazu zählen insbesondere Forschungen auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Pflanzenproduktion und Pflanzenzüchtung, die Ermittlung von geeigneten Standorten und Produktionsverfahren für Pflanzenarten und -sorten, die Untersuchung, Kontrolle und Beobachtung von Saatgut und Sämereien als auch die Erhaltung und Entwicklung des für die landwirtschaftliche Pflanzenzüchtung wichtigen Genmaterials. Es werden auch Methoden zur Untersuchung von Sämereien erarbeitet und Richtlinien für die Registrierung von Samenmischungen erstellt.

d) Bundesanstalt für Pflanzenschutz (Wien)

Ihr Wirkungsbereich umfaßt das Gebiet des landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Pflanzenschutzes.

Dazu zählen insbesondere Forschungen im Pflanzenschutz einschließlich Ökologie, Ökosystem, Ökonomie und Integration von Pflanzenschutzmaßnahmen sowie aller damit im Zusammenhang stehenden Resistenz- und Toleranzprobleme. Krankheitserreger werden identifiziert, beschrieben und kontrolliert, ebenso Schädlinge und Unkräuter, wie auch die Biologie und eventuelle Antagonisten erforscht werden.

Pflanzenschutzmittel werden geprüft und auch Pflanzenschutzverfahren und Anwendungstechniken getestet. Im Hinblick auf eine Verminderung des Pflanzenschutzmittelaufwandes werden neue Techniken der Befallskontrolle überprüft, Warn- und Prognosedienste aufgebaut und biologische Bekämpfungsverfahren getestet und entwickelt.

e) Landwirtschaftlich-chemische Bundesanstalt

Der Sitz der Bundesanstalt ist Wien. In Linz sind ein Institut für Agrarbiologie und ein Institut für Analytik eingerichtet.

Ihr Wirkungsbereich umfaßt die Gebiete landwirtschaftliche Pflanzen- und Tierproduktion, land- und ernährungswirtschaftliche Erzeugnisse und Ökologie unter besonderer Berücksichtigung chemischer, physikalischer und biologischer Vorgänge.

Insbesondere zählt dazu die Forschung auf dem Gebiet der Tier- und Pflanzenproduktion einschließlich der Zusammenhänge zwischen Boden, Pflanze und Tier, insbesondere zwischen Ernährung und Gesundheit der Pflanzen und Tiere, die Forschung über Rückstände, Wirkstoffe, Schadstoffe, Ökosystemforschung im landwirtschaftlichen Bereich, sowie die Forschung über die Nutzung von Siedlungs- und Industrieabfällen.

Paragraph 6052 Forstwirtschaftliche Bundeslehranstalten**Organisation und Aufgaben**

Bei diesem Paragraph ist der Aufwand für die Höheren Lehranstalten für Forstwirtschaft in Gainfarn bei Bad Vöslau und in Bruck/Mur (BGBl. Nr. 225/1976) sowie für die einjährige Forstfachschule in Waidhofen/Ybbs, die 1974 eingerichtet wurde (BGBl. Nr. 649/1975), veranschlagt.

Kapitel 60 — Titel 605

245

Die Höheren Lehranstalten für Forstwirtschaft vermitteln die Ausbildung für den gehobenen Forstdienst und geben die Voraussetzung für den Besuch einer Hochschule einer gleichen oder verwandten Fachrichtung.

Die Forstfachschule vermittelt die Ausbildung für Forstschutzorgane (Forstwarte), wobei besonders auch eine qualifizierte Ausbildung für schon bisher in der Forstwirtschaft tätige Personen eröffnet werden soll.

Paragraph 6053 Forstliche Bundesversuchsanstalt**Aufgaben**

Die Anstalt hat die Aufgabe, durch Versuche und Untersuchungen die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung für die forstwirtschaftliche Praxis auszuwerten und zu vermitteln, damit diese in ihrem Bestreben, die Leistungen der Forstwirtschaft zu steigern und zu verbessern und den Wald gegen schädigende Einwirkungen zu schützen, unterstützt wird.

Im besonderen ist der Aufwand für die nachfolgend angeführten Aufgaben veranschlagt:

Aufgabe der Forstinventur ist die Erfassung der jährlichen tatsächlichen Holznutzungen für den gesamten Wald des Bundesgebietes und die Ermittlung von Holzvorrat und Zuwachs sowie der nachhaltigen Nutzungsmöglichkeiten als Grundlage für die Forst- und Handelspolitik. Die Durchführung erfolgt als laufende Stichprobeninventur, die bereits wertvolle Ergebnisse geliefert hat. Für das Gebirgsland Österreich ist die 1975 aufgenommene Hochlagenerhebung besonders bedeutungsvoll.

Verstärkt werden Forschungsmaßnahmen auf dem Gebiet forstschädlicher Luftverunreinigungen und deren Auswirkungen getroffen. Neben der laufenden Bioindikatoruntersuchung, die den Schadstoffeintrag in das Ökosystem Wald dokumentiert, stellt in diesem Zusammenhang die 1984 begonnene österreichweite Waldzustandsinventur einen besonderen Schwerpunkt dar. Diese Stichprobenerhebung liefert Aussagen über den Gesundheitszustand des österreichischen Waldes und dessen Veränderung. Das terrestrische Erhebungsverfahren wird ab 1989 auf die Luftbildinventur umgestellt und ein flächendeckendes Waldschaden-Beobachtungsnetz aufgebaut. Aus diesem werden sämtliche relevante Messungen und Erhebungen interdisziplinär durchgeführt. Dadurch wird ein wesentlicher Beitrag zur Ursachenforschung der Waldschädigungen, zur Dokumentation der Waldschadensentwicklung und zum Umweltmonitoring allgemein geleistet. Im Zusammenhang mit dem Waldsterben sollen Maßnahmen für die Sicherung des Vermehrungsgutes der gefährdeten Baumarten getroffen werden. Im Versuchsgarten Tulln wird eine forstliche Samenbank eingerichtet. Darüber hinaus werden Erhaltungsplanungen im Ausmaß von 150 ha auf dem Gelände der Bundesversuchswirtschaft Königshof angelegt.

Die forstliche Standortskartierung erfaßt kartenmäßig die naturgegebenen Grundlagen für die anzustrebende Holzzuwachs- und Ertragssteigerung. Die Forschungs- und Versuchstätigkeit erstreckt sich ua. auch auf die Erarbeitung von Waldbaugrundlagen, auf die Forstpflanzenzüchtung und Genetik sowie im Rahmen des Forstschutzes auf die Prüfung von forstlichen Pflanzenschutzmitteln. Auf dem Gebiete der forstlichen Arbeitstechnik werden Werkzeug- und Geräteprüfungen durchgeführt. Von großer Bedeutung ist weiters die Erarbeitung betriebswirtschaftlicher Grundlagen als Instrument für Rationalisierungs- und Strukturmaßnahmen. Wichtig sind ferner Abtrags- und Lawinenforschung und andere Arbeiten für die Wildbach- und Lawinenverbauung auf dem Forschungs- und Versuchssektor.

Auf Grund des Forstgesetzes 1975, BGBl. Nr. 440, hat die Forstliche Bundesversuchsanstalt als begutachtende Stelle der Forstbehörden, insbesondere bei der Erfassung und Anerkennung von geeigneten Beständen für die generative Saatgutgewinnung und von Ausgangsbäumen für die vegetative Vermehrung, mitzuwirken sowie forstliche Klenganstalten und Samenhandlungen zu überwachen.

Allen diesen Aufgaben dient die Forstliche Bundesversuchsanstalt mit der zugeordneten Außenstelle für Subalpine Waldforschung (früher Forschungsstelle für Lawinenvorbeugung) in Innsbruck; in deren Aufgabenbereich fällt auch die Untersuchung der Ursachen des Waldrückganges im Gebirge und seine Auswirkungen.

Paragraph 6054 Bundesanstalt für Agrarwirtschaft

Ihr Wirkungsbereich umfaßt das Gebiet Agrarwirtschaft unter mikro- und makroökonomischen Gesichtspunkten.

Paragraph 6055 Bundesanstalten für Milchwirtschaft

Für die milchwirtschaftlichen Belange bestehen laut BGBl. Nr. 230/1982 folgende Anstalten:

Aufgaben und Organisation**a) Bundesanstalt für alpenländische Milchwirtschaft (Rotholz)**

Ihr Wirkungsbereich umfaßt die Gebiete Gewinnung, Be- und Verarbeitung sowie Vermarktung von Milch und Erzeugnissen aus Milch im alpenländischen Raum sowie alle diesbezüglichen praxisbezogenen Versuche.

b) Bundesanstalt für Milchwirtschaft (Wolfpassing)

Ihr Wirkungsbereich umfaßt die Gebiete Gewinnung, Be- und Verarbeitung sowie Vermarktung von Milch, Erzeugnissen aus Milch und anderen Erzeugnissen, die unter Verwendung von Milchinhaltsstoffen hergestellt werden, sowie alle diesbezüglichen praxisbezogenen Versuche.

Den Anstalten obliegt die Ausbildung milchwirtschaftlichen Personals, die Veranstaltung von Kursen, die Durchführung bakteriologischer, chemischer, maschinentechnischer Untersuchungen und einschlägiger Forschungsarbeiten sowie die Herstellung und der Vertrieb von einschlägigen Reinkulturen.

Paragraph 6056 Bundesanstalt für Bergbauernfragen

Ihr Wirkungsbereich umfaßt das Gebiet Probleme des Berglandes und anderer Gebiete mit ungünstiger Struktur und der in diesen Räumen lebenden Bevölkerung.

Paragraph 6057 Bundesanstalten für Tierzucht

Gemäß Bundesgesetz vom 27. April 1982, BGBl. Nr. 230/1982, bestehen folgende Tierzuchtanstalten:

Organisation und Aufgaben**1) Bundesanstalt für Fischereiwirtschaft.**

Ihr Wirkungsbereich umfaßt die Fischzucht und Fischereiwirtschaft einschließlich aller nutzbaren Wassertiere.

2) Bundesanstalt für Fortpflanzung und Besamung von Haustieren.

Ihr Wirkungsbereich umfaßt die Gebiete Andrologie, Gynäkologie, Genetik, Biologie, Pathologie sowie Hygiene und Technologie der Fortpflanzung der Haustiere.

3) Bundesanstalt für Pferdezucht.

Ihr Wirkungsbereich umfaßt die Gebiete Pferdezucht und Pferdehaltung sowie das Reit- und Fahrwesen.

Paragraph 6058 Wasserwirtschaftliche Bundesanstalten

Unter diesem Paragraph sind die Ausgaben für die wasserwirtschaftlichen Bundesanstalten veranschlagt, deren Rechtsgrundlage das Bundesgesetz vom 28. November 1974, BGBl. Nr. 786, bildet.

Organisation und Aufgaben**1. Bundesanstalt für Wassergüte in Wien.**

Der Aufgabenbereich umfaßt die Fachfunktionen der Verwaltung am Sektor Wasserhaushalt und Gewässergüte im Rahmen der nationalen und internationalen Interessen und Aufgaben des Bundes bzw. mit übergeordneter Bedeutung in sachlicher, örtlicher oder budgetärer Hinsicht.

Dies umschließt insbesondere die Erforschung, Erfassung und Evidenthaltung der Faktoren des Wasserhaushaltes und der Gewässergüte, die Mitwirkung an wasserwirtschaftlichen Planungen und Untersuchungen am Wasserwirtschaftskataster (BGBl. Nr. 34/1968), Gewässergütefragen und eine zentrale Fachdokumentation sowie die Mitarbeit in einschlägigen internationalen Gremien und Organisationen.

2. Bundesanstalt für Kulturtechnik und Bodenwasserhaushalt in Petzenkirchen.

Im Rahmen der Interessen und Aufgaben des Bundes an einer optimalen Gestaltung des Bundesgebietes vom Standpunkt der Landeskultur und des Wasserhaushaltes umfaßt der Aufgabenbereich der Bundesanstalt die Forschung und Untersuchung sowie den nationalen und internationalen Erfahrungsaustausch auf den Gebieten des Bodenwasserhaushaltes und der Kulturtechnik.

Kapitel 60 — Titel 607

247

3. Bundesanstalt für Wasserbauversuche und hydrometrische Prüfung in Wien.

Die Aufgabe der Bundesanstalt ist die modelltechnische Simulierung von beabsichtigten Veränderungen und Eingriffen in den natürlichen Ablauf der Gewässer, insbesondere im Rahmen von Hochwasserschutzbauten, Kraftwerksanlagen, Verkehrsanlagen und sonstigen Bauten an Gewässern mit dem Ziele der rechtzeitigen und umfassenden Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Aspekte des Wasserhaushaltes, insbesondere im Rahmen einer entsprechenden Effizienz der staatlichen Wasserbautenförderung und der Wahrnehmung der internationalen Rechte und Verpflichtungen Österreichs gegenüber seinen Nachbarstaaten. Ferner obliegt der Anstalt die Prüfung und Eichung der hydrometrischen Meßgeräte.

Paragraph 6059 Bundesanstalt für Landtechnik

Ihr Wirkungsbereich umfaßt das Gebiet Landtechnik, das sind alle maschinen-, verfahrens-, energie- und arbeitstechnischen Angelegenheiten in der Landwirtschaft.

Titel 607 Sonstige Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens**Gesetzliche Grundlagen**

Grundsätze über die land- und forstwirtschaftlichen Berufsschulen, BGBl. Nr. 319 und 320/1975; Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 576/1987.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	13,9	298,4	312,3	5,8
1988	14,0	305,3	319,3	6,1
1989	14,8	311,6	326,4	4,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Ab dem Jahr 1989 werden unter dem Paragraph 6072 auch die bisher unter dem Paragraph 6062 veranschlagten Internate der forstlichen Ausbildungsstätten veranschlagt.

Der Mehraufwand bei den Sachausgaben 1989 gegenüber 1988 von 7,9 Millionen Schilling beruht auf einem erhöhten Bedarf für den Ersatz der Besoldungskosten der Lehrer an den land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und landwirtschaftlichen Fachschulen.

Gebärung 1989**Paragraph 6071 Land- und forstwirtschaftliche Berufs- und landwirtschaftliche Fachschulen**

Gemäß § 3 Abs. 1 Z 2 Finanzausgleichsgesetz 1989 ersetzt der Bund den Ländern von den Kosten der Besoldung (Aktivitätsbezüge) der Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen 50 vH. Der Personalaufwand der übrigen Bediensteten, die nicht Lehrer sind, sowie der übrige Sachaufwand werden zur Gänze von den Ländern getragen.

Aufgaben

Die Landwirtschaftsschulen haben die Aufgabe, die in der Landwirtschaft tätige Jugend fachlich aus- und weiterzubilden. Die Landwirtschaftsschulen gliedern sich in land- und forstwirtschaftliche Berufs- und landwirtschaftliche Fachschulen. Während die land- und forstwirtschaftlichen Berufsschulen die unmittelbar schulentlassene Jugend erfassen und ihr die für ihren land- und forstwirtschaftlichen Beruf notwendige allgemeine und grundlegende fachliche Bildung vermitteln, haben die landwirtschaftlichen Fachschulen die Aufgabe, die reifere ländliche Jugend fachlich so auszubilden, daß sie imstande ist, entweder selbst einmal einen landwirtschaftlichen Betrieb zu führen oder im landwirtschaftlichen Beruf tätig zu sein.

Paragraph 6072 Forstliche Ausbildungsstätten**Aufgaben**

Die forstlichen Ausbildungsstätten haben die Aufgabe, die in der Forstwirtschaft Tätigen durch geeignete Veranstaltungen, wie Kurse, Vorträge und Vorführungen, fachlich weiterzubilden. Sie sind ferner ermächtigt, Forstschutzorgane auszubilden.

Die Forstlichen Ausbildungsstätten haben weiters die Aufgabe, die bei der praktischen Erprobung von forstlichen Arbeitsverfahren, Geräten und Maschinen gewonnenen Erkenntnisse weiterzugeben. Im Rahmen dieser Tätigkeit übernehmen sie die Ausbildung bäuerlicher Waldbesitzer und machen sie mit den Fortschritten der modernen Forstwirtschaft vertraut.

Über diese grundsätzlichen Kursziele hinaus werden in der Forstlichen Ausbildungsstätte Ossiach auch Spezialkurse für die Bedienung, Wartung und den Einsatz von Schwermaschinen, die im Zuge der Rationalisierung und Mechanisierung der Forstwirtschaft immer mehr eingesetzt werden, sowohl für das Bedienungspersonal als auch für die Einsatzleiter abgehalten. In der Forstlichen Ausbildungsstätte Ort/Gmunden werden hingegen Spezialkurse gehalten, die als Schwerpunkt die Ausbildung des forstlichen Führungspersonals in Fragen der Rationalisierung und modernen Betriebsführung zum Ziele haben.

Weiters führen die forstlichen Ausbildungsstätten die praktische Erprobung von forstlichen Maschinen und Geräten durch.

Gemäß § 6 der Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft vom 10. Dezember 1975, BGBl. Nr. 649, bestehen Forstliche Ausbildungsstätten in Ort bei Gmunden und in Ossiach.

Titel 608 Einrichtungen für Schutzwasserbau und Lawinenverbauung

Gesetzliche Grundlagen

Gesetz betreffend Vorkehrungen zur unschädlichen Ableitung von Gebirgsgewässern, RGBl. 117/1884, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 54/1959;

Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985;

Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 396/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 607/1987.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	101,3	1 335,0	1 436,3	1 311,6
1988	102,7	1 383,3	1 486,0	1 381,4
1989	105,3	1 320,1	1 425,4	1 322,7

Unterschiede gegen Vorjahre

Die geringere Veranschlagung bei den Sachausgaben ist auf die niedrigere Dotierung der Mittel aus dem Katastrophenfonds zurückzuführen.

Gebärung 1989

Paragraph 6080 Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst

Gemäß Art. 102 des Bundes-Verfassungsgesetzes wird der Wildbach- und Lawinenverbauungsdienst unmittelbar von Bundesdienststellen versehen.

Aufgaben und Organisation

Der Forsttechnische Dienst für Wildbach- und Lawinenverbauung hat die Projekte für die Wildbach- und Lawinenverbauung, die in der zuständigen Gruppe des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft technisch und kostenmäßig überprüft werden, auszuarbeiten und nach ihrer Genehmigung auch durchzuführen. Außerdem wirkt er im Erhaltungs- und Betreuungsdienst im Sinne des § 13 Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 148/1985, in der geltenden Fassung mit.

Die Projektverfassung und Baudurchführung erfolgt durch die in den Bundesländern befindlichen Gebietsbauleitungen des Forsttechnischen Dienstes für Wildbach- und Lawinenverbauung.

Die Sektionen des Dienstzweiges verwalten die für die Durchführung der Baumaßnahmen erforderlichen Gelder, das sind die auf Grund des Wasserbautenförderungsgesetzes (BGBl. Nr. 148/1985 in der geltenden Fassung) jeweils bewilligten, beim VA-Ansatz 1/60826 veranschlagten Bundeszuschüsse, die Mittel des Katastrophenfonds bei den VA-Ansätzen 1/60226, 1/60836 und 1/60838 sowie die Landes- und Interessentenbeiträge.

Seit 1974 sind auch Mittel für die planmäßige Anlegung eines Wildbach- und Lawinenkatasters mit Gefahrenzonenplänen veranschlagt. Dies ist eine notwendige Grundlage für raumordnende Maßnahmen

Kapitel 60 — Titel 608

249

und behördliche Verfahren (insbesondere bei Baugenehmigungen), besonders dringlich wegen der zunehmenden Bautätigkeit in den Tälern und der Sportausübung im Alpenbereich für die unumgänglichen Maßnahmen des passiven Hochwasser- und Lawinenschutzes.

Paragraph 6081 Öffentliches Wassergut

Gemäß Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft vom 17. Juli 1969, BGBl. Nr. 280/1969 ist die Verwaltung des öffentlichen Wassergutes nach Art. 104 Abs. 2 des Bundesverfassungsgesetzes den Landeshauptmännern übertragen. Im Zusammenhang mit der Verwaltung dieses öffentlichen Wassergutes ergeben sich laufend Einnahmen und sind auch ständig Ausgaben zu begleichen. Die Einnahmen ergeben sich aus Miet- und Pachtzinsen sowie aus Nutzungen, die Ausgaben fallen für den Ankauf von Grundstücken zur ordnungsgemäßen Verwaltung des öffentlichen Wassergutes sowie die Herstellung der Grundbuchsordnung, für Vermessungen und dergleichen an.

Paragraph 6082 Wildbach- und Lawinerverbauung**Voranschlagsansatz 1/60826 Bundeszuschüsse für Wildbach- und Lawinerverbauungen**

Mit den vorgesehenen Mitteln werden Beiträge zu den Kosten der im § 9 des Wasserbautenförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 148/1985, angeführten Maßnahmen gewährt, um Kulturböden, Verkehrswege, Produktionsstätten und Siedlungen vor Wildbach- und Lawinenschäden zu schützen bzw. derartigen Schäden vorzubeugen.

Der sich in den Alpentälern so rasch ausweitende Siedlungs- und Wirtschaftsraum (Fremdenverkehr!) erfordert verstärkte Anstrengungen in passiven und aktiven Schutzmaßnahmen auch gegen die akute Lawinengefährdung. Durch die Erstellung von Gefahrenzonenplänen (als Grundlage für Nutzungsbeschränkungen) einerseits und die Inangriffnahme eines „Lawinerverbauung-Sonderprogramms“ im Jahr 1973 andererseits, wurden zwei dringliche und einander ergänzende Initiativen ergriffen. Die Mitwirkung der betroffenen Gemeinden und Länder ist dabei für einen vollen Erfolg unerlässlich.

Weiters sind hier Bundesmittel für Beiträge zu Konkurrenzleistungen gemäß BGBl. Nr. 178/1955 veranschlagt.

Voranschlagsansatz 1/60828 Klausenkofelbach-Verwaltung (zweckgebundene Gebarung)

Der im Einzugsgebiet des Klausenkofelbaches liegende Aurewald wurde seinerzeit dem Bund zur Deckung der laufenden Instandhaltungskosten des genannten Baches übereignet. Den voraussichtlichen Kosten für diese Instandhaltung stehen gleichhohe zweckgebundene Einnahmen gegenüber.

Paragraph 6083 Wildbach- und Lawinerverbauung (Mittel des Katastrophenfonds)**Voranschlagsansatz 1/60836 Bundeszuschüsse für vorbeugende Maßnahmen (zweckgebundene Gebarung)**

Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden für vorbeugende Maßnahmen und für die Sanierung von geschädigten Wäldern sowie für Erhebungen und Projektierungen in Wäldern mit Schutzwirkung vorgesehen und werden als Bundeszuschüsse weitergegeben. Für diese Maßnahmen sind im Voranschlag 1988 638,3 Millionen Schilling und im Voranschlag 1989 609,0 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 1/60838 Projektierungskosten für Wildbach- und Lawinerverbauungen (zweckgeb. Gebarung)

Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden für die Bedeckung von Projektierungskosten für Wildbach- und Lawinerverbauungen zu verwenden.

Hiefür sind im Voranschlag 1988 und 1989 je 5,3 Millionen Schilling vorgesehen.

Paragraph 6084 Bundesflüsse

Mit den vorgesehenen Mitteln werden die Kosten für die Instandhaltung der Gewässer, die Herstellungs-, Instandhaltungs- und Betriebskosten von Schutz-, Regulierungs- und Hochwasserrückhaltemaßnahmen von Projekten, generellen Projekten, Gefahrenzonenplänen, Schutzwasserwirtschaftlichen Grundsatzkonzepten, Gutachten etc. sowie von Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Grenzgewässern und sonstigen vom Bund betreuten Gewässern nach den Bestimmungen der §§ 1, 8, 25 und 26 des Wasserbautenförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 148/1985, bestritten. Ausgenommen sind lediglich die wasserbautechnischen Angelegenheiten an der March und Thaya von der Staatsgrenze in Bernhards-

thal bis zur Mündung in die March, die entsprechend dem Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76/1986, in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten fallen.

Weiters werden hier die auf Grund der Haushaltsbestimmungen nicht mehr zu den gesetzlichen Verpflichtungen zählenden und bisher beim Voranschlagsansatz 1/60887 veranschlagten Vorhaben „Internationale Rheinregulierung“ und „Österreichisch-ungarische Grenzgewässer“ ab 1988 verrechnet.

Paragraph 6085 Bundesflüsse (Mittel des Katastrophenfonds)

Die aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten Mittel sind zweckgebunden zur Bedeckung der Kosten für die Instandhaltung der Gewässer, die Herstellungs-, Instandhaltungs- und Betriebskosten von Schutz-, Regulierungs- und Hochwasserrückhalteanlagen, von Projekten, generellen Projekten, Gefahrenzonenplänen, Schutzwasserwirtschaftlichen Grundsatzkonzepten, Gutachten etc. sowie von Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Grenzgewässern und sonstigen vom Bund betreuten Gewässern nach den Bestimmungen der §§ 1, 8, 25 und 26 des Wasserbautenförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 148/1985. Ausgenommen sind lediglich die wasserbautechnischen Angelegenheiten an der March und Thaya von der Staatsgrenze in Bernhardsthal bis zur Mündung in die March, die entsprechend dem Bundesministeriengesetz 1987, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 78/1987, in den Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten fallen. Für diese Maßnahmen sind im Voranschlag 1988 300,0 Millionen Schilling und im Voranschlag 1989 278,2 Millionen Schilling vorgesehen.

Paragraph 6086 Interessentengewässer

Aus den vorgesehenen Mitteln werden Beiträge (Bundeszuschüsse) zu den Kosten für Maßnahmen zur Verbesserung der Abflußverhältnisse, für Schutz- und Regulierungsmaßnahmen, für Projekte, generelle Projekte, Gefahrenzonenpläne, Schutzwasserwirtschaftlichen Grundsatzkonzepten, Gutachten etc. und Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Gewässern, die nicht zu den Grenzgewässern bzw. sonstigen vom Bund betreuten Gewässern gehören, nach den Bestimmungen der §§ 1, 5, 6, 25, 26 und 27 des Wasserbautenförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 148/1985, gewährt. Die Maßnahmen sind für die Sicherung von Siedlungen, Verkehrsflächen und landwirtschaftlichen Kulturlächen außerordentlich wichtig.

Paragraph 6087 Interessentengewässer (Mittel des Katastrophenfonds)

Aus den bei diesem Voranschlagsansatz aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung gestellten zweckgebundenen Mitteln werden Beiträge (Bundeszuschüsse) zu den Kosten für Maßnahmen zur Verbesserung der Abflußverhältnisse, für Schutz- und Regulierungsmaßnahmen, für Projekte, generelle Projekte, Gefahrenzonenpläne, Schutzwasserwirtschaftlichen Grundsatzkonzepten, Gutachten etc. und Vorsorge- und Ersatzmaßnahmen an Gewässern, die nicht zu den Grenzgewässern bzw. sonstigen vom Bund betreuten Gewässern gehören, nach den Bestimmungen der §§ 1, 5, 6, 25, 26 und 27 des Wasserbautenförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 148/1985, gewährt. Die Maßnahmen sind für die Sicherung von Siedlungen, Verkehrsflächen und landwirtschaftlichen Kulturlächen außerordentlich wichtig. Für diese Maßnahmen sind im Voranschlag 1988 338,3 Millionen Schilling und im Voranschlag 1989 330,8 Millionen Schilling vorgesehen.

Voranschlagsansatz 2/60890 Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Einnahmen)

Diese Mittel werden aus dem beim Kapitel 53 mitveranschlagten Katastrophenfonds zur Verfügung gestellt und bei den Voranschlagsansätzen 1/60808, 1/60226, 1/60836, 1/60838, 1/60858 und 1/60876 verausgabt.

Titel 609 Sonstige nachgeordnete Dienststellen

Gesetzliche Grundlagen

Pflanzeneinfuhrverordnung, BGBl. Nr. 236/1954, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 26/1982;

Weingesetz, BGBl. Nr. 444/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 298/1988

Bundesgesetz über Maßnahmen zum Schutze des Waldes anlässlich der Ein- und Durchfuhr von Holz, BGBl. Nr. 115/1962;

Kapitel 60 — Titel 609

251

Forstgesetz, BGBl. Nr. 440/1975, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 576/1987.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	217,6	153,7	371,3	271,4
1988	233,8	162,2	396,0	291,2
1989	247,1	156,9	404,0	283,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Steigerung bei den Personalausgaben ergibt sich aus der Veranschlagung der Bundeskellereiinspektion unter dem Paragraph 6091.

Die geringere Veranschlagung bei den Sachausgaben beruht auf Einsparungsmaßnahmen im Zuge der Budgetkonsolidierung.

Gebärung 1989**Paragraph 6090 Grenzbeschaudienst**

Bei diesem Paragraph erfolgt die Verrechnung der Ausgaben, die bei phytosanitären Kontrollen von Pflanzen und Pflanzenteilen auf Grund der Pflanzeneinfuhrverordnung, BGBl. Nr. 236/1954 (in der geltenden Fassung), bzw. von Holz auf Grund des Bundesgesetzes über Maßnahmen zum Schutze des Waldes anlässlich der Ein- und Durchfuhr von Holz, BGBl. Nr. 115/1962, entstehen. Weiters sind hier Mittel für die fachliche Kontrolle von eingeführtem Pflanzgut gemäß Forstgesetz 1975, BGBl. Nr. 440, veranschlagt. Diese sind durch die beim Einnahmenansatz 2/60904 veranschlagten Kontrollgebühren gedeckt.

Paragraph 6091 Bundeskellereiinspektion

Aufgrund des § 37 Abs. 1 der Weingesetz-Novelle 1988, BGBl. Nr. 298/1988 ist die Bundeskellereiinspektion als eigene, dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft unterstellte Behörde einzurichten. Unter diesem Paragraph erfolgt die Verrechnung des Verwaltungsaufwandes der Bundeskellereiinspektion.

Der Bundeskellereiinspektion obliegt die Überwachung des Verkehrs mit Wein und Obstwein, für die Dauer ihrer kelleremäßigen Bearbeitung auch aller sonstigen aus dem Saft frischer Weintrauben gewonnenen Produkte, sowie der Weinbehandlungsmittel.

Sie ist durch ihre Organe berechtigt, überall wo obgenannte Produkte erzeugt, gelagert oder in Verkehr gebracht werden, Nachschau zu halten. Erforderlichenfalls sind die Produkte einschließlich der Behälter zu beschlagnahmen oder in besonderen Fällen die Betriebsräume oder Transportmittel zu versiegeln.

Darüber hinaus wirkt die Bundeskellereiinspektion auf Grund der fundierten Ausbildung und Erfahrung ihrer Organe beratend und helfend und leistet damit bundesweit einen wesentlichen Beitrag für die Weinwirtschaft.

Paragraph 6093 Bundesgärten**Aufgaben und Organisation**

Zu den Bundesgärten zählen: in Wien die Parkanlagen der Schlösser Schönbrunn, Belvedere, Augarten und Hetzendorf, weiters der Burggarten, der Volksgarten und die kleinen Bundesgärten; in Innsbruck der Hofgarten und der Schloßpark in Ambras. Der Bundesgartenverwaltung obliegen nachstehende Aufgaben:

1. Pflege und gärtnerische Ausgestaltung der historischen bundeseigenen Parkanlagen (Schönbrunn mit Hetzendorf, Belvedere mit Alpengarten, Burggarten, Volksgarten, Augarten, Hofgarten Innsbruck und Schloßpark Ambras).
2. Erhaltung und Ausbau der botanisch äußerst wertvollen Pflanzensammlungen.
3. Laufende Durchführung von Pflanzenschauen, um der Öffentlichkeit das Material der Sammlungen zugänglich zu machen.
4. Ausführung von Dekorationen bei Staatsbesuchen, Empfängen, Kongressen, sonstigen offiziellen Veranstaltungen u. dgl.
5. Produktion des für die vorangeführten Aufgaben erforderlichen Pflanzen- und Schnittmaterials.
6. Durchführung von arbeitstechnischen und arbeitswirtschaftlichen Versuchen auf dem Gebiete des Gartenbaues.

Darüber hinaus hat die Bundesgartenverwaltung im Raum von Wien über 100 Außengärten bei bundeseigenen Gebäuden, wie Schulen und Amtsgebäuden, gärtnerisch zu betreuen.

Der Bundesgarten Schönbrunn dient überdies der Höheren Bundeslehr- und Versuchsanstalt für Gartenbau als Lehr- und Demonstrationsbetrieb.

Paragraph 6094 Bundesgestüt Piber — Spanische Reitschule

Aufgaben

Die Spanische Reitschule ist die weltbekannte einzigartige Pflegestätte der klassischen Reitkunst, der Hohen Schule. Ihr Aufgabenbereich erstreckt sich auf die Ausbildung, Vorführungen, Morgenarbeit und Durchführung von Auslandsgastspielen.

In Piber, dem einzigen österreichischen Staatsgestüt, sind das Lippizanergestüt sowie die hierfür entsprechenden Aufzuchtseinrichtungen untergebracht. Das Lipizzanergestüt versorgt die Spanische Reitschule mit Schulhengsten. Zur Erfüllung der Aufgaben ist dem Bundesgestüt Piber ein Landwirtschaftsbetrieb angeschlossen.

Paragraph 6095 Landwirtschaftliche Bundesversuchswirtschaften

Aufgaben und Organisation

Die Bundesversuchswirtschaften Wieselburg an der Erlauf, Fuchsenbigl im Marchfeld, Königshof und Fohlenhof haben neben ihren eigenen Betriebsaufgaben die Bestimmung, in Zusammenarbeit mit den Bundesanstalten für Pflanzenbau, für Pflanzenschutz sowie der Landwirtschaftlich-chemischen Bundesanstalt in Wien, Großversuche auf allen Gebieten der Landwirtschaft durchzuführen und die Anwendbarkeit der wissenschaftlichen Ergebnisse für die landwirtschaftliche Praxis zu erproben.

Sie haben weiters durch Zurverfügungstellung von Feldparzellen den genannten Anstalten die Durchführung von Parzellenversuchen sowie die im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen notwendigen Prüfungen von Saatgut, Pflanzenschutzmitteln usw. zu ermöglichen. Ebenso müssen die Felder und Höfe der vier Betriebe der Bundesanstalt für Landtechnik zur Prüfung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten zur Verfügung stehen.

Auf allen vier Bundesversuchswirtschaften werden wichtige Versuchs- und Forschungsarbeiten auf dem Gebiete der Tierzucht und Tierproduktion unter zentraler Leitung durchgeführt.

Die Bundesversuchswirtschaften Königshof und Fohlenhof stehen darüber hinaus dem Bundesheer zum Teil als Übungsplätze zur Verfügung, so daß diese Betriebe in einer sehr zweckmäßigen Weise wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und militärischen Interessen des Bundes gleichzeitig dienen.

Paragraph 6096 Forstwirtschaftliche Bundeslehr- und Versuchsforste

Aufgaben und Organisation

Bei diesem Paragraph sind die Ausgaben für die Bundeslehr- und Versuchsforste Merkenstein, Ulmerfeld, Lahnhuben und Kollerhuben veranschlagt.

Weiters sind bei diesem Voranschlagsansatz die Ausgaben für den Lehr- und Versuchsforst Bruck an der Mur sowie für die Lehr- und Versuchsforste Ort und Ossiach vorgesehen.

Der Bundeslehr- und Versuchsforst Merkenstein dient der Höheren Lehranstalt für Forstwirtschaft (Försterschule) Gainfarn als Lehrforst, während das Forstgut Ulmerfeld Lehrforst der Forstfachschule Waidhofen an der Ybbs, das Forstgut Lahnhuben und der Lehr- und Versuchsforst Bruck an der Mur Lehrforst der Höheren Lehranstalt für Forstwirtschaft Bruck an der Mur ist.

Der Lehrforst Ort dient der Forstlichen Ausbildungsstätte Ort und das Forstgut Kollerhuben sowie der Lehrforst Ossiach der Forstlichen Ausbildungsstätte Ossiach zur praktischen Ausbildung im Wald.

Außerdem werden in den oben angeführten Lehrforsten von den genannten Dienststellen sowie von der Forstlichen Bundesversuchsanstalt Versuchstätigkeiten durchgeführt.

Paragraph 6099 Bauhöfe

Aufgaben

Bei der Wildbach- und Lawinenverbauung werden bundeseigene Maschinen und Kraftfahrzeuge verwendet, die vornehmlich in bundeseigenen Bauhöfen untergebracht sind. Die Kosten für die Anschaffung von Baumaschinen, Großgeräten und Kraftfahrzeugen der Betriebe und die Instandhaltung derselben sowie der Aufwand für die Errichtung und Instandhaltung der Bauhöfe sind bei dem gegenständlichen Voranschlagsansatz veranschlagt.

Kapitel 63 — Titel 630

253

Kapitel 63 Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 78/1987, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt C, Z 1—20.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	506,0	2 721,7	3 227,7	919,4
1988	509,0	2 516,7	3 025,7	853,2
1989	505,0	2 555,3	3 060,3	651,9

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 630 Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten**Aufgaben**

Dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten obliegen die obersten Verwaltungsgeschäfte auf folgenden Gebieten:

Angelegenheiten des Gewerbes und der Industrie, des Bergwesens, der Wirtschafts- und Strukturpolitik, der Preisregelung, Preisüberwachung und Preistreiberei, des Wettbewerbs, des Patentwesens, des Schutzes von Mustern, Marken und anderen Warenbezeichnungen, des Fremdenverkehrs, des Energiewesens, der Handels- und Wirtschaftspolitik gegenüber dem Ausland, der Durchführung des EFTA-Übereinkommens, der EG-Übereinkommen und künftiger Integrationsübereinkommen, der wirtschaftlichen Landesverteidigung, der Verwaltung aller Bauten und Liegenschaften des Bundes einschließlich des staatlichen Hochbaues, des Straßenbaues, des Wasserbaues hinsichtlich der schiffbaren Flüsse Donau, March und der Thaya von der Staatsgrenze in Bernhardsthal bis zur Mündung in die March, des Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesens, der wirtschaftlich-technischen Forschung, der Normalisierung und Typisierung elektrischer Anlagen und Einrichtungen, der Vermarktung und Vermessung der Staatsgrenzen, des Maschinenwesens einschließlich des Dampfkesselwesens, des Ingenieur- und Ziviltchnikerwesens sowie der Unternehmungen, die durch Bundesgesetz mit dem Bau und der Erhaltung von Bundesstraßen betraut sind.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	385,4	111,0	496,4	58,3
1988	389,2	118,4	507,6	51,3
1989	386,0	127,2	513,2	57,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Das Mindererfordernis bei den Personalausgaben ergibt sich durch Einsparungen bei der Nachbesetzung von freierwerdenden Planstellen.

Die Erhöhung der Sachausgaben im Jahre 1989 ist im wesentlichen auf die Erhöhung des Beitrages an die EFTA und auf die Vorsorge für die Erstellung des Berghöfe-Katasters zurückzuführen.

Die Erhöhung der Einnahmen ergibt sich aus Mehreinnahmen im Rahmen der Grundstücksdatenbank.

Ausgaben 1989**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Neben Familien- und Geburtenbeihilfen sind hier hauptsächlich die Beiträge an die EFTA und das GATT, sowie an sonstige Institutionen im Ausland veranschlagt.

Titel 631 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)**Aufgaben**

Die Förderungen erfolgen in:

- Angelegenheiten des Fremdenverkehrs;
- Angelegenheiten des Energiewesens und der Elektrizitätswirtschaft;
- Angelegenheiten des Gewerbes und der Industrie, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich anderer Bundesministerien fallen;
- Angelegenheiten des Bergwesens (Bergbau und Grundstoffförderung)
- Angelegenheiten der Stärke- und Zuckerförderung.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1987	2 546,6	72,3
1988	2 334,9	98,6
1989	2 365,6	91,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Erhöhungen ergeben sich beim Verein „Österreichische Fremdenverkehrswerbung“, bei der Stärkeförderung und bei der Bergbauförderung. Die übrigen Förderungsaktionen wurden mit verminderten Beträgen veranschlagt.

Ausgaben 1989**Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)****Aktion nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969, BGBl. Nr. 453/1969, in der Fassung BGBl. Nr. 635/1982**

In dieser Aktion werden Kredite zur Finanzierung von Investitionen, die der Verbesserung der Struktur der Fremdenverkehrsbetriebe und der kleinen und mittleren Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft dienen, durch Gewährung von Kreditkostenzuschüssen und Haftungskostenzuschüssen gefördert.

Neben der Gewährung von Kreditkostenzuschüssen können bestehende Unternehmungen eine verstärkte Förderung für die Durchführung von Investitionen mit wesentlicher struktureller Relevanz (zB für den Export oder die Importsubstitution, zur Energieeinsparung, für den Umweltschutz) durch Gewährung einer Prämie erhalten.

Die Neugründung von Gewerbebetrieben wird dann gefördert, wenn diese Investitionen tätigen, die von besonderer strukturpolitischer Bedeutung sind. In diesen Fällen wird zusätzlich zur Gewährung eines Kreditkostenzuschusses eine Prämie, eine Ausfallsbürgschaft und ein Haftungskostenzuschuß gewährt.

Ferner sollen mit diesen Mitteln auch juristische Personen gefördert werden, zu deren durch Bundesgesetz festgelegten Aufgabenbereich die Förderung von Unternehmungen gemäß § 1 Abs. 3 dieses Gesetzes zählt, wenn und insoweit diese juristischen Personen Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmungen durchführen.

Stärkeförderung

Die Förderung wird insbesondere den Produzenten des Waldviertels zugutekommen, aber auch der Österreichischen Agrarwirtschaft im allgemeinen dienen, die ihre Produkte bei der gegebenen Marktsituation nicht mehr in einem ihre Existenz erhaltenden Ausmaß absetzen kann. Nicht nur die geographische Lage und die klimatischen Gegebenheiten des erwähnten Kartoffelanbaugebietes bedingen derartige Förderungsmaßnahmen, sondern auch die im gesamteuropäischen Markt sich verändernde Situation für die Verarbeitung landwirtschaftlicher Ausgangsprodukte.

Für den Bund ergeben sich in diesem Zusammenhang nicht nur diese wirtschaftlichen, sondern auch bevölkerungspolitische Probleme, zu deren Lösung die vorgesehenen Förderungen beitragen sollen. Die Ausschüttung der Förderung ist verwaltungstechnisch einfach im Wege der Stärkeerzeugung und des Stärkeverkaufes vorgesehen, da hiedurch der wesentlichste Teil der inländischen Kartoffel-

Kapitel 63 — Titel 631

255

ernte in der industriellen Verarbeitungsstufe erfaßt wird. Im Hinblick auf die besondere Bedeutung der Erhaltung des Bauernstandes und der Sicherung der industriellen Arbeitsplätze, wodurch vor allem in dem erwähnten grenznahen Gebiet Stárkeerzeugung und Stárkeverarbeitung erhalten werden, war diese Förderung auf Basis des Stárkeförderungsgesetzes 1969, BGBl. Nr. 154, aus allgemeinen Bundesmitteln vorzusehen.

Förderungen (D)***Elektrizitätswirtschaft***

Der für die Elektrizitätswirtschaft vorgesehene Betrag ist für Darlehen an kleinere private und kommunale Elektrizitätsversorgungsunternehmen bestimmt, damit diesen die Möglichkeit gegeben wird, ihre Anlagen für die Erzeugung bzw. Lieferung elektrischer Energie in ihrem Versorgungsbereich, für den Versorgungspflicht besteht, weiter auszubauen.

Diesen Unternehmen, die der öffentlichen Stromversorgung von begrenzten Versorgungsgebieten dienen, soll die Erfüllung der Elektrizitätswirtschaftlichen Aufgaben erleichtert bzw. sogar erst ermöglicht werden.

Gemeinsame Kreditaktion zwischen Bund, Ländern und Kammern

An Unternehmer von Kleinbetrieben der gewerblichen Wirtschaft werden im Rahmen dieser Aktion für Investitionsvorhaben, die eine Rationalisierung des Betriebes vorsehen, und für Betriebsmittel, deren Stärkung eine Verbesserung der Struktur des Betriebes zur Folge hat, niedrig verzinsliche Darlehen gewährt.

Förderungen**Fremdenverkehr und sonst. Wirtschaft einschl. Energiewesen*****Kleingewerbekreditaktion***

Im Rahmen dieser Aktion erfahren Kleingewerbebetriebe bei der Durchführung von produktivitätssteigernden und exportfördernden Investitionen eine Unterstützung, die in der Gewährung von Zinszuschüssen (auch in Form einer Einmalprämie) bzw. Übernahme von Bürgschaften besteht.

Aktion „Betriebsneugründungen und Übernahmen“

Die Förderung durch Zuschüsse und Übernahme von Bürgschaften soll die Neugründung und Übernahme von Fremdenverkehrsbetrieben und von Klein- und Mittelbetrieben der gewerblichen Wirtschaft durch junge, initiative, leistungsfähige und bisher nicht selbständig gewesene Personen erleichtern.

Gewerbestrukturverbesserungsaktion (FVSKA)

Zur Anhebung des Standards, zur Produktivitätssteigerung und zur Rationalisierung in Gastgewerbebetrieben werden Kredite durch Förderungszuschüsse und Bürgschaftsübernahmen gefördert.

Fremdenverkehrsförderungsaktion des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten

Förderungsziel ist die Erhaltung und weitere Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft durch Anhebung der Qualität und Bereicherung des Angebotes. In dieser Aktion werden besonders Investitionen gefördert, die in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen eine Weiterentwicklung des Gebietes, des Ortes oder des Betriebes erwarten lassen bzw. durch die eine vorhandene Unterkunfts- oder Verpflegungskapazität besser ausgenützt wird.

ERP-Ersatzaktion

Im Rahmen dieser Aktion werden Zinsenzuschüsse zu Investitionskrediten der Österreichischen Hotel- und Fremdenverkehrs-Treuhandges. m. b. H. für ERP-Kreditwerber gewährt.

Prämienaktion „Komfortzimmer und Sanitärräume“

Investitionen zur Verbesserung des Standards der sanitären Einrichtungen und Heizanlagen in bereits bestehenden Gastgewerbebetrieben werden durch einmalige, nicht rückzahlbare Prämien gefördert.

Prämienaktion „Jederzeit warme Küche“

Ziel der Aktion ist es, durch einmalige, nicht rückzahlbare Prämien die Investitionen in den Küchenbetrieben derart zu verbessern bzw. zu ergänzen, daß warme Speisen auch außerhalb der traditionellen Essenszeiten vermehrt angeboten werden können.

Prämienaktion „Sanitärräume auf Campingplätzen“

Diese Aktion soll bestehenden gewerblichen Campingplätzen die Investitionen zur Verbesserung des Standards der den Gästen zur Verfügung stehenden sanitären Einrichtungen erleichtern.

Energieförderungsaktion

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten fördert im Rahmen des mit 1. Jänner 1983 in Kraft getretenen Fernwärmeförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 640/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 570/1985,

- die Errichtung von Fernwärmeversorgungsanlagen,
- örtliche und regionale Energieversorgungskonzepte und Studien.

Damit soll einerseits ein wichtiger Beitrag zur Substitution sensitiver Energieträger unter Berücksichtigung des optimalen Energieeinsatzes sowie zur Verbesserung der Umweltsituation, vor allem in Ballungsgebieten, geleistet werden; andererseits wird die Koordination der leitungsgebundenen Energien im Sinne einer langfristigen, vorteilhaften Gestaltung des Verhältnisses von Fernwärme, Gas und elektrischer Energie zueinander angestrebt.

TOP-Aktion

Bei dieser Aktion werden industriell-gewerbliche Investitionsvorhaben von hoher Relevanz für die Verbesserung der österreichischen Wirtschaftsstruktur und besonders der österreichischen Leistungsbilanz durch begünstigte Kredite mit einem Gesamtvolumen von 1 000 Millionen Schilling gefördert.

Sonstige Förderungen

Aus diesen Mitteln werden auch die bereits abgeschlossenen Papierförderungsaktionen, die Zinsen-Zuschüsse an die österreichische Papierindustrie für Umweltschutz- und Strukturverbesserungsmaßnahmen vorsehen, dotiert.

Weiters wird der notwendige Ausbau und die erforderliche Erhaltung der Schutzhütten der österreichischen alpinen Vereinigungen, die beim Verband alpiner Vereine Österreichs angeschlossen sind, nach einem vom Verband alpiner Vereine Österreichs bekanntgegebenen Verteilerschlüssel durch Bereitstellung von nicht rückzahlbaren Zuschüssen gefördert.

Bergbau und Grundstoffe-Förderung

Der ausgewiesene Betrag ist für die Vergabe von Zuschüssen vor allem zur Sicherung des Bestandes von Bergbaubetrieben vorgesehen. Gesetzliche Grundlage hierfür ist das Bergbauförderungsgesetz 1979, BGBl. Nr. 137, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 636/1982.

Ferner wird ab 1983 auch die Förderung der Verarbeitung von mineralischen Roh- zu hochwertigen Grundstoffen mit einbezogen.

Die wichtigsten geförderten Bodenschätze Österreichs sind: Erdöl und Erdgas, Kohle, Magnesit und Eisenerz. Dazu kommen noch Buntmetallerze — Blei-, Zink- und Antimonerze sowie Erze für Stahlveredler —, Wolframerze, außerdem Salz, Gips, Graphit, Talk, Kaolin und verschiedene andere Minerale.

Erdöl und Erdgas werden hauptsächlich im Raum von Matzen und in den verschiedenen Erdölfeldern bei Zistersdorf und bei Kremsmünster gefördert.

Preisausgleich in der Mineralöl- und Zuckerwirtschaft

Zur Erzielung von bundeseinheitlichen Gasöl- bzw. Petroleum- und Zuckerpreisen für Letztverbraucher wird ein Transportkostenausgleich durchgeführt.

Die Gebahrung bei diesem Paragraph wird ausschließlich nach Maßgabe der zweckgebundenen Einnahmen aus dem Preisausgleich und nichtverbrauchten derartigen Einnahmen der Vorjahre abgewickelt.

Ausgaben für den Frachtkostenausgleich bei Zucker fallen nicht an, da dieser vom Evidenzbüro der Zuckerfabriken durchgeführt wird.

Kapitel 63 — Titel 632

257

Zuckerförderung

Für die Zuschüsse gemäß Zuckerförderungsgesetz 1972, BGBl. Nr. 494, sind für das Jahr 1989 keine Mittel vorgesehen, da auf Grund des derzeitigen Auslandszuckerpreises eine staatliche Förderung der heimischen Zuckerindustrie nicht notwendig erscheint.

Sonstige Förderungsmaßnahmen

Aus diesen Mitteln werden Bezugsvorschüsse sowie insbesondere Zuwendungen an den österreichischen Verband für Elektrotechnik und das österreichische Normungsinstitut bezahlt.

Aufwendungen**Verein „Österreichische Fremdenverkehrswerbung“**

Dem im Jahre 1954 gegründeten Verein „Österreichische Fremdenverkehrswerbung“ obliegt satzungsgemäß die Ausländerwerbung und seit dem Jahre 1975 auch eine Basis-Inlandswerbung für den gesamtösterreichischen Fremdenverkehr. Dieser Verein wird gemäß Syndikatsvertrag zu 60% vom Bund und zu je 20% von den Bundesländern und der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft finanziert.

Da die Österreichische Fremdenverkehrswerbung in ihrer Werbetätigkeit auch eine Vorbildfunktion für alle anderen Werbenden im österreichischen Fremdenverkehr erfüllt, muß sie stets die modernsten Werbemethoden verwenden und Standards für das werbliche Erscheinungsbild Österreichs setzen.

Eine der Hauptaufgaben der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung ist es, im Ausland ein Österreichbild zu vermitteln, das den historischen, soziologischen und sozialpsychologischen Entwicklungen inner- und außerhalb Österreichs entspricht.

Sonstige Aufwendungen

Neben Untersuchungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet des „Fremdenverkehrs“ und der „Sonstigen Wirtschaft“ ist hier vor allem für die Beiträge an die Innovationsagentur und den „Verein zur Förderung des Inlandsabsatzes österreichischer Erzeugnisse“ vorgesorgt.

Titel 632 Einrichtungen des Patentwesens**Gesetzliche Grundlagen**

Patentgesetz 1970, BGBl. Nr. 259/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 653/1987;

Markenschutzgesetz 1970, BGBl. Nr. 260/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 98/1985;

Musterschutzgesetz 1970, BGBl. Nr. 261/1970;

Patentanwaltsgesetz, BGBl. Nr. 214/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 172/1983;

Patent- und Markenverordnung, BGBl. Nr. 98/1985;

Musterverordnung, BGBl. Nr. 387/1969;

Patentverträge-Einführungsgesetz, BGBl. Nr. 52/1979, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 234/1984;

Europäisches Patentübereinkommen, BGBl. Nr. 350/1979;

Vertrag über die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens, BGBl. Nr. 348/1979.

Aufgaben**Patentangelegenheiten**

Auf nationaler Ebene ist das Österreichische Patentamt für die Erteilung, die Rücknahme, die Nichtigkeitsklärung, die Aberkennung, die Abhängigerklärung von Patenten, die Entscheidung über die Nennung als Erfinder, die Entscheidung über das Bestehen des Vorbenützerrechtes, die Entscheidung über Feststellungsanträge und Lizenzeinräumungen sowie alle Eintragungen in das Patentregister zuständig.

Dazu kommt, daß am 23. April 1979 der Patentzusammenarbeitsvertrag (Washington 1970) und am 1. Mai 1979 das Europäische Patentübereinkommen (München 1973) für Österreich in Kraft getreten

sind, woraus dem Österreichischen Patentamt zusätzliche Aufgaben erwachsen, so insbesondere die im Rahmen des europäischen Vertragswerkes zu erstattenden Recherchen für europäische Patentanmeldungen. Schließlich muß auch die Neuordnung der gesamten Dokumentation nach der internationalen Patentklassifikation fortgesetzt werden. Die Tätigkeit des Österreichischen Patentamtes erstreckt sich auch auf die Einreichung von Patentanmeldungen auf Grund des Europäischen Patentübereinkommens sowie auf die Tätigkeit als Anmeldeamt, als Bestimmungsamt, als ausgewähltes Amt sowie als internationale Recherchenbehörde und als mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragte Behörde nach dem Patentszusammenarbeitsvertrag.

Markenangelegenheiten

Die Zuständigkeit des Österreichischen Patentamtes in Markenangelegenheiten erstreckt sich auf die Anmeldung und Registrierung von Marken, die Führung des Markenregisters, die Umschreibung und Löschung von Marken sowie auf die Entgegennahme des Antrages auf internationale Registrierung einer Marke.

Musterangelegenheiten

Beim Patentamt wird ein Zentralmusterarchiv geführt, das je ein Zweitstück der bei den Kammern der gewerblichen Wirtschaft hinterlegten Muster aufzunehmen und zu verwahren hat.

Oberster Patent- und Markensenat

Der Oberste Patent- und Markensenat ist als Berufungsinstanz gegen die Entscheidungen der Nichtigkeitsabteilung des Patentamtes eingerichtet.

Referat für den gewerblichen Rechtsschutz

Das Patentamt führt auch die Agenden des Referates für den gewerblichen Rechtsschutz des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	101,8	60,6	162,4	245,1
1988	100,8	59,8	160,6	248,7
1989	101,0	58,8	159,8	248,7

Unterschiede gegen Vorjahre

Infolge rigoroser Sparmaßnahmen wurden die Sachausgaben im Zuge der Budgetkonsolidierung niedriger veranschlagt.

Ausgaben 1989

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Neben den Familien- und Geburtenbeihilfen sind hier im wesentlichen die Mitgliedsbeiträge an Institutionen im Ausland und die Funktionsgebühren gemäß Patentgesetz veranschlagt.

Titel 633 Bergbehörden

Gesetzliche Grundlagen

1. Berggesetz 1975, BGBl. Nr. 259, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 520/1982 und die hiezu ergangenen Verordnungen;
2. die Erdöl-Bergpolizeiverordnung, BGBl. Nr. 278/1937, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 12/1984 sowie der Kundmachung BGBl. Nr. 265/1961, die Verordnung zur Verhütung einer Vergeudung der Energie von Erdöl- und Erdgaslagerstätten, Verordnungs- und Amtsblatt für den Reichsgau Wien Nr. 48/1944, die Staubschädenbekämpfungsverordnung, BGBl. Nr. 185/1954, die Allgemeine Bergpolizeiverordnung, BGBl. Nr. 114/1959, zuletzt geändert durch BGBl. 12/1984, die Sprengmittelzulassungsverordnung für den Bergbau, BGBl. Nr. 215/1963, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 153/1973, die Berg-

Kapitel 63 — Titel 633

259

polizeiverordnung für die Seilfahrt, BGBl. Nr. 14/1968, die Bergpolizeiverordnung über das Grubenrettungswesen, BGBl. Nr. 21/1972, und die Elektrotechnikverordnung für den Bergbau, BGBl. Nr. 12/1984;

3. das neunte Hauptstück des Allgemeinen Berggesetzes, RGBl. Nr. 146/1854, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 460/1922;

4. Lagerstättengesetz, BGBl. Nr. 246/1947;

5. Bundesgesetz über das Grubenwehrenzeichen, BGBl. Nr. 63/1954;

6. Verordnung betreffend statistische Erhebungen über Brennstoffe, BGBl. Nr. 383/1967.

Aufgaben

Die Aufgabe der Berghauptmannschaften Wien, Salzburg, Graz, Leoben, Klagenfurt und Innsbruck besteht insbesondere darin, die bergrechtlichen Bestimmungen zu handhaben, die Einhaltung der bergpolizeilichen Vorschriften regelmäßig zu überprüfen und für den größtmöglichen Schutz und die Sicherheit der Bergarbeiter zu sorgen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	18,8	3,5	22,3	543,7
1988	19,0	3,6	22,6	454,5
1989	18,0	3,7	21,7	254,5

Unterschiede gegen Vorjahre

Das Mindererfordernis bei den Personalausgaben ergibt sich durch Einsparungen bei der Nachbesetzung freierwerdender Planstellen.

Die laufenden Einnahmen für das Jahr 1989 wurden infolge des zu erwartenden Rückganges der Eingänge an Flächen-, Feld-, Speicher- und Förderzinse, die weitgehend von den Förder- und Speichermengen an Kohlenwasserstoffen sowie von der Preisentwicklung auf dem Erdöl- und Erdgassektor abhängig sind, geringer veranschlagt.

Ausgaben 1989**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Vor allem sind hier die Familien- und Geburtenbeihilfen veranschlagt.

Aufwendungen

Bei diesem Voranschlagsansatz werden die laufenden Betriebskosten der Bergbehörden verrechnet und ist für die erforderliche Reisetätigkeit der Bediensteten vorgesorgt.

Kapitel 64 Bauten und Technik

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 78/1987, insbesondere Anlage zu § 2 Teil 2 Abschnitt C, Z 21 bis 30.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	1 575,5	23 362,0	24 937,5	3 947,8
1988	1 585,2	22 351,3	23 936,5	4 110,3
1989	1 570,0	22 232,4	23 802,4	4 288,8

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 640 Verwaltungs- und betriebsähnliche Einrichtungen

Die gesetzlichen Grundlagen und die Aufgaben werden bei den jeweiligen Dienststellen des Bundesministeriums erläutert.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	22,8	39,1	61,9	12,9
1988	25,0	40,1	65,1	13,5
1989	19,7	37,5	57,2	10,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Das Mindererfordernis bei den Personalausgaben ist auf die Einsparung von Planstellen zurückzuführen. Der Minderbedarf bei den Sachausgaben ist auf rigorose Sparmaßnahmen und die Schließung des Kurhauses Semmering zurückzuführen. Die Einnahmen sind daher ebenfalls geringer veranschlagt.

Bundesmobilienvverwaltung

Aufgaben

Nach Kriegsende 1918 wurde das k. u. k. Hofmobilien- und Materialdepot von der Republik als Bundesmobiliendepot übernommen. Die heutige Aufgabe des Bundesmobiliendepots ist eine zweifache:

1. Verwaltung, Pflege und Instandhaltung der kunsthistorisch wertvollen Möbel aus ehemals kaiserlichem Besitz;
2. Einrichtung der staatlichen Repräsentationsräume, wie beispielsweise Gesandtschaften und Ministerien sowie Beistellung von Mobilen, Tafelgeschirr, Teppiche usw. bei Staatsbesuchen und sonstigen Veranstaltungen der Bundesregierung.

Neben diesen allgemeinen Aufgaben werden auch die seinerzeitigen Schlösser: Hofburg Wien und Innsbruck, Belvedere und Schloß Schönbrunn im Interesse des Fremdenverkehrs mit Stilmöbeln ausgestattet. In den eigenen Räumen in Wien VII, Mariahilfer Straße 88 und in der Wiener Hofburg wurde eine ständige Schausammlung dem Publikum eröffnet.

Ausgaben 1989

Anlagen

Vorwiegend ist für die Anschaffung von Schauobjekten vorgesorgt.

Aufwendungen

Hier ist für den Betrieb (Heiz-, Energie- und Instandhaltungskosten) und die weitere Nachschaffung von Gläsern für Veranstaltungen im Zusammenhang mit Staatsbesuchen vorgesorgt.

Kapitel 64 — Titel 640

261

Beschußämter**Gesetzliche Grundlage**

Beschußgesetz, BGBl. Nr. 141/1951, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 23/1984.

Aufgaben

Die Beschußämter Wien und Ferlach führen die Erprobung und amtliche Kennzeichnung aller Handfeuerwaffen mit Ausnahme der Militärwaffen und die Prüfung der in Österreich erzeugten sowie der nach Österreich importierten Patronen durch.

Daneben führen beide Beschußämter auch schießtechnische Untersuchungen, Erprobungen und Entwicklungsarbeiten durch, wie z. B. die Erprobung der Schußsicherheit verschiedener Materialien (Glas, Kunststoff und Stahl). Sie betreiben auch je eine Schießstätte, die Büchsenmachern, Jägern usw. das Einschießen sowie Schußerprobungen ermöglichen.

Fallweise werden die Beschußämter auch zur Erstattung von Gutachten für Gerichte herangezogen.

Von den Bediensteten der Beschußämter werden auf Grund des Bundesgesetzes auch laufende Kontrollen bei den Waffenhändlern und Erzeugern durchgeführt, um nichterprobte oder mit ungültigen Beschußzeichen versehene Waffen aus dem Verkehr ziehen zu können.

Ausgaben 1989**Aufwendungen**

Hier sind die Kosten für den laufenden Betrieb veranschlagt.

Kurheime (betriebsähnliche Einrichtungen)**Aufgaben**

Führung der laufenden Geschäfte des Kurheimes Badeschloß Badgastein für Bundesbedienstete und deren Angehörige. Das Kurhaus Semmering wurde im Zuge von Sparmaßnahmen mit Ende 1988 geschlossen.

Ausgaben 1989**Aufwendungen**

Veranschlagung der Kosten für den Betrieb und für die Verpflegung der Heimgäste.

Bäder**Aufgaben**

Führung der laufenden Geschäfte der Bundesbäder Alte Donau, Schönbrunn und Wr. Neustadt.

Ausgaben 1989**Aufwendungen**

Veranschlagung der Betriebskosten der Bundesbäder.

Regierungsgebäude**Ausgaben 1989**

Hier wird der Aufwand für die Verwaltung des Regierungsgebäudes veranschlagt.

Ausgaben 1989**Aufwendungen**

Veranschlagung der Kosten für die Vergabe von Forschungsaufträgen und Untersuchungen, sowie für die Herausgabe von Veröffentlichungen und Veranstaltungen von Ausstellungen.

Titel 641 Förderungsmaßnahmen (Bauten und Technik)

Bei diesem Titel werden die Förderungsmaßnahmen im Rahmen des Wasserbaues, des Wohnbaues, des Technischen Versuchswesens, der Allgemeinen Bauforschung und die Sonstigen Förderungsmaßnahmen verrechnet.

Die gesetzlichen Grundlagen und die Aufgaben werden bei den einzelnen Bereichen erläutert.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen
1987	548,4	402,6
1988	746,3	426,4
1989	608,3	485,7

Unterschiede gegen Vorjahre

Die niedrigere Veranschlagung der Ausgaben ist im wesentlichen auf Einsparungen bei der Wohnbauforschung und das Auslaufen der Zahlungen für die Draubücke Villach zurückzuführen.

Mehreinnahmen ergeben sich aus der Überweisung von Katastrophenfondsmittel.

Sonstige Wohnungsfürsorge**Gesetzliche Grundlagen**

Stadterneuerungsverordnung, BGBl. Nr. 528/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 640/1986;

Wohnbauförderungs- und Mietengesetz, BGBl. Nr. 200/1929;

Wohnbauförderungsverordnung, BGBl. Nr. 81/1931;

Wohnbauförderungsverordnung, BGBl. Nr. 78/1936.

Aufgaben

Verpflichtung zur Leistung von Bundeszuschüssen für die Wohnbauförderung und Überwachung und Verrechnung von Tilgungsbeiträgen nach den Bestimmungen des 1. Abschnittes des Wohnbauförderungs- und Mietengesetzes 1929.

Ausgaben 1989**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

Veranschlagung der Zahlungen gem. Wohnbauförderungs- und Mietengesetz 1929 und für die Wohnbauanleihe 1931 und 1936.

Wohnbauforschung**Gesetzliche Grundlage**

Wohnbauförderungsgesetz 1984, BGBl. Nr. 482/1984, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 607/1987.

Aufgaben

Die Forschung auf dem Gebiet des Wohnungsbaues umfaßt insbesondere Untersuchungen, Gutachten, Architektenwettbewerbe, Versuchs-, Vergleichs- und Demonstrativbauten, durch die Verbesserungen bezüglich Wohnen und Umwelt in gesundheitlicher, sozialer, gesellschaftlicher, volkswirtschaftlicher, städteplanerischer, regional- oder ortsplanerischer sowie technischer und rechtlicher Hinsicht zu erwarten sind. Ab dem Jahr 1988 werden keine weiteren Förderungen oder Forschungsaufträge infolge Übertragung an die Länder vergeben.

Ausgaben 1989

Die veranschlagten Wohnbauforschungsmittel werden zur Abwicklung der bis 31. Dezember 1987 genehmigten Förderungsansuchen oder Forschungsaufträge verwendet.

Kapitel 64 — Titel 641

263

Wasserbau**Gesetzliche Grundlagen**

Wasserbautenförderungsgesetz, BGBl. Nr. 34/1947, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 79/1987;
Marchfeldkanalgesetz, BGBl. Nr. 507/1985;
Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 396/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1988.

Aufgaben

Auf Grund des Wasserbautenförderungsgesetzes und des Katastrophenfondsgesetzes kann der Bund Beiträge zu dem wasserbautechnischen Ausbau der Häfen an der Donau, zur Errichtung von Hochwasserschutzdämmen und zu vorbeugenden Maßnahmen zum Schutz gegen Hochwasser leisten.

Ausgaben 1989

Im Jahre 1989 sind Beiträge für den Ausbau des Hafens in Krems und für vorbeugende Maßnahmen im Raume von Linz und Wien sowie im südlichen Machland vorgesehen. Es werden außerdem die Mittel des Katastrophenfonds hauptsächlich für den Hochwasserschutz im Raum von Wien (300 Millionen Schilling) und für die Finanzierung des Marchfeldkanals verwendet.

Technisches Versuchswesen**Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 377/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 434/1982;
Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 448/1981.

Aufgaben

Gewährung von Förderungsbeiträgen für Neu-, Aus- und Umbauten, für die apparative Ausrüstung von Versuchseinrichtungen, für die Entwicklung von Prüf-, Meß- und Versuchsverfahren zur Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie für Arbeiten der angewandten Forschung und technischen Entwicklung, die nicht ausschließlich im Interesse der Produktion der gewerblichen Wirtschaft gelegen sind. Darüber hinaus kann der Einsatz der Mittel aus diesem Ansatz zur Abgeltung forschungsverwandter Tätigkeiten der Kooperativen Forschungsinstitute der gewerblichen Wirtschaft Österreichs sowie zur Förderung der Beteiligung an zwischenstaatlichen und internationalen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben und für Zwecke der Dokumentation und Information erfolgen.

Ausgaben 1989

Die veranschlagten Mittel dienen zur Sicherung und Durchführung der in den Aufgaben bezeichneten Vorhaben.

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Einnahmen wurden insbesondere wegen höherer zu erwartender Mauteinnahmen der Straßengesellschaften höher angesetzt. Die Sachausgaben wurden im Zuge der Budgetkonsolidierung niedriger angesetzt.

Allgemeine Bauforschung**Gesetzliche Grundlagen**

Forschungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 377/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 434/1982;
Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 448/1981.

Aufgaben

Die Mittel dienen zur Förderung der allgemeinen Bauforschung, der es obliegt, alle jene offenen Fragen des weiten Bereiches des Bauwesens zu behandeln, für deren Lösung eine Förderung aus Forschungsmitteln, die gesetzmäßig gebunden sind (Wohnbauforschung), nicht erfolgen kann.

Ausgaben 1989

Die Mittel werden herangezogen für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (einschließlich bauliche und gerätemäßige Ausstattung) auf dem Gebiete des Bauwesens, einschlägige Vorhaben auf den Gebieten der Raumordnung, der Normung, der Dokumentation und Information sowie Austausch und Verbreitung bautechnischer Erkenntnisse, wie zB Ausstellungen und Fachveranstaltungen.

264

Kapitel 64 — Titel 642**Sonstige Förderungsmaßnahmen****Gesetzliche Grundlage**

Marchfeldkanalgesetz, BGBl. Nr. 507/1985.

Ausgaben 1989**Förderungen**

Bei diesem Paragraph sind die Mittel des Bundes zur Deckung der Kosten, die der Errichtungsgesellschaft Marchfeldkanal in Erfüllung ihrer Aufgaben erwachsen, veranschlagt. Ebenso ist für den Beitrag des Bundes an die Betriebsgesellschaft Marchfeldkanal vorgesorgt.

Aufwendungen

Die für das Internationale Informationszentrum für Terminologie (Infoterm) vorgesehenen Mittel dienen zur anteilmäßigen Finanzierung seiner Personalausgaben.

Titel 642 Bundesstraßenverwaltung**Gesetzliche Grundlagen**

Bundesstraßengesetz, BGBl. Nr. 286/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 165/1986;

Finanzausgleichsgesetz, BGBl. Nr. 000/1988;

Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 396/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1988;

ASFINAG-Gesetz, BGBl. Nr. 591/1982, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 325/1988;

Bundesstraßen-Planungs- und Errichtungsgesellschaft für Wien, BGBl. Nr. 372/1985, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 464/1985.

Aufgaben

Aufgabe der Bundesstraßenverwaltung ist es, den auf Grund stetig zunehmender Motorisierung immer stärker werdenden Verkehrsströmen des Durchzugsverkehrs (Inland, zwischenstaatlicher Verkehr) ein sicheres und leistungsfähiges Straßennetz zur Verfügung zu stellen. Um den Anschluß an die ausländischen Verkehrswege zu gewährleisten, wird die Planung mit den Nachbarstaaten koordiniert.

Weiters obliegen dem Bundesministerium die Verwaltung der Anteilsrechte des Bundes an der Brenner Autobahn AG, der Tauern Autobahn AG, der Pyhrn Autobahn AG, der Arlberg Straßentunnel AG und der Autobahnen- und Schnellstraßen AG.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1987	15 777,4	2 827,6
1988	14 590,6	2 855,1
1989	14 315,7	2 988,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Einnahmen wurden insbesondere wegen höherer zu erwartender Mauteinnahmen der Straßengesellschaften höher angesetzt. Die Sachausgaben wurden im Zuge der Budgetkonsolidierung niedriger angesetzt.

Bundesstraßen B**Bundesstraßen S****Bundesstraßen A****Ausgaben 1989****Anlagen**

Hier werden die Ausgaben für den Neubau einschließlich des Liegenschaftserwerbes für Bundesstraßen B, S und A veranschlagt.

Kapitel 64 — Titel 642

265

Aufwendungen

Neben den Überweisungen an andere Rechtsträger für Baumaßnahmen, die für diese im Zuge des Ausbaues der Bundesstraßen erforderlich sind, wird hier für die Instandhaltungsmaßnahmen der Bundesstraßen B, S und A vorgesorgt.

Bundesstraßen B und S (gemeinsame Ausgaben)**Bundesstraßen A (sonstige Ausgaben)****Ausgaben 1989****Anlagen**

Hier werden die Ausgaben der Bundesstraßenverwaltung für die Errichtung von Gebäuden (Straßenmeistereien), für die Anschaffung von Fahrzeugen und Geräten des Erhaltungsdienstes und von Ersatzteilen hiezu verrechnet.

Aufwendungen

Neben der Anschaffung von Streumaterial, Treibstoff werden hier die Überweisungen an die Länder gem. FAG 1989 als Ersatz für deren Ausgaben für das Personal des Erhaltungsdienstes und als Pauschalabgeltung für die Kosten der Projektierung, Bauleitung und Bauführung veranschlagt. Alle diese Ausgaben werden auf Grund der organisatorischen Zusammenfassung der Bundesstraßen B und S gemeinsam verrechnet und nur die betreffenden Ausgaben für die Autobahnen getrennt ausgewiesen.

Straßenforschung

Die für diese Zwecke vorgesehenen Mittel werden im Interesse der Steigerung der Wirtschaftlichkeit im Straßenbau und der Sicherheit der Verkehrsabwicklung sowohl für die Erteilung von Forschungs- und Entwicklungsaufträgen gegen Entgelt als auch für die Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben physischer oder juristischer Personen durch Gewährung von Zuschüssen oder Darlehen sowie für Zwecke der Dokumentation und Information in diesen Bereichen verwendet.

Die Verfügung über diese Mittel obliegt dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten.

Katastrophenfonds — Vorbeugende Maßnahmen (zweckgebundene Gebarung)**Katastrophenfonds — Beseitigung von Schäden (zweckgebundene Gebarung)****Ausgaben 1989****Anlagen**

Die Mittel des Katastrophenfonds sind für vorbeugende Maßnahmen, dh. den Ausbau der Lawinenschutzbauten an Bundesstraßen B und S vorgesehen.

Aufwendungen

Einerseits sind die Mittel für die Beseitigung von Schäden an Bundesstraßen einschließlich der Ersätze gem. FAG 1989, andererseits für den Ersatz der Planungskosten für die Lawinenschutzbauten gem. FAG 1989 bestimmt.

Straßengesellschaften**Ausgaben 1989****Aufwendungen**

Einerseits werden hier die Rückübertragung der Mauteinnahmen an die Straßengesellschaften und andererseits die Zahlungen an die ASFINAG (Autobahnen- und Schnellstraßenfinanzierungsgesellschaft) zur Vermeidung einer Haftungsinanspruchnahme des Bundes bzw. die als Ersatz der Kosten für die Errichtung der betreffenden Bundesstraßen an die Gesellschaften zu leistenden Zahlungen veranschlagt.

Weiters ist für den Ersatz der Kosten der Planung und Errichtung der der WBAG (Wiener Bundesstraßen AG.) übertragenen Strecken vorgesorgt.

266

Kapitel 64 — Titel 644**Titel 644 Wasserbauverwaltung****Gesetzliche Grundlagen**

Wasserstraßendirektion-Verordnung, BGBl. Nr. 274/1985;

Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz, BGBl. Nr. 372/1927, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 367/1973;

Verträge betreffend die Grenzgewässer, BGBl. Nr. 106/1970;

Katastrophenfondsgesetz, BGBl. Nr. 396/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1988.

Aufgaben

Führung der Geschäfte des Wasserbaues an Donau, March und Thaya und der Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	182,8	100,5	283,3	89,4
1988	181,4	82,1	263,5	83,0
1989	173,5	85,1	258,6	71,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Personalausgaben wurden wegen Einsparung von Planstellen niedriger veranschlagt. Die Sachausgaben wurden infolge von notwendig gewordenen Anschaffungen von Kraftfahrzeugen im Wege des Austausches höher angesetzt. Die Einnahmen wurden auf Grund geringerer Rückersätze der DHK und rückläufiger Auftragsentwicklung niedriger veranschlagt.

Wasserstraßendirektion**Aufgaben**

Der Wasserstraßendirektion obliegen die Erhaltungsarbeiten an den bestehenden Regulierungsbauten und die Durchführung der notwendigen Wasserbaumaßnahmen zur klaglosen Aufrechterhaltung der Schifffahrt und der unschädlichen Abfuhr der Wässer und des Eises auf der gesamten österreichischen Donau- und Marchstrecke und einem Teil der Thaya.

Hiefür stehen die Bereichsleitungen in Aschach, Linz, Grein, Ybbs, Krems, Greifenstein, Wien, Bad Deutsch-Altenburg und die Marchbauleitung sowie die Betriebsleitung zur Verfügung.

Die Bauarbeiten an den Grenzstrecken der Donau, March und Thaya (von km 0,0 bis 19,4) werden auf Grund des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Regelung von wasserwirtschaftlichen Fragen an den Grenzgewässern ausgeführt.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Hauptsächlich sind hier die Ausgaben im Zusammenhang mit dem notwendigen Umbau einer Schiffsgarnitur auf Schubbetrieb veranschlagt.

Aufwendungen

Im wesentlichen sind hier die Betriebskosten (zB Treibstoff- und Energiekosten), sowie die Kostenersätze an das Personal (zB Streckenzulage, Bauschvergütungen) veranschlagt.

Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz**Aufgaben**

Die Wasserstraßendirektion ist geschäftsführende Stelle der Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz.

Der Bauaufwand der Donau-Hochwasserschutz-Konkurrenz umfaßt Arbeiten an den Donau-Hochwasserschutzanlagen im Bereich vom Raum Krems bis zur Marchmündung und Erhaltungsarbeiten am Wiener Donaukanal einschließlich der Instandhaltung der Wehr- und Schleusenanlagen.

Kapitel 64 — Titel 645

267

Ausgaben 1989**Aufwendungen**

Vorsorge für den Bundesanteil an den in den Aufgaben zitierten Aufwand.

Titel 645 Bundesgebäudeverwaltung

Unter diesem Titel wird der Aufwand für die Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung, für den Tiergarten Schönbrunn sowie für das Kongreßzentrum in der Wiener Hofburg veranschlagt.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	742,5	103,4	845,9	83,2
1988	735,5	109,0	844,5	81,1
1989	746,6	104,3	850,9	82,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Personalausgaben wurden infolge von Planstellenerhöhungen höher veranschlagt.

Die Sachausgaben wurden nach Durchführung von Instandsetzungsarbeiten in historischen Räumen im Bereich des Kongreßzentrums niedriger veranschlagt.

Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung**Aufgaben**

Den Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung obliegt die Verwaltung aller Bauten und Liegenschaften des Bundes einschließlich der Angelegenheiten des staatlichen Hochbaues, soweit dies nicht in die Zuständigkeit eines anderen Ressorts fällt. Diese Dienststellen sind die Bundesbaudirektion Wien, die Bundesgebäudeverwaltung II Linz, Salzburg, Innsbruck, Klagenfurt und Graz sowie die Burghauptmannschaft in Wien, die Schloßhauptmannschaft Schönbrunn und die Schloßverwaltung zu Innsbruck und Ambras.

Die Erläuterungen der einzelnen Aufgaben erfolgt bei der Liegenschaftsverwaltung.

Ausgaben 1989**Aufwendungen**

Die veranschlagten Mittel werden hauptsächlich für die Abdeckung der Kosten des laufenden Betriebes (Energiekosten, Miet- und Pachtzinse) und für Kostenersätze an die Bediensteten (Reisekosten und Fahrtkostenzuschüsse) benötigt.

Tiergarten Schönbrunn**Aufgaben**

Der Tiergarten Schönbrunn beherbergt Tiere verschiedenster Gattungen und macht diese der Öffentlichkeit zugänglich.

Ausgaben 1989**Aufwendungen**

Im wesentlichen sind hier die Betriebskosten des Tiergartens und die notwendigen Aufwendungen für die verschiedenen Tierarten (zB Futter) veranschlagt.

Kongreßzentrum in der Wiener Hofburg**Ausgaben 1989**

Die veranschlagten Mittel dienen dem Betrieb und der Erhaltung des Kongreßzentrums.

Titel 646 Bundesgebäudeverwaltung (Liegenschaftsverwaltung)**Aufgaben**

Der Bundesgebäudeverwaltung obliegt unter anderem die Verwaltung und bautechnische Betreuung von staatlichen Zwecken dienenden Liegenschaften; dazu kommen noch zahlreiche Objekte, die von der Bundesgebäudeverwaltung nur baulich zu betreuen sind.

Die über das ganze Bundesgebiet erstreckte bauliche Betreuung umfaßt alle Regierungsgebäude, alle Universitätsgebäude und alle Gebäude für allgemeinbildende und berufsbildende höhere Schulen, ferner alle sonstigen Amts- und Anstaltsgebäude der Unterrichtsverwaltung einschließlich aller bundeseigenen Museal- und Institutsbaulichkeiten, die vielfach aus kunst- oder allgemeinhistorischen Momenten unter Denkmalschutz stehenden Baulichkeiten und bundeseigenen Baudenkmäler der ehemaligen Hofhaltungen in Wien und Innsbruck, alle Gerichtsgebäude, Anstalten und Gefängnisse der Justizverwaltung, ferner alle Bauten der Finanzverwaltung einschließlich der Zollgebäude bis zu den entferntesten alpinen Höhenstützpunkten an den Grenzen, die Bauten, Ubikationen und Anlagen der Exekutive und des Bundesheeres in ganz Österreich, eine Reihe von bundeseigenen Beamtenwohnhäusern und Beamtensiedlungen, alle Arbeits- und Invalidenämter und alle Anlagen und Bauten der Bundestheaterverwaltung und der Bundessportverwaltung u. a. m.

Die Ausgaben für bauliche Herstellungen der beiden zuletzt genannten Verwaltungen und am Parlamentsgebäude belasten allerdings nicht das Kapitel 64, sondern werden bei Kapitel 02, 12 bzw. 71 veranschlagt. Ebenso besorgt die Bundesgebäudeverwaltung auch die Bauleitung im Bereich des Österreichischen Branntweinmonopols.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	45,5	910,6	956,1	295,2
1988	44,8	1 095,4	1 140,2	300,1
1989	48,0	1 115,8	1 163,8	300,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Sachausgaben wurden höher veranschlagt, da Mittel für den Ankauf der Liegenschaft „Reichsratsstraße“ vorgesehen wurden.

Betriebskosten und Hauserfordernisse**Organisation**

Die Liegenschaftsverwaltung der Bundesgebäudeverwaltung wird von 36 Gebäudeverwaltungsdienststellen wahrgenommen.

Hievon sind 28 Bundesdienststellen und 8 im Wege der Auftragsverwaltung tätige Ämter der Landesregierung.

Bundesdienststellen sind die Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung sowie die sieben Finanzlandesdirektionen, die vier Oberlandesgerichtspräsidien und acht Landesschulräte (ohne Wien).

Ausgaben 1989

Mit den veranschlagten Mitteln werden vor allem die Instandhaltungskosten und Betriebskosten wie Grundsteuern, Versicherungen, Gebühren für Wasserverbrauch, Müllabfuhr, Rauchfangkehrer, Rat-tenvertilgung usw., abgedeckt.

Liegenschaftsankäufe**Ausgaben 1989**

Die Erfordernisse für den Erwerb von Liegenschaften für Zwecke der Hoheitsverwaltung sind, sofern sie nicht bei anderen Voranschlagsansätzen vorgesehen sind, bei den Voranschlagsansätzen 6461 bis 6469 zusammengefaßt.

Kapitel 64 — Titel 647

269

Unter dem Voranschlagsansatz 1/64698 werden 12 vH der Kosten für Liegenschaftsankäufe veranschlagt, welche gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 Finanzausgleichsgesetz (FAG) 1989 den Ländern als Abgeltung für die Liegenschaftsverwaltungs-, Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsausgaben zustehen.

Neben dem Aufwand für den Erwerb von Liegenschaften sind bei diesen Voranschlagsansätzen auch noch Freimachungskosten für angekaufte Liegenschaften veranschlagt.

Titel 647 Bundesgebäudeverwaltung (Hochbau)**Aufgaben**

Errichtung und Erhaltung von Bundesgebäuden.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	5 762,6	67,1
1988	5 556,0	182,1
1989	5 807,3	180,6

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Sachausgaben wurden für Bau- und Erhaltungsmaßnahmen im Bereich der Landesverteidigung höher veranschlagt.

Die Einnahmen wurden nach Herabsetzung der Mittel aus dem Stadterneuerungsfonds für die Erhaltung historischer Bundesbauten niedriger veranschlagt.

Sollte die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 1989 den Einsatz zusätzlicher Mittel erfordern, sind im Konjunkturausgleichsvoranschlag beim Bundeshochbau vorgesehen:

	Sachausgaben Millionen Schilling
Stabilisierungsquote	800,0
Konjunkturbelebungsquote .	600,0

Überweisungen an die Länder gemäß § 1 Abs. 2 FAG**Ausgaben 1989**

Hier werden 12 vH des endgültigen Bauaufwandes veranschlagt, welche gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 Finanzausgleichsgesetz (FAG) 1989 den Ländern als Abgeltung für die Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehen.

Schulen der Unterrichtsverwaltung**Ausgaben 1989**

Der veranschlagte Betrag ist für die Gebäudeerhaltung und den Neubau der Schulen der Unterrichtsverwaltung vorgesehen, dies sind:

A. Allgemeinbildende Schulen:

Allgemeinbildende höhere Schulen (Gymnasien, Realgymnasien und ihre Sonderformen, Höhere Internatsschulen [Bundeserziehungsanstalten]), Anstalten der Lehrer- und Erzieherbildung sowie Pädagogische Akademien mit ihren Nebeneinrichtungen, Pädagogische Institute usw. sowie alle Einrichtungen und Anstalten, die Zwecken der vorstehend genannten Schultypen dienen (zB Bundesschullandheime, Bundeskonvikte); das Bundes-Blindenerziehungsinstitut Wien und das Bundes-Taubstummeneinstitut Wien.

B. Berufsbildende Schulen:

Berufsbildende höhere Schulen (Höhere Technische und Gewerbliche Lehranstalten, Handelsakademien, Höhere Lehranstalten für wirtschaftliche Frauenberufe sowie die jeweils zugehörigen Sonderformen); Berufsbildende mittlere Schulen (Fachschulen und Handelsschulen sowie ihre Sonderformen); die Bundes-Berufsschule für Uhrmacher Karlstein; alle Einrichtungen und Anstalten, die Zwecken der vorstehend genannten Schultypen dienen, wie berufspädagogische Institute, Bundeskonvikte, Versuchsanstalten usw.

Schulen der Wissenschaftsverwaltung**Ausgaben 1989**

Hier wird die Gebäudeerhaltung und der Neubau der Schulen der Wissenschaftsverwaltung gesondert von dem der Unterrichtsverwaltung veranschlagt. Es sind dies:

Universitäten, Kunsthochschulen, wissenschaftliche Anstalten, Studienbibliotheken sowie Einrichtungen und Anstalten, die zur Förderung von Hochschulaufgaben bestimmt sind.

Bauten für die Landesverteidigung**Ausgaben 1989**

Die Ausgaben betreffend die Erhaltung der militärischen Objekte und Anlagen, Zweckadaptierungen an denselben und die Errichtung neuer militärischer Objekte, wie zB Kasernen, Verpflegsanstalten, Sanitätsanstalten, Radarstationen mit militärischen Wohnbauten.

Land- und forstwirtschaftliche Schulen und Anstalten**Ausgaben 1989**

Hier werden die Baukosten für land- und forstwirtschaftliche Schulen und Ausbildungsstätten, Versuchs- und Prüfanstalten sowie Bundesgüter deren Instandsetzung und Instandhaltung veranschlagt.

Sonstige Bundesgebäude**Ausgaben 1989**

Hier werden die für die Erhaltung und für den Neubau notwendigen Ausgabenbeträge für alle Bundesgebäude veranschlagt, die nicht bei einem anderen Paragraphen des Titels 647 angeführt sind, außerdem der Bedarf für die Amts- und Dienstwohngebäude und die Bundesanstalten, zB auch der für die Gebäudeerhaltung von Museen, Schlössern, Palais und ähnlich kulturell wertvollen Gebäuden.

Für die Sanierung der Bundesmuseen hat der Ministerrat ein Investitionsprogramm 1987 bis 1992 mit einem Bauvolumen von 1 600 Millionen Schilling ohne Zinsen beschlossen.

Titel 649 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen**Gesetzliche Grundlagen**

Maß- und Eichgesetz, BGBl. Nr. 152/1950, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 174/1973 und die dazu ergangenen Verordnungen;

Vermessungsgesetz, BGBl. Nr. 306/1968, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 480/1980 und die dazu ergangenen Verordnungen.

Aufgaben

Angelegenheiten des Eich- und Vermessungswesens.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
			Millionen Schilling	
1987	581,9	120,1	702,0	169,8
1988	598,6	131,8	730,4	169,1
1989	582,2	158,4	740,6	171,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Das Mindererfordernis bei den Personalausgaben ergibt sich durch die Einsparung einer Planstelle und durch Einsparungen bei der Nachbesetzung von freiwerdenden Planstellen. Die Erhöhung der Sachausgaben ist auf die Vorsorge zur Erstellung des Berghöfe-Katasters zurückzuführen. Auf Grund der zu erwartenden Auftragslage wurden die Einnahmen höher angesetzt.

Einrichtungen des Eichwesens**Aufgaben**

Dem Eichwesen obliegt es:

1. die Etalons für die gesetzlichen Maßeinheiten aufzubewahren und für ihren Anschluß an die internationalen Etalons zu sorgen sowie die einschlägigen Darstellungsverfahren festzulegen;

Kapitel 64 — Titel 649

271

2. verbindliche Verfahrensvorschriften, Werte des spektralen Hellempfindlichkeitsgrades für Lichtmessungen, Normspektralwerte für Farbmessungen und Bewertungsfunktionen für objektive Schallpegelmessungen samt dem Bezugswert entsprechend dem Stand der Meßtechnik durch Verordnung festzulegen;

3. für die eichpflichtigen Meßgerätegattungen die Eichvorschriften und die Eichanweisungen zu erlassen und im „Amtsblatt für das Eichwesen“ kundzumachen;

4. neue Meßgerätebauarten zur Eichung zuzulassen;

5. Meßgeräte zu eichen;

6. die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen durch eichpolizeiliche Revisionen zu überwachen;

7. im Rahmen des physikalisch-technischen Prüfungsdienstes Meßgeräte zu prüfen, zu beglaubigen sowie entsprechende Untersuchungen durchzuführen und die Meßtechnik durch wissenschaftliche Arbeiten zu fördern; desgleichen, die Prüf- und Beglaubigungsvorschriften für Meßgeräte zu erlassen.

Einrichtungen des Vermessungswesens

Aufgaben

Gruppe „Kataster, Grundlagenvermessung, Staatsgrenzen“

Die von den Dienststellen der Gruppe „Kataster, Grundlagenvermessung, Staatsgrenzen“ und den nachgeordneten Vermessungsämtern auszuführenden Arbeiten dienen der Schaffung und Erhaltung von technischen Unterlagen für die verschiedensten Zweige technisch-wirtschaftlicher Planungen — zB für den Ausbau und die Regulierung von Straßen- und Wasserbauanlagen, für die Errichtung von Wasserkraftwerken und Maßnahmen im Zuge der Bodenreform —, im besonderen aber zur Erfüllung der durch das Vermessungsgesetz auferlegten Aufgaben der staatlichen Hoheitsverwaltung. Zu diesen gehören insbesondere:

1. Die Grundlagenvermessungen, u. zw.

a) die Schaffung und Erhaltung eines engmaschigen Festpunktfeldes,

b) die astronomisch-geodätischen Arbeiten für die Zwecke des Festpunktfeldes und solche zur Erforschung der Erdgestalt,

c) die Schaffung und Erhaltung von Höhepunkten besonderer Genauigkeit (Präzisionsnivellement) und

d) die Arbeiten zur Erforschung des Schwerkräftfeldes der Erde und für die geophysikalische Landesaufnahme;

2. die teilweise Neuanlegung des Grenzkatasters;

3. die allgemeine Neuanlegung des Grenzkatasters;

4. die Übernahme der Ergebnisse eines Verfahrens der Agrarbehörden in den Angelegenheiten der Bodenreform in den Grenzkataster;

5. die Führung des Grenzkatasters;

6. die Amtshandlungen im Zusammenhang mit dem Grenzkataster;

7. die Vermarkung und Vermessung der Staatsgrenzen.

Die unter Ziffer 2, 4 und 5 angeführten Aufgaben obliegen den Vermessungsämtern, die übrigen Aufgaben den Abteilungen dieser Gruppe.

Gruppe „Landesaufnahme“

Die Gruppe Landesaufnahme führt alle Arbeiten hinsichtlich Herstellung, Evidenzhaltung und Vielfältigung der staatlichen Landkarten durch (§ 1, Ziffer 7, 8 und 9 des Vermessungsgesetzes) durch.

Ausgaben 1989

Die veranschlagten Mittel bei den „Einrichtungen des Eichwesens“ und den „Einrichtungen des Vermessungswesens“ werden zur Erfüllung der obliegenden Aufgaben verwendet. Im wesentlichen sind bei den Aufwendungen die Familien- und Geburtenbeihilfen, sowie die Reisekostenersätze an die Bediensteten (im Zusammenhang mit der Eich- und Vermessungstätigkeit) und die Kosten für den laufenden Betrieb (zB Energiekosten) bzw. für die Instandhaltung veranschlagt.

272

Kapitel 65 — Titel 650

Kapitel 65 Öffentliche Wirtschaft und Verkehr

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 78/1987, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt L.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen	Millionen	Schilling	
1987	752,4	10 316,0	11 068,4	818,4
1988	763,7	10 892,7	11 656,4	1 016,4
1989	783,6	10 453,6	11 237,2	1 249,9

Im einzelnen ist zu den Bereichen zu bemerken:

Titel 650 Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

Aufgaben

Der Aufgabenbereich des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr umfaßt die Angelegenheiten der Regionalförderung, soweit es sich um einzelbetriebliche Förderungsmaßnahmen im industriell-gewerblichen Bereich handelt, des ERP-Fonds, der verstaatlichten oder staatseigenen Unternehmungen sowie des Erwerbes und der Verwaltung von Anteilsrechten des Bundes, soweit sie nicht in den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministeriums bzw. der Post und ÖBB fallen, der Eisenbahnen, der Post- und Telegraphenverwaltung, der See- und Flußschifffahrt, des zivilen Luftverkehrs, des Kraftfahrwesens und der Straßenpolizei. Ferner werden die Belange der Verkehrsförderung, Angelegenheiten des österreichischen Verkehrssicherheitsfonds, des gewerblichen Personen- und Güterverkehrs einschließlich der gewerblichen Beförderung von Gütern in Rohrleitungen mit Ausnahme der Wasserleitungsangelegenheiten, Angelegenheiten der Beförderung von Personen und Gütern im Werksverkehr sowie die Wahrnehmung des gesetzlichen Schutzes der Bediensteten der Eisenbahnen (Straßenbahnen), der Post- und Telegraphenverwaltung, der Schifffahrt und der Luftfahrt wahrgenommen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Einnahmen
	Millionen	Millionen	Schilling	
1987	136,6	65,7	202,3	7,3
1988	142,0	79,3	221,3	4,8
1989	143,9	63,2	207,1	4,8

Unterschiede gegen Vorjahre

Die gegenüber 1988 geringeren Sachausgaben sind im wesentlichen auf den Wegfall der Nachzahlungen von an die Bundesländer zu zahlenden Aufwandsvergütungen für die Überprüfungen gemäß § 57 Abs. 3 KFG 1967 zurückzuführen.

Ausgaben 1989

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

An gesetzlichen Verpflichtungen sind für die Beiträge an verschiedene internationale Organisationen, wie ICAO-Montreal, OECD-Paris, für die CEMT, ECAC-Paris, Zentralamt für den internationalen Eisenbahnverkehr-Bern sowie IMO-London, insgesamt 4,600 Millionen Schilling vorgesehen.

Daneben sind hier die Ausgaben für die Familien- und Geburtenbeihilfen, die Sachverständigengutachten und sonstige Leistungen gemäß § 57 Abs. 3 und § 129 KFG 1967, die öffentlichen Abgaben und die Eignungsausbildung veranschlagt.

Aufwendungen

Veranschlagt sind die sachlichen Ausgaben dieses Ressortbereiches, soweit sie den Verwaltungsaufwand betreffen. Weiters sind Ausgaben für die betriebswirtschaftliche Überprüfung von Förderungsansuchen in den Bereichen der Technologie-Anwendungsförderung und der Verkehrsförderung durch die FGG veranschlagt.

Kapitel 65 — Titel 651

273

Titel 651 Bundesministerium (Zweckaufwand)**Gesetzliche Grundlagen**

§ 18 Bundesbahngesetz, BGBl. Nr. 137/1969, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 151/1984;

§ 8 Straßenverkehrsbeitragsgesetz, BGBl. Nr. 302/1978;

Privatbahnunterstützungsgesetz 1988, BGBl. Nr. 000/1988.

Grundsatzvereinbarung (Werkvertrag) zwischen der Österreichischen Verkehrswerbung Ges. m. b. H. und dem Bundesministerium für Verkehr, den ÖBB sowie der Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung vom 30. November 1979.

Richtlinien der Bundesregierung gem. § 13 (4) Forschungsorganisationsgesetz, BGBl. Nr. 341/1981, über die Vergabe und Durchführung von Forschungsaufträgen und Aufträgen für sonstige wissenschaftliche Untersuchungen.

Aufgaben

Wenn die ÖBB als **gemeinwirtschaftliche Leistung**

a) aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht gerechtfertigte Tarifiermäßigungen im Schienenverkehr einzuräumen oder beizubehalten haben oder

b) auf Strecken oder Streckenteilen einen betriebswirtschaftlich nicht mehr zumutbaren Schienenverkehr ganz oder teilweise weiterzuführen haben,

sind ihnen die daraus entstehenden Einnahmehausfälle oder Aufwendungen abzugelten.

Die ÖBB gewähren an Huckepackverkehr betreibende Firmen Ermäßigungen, die gemäß § 8 Straßenverkehrsbeitragsgesetz vom Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr rückerstattet werden.

Die unter a) angeführten gemeinwirtschaftlichen Leistungen werden nunmehr auch den privaten Schienenbahnen aufgetragen und sind analog abzugelten.

Die bisher mit Erfolg geführten Werbeaktionen und Standardwerbemittel für allgemeine Werbemaßnahmen für Verkehrseinrichtungen im Wege der Österreichischen Verkehrswerbung Ges. m. b. H. sollen wegen der Kontinuität des Werbeerfolges beibehalten werden. Aus Gründen des Wettbewerbs mit anderen weitaus werbeintensiveren westeuropäischen Ländern ist es aber notwendig, auch neue Werbemaßnahmen zu ergreifen, die zu einer weiteren Frequenzsteigerung bei öffentlichen Verkehrseinrichtungen und damit zu einer Verbesserung der Betriebsergebnisse führen sollen, wobei sich die Werbung sowohl auf den Personen- als auch auf den Güterverkehr erstrecken wird.

Seitens der Post- und Telegraphenverwaltung ist auf Grund des Unternehmensplanes vorgesehen, die Post als modernen Dienstleistungsbetrieb der Öffentlichkeit nahezubringen und die Kundendienstwerbung zu intensivieren.

Die Entwicklung des Straßenverkehrs macht spezifische Aktionen zur Hebung der Verkehrssicherheit vordringlich. Nur die konsequente Durchführung von verschiedensten Maßnahmen — zB Verkehrssicherheitswettbewerbe, TV-Serien, Schwerpunktaktionen — läßt eine Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr erwarten. Die hierfür vorgesehenen Mittel stehen zweifellos in keinem Verhältnis zu den ersparten sozialen Kosten für Krankenhausaufenthalte, Rekonvaleszenz und Ausfall von Arbeitsleistungen.

Eine zielbewußte Verwaltungstätigkeit kann im Hinblick auf die immer komplizierter werdenden Fragenkomplexe kaum mehr auf Entscheidungshilfen verzichten, welche wissenschaftlich vorbereitet und auf interdisziplinären Grundlagen erstellt werden. So wird es auch im Verkehrsbereich immer notwendiger, konkrete Auftragsforschungen zu vergeben. Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, daß vorwiegend langfristige Investitionen auf dem kapitalintensiven Verkehrssektor zu tätigen sind, was im Hinblick auf die Optimierung der einzusetzenden Mittel und unter Berücksichtigung der mehrschichtigen Ressortbelange (Schiene, Straße, Luftfahrt, Post- und Telegrafwesen usw.) objektive Beurteilungskriterien erfordert.

	Sachausgaben	Einnahmen
	Millionen	Schilling
1987	6 361,7	76,3
1988	7 364,1	81,4
1989	6 888,8	0,0

274

Kapitel 65 — Titel 652**Unterschiede gegen Vorjahre**

Im BVA 1989 sind an die ÖBB als Abgeltung für Weiterführung von Schienenverkehren auch Nachzahlungen aus den Abrechnungen ab 1986 zu leisten.

Die neue gesetzliche Regelung über die Abgeltungen für gewährte Sozial- und Subventionstarife bei den privaten Schienenbahnen brachte eine weitestgehende Anpassung an jene wie sie bei den ÖBB praktiziert wird; demnach wurde auch der VA-Ansatz 1/65264 aufgelassen und die Abgeltungen für gewährte Sozial- und Subventionstarife an Privatbahnen unter diesem Titel aufgenommen.

Ausgaben 1989**Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

	Millionen Schilling
Abgeltungen an die ÖBB:	
1. Tarifiermäßigungen	3 700,100
2. Weiterführung von Schienenverkehren	2 940,000
Abgeltungen gemäß § 8 Straßenverkehrsbeitragsgesetz	56,804
Abgeltungen an Privatbahnen	177,593

Aufwendungen

Öffentliche Wirtschaft und allgemeiner Verkehr 12,317

Kapitalbeteiligungen

Auf Grund des Bundesgesetzes, mit dem das Bundesministeriengesetz 1973 und das ÖIG-Gesetz geändert wurden, ist die Verwaltung der Anteilsrechte des Bundes an diversen Gesellschaften vom Bundesministerium für Finanzen in den besonderen Wirkungsbereich des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr übergegangen. Für Kapitaleinzahlungen, für die bereits Beschlüsse vorliegen bzw. zu erwarten sind, sind 2 Millionen Schilling vorgesehen.

Titel 652 Bundesministerium (Förderungsmaßnahmen)**Gesetzliche Grundlagen**

Vereinbarung vom 9. Mai 1979 zwischen dem Bund und dem Land Wien gemäß Art. 15 a B-VG (Schienenverbund), BGBl. Nr. 18/1980;

Bundesgesetz vom 25. Februar 1987, BGBl. Nr. 80/1987;

Hafeneinrichtungen-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 160/1955, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 403/1974;

Privatbahnunterstützungsgesetz 1988, BGBl. Nr. 000/1988;

Innovations- und Technologiefondsgesetz 1987, BGBl. Nr. 603/1987;

Konzessionsverlängerung von Eisenbahnbetrieben;

Allgemeine Rahmenrichtlinien des Bundesministeriums für Finanzen für die Gewährung von Förderungen aus Bundesmitteln;

Richtlinien des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr für die Förderung von Investitionen auf dem Verkehrssektor;

Richtlinien des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr und der Bundesländer Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark für die Gewährung von Förderungen aus den gemeinsamen Regionalen Sonderförderungsaktionen.

Aufgaben

Auf Grund des sogenannten Schienenverbundvertrages 1979 hat der Bund die Verpflichtung übernommen, einen Betrag in Höhe von 50% der für den Bau der U-Bahnlinien U 3 und U 6 erforderlichen Investitionen zu leisten.

Kapitel 65 — Titel 652

275

In Ergänzung dieses Schienenverbundvertrages wurden durch ein Übereinkommen zwischen Bund und dem Land Wien vom November 1986 die Beitragsleistungen des Bundes für den Zeitraum 1987 bis 1989 mit jährlich je 1,8 Milliarden Schilling festgelegt.

Beim Voranschlagsansatz 1/65224 wird hinsichtlich des für Straßenbahnen und Obuslinien vorgesehenen Anteiles vorgesorgt.

Hievon können höchstens 10% für die Gewährung von Zuschüssen in bescheidenem Ausmaß für publikumsbestimmte ortsfeste Einrichtungen an Knotenpunkten von Kraftfahrlinien herangezogen werden. Die Förderungsmittel werden projektbezogen an die entsprechenden Gemeinden überwiesen, aber nur mehr insoweit, als Restleistungen aus 1988 betroffen sind.

Beitragsleistungen des Bundes zur verkehrstechnischen Ausgestaltung der Häfen Linz, Krems und Wien.

Angesichts der orographisch und flugklimatologisch differenzierten Lage Österreichs — besonders in den Alpenbereichen — gilt es, im Interesse der Sicherheit der Luftfahrt das Hauptgewicht auf den Ausbau jener Zivilflugplätze zu legen, die neben ihrer Funktion als regionale Stützpunkte für luftfahrtbetreibende Institutionen vorwiegend verkehrspolitische Aufgaben zu erfüllen haben.

Der Schwerpunkt der Förderungstätigkeit wird bei den Bauinvestitionen liegen. Durch die schwerpunktmäßige Förderung des Zivilflugplatzausbaues beschränkt sich die Geräteförderung auf die Förderung lärmmindernder Investitionen an Flugzeugen.

Da die für die notwendigen Investitionen zur Verfügung stehenden ERP-Kreditmittel erfahrungsgemäß nicht ausreichen, erfolgt weiterhin die Förderung in Form von Zinsen- und Investitionszuschüssen. Sowohl von industrie- und verkehrspolitischer als auch von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung ist die Förderung der Errichtung von Umsetzeinrichtungen von der Straße auf die Schiene, zumal damit eine nicht unbeträchtliche Entlastung der Fernverkehrsstraßen von Schwertransporten verbunden ist. Darüber hinaus sind Investitionszuschüsse für Straßenbahnen und Obuslinien an private Verkehrsunternehmen vorgesehen.

Der seit Ende 1984 kontinuierliche Anstieg der Anträge auf Gewährung von Beihilfen für Sonderleistungen im grenzüberschreitenden Straßengüter-Fernverkehr, die durch andere gesetzliche Maßnahmen nicht abgegolten werden, erfordert die Bereitstellung zusätzlicher Budgetmittel.

Im Zusammenhang mit der Verkehrsförderung für Projekte in Entwicklungs- und Entsiedlungsgebieten erscheint es ebenso zweckmäßig wie notwendig, Investitionszuschüsse zu gewähren. Weiters sind im Bereiche des Umweltschutzes und der sich daraus ergebenden Lärmbekämpfung finanzielle Vorsorgen erforderlich, um die notwendigen Untersuchungen über eine mögliche Lärmverringerung im Schienen-, Straßen- und Luftverkehr sicherstellen zu können.

Gemäß dem Privatbahnunterstützungsgesetz sind den nicht-bundeseigenen Unternehmungen, die Haupt- oder Nebenbahnen betreiben, auch die ihnen im Anschlußdienst mit den ÖBB erwachsenden Kosten abzugelten.

Weiters sind Zuschüsse für Investitionen veranschlagt, die von den nicht-bundeseigenen Haupt- und Nebenbahnen zur Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit vorgenommen werden müssen.

Im Zusammenhang mit der Verlängerung der Konzessionen für die Eisenbahnbetriebe der Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbau-Gesellschaft, der AG der Wiener Lokalbahnen und einer Teilstrecke der Steiermärkischen Landesbahnen hat der Bund für den aus der Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes erwachsenden Betriebsabgang zur Gänze oder teilweise vorzusorgen; weiters ist er verpflichtet, Zuschüsse für die notwendigen Investitionen zu leisten. Der Ansatz enthält daher auch die hierfür erforderlichen Mittel.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1987	3 566,3	20,2
1988	3 109,2	119,2
1989	2 904,0	268,2

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung der Ausgaben im Jahr 1989 ist im wesentlichen auf die Bemühungen in Richtung der Konsolidierung des Bundeshaushaltes zurückzuführen.

Ausgaben 1989**Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)**

1 800 Millionen Schilling Bundesbeitrag für den U-Bahnteil (Schienenverbund);

70 Millionen Schilling Investitionszuschuß für Straßenbahnen und Obuslinien.

Förderungen

2,969 Millionen Schilling Beitragsleistung für Hafen- und Ländengestaltung; gleichzeitig Einnahmen von 5,056 Millionen Schilling aus dem Titel Rückzahlungen von in den Vorjahren gewährten Darlehen;

2,486 Millionen Schilling Beitragsleistungen für Zivilluftfahrteinrichtungen;

76,640 Millionen Schilling Beitragsleistungen für allgemeine Verkehrseinrichtungen;

194 Millionen Schilling Beitragsleistungen für Regionalförderung; gleichzeitig Einnahmen von 7,339 Millionen Schilling aus dem Titel Rückzahlungen von in den Vorjahren gewährten Darlehen;

368,500 Millionen Schilling Beitragsleistungen zur Aufrechterhaltung der Betriebssicherheit nicht bundeseigener Haupt- und Nebenbahnen;

340,060 Millionen Schilling Beitragsleistungen für Technologieförderungsprogramme;

37,026 Millionen Schilling Beitragsleistungen für sonstige Förderungen.

Regionalförderung

Die regionalen Förderungen beziehen sich auf die mit den einzelnen Bundesländern in den jeweils festgelegten Problemgebieten gemeinsam geführten regionalen Sonderförderungsaktionen (sogenannte 100 000-S-Aktionen). Um eine an individuellen Problemen orientierte Handhabung dieser Förderung zu gewährleisten, können sie nicht nur als Zuschuß, sondern auch als Darlehen ausbezahlt werden. Insgesamt sind für die gemeinsam mit den einzelnen Bundesländern geführten 100 000-S-Aktionen 120,006 Millionen Schilling, davon 10,000 Millionen Schilling an Darlehen und 110,006 Millionen Schilling an Zuschüssen, vorgesehen. Ferner sind für die Sonderförderung Obersteiermark und den politischen Bezirk Voitsberg weitere 60 Millionen Schilling an Zuschüssen veranschlagt.

Für regional gezielte Zinsenzuschüsse für Investitionskredite vor allem im gewerblich-industriellen Bereich sind insgesamt 13,994 Millionen Schilling veranschlagt. Bei dieser Förderung gewähren der Bund und das jeweilige Bundesland zu Investitionen in den festgelegten Problemgebieten gemeinsam Zinsenzuschüsse.

Technologie-Anwendungsförderung

Zur Strukturverbesserung und Stärkung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Wirtschaft hat die Bundesregierung im Jahre 1984 ein Technologieförderungsprogramm mit Schwerpunkt „Mikroelektronik und Informationsverarbeitung“ und im Jahre 1985 ein Technologieförderungsprogramm mit Schwerpunkt „Biotechnologie und Gentechnik“ beschlossen. Für die Ausfinanzierung der 1988 beendeten Altprogramme sind insgesamt 100,000 Millionen Schilling vorgesehen.

Für Förderungen nach dem Innovations- und Technologiefondsgesetz 1987 sind weitere 240,060 Millionen Schilling veranschlagt.

Folgende Förderungsschwerpunkte wurden vom ITF-Kuratorium für die nächsten Jahre festgelegt: Mikroelektronik und Informationsverarbeitung sowie Biotechnologie und Gentechnik (2 weitere Jahre), Neue Werkstoffe und Umwelttechnologie sowie nationale und internationale Forschungskooperation (für 3 Jahre).

Sonstige Förderungen

Im Zusammenhang mit der Übernahme der Anteilsrechte des Bundes an diversen Gesellschaften in die Verwaltung des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr sind für Zuschüsse 37,026 Millionen Schilling veranschlagt.

Aufwendungen

Entgeltzahlungen an den ERP-Fonds für die Tätigkeit des ERP-Fonds als „Geschäftsführung des Innovations- und Technologiefonds“ sowie Kosten von Gutachten und anderen Beratungstätigkeiten.

Kapitel 65 — Titel 653

277

Titel 653 Zivilluftfahrt Einrichtung**Paragraph 6530 Bundesamt für Zivilluftfahrt (betriebsähnliche Einrichtung)****Gesetzliche Grundlagen**

Gesetzliche Grundlagen sind das Luftfahrtgesetz (BGBl. Nr. 253/1957 in der geltenden Fassung) und die zu seiner Durchführung erlassenen Verordnungen, und zwar BGBl. Nr. 249/1987 (Grenzüberflugsverordnung), 219/1958 und 549/1978 (Zivilluftfahrt-Personalverordnung), 72/1962 und 610/1986 (Zivilflugplatz-Betriebsordnung), 56/1967, zuletzt geändert mit BGBl. Nr. 519/1985 (Luftverkehrsregeln), 313/1972 (Zivilflugplatz-Verordnung), 700/1986 (Zivilluftfahrzeug-Lärmzulässigkeitsverordnung), 152/1978 und 35/1982 (Zivilluftfahrzeug-Störungsverordnung), 415/1983 (Zivilluftfahrzeug- und Luftfahrtgeräteverordnung) und 126/1985 (Zivilluftfahrt-Ambulanz- und Rettungsflugverordnung) sowie das Bundesgesetz über den zwischenstaatlichen Luftverkehr, BGBl. Nr. 393/1973.

Weiters die „Mehrseitige Vereinbarung über Flugsicherungs-Streckengebühren“ und das Flugsicherungs-Streckengebührengesetz 1984 (BGBl. Nr. 136/1986, 137/1986).

Ferner sind als gesetzliche Grundlagen auch das Abkommen über die internationale Zivilluftfahrt sowie die Konvention der meteorologischen Weltorganisation (WMO) anzusehen, denen Österreich beigetreten ist (BGBl. Nr. 97/1949 bzw. BGBl. Nr. 64/1958). Demnach ist Österreich verpflichtet, die von der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation (ICAO) beschlossenen Richtlinien sowie die Beschlüsse der meteorologischen Weltorganisation (WMO) zu beachten.

Mit Verordnung des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr vom 30. Dezember 1986 wurde das Bundesamt für Zivilluftfahrt mit Wirkung vom 1. Jänner 1987 zu einer betriebsähnlichen Einrichtung erklärt (BGBl. Nr. 10/1987).

Aufgaben

Auf Grund des Luftfahrtgesetzes, BGBl. Nr. 253/1957 (LFG), und der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnung obliegt dem Bundesamt für Zivilluftfahrt ua. die Flugsicherung (§§ 119 und 120) und die Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen [§ 95 (2)].

Ferner ist, besonders hinsichtlich der technischen und verfahrensmäßigen Richtlinien für die Ausübung des Flugsicherungsdienstes im einzelnen, das Abkommen über die internationale Zivilluftfahrt mit seinen in „Annxen“ und sonstigen Dokumenten festgelegten Richtlinien und Empfehlungen maßgebend.

Die Flugsicherung umfaßt [§ 119 (LFG)]:

- a) die Luftverkehrsregelung einschließlich der Bewegungslenkung von Flugplätzen,
- b) die Unterstützung der Luftfahrzeugführung durch Ortungshilfen (Luftnavigationshilfe),
- c) die Flugberatung,
- d) den Flugwetterdienst,
- e) die Überwachung der Einhaltung der für Luftfahrzeuge geltenden Sicherheitsvorschriften,
- f) die luftfahrtbehördliche Abfertigung der Luftfahrzeuge einschließlich ihrer Besatzung,
- g) den Fernmeldeverkehr für Flugsicherungszwecke und
- h) die Mitwirkung an dem der Luftfahrt dienenden Such- und Rettungsdienst, insbesondere dem Alarmdienst.

Nach diesen gesetzlichen Grundlagen ist das Bundesamt für Zivilluftfahrt verpflichtet, die Flugsicherungsdienste für die gesamte Luftfahrt — außerhalb der Ausnahmebereiche gemäß § 121 LFG auch für die Militärluftfahrt — zu leisten und die hierfür erforderlichen technischen Anlagen zu errichten und zu betreiben.

Die Kosten der Errichtung und Erhaltung von Flugsicherungsanlagen, die ausschließlich der Sicherung des Abfluges oder der Landung dienen, sind von den Flugplatzhaltern zu tragen.

Für Streckennavigationsanlagen und -dienste werden nach den derzeitigen Regelungen (BGBl. Nr. 136/1986, 137/1986; ÖNfL B 5 und 33/86) Gebühren eingehoben, die einen Kostendeckungssatz von 100% für die Bereitstellung von Flugsicherungseinrichtungen und Diensten für Streckenflüge vorsehen. Die Einhebung erfolgt seit November 1971 über „EUROCONTROL“ nach dem erwähnten, für die beteiligten westeuropäischen Staaten einheitlichen Berechnungsprinzip.

278

Kapitel 65 — Titel 654

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	580,6	290,4	871,0	711,9
1988	582,1	302,0	884,1	808,4
1989	598,5	293,3	891,8	840,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Verminderung der Sachausgaben im Jahr 1989 ist im wesentlichen durch den geringeren Anfall von Betriebskosten für Flugsicherungsstellen bedingt.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Von dem veranschlagten Betrag von insgesamt 89,6 Millionen Schilling dient ein Großteil dem Austausch überalterter, dem Standard der österreichischen Flugsicherung nicht mehr entsprechender Anlagen. Für die weitere anteilige Finanzierung des Austausches der Flughafenradaranlage Graz, Austausch von Hardwarekomponenten der Flugverkehrskontrollzentrale, Erneuerung der EDV-Anlage für die Wetterfernmeldezentrale sowie für die Errichtung eines Bodenradars auf dem Flughafen Wien sind 50 Millionen Schilling veranschlagt.

Aufwendungen

Die Aufwendungen beinhalten sämtliche für den Betrieb der Flugsicherungsanlagen notwendigen Mittel. Den größten finanziellen Aufwand verursachen die für den Betrieb der Flugsicherungsanlagen erforderliche Energie, die Betriebskosten von 6 Flugsicherungsstellen sowie die für die Nachrichtenübermittlung gemieteten Leitungen der Post. Für die Kennzeichnung bzw. Beseitigung von Luftfahrthindernissen wurde Vorsorge getroffen.

Titel 654 Amt für Schifffahrt einschließlich Dienststellen der Schifffahrtspolizei**Gesetzliche Grundlagen**

Schifffahrtspolizeigesetz, BGBl. Nr. 91/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 386/1983;

§ 11 des Bundesgesetzes vom 30. Mai 1972, BGBl. Nr. 382/1972 (abgeändert durch Bestimmungen des Seeschifffahrtsgesetzes, BGBl. Nr. 174/1981).

Aufgaben

Dem Amt für Schifffahrt und den Dienststellen der Schifffahrtspolizei obliegt die Wahrnehmung der in diesem Gesetz der Behörde auf Wasserstraßen übertragenen Aufgaben einschließlich des Verwaltungsstrafverfahrens. Die Schifffahrtspolizeidienststellen (Strom-, Hafen- und Schleusenaufsichten) befinden sich in Wien, Hainburg, Wildungsmauer, Greifenstein, Tulln, Altenwörth, Krems/Donau, Melk, Persenbeug, Grein, Wallsee, Abwinden, Linz, Ottensheim, Aschach und Engelhartzell.

Eine weitere Behördenzuständigkeit betrifft die Erfüllung des internationalen Übereinkommens von 1960 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See, der Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See sowie des internationalen Freibord-Übereinkommens, wonach dem Amt für Schifffahrt die Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren obliegt.

Mit dem Seeschifffahrtsgesetz wurde dem Amt für Schifffahrt auch die Verwaltungsstrafkompetenz in Vollziehung dieses neuen Gesetzes übertragen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	24,5	25,5	50,0	1,7
1988	27,1	32,9	60,0	1,6
1989	27,7	35,3	63,0	1,5

Kapitel 65 — Titel 655

279

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Erhöhung der Sachausgaben ist im wesentlichen auf die im normalen Betrieb auflaufenden Schleusenbetriebskosten zurückzuführen.

Ausgaben 1989**Anlagen**

Hier ist unter anderem die erste Rate für die Herstellungsserie von 10 Dienstdieselmotorbooten veranschlagt. Bei den restlichen Posten sind die für die Erhaltung der Dienstbereitschaft der Schiffschutzorgane erforderlichen Anschaffungen wie Bojen, Anker, Funkgeräte, Zillen ua. budgetiert.

Aufwendungen

Die vorgesehenen Mittel sind für die Instandhaltung von Signal- und Hilfseinrichtungen für die Schifffahrt, für die Instandhaltung von Signalstationen und Objekten der Schiffschutzdienststellen, für die Betriebs- und Instandhaltungskosten der Wasserfahrzeuge, für den Betrieb der Schleusen Ybbs-Persenbeug, Jochenstein, Wallsee, Ottensheim, Aschach, Altenwörth, Abwinden-Asten, Melk und Greifenstein sowie für Aufwendungen infolge des Beitritts der Republik Österreich zur Donaukonvention 1948 bestimmt.

Schleuse Ybbs-Persenbeug

Auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Bund und der Verbundgesellschaft werden die Betriebskosten der Schleuse Ybbs-Persenbeug je zur Hälfte vom Bund und der Österreichischen Donaukraftwerke AG getragen.

Schleuse Jochenstein

Auf Grund des Regierungsübereinkommens über das Kraftwerk Jochenstein sind die Kosten des Betriebes und der Erhaltung für die auf österreichischem Staatsgebiet liegenden Schiffschutzanlagen von der Republik Österreich zu tragen.

Schleusen Aschach, Ottensheim, Abwinden-Asten, Wallsee, Melk, Altenwörth und Greifenstein

Auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Bund und der Österreichischen Donaukraftwerke AG werden die Verwaltungs- und Betriebskosten zu 45 vH vom Bund und zu 55 vH von der Österreichischen Donaukraftwerke AG getragen.

Titel 655 Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge**Gesetzliche Grundlage**

Kraftfahrgesetz 1967, BGBl. Nr. 267/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 296/1987.

Aufgaben

Die Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge ist zur Bearbeitung, Lösung und Begutachtung kraftfahrtechnischer und verkehrstechnischer Fragen und zur Prüfung und Begutachtung von Kraftfahrzeugen und Anhängern und von Teilen und Ausrüstungsgegenständen solcher Fahrzeuge berechtigt.

Sie hat dem Bund als kraftfahrtechnische Prüfanstalt zu dienen und Gutachten zu erstatten.

Die Aktivitäten der Bundesprüfanstalt dienen der Hebung der Sicherheit des Straßenverkehrs.

Ihre wesentlichen Arbeitsgebiete sind:

1. Das kraftfahrtechnische Prüfwesen mit Kontrollmöglichkeit der Prüftätigkeit anderer KFZ-Begutachtungsstellen.
2. Die Erstellung der technischen Unterlagen für die Typengenehmigung von Kraftfahrzeugen, Kraftfahrzeugzubehör- und Ausrüstungsteilen.
3. Überprüfung von in der Bundeshauptstadt zugelassenen Kraftfahrzeugen auf ihre Verkehrssicherheit.

280

Kapitel 65 — Titel 656 und 657

4. Auswertung der dabei gewonnenen Erfahrungen bei der Entstehung und fallweisen Änderung der Straßenverkehrsvorschriften.

5. Beistellung von Sachverständigen und Instrumenten bei der Begutachtung von Verkehrsunfällen und bei Prüfungen an Ort und Stelle.

6. Überprüfung von Kraftfahrzeug-Zubehörteilen auf ihre vorschriftsmäßige Ausführung und sichere Funktion.

7. Überprüfung von Straßenverkehrszeichen und Verkehrsleiteinrichtungen insbesondere auf ihre Rückstrahlfähigkeit.

8. Betreuung der Kraftfahrzeuge der Zentralstellen der Bundesverwaltung.

9. Aufrechterhaltung der Verbindung mit ausländischen Kraftfahrzeugprüfstellen.

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	10,7	6,4	17,1	1,0
1988	12,5	5,2	17,7	1,0
1989	13,5	5,1	18,6	1,1

Titel 656 Verkehrsverbünde**Gesetzliche Grundlagen**

Grund- und Finanzierungsverträge der Verkehrsverbünde.

Aufgaben

Durch die Einführung einheitlicher Verbundfahrkarten ergibt sich für die an den Verkehrsverbünden beteiligten Verkehrsträger ein sogenannter „Durchtarifierungsverlust“. Der Bund wird beim „Verkehrsverbund Ost-Region“ vorweg den Gesamtbetrag des Durchtarifierungsverlustes tragen, während die beteiligten Länder Wien, Niederösterreich und Burgenland die andere Hälfte aufbringen.

Bei den Verkehrsverbünden Linz, Salzburg, Graz, Innsbruck und Vorarlberg ist die Beteiligung der Länder und Gemeinden so geregelt, daß der Bund zwar vorweg auch den gesamten Durchtarifierungsverlust an die beteiligten Verkehrsträger leistet, aber von den genannten Gebietskörperschaften jeweils zwei Drittel vergütet bekommt. Bei den Verkehrsverbünden Wald- und Weinviertel wird das Bundesland Niederösterreich die Hälfte der Kosten zu tragen haben.

	Sachausgaben Millionen Schilling	Einnahmen Millionen Schilling
1989	263,9	134,3

Unterschiede gegen Vorjahre

Der Titel 656 scheint im Bundesvoranschlag 1989 erstmalig auf. Bis zum Jahr 1988 war der Durchtarifierungsverlust der einzelnen Verkehrsverbünde beim Titel 651 mitveranschlagt (für 1988 waren 161,6 Millionen Schilling veranschlagt, für 1987 wurden 152,1 Millionen Schilling verausgabt). Ein Ansteigen der Ausgaben beim Verkehrsverbund Ost-Region ergibt sich durch die sogenannte Phase II — Einbeziehung der Kraftfahrbetriebe im Jahre 1988 — in den VOR-Bereich.

Titel 657 Österreichischer Verkehrssicherheitsfonds**Gesetzliche Grundlage**

Kraftfahrgesetz 1967, BGBl. Nr. 267/1967, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 375/1988.

Aufgaben

Der Österreichische Verkehrssicherheitsfonds wurde als Verwaltungsfonds zur Förderung der Verkehrssicherheit in Österreich geschaffen. Seine Einnahmen rekrutieren sich aus den Abgaben und Kostenbeiträgen für die Zuweisung eines Wunschkennzeichens, aus sonstigen Zuweisungen und aus Erträgen aus Veranlagungen.

Kapitel 65 — Titel 657

281

Seine konkrete Aufgabenstellung liegt in der zweckgebundenen Verwendung der Mittel für

- a) die Förderung von allgemeinen Maßnahmen und konkreten Projekten zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr, insbesondere die Förderung der Verkehrserziehung;
- b) die Durchführung von Studien und Forschungen sowie für Informationen über Forschungen auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit;
- c) vorbereitende Maßnahmen der Planung und Erarbeitung von Orientierungshilfen für Planungen auf dem Gebiet der Straßenverkehrssicherheit;
- d) die Unterstützung der Behörden bei der Administration der Kennzeichen im Sinne des § 48 a Abs. 6;
- e) die Verwaltung und Aufteilung der dem Fonds zufließenden Einnahmen.

	Sachausgaben Millionen	Einnahmen Schilling
1989	0,0	0,0

Unterschiede gegen Vorjahre

Der Titel 657 scheint im Bundesvoranschlag 1989 erstmalig auf.

Kapitel 71 Bundestheater

Die Bundestheater unterstehen dem Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport.

Rechtliche Grundlage

Der Österreichische Bundestheaterverband wurde auf Grund des Erlasses des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 10. Mai 1971, ZA.E. 984-Präs/71, zuletzt geändert durch den Erlaß des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 19. März 1976, Z AE 10 930/1-I/76 als Nachfolge der bisherigen Bundestheaterverwaltung geschaffen.

Organisation

Die Leitung des Österreichischen Bundestheaterverbandes obliegt den Direktoren des Burgtheaters, der Staatsoper, der Volksoper, dem Direktor für kulturelle Angelegenheiten und dem Generalsekretär. Zweck des Verbandes ist es, die Führung der österreichischen Bundestheater, nämlich des Burgtheaters, der Staatsoper und der Volksoper so zu koordinieren, daß unter Berücksichtigung aller künstlerischen, wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen den Erfordernissen einer sparsamen und rationellen Gebarung bei optimalen künstlerischen Ergebnissen Rechnung getragen wird.

Zu den Bundestheatern gehören:

- a) das **Burgtheater**,
das die Nachfolge des im Jahre 1776 gegründeten k. k. Hofburgtheaters angetreten hat und als repräsentatives Repertoiretheater für die dramatische Weltliteratur betrieben wird. Dem Burgtheater ist derzeit das Akademietheater angegliedert, das seine Spielzeit im Jahre 1923 begann. Fallweise werden auch Aufführungen in einem 3. Spielraum geboten.
- b) die **Staatsoper**,
die in den Jahren 1861 bis 1869 errichtet wurde und ein repräsentatives Repertoiretheater für Oper und Ballett mit umfassender Literatur darstellt.
- c) die **Volksoper**,
die von den Bundestheatern erst seit dem Jahre 1945 bespielt wird und als repräsentatives Repertoiretheater für die volkstümliche Oper und Operette und ähnliche Werke geführt wird.

Des weiteren steht der fallweise zur Anmietung gelangende „Französische Saal“ des Künstlerhauses als Spielstätte den Bundestheatern zur Verfügung.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	1 790,0	339,4	2 129,4	502,6
1988	1 756,2	335,8	2 092,0	486,6
1989	1 822,7	348,4	2 171,1	571,3

Ausgaben

Personalausgaben

Der Aktivitätsaufwand umfaßt die Ausgaben für das künstlerische, technische und Verwaltungs-Personal, wobei für die reibungslose Abwicklung des Spielbetriebes die Erbringung von Mehrleistungen unerlässlich ist. Er beläuft sich auf 1 322,7 Millionen Schilling oder 60,9 vH des Gesamtaufwandes.

Der Pensionsaufwand, dessen gesetzliche Grundlage das Bundestheaterpensionsgesetz vom 9. Juli 1958, BGBl. Nr. 159, zuletzt geändert durch die Bundestheaterpensionsgesetz-Novelle vom 30. November 1976, BGBl. Nr. 688, sowie den Artikel V der 47. GG-Novelle, BG vom 17. Juni 1988, BGBl. Nr. 288, bildet, hat im Jahre 1989 eine Größenordnung von 500 Millionen Schilling erreicht, was einen Anteil von 23,1 vH der Gesamtausgaben des Kapitels 71 bedeutet.

Sachausgaben

Die gesamten Sachausgaben sind mit einem Betrag von 348,4 Millionen Schilling, das sind 16,0 vH der Gesamtausgaben, veranschlagt.

Kapitel 71

283

Bei den Anlagen ist die Erneuerung von Bühnen- und Betriebsanlagen aller Theater vorgesehen.

An auswärtigen Gastspielen sind neben den Tournéeen aller Bundestheater in die Bundesländer vor allem im Rahmen der Arbeiterkammer-Tournee noch folgende Gastspiele im Ausland vorgesehen: das Burgtheater in Amsterdam, Antwerpen, Belgrad, Berlin (BRD), Bozen, Brüssel, Hannover, Höchst, Leverkusen, Ludwigsburg, Mühlheim, Zürich; die Staatsoper in Budapest, Helsinki, Barcelona, Japan; die Volksoper in Japan.

Einnahmen

Bei der Veranschlagung der Einnahmen wurde der derzeitige Trend eines anhaltend guten Theaterbesuches berücksichtigt. Weiters wurde davon ausgegangen, daß verschiedene Organisationen, wie das Theater der Jugend, der Kulturring der Stadt Wien, der Österreichische Gewerkschaftsbund und einzelne Gewerkschaften geschlossene Vorstellungen zu bedeutend ermäßigten Preisen angeboten erhalten.

Besucherzahlen

	1984	1985	1986	1987
Burgtheater	344 247 ¹⁾	354 229 ¹⁾	353 184 ¹⁾	314 609 ¹⁾
Akademietheater	149 227	141 510	143 439	137 613
Staatsoper	601 189	602 142	598 297	591 724 ³⁾
Volksoper	416 420 ²⁾	412 611	393 643 ²⁾	396 695

¹⁾ Einschließlich „Dritter Raum“, Lusterboden und Casino.

²⁾ Einschließlich Kassen-Foyer.

³⁾ Einschließlich Künstlerhaus.

Kapitel 74 Glücksspiele (Monopol)

Gesetzliche Grundlage

Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 169/1962, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 292/1986.

Aufgaben

Die Österreichische Glücksspielmonopolverwaltung ist dem Bundesministerium für Finanzen unmittelbar unterstellt und verwaltet die für Rechnung des Bundes betriebenen Glücksspiele:

- a) Zahlenlotto;
- b) Brieflotterie;
- c) Klassenlotterie.

Außerdem übt sie aufsichtsbehördliche Kontrollrechte aus über:

- a) Spielbanken ¹⁾;
- b) Lotto und Sporttoto ²⁾;
- c) alle Arten von Ausspielungen ³⁾.

Ihre Aufgabe erfüllt sie für das gesamte Bundesgebiet mit einer Expositur in Graz sowie mit Hilfe der Lottokollekturen, der Verkaufsstellen der Brieflotterie und der Geschäftsstellen der Klassenlotterie.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	48,1	1 801,2	1 849,3	2 240,7
1988	49,0	1 835,6	1 884,6	2 174,2
1989	50,3	1 783,0	1 833,3	2 143,9

Unterschiede gegen Vorjahre

Die Sachausgaben erhöhen sich bei der Brieflotterie im Zusammenhang mit den bei dieser Sparte zu erwartenden Mehreinnahmen. Beim Zahlenlotto und bei der Klassenlotterie wird auf Grund der bisherigen Entwicklung mit einem Rückgang der Wetteinsätze und den damit zusammenhängenden Sachausgaben gerechnet.

Die Gegenüberstellung der Gebarung 1987 bis 1989 zeigt folgendes Bild:

	1987	1988 Millionen Schilling	1989
Personalausgaben	48,1	49,0	50,3
Sachausgaben			
Zahlenlotto ⁴⁾	74,1	78,7	70,9
Brieflotterie ⁴⁾	583,8	462,5	549,2
Klassenlotterie ⁴⁾	1 031,7	1 190,8	1 046,7
Übrige Gebarung	111,6	103,6	116,2
Summe Sachausgaben ...	1 801,2	1 835,6	1 783,0
Gesamtausgaben ...	1 849,3	1 884,6	1 833,3
Einnahmen			
Zahlenlotto	116,4	116,5	105,0
Brieflotterie	871,1	672,0	798,0
Klassenlotterie	1 209,6	1 354,5	1 210,0
Übrige Gebarung	43,6	31,2	30,9
Gesamteinnahmen ...	2 240,7	2 174,2	2 143,9
Betriebsüberschuß ...	391,4	289,6	310,6

Überdies fließen der Finanzverwaltung im Jahre 1989 Gebühren aus dem Glücksspielmonopol in Höhe von 1 000,0 Millionen Schilling, veranschlagt beim Voranschlagsansatz 2/52524, VA-Post 8432/

Kapitel 74

285

001, ferner die Spielbankabgabe in Höhe von 700,0 Millionen Schilling, veranschlagt beim Voranschlagsansatz 2/52674, und die Konzessionsabgabe in Höhe von 1 600,0 Millionen Schilling, veranschlagt beim Voranschlagsansatz 2/52675, zu.

	Millionen Schilling
Betriebsüberschuß	310,559
hiezuh	
beim VA-Ansatz 2/52524 veranschlagte Gebühren	1 000,000
beim VA-Ansatz 2/52674 veranschlagte Spielbankabgabe	700,000
beim VA-Ansatz 2/52675 veranschlagte Konzessionsabgabe	1 600,000
Summe ...	3 610,559
abzüglich	
beim VA-Ansatz 1/12224 veranschlagte Sportförderung	325,000
beim VA-Ansatz 1/50128 veranschlagte mediale Unterstützung Lotto—Toto	320,000
Gesamtertrag ...	2 965,559

¹⁾ Spielbanken bestehen derzeit: Ganzjährig geöffnet in Wien („Cercle Wien“), Baden bei Wien, Velden am Wörthersee, Salzburg, Seefeld, Riezlern, Linz, Bregenz und Graz. Saisonbetrieb in Badgastein und Kitzbühel.

²⁾ Die Durchführung von Lotto und Sporttoto wurde gem. BGBl. Nr. 292/1986 an die Österreichische Lotto-Toto-Gesellschaft m. b. H. (Konzessionär) übertragen.

³⁾ ZB Tombolas, Lotterien von privaten Institutionen.

⁴⁾ Der Regieaufwand ist nicht in den nebenstehenden Ausgabenbeträgen, sondern bei „Übrige Gebarung“ enthalten.

Kapitel 75 Branntwein (Monopol)

Gesetzliche Grundlagen

Die Tätigkeit der Monopolverwaltung ist durch das aus dem Deutschen Reichsrecht stammende Branntweinmonopolgesetz 1922 geregelt. Im Jahre 1945 sind durch das Gesetz vom 16. November 1945, StGBI. Nr. 236, für das Gebiet der Republik Österreich die dem Präsidenten der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein und die dem Reichsmonopolamte zustehenden Aufgaben auf das Bundesministerium für Finanzen, die der Verwertungsstelle der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein obliegenden Aufgaben auf die neu geschaffene „Verwertungsstelle des Österreichischen Branntweinmonopols“ übergegangen. Die Verwertungsstelle des Österreichischen Branntweinmonopols ist eine dem Bundesministerium für Finanzen unmittelbar unterstellte, zur Führung der kaufmännischen Geschäfte der Monopolverwaltung bestimmte Dienststelle; sie hat sich hiebei nach den grundsätzlichen Weisungen des Bundesministeriums für Finanzen zu richten.

Aufgaben

Die Verwertungsstelle des Österreichischen Branntweinmonopols übernimmt den in den landwirtschaftlichen und gewerblichen Brennereien sowie in den Monopolbrennereien (Sulfitlaugenbrennereien) erzeugten Branntwein, veranlaßt dessen Reinigung, trifft die Dispositionen bezüglich Versand und Lagerung der Raffinadeprodukte und verwertet die letzteren durch Verkauf. Das Bundesministerium für Finanzen setzt die Übernahmepreise für den von den landwirtschaftlichen und gewerblichen Brennereien abgelieferten Rohspiritus fest und regelt die Übernahmepreise für Rohspiritus aus den Monopolbrennereien und die Reinigungslöhne durch Vereinbarungen mit den in die Spirituswirtschaft eingeschalteten Unternehmen.

Brennereien

Die Eigenbrennereien (§ 20 des Branntweinmonopolgesetzes) werden gemäß §§ 24 bis 28 leg. cit. in landwirtschaftliche, gewerbliche und Obstbrennereien eingeteilt. In den nicht abgefundenen landwirtschaftlichen Brennereien werden nur Kartoffel und Getreide, in den gewerblichen Brennereien hauptsächlich Rübenstoffe zu hochprozentigem Rohspiritus verarbeitet, der an die Monopolverwaltung gegen Bezahlung des Übernahmegeldes abzuliefern ist. Zusätzlich liefert eine gewerbliche Brennerei einen aus Kartoffeln und Getreide hergestellten Primasprit der Monopolverwaltung ab. Daneben besteht eine Monopolbrennerei, die auf Grund einer von der Monopolverwaltung für jedes Betriebsjahr erteilten „Gestattung“ die Ablaugen aus der Zellstoffgewinnung zu Rohspiritus verarbeitet. In den Obstbrennereien wird aus Obststoffen Trinkbranntwein erzeugt. Letztere Brennereien sind von der Ablieferung des Branntweins befreit, dafür haben sie für den gewonnenen Branntwein eine Verbrauchsabgabe, den Branntweinaufschlag, zu entrichten, der beim VA-Ansatz 2/52454 veranschlagt wird.

Brennrechte

Den landwirtschaftlichen, gewerblichen und den Obstbrennereien (letztere nur insoweit, als sie unter Verschuß stehen) sind gemäß Art. IV §§ 1 bis 3 der Verordnung zur Einführung des Gesetzes über das Branntweinmonopol in der Ostmark vom 20. August 1939, RGBI. I, S. 1449, sogenannte „Brennrechte“ zugewiesen, das heißt, es wird für jede einzelne Brennerei die Erzeugung einer bestimmten Spiritus- beziehungsweise Branntweinmenge festgesetzt. Die regelmäßigen Brennrechte können für die jährliche Betriebsperiode unter Berücksichtigung der angesammelten Bestände und des voraussichtlichen Verbrauches an Branntwein von der Monopolverwaltung erhöht oder gekürzt werden (Jahresbrennrecht). Wird Branntwein über die Brennrechtsmenge hinaus abgeliefert, wird nicht der volle Übernahmepreis bezahlt, sondern ein Überbrandabzug in Rechnung gestellt. Bei Obstverschußbrennereien wird in diesem Falle ein höherer Branntweinaufschlagsatz erhoben.

Verkaufspreise

Die Großverkaufspreise für unverarbeiteten Branntwein (Spiritus) werden vom Bundesministerium für Finanzen mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates festgesetzt und sind im BGBl. Nr. 551/1981 und 307/1986 verlaublich.

Die Kleinverkaufspreise des von der Verwertungsstelle des Österreichischen Branntweinmonopols abgegebenen Branntweins (Spiritus) sind in den Kundmachungen des Bundesministers für Finanzen vom 9. Dezember 1981 und 11. Juni 1986 enthalten, die in den Amtsblättern der Österreichischen Finanzverwaltung vom 14. Jänner 1982, laufende Nummer 4, und vom 27. Juni 1986, laufende Nummer 177, verlaublich sind.

Kapitel 75

287

Die gemäß § 315 Abs. 4 der Bundesabgabenordnung, BGBl. Nr. 194/1961, eingehobene Überwachungsgebühr für die monopolabgabefreie Branntweinerzeugung zum Hausbedarf wird beim VA-Ansatz 2/52704 vereinnahmt.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Ein- nahmen
1987	12,2	356,4	368,6	931,4
1988	12,2	353,9	366,1	917,9
1989	11,9	359,2	371,1	925,1

Unterschiede der Gebarung

Obwohl im Jahre 1989 weniger Rohspiritus als im Jahre 1988 übernommen werden wird, ergeben sich auf Grund einer verminderten Ablieferung von Sulfitorohspiritus und einer erhöhten Ablieferung von landwirtschaftlichem Rohspiritus und Rohspiritus aus Rübenstoffen höhere Sachausgaben von 5,3 Millionen Schilling. Die um 7,2 Millionen Schilling höheren Einnahmen im Voranschlag 1989 gegenüber 1988 sind auf den höher zu erwartenden Absatz von Extraprimasprit zum regelmäßigen Verkaufspreis, für Trinkbranntwein und für Drogistenzwecke zurückzuführen.

Kapitel 77 Österreichische Bundesforste

Gesetzliche Grundlage

Bundesgesetz vom 17. November 1977 über den Wirtschaftskörper „Österreichische Bundesforste“, BGBl. Nr. 610/1977, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 175/1981.

Aufgaben

Den Österreichischen Bundesforsten obliegt vor allem die Erzielung eines bestmöglichen betriebswirtschaftlichen Erfolges bei der Produktion und der Verwertung des Rohstoffes Holz und der forstlichen Nebenprodukte. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben ist auf die Schutz-, Wohlfahrts- und Erholungswirkungen des Waldes, weiters auf die Interessen der Landwirtschaft sowie auf sonstige öffentliche Interessen Bedacht zu nehmen.

Organisation

Zur Leitung der Österreichischen Bundesforste ist der Vorstand berufen, der an die Weisungen des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft gebunden ist. Dem Wirtschaftsrat obliegt es, die vom Vorstand vorgelegten Berichte zu beraten und die Geschäftsführung des Vorstandes zu überwachen. Die Betriebsführung wird von 66 Forstverwaltungen besorgt, die der Generaldirektion unterstellt sind. Von diesen liegen in Niederösterreich 13, Oberösterreich 14, Salzburg 18, Tirol 10, der Steiermark 8, Kärnten 2 und im Burgenland 1 Forstverwaltung.

Zu den Bundesforsten gehören ferner die Bau- und Maschinenhöfe in Wien-Hütteldorf, in Steinkogl bei Ebensee, in Molln, in Gußwerk in der Steiermark, in St. Johann im Pongau und in Kramsach in Tirol sowie der Waldbauhof in Wieselburg. Als Nebenbetriebe werden die Sägewerke in Gußwerk, in Neuberg/Mürz, in Blühnbach und in Amstetten geführt.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben Millionen	Summe Schilling	Ein- nahmen
1987	1 182,2	587,8	1 770,0	1 839,2
1988	1 212,4	582,3	1 794,7	1 881,0
1989	1 178,1	573,0	1 751,1	1 839,7

Unterschiede gegen Vorjahre

Das Mindererfordernis bei den Personalausgaben beträgt gegenüber dem Erfolg 1987 trotz der Bezugs- und Lohnerhöhungen infolge des sinkenden Personalstandes 4 Millionen Schilling. Gegenüber dem Voranschlag 1988 werden um 34 Millionen Schilling weniger veranschlagt.

Bei den Sachausgaben ist gegenüber dem Voranschlag 1988 ein Rückgang bei den Aufwendungen festzustellen, bei allen übrigen VA-Ansätzen ist keine wesentliche Änderung zu verzeichnen. Gegenüber dem Erfolg 1987 sind um 15 Millionen Schilling geringere Ausgaben vorgesehen.

Es sind um 41 Millionen Schilling weniger Einnahmen veranschlagt als 1988, da bei den Einnahmen aus Roh- und Schnittholzverkäufen wegen der nach wie vor unbefriedigenden Verkaufspreise sowie der Schließung eines Sägewerkes mit geringeren Einnahmen gerechnet werden muß. Im Vergleich zum Erfolg 1987 sind annähernd gleich hohe Einnahmen zu erwarten.

Ausgaben 1989

Personalausgaben

In den Personalausgaben sind die Ausgaben für die Bezüge der aktiven Arbeiter und Angestellten, der Provisions- und Pensionsparteien sowie jene für die gesetzlichen Dienstgeberbeiträge vorgesehen.

Anlagen

Bei den Anlagen sind 136,6 Millionen Schilling veranschlagt, und zwar für Liegenschaften nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen 46,5 Millionen Schilling, für den Erwerb von Seeufergrundstücken

Kapitel 77

289

ken 2,3 Millionen Schilling, für Forstaufschließungen 8,3 Millionen Schilling, für Maschinen und Werkzeuge 24,4 Millionen Schilling, für Hochbauten 27,8 Millionen Schilling, für die Erneuerung des Fahrparks 19,0 Millionen Schilling und für sonstige wertvermehrnde Vorhaben 8,3 Millionen Schilling.

Die ständige Kostenprogression zwingt auch weiterhin zu besonderen Rationalisierungsmaßnahmen des Betriebsablaufes zur Steigerung der Produktivität. Dem stetigen Ansteigen der Personalkosten wird weiterhin nur durch intensiven Maschineneinsatz unter Verwendung der technologisch zweckmäßigsten Geräte im Rahmen der natürlichen Gegebenheiten sowohl bei der Kultur als auch bei der Holzernte sowie durch Verwaltungskonzentration und -automation zu begegnen sein.

Der Neubau von Forststraßen nimmt ab, da die geplante Forstaufschließungsdichte in vielen Gebieten bereits erreicht wurde bzw. in naher Zukunft erreicht werden wird.

Förderungen

Zu den Förderungen zählen die Bezugs-, Lohn- und Pensionsvorschüsse, Beiträge für Forschungsaufgaben, kulturelle bzw. wissenschaftliche Zwecke und die Darlehen für Siedlungsbauten.

Aufwendungen

Bei den Aufwendungen sind veranschlagt: Die „Gesetzlichen Verpflichtungen“, und zwar die Grundsteuer, sonstige Abgaben und Beiträge auf der Basis der Grundsteuermeßbeträge, Gebühren, der Straßenverkehrsbeitrag und andere öffentliche Abgaben. Bei den „Aufwendungen“ sind neben den für die ordnungsgemäße Führung des Gesamtbetriebes erforderlichen Ausgaben auch die Verwaltungserfordernisse, Reisekosten, Aufwandsentschädigungen und Mittel für die Schutzwaldsanierung erfaßt.

Holzeinschlag

Der vorgesehene Einschlag 1989 beträgt rund 2 050 000 fm. Hievon werden rund 200 000 fm als Servitutsholz abgegeben werden müssen, sodaß rund 1 850 000 fm frei verfügbar bleiben.

Der tatsächliche Einschlag im Jahre 1987 betrug 2 053 400 fm, hievon in der Endnutzung 1 530 700 fm und in der Vornutzung 522 700 fm.

Vom freien Einschlag mit rund 1 850 000 fm sollen im Jahre 1989 rund 1 394 000 fm in Regie genutzt werden. Für Eigenbedarf sind hievon 19 000 fm vorgesehen. Für Abgaben am Stock sind 456 000 fm geplant; hievon entfallen auf den Eigenbedarf (Deputathölzer für Arbeiter) 19 000 fm und auf den Verkauf 437 000 fm. Diese Schlägerungen werden hauptsächlich in Waldorten zugewiesen, wo besonders ungünstige Verhältnisse eine Nutzung in Regie als nicht rentabel ausschließen.

Bei den Sägewerken ist ein Verschnitt von rund 128 000 fm Rundholz vorgesehen.

Einnahmen 1989

Die Betriebseinnahmen ergeben sich überwiegend durch Erlöse aus der Holzverwertung.

Die Erträge der Land- und Almwirtschaft bestehen vorwiegend aus den Pachtschillingen für verpachtete Grundstücke.

Aus der Jagd und Fischerei werden Einnahmen durch Verpachtungen, Abschußvergaben, Verkauf von Wildbret und ähnlichem erzielt.

Bei den anderen Nebenwirtschaften ergeben sich die Einnahmen aus der Verwertung von Sand- und Schottergruben sowie aus den Verpachtungen und Vermietungen verschiedener Objekte.

Bei den Sägewerken besteht der Großteil der Einnahmen aus den Schnittholzerlösen.

Einforstungsrechte

Außer den normalen Betriebsaufwendungen haben die Bundesforste noch Leistungen im Rahmen der Einforstungsrechte zu erbringen, die sich auf den Gebarungserfolg auswirken. Der Wert dieser Leistungen im Jahre 1987 stellt sich wie folgt dar:

Nutz- (135 150 fm) und Brennholz (55 655 fm) im Werte von insgesamt rund 87,5 Millionen Schilling, Elementarholz (2 630 fm) im Werte von rund 2,3 Millionen Schilling, Streu (3 456 fm) und Weide (27 552 Rindergräser) im Werte von zusammen 14,5 Millionen Schilling.

¹⁹ Arbeits(Amts)behelf zum BFG

Der Gesamtwert der Leistungen hat 1987 rund 104,3 Millionen Schilling betragen. Die Bewertung erfolgt auf der Basis ortsüblicher Preise.

Außerdem haben die Österreichischen Bundesforste Pensionslasten von 37,2 Millionen Schilling zu tragen, die noch aus der Zeit vor der Schaffung des eigenen Wirtschaftskörpers datieren.

Festzustellen ist auch, daß bei der Waldbewirtschaftung in erhöhtem Ausmaß auf das Landschaftsbild und die Sozialfunktionen des Waldes Bedacht zu nehmen ist, was nicht immer ohne Mehraufwendungen oder Einnahmefälle möglich ist.

Für 1989 erwarten die Österreichischen Bundesforste infolge größter Sparsamkeit auf der Ausgabe- und Einnahmenseite trotz der in preislicher Hinsicht unbefriedigenden Situation auf dem Holzmarkt einen Überschuß von 88,6 Millionen Schilling.

Konjunkturausgleich — Voranschlag

	Millionen Schilling
Stabilisierungsquote	7,600
Konjunkturbelebungsquote	7,600

Der Einsatz zusätzlicher Mittel ist für den Ankauf von Kraftfahrzeugen, Maschinen und Werkzeugen sowie von Material für den Straßen- und Hochbau vorgesehen.

Kapitel 78 Post- und Telegraphenverwaltung

Die Einnahmen und Ausgaben dieses Kapitels ergeben sich aus dem Wirkungsbereich des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr gemäß Bundesministeriengesetz 1986, BGBl. Nr. 76, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 78/1987, insbesondere Anlage zu § 2, Teil 2, Abschnitt L, unter besonderer Berücksichtigung der Stellung der Post- und Telegraphenverwaltung im Bundeshaushalt gemäß Bundeshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 000/1988.

Gesetzliche Grundlagen

Die gesetzlichen Grundlagen für die Tätigkeit der Post- und Telegraphenverwaltung bilden:

a) Auf dem Inlandspostsektor:

Das Postgesetz, BGBl. Nr. 58/1957, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 48/1986.

Auf Grund dieses Gesetzes wurde die Postordnung, BGBl. Nr. 110/1957, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. Nr. 23/1984, erlassen.

Die Schnellpostdienste-Verordnung, BGBl. Nr. 121/1986, und die Kundmachung des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr vom 11. April 1986 über die Festsetzung der Gebühren für Schnellpostdienste, PuTVBl. Nr. 18/1986.

b) Auf dem Auslandspostsektor:

Die Urkunden des Weltpostvereins (Hamburg 1984), BGBl. Nr. 453/1987; die auf Grund der Ermächtigung des Hauptausschusses des Nationalrates vom 16. Feber 1950 ¹⁾ erlassene Verordnung des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr vom 23. September 1987 über die Neufestsetzung der Auslandspostgebühren mit Wirksamkeit vom 1. Feber 1986, BGBl. Nr. 455/1987;

die Schnellpostdienste-Verordnung, BGBl. Nr. 121/1986, und die Kundmachung des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr vom 11. April 1986 über die Festsetzung der Gebühren für Schnellpostdienste, PuTVBl. Nr. 18/1986.

c) Auf dem Inlandsfernmeldesektor:

Das Fernmeldegesetz, BGBl. Nr. 170/1949, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 477/1974 und die gemäß Bundesgesetz vom 5. Juli 1972, BGBl. Nr. 267, auf Gesetzesstufe stehenden Verordnungen:

Die Fernsprechordnung, BGBl. Nr. 276/1966; die Telegraphenordnung, BGBl. Nr. 83/1964, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 617/1977; die Bildübertragungsordnung, BGBl. Nr. 247/1964; die Verordnung über die Errichtung und den Betrieb von Amateurfunkstellen, BGBl. Nr. 30/1954, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. Nr. 326/1962; die Verordnung über die Aussendung und den Empfang von Funknachrichten an mehrere Empfänger, BGBl. Nr. 132/1955; die Verordnung über die Benützung der für den öffentlichen Verkehr bestimmten Fernschreibanlagen und über die Bewilligung zur Errichtung und zum Betrieb von privaten Fernschreibanlagen, BGBl. Nr. 216/1955, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. Nr. 111/1965; die Verordnung über Privatfernmeldeanlagen, BGBl. Nr. 239/1961, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 344/1977; die Verordnung über die Errichtung und den Betrieb von Rundfunk- und Fernseh-rundfunk-Empfangsanlagen, BGBl. Nr. 333/1965, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 338/1978; die Verordnung über Funker-Zeugnisse, BGBl. Nr. 139/1967; das Fernmeldegebührengesetz, BGBl. Nr. 170/1970, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 319/1987; das Telegraphenwegegesetz, BGBl. Nr. 435/1929, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 20/1970.

d) Auf dem Auslandsfernmeldesektor:

Der Internationale Fernmeldevertrag (Malaga-Torremolinos 1973), BGBl. Nr. 413/1977 ⁶⁾, samt Schluß- und Zusatzprotokollen, die Vollzugsordnungen für den Telegrafendienst, den Telefondienst und für den Funkdienst sowie die auf Grund der Ermächtigung des Hauptausschusses des Nationalrates vom 28. November 1984 ¹⁾ erlassenen „Kundmachungen der Gebühren im Fernmeldeverkehr mit dem

Ausland"; die mit Verordnung des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten vom 9. Oktober 1977, BGBl. Nr. 527, dem Bundesministerium für Verkehr erteilten Ermächtigungen;

das Übereinkommen und das Betriebsübereinkommen über die Internationale Fernmeldesatellitenorganisation „INTELSAT" samt Anlage(n), beide im BGBl. Nr. 343/1973, sowie das Übereinkommen und die Betriebsvereinbarung über die Europäische Fernmeldesatellitenorganisation „EUTELSAT" samt Anlagen, beide im BGBl. Nr. 350/1985.

e) Bei der Beförderung von Personen mit Kraftfahrzeugen auf Straßen (Omnibusdienst):

Für den Kraftfahrlinienverkehr das Kraftfahrlineiengesetz, BGBl. Nr. 84/1952, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 265/1966, sowie die auf Grund dieses Gesetzes kundgemachte 1. Durchführungsverordnung, BGBl. Nr. 206/1954, und

für den Gelegenheitsverkehr das Gelegenheitsverkehrs-Gesetz, BGBl. Nr. 85/1952, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 125/1987.

Aufgaben

Der Post- und Telegraphenverwaltung obliegen postbehördliche und gebührenrechtliche Angelegenheiten des Inlandsdienstes sowie die vollzugsdienstlichen Angelegenheiten des Postverkehrs, wie die Annahme, Weiterleitung und Abgabe von Briefsendungen und Paketen, die Übermittlung und Einziehung von Geldbeträgen, die Einzahlung und Auszahlung im Spar- und Scheckverkehr der Österreichischen Postsparkasse sowie sonstige Leistungen im Sinne des § 14 des Postgesetzes; die Vollziehung der Urkunden des Weltpostvereines; die Abrechnung über den gesamten Auslandspostverkehr einschließlich der Flugpost; der Abschluß und die Vollziehung der Sonderübereinkommen mit fremden Postverwaltungen; die Festsetzung der Auslandspostgebühren; die Verbindung mit dem Internationalen Büro des Weltpostvereines in Bern; das Postkurswesen und die Postverbindungen mit dem Ausland einschließlich des Flugpostverkehrs; die Anwendung der Zollvorschriften im Auslandspostdienst; die Wahrung der Fernmeldehoheit des Bundes; die Bewilligung von Fernmeldeanlagen; die Aufsicht über sämtliche Fernmeldeanlagen; die Regelung des Dienstes und Betriebes der Funkanlagen und der dem öffentlichen Verkehr dienenden sonstigen Fernmeldeanlagen; die Ahndung der Verletzungen des Fernmeldehoheitsrechtes; die Bereitstellung und der Betrieb des öffentlichen Fernmeldenetzes; der Abschluß und die Durchführung der internationalen Verträge auf dem Gebiete des Fernmeldewesens; die Geltendmachung des Leitungsrechtes für Fernmeldeanlagen; die Beförderung von Personen und Sachen im Rahmen des Postautoverkehrs.

Weiters obliegt der Post- und Telegraphenverwaltung die Wahrnehmung der aus den Eigentumsrechten des Bundes an der Radio-Austria AG und der Österreichischen Fernmeldetechnischen Entwicklungs- und Förderungsgesellschaft m. b. H. erfließenden Rechte und Befugnisse.

Organisation

Die oberste Leitung obliegt der Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung, die als Sektion III dem Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr eingegliedert ist.

Der Generaldirektion nachgeordnet sind die Post- und Telegraphendirektionen mit dem Sitz in Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz (mit dem Post- und Telegrapheninspektorat in Salzburg) und Wien.

Den Post- und Telegraphendirektionen nachgeordnet sind die Dienststellen des ausübenden Dienstes, und zwar 2 305 Postämter, 370 Poststellen, 13 Fernmeldebauämter, 6 Fernmeldebetriebsämter, 5 Rundfunkämter, 6 Postautobetriebsleitungen und 3 Postverkehrsbüros (Stand 1. Juni 1988).

Im Bereich der Post- und Telegraphendirektion Wien bestehen ferner als selbständige Dienststellen das Fernsprechbetriebsamt, das Fernamt Wien, die Telegraphenzentralstation, das Fernmeldegebührenamt und die Lehrwerkstätte (vormals Fernmeldemonteurschule).

Für das gesamte Bundesgebiet zuständig und daher der Generaldirektion unmittelbar nachgeordnet sind das Fernmeldetechnische Zentralamt, die Fernmeldezentralbauleitung, die Fernmeldezeugverwaltung, die Postzeugverwaltung und das Rechenzentrum der Post- und Telegraphenverwaltung.

Kapitel 78

293

Verkehrsentwicklung**Post- und Fernmeldedienst**

	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
	Anzahl in Tausend						
a) Postsendungen (Inland, Ausland und Flugpostverkehr ²⁾)	2 427 608	2 523 299	2 710 118	2 858 971	3 002 980	3 105 771	3 156 005
b) Ein- und Auszahlungen im Spar- und Scheckverkehr ²⁾ ..	91 603	90 720	94 167	94 793	97 432	100 456	102 542
c) Telegraph:							
Inland:							
Telegramme	1 210	1 173	1 195	1 158	1 234	1 247	1 279
Wörter	26 604	25 976	27 030	26 106	28 337	28 246	29 075
Ausland:							
Telegramme	808	679	608	571	522	482	458
Wörter	22 002	18 819	16 884	15 933	14 752	13 411	12 466
d) Fernschreiber:							
Selbstwählverkehr, Inland und Ausland (Gebühreneinheiten bis Ende 1980 zu S 0,65 und ab 1981 zu S 0,85)	315 497	307 737	315 973	331 543	340 031	344 966	330 001
e) Fernsprecher:							
Inland:							
Handvermittelter Verkehr — Gespräche	10	10	11	12	12	14	16
Minuten	140	137	164	259	291	309	370
Selbstwählverkehr-Gebührenstunden	394 728 ³⁾	414 553 ³⁾	447 456 ³⁾	418 078 ³⁾	439 513 ³⁾	464 579 ³⁾	470 120 ³⁾
Ausland:							
Minuten	478 710	514 269	544 930	597 921	650 270	685 483	— ⁴⁾

Postautodienst

Der Postautodienst dient der Personen- und Sachbeförderung überwiegend im Überlandverkehr; die Fahrzeuge des Postautodienstes werden für die Postbeförderung zwischen den Postdienststellen, für den Einsammel- und Zustelldienst von Postsendungen sowie den Materialtransport für den Bau- und Erhaltungsdienst im Post- und Fernmeldesektor verwendet.

Derzeit werden im Inland 697 Postautolinien, davon 22 Saisonlinien, betrieben. Mit den 41 zwischenstaatlichen Linien (16 nach Deutschland, 9 nach Italien, 8 nach Jugoslawien, 4 nach Ungarn, 3 nach der Schweiz und 1 nach der ČSSR) beträgt die Gesamtzahl der Linien 738. Die einfache Streckenlänge dieser Linien beträgt rund 34 300 Kilometer.

Im Jahre 1987 wurden im Liniendienst (Inland und Ausland) bei einer Leistung von rund 77,9 Millionen Kilometern 116,2 Millionen Personen befördert. Die Gesamtfahrleistung aller Omnibusse unter Einbeziehung der Fahrten im Gelegenheitsverkehr und der Regieleistungen betrug 81,2 Millionen Kilometer. Von den Fahrgästen entfielen allein auf die Schüler mit einer 50%igen Fahrpreisermäßigung 62,8%.

Für den Post- und Fernmeldedienst wurden Leistungen von rund 110,9 Millionen Kilometern erbracht. Darüber hinaus wurden noch mit den Mopeds 8,8 Millionen Kilometer gefahren. Die Gesamtfahrleistung im Postautodienst betrug demnach 200,9 Millionen Kilometer.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben	Sach- ausgaben	Summe	Ein- nahmen
	Millionen Schilling			
1987	22 692,4	14 257,2	36 949,6	40 100,9
1988	22 888,1	15 151,3	38 039,4	43 228,2
1989	23 838,0	15 739,5	39 577,5	45 438,4

Unterschiede gegen Vorjahre

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1988 ergibt sich angesichts der weiteren Bemühungen der Bundesregierung in Richtung der Konsolidierung des Bundeshaushaltes vornehmlich durch ausgaben-seitige Einschränkungen sowie durch verstärkte Unternehmenszielsetzungen, die Post- und Telegraphenverwaltung zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen auszubauen, folgendes Bild:

Ausgaben**Personalausgaben**

Die Steigerung der Personalausgaben ist auf die finanzielle Vorsorge für zusätzliche Aufnahmen auf Grund der Bestimmungen des Allgemeinen Teiles des Stellenplanes sowie aus einer zu erwartenden höheren Anzahl von Pensionsparteien zurückzuführen.

Sachausgaben (Grundbudget)

Die Sachausgaben weisen in ihrer Gesamtsumme gegenüber dem Bundesvoranschlag 1988 zwar eine Erhöhung auf, die aber größtenteils die Ausgaben für Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernsprechgebühren betrifft. Bei dem auch weiterhin erwarteten günstigen Verlauf der Verkehrsentwicklung, der sich in entsprechend hohen Betriebseinnahmen niederschlägt, waren auch die Voranschlagsbeträge für die zwangsläufig anfallenden Aufwendungen anzuheben, um einen geordneten Ablauf der Betriebsleistungen und damit das Einnahmenaufkommen sicherzustellen.

Bei den übrigen VA-Ansätzen wurde unter teilweiser Bedeckung durch Rücklagenentnahmen eingeschränkt veranschlagt, was bei dem von der Post- und Telegraphenverwaltung zu erbringenden Leistungsumfang zweifelsohne einen wesentlichen Beitrag zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes darstellt.

Die Dotierung der wichtigsten Voranschlagsansätze zeigt folgendes Bild:

Bei den Fernmeldeanlagen sind nur relativ geringe Ausgaben für aktivierungsfähige Rechte im Fernmeldedienst veranschlagt; sie waren, dem Bedarf Rechnung tragend, leicht anzuheben. Der überwiegende Teil der Ausgaben für denselben Zweck ist beim VA-Ansatz „Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernsprechgebühren“ vorgesehen.

Die bei den Sonstigen Anlagen der PTV vorgesehenen Ausgabenbeträge sind nur mehr für die Beschaffung von Personenkraftwagen, Omnibussen und Betriebsfahrzeugen, für Restzahlungen für die Beschaffung von Bahnpostwagen der Serie 320, ferner für den Erwerb von Maschinen und maschinellen Anlagen, von Werkzeugen, Betriebsmitteln und ortsfesten Betriebsanlagen des Post- und Postautodienstes einschließlich der dafür erforderlichen Teile bestimmt.

Die gegenüber dem Erfolg 1987 sehr deutliche Ausgabenverringerung bei diesem VA-Ansatz ist, abgesehen von den allgemeinen Konsolidierungsbemühungen im Bundesbudget, auf den Umstand zurückzuführen, daß ab dem Bundesvoranschlag 1988 die Hochbauvorhaben für den Post- und Postautodienst auf Grund des Fernmeldeinvestitionsgesetzes, BGBl. Nr. 312/1971, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 320/1987 (2. FMIG-Novelle 1987), aus zweckgebundenen Fernsprechgebühren (VA-Ansatz „Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernsprechgebühren“) und Zwischenfinanzierung zu bedecken sind.

Die geringfügigen Mehrausgaben gegenüber dem Bundesvoranschlag 1988 werden durch Rücklagenentnahmen bedeckt.

Für den Zivilschutz ist im Bundesvoranschlag 1989 wie im Vorjahr beim Bundesministerium für Inneres (Paragraph 1111) vorgesorgt. Die Verrechnung der Zivilschutzgebarung erfolgt jedoch nach Genehmigung der erforderlichen Ausgaben im Wege eines finanziellen Ausgleiches bei der Ressortgebarung.

Die beim VA-Ansatz Kapitalbeteiligungen vorgesehene Anhebung des Ausgabenbetrages ist auf die Beteiligung an einer Europäischen Gesellschaft zur Bereitstellung von Mehrwertdiensten im Fernmeldebereich zurückzuführen.

Die Förderungen (D), mit denen dringliche Bezugs- und Pensionsvorschüsse geleistet werden, bleiben gegenüber dem Ausgabenrahmen für 1988 unverändert.

Von den für Bezugsvorschüsse vorgesehenen Ausgaben wurde ein Teilbetrag in Höhe von 4,6 Millionen Schilling zusätzlich zu den für die Wohnungsfürsorge der Post- und Telegraphenbediensteten beim VA-Ansatz 1/54255 veranschlagten Beträgen für den Postwohnbau bereitgestellt.

Die beim VA-Ansatz Anlagen nach Maßgabe von Liegenschaftsverkäufen veranschlagten Ausgabenbeträge sind vornehmlich für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden sowie für den Neubau und Umbau von Gebäuden für den Postdienst vorgesehen.

Die gegenüber dem Bundesvoranschlag 1988 eingeschränkten Förderungen dienen der Unterstützung und Förderung einer sinnvollen Freizeitgestaltung der Post- und Telegraphenbedienste-

Kapitel 78

295

ten in Postsport- sowie Postmusikvereinen und bei kulturellen bzw. künstlerischen Aktivitäten; ferner werden über diese Ausgaben Mittel für das „Sozialwerk der Post- und Fernmeldebediensteten“ bereitgestellt und Ausgaben für die Unterstützung der Stiftung „Genesungsheim Kalksburg“ bei diesem VA-Ansatz vorgesehen.

Die Verminderung des Ausgabenbetrages bei den Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen) ist im wesentlichen auf geringere Ausgaben, insbesondere bei den öffentlichen Abgaben und für die Weitergabe von Gebührenanteilen im Post- und Fernmeldedienst auf Grund der gegenwärtig günstigen Kursrelationen zurückzuführen, denen allerdings Mehrausgaben unter anderem für die Haftpflichtversicherung im Kraftfahrdienst wegen einer Prämienhöhung ab 1989, für Benützungsgebühren für Gemeindeeinrichtungen, für Interessentenbeiträge und internationale Beiträge gegenüberstehen. Für die bisher zentral beim Bundeskanzleramt veranschlagten Zahlungen an den Ausgleichstaxfonds gemäß dem Invalideneinstellungsgesetz 1969 war ebenfalls vorzulegen.

Die Voranschlagsbeträge bei den Aufwendungen wurden gegenüber dem Bundesvoranschlag 1988 wegen des günstigen Verlaufes der Verkehrsentwicklung in Summe in unumgänglichem Ausmaß angehoben. Im Zusammenhang damit war es auf Grund der Konsolidierungsbemühungen im Bundeshaushalt nicht zu umgehen, zum Ausgleich dafür bei einzelnen VA-Posten Ausgabeneinschränkungen gegenüber 1988 vorzunehmen.

Bei diesem VA-Ansatz sind erstmals auch die für den Bereich der Post- und Telegraphenverwaltung anfallenden, in ihrer Gesamthöhe nicht unerheblichen Gebühren der österr. Postsparkasse für den Zahlungsverkehr zu tragen, die bis einschließlich 1988 zentral beim Bundesministerium für Finanzen verrechnet worden sind.

Die beim VA-Ansatz Überweisung von Zuschlagserlösen nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen vorgesehene Verminderung der Ausgaben ist auf das Auslaufen der Förderung der IV. Weltwinterspiele für Körperbehinderte 1988 in Innsbruck (Paralympics) gemäß Bundesgesetz vom 7. April 1987, BGBl. Nr. 164/1987, sowie auf die geringeren Einnahmen aus dem Verkauf von Sonderpostmarken mit Zuschlag gegenüber den Vorjahren zurückzuführen.

Die Festsetzung der Ausgaben bei den Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernspreckgebühren beruht auf dem Fernmeldeinvestitionsgesetz, BGBl. Nr. 312/1971, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 320/1987 (2. FMIG-Novelle 1987).

Einnahmen

Bei der Festsetzung der Betriebseinnahmen wurde die bisherige Verkehrsentwicklung berücksichtigt.

Höhere Einnahmen gegenüber dem Bundesvoranschlag 1988 werden insbesondere bei den Telegraphengebühren, bei den Fernspreckgebühren, bei den Funkgebühren sowie insgesamt bei den Gebühren für Fernschreib-, Text- und Datenübertragungsdienste erwartet.

Auch die Postgebühren wurden im Verhältnis zum Einnahmenvoranschlag 1988, der bisherigen Entwicklung des Einnahmenaufkommens Rechnung tragend, höher angesetzt.

Bei den Einnahmen des Omnibusdienstes ist auf Grund der weiterhin rückläufigen Beförderungszahlen und der Gegebenheiten bei der Schülerbeförderung trotz gezielter Marketingmaßnahmen und einer Tarifregulierung zum 29. Feber 1988 mit einer geringen Verminderung des Einnahmenvolumens im Bundesvoranschlag 1989 gegenüber 1988 zu rechnen.

Während bei den Allgemeinen Betriebseinnahmen in ihrer Gesamtheit mit keiner Erhöhung gegenüber dem Bundesvoranschlag 1988 gerechnet werden kann, ist bei den Pensionsbeiträgen durch die Anhebung des Prozentsatzes auf 9,5% der Bemessungsgrundlage und bei der Vergütung der Österreichischen Postsparkasse ein Ansteigen der Einnahmen zu erwarten.

Bei den Übrigen Einnahmen, ausgenommen beim VA-Ansatz Kapitalbeteiligungen, bei dem nach Maßgabe der Beschlüsse der Gesellschaftsorgane der Radio-Austria AG und der Österreichischen Fernmeldetechnischen Entwicklungs- und Förderungsgesellschaft m. b. H. Gewinnausschüttungen, Boni und Dividenden zu verrechnen sind, sowie bei den zweckgebundenen VA-Ansätzen betreffend den Hilfsfonds der Post- und Fernmeldebediensteten ist mit einer leicht rückläufigen Einnahmenentwicklung zu rechnen.

296

Kapitel 78**Verwendung der Sachausgaben****Fernmeldeanlagen**

Voranschlag 1989	Voranschlag 1988	Erfolg 1987	Voranschlag 1988	Unterschied gegenüber	Erfolg 1987
		Millionen Schilling			
0,6	0,5	0,5	+ 0,1		+ 0,1

Die Ausgaben sind für die Abdeckung laufender finanzieller Verpflichtungen für aktivierungsfähige Rechte im Bereich des Fernmeldedienstes veranschlagt.

Sonstige Anlagen der PTV

Voranschlag 1989	Voranschlag 1988	Erfolg 1987	Voranschlag 1988	Unterschied gegenüber	Erfolg 1987
		Millionen Schilling			
491,9	477,8	816,7	+ 14,1		- 324,8

Postautodienst:

Zur Erhaltung und Verbesserung des Fahrzeugparks ist auch für das Jahr 1989 die Beschaffung neuer Fahrzeuge vorgesehen. Dadurch soll, den Betriebserfordernissen Rechnung tragend, das Ausscheiden alter und unwirtschaftlicher Fahrzeuge ermöglicht werden.

Die Anzahl der zu beschaffenden Omnibusse und Regiefahrzeuge für den Postdienst richtet sich nach den im Fahrzeugplan für 1989 vorgesehenen Höchstständen.

Die Erzeugung der neu zu beschaffenden Omnibusse wird bei österreichischen Firmen in Auftrag gegeben.

Durch die Beschaffung moderner Werkstatt- und Garagenausrüstungen, wie zB Waschanlagen und Prüfstände, soll neben der Erleichterung der Arbeitsbedingungen auch ein Rationalisierungseffekt erzielt werden. Ferner wird mit der Erneuerung von Tankanlagen das Grundwasser geschützt und damit ein Beitrag für den Umweltschutz geleistet.

Hochbauwesen

Auf Grund der 2. FMIG-Novelle 1987, BGBl. Nr. 320/1987, werden ab dem Jahre 1988 die Hochbauvorhaben für den Post- und Postautodienst, soweit es sich hierbei nicht um „Anlagen nach Maßgabe von Liegenschaftsverkäufen“ handelt, nicht mehr aus Mitteln des VA-Ansatzes „Sonstige Anlagen der PTV“, sondern aus jenen des VA-Ansatzes „Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernsprechggebühren“ errichtet.

Maschinen, Betriebsmittel und nichtmotorisierte Fahrzeuge

Mit den vorgesehenen Beträgen werden Ergänzungen der postbetriebstechnischen Anlagen beim Postamt 1103 Wien (Südbahnhof) durchgeführt.

Außerdem werden im Rahmen des langfristigen Beschaffungsprogrammes für Bahnpostwagen Restzahlungen für die Serie 320 geleistet.

Die für Maschinen für den Büro- und Betriebsdienst sowie für Betriebsmittel vorgesehenen Beträge sind größtenteils für Ersatzanschaffungen bestimmt.

Kapitalbeteiligungen

Voranschlag 1989	Voranschlag 1988	Erfolg 1987	Voranschlag 1988	Unterschied gegenüber	Erfolg 1987
		Millionen Schilling			
2,7	—	—	+ 2,7		+ 2,7

Bei diesem VA-Ansatz gelangen nach Maßgabe der Beschlüsse der Gesellschaftsorgane der Radio-Austria AG und der Österreichischen Fernmeldetechnischen Entwicklungs- und Förderungsge-

Kapitel 78

297

sellschaft m. b. H. allfällige Kapitaleinzahlungen des Bundes zur Verrechnung. Nach derzeitigem Stand sind im Jahre 1989 Kapitaleinzahlungen an die vorgenannten Unternehmungen nicht vorgesehen.

Außerdem ist eine Beteiligung an der Managed Data Network Services B. V. zur Bereitstellung von Mehrwertdiensten im Fernmeldebereich in Aussicht genommen.

Förderungen (D)

Voranschlag 1989	Voranschlag 1988	Erfolg 1987	Voranschlag 1988	Unterschied gegenüber	Erfolg 1987
		Millionen Schilling			
57,7	57,7	56,3	—		+ 1,4

Bezugs- und Pensionsvorschüsse

Die veranschlagten Beträge sind für die Auszahlung dringlicher Bezugs- und Pensionsvorschüsse vorgesehen.

Anlagen nach Maßgabe von Liegenschaftsverkäufen

Voranschlag 1989	Voranschlag 1988	Erfolg 1987	Voranschlag 1988	Unterschied gegenüber	Erfolg 1987
		Millionen Schilling			
9,3	10,0	—	— 0,7		+ 9,3

Nach Maßgabe von Liegenschaftsverkäufen sollen die zur Verfügung stehenden Beträge vornehmlich für den Neubau und Umbau von Postämtern sowie für die entsprechenden Liegenschaftskäufe eingesetzt werden.

Förderungen

Voranschlag 1989	Voranschlag 1988	Erfolg 1987	Voranschlag 1988	Unterschied gegenüber	Erfolg 1987
		Millionen Schilling			
14,4	15,9	11,2	— 1,5		+ 3,2

Die der Freizeitgestaltung und der Erhaltung des physischen und psychischen Wohlbefindens der Post- und Telegraphenbediensteten dienenden Postsport- und Postmusikvereine sowie die kulturellen bzw. künstlerischen Aktivitäten der Post- und Telegraphenbediensteten werden finanziell unterstützt; außerdem werden Teile des Betriebsaufwandes von Postsportvereinen abgegolten. Des weiteren ist ein Förderungsbeitrag für die Stiftung „Genesungsheim Kalksburg“ vorgesehen.

Die für das „Sozialwerk der Post- und Fernmeldebediensteten“ vorgesehenen Mittel sind für die Betreuung der Bediensteten der Post- und Telegraphenverwaltung, ihrer ehemaligen Bediensteten und deren Angehörigen sowie Hinterbliebenen durch soziale Maßnahmen, insbesondere durch die Führung der Ferienhäuser des Sozialwerkes, bestimmt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Voranschlag 1989	Voranschlag 1988	Erfolg 1987	Voranschlag 1988	Unterschied gegenüber	Erfolg 1987
		Millionen Schilling			
695,1	789,8	1 212,4	— 94,7		— 517,3

Bei diesem VA-Ansatz sind die Erfordernisse für die Weitergabe von Gebührenanteilen bzw. von Einnahmen aus dem Post-, Fernmelde- und Omnibusdienst, die Haftpflichtversicherung im Kraftfahrzeugdienst, die öffentlichen Abgaben (einschließlich der Nachzahlungen an Lohnsteuer und Dienstgeberbeiträgen nach dem Familienlastenausgleichsgesetz 1967 idgF), die Verschleißeranteile, die Ausgaben für die Teilnehmer an der Eignungsausbildung und die Beiträge an internationale Institutionen veranschlagt.

298

Kapitel 78**Aufwendungen**

Voranschlag 1989	Voranschlag 1988	Erfolg 1987	Voranschlag 1988	Unterschied gegenüber	Erfolg 1987
		Millionen Schilling			
5 452,2	5 222,8	4 576,1	+ 229,4		+ 876,1

Allgemeine Betriebsausgaben

Die veranschlagten Beträge werden insbesondere für die Vergütung an die Österreichischen Bundesbahnen für die Postbeförderung, für Beleuchtung und Beheizung, für die Reinigung von Dienststellen und öffentlichen Fernsprechkablen, für die Herstellung von Briefmarken, für den Druck der Amtlichen Telefonbücher sowie von sonstigen Druckwerken und Druckschriften, für die Anmietung sowie den laufenden Aufwand der EDV-Anlagen einschließlich der berufsbegleitenden Fortbildung von Bediensteten auf dem Gebiete der elektronischen Datenverarbeitung im In- und Ausland und ferner für die Beschaffung und Instandhaltung der Betriebsmittel, der Dienstkleider und der persönlichen Schutzausrüstungen verwendet. Größere Beträge sind auch für Reisegebühren — wobei überwiegend Gebühren für Dienstzuteilungen maßgebend sind — und für Aufwandsentschädigungen vorgesehen. Die Ausgaben an Provisionen für die Werbung im Rahmen der Postreklame und die Aufwendungen für die Stromkreisvermietungen in den Transatlantikkabeln sowie für die Benützung zwischenstaatlicher kommerzieller Nachrichten-Satellitensysteme werden ebenfalls zu Lasten dieses VA-Ansatzes bestritten.

Außerdem werden ab dem Jahre 1989 die bisher zentral vom Bundesministerium für Finanzen getragenen Gebühren für den im Wege der Österr. Postsparkasse abgewickelten Zahlungsverkehr der Post- und Telegraphenverwaltung bei diesem VA-Ansatz verrechnet.

Postautodienst

Die zur Verfügung stehenden Ausgabenbeträge sind für die Instandhaltung der Fahrzeuge, für die Ersatzteilbeschaffung, für die Beschaffung von Treib- und Schmierstoffen und für die Bereifung sowie für die Deckung des Aufwandes für die Verkehrsabwicklung und den sonstigen Betriebsaufwand bestimmt. Außerdem ergeben sich Aufwendungen für Fahrzeugmieten.

Fernmeldeanlagen der Übertragungstechnik

Mit den zur Verfügung stehenden Beträgen ist die Beschaffung jener Materialien, elektrischer Bauelemente und Ersatzteile (Übertrager, Widerstände, Röhren, Transistoren, Dioden, Quarze u. dgl.) vorgesehen, welche zur Aufrechterhaltung des betriebssicheren Zustandes sämtlicher Niederfrequenz-, Trägerfrequenz-, Richtfunk-, Funk- und Stromversorgungsanlagen sowie der Anlagen der Fernmelde-satellitentechnik benötigt werden. Ferner werden mit den veranschlagten Beträgen die Ausgaben für die Instandhaltungsarbeiten und für die Wartung von Fernmeldebaugruppen der Übertragungstechnik sowie für die Reparatur der Schnurlostelefone bestritten.

Fernmeldeanlagen der Fernsprechvermittlungstechnik

Bei den Anlagen der Fernsprechvermittlungstechnik sollen mit den vorgesehenen Beträgen jene Anschaffungen und Reparaturen durchgeführt werden, die für den Betrieb und die Instandhaltung der Fernsprechanlagen erforderlich sind.

Fernmeldeanlagen der Linientechnik

Mit den veranschlagten Beträgen werden Kabel, blanke und isolierte Drähte, Leitungsmaste und Fernmeldebauzeug zur Erhaltung der gesamten Koaxial-, Fern- und Netzgruppenkabelanlagen, der oberirdischen Fernleitungsanlagen sowie der Ortsnetze beschafft sowie Instandhaltungs- und Wartungsleistungen durch postfremde Personen und Unternehmungen finanziert.

Fernmeldeanlagen der Text- und Datentechnik

Mit den vorgesehenen Mitteln sind jene Anschaffungen und Instandhaltungen zu bestreiten, die zum Betrieb des Fernschreib- und Datennetzes sowie der Einrichtungen für die Dienste „Bildschirmtext“ und „Fernkopieren“ erforderlich sind.

Hochbauwesen

Die vorgesehenen Beträge dienen der Erhaltung des umfangreichen Gebäudebestandes der Post- und Telegraphenverwaltung sowie der Anmietung von Gebäuden und Räumen.

Kapitel 78

299

Überweisung von Zuschlagserlösen nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen

Voranschlag 1989	Voranschlag 1988	Erfolg 1987	Voranschlag 1988	Unterschied gegenüber	Erfolg 1987
		Millionen Schilling			
2,8	6,6	1,8	—3,8		+ 1,0

Vom vorgesehenen Betrag werden auf Grund des Bundesgesetzes betreffend die Förderung der III. Weltwinterspiele für Körperbehinderte 1984, BGBl. Nr. 161/1983, und auf Grund des Bundesgesetzes betreffend die Förderung der IV. Weltwinterspiele für Körperbehinderte 1988 in Innsbruck (Paralympics), BGBl. Nr. 164/1987, den hierfür in Betracht kommenden Organisationskomitees Restzahlungen zur Verfügung gestellt werden.

Weiters ist die Förderung des Verbandes österreichischer Philatelistenvereine mit ca. 1,8 Millionen Schilling in Aussicht genommen.

Anlagen nach Maßgabe zweckgebundener Fernspreckgebühren

Voranschlag 1989	Voranschlag 1988	Erfolg 1987	Voranschlag 1988	Unterschied gegenüber	Erfolg 1987
		Millionen Schilling			
9 010,0	8 568,0	7 580,2	+ 442,0		+ 1 429,8

Die auf Grund der 2. FMIG-Novelle 1987, BGBl. Nr. 320/1987, zur Verfügung stehenden Mittel sowie die zusätzlich im Wege einer Zwischenfinanzierung aufzubringenden Beträge dienen der Durchführung von Fernmeldeinvestitionsvorhaben, insbesondere der Herstellung von neuen Fernspreckhauptanschlüssen, dem forcierten Ausbau der neuen wartungsarmen, vollelektronischen, digitalen Fernspreckvermittlungssysteme sowie dem weiteren nachfragekonformen Ausbau zukunftsweisender neuer Dienste, der Errichtung der dafür erforderlichen Hochbauvorhaben sowie der Durchführung von Hochbauvorhaben für den Post- und Postautodienst.

Fernmeldeanlagen der Übertragungstechnik

Unter anderem sind im Voranschlag 1989 für Bestellungen des übertragungstechnischen Sektors rund 640,0 Millionen Schilling vorgesehen. Mit diesem Betrag werden die Ausgaben für die Errichtung von Niederfrequenz-, Trägerfrequenz-, Richtfunk-, Funk- und Stromversorgungsanlagen sowie für Einrichtungen für Fernmeldesatellitenverbindungen und für den Erwerb von Stromkreisen in interkontinentalen Übertragungswegen gedeckt.

Fernmeldeanlagen der Fernspreckvermittlungstechnik

Für Bestellaufträge der Fernspreckvermittlungstechnik (Teilnehmer- und Vorfeldanlagen) sowie technische Einrichtungen für den Orts- und Fernverkehr sind 930,9 Millionen Schilling vorgesehen.

Fernmeldeanlagen der Linientechnik

Mit dem im Voranschlag 1989 für den Ausbau von Anlagen der Linientechnik vorgesehenen Betrag von 1 572,2 Millionen Schilling werden für den Ortsnetzausbau ober- und unterirdische Leitungen und für den Ausbau des Weitverkehrsnetzes die dem technischen Bedarf entsprechenden Kabel verlegt und das hierfür erforderliche Fernmeldebauzeug beschafft. Weiters werden in Vermittlungsrelationen zwischen künftigen digitalen Wählämtern und im Weitverkehrsnetz Lichtwellenleiterkabel verlegt.

Außerdem sind Beschaffungen von Werkzeugen, Geräten und Maschinen des Fernmeldedienstes in Höhe von 127,8 Millionen Schilling vorgesehen.

Fernmeldeanlagen der Text- und Datentechnik

Für den Text- und Datendienst sind im Jahre 1989 69,1 Millionen Schilling bestimmt. Damit werden vermittlungstechnische und übertragungstechnische Einrichtungen für den weiteren Ausbau des Fernschreib- und Datennetzes sowie Einrichtungen für die Dienste „Bildschirmtext“ und „Fernkopieren“ beschafft.

300

Kapitel 78**Hochbauwesen**

Für Bestellungen und Liegenschaftskäufe des Hochbausektors (Fernsprechhochbau, allgemeiner Fernmeldehochbau, kombinierter Post- und Fernmeldehochbau sowie entsprechend der 2. FMIG-Novelle 1987 auch Post- und Postautohochbau) sind 1 500,0 Millionen Schilling bestimmt. Dieser Betrag ist hauptsächlich für die Errichtung von Neubauten, Erweiterungsbauten und Umbauten zur Unterbringung der vermittlungstechnischen Einrichtungen von Richtfunkstationen, Fernmeldebauämtern, Fernmeldezeugabteilungen, Bautrupunterkünften, kombinierten Post- und Wählämtern, Postämtern und Postgaragen sowie deren Einrichtung vorgesehen.

Sonstige Ausgaben

Für die Verzinsung der Zwischenfinanzierungen nach dem Fernmeldeinvestitionsgesetz sind rund 2 275,0 Millionen Schilling und für die Tilgung 1 693,5 Millionen Schilling veranschlagt.

Ferner sind für den Ankauf von EDV-Anlagen und EDV-Software für Zwecke des Fernmeldedienstes 121,5 Millionen Schilling und für die Beschaffung von Kraftfahrzeugen für den Fernmeldedienst 80,0 Millionen Schilling veranschlagt. Die Zahl der zu beschaffenden Fahrzeuge für den Fernmeldedienst orientiert sich an den im Fahrzeugplan für 1989 festgelegten Höchstständen.

Hilfsfonds der Post- und Fernmeldebediensteten (zweckgebundene Gebarung)

Der Hilfsfonds der Post- und Fernmeldebediensteten ist durch Statut vom 13. Dezember 1947 eingerichtet worden. Dem Fonds fließen vornehmlich Anteile von Sonderpostmarken-Zuschlägen zu ⁵⁾.

Förderungen (D)

Voranschlag 1989	Voranschlag 1988	Erfolg 1987	Voranschlag 1988	Unterschied gegenüber	Erfolg 1987
		Millionen Schilling			
0,9	0,6	0,2	+0,3		+0,7

Für das Jahr 1989 sind freiwillige Förderungen in Form von zinsenlosen Darlehen in Höhe von 0,9 Millionen Schilling vorgesehen.

Aufwendungen

Voranschlag 1989	Voranschlag 1988	Erfolg 1987	Voranschlag 1988	Unterschied gegenüber	Erfolg 1987
		Millionen Schilling			
1,9	1,6	1,6	+0,3		+0,3

Für die Gewährung von Unterstützungen sind im Jahre 1989 1,9 Millionen Schilling vorgesehen.

Konjunkturausgleich-Voranschlag

Außerdem sind im Konjunkturausgleich-Voranschlag beim VA-Ansatz Sonstige Anlagen der PTV

- in der Stabilisierungsquote 25,1 Millionen Schilling und
- in der Konjunkturbelebungsquote 13,0 Millionen Schilling vorgesehen.

¹⁾ § 4 des Gesetzes vom 13. April 1920, StGBI. Nr. 180, sieht vor, daß der Hauptausschuß des Nationalrates dem zuständigen Bundesminister die Ermächtigung erteilen kann, unter anderem Anordnungen über die Neufestsetzung der Gebühren für die Beförderung von Postsendungen und Telegrammen, ferner der Fernsprechteilnehmer-, Aufnahme- und Sprechgebühren innerhalb eines bestimmten Rahmens oder unter besonderen Voraussetzungen allein zu treffen und unter Berufung auf eine solche vorherige Ermächtigung kundzumachen. Jede derart erfolgte Neuregelung ist dem Hauptausschuß des Nationalrates ungesäumt zur Kenntnis zu bringen.

²⁾ Stückzahl.

³⁾ Ortsverkehr und Inlandfernverkehr sowie Fernverkehr nach den in den Selbstwählfernverkehr einbezogenen Ländern. (Gebührenstrukturänderung durch die Einführung des Feiertagstarifes, die Ausdehnung des Ortstarifes auf die frühere I. Zone sowie die Auflassung der III. und IV. Fernzone.)

⁴⁾ Aus Gründen der internationalen Abrechnung noch nicht erfaßbar.

⁵⁾ Bei Sonderpostmarken mit Zuschlag fließen aus dem Zuschlagserlös nach Abzug der Herstellungskosten 20% dem Hilfsfonds der Post- und Fernmeldebediensteten zu (§ 20 a Postgesetz, BGBl. Nr. 646/1975).

⁶⁾ Der mit 1. Jänner 1984 in Kraft getretene Internationale Fernmeldevertrag (Nairobi 1982) wurde vom Nationalrat noch nicht ratifiziert.

Kapitel 79 Österreichische Bundesbahnen

Gesetzliche Grundlagen

Für die Tätigkeit der Österreichischen Bundesbahnen sind insbesondere nachstehende Rechtsvorschriften von Bedeutung:

- Bundesbahngesetz, BGBl. Nr. 137/1969, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 151/1984,
- Bundesbahn-Ausschreibungsgesetz, BGBl. Nr. 385/1983,
- Bundesbahn-Besoldungsordnung 1963, zuletzt geändert durch die 28. Novelle BGBl. Nr. 292/1988,
- Bundesbahn-Pensionsordnung 1966, zuletzt geändert durch die 15. Novelle BGBl. Nr. 294/1988,
- Bundesbahn-Dienst- und Lohnordnung 1954, zuletzt geändert durch die 33. Novelle BGBl. Nr. 293/1988,
- Eisenbahngesetz 1957, BGBl. Nr. 60, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 305/1976,
- Eisenbahnbeförderungsgesetz (EBG), BGBl. Nr. 180/1988,
- Abkommen über die Gründung der EUROFIMA, BGBl. Nr. 85/1961, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 423/1984,
- Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF), BGBl. Nr. 225/1985, 227/1985, 11/1986, 173/1986, 273/1986, 579/1986 und 21/1988,
- Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 19. Feber 1951, BGBl. Nr. 56, über den Beitritt der Republik Österreich zur „Technischen Einheit im Eisenbahnwesen, Fassung 1938“,
- Gesetz vom 13. April 1920, StGBI. Nr. 180, über die Mitwirkung des Nationalrates (Hauptausschusses) an der Regelung von Eisenbahntarifen,
- Kundmachungen gemäß §§ 3 (BGBl. Nr. 566/1987) und 4 (BGBl. Nr. 567/1987) des vorzitierten Gesetzes über die Neufestsetzung der Tarifgrundlagen der Österreichischen Bundesbahnen für den Personen- und den Reisegepäckverkehr, für den Güterverkehr, über die Ermächtigung des Bundesministers für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen zur Festsetzung besonderer Tarife für bestimmte Strecken der Österreichischen Bundesbahnen sowie über die Neufestsetzung der nicht durch Gesetz zu regelnden Bezüge von Betriebsangehörigen,
- Internationales Abkommen zur Erleichterung des Grenzüberganges für Reisende, Gepäck und Waren im Eisenbahnverkehr (BGBl. Nr. 244/1959),
- Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung einerseits und den Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl anderseits über die Einführung direkter internationaler Eisenbahntarife im Durchgangsverkehr mit Kohle und Stahl durch das Staatsgebiet der Republik Österreich,
- Eisenbahn-Kreuzungs-Verordnung, BGBl. Nr. 2/1961, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. Nr. 123/1988,
- Eisenbahn- und Kraftfahrzeughaftpflichtgesetz — EKHG, BGBl. Nr. 48/1959, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 676/1977,
- Verordnung der Bundesregierung über gemeinwirtschaftliche Leistungen der ÖBB durch Tarifiermäßigungen, die aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht gerechtfertigt sind (Tarifverordnung), BGBl. Nr. 000/1988,
- Nahverkehrsverordnung, BGBl. Nr. 699/1986, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. Nr. 000/1988,
- Verordnung der Bundesregierung über gemeinwirtschaftliche Leistungen der ÖBB durch die Bereithaltung des Schienenverkehrsweges (Schienenverkehrswegverordnung), BGBl. Nr. 273/1987,
- Verordnung der Bundesregierung über gemeinwirtschaftliche Leistungen der ÖBB auf Nebenbahnen (Nebenbahnverordnung), BGBl. Nr. 274/1987.

Organisation

Auf Grund des Bundesgesetzes vom 6. März 1969, BGBl. Nr. 137 (Bundesbahngesetz), in der Fassung der Novelle vom 4. Juli 1973, BGBl. Nr. 392, vom 3. Juli 1975, BGBl. Nr. 401, und vom 29. März 1984, BGBl. Nr. 151, wurde aus den Betrieben und den sonstigen Vermögensschaften des Bundes, die

bei Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes vom Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen, verwaltet wurden, der Wirtschaftskörper „Österreichische Bundesbahnen“ gebildet.

Der Wirtschaftskörper ist ein Zweig der Betriebsverwaltung des Bundes. Mit der obersten Verwaltung der Österreichischen Bundesbahnen ist der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betraut.

Organe der Österreichischen Bundesbahnen sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Der Vorstand bedient sich bei der Führung der Geschäfte der Generaldirektion der Österreichischen Bundesbahnen.

Gliederung der Generaldirektion:

Fachstelle Öffentlichkeitsarbeit und Medienkontakt (ÖM)
 Stabsstelle Betriebswirtschaft (BW)
 Stabsstelle Revision (R)
 Generalsekretariat (GS)
 Personaldirektion (I)
 Finanzdirektion (II)
 Betriebsdirektion (III)
 Verkaufsdirektion (IV)
 Maschinendirektion (V)
 Bau- und Elektrotechnische Direktion (VI)
 Einkaufsdirektion (VII)
 Kraftwagendirektion (VIII)

Der Generaldirektion sind acht Zentralstellen (Zentrale Personalstelle, Pensionsstelle, Zentrale Rechnungsstelle, Zentrale Wagenstelle, Zentrale Verkehrseinnahmen- und Reklamationsstelle, Zentrale Materialstelle, Kraftwerk-Zentralstelle, Elektronische Datenverarbeitung — Rechenzentrum) und vier Bundesbahndirektionen (Wien, Linz, Innsbruck und Villach) nachgeordnet.

Gesamtgebarung

	Personal- ausgaben Millionen Schilling	Sach- ausgaben Millionen Schilling	Summe	Einnahmen
1987	21 823,0	12 864,5	34 687,5	25 664,7
1988	21 920,7	14 098,9	36 019,6	28 584,7
1989	21 879,0	14 083,4	35 962,4	28 857,1

Unterschiede gegen Vorjahre

Ein Vergleich des Voranschlages der Österreichischen Bundesbahnen für 1989 gegenüber dem Voranschlag 1988 bzw. gegenüber dem Erfolg 1987 zeigt folgende Unterschiede:

	Voranschlag 1989	Voranschlag 1988 Millionen Schilling	Unterschied
Aufwand für aktive Bedienstete	18 198,2	18 242,7	— 44,5
Aufwand für Ruhe- und Versorgungsbezüge	3 680,8	3 678,0	+ 2,8
Sachausgaben	14 083,4	14 098,9	— 15,5
Betriebsausgaben	35 962,4	36 019,6	— 57,2
Betriebseinnahmen	28 857,1	28 584,7	+ 272,4
Betriebsabgang	7 105,3	7 434,9	— 329,6
	Voranschlag 1989	Erfolg 1987 Millionen Schilling	Unterschied
Aufwand für aktive Bedienstete	18 198,2	18 164,5	+ 33,7
Aufwand für Ruhe- und Versorgungsbezüge	3 680,8	3 658,5	+ 22,3
Sachausgaben	14 083,4	12 864,5	+ 1 218,9
Betriebsausgaben	35 962,4	34 687,5	+ 1 274,9
Betriebseinnahmen	28 857,1	25 664,7	+ 3 192,4
Betriebsabgang	7 105,3	9 022,8	— 1 917,5

Kapitel 79

303

Betriebsabgang

Der Betriebsabgang weist für 1989 eine Höhe von 7 105,3 Millionen Schilling auf und erfährt gegenüber dem Voranschlag 1988 eine Verminderung um 329,6 Millionen Schilling. Davon entfallen 57,2 Millionen Schilling auf geringere Betriebsausgaben, unter anderem bedingt durch ein niedrigeres Erfordernis bei den Personalausgaben zufolge einer weiteren Absenkung des Bedienstetenstandes. Auf der Einnahmenseite konnten per Saldo um 272,4 Millionen Schilling mehr veranschlagt werden.

Personalausgaben

Die Personalausgaben wurden gegenüber dem Voranschlag 1988 per Saldo um 41,7 Millionen Schilling niedriger veranschlagt. Den Einsparungen beim Aktivitätsaufwand in Höhe von 44,5 Millionen Schilling — Saldo aus Minderausgaben zufolge Verminderung des Personalstandes und höheren Erfordernissen durch die Bezugserhöhung per 1. Juli 1988 — stehen Mehrausgaben beim Pensionsaufwand zufolge eines etwas höheren Standes an Pensionsparteien in Höhe von 2,8 Millionen Schilling gegenüber.

Sachausgaben

Die Sachausgaben wurden gegenüber dem Bundesvoranschlag 1988 in Summe um 15,5 Millionen Schilling niedriger veranschlagt. Bei den einzelnen VA-Ansätzen ergeben sich folgende Unterschiede:

	Voranschlag 1989	Voranschlag 1988 Millionen Schilling	Unterschied
a) Anlagen	4 438,0	4 666,0	— 228,0
b) Förderungen	60,0	59,3	+ 0,7
c) Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	1 044,0	818,0	+ 226,0
d) Aufwendungen	6 181,8	6 250,2	— 68,4
e) Kapitalbeteiligungen	18,0	—	+ 18,0
f) Hochleistungsstrecken	1 239,0	345,0	+ 894,0
g) Transitkorridor Lendorf	155,0	840,0	— 685,0
h) Nahverkehr	651,0	640,0	+ 11,0
i) Nahverkehr — Schienenverbundvertrag	10,0	44,0	— 34,0
j) Nebenbahnen	97,0	238,0	— 141,0
k) Mittel des Katastrophenfonds	189,6	198,4	— 8,8
Zusammen ...	14 083,4	14 098,9	— 15,5

Anlagen

Für die Substanzerhaltung und Modernisierung der Anlagen der Österreichischen Bundesbahnen stehen im Bundesvoranschlag 1989 4 438,0 Millionen Schilling zur Verfügung. Damit wird das Investitionsvolumen des Bundesvoranschlages 1988 bei diesem Ansatz größenordnungsmäßig in etwa erreicht.

Die veranschlagten Beträge werden überwiegend für die Erneuerung des Fahrweges (Oberbau, Unterbau, Brücken und Energieübertragungs- und -leitungseinrichtungen), der Sicherungs- und Fernmeldeanlagen, der sonstigen baulichen Anlagen und für Zahlungen aus Fahrparkbestellungen verwendet.

Weitere Investitionsschwerpunkte sind die Bauarbeiten am Großverschiebebahnhof Villach-Süd (Endphase), der Bahnhofsumbau Bregenz, der Beginn der Arbeiten bzw. Vorarbeiten im Zusammenhang mit der Elektrifizierung der Strecken Hollabrunn—Unterretzbach und Sigmundsherberg—Gmünd, die Errichtung von Energieerzeugungsanlagen, die Schaffung von sicherungs- und fernmeldetechnischen Einrichtungen in Bahnhöfen und Strecken sowie die Auflassung schienengleicher Eisenbahnkreuzungen.

Förderungen

Unter diesen Voranschlagsansätzen sind im wesentlichen die Ausgaben für die Bezugs- und Pensionsvorschüsse veranschlagt. Außerdem sind Darlehen für Siedlungsbauten zur Förderung des Wohnungsbaues für Bundesbahnbedienstete bei Kapitel 54 in der Höhe von 83,1 Millionen Schilling veranschlagt.

Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)

Bei diesem VA-Ansatz wurden für 1989 1 044,0 Millionen Schilling veranschlagt. Im Vergleich zum Bundesvoranschlag 1988 ergeben sich höhere Ausgaben von 226,0 Millionen Schilling. Davon entfallen 194,0 Millionen Schilling auf höhere EUROFIMA-Rückzahlungsverpflichtungen. Die restlichen Mehrausgaben von 32,0 Millionen Schilling sind im wesentlichen auf die geänderte Verrechnung jener Gebühren zurückzuführen, die mittels Bescheiden von Gemeinden vorgeschrieben werden (im Bundesvoranschlag 1988 beim Ansatz „Aufwendungen“ präliminiert).

Aufwendungen

Die Ausgaben dieses VA-Ansatzes wurden gegenüber dem Bundesvoranschlag 1988 per Saldo um 68,4 Millionen Schilling niedriger veranschlagt. Einsparungen ergaben sich vor allem beim Energieaufwand (101,5 Millionen Schilling ua. wegen des geringeren mengenmäßigen Bedarfes bei den Treibstoffen durch die Aufnahme der elektrischen Zugförderung auf der Drautalstrecke und die Einstellung von Nebenbahnen) sowie bei den Nebengebühren (26,0 Millionen Schilling). Weiters wurde im Rahmen der zweckgebundenen Gebarung als Folge eines geringeren Erfordernisses für die Beschaffung von Hausbrandbrennstoffen um 52,8 Millionen Schilling geringere Ausgaben präliminiert. Dagegen mußte die Vorsorge für die Instandhaltung der Anlagen durch den vermehrten Anfall planmäßiger Revisionsarbeiten im Jahr 1989 um 44,3 Millionen Schilling höher dotiert werden. Die übrigen Posten dieses Ansatzes weisen per Saldo Mehrausgaben von 67,6 Millionen Schilling auf. Sie sind im wesentlichen auf die Anhebung der Postfernsprechgebühren, auf höhere Provisionen im Personen- und Güterverkehr auf Grund der erwarteten Zunahme des Verkehrsaufkommens sowie auf verstärkte Bemühungen im Rahmen der Werbung und Öffentlichkeitsarbeit zurückzuführen.

Kapitalbeteiligungen

Die für 1989 veranschlagten Mittel beziehen sich auf eine Vorsorge für den Erwerb einer Minderheitsbeteiligung an einer inländischen Speditionsfirma zur Verbesserung der Marktchancen der ÖBB im internationalen Güterverkehr.

Hochleistungsstrecken

Der Ansatzbetrag soll gemeinsam mit vorgesehenen Fremdfinanzierungen zum Ausbau verschiedener Strecken zu einem Hochleistungsstreckennetz eingesetzt werden. Die Ausbaumaßnahmen betreffen vor allem die West- und Südbahnstrecke, die Tauernbahn, Schoberpaß-, Brenner- und Arlbergstrecke. Außerdem erfolgt 1989 der Beginn der Bauarbeiten zur Errichtung eines Semmering-Basistunnels. Weiters sind zu erwähnen Bahnhofsusbauten, die Errichtung von Güterterminals und der Bau von Park and Ride-Anlagen.

Transitkorridor Lendorf

Der Ansatzbetrag in Höhe von 155,0 Millionen Schilling ist erforderlich, um die Ausbaumaßnahmen soweit fortzusetzen bzw. zu beenden, daß die Inbetriebnahme im grenzüberschreitenden Verkehr mit Italien mit Sommerfahrplan 1989 (Aufnahme des elektrischen Betriebes bis Lienz bereits ab Dezember 1988) erfolgen kann.

Das Finanzierungserfordernis für den Ausbau der Brennerstrecke wurde nicht wie im Vorjahr in das gegenständliche Budgetpräliminare einbezogen, sondern mit einem Mittelerfordernis von 550 Millionen Schilling im Rahmen des VA-Ansatzes „Hochleistungsstrecken“ veranschlagt.

Nahverkehr

Mit dem Ansatzbetrag von 651,0 Millionen Schilling ist die planmäßige Fortsetzung der mit den Gebietskörperschaften vereinbarten Ausbaumaßnahmen bzw. die Inangriffnahme der vor Vertragsabschluß befindlichen Vorhaben „Ötztal — Landeck“ und „Salzburg — Golling“ sichergestellt. Der Betrag von 651,0 Millionen Schilling ist für bauliche Maßnahmen einschließlich Grunderwerb vorgesehen.

Nahverkehr-Schienenverbundvertrag

Unter diesem VA-Ansatz ist für bauliche Maßnahmen im Rahmen des Schienenverbundprojektes — insbesondere im Zusammenhang mit Restzahlungen für die Vorortelinie — mit 10,0 Millionen Schilling vorgesorgt.

Kapitel 79

305

Nebenbahnen

Für die Attraktivierung der Nebenbahnen ist ein Betrag von 97,0 Millionen Schilling vorgesehen. Dieser Betrag wird für Zahlungen aus bestehenden Verpflichtungen betreffend die Lieferung von Nebenbahntriebwagen sowie für bauliche Maßnahmen (Verbesserungen an Eisenbahnkreuzungen, Maßnahmen am Oberbau, Zugleitbetrieb etc.) insbesondere auf der Mariazellerbahn, auf Nebenbahnen im nördlichen Burgenland, südlichen Niederösterreich und Oberösterreich verwendet werden.

Mittel des Katastrophenfonds (zweckgebundene Gebarung)

Der veranschlagte Betrag von 189,6 Millionen Schilling wird ausschließlich für die Beseitigung von Schäden im Sinne des Katastrophenfondsgesetzes verwendet werden.

Betriebseinnahmen

Bei den für 1989 veranschlagten Einnahmen ergeben sich gegenüber dem Voranschlag 1988 bzw. gegenüber dem Erfolg 1987 folgende Unterschiede:

	Voranschlag 1989	Voranschlag 1988 Millionen Schilling	Unterschied
a) Allgemeine Betriebseinnahmen	4 105,8	3 656,7	+ 449,1
b) Personenverkehrseinnahmen	5 850,0	5 830,0	+ 20,0
c) Güterverkehrseinnahmen	10 475,0	10 300,0	+ 175,0
d) Abgeltungen	6 696,9	7 187,8	- 490,9
e) Darlehensrückzahlungen und Vorschußsätze	58,0	58,0	—
f) Kapitalbeteiligungen	1,8	1,8	—
g) Pensionsbeiträge	1 480,0	1 352,0	+ 128,0
h) Mittel des Katastrophenfonds	189,6	198,4	- 8,8
Summe ...	28 857,1	28 584,7	+ 272,4

	Voranschlag 1989	Erfolg 1987 Millionen Schilling	Unterschied
a) Allgemeine Betriebseinnahmen	4 105,8	3 456,8	+ 649,0
b) Personenverkehrseinnahmen	5 850,0	4 810,4	+ 1 039,6
c) Güterverkehrseinnahmen	10 475,0	9 476,4	+ 998,6
d) Abgeltungen	6 696,9	6 185,7	+ 511,2
e) Darlehensrückzahlungen und Vorschußsätze	58,0	62,0	- 4,0
f) Kapitalbeteiligungen	1,8	1,8	—
g) Pensionsbeiträge	1 480,0	1 478,4	+ 1,6
h) Mittel des Katastrophenfonds	189,6	193,2	- 3,6
Summe ...	28 857,1	25 664,7	+ 3 192,4

Die Allgemeinen Betriebseinnahmen wurden gegenüber dem Voranschlag 1988 um 449,1 Millionen Schilling höher veranschlagt. Davon entfallen 434,1 Millionen Schilling auf höhere zweckgebundene Einnahmen, unter anderem aus zusätzlichen Grundverkäufen zur Finanzierung von Investitionsvorhaben.

Bei den erfolgswirksamen Einnahmen wurden höhere Einnahmen von per Saldo 15,0 Millionen Schilling präliminiert. Mehreinnahmen sind hier insbesondere zu erwarten bei den Wagenmieten (30,0 Millionen Schilling ua. zufolge der Anhebung von Vergütungssätzen) und bei den Erlösen aus Mieten und Pachten (11,0 Millionen Schilling). Demgegenüber reduzieren sich die Vergütungen bzw. Überweisungen von Bundesdienststellen und Bundesbetrieben um 14,2 Millionen Schilling und die Vergütungen der Mineralölsteuer um 11,0 Millionen Schilling (geringerer Dieselverbrauch zufolge Elektrifizierung der Drautalstrecke und Einstellung von Nebenbahnen). Der Rest von 0,8 Millionen Schilling betrifft per Saldo geringere Entgelte bei diversen sonstigen VA-Posten.

Die Personenverkehrseinnahmen wurden um 20,0 Millionen Schilling höher präliminiert. Durch verschiedene Angebotsverbesserungen (zB. Einführung rascher Früh- und Abendverbindungen zwischen Wien und den Bundesländern) sowie sonstige Maßnahmen in Umsetzung des neuen

Marketingkonzeptes rechnen die ÖBB mit einer leichten Zunahme des Beförderungsaufkommens insbesondere im Bereich des Fernverkehrs.

Die Güterverkehrseinnahmen wurden um 175,0 Millionen Schilling höher präliminiert. Als Folge der günstigeren Konjunkturlage ist mit einer steigenden Nachfrage nach Transportleistungen der Bahn zu rechnen. Darüber hinaus wollen die ÖBB durch etliche Maßnahmen im Zuge des neuen Marketingkonzeptes (zB. schnellere Frachtabfuhr und Durchführung zusätzlicher Zustellfahrten) ihre Leistungsfähigkeit und Konkurrenzsituation am Verkehrsmarkt verbessern.

Für die Abgeltungen gemäß § 18 Bundesbahngesetz bzw. § 8 Straßenverkehrsbeitragsgesetz wurden per Saldo um 490,9 Millionen Schilling weniger veranschlagt. Die geringeren Überweisungen an die ÖBB beziehen sich hauptsächlich auf die Nebenbahnabgeltung gemäß § 18 lit. c Bundesbahngesetz. Darin kommen ua. auch die ganzjährigen Auswirkungen aus der Einstellung des Betriebes auf Nebenbahnen bzw. Nebenbahnabschnitten ab Sommerfahrplan 1988 zum Tragen.

Die Darlehensrückzahlungen und Vorschußersätze wurden in gleicher Höhe wie im Bundesvoranschlag 1988 veranschlagt. Der Gesamtrahmen für die Gewährung von Bezugs- und Pensionsvorschüssen wird 1989 in etwa in der selben Höhe wie 1988 liegen. Es ergeben sich dadurch annähernd gleichhohe Rückzahlungsverpflichtungen wie im laufenden Geschäftsjahr.

Die veranschlagten Einnahmen aus Kapitalbeteiligungen betreffen im wesentlichen Dividenden aus der Eurofirma-Beteiligung.

Die Pensionsbeiträge wurden um insgesamt 128,0 Millionen Schilling höher präliminiert. Davon entfallen 50,0 Millionen Schilling auf höhere Überweisungen von Pensionsträgern. Die restlichen Mehreinnahmen von 78,0 Millionen Schilling sind auf höhere Pensionsbeiträge der Beamten zurückzuführen.

Aus dem Katastrophenfonds erwarten die Österreichischen Bundesbahnen Zuteilungen von 189,6 Millionen Schilling. Die korrespondierenden Ausgaben sind beim VA-Ansatz „Mittel des Katastrophenfonds“ veranschlagt.

Betriebliche Daten

1. Personalstand

Entwicklung des Personalstandes (Stellenplan):

	Erfolg 1987 Stand im Jahres- durchschnitt	Stellenplan 1988	Stellenplan 1989
Beamte	53 898	54 198	53 648
Vertragsbedienstete	562	520	466
Lohnbedienstete	12 145	11 359	11 265
Ständiges Personal (Summe) ...	66 605	66 077	65 379
Bahnbetriebsärzte ¹⁾	40	42	42
Teilbeschäftigte ¹⁾	982	1 011	1 011
Hausbesorger ¹⁾	88	91	91
Jugendliche, Anlernkräfte und Lehrlinge	1 364	1 700	1 630
Nichtständiges Personal (Summe) ...	2 474	2 844	2 774
Zusammen ...	69 079	68 921	68 153
Stand an Ruhe- und Versorgungsbezugsempfängern:			
Ruhebezugsempfänger	42 398	42 350	43 200
Ordentliche Versorgungsempfänger	31 912	31 380	30 840
Außerordentliche Versorgungsempfänger	76	70	60
Zusammen ...	74 386	73 800	74 100

¹⁾ Umgerechnet auf ganzjährig vollbeschäftigte Bedienstete.

Kapitel 79

307

2. Schienennetz

Die Österreichischen Bundesbahnen verfügen über folgendes Schienennetz (Baulänge am Jahresende 1987):

Vollspur:	
viergleisig	6,0 km
dreigleisig	2,6 km
zweigleisig	1 594,3 km
eingleisig	3 785,5 km
Schmalspur:	
eingleisig	379,1 km
Summe ...	
5 767,5 km	
hievon elektrifiziert ...	
3 144,7 km	

Die Kraftwagendirektion der Österreichischen Bundesbahnen betreibt Kraftwagenlinien mit einer Netzlänge von 9 485 km im Personenverkehr und 22 533 km im Güterverkehr (Stand am Jahresende 1987). Außerdem betreiben die Österreichischen Bundesbahnen Schifffahrtslinien am Bodensee und am Wolfgangsee.

3. Betriebsleistungen

Dem Voranschlag 1989 liegen folgende Leistungen der Schienenfahrzeuge zugrunde:

	Personenverkehr	Güterverkehr	Summe
1 000 Zug-km	65 800	37 900	103 700
Millionen Bruttotonnen-km	15 810	25 155	40 965

Gegenüber dem Voranschlag 1988 bzw. dem Erfolg 1987 ergeben sich folgende Unterschiede:

	Voranschlag 1989 gegenüber Voranschlag 1988 Erfolg 1987	
	1 000 Zug-km	
Personenverkehr	— 165	+ 161
Güterverkehr	+ 300	— 22
Summe ...	+ 135	+ 139
	Millionen Bruttotonnen-km	
Personenverkehr	+ 113	+ 225
Güterverkehr	— 195	+ 37
Summe ...	— 82	+ 262

Im Reisezugverkehr wurde gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung der Bruttotonnenkilometer-Leistung veranschlagt. Die Zunahme ergibt sich vor allem im Fernverkehr durch eine Reihe von Angebotsverbesserungen im Zuge der Umsetzung des neuen Marketingkonzeptes (ua. Führung rascher Tagesrandverbindungen zwischen Wien und den westlichen bzw. südlichen Bundesländern). Bei der Anzahl der gefahrenen Züge findet dagegen die Einstellung des Personenverkehrs auf verschiedenen Strecken bzw. Streckenabschnitten der Nebenbahnen ihren Niederschlag.

Die Leistungen des Güterverkehrs der Schiene wurden gegenüber dem Vorjahr um 300 000 Zugkilometer höher präliminiert. Durch häufigere Zugverbindungen wollen die ÖBB auf die erwartete Zunahme des Transportaufkommens reagieren und eine raschere Frachtabfuhr gewährleisten.

Für den Kraftwagendienst der Österreichischen Bundesbahnen wurden für 1989 im Personenverkehr 46,3 Millionen Nutzkilometer und im Güterverkehr 8,8 Millionen Nutzkilometer veranschlagt.

Konjunkturausgleich-Voranschlag

Der Konjunkturausgleich-Voranschlag sieht in der Stabilisierungsquote 1 000,0 Millionen Schilling vor.

Hauptüberblick 1989 — Inlandwirksame Gebarung

309

B. Sonstiges**I. Hauptüberblick über den Bundesvoranschlag 1989****Inlandwirksame Gebarung**

Die nachfolgenden Übersichten geben Aufschluß über die Größenordnung einzelner Einnahmen- und Ausgabengruppen:

EINNAHMEN	Bundes- voranschlag 1989	Bundes- voranschlag 1988 Millionen Schilling	Erfolg 1987
1. Allgemeiner Haushalt:			
1.1 Öffentliche Abgaben ¹⁾ :			
Einkommen- und Vermögensteuern ²⁾	97 449	98 505	74 904
Übrige öffentliche Abgaben ³⁾	155 851	145 327	142 618
Sonstige Einnahmen ⁴⁾	165	350	128
Summe 1.1 ...	253 465	244 182	217 650
1.2 Abgabenähnliche Einnahmen:			
Direkte Abgaben ⁵⁾	67 512	2 138	60 678
Indirekte Abgaben ⁶⁾	2 138	2 171	2 397
Summe 1.2 ...	69 650	67 323	63 075
1.3 Bundesbetriebe:			
Bundestheater	571	487	503
Glücksspiele (Monopol)	2 144	2 174	2 241
Branntwein (Monopol)	925	918	931
Hauptmünzamt		229	219
Österreichische Bundesforste	1 840	1 881	1 839
Post- und Telegraphenverwaltung	45 438	43 228	40 101
Österreichische Bundesbahnen	28 857	28 585	25 665
Summe 1.3 ...	79 775	77 502	71 499
1.4 Sonstige Einnahmen der Hoheitsverwaltung	59 705	57 477	57 332
Summe 1 ...	462 595	446 484	409 556
2. Ausgleichshaushalt	136 184	147 198
Ingesamt ...	598 778	593 682	409 556

Fußnoten siehe Seite 311.

310

Inlandwirksame Gebarung (Einnahmen)

	Bundes- voranschlag 1989	Bundes- voranschlag 1988 Millionen Schilling	Erfolg 1987
ab: 3. Im Inland nachfrageunwirksame Einnahmen des allgemeinen Haushaltes:			
3.1 Einnahmen aus dem Ausland:			
Veräußerungen von ausländischen Beteiligungen ⁷⁾	0	0	377
Internationale Finanzinstitutionen ⁸⁾		0	
Veräußerungen von ausländischen Wertpapieren ⁹⁾		1	1
Rückzahlung von Darlehen aus dem Ausland ¹⁰⁾	49	105	70
Beitragsleistung gemäß Bonner Regierungsabkommen ¹¹⁾	140	40	55
Einnahmen aus Vermögensverträgen ¹²⁾ ..	52	59	84
Vertrag mit der BRD über Kriegsoferversorgung und Beschäftigung Schwerbeschädigter ¹³⁾	7	8	5
Sonstige laufende Einnahmen aus dem Ausland ¹⁴⁾	169	172	164
Kapitaltransferzahlungen aus dem Ausland ¹⁵⁾	4	4	52
Summe 3.1 ...	420	389	808
3.2 Entnahme aus Rücklagen:			
Haushaltsrücklagen ¹⁶⁾	6 646	4 151	4 865
Ersatz vom Reservefonds für Familienbeihilfen ¹⁷⁾	900	1 350	1 367
Ersatz vom Reservefonds nach dem AIVG ¹⁸⁾	0	0	69
Summe 3.2 ...	7 546	5 501	6 301
3.3 Sonstige unwirksame Einnahmen:			
Kursgewinne ¹⁹⁾	25	35	125
Entnahme von Wertpapieren von Trägern des öffentlichen Rechtes (einschließlich Wertpapiere des Umlaufvermögens) ²⁰⁾ ...	36	109	71
Haftungsübernahmen des Bundes ²¹⁾	7 032	7 342	12 020
Überweisungen des ERP-Fonds ²²⁾	0	0	
Kostenersatz für eingezogene Scheidemünzen ²³⁾	1	667	569
Überweisungen zwischen Kapiteln des Bundeshaushaltes aufgrund von Gesetzen ²⁴⁾	14 077	18 790	8 532
Summe 3.3 ...	21 170	26 943	21 317
ab: 4. Im Inland nachfrageunwirksame Einnahmen des Ausgleichshaushaltes:			
Aufnahme von Finanzschulden in inländischer Währung ²⁵⁾	101 184	112 198	
Aufnahme von Finanzschulden in fremder Währung ²⁶⁾	0	0	
Aufnahme von Schulden (ohne Finanzschulden) für den laufenden Aufwand ²⁷⁾	35 000	35 000	
Summe 4 ...	136 184	147 198	
Summe (Nachfrageunwirksame Einnahmen) ...	165 320	180 030	28 426
Verbleibende Einnahmen ...	433 458	413 652	381 130

Fußnoten siehe Seite 311.

Inlandwirksame Gebarung (Ausgaben)

311

Fußnoten zu den Seiten 309 und 310:

- ¹⁾ Kapitel 52.
- ²⁾ Kapitel 52, Voranschlagsposten 83 ...
- ³⁾ Kapitel 52, Voranschlagsposten 84 ...
- ⁴⁾ Voranschlagsansatz 52704, Voranschlagsposten: 8031, 8810 und 8851.
- ⁵⁾ Voranschlagsposten 83 .. der Kapitel 01 bis 65 (ausgenommen Kapitel 52).
- ⁶⁾ Voranschlagsposten 84 .. der Kapitel 01 bis 65 (ausgenommen Kapitel 52).
- ⁷⁾ Voranschlagsposten 081 ..
- ⁸⁾ Voranschlagspost 8232 des Voranschlagsansatzes 54054.
- ⁹⁾ Voranschlagsposten 088 ..
- ¹⁰⁾ Voranschlagsposten 249 .., 259 .. und 268 ..
- ¹¹⁾ Voranschlagsansatz 55204.
- ¹²⁾ Voranschlagsposten 884 .. der Titel 503 und (bis einschließlich BVA 1988) 572.
- ¹³⁾ Voranschlagsposten 883 .. des Voranschlagsansatzes 15784.
- ¹⁴⁾ Voranschlagsposten 883 .. und 884 .. (mit Ausnahme der entsprechenden Voranschlagsposten bei den Voranschlagsansätzen: 15784, 503 .., 55204 und (bis einschließlich BVA 1988) 572 ..).
- ¹⁵⁾ Voranschlagsposten 886 .., 887 .. und 888 ..
- ¹⁶⁾ Voranschlagsposten 298 ..
- ¹⁷⁾ Post-Untergliederung .. 45 der Voranschlagsposten 853 .. und 858 ..
- ¹⁸⁾ Post-Untergliederung .. 81 der Voranschlagsposten 853 .. und 858 ..
- ¹⁹⁾ Voranschlagsposten 8292 und 8298.
- ²⁰⁾ Voranschlagsposten 085 .. und 223 ..
- ²¹⁾ Titel 547 ..
- ²²⁾ Post-Untergliederung .. 61 der Voranschlagsposten 853 .. und 858 ..
- ²³⁾ Paragraph 5010.
- ²⁴⁾ Voranschlagsposten 8262.
- ²⁵⁾ Voranschlagsposten 30 ...
- ²⁶⁾ Voranschlagsposten 31 ...
- ²⁷⁾ Voranschlagsposten 355 ..

AUSGABEN		Bundes- voranschlag 1989	Bundes- voranschlag 1988 Millionen Schilling	Erfolg 1987
1. Allgemeiner Haushalt:				
1.1 Hoheitsverwaltung		446 886	437 201	436 548
1.2 Bundesbetriebe:				
Bundestheater		2 171	2 092	2 129
Glücksspiele (Monopol)		1 833	1 885	1 849
Branntwein (Monopol)		371	366	369
Hauptmünzamt			186	158
Österreichische Bundesforste		1 751	1 795	1 770
Post- und Telegraphenverwaltung		39 578	38 039	36 950
Österreichische Bundesbahnen		35 962	36 020	34 687
Summe 1.2 ...		81 667	80 382	77 912
Summe 1 ...		528 552	517 583	514 461
2. Ausgleichshaushalt				
		70 226	76 099
Insgesamt ...		598 778	593 682	514 461

312

Inlandwirksame Gebarung (Ausgaben)

	Bundes- voranschlag 1989	Bundes- voranschlag 1988 Millionen Schilling	Erfolg 1987
ab: 3. Im Inland nachfrageunwirksame Ausgaben des allgemeinen Haushaltes:			
3.1 Ausgaben an das Ausland:			
Käufe der Landesverteidigung im Ausland ¹⁾	2 053	1 451	1 851
Erwerb von ausländischen Beteiligungen ²⁾	734	724	648
Erwerb von ausländischen Wertpapieren ³⁾			
Gewährung von Darlehen an das Ausland ⁴⁾	285	285	210
Ausgaben für Personal (Ausland) ⁵⁾	174	178	144
Zinsen an das Ausland ⁷⁾	0	0	68
Laufende Transferzahlungen (Ausland) ⁸⁾ ..	1 293	1 199	1 037
Kapitaltransferzahlungen (Ausland) ⁹⁾	52	39	50
Summe 3.1 ...	4 591	3 876	4 008
3.2 Zuführung an Rücklagen:			
Haushaltsrücklagen ¹⁰⁾	27	60	6 006
Überweisungen an den Reservefonds für Familienbeihilfen ¹¹⁾	0	0	
Überweisungen an den Reservefonds nach dem AIVG ¹²⁾	1 211	0	8
Summe 3.2 ...	1 238	60	6 014
3.3 Finanzschuldenverwaltung:			
Zinsen an das Ausland ¹³⁾	7 736	8 705	7 355
Emissionsverluste ¹⁴⁾	313	428	223
Sonstige Auslandszahlungen ¹⁵⁾	474	284	433
Tilgung von Inlandschulden ¹⁶⁾			23 723
Tilgung von Auslandschulden ¹⁷⁾			11 383
Summe 3.3 ...	8 523	9 417	43 117

¹⁾ Voranschlagsansatz 40108 soweit Käufe im Ausland. Hievon sind 1989: 1 508, 1988: 1 082, 1987: 1 097 Millionen Schilling für Bauten und Ausrüstung vorgesehen.

²⁾ Voranschlagsposten: 081 ..

³⁾ Voranschlagsposten: 088 ..

⁴⁾ Voranschlagsposten: 249 .., 259 .. und 268 ..

⁵⁾ Voranschlagsposten: 5 .. 1.

⁶⁾ (frei).

⁷⁾ Voranschlagsposten: 655 ..

⁸⁾ Voranschlagsposten: 780 .., 781 .., 782 .., 783 .. und 784 ..

⁹⁾ Voranschlagsposten: 785 .., 786 .., 787 .., 788 .. und 789 ..

¹⁰⁾ Voranschlagsposten: 298 ..

¹¹⁾ Post-Untergliederung . 45 der Voranschlagsposten 733 .. und 738 ..

¹²⁾ Post-Untergliederung . 81 der Voranschlagsposten 733 .. und 738 ..

¹³⁾ Voranschlagsposten: 653 .. und 654 ..

¹⁴⁾ Voranschlagsposten: 6579.

¹⁵⁾ Alle Voranschlagsposten mit der Post-Untergliederung 001 des Voranschlagsansatzes 59908 (ausgenommen: Voranschlagsposten 6579 und 658 ..).

¹⁶⁾ Voranschlagsposten: 30 .. (gemäß § 16 Abs. 1 des BHG, BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, ab BVA 1988 im Ausgleichshaushalt mitveranschlagt).

¹⁷⁾ Voranschlagsposten: 31 .. (gemäß § 16 Abs. 1 des BHG, BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, ab BVA 1988 im Ausgleichshaushalt mitveranschlagt).

Nachfrageunwirksame Ausgaben

313

	Bundes- voranschlag 1989	Bundes- voranschlag 1988 Millionen Schilling	Erfolg 1987
3.4 Sonstige unwirksame Zahlungen:			
Kursverluste ¹⁸⁾	72	22	128
Erwerb von Wertpapieren von Trägern des öffentlichen Rechtes (einschließlich Wertpapiere des Umlaufvermögens) ¹⁹⁾	270	270
Haftungsübernahmen des Bundes ²⁰⁾	7 410	7 441	9 486
Überweisungen an den ERP-Fonds ²¹⁾	15	108	8
Schuldübernahmen ²²⁾	0
Zahlungen an ASFINAG ²³⁾	2 870	2 934	2 996
Ersatz an Österr. Industrieholding AG ²⁴⁾	5 891	3 411	1 926
Einziehung von Scheidemünzen ²⁵⁾	5	157	195
Überweisungen zwischen Kapiteln des Bundeshaushaltes aufgrund von Geset- zen ²⁶⁾	14 077	18 790	8 532
Summe 3.4 ...	30 610	33 133	23 271
ab: 4. Im Inland nachfrageunwirksame Ausgaben des Ausgleichshaushaltes:			
Rückzahlung von Finanzschulden in inländi- scher Währung ¹⁶⁾	28 229	28 448
Rückzahlung von Finanzschulden in fremder Währung ¹⁷⁾	6 997	12 651
Rückzahlung von Schulden (ohne Finanz- schulden) für den laufenden Aufwand ²⁷⁾	35 000	35 000
Summe 4 ...	70 226	76 099
Summe (Nachfrageunwirksame Ausgaben) ...	115 188	122 584	76 410
Verbleibende Ausgaben ...	483 590	471 098	438 051
Inlandwirksamer Ausgabenüberschuß ...	50 132	57 447	56 921

¹⁸⁾ Voranschlagsposten: 6571 und 658 ..¹⁹⁾ Voranschlagsposten: 085 . und 223 ..²⁰⁾ Titel 547 .²¹⁾ Post-Untergliederung . 61 der Voranschlagsposten 733 . und 738 ..²²⁾ Voranschlagsposten 752 . des Voranschlagsansatzes 54877.²³⁾ Voranschlagspost 7280 des Voranschlagsansatzes 64298.²⁴⁾ Voranschlagsposten 741 . des Voranschlagsansatzes 54847.²⁵⁾ Paragraph 5010.²⁶⁾ Voranschlagsposten 7292.²⁷⁾ Voranschlagsposten 355 ..**Nachfrageunwirksame Ausgaben**

Zur Beurteilung der volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Voranschlages wurden von der Ausgaben-summe diejenigen Ausgaben abgezogen, die die Nachfrage im Inland nicht beeinflussen. Auch die Tilgungszahlungen für Finanzschulden sind abgezogen worden, weil sie nicht direkt und unmittelbar die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen im Inland erhöhen. Ob diese Tilgungszahlungen im weiteren Wirtschaftsablauf tatsächlich nachfrageunwirksam bleiben, hängt von der Liquiditätssituation der Empfänger der Zahlungen, von der Konjunktursituation und anderen Faktoren ab. Mehrere Gründe sprechen aber dafür, daß die Tilgungszahlungen weitgehend nachfrageunwirksam bleiben. Soweit die Tilgungszahlungen an ausländische Inhaber von österreichischen Schuldtiteln geleistet werden und dafür Devisenzahlungen notwendig werden, kann die Liquidität der inländischen Kreditunternehmungen verringert werden und dadurch tendenziell sogar eine nachfrageverringende Wirkung entstehen. Tilgungszahlungen an inländische Gläubiger, sei es an Kreditunternehmungen, Kapitalsammelstellen, Unternehmungen oder private Haushalte, erhöhen zwar die liquiden Mittel dieser Gläubiger, die Liquiditätssituation, die Konjunkturlage und die Kreditnachfrage des Bundes und der Wirtschaft sprechen aber dafür, daß diese Mittel wieder in Krediten im Inland veranlagt werden.

314

Unterschiede der Gebarung 1989 gegenüber 1988

Unterschiede der Gebarung 1989 gegenüber 1988

Im folgenden werden die finanziell wichtigsten Ansätze des Bundesvoranschlags 1989 und deren Unterschiede gegenüber jenen des Jahres 1988 hervorgehoben:

Einnahmen:	Bundes- voranschlag 1989		Unter- schied gegenüber 1988
	Millionen Schilling		
Allgemeiner Haushalt:			
Öffentliche Abgaben:			
Einkommen- und Vermögensteuern	167 420,1	—	884,9
Einkommen- und Vermögensteuern (Zweckgebundene Beiträge) ..	110,0	+	109,9
Umsatzsteuern	147 500,0	+	11 700,0
Einfuhrabgaben	6 600,0	+	1 100,0
Tabaksteuer	11 200,0	—	400,0
Mineralölsteuer — MINSTG 1981	18 700,0	+	1 100,0
Absatzförderungsbeitrag auf Milch	345,2	—	1 288,9
Übrige Verbrauchsteuern	1 427,8	+	50,0
Stempel- und Rechtsgebühren	6 600,0	+	300,0
Grunderwerbsteuer	2 900,0	+	300,0
Straßenverkehrsbeitrag	2 400,0		—
Übrige Verkehrssteuern	16 500,0	+	2 150,0
Übrige	1 000,0	—	293,9
Zusammen ...	382 703,1	+	13 942,2
Ab:			
Überweisungen an Länder und Gemeinden sowie an Fonds und Kammern	129 238,3	+	4 659,7
Verbleiben ...	253 464,8	+	9 282,5
Bundeskanzleramt:			
Innovations- und Technologiefonds	495,0	—	5,0
Übrige Gebarung	95,6	+	4,6
Inneres	480,0	+	9,0
Unterricht, Kunst und Sport	586,5	—	16,6
Wissenschaft und Forschung	1 126,2	+	10,3
Soziales:			
Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung (hauptsächlich Arbeitslosenversicherungsbeiträge)	28 150,0	+	2 047,3
Übrige Einnahmen	82,8	—	3,4
Sozialversicherung	90,5	+	16,1
Bundeskanzleramt — Gesundheit	882,3	+	51,1
Umwelt, Jugend, Familie:			
Ausgleichsfonds f. Familienbeihilfen:			
Dienstgeberbeiträge	25 764,3	+	613,2
Abgeltung von Einkommensteuern	9 500,0		—
Ersatz vom Reservefonds	900,1	—	449,8
Übrige Gebarung	3 372,4	—	122,8
Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds	1 404,9	—	109,1
Sonstige Gebarung	21,8	+	1,7
Justiz	3 368,0	+	142,1
Militärische Angelegenheiten	531,3	+	9,7
Finanzverwaltung:			
Münzregal	0,7	—	666,2
Österreichisches Postsparkassenamt	543,9	+	4,7
Staatsvertrag	107,6	+	1,1
Übrige Gebarung	341,7	+	29,1
Kassenverwaltung:			
Innovations- und Technologiefonds	2 400,0	—	4 100,0
Entnahme aus und Auflösung von Rücklagen	6 645,9	+	2 495,0
Erträge aus dem Effekten- und Geldverkehr	1 407,6	—	4,5
Übrige Gebarung	40,6	—	74,0

Unterschiede der Gebarung 1989 gegenüber 1988

315

Einnahmen:	Bundes- voranschlag 1989		Unter- schied gegenüber 1988
	Millionen Schilling		
Finanzausgleich:			
Beiträge und Ersatzleistungen zu Zweckzuschüssen des Bundes	530,0	—	1 870,0
Katastrophenfonds	2 915,4	—	162,8
Übrige Gebarung	0,0		—
Bundesvermögen:			
Kapitalbeteiligung (Erträge):			
Abfuhr der Oesterreichischen Nationalbank	3 757,5	—	150,0
Sonstige Erträge	812,1	—	264,8
Kapitalbeteiligung (Erlöse)	11 888,6	+	7 065,9
Bundesdarlehen (Zinsen und Rückzahlungen)	97,3	+	7,4
Unbewegliches Bundesvermögen, Veräußerungen	435,0	+	15,0
Haftungsübernahmen des Bundes	7 032,0	—	309,6
Reingewinnabfuhr gemäß Postsparkassengesetz	75,0	+	20,0
IAKW	17,3	—	68,7
Übrige Gebarung	74,2	—	8,2
Pensionen (Hoheitsverwaltung):			
Ersätze der Österreichischen Postsparkasse	160,9	—	2,0
Pensionsbeiträge	3 570,2	+	255,7
Übrige Einnahmen	454,4	+	186,7
Finanzschuld	161,1	+	8,2
Land- und Forstwirtschaft:			
Schutzwasserbau und Lawinenverbauung (Mittel des Katastrophenfonds)	1 262,3	—	58,6
Marktordnungspolitische Maßnahmen:			
Milch- und Milchprodukte	190,5	—	194,7
Tiere und tierische Produkte	156,0	+	16,0
Absatz- und Verwertungsmaßnahmen für Getreide	87,5	+	87,5
Futtergetreide	0,3		—
Sonstige Gebarung	1,0		—
Übrige Gebarung	939,4	—	56,5
Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr:			
Bergbehörden	254,5	—	200,0
Übrige Gebarung	397,4	—	1,3
Bauten und Technik:			
Straßengesellschaften	1 940,0	+	140,0
Straßen- und Wasserbau (Mittel des Katastrophenfonds)	825,9	+	44,8
Übrige Straßenbaumittel	718,6	+	8,1
Übrige Gebarung	804,3	—	14,4
Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	1 249,9	+	233,5
Bundestheater	571,3	+	84,7
Glücksspiele (Monopol)	2 143,9	—	30,3
Branntwein (Monopol)	925,1	+	7,2
Hauptmünzamt	—	—	229,2
Österreichische Bundesforste	1 839,7	—	41,3
Post- und Telegraphenverwaltung	45 438,4	+	2 210,2
Österreichische Bundesbahnen	28 857,1	+	272,4
Übrige Einnahmen	206,0	—	56,7
Allgemeiner Haushalt (Summe)	462 594,6	+	16 110,3
Ausgleichshaushalt:			
Kassenverwaltung	35 000,0		—
Finanzschuld	101 183,7	—	11 014,1
Ausgleichshaushalt (Summe)	136 183,7	—	11 014,1
Gesamteinnahmen	598 778,3	+	5 096,2

316

Unterschiede der Gebarung 1989 gegenüber 1988

Ausgaben:	Bundes- voranschlag 1989		Unter- schied gegenüber 1988
	Millionen Schilling		
Allgemeiner Haushalt:			
Bundeskanzleramt:			
Statistisches Zentralamt	484,0	+	21,0
Innovations- und Technologiefonds	495,0	-	5,0
Übrige Gebarung	1 320,4	+	65,3
Inneres:			
Polizei und Gendarmerie	10 509,8	+	270,5
Flüchtlingsbetreuung	856,1	+	272,8
Übrige Gebarung	1 121,1	+	1,9
Unterricht und Sport:			
Ersätze für Landeslehrer	21 582,0	+	796,7
Allgemeinbildende Schulen (Ohne Ersatz für Landeslehrer)	8 246,9	+	204,0
Berufsbildende Schulen (Ohne Ersatz für Landeslehrer)	8 010,5	+	294,5
Übrige Gebarung	5 242,8	+	129,3
Kunst	592,3	+	39,5
Wissenschaft und Forschung:			
Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen	13 119,2	+	88,5
Übrige Gebarung	5 279,5	+	431,0
Soziales:			
Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung	29 988,3	+	1 961,6
Kriegsopfer- und Heeresversorgung	6 569,4	+	76,3
Übrige Gebarung	719,2	-	14,9
Sozialversicherung	60 018,0	+	4 633,6
Bundeskanzleramt — Gesundheit:			
Überweisung an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds ...	3 048,8	+	305,0
Übrige Gebarung	1 195,6	+	14,8
Umwelt, Jugend, Familie:			
Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen:			
Familienbeihilfen	28 753,0	+	28,0
Geburtenbeihilfen	1 220,0	-	100,0
Schülerfreifahrten	3 565,3	+	128,1
Schulbücher	950,3	-	30,0
Beitrag zum Karenzurlaubsgeld	1 708,0	+	65,8
Übrige Gebarung	3 340,2	-	51,3
Beitrag zum Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds	1 604,9	-	10,9
Sonstige Gebarung	427,4	-	32,1
Äußeres:			
Entwicklungshilfe	585,3	+	120,0
Übrige Gebarung	1 768,7	+	7,5
Justiz	5 794,1	+	152,0
Militärische Angelegenheiten	17 260,8	+	568,7
Finanzverwaltung:			
Bundesrechenamt	678,6	-	2,9
Finanzlandesdirektionen	6 608,9	+	198,7
Zuschuß für Exportförderung (ÖKB-AG)	220,0	-	108,0
Innovations- und Technologiefonds	2 000,0	-	4 350,0
Sonstige Förderungsmaßnahmen (z. B. Zinsenstützungsaktion) ...	242,9	-	167,7
Staatsvertrag	108,7	-	2,8
Übrige Gebarung	1 761,6	-	23,7
Kassenverwaltung:			
Effekten- und Geldverkehr	418,8	+	42,8
Pauschalvorsorge für Ausgaben aus Rücklagenentnahmen	2 000,0	-	-
Sonstige Pauschalvorsorgen	70,0	+	30,0
Übrige Gebarung	722,1	-	3,0

Unterschiede der Gebarung 1989 gegenüber 1988

317

Ausgaben:	Bundes- voranschlag 1989		Unter- schied gegenüber 1988
	Millionen Schilling		
Finanzausgleich:			
Leistungen an Länder und Gemeinden	1 994,7	+	141,0
Zweckzuschüsse des Bundes	17 007,5	+	334,0
Katastrophenfonds	3 482,7	-	325,4
Bundesvermögen:			
Kapitalbeteiligung:			
ÖIAG	0,0	-	1 280,1
Internationale Finanzinstitutionen	681,3	+	57,5
Verstaatlichte Banken	451,4	-	470,0
Elektrizitätswirtschaft	0,0		-
Sonstige Unternehmungen	700,0	+	586,4
Bundesarlehen	135,7	-	65,9
Haftungsübernahmen	7 409,9	-	31,1
Abgeltung an Donaukraftwerke	641,4	+	165,5
Zahlung an IAKW	401,9	-	0,1
Zinsenersatz an ÖIAG	5 890,9	+	2 480,4
Aufwand für Verstaatlichte Banken	1 150,0	+	135,9
Sonstige Zahlungsverpflichtungen	318,0	+	62,9
Übrige Gebarung	47,9	-	4,9
Pensionen (Hoheitsverwaltung):			
Beitrag für Pensionen der Österreichischen Bundesbahnen	10 860,3	+	540,6
Ersätze für Pensionen der Landeslehrer	6 566,4	+	363,9
Übrige Pensionen	19 722,7	+	1 548,1
Finanzschuld:			
Verzinsung	53 480,7	+	911,8
Übrige Gebarung	1 482,0	+	27,2
Land- und Forstwirtschaft:			
Ersätze für Landeslehrer	304,9	+	7,0
Grüner Plan	2 364,9	-	802,4
Schutzwasserbau und Lawinenerverbauung	1 425,4	-	60,6
Marktordnungspolitische Maßnahmen	8 049,0	-	170,2
Übrige Gebarung	2 528,8	-	7,0
Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	3 060,3	+	34,6
Bauten und Technik:			
Bundesstraßenverwaltung einschließlich Autobahnen	14 315,7	-	274,9
Wasserbau	739,9	+	55,0
Dienststellen der Bundesgebäudeverwaltung	850,9	+	6,4
Liegenschaftsverwaltung einschließlich Erwerb	1 163,8	+	23,6
Bundeshochbau	5 807,3	+	251,3
Übrige Gebarung	924,8	-	195,5
Öffentliche Wirtschaft und Verkehr:			
Abgeltungen an ÖBB	6 640,1	-	521,7
Förderungsmaßnahmen	2 904,0	-	205,2
Übrige Gebarung	1 693,1	+	307,7
Bundestheater	2 171,1	+	79,1
Glücksspiele (Monopol)	1 833,3	-	51,3
Branntwein (Monopol)	371,1	+	5,0
Hauptmünzamt	-	-	185,7
Österreichische Bundesforste	1 751,1	-	43,6
Post- und Telegraphenverwaltung	39 577,5	+	1 538,1
Österreichische Bundesbahnen	35 962,4	-	57,2
Übrige Ausgaben	1 479,1	+	13,3
Allgemeiner Haushalt (Summe)	528 552,4		10 969,1

318 Konjunkturausgleich-Voranschlag — Erfolgswirksame Gebarung — Bestandswirksame Gebarung

Ausgaben:	Bundes- voranschlag 1989	Unter- schied gegenüber 1988
	Millionen Schilling	
Ausgleichshaushalt:		
Kassenverwaltung	35 000,0	—
Finanzschuld	35 225,9	— 5 872,9
Ausgleichshaushalt (Summe) ...	70 225,9	— 5 872,9
Gesamtausgaben ...	598 778,3	+ 5 096,2

Konjunkturausgleich-Voranschlag

Gemäß Artikel III des Bundesfinanzgesetzes 1989 ist ein Konjunkturausgleich-Voranschlag in der Höhe von 4 447,077 Millionen Schilling mit einer Stabilisierungsquote in Höhe von 2 759,419 Millionen Schilling und mit einer Konjunkturbelebungsquote in Höhe von 1 687,658 Millionen Schilling vorgesehen. Sollte die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1989 den Einsatz zusätzlicher Bundesmittel erfordern, um dadurch auf die Konjunkturentwicklung in Österreich stabilisierend oder belebend einzuwirken, so ist hiezu der Bundesminister für Finanzen unter den im Artikel III festgelegten Voraussetzungen ermächtigt. Auf diese Weise kann er den Konjunkturausgleich-Voranschlag ganz oder teilweise durch die Zustimmung zu Überschreitungen der im Konjunkturausgleich-Voranschlag angeführten Voranschlagsansätzen des Bundesvoranschlages 1989, und zwar sowohl die Stabilisierungsquote als auch die Konjunkturbelebungsquote in Höhe des Bedarfs bei einzelnen Voranschlagsansätzen und einheitlicher Hundertsätze bei den übrigen Voranschlagsansätzen bis zu dem im Konjunkturausgleich-Voranschlag vorgesehenen Höchstausmaß, wirksam werden lassen.

Der Konjunkturausgleich-Voranschlag sieht folgende Beträge vor:

	Stabilisierungs- quote	Konjunktur- belebungsquote
	Millionen Schilling	
Inneres	23,200	23,200
Unterricht und Sport	—	115,258
Kunst	—	8,561
Wissenschaft und Forschung	—	357,334
Umwelt, Jugend, Familie:		
Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds	200,000	60,000
Justiz	24,000	12,000
Militärische Angelegenheiten	500,000	300,000
Land- und Forstwirtschaft:		
Grüner Plan	86,000	80,000
Übrige Gebarung	76,000	88,000
Bauten und Technik:		
Hochbau	800,000	600,000
Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	17,555	22,705
Österreichische Bundesforste	7,600	7,600
Post- und Telegraphenverwaltung	25,064	13,000
Österreichische Bundesbahnen	1 000,000	—
Summe ...	2 759,419	1 687,658

Erfolgswirksame Ausgaben/Einnahmen ¹⁾**Bestandswirksame Ausgaben/Einnahmen**

Die Aufgliederung der gesamten Gebarung in Erfolgswirksame Ausgaben/Einnahmen und Bestandswirksame Ausgaben/Einnahmen bewirkt folgendes Bild:

	Millionen Schilling
Erfolgswirksame Einnahmen	437 645
abzüglich erfolgswirksame Ausgaben	491 130
Bedarf an Bedeckungsmittel für erfolgswirksame Ausgaben	— 53 485
hiezuh bestandswirksame Einnahmen	161 133
Summe ...	107 648
Bestandswirksame Ausgaben	107 648

¹⁾ Einschließlich Personalausgaben.

Personalstand und Personalausgaben

319

Personalstand und Personalausgaben

1. Veranschlagter Aufwand und Stand der aktiven Bediensteten im Jahre 1989¹⁾

Dem Bundesfinanzgesetz 1989 ist als Anlage III der Stellenplan angeschlossen. In diesem sind die Planstellen für Bundesbedienstete (einschließlich Bundesbahnbedienstete und jugendliche Bedienstete) festgesetzt. Soweit die Besetzung dieser Planstellen im Jahre 1989 vorgesehen ist, ist der hierfür erforderliche Aufwand bei den Personalausgaben des Bundesvoranschlags vorgesehen.

Darüber hinaus ist bei den Personalausgaben des Bundes auch der Aufwand für Vertragsbedienstete des Bundes, die gemäß Pkt. 2 des Stellenplanes zusätzlich aufgenommen werden, enthalten.

Der Gesamtstand der im Stellenplan des Bundes festgesetzten Planstellen¹⁾ stimmt daher mit dem der Veranschlagung bei den Personalausgaben zugrunde gelegten Personalstand²⁾ nicht überein, und zwar aus folgendem Grund:

	1989	1988
Gesamtstand des Stellenplanes des Bundes	293 711	294 689
Hiezu:		
Bedienstete gemäß Pkt. 2 des Stellenplanes ³⁾	291	275
Summe ...	294 002	294 964
Ab:		
Planstellen, für die kein Aufwand im Bundesvoranschlag vorgesehen ist ⁴⁾	2 420	2 225
Für Werkverträge und Arbeitsleihverträge gebundene Planstellen ^{4) 5)}	49	48
Verbleibt veranschlagter Stand ^{1) 6)} ...	291 533	292 691

Weiters ist zu bemerken, daß von den im Stellenplan ausgewiesenen Planstellen für Beamte im Jahre 1989 voraussichtlich 12 053 (im Vorjahr 12 082) Planstellen das ganze Jahr mit Vertragsbediensteten besetzt sein werden.

Planstellen von Personalständen des Stellenplanes, deren Aufwand im Bundesvoranschlag nicht geschlossen bei einem Voranschlagsansatz veranschlagt ist, zeigt die Übersicht I auf Seite 000/000 (Vorjahr 447/449).

Außerdem erbringt der Bund zu Lasten der Sachausgaben unter den im Art. I § 1 (2) des Finanzgleichungsgesetzes 1989, BGBl. Nr. 000/1988 enthaltenen Voraussetzungen als Zweckaufwand anzusehende Geldleistungen an die Länder, die diesen aus der Einstellung von nichtständigem Personal bei Durchführung von Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben erwachsen.

Bezüge und Entgelte

Beamte und Vertragsbedienstete

Der Veranschlagung liegen hinsichtlich der Bezüge der Beamten die Voranschlagsansätze des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54 (in der Fassung der 47. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 288/1988) und hinsichtlich der Vertragsbediensteten die Voranschlagsansätze der in den §§ 11, 14, 41 und 44 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, BGBl. Nr. 86 (in der Fassung der 39. Vertragsbedienstetengesetz-novelle, BGBl. Nr. 289/1988), festgesetzten Entgelte zugrunde.

Einzelne Gruppen von Vertragsbediensteten des Bundes sind gemäß § 1 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 sowie den Verordnungen der Bundesregierung vom 2. Juni 1948, BGBl. Nr. 106, vom

¹⁾ Siehe auch die Erläuterungen zum Stellenplan und die Übersichten I, II, III a und III b der Beilage G sowie die Beilagen G₁ bis G₁₀ im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1989, II. Teil.

²⁾ Siehe Beilage G₄ (Vorjahr als Beilage G₅).

³⁾ Siehe Übersicht II.

⁴⁾ Siehe Übersicht III b.

⁵⁾ Siehe Beilage H (Vorjahr Beilage H₁) im Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1989, II. Teil.

⁶⁾ Für 2 119 (Vorjahr 2 058) dieser Bediensteten wird der im Bundesvoranschlag vorgesehene Aufwand zur Gänze von anderen Rechtsträgern ersetzt. Auf Grund der Bruttoverrechnung wird im Bundesvoranschlag der Aufwand in Ausgabe und der Ersatz in Einnahme veranschlagt. Siehe Übersicht III a.

25. November 1952, BGBl. Nr. 229, und vom 5. Dezember 1967, BGBl. Nr. 389 (Bedienstete des Bundesamtes für Zivilluftfahrt), von der Anwendung des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 ausgenommen. Ihre Entgelte sind in Anlehnung an die in der Privatwirtschaft geltenden Kollektivverträge geregelt. Insbesondere trifft dies zu bei einzelnen Gruppen von Arbeitern, der Bühnenarbeiter der Bundestheater und der Forstarbeiter der Österreichischen Bundesforste. Bezüglich der Vertragsangestellten der österreichischen Bundesforste ist der Veranschlagung das in der Anlage zur Dienstordnung für die Vertragsangestellten der Österreichischen Bundesforste, BGBl. Nr. 289/1988, enthaltene Entlohnungsschema zugrunde gelegt. Der Veranschlagung der wissenschaftlichen Hilfskräfte (Studienassistenten), Demonstratoren und der Vertragsassistenten wurden die Ansätze des Hochschulassistentengesetzes 1962, BGBl. Nr. 216 (in der letzten Fassung, BGBl. Nr. 307/1981) zugrunde gelegt.

Bundesbahnbeamte

Die Bezüge der Bundesbahnbeamten sind entsprechend den Ansätzen in der Anlage 3 zur Bundesbahn-Besoldungsordnung 1963, BGBl. Nr. 170 (in der Fassung BGBl. Nr. 292/1988) veranschlagt. Die Bundesbahnbeamten unterliegen nicht den für die Bundesbeamten geltenden Dienstrechtvorschriften (Beamten-Dienstrechtsgesetz, BGBl. Nr. 333/1979). Sie sind rechtlich nach Ablauf des provisorischen Dienstverhältnisses, also nach ihrer Definitivstellung, unkündbare Vertragsbedienstete des Bundes mit Ruhegehaltsanspruch. Auf sie finden die Bestimmungen der Dienstordnung (Dienstpragmatik) für die Bediensteten der k. k. österreichischen Staatsbahnen (Erlaß des k. k. Eisenbahnministeriums vom 7. April 1898, Zl. 16.366, Amtsblatt des k. k. Eisenbahnministeriums Nr. 29 in der derzeit geltenden Fassung) Anwendung.

Bei den Lohnbediensteten der Österreichischen Bundesbahnen sind der Veranschlagung die Ansätze der in der Anlage 2 zur Kundmachung des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe, betreffend die Dienst- und Lohnordnung für die für den vorübergehenden Bedarf aufgenommenen Bediensteten der Österreichischen Bundesbahnen, BGBl. Nr. 96/1954 (in der Fassung der Kundmachung des Bundesministeriums für öffentliche Wirtschaft und Verkehr, BGBl. Nr. 293/1988), zugrunde gelegt.

Sonstige Zahlungen

Bei der Veranschlagung der Bezüge der Beamten des Bundes und der Vertragsbediensteten des Bundes nach den Entlohnungsschemen I, II, I L und II L wurden u. a. berücksichtigt:

Karenzurlaub aus Anlaß der Mutterschaft

Das Bundesgesetz vom 27. Juni 1974 über Geldleistungen an öffentlich Bedienstete (im wesentlichen Beamte) während des Karenzurlaubes aus Anlaß der Mutterschaft, BGBl. Nr. 395 (in der Fassung des Art. V des Bundesgesetzes vom 27. September 1984, BGBl. Nr. 395/1984).

Sonderzahlungen ⁷⁾

Die allen Bundesbediensteten (Beamten und Vertragsbediensteten) gemäß § 3 Abs. 3 des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54 ⁸⁾, bzw. § 8 a des Vertragsbedienstetengesetzes ⁹⁾, sowie die den Bundesbahnbeamten gemäß § 15 der Kundmachung des Bundesministeriums für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft vom 5. Juli 1963, BGBl. Nr. 170, jährlich zustehenden vier Sonderzahlungen (in Höhe von 50 vH des Monatsbezuges).

Außerdem wurden die Sonderzahlungen, die den nicht unter das Gehaltsgesetz 1956, Vertragsbedienstetengesetz 1948 und die Bundesbahn-Besoldungsordnung fallenden Bundesbediensteten gewährt werden, mitveranschlagt.

Familien- und Geburtenbeihilfen

Auf Grund der §§ 35 und 46 des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 376, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 604/1987, hat der Bund mit Ausnahme der von ihm verwalteten Betriebe, Unternehmungen, Anstalten, Stiftungen und Fonds den Aufwand an Familien- und Geburtenbeihilfen für seine Empfänger von Dienstbezügen sowie von Ruhe- und Versorgungsgenüssen aus eigenen Mitteln zu tragen. Dieser Aufwand wird ab 1974 bei Voranschlagsposten der Sachausgaben verrechnet.

⁷⁾ Bezüglich der Erhöhung der Sonderzahlungen im öffentlichen Dienst im Jahre 1967 siehe auch BGBl. Nr. 71/1967.

⁸⁾ In der Fassung der 2. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 247/1959.

⁹⁾ In der Fassung der 2. Vertragsbedienstetengesetznovelle, BGBl. Nr. 282/1960.

Personalstand und Personalausgaben

321

Jubiläumszuwendungen

In gleicher Weise wurden bei Ermittlung der Personalausgaben im Voranschlag 1989 die gemäß § 20 c des Gehaltsgesetzes 1956, BGBl. Nr. 54/1956 (in der Fassung der 24. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 214/1972, der 31. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 662/1977 und der 42. Gehaltsgesetznovelle, BGBl. Nr. 548/1984) vorgesehenen Jubiläumszuwendungen in Veranschlagung gebracht.

Lehrverpflichtung der Bundeslehrer

Das Ausmaß der Lehrverpflichtung der Bundeslehrer ist im Bundesgesetz BGBl. Nr. 244/1965 (in der letzten Fassung BGBl. Nr. 287/1988) geregelt. Dieses Bundesgesetz findet Anwendung auf die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zum Bund stehenden Lehrer an Schulen, mit Ausnahme der Universitäten und Kunsthochschulen, ferner auf Personen, die an diesen Schulen im Unterricht verwendet werden.

Mittelbare Bundesverwaltung

Auch im Jahre 1989 werden wie in den Vorjahren die Personalausgaben der mittelbaren Bundesverwaltung nach den Bestimmungen des Artikels I § 1 Absatz 1 des Finanzausgleichsgesetzes 1989, BGBl. Nr. 000/1988, von den Bundesländern getragen.

Besoldung der Landeslehrer

Nach § 3 des Finanzausgleichsgesetzes 1989, BGBl. Nr. 000/1988, ersetzt der Bund den Ländern von den Aktivitätsbezügen der Lehrer für öffentliche allgemeinbildende Pflichtschulen 100 vH und seit dem Inkrafttreten des land- und forstwirtschaftlichen Privatschulgesetzes, BGBl. 318/1975, für die an konfessionellen land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen tätigen Lehrer ebenfalls 100 vH von den Aktivitätsbezügen, ferner von den Aktivitätsbezügen der Lehrer für öffentliche berufsbildende Pflichtschulen sowie für Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen 50 vH. Diese Kostenersätze werden ab 1973 bei Posten der Sachausgaben verrechnet.

Insgesamt ist bei den Personalausgaben der Aufwand für folgende Bedienstete veranschlagt:

	1989				1988 (Summe)	Unterschied 1989 gegenüber 1988
	Beamte	Vertragsbedienstete		Zusammen		
		A	B			
Anzahl der Bediensteten						
Universitäts(Hochschul)- und Bundeslehrer (ohne Bundesbeamte des Schulaufsichtsdienstes)	28 691	3 082	1 044	32 817	32 762	+ 55
Sonstige Bundesbedienstete (ohne Bundesbahnbedienstete)	134 471	46 940	9 593	191 004	191 217	- 213
Bundesbahnbedienstete	53 648	12 946	1 118	67 712	68 712	- 1 000
Zusammen ...	216 810	62 968	11 755	291 533	292 691	- 1 158
Davon jugendliche Bedienstete	—	5 678	42	5 720	5 924	- 204

2. Pensionsaufwand und Stand der Pensionisten im Jahre 1989¹⁾

Bei der Veranschlagung des Pensionsaufwandes der Pensionsparteien des Bundes wurden im wesentlichen das Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, in der Fassung des Artikels XXI des Bundesgesetzes, BGBl. Nr. 280/1978, und des Artikels XX des Bundesgesetzes, BGBl. Nr. 684/1978, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 288/1988, das Pensionsüberleitungsgesetz, BGBl. Nr. 187/1949, das Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 342/1988, das Nebengebührengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 288/1988, das Salzmonopolgesetz, BGBl. Nr. 124/1978, das Dorotheumsgesetz, BGBl. Nr. 66/1979, das Staatsdruckereigesetz, BGBl. Nr. 340/1981 und das Scheidemünzengesetz, BGBl. Nr. 000/1988, berücksichtigt.

¹⁾ Siehe auch Amtsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1989, II. Teil (Beilagen G_a bis G_e).

Die Ruhebezüge der Beamten des Ruhestandes sowie die Versorgungsbezüge ihrer Hinterbliebenen sind in den Abschnitten II und III des Pensionsgesetzes 1965 geregelt. Abschnitt IV enthält die Bestimmungen über die Haushaltszulage, die Ergänzungszulage, die Hilflosenzulage, die Sonderzahlung sowie über die Vorschüsse und Geldaushilfen (§§ 25 bis 29 des Pensionsgesetzes 1965). Der Todesfallbeitrag, Bestattungskostenbeitrag und Pflegekostenbeitrag sind in den §§ 42 bis 45 des Pensionsgesetzes 1965 geregelt. Die Unterhaltsbezüge für die Angehörigen entlassener Beamter, ehemaliger Beamter des Ruhestandes und für die Hinterbliebenen eines ehemaligen Beamten des Ruhestandes sind im Abschnitt VII des Pensionsgesetzes 1965 geregelt.

Für die Empfänger von außerordentlichen Versorgungsgenüssen gelten die gemäß der Entschliebung des Herrn Bundespräsidenten jeweils für gebührende Ruhe(Versorgungs)bezüge sinngemäß anzuwendenden Vorschriften.

Sonderregelungen

Die Ruhe(Versorgungs)genüsse von Pensions(Provisions)parteien, die weder unter die Bestimmungen des Gehaltsüberleitungsgesetzes noch unter jene des Pensionsüberleitungsgesetzes fallen, wurden auf Grund des § 11 Abs. 2 Pensionsüberleitungsgesetz unter Bedachtnahme auf die Grundsätze dieses Bundesgesetzes und auf die besonderen Verhältnisse ihres Dienstes durch Verordnungen der Bundesregierung mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates geregelt.

Für einzelne Gruppen der Bundestheaterbediensteten und der Arbeiter der Bundestheater sind die Bestimmungen des Bundestheaterpensionsgesetzes, BGBl. Nr. 159/1958, zuletzt geändert durch die Bundestheaterpensionsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 688/1976, sowie Artikel V der 47. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 288/1988, der Veranschlagung zugrunde gelegt worden.

Für Pensionsansprüche der nicht unter das Pensionsgesetz 1965 fallenden Pensions(Provisions)parteien der Post- und Telegraphenverwaltung sind die Bestimmungen des Post- und Telegraphen-Pensionsgesetzes 1967, BGBl. Nr. 231/1967, der Veranschlagung zugrunde gelegt worden.

Der Provisionsaufwand für einzelne Gruppen von Arbeitern, deren Bezüge in Anlehnung an die in der Privatwirtschaft geltenden Kollektivverträge geregelt sind, wurde nach den einschlägigen Bestimmungen veranschlagt.

Der Pensionsanspruch der Salinenarbeiter ist in der Kundmachung des Bundesministeriums für Finanzen vom 20. Dezember 1967 über die Pensionsansprüche der ständigen Salinenarbeiter, ihrer Hinterbliebenen und Angehörigen (Salinenarbeiter-Pensionsordnung 1967), BGBl. Nr. 5/1968, in der Fassung BGBl. Nr. 89/1979 geregelt.

Bei den Österreichischen Bundesforsten sind nur jene Arbeiter provisionsberechtigt, die vor Errichtung des selbständigen Wirtschaftskörpers „Österreichische Bundesforste“ im Jahre 1926 als statutarische ständige Arbeiter aufgenommen worden waren. Die Versorgungsgenüsse dieser ständigen Arbeiter und deren Hinterbliebenen wurden mit Verordnung BGBl. Nr. 15/1951 neu festgesetzt. Im übrigen gebührt den Bediensteten des Wirtschaftskörpers „Österreichische Bundesforste“ und deren Hinterbliebenen auf Grund der Bundesforste-Dienstordnung 1986, in der Fassung BGBl. Nr. 289/1988, ein Zuschuß zu den Pensionen aus der gesetzlichen Pensionsversicherung. Dieser Zuschuß gebührt in der Höhe jenes Betrages, um den die Pensionen aus der gesetzlichen Pensionsversicherung hinter den nach § 76 der Bundesforste-Dienstordnung zu ermittelnden Vergleichsruhe(Versorgungs)genüssen zurückbleiben.

Die Neuregelung der Pensionsansprüche der Zivilbediensteten der ehemaligen k. u. k. Heeresverwaltung und ihrer Hinterbliebenen erfolgte mit dem Bundesgesetz vom 1. Juli 1967, BGBl. Nr. 255.

Die Provisionen der angelernten Arbeiter der Österreichischen Staatsdruckerei, die vor dem 19. Juni 1933 eingetreten sind und in ein ständiges Arbeitsverhältnis übernommen wurden, sind durch die Bestimmungen der Verordnung BGBl. Nr. 52/1952 (in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nr. 120/1960 und Nr. 120/1963) geregelt worden.

Die in ein ständiges Arbeitsverhältnis übernommenen Arbeiter des Hauptmünzamt, die im Provisionsstand befindlichen Lohnbediensteten der Verwaltung des ehemals hofärarischen und des ehemals für das Haus Habsburg-Lothringen gebundenen Vermögens erhalten ihre Provisionen auf Grund der Verordnung BGBl. Nr. 53/1952 in der Fassung der Verordnung BGBl. Nr. 121/1960.

Starrheit des Bundeshaushaltes

323

Bundesbahnpensionen

Die Bundesbahnpensionen sind in der Bundesbahn-Pensionsordnung 1966, BGBl. Nr. 313, in der Fassung der 15. Novelle der Bundesbahn-Pensionsordnung, BGBl. Nr. 294/1988, geregelt. Weiters wurden die Bestimmungen der Bundesbahn-Besoldungsordnung 1963, BGBl. Nr. 170, in der Fassung der 28. Novelle der Bundesbahn-Besoldungsordnung, BGBl. Nr. 292/1988, berücksichtigt.

Mittelbare Bundesverwaltung

Der Aufwand für die Pensionsparteien im Bereich der mittelbaren Bundesverwaltung wird nach den Bestimmungen des Art. I § 1 Abs. 1 des Finanzausgleichsgesetzes 1989, BGBl. Nr. 000/1988, von den Bundesländern getragen.

Außerordentliche Versorgungsgenüsse für Heimatvertriebene

Für die vom Bundespräsidenten aus Billigkeitsgründen gewährten außerordentlichen Versorgungsgenüsse an bestimmte Personengruppen des öffentlichen Dienstes, deren Versorgungsansprüche und Versorgungsanwartschaften gegenüber ihren früheren Dienstherrn oder Versorgungsträgern zurzeit nicht verwirklicht werden können oder deren Versorgungsanspruch sich gegen das Deutsche Reich richtete, wird die Bundesrepublik Deutschland für die im Bonner Regierungsabkommen vom 27. April 1953 vorgesehenen jährlichen Beitragsleistungen voraussichtlich einen Abfindungsbetrag von rd. 150,4 Millionen Schilling zahlen.

Ersätze für Pensionen der Landeslehrer

Gemäß § 3 Abs. 5 des Finanzausgleichsgesetzes 1989, BGBl. Nr. 000/1988, ersetzt der Bund den Ländern den Pensionsaufwand für die unter ihrer Diensthöhe stehenden Lehrer an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen, an berufsbildenden Pflichtschulen und an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen sowie für die Angehörigen und Hinterbliebenen dieser Lehrer in der Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Pensionsaufwand für diese Personen und den für die Landeslehrer von den Ländern vereinnahmten Pensionsbeiträgen, besonderen Pensionsbeiträgen und Überweisungsbeträgen. Diese Kostenersätze werden ab 1973 bei Voranschlagsposten der Sachausgaben verrechnet.

Starrheit des Bundeshaushaltes

Der überwiegende Teil der Ausgaben ist gesetzlich oder vertraglich gebunden, wie die nachstehende Übersicht zeigt.

	Bundesvoranschlag 1989 ¹⁾		Bundesvoranschlag 1988 ¹⁾	
	Mill. S	%	Mill. S	%
1. Gesetzliche Verpflichtungen				
1.1. Personalausgaben	135 785	22,7	131 414	22,2
1.2. Sachausgaben	214 839	35,9	209 261	35,2
Summe 1. ...	350 624	58,6	340 675	57,4
2. Ermessensausgaben				
2.1. Ausgaben für Finanzschulden ²⁾	124 660	20,8	129 590	21,8
Summe 1. und 2.1. ...	475 284	79,4	470 265	79,2
2.2. Übrige Ermessensausgaben ³⁾	123 494	20,6	123 417	20,8
Hievon Ausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen	33 964	5,8	34 734	5,9
Summe 1. und 2. ...	598 778	100,0	593 682	100,0

¹⁾ Gesamthaushalt.

²⁾ Aufwand für Zinsen und Tilgungen von Finanzschulden, soweit nicht bei den Gesetzlichen Verpflichtungen enthalten.

³⁾ Auch einem Teil dieser Ausgaben liegen vertragliche Verpflichtungen zugrunde.

324

Investitionen und Investitionsförderung**Investitionen und Investitionsförderung**

Zur Durchführung von konjunkturbeeinflussenden Maßnahmen eignen sich von den mit dem Bundeshaushalt in Zusammenhang stehenden Ausgaben in erster Linie die Ausgabenbeträge, die für Eigeninvestitionen des Bundes, die für die Instandhaltung bundeseigener Vermögenswerte und die für die der Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft dienenden Subventionen und Darlehen vorgesehen sind. Es wird jedoch darauf verwiesen, daß die in den nachfolgenden Übersichten dargestellten Ausgabengrößen nur teilweise in dem gemäß § 13 BHG, BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung, zu erstellenden Investitionsprogramm des Bundes enthalten sind.

Bundesvoranschlag:	1989 ¹⁾	1988 ¹⁾ Milliarden Schilling	1987 ²⁾
Eigeninvestitionen:			
Bruttoinvestitionen und Instandhaltungsaufwand des Bundes (ohne Landesverteidigung) ³⁾⁴⁾	33,3	33,3	31,7
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens (ohne Landesverteidigung) ³⁾	1,7	1,6	1,7
Bauten und Ausrüstung (einschließlich geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und Instandhaltung) für die Landesverteidigung (Ausgaben im Inland) ³⁾⁵⁾	4,0	3,8	4,5
Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft (Ausgaben im Inland):			
Überweisungen an den Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds ⁶⁾	1,8	1,9	18,6
Sonstige Bereiche (einschließlich Kapitalaufstockung) ³⁾⁷⁾	26,8	27,9	11,8
Summe ⁴⁾ ...	67,6 ⁹⁾	68,5	68,3 ¹⁰⁾
Hievon:			
Investitionen für Erziehung und Unterricht sowie Forschung und Wissenschaft ¹¹⁾	5,7	6,0	5,7
Wohnungsbau ¹²⁾	16,5	16,6	18,0
Übrige Gebäude ¹³⁾	5,7	5,3	4,3
Straßenbau (einschließlich dazugehörige Gebäude) ¹⁴⁾	6,6	7,2	7,5
Investitionen der Österreichischen Bundesbahnen ¹⁵⁾	7,8	7,9	7,1
Post- und Telegraphenverwaltung ¹⁶⁾	10,6	10,0	9,4

Konjunkturausgleich-Voranschlag:	Stabilisierungsquote	1989 ¹⁾¹⁷⁾ Konjunkturbelebungsquote	Summe	Stabilisierungsquote	1988 ¹⁾¹⁷⁾ Konjunkturbelebungsquote	Summe
			Milliarden Schilling			
Eigeninvestitionen:						
Bruttoinvestitionen und Instandhaltungsaufwand des Bundes (ohne Landesverteidigung) ³⁾¹⁸⁾	1,8	1,0	2,8	1,9	1,0	2,9
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens ¹⁸⁾	0,0	0,0	0,0	0,0
Bauten und Ausrüstung (einschließlich geringwertige Güter des Anlagevermögens und Instandhaltung) für die Landesverteidigung (Ausgaben im Inland) ³⁾	0,5	0,4	0,9	0,6	0,4	1,0
Investitionsförderung im Bereiche der Wirtschaft (Ausgaben im Inland):						
Sonstige Bereiche ³⁾¹⁹⁾	0,4	0,3	0,7	0,3	0,3	0,6
Summe ...	2,7	1,7	4,4 ²⁰⁾	2,8	1,7	4,5

	1989 ¹⁾	1988 ¹⁾ Milliarden Schilling	1987 ²⁾
Investitionsfinanzierungen auf Grund von Ermächtigungen des Bundesfinanzgesetzes:			
Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds ²¹⁾	2,25	2,25	2,25
Sonstige Finanzierungsmöglichkeiten:			
Auf Grund des Fernmeldeinvestitionsgesetzes ²²⁾	8,0	8,3

Fußnoten siehe Seiten 325 bis 327.

Investitionen und Investitionsförderung

325

Fußnoten zu Seite 324:

1) Voranschlag.

2) Erfolg.

3) Ausgewiesen sind nur die Ausgabenbeträge einzelner Positionen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, und zwar Bruttoinvestitionen, Instandhaltung, Kapitaltransfers und Darlehen für Investitionsförderung. Die Beträge dieser Positionen sind nicht ident mit den im Bundesvoranschlag bei den Voranschlagsätzen ausgewiesenen Beträgen. Anlagenansätze des Voranschlages umfassen neben den vorgenannten volkswirtschaftlichen Positionen zB auch Ausgaben für Liegenschaftsankäufe und ähnliches.

4) Siehe Beilagen O₇ und O₈ des jeweiligen Arbeits(Amts)behelfes zum Bundesfinanzgesetz (ohne Liegenschaftsankäufe); jedoch einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeiträge.

5) Siehe Beilagen O₇ und O₈ des jeweiligen Arbeits(Amts)behelfes zum Bundesfinanzgesetz, Spalte „Landesverteidigung“ vermindert um die in der Fußnote 1) auf Seite 312 des Arbeits(Amts)behelfes ausgewiesenen Käufe der Landesverteidigung im Ausland.

6) Siehe die für die Förderung der Errichtung und Erweiterung von Wasserversorgungs- und Kanalisationsanlagen beim Aufgabenbereich 37 ausgewiesenen Bundesmittel aus zweckgebundenen Einnahmen des Titels 2/528, welche auf Grund von Bestimmungen des Finanzausgleichsgesetzes in der geltenden Fassung vom Bund dem Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds zu überweisen sind. Bis einschließlich BVA 1987 wurden hier auch die für die Förderung des Wohnbaues beim Aufgabenbereich 23 vorgesehenen Bundesmittel aus zweckgebundenen Einnahmen des Titels 2/528 (ohne Voranschlagsansatz 2/52850) ausgewiesen, die auf Grund der damals geltenden Bestimmungen des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 ua. den Ländern zu überweisen waren.

7) Investitionsförderung: siehe Beilage O₉ (vermindert um die Kapitaltransfer- und Darlehenszahlungen ins Ausland) des jeweiligen Arbeits(Amts)behelfes zum Bundesfinanzgesetz; Kapitalaufstockung: Alle Voranschlagsposten 080. (jedoch ohne die der Voranschlagsansätze 1/54022, 1/54033 und ohne der Voranschlagspost 080./231 des Voranschlagsansatzes 1/54093); Mittel an Baufonds (bis einschließlich BVA 1987): Alle Voranschlagsposten 7660 der Voranschlagsätze 1/60826, 1/60836, 1/60866 und 1/60876.

8) Die ausgewiesenen Investitionsausgaben verstehen sich jedoch ohne Ausgaben auf Grund von Haftungsermächtigungen des Bundesministers für Finanzen.

9) Dieser Betrag wird voraussichtlich wie folgt wirksam werden:

Kennziffer	Aufgabenbereich	Eigeninvestitionen				Investitionsförderung				Zusammen
		Instandhaltung	Geringwertige Wirtschaftsgüter	Überweisungen gemäß § 1 (2) Z 2 FAG	Bruttoinvestitionen	Zuschüsse	Darlehen	Kapitalbeteiligung	Sonstige Investitionsmaßnahmen	
Milliarden Schilling										
11	Erziehung und Unterricht ..	0,42	0,19	0,08	1,11	0,07	0,00	1,87
12	Forschung und Wissenschaft ..	0,32	0,10	0,02	1,52	1,87	0,01	0,00	3,84
13	Kunst ..	0,23	0,02	0,24	0,11	0,00	0,60
21	Gesundheit ..	0,01	0,01	0,10	0,17	0,29
22	Soziale Wohlfahrt ..	0,01	0,02	0,08	0,06	0,00	0,17
23	Wohnungsbau ..	0,02	0,00	0,02	16,27	0,22	0,00	16,53
32	Straßen ..	2,52	0,07	0,02	3,86	0,05	0,00	0,00	6,52
33	Sonstiger Verkehr ..	1,51	1,02	16,05	2,64	0,00	0,71	21,93
34	Land- und Forstwirtschaft ..	0,40	0,05	0,17	1,78	0,00	2,40
35	Energiewirtschaft	0,01	0,00	0,00	0,01
36	Industrie und Gewerbe ..	0,00	0,00	0,00	0,62	0,03	0,00	0,65
37	Öffentliche Dienstleistungen ..	0,03	0,01	0,09	2,02	0,00	1,82	3,97
38	Private Dienstleistungen ..	0,00	0,00	0,00	0,01	0,00	0,01	0,02
41	Landesverteidigung ..	1,75	0,01	2,22	0,05	4,03
42	Staats- und Rechtssicherheit ..	0,10	0,11	0,51	0,72
43	Übrige Hoheitsverwaltung ..	1,48	0,09	0,05	2,31	0,10	0,05	4,08
Summe ...		8,80	1,70	0,17	28,28	25,83	0,31	0,72	1,82	67,63
		38,95				28,68				

326

Investitionen und Investitionsförderung

Fußnoten zu Seite 324 (Fortsetzung):

¹⁰⁾ Dieser Betrag wurde wie folgt wirksam:

Kennziffer	Aufgabenbereich	Eigeninvestitionen				Investitionsförderung				Zusammen
		Instandhaltung	Geringwertige Wirtschaftsgüter	Überweisungen gemäß § 1 (2) Z 2 FAG	Bruttoinvestitionen	Zuschüsse	Darlehen	Kapitalbeteiligung	Sonstige Investitionsmaßnahmen	
Milliarden Schilling										
11	Erziehung und Unterricht ..	0,40	0,26	0,09	1,33	0,12	0,00	2,20
12	Forschung und Wissenschaft ..	0,31	0,10	0,03	1,34	1,69	0,01	3,48
13	Kunst ..	0,17	0,02	0,17	0,10	0,01	0,47
21	Gesundheit ..	0,02	0,01	0,10	0,15	0,28
22	Soziale Wohlfahrt ..	0,01	0,01	0,02	0,10	0,14
23	Wohnungsbau ..	0,12	0,00	0,02	0,86	0,34	16,66	18,00
32	Straßen ..	2,29	0,08	0,78	4,90	0,22	0,04	8,31
33	Sonstiger Verkehr ..	1,61	1,00	14,08	2,71	0,00	0,11	19,51
34	Land- und Forstwirtschaft ..	0,39	0,05	0,17	0,78	0,00	0,98	2,37
35	Energiewirtschaft	0,05	0,00	0,00	0,05
36	Industrie und Gewerbe ..	0,00	0,00	0,00	0,65	0,04	1,00	1,69
37	Öffentliche Dienstleistungen ..	0,04	0,01	0,02	1,77	1,96	3,80
38	Private Dienstleistungen ..	0,00	0,00	0,00	0,01	0,01	0,02
41	Landesverteidigung ..	0,99	0,00	3,50	0,00	4,49
42	Staats- und Rechtssicherheit ..	0,10	0,12	0,40	0,62
43	Übrige Hoheitsverwaltung ..	0,75	0,08	0,07	1,94	0,03	2,87
Summe ...		7,20	1,74	0,97	27,99	9,24	0,39	1,17	19,60	68,30
		37,90				30,40				

¹¹⁾ Aufgabenbereiche 11 und 12 der Voranschlagsposten für Instandhaltung (61...), der Post-Untergliederungen 0. bis 8. sowohl der Voranschlagsposten für Darlehen zur Investitionsförderung (24...) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.); der Voranschlagsposten 02. bis 06. (einschließlich der analogen Voranschlagsposten der Posten-Unterklasse 46), 10., 400. und 409. der Kapitel 01 bis 77 einschließlich der bei den Aufgabenbereichen 11 und 12 vorgesehenen Mittel für Kapitalaufstockung (lt. Fußnote 7) sowie einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeträge.

¹²⁾ Aufgabenbereich 23 der Voranschlagsposten für Instandhaltung von Gebäuden (614.), der Post-Untergliederungen 4. sowohl der Voranschlagsposten für Darlehen zur Investitionsförderung (24...) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.) sowie der Voranschlagsposten 0630 und 0634 (einschließlich der analogen Voranschlagsposten der Posten-Unterklasse 46) der Kapitel 01 bis 77; zuzüglich der beim Aufgabenbereich 23 vorgesehenen Mittel für Kapitalaufstockung [laut Fußnote 7)] sowie (bis einschließlich BVA 1987) der für die Förderung des Wohnungsbaues beim Aufgabenbereich 23 ausgewiesenen Beträge aus zweckgebundenen Bundeseinnahmen des Titels 2/528 (ohne Voranschlagsansatz 2/52850), welche auf Grund von Bestimmungen des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 ua. den Ländern vom Bund zu überweisen waren.

¹³⁾ Alle Voranschlagsposten 063., 064. (einschließlich der analogen Voranschlagsposten der Posten-Unterklasse 46) und 614. sowie alle Post-Untergliederungen 4. sowohl der Voranschlagsposten für Darlehen zur Investitionsförderung (24...) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.) einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeträge mit Ausnahme der entsprechenden Ausgaben bei den Investitionen für Erziehung und Unterricht sowie Forschung und Wissenschaft, beim Wohnungsbau, Straßenbau, bei der Post- und Telegraphenverwaltung sowie bei den Österreichischen Bundesbahnen.

¹⁴⁾ Alle Voranschlagsposten 060., 065. bis 067. und 611. sowie der Post-Untergliederungen 1. sowohl der Voranschlagsposten zur Investitionsförderung (24...) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.), der Voranschlagsansätze 1/64228 und 1/64248 (jeweils ohne Voranschlagsposten 61., 69., 720., 727., 7290, 73. und 764.) zuzüglich des Aufgabenbereiches 32 der Voranschlagsposten 0645 bis 0647 und 614. sowie der Post-Untergliederungen 4. sowohl der Voranschlagsposten für Investitionsförderung (24...) als auch der Voranschlagsposten für Kapitaltransferzahlungen (735. bis 739., 745. bis 748., 755. bis 757., 770.) der Kapitel 01 bis 77 sowie einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeträge.

¹⁵⁾ Alle Ausgaben der Voranschlagsposten 02. bis 06., 1., 24., 400., 409., 61., 735. bis 739., 745. bis 748., 757. und 770. des Kapitels 79.

¹⁶⁾ Alle Ausgaben der Voranschlagsposten 02. bis 06., 1., 24., 400., 409., 61., 735. bis 739., 745. bis 748., 757. und 770. des Kapitels 78.

Finanzwirtschaftliche und funktionelle Gliederung

327

Fußnoten zu Seite 324 (Fortsetzung):

¹⁷⁾ Die Inanspruchnahme bedarf gemäß Art. III der Bundesfinanzgesetze 1989 und 1988 der Zustimmung des Bundesministers für Finanzen.

¹⁸⁾ Siehe die Beilagen 0₁₂, 0₁₃, 0₁₅ und 0₁₆ der Arbeits(Amts)behelfe zum Bundesfinanzgesetz für die Jahre 1989 und 1988, vermindert um die Spalte „Landesverteidigung“; jedoch einschließlich der gemäß § 1 Absatz 2 Ziffer 2 des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) den Ländern als Abgeltung für Projektierungs-, Bauleitungs- und Bauführungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeträge.

¹⁹⁾ Investitionsförderung: siehe ua. die Beilagen 0₁₄ und 0₁₇ der Arbeits(Amts)behelfe zum Bundesfinanzgesetz für die Jahre 1989 und 1988; Mittel an Baufonds (bis einschließlich 1987): alle Voranschlagsposten 766 . der Voranschlagsansätze 1/60826, 1/60836, 1/60866 und 1/60876.

²⁰⁾ Bei Freigabe wird dieser Betrag voraussichtlich wie folgt wirksam:

Kenn- ziffer	Aufgaben	Eigeninvestitionen				Investitionsförderung			Zusam- men
		Instand- haltung	Gering- wertige Wirt- schafts- güter	Überwei- sungen gemäß § 1 (2) Z 2 FAG	Bruttoin- vestitio- nen	Zuschüs- se	Darlehen	Sonstige Investi- tions- maß- nahmen	
Milliarden Schilling									
11	Erziehung und Unterricht	0,08	0,02	0,30	0,00	0,40
12	Forschung und Wissenschaft	0,07	0,01	0,39	0,06	0,53
13	Kunst				0,09	0,02	0,11
23	Wohnungsbau				0,03	0,03
33	Sonstiger Verkehr	0,00		1,03	0,03	0,00	1,06
34	Land- und Forstwirtschaft	0,05		0,02	0,28	0,35
37	Öffentliche Dienstleistungen			0,26	0,26
41	Landesverteidigung	0,07		0,85	0,00	0,92
42	Staats- und Rechtssicherheit		0,01		0,07	0,08
43	Übrige Hoheitsverwaltung	0,29		0,02	0,39	0,70
Summe . . .		0,56	0,01	0,05	3,17	0,65	0,00	4,44
		3,79				0,65			

²¹⁾ Diese Ausgaben belasten nur den Haushalt des Fonds.

²²⁾ Fernmeldeinvestitionsgesetz, BGBl. Nr. 312/1971, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 320/1987 (2. FMIG-Novelle 1987). Bei den hier angeführten sonstigen Finanzierungsmöglichkeiten handelt es sich um die Inanspruchnahme von Zessionskrediten, die zur Erfüllung des Fernmeldeinvestitionsprogrammes notwendig werden, soweit die in erster Linie zur Finanzierung vorgesehenen zweckgebundenen Anteile der Einnahmen aus Fernsprechgeldern hierzu nicht ausreichen. Zum Zeitpunkt der Erstellung des jeweiligen Bundesvoranschlags steht jedoch noch nicht fest, in welcher Höhe von der im FMIG ausdrücklich vorgesehenen Möglichkeit solcher sonstigen Finanzierungsmöglichkeiten Gebrauch gemacht werden wird. Der Zeitpunkt der Investitionswirksamkeit (Bestellvolumen) und jener der Ausgabenwirksamkeit (Tilgung der entsprechenden Verbindlichkeiten) fallen auseinander.

Finanzwirtschaftliche und funktionelle Gliederung

Zur Analysierung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Bundeshaushaltes ist dieser nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten (Anlagen, Förderungen, Aufwendungen) gegliedert worden. Diese Gliederung vermochte aber das Bedürfnis nach einer übersichtlichen Darstellung des Bundeshaushaltes nur teilweise zu befriedigen. Es wurde daher die finanzwirtschaftliche Klassifikation (Gebaungsgruppen) mit einer funktionellen (Aufgabenbereiche) verbunden. Die Übersicht auf Seite 328 zeigt die wichtigsten Daten.

328

Finanzwirtschaftliche und funktionelle Gliederung

Kennziffer	Aufgabenbereiche	Bundesvoranschlag						Erfolg	Einnahmen		
		Personal- ausgaben	Sachausgaben			Ausgaben (Summe)			Bundesvoranschlag		Erfolg
			Anlagen	Förderungen	Aufwendun- gen	1989	1988		1987	1989	
								1987			
Millionen Schilling											
	Allgemeiner Haushalt						¹⁾	^{2) 3)}		³⁾	
11	Erziehung und Unterricht	15 980,7	1 223,6	738,3	26 480,1	44 422,6	43 051,2	44 100,6	595,3	621,7	593,6
12	Forschung und Wissenschaft	6 730,1	1 521,8	1 796,0	8 288,5	18 336,4	18 054,0	17 178,2	1 307,8	1 335,8	1 386,0
13	Kunst	2 775,2	237,7	586,9	1 392,7	4 992,4	4 781,2	4 565,1	899,3	775,5	694,8
14	Kultus				428,4	428,4	422,1	422,1			
	11 bis 14 (Summe)	25 486,0	2 983,1	3 121,2	36 589,7	68 179,8	66 308,5	66 266,0	2 802,4	2 733,0	2 674,4
21	Gesundheit	349,7	104,0	288,4	3 962,5	4 704,7	4 433,7	4 163,5	822,4	773,1	754,2
22	Soziale Wohlfahrt	1 146,9	84,1	4 845,7	132 490,3	138 567,1	131 626,2	125 779,3	67 830,4	65 728,4	63 763,8
23	Wohnungsbau		8,0	290,2	16 292,8	16 591,0	16 655,0	1 388,5	721,7	2 581,6	669,8
	21 bis 23 (Summe)	1 496,6	196,1	5 424,3	152 745,6	159 862,8	152 714,9	131 331,3	69 374,5	69 083,1	65 187,8
32	Straßen		4 056,6	0,0	10 489,8	14 546,4	14 778,3	15 799,6	2 989,7	2 861,2	2 834,8
33	Sonstiger Verkehr	57 362,8	17 066,8	2 970,0	21 992,7	99 392,3	96 868,2	94 150,3	77 177,4	74 436,0	67 828,6
34	Land- und Forstwirtschaft	1 524,5	220,8	11 764,8	1 146,4	14 656,6	15 865,3	14 838,0	4 322,9	5 831,3	5 164,0
35	Energiewirtschaft		0,0	116,9	0,0	116,9	88,9	102,3	1 577,2	2 832,4	6 114,2
36	Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau)	106,6	2,6	2 628,9	15 395,5	18 133,6	21 523,8	15 219,7	7 882,1	8 166,1	12 713,7
37	Öffentliche Dienstleistungen	953,6	86,9	2 025,1	2 308,9	5 374,4	5 617,1	5 197,5	12 164,8	4 588,0	4 354,8
38	Private Dienstleistungen (einschließlich Handel)	551,6	1 192,7	559,5	1 862,9	4 166,6	4 495,4	3 857,9	7 287,4	7 465,3	6 957,6
	32 bis 38 (Summe)	60 499,1	22 626,4	20 065,2	53 196,2	156 386,8	159 237,0	149 165,2	113 401,5	106 180,3	105 967,7
41	Landesverteidigung	6 226,7	70,2	26,8	11 580,8	17 904,6	16 986,0	17 303,1	541,4	534,8	480,0
42	Staats- und Rechtssicherheit	12 361,1	512,9	0,4	3 258,8	16 133,1	15 715,6	15 480,0	3 670,3	3 512,9	3 360,4
43	Übrige Hoheitsverwaltung	29 715,5	3 124,5	1 255,1	75 990,2	110 085,3	106 621,4	134 914,9	272 804,6	264 440,1	231 885,8
	41 bis 43 (Summe)	48 303,3	3 707,6	1 282,3	90 829,8	144 123,0	139 323,0	167 698,0	277 016,3	268 487,8	235 726,1
	Summe Allgemeiner Haushalt	135 785,0	29 513,2	29 893,0	333 361,2	528 552,4	517 583,3		462 594,6	446 484,2	
	Ausgleichshaushalt										
43	Übrige Hoheitsverwaltung				70 225,9	70 225,9	76 098,8		136 183,7	147 197,8	
	Gesamtsumme	135 785,0	29 513,2	29 893,0	403 587,1	598 778,3	593 682,1	514 460,5	598 778,3	593 682,1	409 555,9

1) Aufgliederung nach Gebarungsgruppen siehe Arbeitsbehelf zum Bundesfinanzgesetz 1988, Seite 320.

2) Aufgliederung nach Gebarungsgruppen siehe Bundesrechnungsabschluß 1987, Band 2, Seite 137.

3) Hinsichtlich der Vergleichbarkeit mit dem Bundesvoranschlag 1988 bzw. 1989 wird auf die grundsätzlichen Ausführungen auf Seite 7 des Arbeitsbehelfes zum Bundesfinanzgesetz 1988 verwiesen.

Bereinigte Budgetgebarung

329

Bereinigte Budgetgebarung**Bruttoveranschlagung**

Der Bundeshaushalt umfaßt wie jeder öffentliche Haushalt die Gebarungen einer großen Anzahl von Verwaltungsdienststellen, betrieblichen Einrichtungen ¹⁾, Verwaltungsfonds und sonstigen Institutionen, die verschiedenste Aufgaben und Zwecke zu erfüllen haben.

Die einschlägigen Verfassungsbestimmungen und Haushaltsvorschriften schreiben aus Gründen einer besseren Kontrollmöglichkeit die bruttomäßige Darstellung der Gebarung jeder einzelnen Institution im Rahmen des Bundeshaushaltes vor. Das bedeutet, daß bei jeder Institution in der Regel alle Ausgaben auf der Ausgabenseite und alle Einnahmen auf der Einnahmenseite bruttomäßig veranschlagt sind und bei keiner Institution weder Einnahmen von den Ausgaben noch umgekehrt Ausgaben von den Einnahmen abgesetzt werden sollen. Es müssen daher fallweise Ausgaben- oder Einnahmenbeträge einer der vorgenannten Institutionen des Bundeshaushaltes auf die Einnahmen- oder Ausgabenseite einer anderen Institution des Bundeshaushaltes überrechnet werden. Außerdem bedingt die bruttomäßige Darstellung, daß den Einnahmen der Betriebe ¹⁾ des Bundes aus Entgelten für ihre Leistungen (zB Postgebühren, Verkehrseinnahmen der Bundesbahn) im Bundeshaushalt auf der Ausgabenseite diejenigen Ausgaben gegenüberstehen, die zur Erbringung dieser Leistungen erforderlich sind.

Sowohl diese Gebarung aus den Entgelten für Betriebsleistungen als auch die Gebarung aus den bereits erwähnten Überrechnungen innerhalb des Bundeshaushaltes („Durchlaufer“) vergrößern das Budgetvolumen, haben aber mit den eigentlichen Aufgaben des Staates nichts zu tun. Dennoch kann auf deren Darstellung im Bundeshaushalt nicht verzichtet werden, weil nur dadurch eine entsprechende Aussagefähigkeit des jeweiligen Bundesvoranschlags gewährleistet ist und damit den Forderungen nach Budgetklarheit und Budgetwahrheit am ehesten entsprochen wird.

Im übrigen gelten diese Überlegungen keineswegs nur für die Kameralistik. Auch eine ordnungsgemäße doppelte Buchführung muß sich an den Grundsatz der höchstmöglichen Aussagefähigkeit in Wahrung der Prinzipien „Bilanzwahrheit“ und „Bilanzklarheit“ halten. Aus diesen Gründen sind auch in den Gewinn- und Verlustrechnungen der Bundesbetriebe die Aufwendungen und Erträge ungekürzt (unsaldiert) ausgewiesen.

Durchlaufer

In dem Bestreben, sowohl den Forderungen nach Budgetklarheit und Budgetwahrheit als auch einer Entschließung des Nationalrates zu entsprechen, wurde ab 1964 die Veranschlagung der betragsmäßig wesentlichsten Durchlauferposten neu geregelt.

In Ergänzung der im Jahre 1964 durchgeführten Maßnahme wurde in sinngemäßer Weise in den Bundesvoranschlägen 1975 bis 1987 auch noch die Veranschlagung der Durchlaufer-Gebarungen betreffend Münzregal und Katastrophenfondsmittel durchgeführt. Auf Grund des neuen Bundeshaushaltsgesetzes ist die Gebarung der Katastrophenfondsmittel ab dem Bundesvoranschlag 1988 wieder bruttomäßig zu veranschlagen. Die bruttomäßige Veranschlagung der Gebarung des Münzregals war nur im Bundesvoranschlag 1988 vorgesehen. Als „Durchlaufer“, deren Veranschlagung beibehalten werden mußte, verblieben im wesentlichen die Abgeltung von Einnahmeausfällen der Österreichischen Bundesbahnen und der Beitrag des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zum Karenzurlaubsgeld.

Verwendung der Budgetmittel

Zur Beurteilung, welchen Anteil des Brutto-Inlandsproduktes bzw. Volkseinkommens die öffentlichen Haushalte bzw. im speziellen Fall der Bundeshaushalt für sich in Anspruch nehmen, muß der Brutto-Budgetrahmen entsprechend bereinigt werden. Zu diesem Zwecke sind von den Brutto-Ausgaben und -Einnahmen Beträge in Höhe der bereits aufgezeigten Ausgaben der einzelnen erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige (Bundesbetriebe) aus eigenen Einnahmen und in Höhe der „Durchlaufer“ in Abzug zu bringen, soweit letztere noch nicht durch die im vorhergehenden Absatz aufgezeigte Regelung saldiert sind.

¹⁾ Diese betrieblichen Einrichtungen wie zB Forst- und Landwirtschaftsverwaltung Allentsteig-Döllersheim, Post- und Telegraphenverwaltung, Österreichische Bundesforste oder Österreichische Bundesbahnen, besitzen keine Rechtspersönlichkeit und sind im Bundeshaushalt mit ihrer Bruttogebarung enthalten. Verstaatlichte und nichtverstaatlichte Unternehmungen hingegen, an denen der Bund beteiligt ist, sind Kapitalgesellschaften oder ähnliches mit Rechtspersönlichkeit. Ihre Gebarung ist im Bundeshaushalt nicht enthalten.

330

Bereinigte Budgetgebarung

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Österreichs wurden daher seit je die Betriebe des Bundes nicht dem öffentlichen, sondern dem privaten (Unternehmer-) Sektor zugezählt und nur das Ergebnis ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit (kassamäßiger Betriebs-Überschuß oder -Abgang) in die volkswirtschaftliche Aufgliederung des Bundeshaushaltes einbezogen. Ebenso werden in dieser volkswirtschaftlichen Aufgliederung des Bundeshaushaltes die wesentlichsten Vergütungen innerhalb der Bundesrechnung („Durchlaufer“) ausgeschieden.

Aus den nachstehenden Übersichten sind die bereinigte Budgetgebarung der Jahre 1987 bis 1989 sowie die Einnahmen ersichtlich, die dem Bund tatsächlich von auswärts zufließen und von den Bundesdienststellen für die ihnen derzeit übertragenen Aufgaben in Anspruch genommen werden:

Erfolg 1987: Gesamtgebarung einschließlich der nicht veranschlagten Anlehensgebarung ¹⁾	Erfolg 1987	
	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling	
Gesamtgebarung (brutto) ²⁾	514 461	409 556
Abgang ...		104 905
Bereinigte Budgetgebarung		
Gruppe 0 bis 6	436 548	338 057
hiez: Überschuß Glücksspiele (Monopol)		392
Branntwein (Monopol)		563
Hauptmünzamt		61
Bundesforste		69
Post- u. Telegraphenverw.		3 151
Abgang Bundestheater	1 627	
Bundesbahnen	9 023	
Zwischensumme ³⁾ ...	447 198	342 293
ab: „Durchlaufer“ ⁴⁾	2 329	2 329
hiez: Anlehensgebarung		113 113
Verbleibt: Bereinigte Budgetgebarung ⁵⁾	444 869	453 077
Abgang ...		
Überschuß ...	8 208	
Brutto-Inlandsprodukt (BIP) in Mrd. S	1 481,6	
Bereinigte Budgetausgaben in vH des BIP	30,0	

Bundesvoranschlag 1988 und 1989: Gesamtgebarung	Bundesvoranschlag 1988		Bundesvoranschlag 1989	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Millionen Schilling			
Gesamtgebarung (brutto) (mit Ausgleichshaushalt)	593 682	593 682	598 778	598 778
Bereinigte Budgetgebarung				
Gruppe 0 bis 6 (ohne Ausgleichshaushalt)	437 201	368 982	446 886	382 819
hiez: Überschuß Glücksspiele (Monopol)		290		310
Branntwein (Monopol)		552		554
Hauptmünzamt		43		—
Bundesforste		86		89
Post- u. Telegraphenverw.		5 189		5 861
Abgang Bundestheater	1 605		1 600	
Bundesbahnen	7 435		7 105	
Zwischensumme ³⁾ ...	446 241	375 142	455 591	389 633
ab: „Durchlaufer“ ⁴⁾	11 556	11 556	7 343	7 343
hiez: Ausgleichshaushalt	76 099	147 198	70 225	136 183
Verbleibt: Bereinigte Budgetgebarung ⁵⁾	510 784	510 784	518 473	518 473
Brutto-Inlandsprodukt (BIP) in Mrd. S	⁶⁾ 1 559,3		⁶⁾ 1 634,4	
Bereinigte Budgetausgaben in vH des BIP	32,8		31,7	

Fußnoten siehe Seite 331.

Bereinigte Budgetgebarung

331

Fußnoten zu Seite 330:

¹⁾ Anlehensgebarung ohne die in Ausgabe und Einnahme gleichhohen Beträge aus der Prolongierung und Umwandlung von Bundesschatzscheinen, Krediten u. ä. während des Jahres.

²⁾ Ohne Anlehensgebarung.

³⁾ Bundesgebarung mit Nettodarstellung der Bundesbetriebe.

⁴⁾ Zusage haushaltsrechtlicher oder sonstiger Vorschriften sind aus verrechnungstechnischen Gründen einzelne Ausgaben- und Einnahmenbeträge von der Ausgaben- auf die Einnahmenseite des Bundeshaushaltes oder umgekehrt zu überrechnen. Solche Überrechnungen können grundsätzlich zwischen allen Kapiteln des Bundeshaushaltes notwendig werden. Da aber in die volkswirtschaftliche Aufgliederung des Bundeshaushaltes die Gebahrung der Kapitel 71 bis einschließlich 79 nur mit dem kassamäßigen Nettoüberschuß bzw. -abgang einbezogen ist, sind hier nur die Überrechnungen zwischen den Voranschlagsansätzen der Kapitel 01 bis 65 als „Durchlaufer“ ausgewiesen. Diese Überrechnungsbeträge sind nämlich nur Durchlaufer, die das Budgetvolumen vergrößern, aber keine echten Budgeteinnahmen oder -ausgaben darstellen. Nicht ausgewiesen als Durchlaufer werden Zahlungen der Bundesdienststellen an öffentlichen Abgaben, die bei Kapitel 52 als Einnahmen aufscheinen.

Erfaßt sind die Überrechnungsbeträge, die auf der Einnahmenseite der Kapitel 01 bis 65 bei den Voranschlagsposten 8260 und 8261 als Vergütungen bzw. bei den Voranschlagsposten 8262 und 8263 als Überweisungen, und zwar jeweils von Ansätzen der Kapitel 01 bis 65 nachgewiesen werden. Diese Vergütungen bzw. Überweisungen werden nach den einschlägigen Richtlinien nur auf der Einnahmenseite des Bundeshaushaltes **a u s n a h m s l o s** erfaßt, während auf der Ausgabenseite für die zu überrechnenden Vergütungen bzw. Überweisungen die Voranschlagsposten 7290 bis 7293 zwar vorgesehen sind, aber auch zu Lasten anderer Voranschlagsposten solche Überrechnungen erfolgen können.

⁵⁾ Beträge entsprechen den Schlußziffern der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

⁶⁾ Schätzung.

Vermögens- und Schuldenrechnung des Bundes

Das Rechnungswesen des Bundes ist in der Lage, mit Hilfe des vollautomatisierten Verrechnungsverfahrens die Verrechnung der haushaltsmäßigen Geldeinnahmen und Geldausgaben sowohl nach kameralistischen als auch nach doppischen Grundsätzen durchzuführen. Dadurch ist es möglich, dem Gebot der Aufstellung von Bestandsverrechnungen für den gesamten Bereich der Bundesverwaltung Rechnung zu tragen. Die Gliederung der Vermögens- und Schuldenrechnung entspricht sinngemäß den Bestimmungen des Aktiengesetzes und berücksichtigt den Ansatz- und Kontenplan des Bundes.

Das Vermögen des Bundes umfaßt grundsätzlich die Gesamtheit der im Verfügungsbereich des Bundes befindlichen Sach- und Geldwerte einschließlich der Rechte und Forderungen, welche nach ihrer dauernden oder vorübergehenden Nutzung den Gruppen des Anlage- oder Umlaufvermögens zugeordnet sind. Dem Vermögensnachweis des Bundes liegen die Ergebnisse über den Vermögensstand der von den anweisenden Stellen geführten Bestandsrechnungen zugrunde. Die Abschreibung der Bestandteile des Vermögens — ausgenommen jene der betriebsähnlichen Einrichtungen und der Bundesbetriebe — erfolgt nach bundeseinheitlichen Richtlinien, und zwar mit 50% im Jahr der Anschaffung oder Herstellung sowie mit den restlichen 50% des Anschaffungs- oder Herstellungswertes anlässlich ihres Ausscheidens.

Zu den Schulden des Bundes zählen alle in Geld zu erfüllenden Verpflichtungen des Bundes. Dem Schuldennachweis liegen alle Geldverpflichtungen des Bundes zugrunde, welche in den Bestandsrechnungen der anweisenden Stellen enthalten sind. Die Passive Rechnungsabgrenzung enthält die bis zum 20. Jänner des Nachjahres geleisteten Zahlungen (Auslaufzeitraum).

Aktiva	Erfolg 1987	BRA 1986
	Millionen Schilling	
1. Anlagevermögen		
1.1 Unbewegliche Anlagen	287 839	268 549
1.2 Bewegliche Anlagen	52 140	50 731
1.3 Im Bau befindliche Anlagen	71 274	78 303
1.4 Vorräte	4 922	4 750
1.5 Aktivierungsfähige Rechte	581	553
1.6 Finanzanlagen		
1.61 Beteiligungen	42 307	47 706
1.62 Wertpapiere des Anlagevermögens	1	1
1.7 Anzahlungen für Anlagen	1 435	—
2. Umlaufvermögen		
2.1 Vorräte	1 885	2 182
2.2 Bargeld, Guthaben, Wertpapiere		
2.21 Bargeld	3 046	3 359
2.22 Guthaben bei Kreditunternehmungen	46 706	43 118
2.23 Schwebende Gelder	331	379
2.24 Wertpapiere des Umlaufvermögens	188	246
2.3 Forderungen		
2.31 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6 109	4 753
2.32 Forderungen aus Darlehen	11 634	11 506
2.33 Forderungen aus der Inanspruchnahme von Haftungen	11 292	12 410
2.34 Forderungen aus Vorschüssen	3 674	3 657
2.35 Ersatzforderungen	894	662
2.36 Sonstige Forderungen	45 295	37 969
2.37 Gegebene Anzahlungen	3 285	3 633
2.4 Haushaltsrücklagen	16 160	10 018
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	16 091	14 264

Vermögens- und Schuldenrechnung des Bundes

333

Passiva	Erfolg 1987	BRA 1986
	Millionen Schilling	
1. Rücklagen		
1.1 Haushaltsrücklagen	16 160	10 018
1.2 Sonstige Rücklagen	12 067	4 594
2. Wertberichtigungen	—	—
3. Verbindlichkeiten		
3.1 Schwebende Geldgebarungen	—	—
3.2 Schulden aus Lieferungen und Leistungen ¹⁾	106 774	96 650
3.3 Schulden aus Erlägen	3 012	3 294
3.4 Ersatzschulden	670	768
3.5 Sonstige Schulden ²⁾	37 027	46 919
3.6 Empfangene Anzahlungen	253	254
3.7 Finanzschulden ³⁾	700 100	616 912
4. Rückstellungen	2 081	2 086
5. Passive Rechnungsabgrenzung	5 442	8 951
 ¹⁾ bis ³⁾ Hievon fällige Schulden:		
	Erfolg 1987	BRA 1986
¹⁾	4 746	2 752
²⁾	926	415
³⁾	30	41

Übersicht über die Planungsmäßigen Vorbelastungen ¹⁾

Kapitel	Bezeichnung	Planungsmäßige Vorbelastungen ²⁾			
		1989	1990	1991 u. später	Summe
		Millionen Schilling			
10	Bundeskanzleramt mit Dienststellen	40,923	19,722	3,244	63,889
12	Unterricht und Sport	819,849	788,999	2 969,379	4 578,227
14	Wissenschaft und Forschung	2 476,374	3 009 451	6 823,577	12 309,402
20	Äußeres	497,981	277,514	257,122	1 032,617
40	Militärische Angelegenheiten	7 504,772	2 283,955	1 397,477	11 186,204
50	Finanzverwaltung	250,307	231,445	648,628	1 130,380
54	Bundesvermögen	8 774,684	7 073,764	116 460,685	132 309,133
60	Land- und Forstwirtschaft	1 993,086	2 162,940	8 691,372	12 847,398
63	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr	649,000	588,100	578,500	1 815,600
64	Bauten und Technik	20 510,960	6 660,537	25 383,701	52 555,198
65	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr	1 856,540	1 885,705	4 737,280	8 479,525
71	Bundestheater	1,950	9,300	26,500	37,750
78	Post- und Telegraphenverwaltung	9 717,596	9 828,100	13 220,600	32 766,296
79	Österreichische Bundesbahnen	6 608,011	6 698,004	18 464,097	31 770,112

¹⁾ Die Bestimmungen des Finanziellen Wirkungsbereiches (eine Anlage der Durchführungsbestimmungen zu den jeweiligen Bundesfinanzgesetzen) beziehen sich auf Verfügungen eines Ressorts, die im einzelnen in wirtschaftlicher, rechtlicher und finanzieller Hinsicht als ein einheitlicher Vorgang angesehen werden können (Vorhaben). Die Ausgaben, die sich auf Grund von Entscheidungen der zuständigen Organe der Bundesverwaltung über solche in Angriff zu nehmende Vorhaben in zukünftigen Finanzjahren ergeben können, werden vorerst als planungsmäßige Vorbelastungen bezeichnet. Diese Vorbelastungen können ein Vorhaben aus der Anschaffung oder Herstellung (einschließlich Selbsterstellung) von Wirtschaftsgütern, aus Förderungsmaßnahmen oder aus sonstigen vertraglichen Vereinbarungen zum Gegenstand haben.

Erst im Zuge der Verwirklichung eines solchen Vorhabens werden rechtsverbindliche Verpflichtungen (zB durch Auftragsvergabe, Vertragsabschluß, Erlassung eines Bescheides) begründet, die in der Bundesverrechnung als solche erfaßt werden.

Soweit im Zeitpunkt der Teilhefterstellung Vorhaben noch nicht beendet sind, werden die Gesamtkosten dieser einzelnen Vorhaben, das sind die planungsmäßigen Vorbelastungen, zusammengefaßt und aufgeteilt auf die entsprechenden Finanzjahre in Übersichten ausgewiesen. **Eine Aussage, inwieweit diese planungsmäßigen Vorbelastungen bereits zu rechtsverbindlichen Verpflichtungen geführt haben, vermitteln diese Übersichten derzeit noch nicht.**

²⁾ Zusammenfassung der in den Teilheften für das Jahr 1989 in der Beilage III D „Übersicht über die künftige Finanzjahre belastende Vorhaben“ aufscheinenden Vorbelastungs-Daten für die Jahre 1989 und später, jedoch ohne die unter „Übrige VA-Ansätze“ ausgewiesenen Beträge.

Außerbudgetäre Sonderfinanzierungen des Bundes

Es erscheint zweckmäßig, neben den Zahlen des jährlichen Budgets auch jene der sogenannten außerbudgetären Sonderfinanzierungen des Bundes heranzuziehen, da ansonsten Aussagen vor allem auf dem Gebiet der öffentlichen Investitionen und hinsichtlich des Finanzbedarfes der öffentlichen Hand nur bedingt möglich sind.

Als außerbudgetäre Sonderfinanzierungen des Bundes werden jene Investitionsvorhaben bezeichnet, die zumeist durch eigene Gesellschaften (im allgemeinen in Form einer AG, deren Aktien oder Aktienmehrheit Bundeseigentum sind) betreut und abgewickelt werden und deren Finanzierungsbedarf nicht unmittelbar und vor allem nicht zur Gänze durch Dotierungen aus dem jährlichen Bundesvoranschlag, sondern zum Großteil durch Kreditaufnahmen im In- und Ausland gedeckt wird. Die Rückzahlung dieser Kredite erfolgt dann über die Einnahmen aus diesen Investitionen bzw. durch Mittel aus den jährlichen Bundesvoranschlägen.

Um eine Vergleichbarkeit dieser außerbudgetären Sonderfinanzierungen mit Finanzierungen im Rahmen des jährlichen Bundesvoranschlages herstellen zu können, müßten zwei Vergleiche angestellt werden. Zunächst wäre die Höhe der durch diese außerbudgetären Sonderfinanzierungen getätigten Investitionen mit jenen Beträgen festzusetzen, die sich ohne außerbudgetäre Sonderfinanzierung (also bei Finanzierung über den jährlichen Bundesvoranschlag) ergeben hätten. Somit dürfen höchstens die Anschaffungs- oder Herstellungskosten [einschließlich Kosten für die Grundeinlösungen ¹⁾] dieser auf außerbudgetärem Weg finanzierten Investitionen angesetzt werden; denn innerhalb des Bundesvoranschlages ist keine Zuordnung möglich, ob eine bestimmte Ausgabe (zB für Personalaufwand oder für Investitionen) aus den laufenden Einnahmen oder auf dem Kreditweg finanziert wird. Durch die Angabe der Anschaffungs- oder Herstellungskosten wird das durch die außerbudgetäre Sonderfinanzierung des Bundes bewirkte Investitionsvolumen insgesamt und der auf das Jahr 1989 entfallende Ausgabenbetrag, der im wesentlichen die reinen Baukosten (inklusive Preissteigerungen) enthält, ersichtlich.

Schwieriger erscheint die Erfassung der gesamten Kosten der außerbudgetären Finanzierung. Neben den reinen Anschaffungs- oder Herstellungskosten (wozu nach Handels- und Steuerrecht die Finanzierungskosten nicht gehören) wären auch sämtliche übrige Kosten darzustellen, die laut den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen ²⁾ vor allem die Finanzierungskosten, aber auch die Kosten für die Erhaltung der Investitionen, für die Einhebung allfälliger Benützungsentgelte und die angemessenen Verwaltungskosten der Sondergesellschaften umfassen. Durch die Angabe der Gesamtkosten wird der Umfang des (außerbudgetären) Finanzierungserfordernisses besser ersichtlich.

Die nachfolgende Aufstellung über außerbudgetäre Sonderfinanzierungen des Bundes gibt an:

1. Die voraussichtlichen Gesamtkosten des Investitionsvorhabens unter Einschluß der Kosten für Zinsen und Tilgung, laufende Erhaltung ³⁾ und Verwaltung bis zur Baufertigstellung ⁴⁾ bzw. bis zum Ende der Tilgungszeit,
2. davon abgeleitet die voraussichtlichen reinen Baukosten [inklusive Kosten des Grunderwerbes ¹⁾ und Preissteigerungen],
3. die voraussichtlichen Ausgaben des Rechtsträgers im Finanzjahr 1989 als Teilbetrag der Gesamtkosten laut Punkt 1 und
4. die im Bundesvoranschlag 1989 veranschlagten Leistungen des Bundes zu den in Punkt 1 genannten Gesamtkosten.

¹⁾ Fußnoten siehe Seite 338.

Außerbudgetäre Sonderfinanzierungen des Bundes

Rechtsträger						Auswirkungen auf den BVA 1989	
(Gesetzliche) Grundlage (BGBl. Nr.)	Bezeichnung	Aufgaben	Voraussichtliche			VA-Ansatz/VA-Post	Milliarden S (= Ausgabe) (- = Einnahme)
			Gesamtkosten	Baukosten (zu aktivierende Beträge)	Ausgaben im Jahr 1989		
148/1985 79/1987 }	Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds	Förderung: Reinhaltung der Gewässer, Versorgung mit ein- wandfreiem Trinkwasser, Errichtung von Wasserversor- gungsanlagen, Kanalisationsan- lagen, Abwasserbeseitigungs- anlagen und betriebliche Abwasserreinigung	1)	100,000	9,500	1/18614/7383/223 1/18614/7383/523 1/18616/7382/223 2/52860/8394 2/18610/8262/853 2/18610/8407	1,105 2) 0,300 0,200 2) 1,851 — 0,300 — 1,105
223/1985	IAKW-AG	Internationaler Teil, Öster- reichisches Konferenzzentrum: Errichtung, Erhaltung, Verwal- tung, Finanzierung	11,300	9,000	0,780	1/54826/7471/423 2/54824/8555/370	0,400 — 0,015
135/1964 638/1975 }	Brenner Autobahn AG	Brenner Autobahn: Herstel- lung, Erhaltung	3)	4,600	0,172 4)	1/64297/7284 2/64290/8174	0,310 — 0,745
479/1971 640/1975 335/1978 }	Pyhrn Autobahn AG	Teilstrecken der Pyhrn Auto- bahn in Steiermark und Ober- österreich: Herstellung, Erhal- tung	3)	16,000	1,077 4)	1/64297/7281 2/64290/8171	0,140 — 0,355
115/1969 26/1971 114/1973 639/1975 143/1976 442/1978 }	Tauernautobahn AG	Teilstrecken der Tauern Auto- bahn in Salzburg und Kärnten, Karawankentunnel: Herstel- lung, Erhaltung	3)	18,800	0,888 4)	1/64297/7282 2/64290/8172	0,300 — 0,635

¹⁾ Derzeit nicht abschätzbar.

²⁾ Außerdem ist der Bundesminister für Finanzen gemäß Art. IX Abs. 1 Z 2 des BFG 1989 zur Übernahme von Haftungen bis zum Betrag von 4,5 Milliarden Schilling ermächtigt.

³⁾ Die Finanzierung erfolgt durch die ASFINAG.

⁴⁾ Baukosten.

Außerbudgetäre Sonderfinanzierungen des Bundes

Außerbudgetäre Sonderfinanzierungen des Bundes

Außerbudgetäre Sonderfinanzierungen des Bundes

Rechtsträger						Auswirkungen auf den BVA 1989	
(Gesetzliche) Grundlage (BGBl. Nr.)	Bezeichnung	Aufgaben	Voraussichtliche			VA-Ansatz/VA-Post	Milliarden S (= Ausgabe) (— = Einnahme)
			Gesamtkosten	Baukosten (zu aktivierende Beträge)	Ausgaben im Jahr 1989		
113/1973 316/1979 }	Arlberg Straßentunnel AG	Arlberg-Tunnel, Teilstrecken der S 16 in Tirol und Vorarlberg: Herstellung, Erhaltung	3)	7,900	0,427 4)	1/64297/7280 2/64290/8170	0,120 — 0,205
300/1981	Autobahnen- und Schnell- straßen-AG	Teilstrecken der Südauto- bahn, der Semmering-Schnellstraße und der Murtal-Schnellstraße: Planung und Errichtung	3)	18,100	1,097 4)	—	—
591/1982 } 510/1987 }	Autobahnen- und Schnellstraßen-Finan- zierungs-AG	Finanzierung der Straßen- bausondergesellschaften und von Bundeshochbauten	1)	2)	5)	1/64297/7285 1/64298/7280	1,070 2,870
372/1985	Wiener Bundes- straßen-AG	Teilstrecken von Bundesstra- ßenverbindungen in Wien, Teil- strecken der A 22 und A 24; Planung und Errichtung	1) 3,720	5,000 3,370	1) 0,713	1/54848/7280 1/64298/7287	0,130 0,530
Vertrag mit Gemeinde {	Eisenstadt Hollabrunn Kitzbühel	} Schulraumbeschaffung	0,357	0,278	—	1/12008/7020/100	0,020
			0,331	0,235	—	1/12008/7020/100	0,006
			0,047	0,026	—	1/12008/7020/100	0,005

¹⁾ Derzeit nicht abschätzbar.

²⁾ Auf die Beträge bei den einzelnen Straßenbausondergesellschaften wird verwiesen.

³⁾ Die Finanzierung erfolgt durch die ASFINAG.

⁴⁾ Baukosten.

⁵⁾ Gesamtausgaben einschließlich der bei den einzelnen Straßenbausondergesellschaften ausgewiesenen Baukosten: 12 Milliarden Schilling.

Außerbudgetäre Sonderfinanzierungen des Bundes

Rechtsträger						Auswirkungen auf den BVA 1989	
(Gesetzliche) Grundlage (BGBl. Nr.)	Bezeichnung	Aufgaben	Voraussichtliche			VA-Ansatz/VA-Post	Milliarden S (= Ausgabe) (- = Einnahme)
			Gesamtkosten	Baukosten (zu aktivierende Beträge)	Ausgaben im Jahr 1989		
Vertrag mit dem Kuratorium zur Förderung der Wirtschaftsuniversität Wien	Universitätszentrum Wien- Althanstraße	Neubauten der Wirtschaftsuni- versität Wien und des Zoologi- schen Institutes der Universität Wien	6,500	2,800	—	1/14108/7020/020	0,375

Außerbudgetäre Sonderfinanzierungen des Bundes

337

Außerbudgetäre Sonderfinanzierungen des Bundes

Eine eindeutige Aussage darüber, in welchem Ausmaß dadurch zusätzliche Budgetausgaben in den Bundesvoranschlägen künftiger Finanzjahre erforderlich werden, kann wegen der schweren Abschätzbarkeit der Höhe künftiger Einnahmen (zB Straßenmaut) nicht gemacht werden. Fallen keine Einnahmen in Zukunft an (zB bei der Schulraumbeschaffung), so umfassen die in den Bundesvoranschlägen der künftigen Finanzjahre vorzusehenden Beträge die gesamten Kosten der außerbudgetären Sonderfinanzierung.

Die nachstehende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung der Verschuldung der ASFINAG (einschließlich der ehemaligen Straßensonderfinanzierungsgesellschaften), der IAKW-AG und des Wasserwirtschaftsfonds seit dem Jahr 1970 sowie über den gesetzlichen Haftungsrahmen. Nicht in dieser Aufstellung enthalten sind die Verpflichtungen und Schulden aus Dauerschuldverhältnissen der Schulraumbeschaffung, die sich am 31. Dezember 1987 auf 4,089 Milliarden Schilling belaufen.

Verschuldung, Brutto-Darlehensaufnahme, Nettoveränderung der Schuldenstände und gesetzlicher Haftungsrahmen der Sonderfinanzierungsgesellschaften⁵⁾ des Bundes und des Wasserwirtschaftsfonds 1970—1987

	Verschuldung zum 31. 12.	Brutto-Darlehensauf- nahme durch außer- budgetäre Sonderfi- nanzierung	Nettoveränderung der Schuldenstände gegenüber dem Vor- jahr	Gesetzliche Haftungs- rahmen ⁶⁾ zum 31. 12.
		in Milliarden Schilling		
1970	3,8	1,0	.	10,8
1971	5,0	1,8	+ 1,2	21,7
1972	6,9	2,1	+ 1,9	28,3
1973	8,6	2,3	+ 1,7	49,7
1974	12,1	4,1	+ 3,5	49,9
1975	15,8	4,6	+ 3,7	70,2
1976	19,4	4,8	+ 3,6	73,5
1977	23,2	5,4	+ 3,8	75,8
1978	25,8	5,8	+ 2,6	82,2
1979	30,7	8,3	+ 4,9	85,1
1980	34,1	8,3	+ 3,4	85,1
1981	34,6	7,6	+ 0,5	85,1
1982	37,8	10,6	+ 3,2	103,8 ⁷⁾
1983	43,9	11,2	+ 6,1	103,8 ⁷⁾
1984	43,0	10,2	- 0,9	103,8 ⁷⁾
1985	49,2	9,9	+ 6,2	133,8 ⁷⁾
1986	46,1	7,3	+ 3,6	129,8 ⁷⁾
1987	35,9	8,2	+ 7,1	139,8 ⁷⁾

¹⁾ Gilt nicht für die Schulraumbeschaffung, da vom Vertragspartner ein baureifes Grundstück beigestellt werden muß.

²⁾ IAKW-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 150/1972, Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 591/1982, jeweils in der derzeit geltenden Fassung.

³⁾ Gilt nicht für die Schulraumbeschaffung.

⁴⁾ Gilt nur für die Sondergesellschaften in Form einer AG.

⁵⁾ Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG (ASFINAG), Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien AG (IAKW-AG).

⁶⁾ Für Kapital, Zinsen und Kosten.

⁷⁾ Die für die ehemaligen Straßensonderfinanzierungsgesellschaften übernommenen Haftungen sind mit dem zum 31. Dezember 1985 aushaftenden Betrag auf den ASFINAG-Haftungsrahmen anzurechnen.

HINWEIS

Auf der Seite 338 des Arbeitsbehelfes, I. Teil, zum Bundesfinanzgesetz 1989 wurden in der Übersicht Daten betreffend die Jahre 1986 und 1987 unrichtig angegeben. Es wird gebeten, die umseitige — mit den richtigen Daten versehene — Seite 338 in den Arbeitsbehelf zum BFG 1989 einzulegen.

Außerbudgetäre Sonderfinanzierungen des Bundes

Eine eindeutige Aussage darüber, in welchem Ausmaß dadurch zusätzliche Budgetausgaben in den Bundesvoranschlägen künftiger Finanzjahre erforderlich werden, kann wegen der schweren Abschätzbarkeit der Höhe künftiger Einnahmen (zB Straßenmaut) nicht gemacht werden. Fallen keine Einnahmen in Zukunft an (zB bei der Schulraumbeschaffung), so umfassen die in den Bundesvoranschlägen der künftigen Finanzjahre vorzusehenden Beträge die gesamten Kosten der außerbudgetären Sonderfinanzierung.

Die nachstehende Übersicht gibt einen Überblick über die Entwicklung der Verschuldung der ASFINAG (einschließlich der ehemaligen Straßensonderfinanzierungsgesellschaften), der IAKW-AG und des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds seit dem Jahr 1970 sowie über den gesetzlichen Haftungsrahmen. Nicht in dieser Aufstellung enthalten sind die Verpflichtungen und Schulden aus Dauerschuldverhältnissen der Schulraumbeschaffung, die sich am 31. Dezember 1987 auf 4,089 Milliarden Schilling belaufen.

Verschuldung, Brutto-Darlehensaufnahme, Nettoveränderung der Schuldenstände und gesetzlicher Haftungsrahmen der Sonderfinanzierungsgesellschaften ⁵⁾ des Bundes und des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds 1970—1987

	Verschuldung zum 31. 12.	Brutto-Darlehensauf- nahme durch außer- budgetäre Sonderfi- nanzierung	Nettoveränderung der Schuldenstände gegenüber dem Vor- jahr	Gesetzliche Haftungs- rahmen ⁵⁾ zum 31. 12.
	in Milliarden Schilling			
1970	3,8	1,0		10,8
1971	5,0	1,8	+ 1,2	21,7
1972	6,9	2,1	+ 1,9	28,3
1973	8,6	2,3	+ 1,7	49,7
1974	12,1	4,1	+ 3,5	49,9
1975	15,8	4,6	+ 3,7	70,2
1976	19,4	4,8	+ 3,6	73,5
1977	23,2	5,4	+ 3,8	75,8
1978	25,8	5,8	+ 2,6	82,2
1979	30,7	8,3	+ 4,9	85,1
1980	34,1	8,3	+ 3,4	85,1
1981	34,6	7,6	+ 0,5	85,1
1982	37,8	10,6	+ 3,2	103,8 ⁷⁾
1983	43,9	11,2	+ 6,1	103,8 ⁷⁾
1984	43,0	10,2	- 0,9	103,8 ⁷⁾
1985	49,2	9,9	+ 6,2	133,8 ⁷⁾
1986	53,8	8,9	+ 4,6	137,5 ⁷⁾
1987	58,0	10,7	+ 4,2	150,8 ⁷⁾

¹⁾ Gilt nicht für die Schulraumbeschaffung, da vom Vertragspartner ein baureifes Grundstück beigestellt werden muß.

²⁾ IAKW-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 150/1972, Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungsgesetz, BGBl. Nr. 591/1982, jeweils in der derzeit geltenden Fassung.

³⁾ Gilt nicht für die Schulraumbeschaffung.

⁴⁾ Gilt nur für die Sondergesellschaften in Form einer AG.

⁵⁾ Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG (ASFINAG), Internationales Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien AG (IAKW-AG).

⁶⁾ Für Kapital, Zinsen und Kosten.

⁷⁾ Die für die ehemaligen Straßensonderfinanzierungsgesellschaften übernommenen Haftungen sind mit dem zum 31. Dezember 1985 aushaftenden Betrag auf den ASFINAG-Haftungsrahmen anzurechnen.

Gesamtgebarung der öffentlichen Haushalte

339

II. Der Bundeshaushalt im Rahmen der öffentlichen Haushalte und der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Gesamtgebarung der öffentlichen Haushalte

Dem bundesstaatlichen Aufbau entsprechend weist Österreich neben dem Bundeshaushalt noch die Haushalte der anderen Gebietskörperschaften auf. Daneben gibt es noch eine große Anzahl von Institutionen, die dem öffentlichen Recht zugehören. Den nachfolgenden Übersichten 1 und 1a und deren Fußnoten 7 bis 9 können die Namen dieser Rechtsträger des öffentlichen Rechtes entnommen werden. Die Zuständigkeitsbereiche dieser öffentlichen Rechtsträger sind in den einzelnen Staaten der Welt sehr verschieden. Diese Tatsache muß daher bei zwischenstaatlichen Vergleichen über die Höhe von Belastungen aus Gebarungen des öffentlichen Sektors besonders beachtet werden.

Übersicht 1

	Bruttoausgaben ¹⁾									
	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987 ²⁾	1988 ³⁾	1989
	Milliarden Schilling									
Bund ⁵⁾	306,6	339,6	372,9	408,0	435,3	464,9	498,7	514,4	561,3	⁴⁾ 563,9
Länder (ohne Wien)	88,4	95,6	103,2	107,4	115,3	124,4	131,1	135,5	140,5	
Gemeinden (ohne Wien)	64,2	70,1	73,7	78,3	81,1	85,4	90,0	92,8	96,0	
Wien (Land und Gemeinde) ..	54,1	60,3	65,6	67,0	70,3	73,1	82,0	83,5	87,0	
Gemeindeverbände ⁷⁾	2,2	2,5	2,7	2,8	2,9	3,1	3,1	3,1	3,1	
Öffentliche Fonds ⁸⁾	14,8	17,6	22,5	22,6	21,6	23,3	24,1	25,0	26,5	
Kammern ⁹⁾	10,7	11,7	13,2	15,4	14,8	16,4	17,1	17,9	18,6	
Sozialversicherungsträger ¹⁰⁾ ..	150,3	164,6	176,0	187,4	202,4	227,0	242,4	258,4	270,0	
Öffentlicher Sektor (Summe)	691,3	762,0	829,8	888,8	943,7	1 017,6	1 088,5	1 130,6	1 203,0	

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt (ÖStZA) (bis einschließlich 1987); Bundesministerium für Finanzen (BMF)

(zu Übersicht 1)

	Bruttoausgaben									
	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
	Anteil in %									
Bund ⁵⁾	44,4	44,6	45,0	45,9	46,1	45,7	45,8	45,5	46,7	
Länder (ohne Wien)	12,8	12,6	12,4	12,1	12,2	12,2	12,0	12,0	11,7	
Gemeinden (ohne Wien)	9,3	9,2	8,9	8,8	8,6	8,4	8,3	8,2	8,0	
Wien (Land und Gemeinde) ..	7,8	7,9	7,9	7,5	7,5	7,2	7,5	7,4	7,2	
Gemeindeverbände ⁷⁾	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	
Öffentliche Fonds ⁸⁾	2,1	2,3	2,7	2,6	2,3	2,3	2,2	2,2	2,2	
Kammern ⁹⁾	1,6	1,5	1,6	1,7	1,6	1,6	1,6	1,6	1,5	
Sozialversicherungsträger ¹⁰⁾ ..	21,7	21,6	21,2	21,1	21,4	22,3	22,3	22,8	22,4	
Öffentlicher Sektor (Summe)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Inklusive Tilgungen und Mehrfacherfassungen bei Vergütungen innerhalb sowie Überweisungen zwischen den angeführten Körperschaften.

²⁾ Vorläufige Werte.

³⁾ Schätzungen.

⁴⁾ Entwurf zum BVA 1989.

⁵⁾ Bundeshaushalt sowie Akademie der Wissenschaften und Österreichische Hochschülerschaft.

⁶⁾ Ohne Schuldenaufnahme, jedoch inklusive Mehrfacherfassungen bei Vergütungen innerhalb sowie Überweisungen zwischen den angeführten Körperschaften.

⁷⁾ Erfasst sind derzeit nur die Gemeindeverbände, die den Rang einer Gebietskörperschaft haben, und zwar die Sozialhilfeverbände in Oberösterreich und der Steiermark sowie die Schulgemeindeverbände in Niederösterreich und Kärnten.

340

Finanzbedarf**Übersicht 1 a**

	Bruttoeinnahmen ⁸⁾									
	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987 ²⁾	1988 ³⁾	1989
	Milliarden Schilling									
Bund ⁵⁾	259,2	287,9	301,1	316,9	345,1	373,2	392,0	409,6	453,5	462,6 ⁴⁾
Länder (ohne Wien)	82,6	89,9	96,8	101,1	109,3	119,3	126,2	130,4	135,6	
Gemeinden (ohne Wien)	58,7	64,0	67,6	72,3	75,8	81,2	85,8	88,5	92,0	
Wien (Land und Gemeinde)	48,2	52,4	55,5	61,4	65,5	71,2	74,3	76,5	79,4	
Gemeindeverbände ⁷⁾	2,1	2,4	2,7	2,8	2,9	3,0	3,0	3,1	3,1	
Öffentliche Fonds ⁸⁾	13,4	16,9	20,1	19,9	20,7	22,5	26,8	27,2	28,7	
Kammern ⁹⁾	10,5	12,0	12,5	13,2	15,1	15,5	16,9	18,1	18,7	
Sozialversicherungsträger ¹⁰⁾	148,5	161,9	176,4	188,8	202,9	225,1	239,4	255,2	266,5	
Öffentlicher Sektor (Summe)	623,2	687,4	732,7	776,4	837,3	911,0	964,4	1 008,6	1 077,5	

Quelle: ÖStZA (bis 1987); BMF

(zu Übersicht 1 a)

	Bruttoeinnahmen									
	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
	Anteil in %									
Bund ⁵⁾	41,6	41,9	41,1	40,8	41,2	41,0	40,6	40,6	42,1	
Länder (ohne Wien)	13,3	13,1	13,2	13,0	13,1	13,1	13,1	12,9	12,6	
Gemeinden (ohne Wien)	9,4	9,3	9,2	9,3	9,1	8,9	8,9	8,8	8,5	
Wien (Land und Gemeinde)	7,7	7,6	7,6	7,9	7,8	7,8	7,7	7,6	7,4	
Gemeindeverbände ⁷⁾	0,3	0,3	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	
Öffentliche Fonds ⁸⁾	2,2	2,5	2,7	2,6	2,5	2,5	2,8	2,7	2,7	
Kammern ⁹⁾	1,7	1,7	1,7	1,7	1,8	1,7	1,8	1,8	1,7	
Sozialversicherungsträger ¹⁰⁾	23,8	23,6	24,1	24,3	24,2	24,7	24,8	25,3	24,7	
Öffentlicher Sektor (Summe)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Finanzbedarf

In den Bruttoausgaben und -einnahmen der einzelnen Institutionen des öffentlichen Sektors sind auch Beträge enthalten, die

- Vergütungen für Dienstleistungen eines Verwaltungszweiges an andere Verwaltungszweige desselben Rechtsträgers — interne Verrechnungen — und
- Überweisungen zwischen diesen einzelnen Rechtsträgern

darstellen. Bringt man diese Vergütungen und Überweisungen von den Bruttoausgaben und -einnahmen in Abzug, verbleiben die sektoralen Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte insgesamt.

⁸⁾ Einbezogen ist die Gebarung folgender Fonds: Ausgleichstaxfonds, Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, ERP-Fonds, Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft, Getreidewirtschaftsfonds, Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds (ab 1978), Kriegsofferfonds, Masafonds der Bundesgendarmarie, Justizwache sowie Zollwache, Milchwirtschaftsfonds, Polizeimassafonds, Reservefonds für Familienbeihilfen, Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Weinwirtschaftsfonds (bis 1986), Wohnhaus-Wiederaufbau- und Stadterneuerungsfonds, Reservefonds nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz (ab 1979), Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte (ab 1981).

⁹⁾ Einbezogen ist die Gebarung folgender Kammern: Wiener Börsekammer, Ingenieurkammern (Bundeskammer und 4 Kammern in den Bundesländern), Kammer der Wirtschaftstreuhänder, Kammern der gewerblichen Wirtschaft (Bundeskammer und 9 Kammern in den Bundesländern), Kammern für Arbeiter und Angestellte (Kammertag und 9 Kammern in den Bundesländern), Landarbeiterkammern (Landarbeiterkammertag und 7 Kammern in den Bundesländern), Landwirtschaftskammern (Präsidentenkonferenz und 9 Kammern in den Bundesländern), Notariatskammern (Delegiertentag und 6 Kammern in den Bundesländern), Österreichische Apothekerkammer, Österreichische Ärztekammern (Österreichische Ärztekammer und 9 Kammern in den Bundesländern), Österreichische Dentistenkammer, Österreichische Patentanwaltskammer, Rechtsanwaltskammern (Kammertag und 7 Kammern), Tierärztekammern (Bundeskammer und 9 Kammern in den Bundesländern).

¹⁰⁾ Jahresergebnisse der Kranken-, Pensions- und Unfallversicherung sowie der Krankenfürsorgeanstalten, des Erstattungs fonds nach dem Entgeltfortzahlungsgesetz, des Insolvenz-Ausfallgeldfonds und der Sonderrechnung über Leistungen nach dem Nachtschichtschwerarbeitsgesetz.

Steuereinnahmen

341

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind die Ausgaben des öffentlichen Sektors aber noch weiter eingegrenzt. In dieser wird nämlich die Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige der Gebietskörperschaften dem privaten (Unternehmer-)Sektor zugezählt.

Die Übersichten 2 und 2 a zeigen die entsprechenden Gebarungsziffern der Ausgabenseite für die Jahre 1980 bis 1987 (Finanzbedarf bzw. Netto-Finanzbedarf).

Übersicht 2

	Öffentlicher Sektor (insgesamt)							
	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
	Milliarden Schilling							
Bruttoausgaben	691,3	762,0	829,8	888,8	943,7	1 017,6	1 088,5	1 130,6
ab: Vergütungen innerhalb der einzelnen Träger des öffentlichen Rechtes, Überweisungen zwischen den einzelnen Trägern des öffentlichen Rechtes	97,4	109,0	124,7	140,2	149,5	176,7	188,4	205,8
verbleibt Finanzbedarf	593,9	653,0	705,1	748,6	794,2	840,9	900,1	924,8
hievon: Netto-Finanzbedarf ohne Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige der Gebietskörperschaften ¹¹⁾ ...	544,9	599,5	649,7	690,7	731,9	775,2	829,9	857,0

Quelle: ÖStZA

Übersicht 2 a

	davon Bund ²⁾							
	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
	Milliarden Schilling							
Bruttoausgaben	306,6	339,6	372,9	408,0	435,3	464,9	498,7	514,4
ab: Vergütungen innerhalb der Bundesgebarung, Überweisungen an andere Träger des öffentlichen Rechtes	2,6	3,8	3,8	4,3	4,3	7,9	6,2	8,3
verbleibt Finanzbedarf	250,2	277,8	302,4	322,8	347,0	367,2	396,0	402,2
hievon: Netto-Finanzbedarf ohne Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige des Bundes ¹¹⁾	202,0	225,2	248,0	265,8	285,7	302,5	326,7	334,9

Quelle: ÖStZA

Steuern und steuerähnliche Einnahmen des öffentlichen Sektors

Von den in Österreich von Trägern des öffentlichen Rechtes erhobenen Steuern und steuerähnlichen Einnahmen betragen die vom Bund eingehobenen rund zwei Drittel. Die Übersicht 3 zeigt die entsprechenden Gebarungsergebnisse.

Ein Teil des vom Bund erhobenen Abgabenaufkommens wird jedoch an verschiedene Rechtsträger weitergegeben. Der Anteil der dem Bund verbleibenden kassamäßigen Steuereinnahmen (einschließlich steuerähnlicher Einnahmen) am Brutto-Inlandsprodukt — unter Berücksichtigung der 1978 erfolgten Umstellung von Kinderabsatzbeträgen auf Transferzahlungen — ist von rund 17,5% im Jahre 1970 lediglich auf rund 18,9% im Jahre 1987 gestiegen, während die Steuerquote insgesamt in diesem Zeitraum von 35,6% auf 42,1% zunahm.

¹¹⁾ Ausgeschlossen sind die Ausgaben der erwerbswirtschaftlichen Betriebe, soweit ihnen entsprechende Einnahmen gegenüberstehen.

342

Der öffentliche Sektor im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**Übersicht 3**

	Indirekte und direkte Steuern und steuerähnliche Einnahmen ¹²⁾									
	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987 ²⁾	1988 ²⁾	1989 ²⁾
	Milliarden Schilling									
Bund	268,9	293,9	308,5	326,0	359,8	388,4	404,7	413,3	433,5	441,7
Länder ¹²⁾	1,0	1,1	1,1	1,3	1,3	1,4	1,6	1,7	1,7	1,8
Gemeinden ¹²⁾	13,9	15,4	16,0	17,2	17,8	18,4	19,5	20,2	21,0	22,0
Kammern	5,2	5,9	6,3	6,6	7,2	7,7	8,4	9,0	9,4	9,8
Sozialversicherungs- träger	117,3	127,9	133,9	139,3	148,5	159,9	167,1	173,9	179,7	185,3
Fonds	2,9	3,1	3,3	3,5	4,6	4,5	4,7	5,3	5,6	5,8
Summe	409,2	447,2	469,1	493,8	539,2	580,5	606,0	623,3	650,9	666,4
Brutto-Inlandsprodukt ²¹⁾	994,7	1 056,0	1 133,5	1 201,2	1 276,8	1 348,1	1 423,1	1 481,6	1 559,3	1 634,4
Summe in % des Brutto- Inlandsprodukts	41,1	42,4	41,4	41,1	42,2	43,1	42,6	42,1	41,7	40,8

Quelle: ÖStZA (bis 1987); BMF

In diesem Zusammenhang ist noch eine zweite Kennziffer der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Volkswirtschaft zu erwähnen, nämlich das Verhältnis der prozentuellen Steigerung der gesamten Steuern und steuerähnlichen Einnahmen zur prozentuellen Steigerung des Brutto-Inlandsprodukts. Die Übersicht 4 gibt darüber Aufschluß (Aufkommenselastizität).

Übersicht 4

	Veränderung gegenüber Vorjahr				Auf- kommens- elastizität
	der Steuern und steuerähnlichen Einnahmen ¹³⁾		des Brutto-Inlandsprodukts		
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	
1980	33,2	8,8	76,2	8,3	1,06
1981	38,0	9,3	61,3	6,2	1,51
1982	21,9	4,9	77,5	7,3	0,67
1983	24,7	5,3	67,7	6,0	0,88
1984	45,4	9,2	75,5	6,3	1,46
1985	41,3	7,7	71,4	5,6	1,37
1986	25,5	4,4	74,9	5,6	0,79
1987	17,3	2,9	58,5	4,1	0,69
1988	27,6	4,4	77,7	5,2	0,68
1989	15,5	2,4	75,1	4,8	0,50

Der öffentliche Sektor im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ¹⁴⁾

Der öffentliche Sektor ist im Rahmen der Gesamtwirtschaft so bedeutungsvoll, weil er einerseits den Betrieben und privaten Haushalten im Wege der Besteuerung Mittel entzieht und andererseits diese laufenden öffentlichen Einnahmen im wesentlichen für die Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen, für die Zuführung von Einkommen an private Haushalte und für die Förderung der Wirtschaft verwendet.

Nachstehend werden einige Gebarungsgrößen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zusammen mit zugehörigen Daten der gesamten öffentlichen Haushalte und des Bundessektors ¹⁵⁾ zur Darstellung gebracht. **Hiebei wurden in bezug auf die Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Verwal-**

¹²⁾ Wien anteilig zugerechnet.¹³⁾ Inklusive Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Beiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, Sozialversicherungsbeiträge; auf Forderungsbasis (Kasseneinnahmen zuzüglich Erstattungen und Veränderung der Forderungen); Zuordnung nach der Einhebung.¹⁴⁾ Siehe hierzu die Publikation „Österreichs Volkseinkommen 1987“, Österreichisches Statistisches Zentralamt, Wien 1988.¹⁵⁾ Bund inklusive Akademie der Wissenschaften, Österreichische Hochschülerschaft und Bundesfonds mit eigener Rechtspersönlichkeit.

**Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung —
Brutto-Inlandsprodukt, Volkseinkommen, Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen**

343

tungszweige des Bundes (Bundesbetriebe) nur deren Netto-Ergebnisse (laut Geldrechnung) berücksichtigt und entsprechend einem besonderen Kontenkonzept für die öffentlichen Betriebe in bestimmter Weise auf (positive oder negative) Einkommen aus Besitz und Unternehmung, indirekte Steuern (Monopole) bzw. Subventionen (strukturelle Defizitbetriebe) sowie Kapitaltransfers aufgeteilt.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) werden jährlich die hauptsächlichen Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Vorgänge in systematischer Form erfaßt und ausgewiesen. Die Reihen der VGR werden in Österreich, wie in anderen Ländern auch, von Zeit zu Zeit gründlichen Revisionen unterzogen, um weiterentwickelte Verbuchungskonzepte in die Rechnung einzuführen, wie sie von den maßgeblichen internationalen Stellen ausgearbeitet werden. Das von den UN im Jahre 1968 herausgegebene „System of National Accounts“¹⁶⁾ gibt einen integrierten Rahmen für die VGR einschließlich Input-Output, Geldstrom- und Vermögensrechnung, und bedeutet eine Weiterentwicklung des bisherigen Systems in Richtung geschlossener **Brutto-Erfassung** aller Transaktionen und stärkerer **Differenzierung** der Güterkonten einerseits und der institutionellen Konten andererseits.

Die Ergebnisse einer auf das neue „System of National Accounts“ umgestellten VGR für Österreich wurden erstmals 1979¹⁷⁾ und in der Folge jährlich publiziert. Die jüngsten Ergebnisse wurden im Herbst 1988 veröffentlicht¹⁴⁾. Nach einer 1984 erfolgten Rückrechnung ist nunmehr ein VGR-Datenset aus einem Guß für den gesamten Zeitraum **1954 – 1987** verfügbar.

Die nächste grundlegende Revision ist nicht vor 1990 zu erwarten. Durch die Berücksichtigung von neuem statistischen Material ergeben sich jedoch jährlich geringfügige Änderungen, vor allem in den jüngsten Jahren.

Brutto-Inlandsprodukt, Volkseinkommen, Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen

Auf der höchsten Aggregationsstufe liefert die VGR wichtige Gesamtgrößen (Hauptaggregate) über das Leistungsergebnis in einer bestimmten Periode (**Brutto-Inlandsprodukt**), über die Summe der erzielten Einkommen (**Volkseinkommen**) und die Gesamtheit der zur Verwendung gelangenden Waren und Dienstleistungen (**Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen**). Zwischen diesen Hauptaggregaten bestehen folgende Zusammenhänge (siehe auch Übersicht 5):

	Volkseinkommen
+	Faktoreinkommen an das Ausland
–	Faktoreinkommen aus dem Ausland
+	Abschreibungen
+	Indirekte Steuern
–	Subventionen
<hr/>	
	Brutto-Inlandsprodukt
+	Importe
–	Exporte
<hr/>	
	Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen

In den Hauptaggregaten ist der öffentliche Sektor mit seinem Beitrag zum BIP bzw. der öffentlichen Lohnsumme (Volkseinkommen) bzw. dem öffentlichen Konsum und den öffentlichen Brutto-Investitionen enthalten (Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen).

Im Rahmen der Ausführungen über den Bundeshaushalt ist von besonderem Interesse, welcher Anteil des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens vom öffentlichen Sektor und im speziellen vom Bundessektor „für sich selbst“ verwendet wird. Zum Bundessektor zählt nicht nur der um die Gebarung der erwerbswirtschaftlichen Betriebsverwaltungen (im wesentlichen die Bundesbetriebe) verminderte Bundeshaushalt, sondern auch die Gebarungen der von Bundesbehörden verwalteten oder beaufsichtigten öffentlichen Fonds⁹⁾ sowie die Gebarung der Akademie der Wissenschaften und der Österreichischen Hochschülerschaft. Ein Teil der Einnahmen dieser Fonds wird als öffentliche Abgaben von Bundesbehörden eingehoben und im Wege des Bundeshaushaltes an die Fonds überwiesen.

¹⁶⁾ A System of National Accounts, Studies in Methods, Series F No. 2, Rev. 3, UN, New York 1968.

¹⁷⁾ „Österreichs Volkseinkommen 1964–1977, Neuberechnung“, Heft 525 der Beiträge zur österreichischen Statistik, Wien 1979.

344

Brutto-Inlandsprodukt, Volkseinkommen, Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen**Übersicht 5**

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
	Milliarden Schilling									
Löhne und Gehälter	545,6	589,0	616,8	642,4	676,3	716,9	760,4	791,2	816,2	847,3
Einkünfte aus Besitz und Unternehmung (zinsenbereinigt)	191,9	187,4	216,8	239,1	253,5	269,9	286,5	295,2	325,6	346,5
Volkseinkommen	737,5	776,4	833,7	881,5	929,9	986,8	1 046,9	1 086,4	1 141,8	1 193,8
± Faktoreinkommen an das/ aus dem Ausland	+ 8,4	+ 8,8	+ 8,4	+ 8,8	+ 8,6	+ 7,1	+ 12,0	+ 12,6	+ 12,6	+ 13,5
+ Abschreibungen	116,1	128,5	140,8	149,2	158,2	167,5	176,2	183,9	193,1	202,8
+ Indirekte Steuern	162,8	174,4	185,0	197,1	216,1	225,9	234,0	244,9	255,8	267,3
- Subventionen	- 30,0	- 32,1	- 34,3	- 35,4	- 35,9	- 39,2	- 46,0	- 46,1	- 44,0	- 43,0
Brutto-Inlandsprodukt	994,7	1 056,0	1 133,5	1 201,2	1 276,8	1 348,1	1 423,1	1 481,6	1 559,3	1 634,4
+ Außenbeitrag	+ 19,4	+ 14,0	- 18,8	- 15,8	- 1,9	- 2,3	- 13,2	- 11,9	- 11,5	- 6,6
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	1 014,1	1 069,9	1 114,7	1 185,5	1 274,8	1 345,8	1 409,9	1 469,7	1 547,8	1 627,8

Quelle: ÖStZA (bis 1987); Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)

Auf Grund der nachfolgenden Übersicht 6 werden vom Bundessektor selbst nur rund 7% des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens für Konsumausgaben, d. s. laufende Ausgaben für Sachgüter und Dienstleistungen, verbraucht und für rund 1% Vermögenswerte geschaffen. Für den gesamten öffentlichen Sektor betragen die analogen Prozentsätze rund 19% bzw. rund 3%.

Übersicht 6

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
	Milliarden Schilling									
Verwendung durch:										
Öffentlicher Konsum	63,6	70,0	78,8	85,1	89,2	95,6	101,5	102,4	103,4	107,0
Brutto-Anlageinvestitionen	13,4	13,7	13,3	15,9	16,7	16,9	17,4	14,2	13,8	14,2
Bundessektor (Summe) ...	76,8	83,7	92,1	101,0	105,8	112,5	118,9	116,6	117,2	121,2
Öffentlicher Konsum	115,1	125,3	135,5	141,7	148,6	159,4	169,5	178,6	180,4	182,5
Brutto-Anlageinvestitionen	28,2	30,1	29,6	29,3	29,6	31,1	34,4	35,8	36,2	37,3
Übriger öffentlicher Sektor (Summe) ...	143,5	155,4	165,2	171,1	178,2	190,5	203,9	214,4	216,6	219,8
Privater Konsum	552,5	596,5	640,2	694,8	733,2	775,0	803,3	830,1	876,6	931,8
Brutto-Anlageinvestitionen	212,5	222,5	218,3	222,5	234,7	254,0	267,8	284,2	306,8	322,1
Privater Sektor (Summe) ...	765,0	819,0	858,5	917,3	967,8	1 029,0	1 071,1	1 114,2	1 183,4	1 253,9
Lagerbewegung und statistische Differenz	28,8	11,9	- 1,0	- 3,9	23,0	13,8	16,0	24,5	30,6	32,9
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	1 014,1	1 069,9	1 114,7	1 185,5	1 274,8	1 345,8	1 409,9	1 469,7	1 547,8	1 627,8

Quelle: ÖStZA (bis 1987); WIFO

Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung — Einkommenskonto 345**Übersicht 6 a**

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
	Anteil in %									
Verwendung durch:										
Öffentlicher Konsum	6,3	6,5	7,1	7,2	7,0	7,1	7,2	7,0	6,7	6,6
Brutto-Anlageinvestitionen	1,3	1,3	1,2	1,3	1,3	1,3	1,2	1,0	0,9	0,9
Bundessektor (Summe) ...	7,6	7,8	8,3	8,5	8,3	8,4	8,4	7,9	7,6	7,5
Öffentlicher Konsum	11,4	11,7	12,2	12,0	11,7	11,8	12,0	12,2	11,7	11,2
Brutto-Anlageinvestitionen	2,8	2,8	2,7	2,5	2,3	2,3	2,4	2,4	2,3	2,3
Übriger öffentlicher Sektor (Summe) ...	14,2	14,5	14,8	14,4	14,0	14,2	14,5	14,6	14,0	13,5
Privater Konsum	54,5	55,8	57,4	58,6	57,5	57,6	57,0	56,5	56,6	57,2
Brutto-Anlageinvestitionen	20,9	20,8	19,6	18,8	18,4	18,9	19,0	19,3	19,8	19,8
Privater Sektor (Summe) ...	75,4	76,6	77,0	77,4	75,9	76,5	76,0	75,8	76,4	77,0
Lagerbewegung und statistische Differenz	2,8	1,1	—0,1	—0,3	1,8	1,0	1,1	1,7	2,0	2,0
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Laufende Einnahmen der öffentlichen Haushalte und deren Verwendung

Die von den Trägern des öffentlichen Rechtes in Österreich bzw. vom Bundessektor¹⁵⁾ den privaten Haushalten und Betrieben im Wege der Besteuerung entzogenen Mittel sowie die wenigen sonstigen laufenden Einnahmen erreichen das in der Übersicht 7 ausgewiesene Ausmaß.

Die in der Übersicht 7 aufgezeigten laufenden Einnahmen werden von den Trägern des öffentlichen Rechtes im Ausmaß von rund 40% für öffentliche Konsumausgaben verbraucht. Die restlichen Einnahmen, vermindert um die Zinsen für die Staatsschuld, werden neu verteilt, und zwar im wesentlichen durch Zuführung von Einkommen an private Haushalte sowie durch die Förderung der Wirtschaft mittels Subventionen und Darlehen.

Einkommenskonto der öffentlichen Haushalte**Übersicht 7**

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
	Milliarden Schilling									
Laufende Einnahmen:										
Einkommen aus Besitz und Unternehmung	18,5	22,4	22,7	22,4	23,1	26,2	25,9	28,4	28,0	27,5
davon Bundessektor ...	12,5	15,8	15,9	16,0	16,7	18,9	18,8	21,5	21,0	20,5
Versicherungsleistungen ...	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3
davon Bundessektor ...	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2

346.

Einkommenskonto

Übersicht 7 (Fortsetzung)

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
	Milliarden Schilling									
Indirekte Steuern	162,8	174,4	185,0	197,1	216,1	225,9	234,0	244,9	256,7	268,3
davon Bundessektor	112,7	123,2	130,5	139,7	151,5	157,9	164,0	173,0	181,5	189,5
Direkte Steuern der privaten Haushalte	110,7	124,3	130,7	136,8	151,4	168,2	177,6	177,7	186,1	182,7
davon Bundessektor ¹⁸⁾ ..	63,0	70,6	74,7	79,8	92,0	102,1	107,7	105,3	127,7	124,3
Direkte Steuern der Kapitalgesellschaften	17,7	19,9	18,8	19,8	22,3	25,5	26,2	25,9	27,3	29,0
davon Bundessektor	14,3	16,2	14,8	15,8	17,6	20,1	20,3	19,8	21,2	22,3
Gebühren und Strafen der privaten Haushalte ..	2,9	3,4	3,4	3,7	4,1	3,8	3,9	3,9	4,0	4,1
davon Bundessektor	1,9	2,3	2,3	2,5	2,8	2,8	2,8	2,8	2,8	3,0
Sozialversicherungsbeiträge ¹⁹⁾	124,6	133,4	139,8	145,5	155,5	167,8	176,0	183,5	189,8	196,2
davon Bundessektor	2,6	3,1	3,3	3,5	3,9	4,5	5,1	5,6	6,0	6,4
Imputierte Pensionsbeiträge	23,7	25,9	28,8	30,9	32,8	35,3	37,6	39,8	41,5	43,9
davon Bundessektor	12,6	13,8	15,2	16,2	17,2	18,3	19,4	20,4	21,1	22,2
Laufende Transfers von Trägern öffentlichen Rechts										
davon Bundessektor	3,2	3,4	3,5	4,1	3,9	5,0	5,1	5,7	6,3	6,5
Laufende Transfers vom Ausland	0,6	0,5	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7	0,8	0,8
davon Bundessektor	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,4	0,4
Laufende Einnahmen (Summe)	461,6	504,4	529,9	557,1	606,1	653,5	682,1	705,0	734,5	752,8
davon Bundessektor	223,4	248,6	260,5	278,0	306,1	330,2	343,8	354,6	388,2	395,2
Laufende Ausgaben:										
Öffentlicher Konsum	178,7	195,2	214,3	226,9	237,8	255,0	271,0	281,0	286,0	289,5
davon Bundessektor	63,6	70,0	78,8	85,1	89,2	95,6	101,5	102,4	105,5	107,0
Zinsen für die Staatsschuld	24,7	29,3	35,2	36,6	43,1	47,8	51,8	58,6	62,5	65,0
davon Bundessektor	17,6	20,6	25,3	27,0	33,8	38,4	42,7	49,4	53,6	56,0
Versicherungsprämien, netto	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3
davon Bundessektor	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Subventionen	30,0	32,1	34,3	35,4	35,9	39,2	46,0	46,1	43,5	43,0
davon Bundessektor	21,1	22,9	26,1	27,4	27,8	30,0	36,4	36,4	33,3	33,0
Sozialversicherungsleistungen	94,5	103,4	112,6	121,5	130,8	142,3	151,1	160,9	167,9	177,6
Pensionen der Hoheitsverwaltung	38,6	42,3	46,1	49,2	52,3	56,2	59,9	63,6	66,1	69,6
davon Bundessektor	24,2	26,4	28,5	30,3	32,1	34,2	36,3	38,4	39,9	41,6
Sonstige Sozialtransfers	56,2	60,1	67,0	69,9	72,3	76,3	80,4	86,3	85,0	85,5
davon Bundessektor	45,0	47,4	52,8	54,6	55,5	59,1	62,1	67,2	65,5	65,7
Laufende Transfers an Träger öffentlichen Rechts										
Bundessektor	51,3	54,2	62,8	74,7	76,8	82,0	87,6	96,5	101,6	107,8
Laufende Transfers an das Ausland	2,5	2,7	3,0	3,2	3,5	3,6	3,8	4,0	4,0	4,0
davon Bundessektor	0,7	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0	1,1	1,2
Laufende Ausgaben (Summe)	425,5	465,3	512,7	542,9	575,8	620,7	664,3	700,8	715,3	734,5
davon Bundessektor	223,6	242,3	275,4	300,1	316,2	340,4	367,8	391,5	400,7	412,5

Quelle: ÖStZA (bis 1987); BMF; WIFO

¹⁸⁾ Bis 1987 werden die Einnahmen um die Leistungen des Bundes an die Länder für Zwecke der Wohnbauförderung vermindert dargestellt. Ab 1988 werden diese Leistungen als zweckgebundene Zuschüsse (Kapitaltransfers) veranschlagt.

¹⁹⁾ Einschließlich Pensionsbeiträge der Beamten der Hoheitsverwaltung und der Betriebe.

Öffentliches Sparen — Vermögensveränderungskonto

347

Die laufenden Einnahmen des Bundessektors werden ähnlich wie die Einnahmen der gesamten öffentlichen Rechtsträger verwendet, und zwar mit rund 30% für Konsumausgaben, der Rest für Zinsen und im Wege der Neuverteilung für Transfers an private Haushalte und die Wirtschaft (einschließlich Investitionsförderung).

Abschließend kann gesagt werden, daß die Kosten der öffentlichen Verwaltung im Vergleich zu anderen Ländern nicht als außerordentlich hoch zu bezeichnen sind. Die hohe Steuerbelastung des österreichischen Inlandsproduktes erklärt sich vor allem daraus, daß die Transferzahlungen („Umverteilung“) eine besonders große Rolle spielen.

Öffentliches Sparen und Öffentliche Vermögensrechnung

Zur Gewinnung eines Überblickes über die Vermögensveränderungen der öffentlichen Rechtsträger werden die entsprechenden Gebahrungen in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf einem Vermögensveränderungskonto zusammengefaßt. Der Vermögensgebarung werden alle Ausgaben und Einnahmen zugerechnet, die die Zusammensetzung oder direkt die Höhe des öffentlichen Vermögens beeinflussen: Im wesentlichen handelt es sich um Vermögensumschichtungen innerhalb eines öffentlichen Rechtsträgers oder um Vermögensübertragungen zwischen öffentlichen Rechtsträgern bzw. zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor.

In der Übersicht 8 wird der Saldo aus den laufenden Einnahmen der öffentlichen Haushalte bzw. des Bundessektors abzüglich deren laufenden Ausgaben (Konsumausgaben und laufende Transferzahlungen) als „Öffentliches Sparen“ ausgewiesen. Durch dieses Nichtverbrauchen von laufenden Einnahmen für laufende Ausgaben tritt ein Vermögenszuwachs bei der öffentlichen Hand ein. Nähere Einzelheiten über die Zusammensetzung der gesamten Vermögensausgaben und -einnahmen enthält die nachstehende Übersicht 8:

Vermögensveränderungskonto der öffentlichen Haushalte**Übersicht 8**

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
	Milliarden Schilling									
Sparen	36,2	39,1	17,1	14,2	30,3	32,9	17,7	4,2	19,2	18,3
davon Bundessektor ...	-0,3	6,3	-14,9	-22,1	-10,1	-10,2	-24,1	-36,9	-12,5	-17,3
Abschreibungen	7,5	8,4	9,1	9,6	10,1	10,7	11,3	11,6	12,2	12,9
davon Bundessektor ...	1,7	1,9	2,1	2,2	2,3	2,4	2,6	2,6	2,7	2,8
Kapitaltransfer, netto vom Inland	-16,4	-20,2	-19,9	-24,8	-25,2	-27,1	-27,5	-25,0	-23,5	-22,1
davon Bundessektor ...	-11,6	-14,1	-13,7	-18,5	-18,4	-18,7	-18,5	-15,9	-14,5	-13,1
Kapitaltransfer, netto von Trägern öffentlichen Rechts										
Bundessektor ^{1a)}	-2,3	-2,2	-2,7	-4,3	-4,2	-5,0	-5,9	-6,2	-21,3	-21,7
Kapitaltransfer, netto vom Ausland	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0
davon Bundessektor ...	-0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0	-0,0
Finanzierung der Bruttovermögensbildung	27,2	27,2	6,3	-1,1	15,2	16,4	1,5	-9,3	7,9	9,1
davon Bundessektor ...	-12,5	-8,0	-29,3	-42,7	-30,4	-31,5	-45,9	-56,3	-45,6	-49,3
Brutto-Anlageinvestitionen	41,6	43,8	42,9	45,2	46,3	48,0	51,8	50,0	50,0	51,5
davon Bundessektor ...	13,4	13,7	13,3	15,9	16,7	16,9	17,4	14,2	13,8	14,2
Erwerb von Liegenschaften, netto	2,6	1,9	1,8	1,7	1,7	1,8	2,2	2,0	2,0	2,0
davon Bundessektor ...	1,3	1,2	0,8	1,1	1,3	0,9	0,8	0,6	0,7	0,6
Netto Kreditgewährung/ Verschuldung	-17,0	-18,6	-38,5	-47,9	-32,8	-33,4	-52,5	-61,3	-44,1	-44,4
davon Bundessektor ...	-27,2	-23,0	-43,3	-59,7	-48,3	-49,3	-64,1	-71,1	-60,1	-64,1

Quelle: ÖStZA (bis 1987); BMF; WIFO

348

Brutto-Anlageinvestitionen — Öffentliches Sparen**Brutto-Anlageinvestitionen**

Die Brutto-Anlageinvestitionen stellen nicht nur einen bedeutenden Faktor auf der Ausgabenseite der Öffentlichen Vermögensrechnung, sondern auch den wesentlichsten Teil der Brutto-Vermögensbildung der Volkswirtschaft dar. Ihre Höhe beträgt:

Übersicht 9

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
	Milliarden Schilling									
Brutto-Anlageinvestitionen des öffentlichen Sektors	41,6	43,8	42,9	45,2	46,3	48,0	51,8	50,0	50,0	51,5
privaten Sektors	212,5	222,5	218,3	222,5	234,7	254,0	267,8	284,2	306,8	322,1
Zusammen ...	254,1	266,3	261,3	267,7	281,0	302,0	319,6	334,1	356,8	373,6
Davon Bundessektor	13,4	13,7	13,3	15,9	16,7	16,9	17,4	14,2	13,8	14,2

Quelle: ÖStZA (bis 1987); BMF; WIFO

Öffentliches Sparen

Finanziert werden die Brutto-Anlageinvestitionen aus dem im vorhergehenden Absatz erwähnten „Öffentlichen Sparen“, dem analogen „Privaten Sparen“, aus den unverteilten Gewinnen der Kapitalgesellschaften (Selbstfinanzierung), aus Abschreibungen und aus Netto-Vermögensübertragungen aus dem Ausland.

Die öffentlichen und gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse betragen:

Übersicht 10

	1980		1981		1982		1983	
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%
Öffentliches Sparen	36,2	25,8	39,1	30,5	17,1	13,0	14,2	11,6
Sparen der privaten Haushalte	64,4	45,8	52,6	41,0	73,2	55,6	62,8	51,1
Unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften (Nach Steuer = Selbstfinanzierung)	39,9	28,4	36,6	28,5	41,4	31,4	45,8	37,3
Zusammen ...	140,4	100,0	128,3	100,0	131,7	100,0	122,8	100,0
Hievon Bund	—0,3		+6,3		—14,9		—22,1	

	1984		1985		1986		1987	
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%	Mrd. S	%
Öffentliches Sparen	30,3	21,4	32,9	22,6	17,7	10,9	4,2	2,4
Sparen der privaten Haushalte	65,6	46,3	69,0	47,3	97,9	60,0	120,6	69,4
Unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften (Nach Steuer = Selbstfinanzierung)	45,8	32,3	43,9	30,1	47,5	29,1	48,9	28,2
Zusammen ...	141,8	100,0	145,8	100,0	163,1	100,0	173,7	100,0
Hievon Bund	—10,1		—10,2		—24,1		—36,9	

Quelle: ÖStZA

III. Bundesgebarung der Vor- und Nachjahre

Gebarung 1945 bis 1986

Für die Jahre 1945 bis 1986 liegen die Ergebnisse des Rechnungsabschlusses vor, während den Ausführungen über das Jahr 1987 vorläufige Erfolgsziffern und den über das Jahr 1988 die Voranschlagsbeträge zugrunde gelegt sind.

Zu den Gebarungen der einzelnen Verwaltungsjahre ist zusammenfassend zu bemerken:

1945—1952

Im Jahre 1945 war ein Voranschlag nicht aufgestellt worden. Der Rechnungsabschluß für das Rechnungsjahr 1945 umfaßt nur die Gebarung ab Beginn der österreichischen Kassentätigkeit im April/Mai 1945, somit nur rund acht Monate. Für das Jahr 1946 stand als Grundlage für die Haushaltsverwaltung des Bundes erstmalig seit dem Jahre 1938 wieder ein Bundesvoranschlag zur Verfügung.

Die Ausweitung des Rahmens der Bundeshaushalte in den folgenden Jahren bis zur Stabilisierung der Währung und des Bundeshaushaltes in den Jahren 1952/53 hat im wesentlichen seine Ursache in den Auswirkungen der in diesem Zeitraum durchgeführten fünf allgemeinen Preis- und Lohnübereinkommen, die eine Senkung der inländischen Kaufkraft der österreichischen Schillingwährung zur Folge hatten. Nähere Einzelheiten darüber können in den Erläuterungen zu den Bundesfinanzgesetzen der Vorjahre (letztmalig in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1954 auf Seite 5 bis 11) nachgelesen werden.

1953—1957

In den Jahren 1953 bis 1957 ist die weitere Erhöhung des Budgetvolumens bedingt durch Mehraufwendungen aus zwischenstaatlichen Verträgen und gesetzlichen Maßnahmen (Wiederaufnahme des Vorkriegsschuldendienstes, Durchführung des Staatsvertrages und Aufbau der Landesverteidigung, Valorisierung der Bezüge der Bundesbediensteten, Ausweitung des Familienlastenausgleiches und der Sozialversicherung), durch die Erhöhung des Kulturbudgets und durch finanzpolitische Maßnahmen zur Konjunkturbeeinflussung. Trotz dieser Budgetausweitung schloß die Bundesrechnung in den Jahren 1953 und 1954 in der Gesamtgebarung, in den Jahren 1955 bis 1957 in der ordentlichen Gebarung mit einem Überschuß ab.

Diese günstige Entwicklung begann im Jahre 1953 nach der durchgeführten Budgetsanierung und Währungsstabilisierung. Die Zunahme der Haushaltseinnahmen und die damit Hand in Hand erfolgte Ausweitung des Budgetvolumens hielt sich im Rahmen der Steigerung des Brutto-Nationalproduktes.

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung 1953 bis 1957 können den Erläuterungen zu den Bundesfinanzgesetzen der Vorjahre entnommen werden. Zusammenfassende Berichte enthalten die Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1957 auf Seite 8 bis 11 (Gebarung 1953 bis Voranschlag 1956) und die Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1959 auf Seite 17 bis 20 (Erfolg 1956 und Gebarung 1957).

1958—1966

In diesem Zeitraum stehen in der österreichischen Budgetpolitik die konjunktur- und währungspolitischen Überlegungen im Vordergrund.

In der ersten Phase mußten zur Abwehr des Übergreifens der 1958 eingetretenen internationalen Konjunkturabschwächung auf Österreich wirtschaftsbelebende Maßnahmen getroffen werden. Im wesentlichen waren es höhere Investitionsmittel, die im Wege von Kreditoperationen beschafft worden waren.

Mit der zweiten Phase setzten Bemühungen ein, eine Entspannung der nach der Konjunkturabschwächung eingetretenen überhitzten konjunkturellen Lage herbeizuführen. Die bei der Budgeterstellung 1962 angestrebte Währungsneutralität des Budgets wurde erreicht.

Mit dem Bundesvoranschlag 1963 begann eine dritte Phase, in der im Interesse einer Steigerung des Volkseinkommens und zur Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigtenstandes Investitionen begünstigt wurden. Die Schwierigkeiten einer verlässlichen Konjunkturprognose und die praktisch sehr begrenzten Möglichkeiten zur Anpassung der Staatsausgaben an die Konjunktur waren in dieser Phase ausschlaggebend dafür, daß die Bundeshaushalte konjunkturpolitisch bereits bei der Erstellung nicht überfordert wurden. Das durch das Budget bewirkte inlandswirksame Defizit konnte von 2,6 Milliarden

350

Bundesgebarung 1967—1972

Schilling im Jahre 1963 auf 0,5 Milliarden Schilling im Jahre 1965 und 0,9 Milliarden Schilling im Jahre 1966 verringert werden.

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung 1958 bis 1966 können den Erläuterungen in den Amtsbehefen zum Bundesfinanzgesetz wie folgt entnommen werden:

Erläuterungen in den Amtsbehefen für das Jahr	Seite	Einzelheiten über
1959	20—22	Voranschlag 1958/59
1961	21—23	Erfolg 1958/59
		Voranschlag 1960
1962	23—25	Erfolg 1960
		Voranschlag 1961
1963	22—24	Erfolg 1961
		Voranschlag 1962
1964	22—24	Erfolg 1962
		Voranschlag 1963
1965	23—26	Erfolg 1963
		Voranschlag 1964
1966	26—29	Erfolg 1964
		Voranschlag 1965
1967	32—35	Erfolg 1965
		Voranschlag 1966
1968	36—39	Erfolg 1966

1967—1972

Der im Jahre 1967 in den meisten westlichen Industriestaaten eingetretene Konjunkturrückgang hat sich in Österreich noch 1968 ausgewirkt und beeinflusste auch das Staatsbudget. In den nachfolgenden konjunkturell überaus günstigen Jahren wurde von den Bundesfinanzen her ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierungspolitik geleistet und durch Ausgabenbindungen, Stillegung von Mehreinnahmen, Rücklagenzuführungen und vorzeitige Finanzschuldenrückzahlungen der Konjunkturüberhitzung entgegengewirkt. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen zeigt die Tatsache, daß in diesem Zeitraum die Bruttoausgaben des Bundes um rund 48 vH, das Bruttonationalprodukt jedoch um 57 vH gestiegen ist.

Das Nettodefizit der Bundesgebarung (das ist Bruttodefizit abzüglich Finanzschuldenrückzahlungen) betrug 1968 5,5 Milliarden Schilling und verminderte sich in den Jahren 1969 bis 1972 von 2,2 auf 1,5 Milliarden Schilling. Das inlandswirksame Defizit der Bundesgebarung (das ist der Ausgabenanteil, der die Nachfrage im Inland entscheidend beeinflußt) sank bereits 1969 auf 0,8 Milliarden Schilling (0,2 vH des Bruttonationalproduktes) und verwandelte sich in den Jahren 1971/1972 in einen inlandswirksamen Überschuß von rund 2 Milliarden Schilling (0,4 vH des Bruttonationalproduktes). Die Ausgaben des Bundes für Investitionszwecke erhöhten sich in der Zeit von 1968 bis 1972 von 16,2 auf 25,5 Milliarden Schilling und betrugen jeweils ein Vielfaches des Gebarungsdefizites. Weiters erhöhten sich in den Jahren 1968 bis 1972 insbesondere auch die Ausgaben für Sozialleistungen sowie für Unterricht, Wissenschaft und Forschung.

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung 1967 bis 1972 können den Erläuterungen in den Amtsbehefen zum Bundesfinanzgesetz wie folgt entnommen werden:

Erläuterungen in den Amtsbehefen für das Jahr	Seite	Einzelheiten über
1968	36—39	Voranschlag 1967
1969	38—41	Erfolg 1967
		Voranschlag 1968
1970	279—283	Erfolg 1968
		Voranschlag 1969
1971	268—271	Erfolg 1969
		Voranschlag 1970
1972	285—288	Erfolg 1970
		Voranschlag 1971
1973	287—290	Erfolg 1971
		Voranschlag 1972
1974	295—300	Erfolg 1972

Bundesgebarung 1973—1986

351

1973—1986

Das **Haushaltsjahr 1973** war wesentlich durch tiefgreifende Reformen und einschneidende Veränderungen (EWG-Beitritt, Einführung der Mehrwertsteuer, Systemänderung bei der Einkommensteuer, neuer Finanzausgleich) beeinflusst. Das Budget 1973 wurde daher unter dem Gesichtspunkt einer flexiblen Budgetpolitik gestaltet. Das inlandswirksame Defizit verminderte sich von 5 auf 3 Milliarden Schilling. Die Finanzschulden erhöhten sich, wenn man von der zweckgebundenen Bereitstellung von Mitteln für die Sonderfinanzierung Vorratsentlastung (im Zuge der Einführung der Mehrwertsteuer) und Entwicklungshilfe absieht, nur um 1,9 Milliarden Schilling. Auslandsanleihen wurden im Jahre 1973 keine aufgenommen.

Für die kassamäßige Finanzierung des nominellen Bruttodefizites im Jahre 1973 von 12,8 Milliarden Schilling wurden im wesentlichen Erlöse aus Kreditoperationen herangezogen. Das Nettodefizit belief sich auf 7,1 Milliarden Schilling. Die Ausgaben für Investitionszwecke betrugen rund 27,7 Milliarden Schilling.

Bei der Erstellung des Budgetkonzepts für das **Jahr 1974** war einerseits bei anhaltender Hochkonjunktur dem eingeschlagenen stabilitätspolitischen Kurs Rechnung zu tragen, andererseits sollten im Falle von Abschwächungstendenzen zusätzliche Ausgabenpläne rasch realisiert werden können.

Das nominelle Bruttodefizit betrug im Voranschlag 1974 10,9 Milliarden Schilling. Es erhöhte sich durch die Ermächtigungen im BFG 1974 (Darlehen für Entwicklungshilfeszwecke und Freigabe aus der Stabilisierungsquote) sowie durch sozialpolitische und konjunkturpolitische Maßnahmen auf 18,5 Milliarden Schilling. Unter Berücksichtigung der Finanzschuldenrückzahlungen betrug das Nettodefizit 11,6 Milliarden Schilling. Das inlandswirksame Defizit lag bei 5,8 Milliarden Schilling. Für Investitionszwecke sind 32,8 Milliarden Schilling zur Verfügung gestellt worden.

Die österreichische Bundesregierung hat im Sinne ihrer wirtschaftspolitischen Zielsetzung auch im **Jahre 1975** Budgetmittel im Rahmen einer gezielten und zweckmäßigen Konjunkturpolitik herangezogen. Durch rechtzeitig erstellte und durchgeführte Konjunkturprogramme konnten die Auswirkungen der weltweiten Rezession auf Österreich abgeschwächt werden.

Die konzentrierten Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung und die konjunkturbedingten Ausfälle bei den Steuer- und Betriebseinnahmen führten im Jahre 1975 zu einer Erhöhung des Budgetabganges auf etwas mehr als 37 Milliarden Schilling.

Das nominelle Bruttodefizit betrug im Voranschlag 1975 16,3 Milliarden Schilling. Es erhöhte sich durch die Ermächtigungen im BFG 1975 zur Freigabe aus dem Konjunkturausgleich-Voranschlag. Die weltweiten Rezessionserscheinungen im Jahre 1975 bedingten auch in Österreich eine Konjunkturlage, die die bereits erwähnten Mindereinnahmen und Mehrausgaben zur Folge hatte, sodaß sich das Bruttodefizit des Bundes auf 37,2 Milliarden Schilling erhöhte. Unter Berücksichtigung der Finanzschuldenrückzahlungen betrug das Nettodefizit 29,7 Milliarden Schilling. Das inlandswirksame Defizit betrug rund 26,1 Milliarden Schilling.

Bei der Budgeterstellung für das **Jahr 1976** war die österreichische Bundesregierung davon ausgegangen, daß die österreichische Wirtschaft im Laufe des Jahres 1976 von der internationalen Entwicklung keinen besonderen konjunkturstützenden Einfluß erwarten kann und daher zur Sicherung der Arbeitsplätze in erster Linie inländische nachfragebelebende Maßnahmen vorgesehen werden müssen, um einen nachhaltigen Aufschwung für die Zukunft herbeizuführen.

Zu Beginn des Jahres 1976 wurden daher 3 Milliarden Schilling aus der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleichsvoranschlags freigegeben, mit welchem konjunkturpolitisch wichtige zusätzliche Aufträge an die österreichische Wirtschaft vergeben wurden. Zur Belebung der allgemeinen Investitionstätigkeit wurden die im Jahre 1976 vorgenommenen Investitionen von der (4%igen) Investitionssteuer befreit. Auch die Wiedereinsetzung der vorzeitigen Abschreibung in der Höhe von 50 vH für private Bauinvestitionen im Jahre 1976 diente der Kompensation des privaten Nachfrageausfalls, der durch den öffentlichen Sektor nicht zur Gänze wettgemacht werden konnte.

Weitere Maßnahmen wurden gesetzt durch die Anhebung der Bundesmineralölsteuer ab März 1976 und durch die Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer ab 1. Oktober 1976.

Diese budgetären bzw. steuerlichen Maßnahmen wurden durch Verbesserung der Fremdfinanzierungsmöglichkeiten im Rahmen des ERP-Fonds und der Investitionskredit AG sowie durch eine Verbesserung der Exportförderung abgestützt.

Diese Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung und die konjunkturbedingten Ausfälle bei den Steuer- und Betriebseinnahmen führten im Jahre 1976 zu einer Erhöhung des Budgetabganges von 36

auf 44 Milliarden Schilling. Der Erfolg dieser konsequenten Haushaltspolitik des Jahres 1976 ist ersichtlich aus einer realen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft von 5,2 vH, die bei der Budgeterstellung für das Jahr 1976 noch mit etwa 1,5 bis 2 vH prognostiziert worden war.

Die saisonbereinigte Arbeitslosenrate, die im Jahresdurchschnitt 1976 nur 2,0 vH betrug, sank bis zum Jahresende auf 1,7 vH. Mit dieser Arbeitslosenrate war die Vollbeschäftigung praktisch gegeben.

Mit einer durchschnittlichen Preissteigerungsrate von 7,3 vH, der eine Steigerungsrate im OECD-Bereich (insgesamt) von 8,6 vH und im OECD-Bereich (Europa) von 10,8 vH gegenüberstand, nahm Österreich auch in diesem Bereich im Jahre 1976 eine günstige Position ein.

Das Bruttodefizit betrug 1976 44 Milliarden Schilling. Bringt man von dem für die Finanzierung dieses Defizites aufgenommenen Finanzschuldenbetrag die 1976 erfolgten Finanzschuldenänderungen (insbesondere Tilgungen) in Abzug, verbleibt ein Nettozuwachs der Finanzschuld von 33,4 Milliarden Schilling. Dem stehen Ausgaben für den Erwerb von Kapitalbeteiligungen (insbesondere verstaatlichte Banken und internationale Finanzinstitutionen) von 2 Milliarden Schilling, für Bruttoinvestitionen des Bundes (einschließlich Liegenschaftserwerb und Investitionen der Bundesbetriebe) von 21 Milliarden Schilling und für Investitionen im Bereich der österreichischen Volkswirtschaft (Investitionsförderung) von 13 Milliarden Schilling gegenüber.

Die Zielsetzungen bei der Budgeterstellung für das **Jahr 1977**, das rezessionsbedingte hohe Ausmaß der Kreditfinanzierung des Bundeshaushaltes in den letzten Jahren zukünftig zu vermindern, kann für 1977 als gelungen angesehen werden. Gegenüber den Annahmen bei der Voranschlagserstellung für das Jahr 1977 verminderten sich nach den ermittelten vorläufigen Erfolgsdaten das Bruttodefizit von 43,6 auf 41,9 Milliarden Schilling, das Nettodefizit von 31,4 auf 29,9 Milliarden Schilling und das inland-wirksame Defizit von 27,7 auf 23,1 Milliarden Schilling. Im Jahre 1976 betrugen diese Daten noch 44,0, 33,3 und 26,5 Milliarden Schilling, lagen also durchwegs höher als 1977.

Als Gegenmaßnahme zu einer Verschlechterung der außenwirtschaftlichen Situation hat die Bundesregierung im Herbst 1977 ein Maßnahmenpaket beschlossen, das in das Bundesbudget 1978 Eingang gefunden hat. Im Jänner des laufenden Jahres wurde es durch ein arbeitsplatzorientiertes Strukturprogramm ergänzt. Außerdem unterstützt diese Maßnahmen die einkommenspolitische Zurückhaltung der Sozialpartner. Aufgrund der getroffenen Maßnahmen soll das Wachstum des privaten Konsums etwas eingeschränkt, die Investitionstätigkeit hingegen gefördert werden.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Bruttoausgaben von 236,7 Milliarden Schilling Einnahmen von 194,8 Milliarden Schilling gegenüber, so daß das Bruttodefizit 41,9 Milliarden Schilling beträgt. Bringt man von dem für die Finanzierung dieses Defizites aufgenommenen Finanzschuldenbetrag die 1977 erfolgten Finanzschuldenänderungen (insbesondere Tilgungen und Kurskorrekturen) in Abzug, verbleibt ein Nettozuwachs der Finanzschuld von 30,8 Milliarden Schilling. Diesem Schuldenzuwachs stehen Ausgaben für den Erwerb von Kapitalbeteiligungen (insbesondere auch internationale Finanzinstitutionen) von 1,4 Milliarden Schilling, Bruttoinvestitionen des Bundes (einschließlich Liegenschaftserwerb und Investitionen der Bundesbetriebe) von 21,4 Milliarden Schilling und Ausgaben für Investitionen im Bereich der österreichischen Volkswirtschaft (Investitionsförderung) von 15,3 Milliarden Schilling gegenüber.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1978** wurde mit einer realen Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes von 1,5 vH und einer nominellen Wachstumsrate von 7 vH gerechnet. Mit 6,4 vH lag das tatsächliche nominelle Wachstum etwas unter diesem Wert.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Bruttoausgaben von 266,1 Milliarden Schilling Einnahmen von 214,9 Milliarden Schilling gegenüber, so daß das Bruttodefizit 51,2 Milliarden Schilling beträgt. Bringt man von dem für die Finanzierung dieses Defizites aufgenommenen Finanzschuldenbetrag die 1978 erfolgten Finanzschuldenänderungen (insbesondere Tilgungen und Kurskorrekturen) in Abzug, verbleibt ein Nettozuwachs der Finanzschuld von 35,4 Milliarden Schilling. Diesem Schuldenzuwachs stehen Ausgaben für den Erwerb von Kapitalbeteiligungen (insbesondere auch internationale Finanzinstitutionen) von 1,2 Milliarden Schilling, Bruttoinvestitionen des Bundes (einschließlich Liegenschaftserwerb und Investitionen der Bundesbetriebe) von 24,5 Milliarden Schilling und Ausgaben für Investitionen im Bereich der österreichischen Volkswirtschaft (Investitionsförderung) von 17,2 Milliarden Schilling gegenüber.

Die Bedeckung des Gebarungsabganges konnte im Rahmen der Ermächtigungen des Bundesfinanzgesetzes (einschließlich Novelle) gefunden werden. Durch die Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1978 war eine Freigabe aus dem Konjunkturausgleichsbudget nicht erforderlich. Die nominelle Wachstumsrate für 1978 betrug 6,4 vH. Dem gegenüber erhöhten sich die Bundesausgaben von 1977 auf 1978 auf Grund der aufgezeigten wirtschaftlichen Notwendigkeiten etwas mehr, und zwar um rund 12,5 vH,

Bundesgebarung 1973—1986

353

und die Einnahmen um 10,3 vH. Nach Ausscheiden der oben genannten saldoneutralen Gebarungen nur um 10,6 vH bzw. 7,8 vH.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1979** wurde mit einer realen Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes von 3 vH und einer nominellen Wachstumsrate von 6,5 vH gerechnet. Mit 8,5 vH lag das tatsächliche nominelle Wachstum deutlich über diesem Wert, das tatsächliche reale Wachstum betrug 5 vH.

Die wirtschaftspolitischen Ergebnisse des Jahres 1979 finden in der Budgetentwicklung nicht ihren vollen Niederschlag, da sich etwa die Exportsteigerungen erst mit Verzögerung auf das Steueraufkommen auswirken. Nachteilig auf den Budgetvollzug hat sich auch ausgewirkt, daß bei der Einkommensteuer die zur Veranlagung gekommenen Jahre geringere Gewinne als angenommen erbrachten. Ferner ergaben sich aus der zur Erhaltung des guten Investitionsklimas im Feber 1979 beschlossenen Sistierung der Selbstverbrauchsteuer Mindereinnahmen im Bereich der Umsatzsteuer.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 288,1 Milliarden Schilling Einnahmen von 237,6 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 50,5 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 18,0 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 32,5 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt 3,55 vH des Bruttoinlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1978 um rund 0,6 Prozentpunkte.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1980** wurde von einer realen Wachstumsrate von 3 vH und einem nominellen Wachstum von 7 vH ausgegangen. Mit voraussichtlich 9 vH lag die tatsächliche nominelle Zuwachsrate deutlich über diesem Wert, aber auch das tatsächliche reale Wachstum übertraf den Ausgangswert um einen halben Prozentpunkt.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 306,5 Milliarden Schilling Einnahmen von 259,0 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 47,5 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 18,2 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 29,3 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt 2,94 vH des Bruttoinlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1979 um rund 0,6 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rund 23,8 Milliarden Schilling. Dies bedeutet eine Verringerung gegenüber dem BVA 1980 um rund 2,0 Milliarden Schilling und gegenüber dem Erfolg des Jahres 1979 um rund 2,6 Milliarden Schilling.

Der Bundesvoranschlag 1980 sah bei Gesamtausgaben von 302,2 Milliarden Schilling und Gesamteinnahmen von 253,2 Milliarden Schilling einen Brutto-Abgang von 49,0 Milliarden Schilling und einen Netto-Abgang von 30,7 Milliarden Schilling vor. Durch die teilweise Ausnützung der Ermächtigung gemäß Artikel VIII a BFG 1980 in Höhe von 500 Millionen Schilling hätte sich der Brutto- und Netto-Abgang jeweils um diesen Betrag erhöht. Gegenüber dieser Annahme verringerte sich in der Jahresrechnung der Brutto-Abgang jedoch um 2 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 1,9 Milliarden Schilling. Die Verringerung des Abganges beruht hauptsächlich darauf, daß die Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag mit 5,8 Milliarden Schilling höher ausfielen, während an Mehrausgaben nur 4,3 Milliarden Schilling erforderlich waren.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1981** wurde von einer realen Wachstumsrate von rund 1 vH und einem nominellen Wachstum von 7 vH ausgegangen. Mit voraussichtlich 5 vH lag die tatsächliche nominelle Zuwachsrate deutlich unter diesem Wert, real dürfte eine Stagnation eingetreten sein.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 339,5 Milliarden Schilling Einnahmen von 287,8 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 51,7 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 24,2 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 27,5 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt 2,63 vH des Bruttoinlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1980 um rund 0,3 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rund 22 Milliarden Schilling. Dies bedeutet eine Erhöhung gegenüber dem BVA 1981 um rund 1 Milliarde Schilling.

Der Bundesvoranschlag 1981 sah bei Gesamtausgaben von 335,1 Milliarden Schilling und Gesamteinnahmen von 285,3 Milliarden Schilling einen Brutto-Abgang von 49,8 Milliarden Schilling und einen Netto-Abgang von 25 Milliarden Schilling vor. Durch die teilweise Ausnützung der Ermächtigung gemäß Art. VIII a BFG 1981 in Höhe von 1,5 Milliarden Schilling sowie der in der 2. Bundesfinanzgesetznovelle 1981 erteilten Ermächtigung, Mehrausgaben und Mindereinnahmen bis zu einem Betrag von insgesamt 2,5 Milliarden Schilling durch Einnahmen aus Kreditoperationen zu bedecken, hätte sich der Brutto- und Netto-Abgang jeweils um 4 Milliarden Schilling erhöht. Gegenüber dieser Annahme verringerte sich in der Jahresrechnung der Brutto-Abgang jedoch um 2,1 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 1,5 Milliarden Schilling.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesvoranschlags 1982** wurde von einer realen Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes von 2 vH und einem nominellen Zuwachs von 7½ vH ausgegangen. Mit voraussichtlich 8 vH liegt das tatsächliche nominelle Wachstum geringfügig über diesem Wert, real betrug der Zuwachs 1,1 vH.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 372,8 Milliarden Schilling Einnahmen von 300,9 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 71,9 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 25,2 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 46,7 Milliarden Schilling. Der Netto-Abgang beträgt 4,08 vH des Bruttoinlandsproduktes. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rund 42,2 Milliarden Schilling.

Der Bundesvoranschlag 1982 sah bei Gesamtausgaben von 368,3 Milliarden Schilling und Gesamteinnahmen von 309,1 Milliarden Schilling einen Brutto-Abgang von 59,2 Milliarden Schilling und einen Netto-Abgang von 31,6 Milliarden Schilling vor. Durch die in der 2. Bundesfinanzgesetznovelle 1982 erteilten Ermächtigung, Mehrausgaben und Mindereinnahmen bis zu einem Betrag von insgesamt 14,5 Milliarden Schilling durch Einnahmen aus Kreditoperationen zu bedecken, hätte sich der Brutto- und Netto-Abgang jeweils um diesen Betrag erhöht. Gegenüber dieser Annahme verringerte sich der Brutto-Abgang in der Jahresrechnung jedoch um 1 Milliarde Schilling, hingegen erhöhte sich der Netto-Abgang um 0,6 Milliarden Schilling. Die Erhöhung des Netto-Abganges beruht auf niedere Finanzschuldtilgungen infolge von Konversion und Aussetzen der Notenbanktilgung auf Grund einer gesetzlichen Regelung.

Der Erstellung des österreichischen **Bundesvoranschlags 1983** wurde eine reale Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes von 2,0 vH zugrunde gelegt, als nomineller Wert wurde 7,0 vH angenommen. Das tatsächliche nominelle Wachstum lag nur bei 5,4 vH, das reale Wachstum bei 1,5 vH.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 407,8 Milliarden Schilling Einnahmen von 316,7 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 91,1 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 25,5 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 65,6 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rd. 5,5 vH des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Erhöhung gegenüber 1982 um rd. 1,5 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rd. 53,5 Milliarden Schilling.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1983 ergeben sich Mehrausgaben von 7,7 Milliarden Schilling und Mindereinnahmen von 9,1 Milliarden Schilling, sodaß sich der Brutto-Abgang um 16,8 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 17,2 Milliarden Schilling erhöhte.

Vergleicht man das Jahresergebnis 1983 mit der Prognose zum Zeitpunkt der Erstellung der Bundesfinanzgesetznovelle unter Berücksichtigung der Freigabe der Stabilisierungsquote des Konjunkturausgleich-Voranschlags, ergeben sich Minderausgaben in Höhe von 8,3 Milliarden Schilling und Mindereinnahmen von 0,8 Milliarden Schilling. Der Brutto-Abgang hat sich dabei um 7,5 Milliarden Schilling und der Netto-Abgang um 7,2 Milliarden Schilling verbessert.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1984** wurde von einer realen Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes von 0,5 vH und einer nominellen Wachstumsrate von 5,5 vH ausgegangen. Das tatsächliche nominelle Wachstum lag mit rd. 6 vH über diesem Wert. Real ergab sich mit 2,2 vH ein wesentlich höherer Wert als bei der Erstellung des BVA 1984 angenommen wurde.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 435,1 Milliarden Schilling Einnahmen von 344,9 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 90,2 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 32,8 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 57,4 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rd. 4,5 vH des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1983 um rd. 0,9 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rd. 40,2 Milliarden Schilling.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1984 ergeben sich Minderausgaben von 1,4 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 3,1 Milliarden Schilling, sodaß sich der Bruttoabgang um 4,5 Milliarden Schilling und der Nettoabgang um 4,8 Milliarden Schilling verringerte.

Bei der Erstellung des österreichischen **Bundesbudgets 1985** wurde von einer realen Wachstumsrate des Brutto-Inlandsproduktes von 3 vH, einer nominellen Wachstumsrate von 7 vH und einer Arbeitslosenrate von 4,4 vH ausgegangen. Das tatsächliche nominelle Wachstum wird wegen des noch hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Preisauftriebes mit voraussichtlich 6 vH unter diesem Wert liegen. Real dürfte sich keine Veränderung gegenüber dem bei der Erstellung des BVA 1985 angenommenen Wert ergeben. Dennoch lag die Arbeitslosenrate mit 4,8 vH höher als der ursprünglich prognostizierte Wert.

Bundesgebarung 1973—1986

355

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 464,7 Milliarden Schilling Einnahmen von 372,9 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 91,8 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 31,7 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 60 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rd. 4,39 vH des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Verringerung gegenüber 1984 um rd. 0,06 Prozentpunkte. Der inlandswirksame Ausgabenüberschuß beträgt rd. 43,3 Milliarden Schilling.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1985 ergeben sich Mehrausgaben von 1,1 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 3,7 Milliarden Schilling, sodaß sich der Bruttoabgang um 2,6 Milliarden Schilling und der Nettoabgang um 0,5 Milliarden Schilling verringerte.

Das österreichische **Bundesbudget 1986** wurde unter den nachstehenden wirtschaftlichen Annahmen erstellt: reales Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes 2,5%, nominelles Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes 5,7%, Arbeitslosenrate 4,9% und Zunahme der Verbraucherpreise 3,0%. Die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung blieb hinter den Erwartungen zurück. Das reale Brutto-Inlandsprodukt erreichte schließlich nur einen Wert von 1,7%, während die nominelle Wachstumsrate annähernd dem prognostizierten Wert entsprach. Die Arbeitslosenrate lag mit 5,2% über dem zugrunde gelegten Wert, während der Verbraucherpreisanstieg mit 1,7% unter dem Prognosewert blieb.

In der Jahresrechnung des Bundes stehen Ausgaben von 498,4 Milliarden Schilling Einnahmen von 391,7 Milliarden Schilling gegenüber, sodaß der Brutto-Abgang 106,7 Milliarden Schilling beträgt. Nach Abzug der Tilgungszahlungen für die Finanzschuld von 33,6 Milliarden Schilling verbleibt ein Netto-Abgang von 73,1 Milliarden Schilling. Dieser Netto-Abgang beträgt rund 5,1% des Brutto-Inlandsproduktes und bedeutet eine Erhöhung gegenüber 1985 um rund 0,7 Prozentpunkte.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1986 ergeben sich Mehrausgaben von 3,0 Milliarden Schilling und Mehreinnahmen von 2,8 Milliarden Schilling, sodaß sich der Bruttoabgang um 0,2 Milliarden Schilling erhöhte. Der Nettoabgang liegt um 4,7 Milliarden Schilling über dem Bundesvoranschlag 1986.

Einzelheiten über die Gebarungsentwicklung 1973 bis 1988 können den Erläuterungen in den Amtsbehalten zum Bundesfinanzgesetz wie folgt entnommen werden:

Erläuterungen in den Amtsbehalten für das Jahr	Seite	Einzelheiten über
1974	300—302	Voranschlag 1973
1975	287—295	Erfolg 1973
		Voranschlag 1974
1976	284—292	Erfolg 1974
		Voranschlag 1975
1977	284—293	Erfolg 1975
		Voranschlag 1976
1978	292—302	Erfolg 1976
		Voranschlag 1977
1979	301—311	Erfolg 1977
		Voranschlag 1978
1980	295—305	Erfolg 1978
		Voranschlag 1979
1981	296—306	Erfolg 1979
		Voranschlag 1980
1982	288—299	Erfolg 1980
		Voranschlag 1981
1983	284—295	Erfolg 1981
		Voranschlag 1982
1984	281—291	Erfolg 1982
		Voranschlag 1983
1985	282—292	Erfolg 1983
		Voranschlag 1984
1986	333—342	Erfolg 1984
		Voranschlag 1985
1987	387—396	Erfolg 1985
		Voranschlag 1986
1988	362—372	Erfolg 1986
		Voranschlag 1987
1989	356—366	Erfolg 1987
		Voranschlag 1988

356

Erfolg 1987**Erfolg 1987****1. Gesamtüberblick *)**

Der **Erfolg 1987** zeigt nachstehende Schlußziffern:

	Erfolg 1987	Unterschied gegenüber BVA 1987
	Milliarden Schilling	
Personalaufwand	131,0	– 0,1
Sachaufwand	383,5	+ 4,8
	<hr/>	
Ausgabensumme ...	514,5	+ 4,6
Einnahmen	409,6	+ 10,8
	<hr/>	
Brutto-Abgang ...	104,9	– 6,1
Ab: Finanzschuldtilgungen	35,1	– 1,4
	<hr/>	
Verbleibt Netto-Abgang ...	69,8	– 4,8
Brutto-Inlandsprodukt (BIP) (Dezember 1987)	1 481,6	
Netto-Gebarungsabgang in vH des BIP	4,7	– 0,2

2. Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Bei der Erstellung des Bundeshaushaltes 1987 wurde von nachstehenden Eckdaten ausgegangen: reales Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes 2%, nominelles Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes 4,7%, Arbeitslosenrate 5,5%, Anstieg der Verbraucherpreise 2,3% und Leistungsbilanzabgang rund 3 Milliarden Schilling.

Die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung verlief träger als erwartet. Das reale Brutto-Inlandsprodukt hat einen Zuwachs von nur 1,3% erreicht. Zwei Faktoren sind für diese Wachstumsverflachung hauptverantwortlich: der niedrige Dollarkurs, der — zusammen mit dem Kaufkraftverlust der Entwicklungsländer — den Export erschwerte, und die hohe Sparneigung im Inland. Dadurch wurde der durch die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer bewirkte Kaufkraftzuwachs der privaten Haushalte nur teilweise nachfragewirksam. Nominell wuchs das Brutto-Inlandsprodukt um 3,8%.

Dank einer stärker als erwarteten Verbesserung der Terms of Trade, einer schwachen Importtätigkeit und Marktanteilsgewinnen in Westeuropa, war die Leistungsbilanz 1987 annähernd ausgeglichen.

Die Beschäftigung hat sich trotz Konjunkturschwäche kaum verändert. Obwohl sich das Angebot an Arbeitskräften relativ rasch auf die geringe Zunahme der Beschäftigungsmöglichkeiten eingestellt hat, lag die Arbeitslosenrate im Jahresdurchschnitt 1987 bei 5,6%.

Die Preisentwicklung verlief ruhig. Dazu trugen sowohl die Dollarkursentwicklung, die Rohstoffpreise als auch der mäßige heimische Preisauftrieb bei. Der Anstieg der Verbraucherpreise lag im Jahresdurchschnitt mit 1,4% deutlich unter dem Prognosewert.

3. Finanzierung der Bundesausgaben

Über die Finanzierung der Ausgaben des Jahres 1987 gibt die nachstehende Übersicht Aufschluß:

	Erfolg 1987	Bundesrechnungs- abschluß 1986
	Milliarden Schilling	
3.1 Voranschlagswirksame Gebarung		
Ausgaben	514,5	498,4
Einnahmen	409,6	391,7
	<hr/>	
Abgang ...	104,9	106,7

*) Durch Auf- und Abrundungen ergeben sich bei Summen- bzw. Saldenbildungen fallweise Rundungsdifferenzen.

Erfolg 1987

357

	Erfolg 1987	Bundesrechnungs- abschluß 1986
	Milliarden Schilling	
3.2 Anlehensgebarung		
Ausgaben	138,1	97,1
Einnahmen	251,2	222,3
Überschuß ...	113,1	125,2
3.3 Voranschlagsunwirksame Gebarung ¹⁾		
Ausgaben	6,4	6,0
Einnahmen	1,4	6,9
Überschuß ...	—	0,9
Abgang ...	5,0	—
3.4 Auswirkung auf die Kassenmittel des Bundes		
Erhöhung	+ 3,2	+ 19,4

4. Gesamteinnahmen des Bundes

Die **Gesamteinnahmen 1987** von rund 409,2 Milliarden Schilling sind gegenüber dem Voranschlag um 10,8 Milliarden Schilling höher ausgefallen.

Die wesentlichsten **Mehreinnahmen** sind zu verzeichnen: bei den Kapiteln „Soziales“ 1,5 Milliarden Schilling (bedingt durch höhere Beitragsleistungen des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zur Abdeckung des Aufwandes für das Karenzurlaubsgeld und durch eine Zahlung des Insolvenz-Ausfallgeld-Fonds gemäß BGBl. Nr. 290/1987 in Höhe von 0,7 Milliarden Schilling), „Sozialversicherung“ 0,8 Milliarden Schilling (aufgrund der Rücküberweisung von im Jahre 1986 geleisteten Vorschüssen), „Finanzausgleich“ 0,3 Milliarden Schilling (vor allem im Zusammenhang mit der Katastrophenfondsgebarung), „Bundesvermögen“ 12,3 Milliarden Schilling (vor allem bedingt durch die Veräußerung von Bundesanteilen an Sondergesellschaften der E-Wirtschaft in Höhe von 6 Milliarden Schilling und durch zweckgebundene Einnahmen nach den Bestimmungen des Ausfuhrförderungsgesetzes) und „Finanzschuld“ 0,4 Milliarden Schilling (infolge höherer Emissionsgewinne).

Diesen Mehreinnahmen stehen **Mindereinnahmen** gegenüber, wobei größenordnungsmäßig hervorzuheben sind:

Beim Kapitel „Öffentliche Abgaben“ (netto) 2,9 Milliarden Schilling (da vor allem die Erwartungen bei der veranlagten Einkommensteuer, bei der Körperschaftsteuer und bei der Umsatzsteuer nicht erfüllt werden konnten), beim Kapitel 63 „Handel, Gewerbe, Industrie und Fremdenverkehr“ 0,4 Milliarden Schilling (Mindereinnahmen an Flächen-, Feld-, Speicher- und Förderzinse infolge geringerer Förderung und Preisverfalles bei Rohölprodukten) und beim Kapitel 79 „Österreichische Bundesbahnen“ 1,5 Milliarden Schilling (aus konjunktur- und wettbewerbsbedingten Gründen und da der Abbau der Forderungen gegenüber den jugoslawischen Staatsbahnen nicht realisiert werden konnte).

Gegenüber dem Jahr 1986 erhöhten sich die Gesamteinnahmen des Bundes im Jahr 1987 um 17,9 Milliarden Schilling oder um 4,6%.

Von den gesamten Einnahmen entfielen im Jahr 1987 217,7 Milliarden Schilling oder 53,1% (Vorjahr 216,6 Milliarden Schilling oder 55,3%) auf die dem Bund verbleibenden Einnahmen aus den **Öffentlichen Abgaben** des Kapitels 52.

Weiters erbrachten **abgabenähnliche Einnahmen** 63,1 (62,2) Milliarden Schilling oder 15,4 (15,9)%; hiezu zählen insbesondere die Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen mit 24,5 (23,5) Milliarden Schilling und die Arbeitslosenversicherungsbeiträge mit 20,4 (19,6) Milliarden Schilling.

Die **Betriebseinnahmen** erhöhten sich von 70,9 Milliarden Schilling im Jahr 1986 auf 71,5 Milliarden Schilling, das sind 17,5 (18,1)% der Gesamteinnahmen; hievon entfielen auf die Österreichischen Bundesbahnen 25,7 (26,5) Milliarden Schilling und die Post- und Telegraphenverwaltung 40,1 (37,7) Milliarden Schilling.

¹⁾ Zugang an voranschlagsunwirksamen Forderungen und Schulden einschließlich Zuführung bzw. Entnahme von Haushaltsrücklagen.

358

Erfolg 1987

Die **übrigen Einnahmen**, hauptsächlich Kostenersätze, Verwaltungseinnahmen und Veräußerungserlöse, beliefen sich im Jahr 1987 auf 57,3 (Vorjahr 42,0) Milliarden Schilling, das sind 14,0 (10,7)% der Gesamteinnahmen. Die Steigerung gegenüber 1986 ist im besonderen auf die bereits erwähnte Veräußerung von Bundesanteilen an Sondergesellschaften der E-Wirtschaft und auf zweckgebundene Einnahmen gemäß Ausfuhrförderungsgesetz zurückzuführen.

Einen Gesamtüberblick über die Einnahmen sowie einige weitere Einzelheiten zeigt die nachstehende Übersicht.

	Erfolg 1987		Bundesrechnungs- abschluß 1986		Unterschied	
	Milliarden Schilling	Anteil in %	Milliarden Schilling	Anteil in %	Milliarden Schilling	in %
1. Abgaben und abgabenähnliche Einnahmen						
1.1 Öffentliche Abgaben Kapitel 52						
1.11 Einkommen- und Vermögensteuern ¹⁾	74,90	18,29	79,52	20,30	- 4,62	- 5,81
1.12 Übrige Abgaben ¹⁾	142,62	34,82	136,99	34,97	+ 5,63	+ 4,11
1.13 Sonstige	0,13	0,03	0,11	0,03	+ 0,02	+ 18,18
Summe 1.1 ...	217,65	53,14	216,62	55,31	+ 1,03	+ 0,48
1.2 Abgabenähnliche Einnahmen ..	63,08	15,40	62,21	15,88	+ 0,87	+ 1,40
2. Betriebseinnahmen						
2.1 Monopole	3,17	0,77	4,04	1,03	- 0,87	- 21,53
2.2 Post- und Telegraphenverwaltung	40,10	9,79	37,71	9,63	+ 2,39	+ 6,34
2.3 Österreichische Bundesbahnen	25,66	6,27	26,47	6,76	- 0,81	- 3,06
2.4 Übrige Bundesbetriebe	2,57	0,63	2,67	0,68	- 0,10	- 3,75
Summe 2 ...	71,50	17,46	70,89	18,10	+ 0,61	+ 0,86
3. Sonstige Einnahmen	57,33	14,00	41,95	10,71	+ 15,38	+ 36,65
Gesamtsumme ...	409,56	100,00	391,68	100,00	+ 17,88	+ 4,56

¹⁾ Unter Berücksichtigung der Überweisungen.

4.1 Öffentliche Abgaben

Die Bruttoeinnahmen an Öffentlichen Abgaben betrugen im Jahre 1987 356,3 Milliarden Schilling. Nach Überweisung der Abgabenertragsanteile an Länder, Gemeinden und andere Rechtsträger des öffentlichen Rechtes in der Höhe von 138,7 Milliarden Schilling verblieben dem Bund Nettoeinnahmen von rund 217,7 Milliarden Schilling.

Die Ansätze des Bundesvoranschlages 1987 wurden bei den Bruttoeinnahmen um 4,2 Milliarden Schilling (-1,2%) und bei den Nettoeinnahmen um 2,9 Milliarden Schilling (-1,3%) unterschritten.

Gegenüber dem Erfolg 1986 stiegen die Bruttoeinnahmen um 4,2 Milliarden Schilling (+ 1,2%) und die Nettoeinnahmen um 1,0 Milliarden Schilling (+ 0,5%).

Die Bruttomindereinnahmen von 4,2 Milliarden Schilling gegenüber den im BVA 1987 veranschlagten Beträgen setzen sich hauptsächlich aus Mindereingängen bei der veranlagten Einkommensteuer (-2 017 Millionen Schilling), Körperschaftsteuer (-1 812 Millionen Schilling), Umsatzsteuer (-1 190 Millionen Schilling), Tabaksteuer (-453 Millionen Schilling) und Grunderwerbsteuer (-604 Millionen Schilling) zusammen. Diesen Mindererträgen stehen im wesentlichen folgende größere Mehreinnahmen gegenüber: Lohnsteuer (+ 700 Millionen Schilling), Zölle (+ 562 Millionen Schilling) und Mineralölsteuer (+ 558 Millionen Schilling).

Die Abweichungen sind vor allem auf folgende Ursachen zurückzuführen:

Der Mindererfolg bei der Einkommensteuer resultiert aus der verstärkten Ausnutzung steuerlicher Begünstigungen und Gestaltungsmöglichkeiten vor allem im Bereich der Beteiligung an Verlustzuweisungsgesellschaften. Bei der Körperschaftsteuer sind die Mindereinnahmen nicht nur auf den Konjunk-

Erfolg 1987

359

turrückgang im Jahre 1985 und auf eine zunehmende Ausstattung mit Fremdkapital, welches steigende Zinsaufwendungen erfordert, zurückzuführen, sondern auch auf eine intensivere Ausnützung der Investitionsprämie. Bei der Umsatzsteuer resultieren die Mindereinnahmen aus der Senkung des Steuersatzes für bestimmte Artikel des gehobenen Lebensstandards von 32% auf 20% und vor allem aus der Tatsache, daß der Privatkonsum nicht im erwarteten Ausmaß zugenommen hat. Das Minderaufkommen bei der Tabaksteuer ist auf den stagnierenden Absatz von Tabakwaren und bei der Grunderwerbsteuer auf die Neuregelung des Grunderwerbsteuerrechtes zurückzuführen.

Die Mehreinnahmen bei den Zöllen und bei der Mineralölsteuer resultieren aus dem Importanstieg bzw. aus dem höheren Treibstoffverbrauch aufgrund der günstigen Preisentwicklung bei Mineralölprodukten.

Die Überweisung der Ertragsanteile an die Länder und Gemeinden sowie die sonstigen Überweisungen liegen um insgesamt 1,3 Milliarden Schilling (0,9%) unter den im Bundesvoranschlag 1987 präliminierten Beträgen, da die gemeinschaftlichen Bundesabgaben insgesamt geringere Erfolge erbrachten, als dem BVA 1987 zugrunde gelegt worden sind.

5. Gesamtausgaben des Bundes

Von den **Gesamtausgaben** in Höhe von 514,5 Milliarden Schilling (1986 498,4 Milliarden Schilling) entfallen auf den

	1987 Milliarden Schilling	1986 Milliarden Schilling	Unterschied in %
Personalaufwand (Geharungsgruppe 0)	131,0	126,2	+ 3,8
Sachaufwand	383,5	372,2	+ 3,0
hievon für:			
Anlagen	27,8	33,7	- 17,7
Förderungsausgaben	29,1	28,5	+ 2,3
Aufwendungen	326,6	310,0	+ 5,4

Somit entfallen auf den Personalaufwand 25,5% der Gesamtausgaben (Vorjahr: 25,3%).

Von den Ressortausgaben (einschließlich Personalausgaben) sind größenordnungsmäßig gesehen folgende von besonderer Bedeutung (Betragsangaben in Milliarden Schilling): Unterricht und Kunst einschließlich Bundestheater 45,1 (Vorjahr 43,2); Wissenschaft und Forschung 17,1 (16,5); Soziale Verwaltung 85,7 (77,3), hievon für Sozialversicherung 52,8 (46,0), Einrichtungen der Arbeitsmarktverwaltung 25,8 (24,0) und Kriegsopfer- und Heeresversorgung 6,6 (6,6); Umwelt, Jugend und Familie einschließlich Familienlastenausgleich 40,4 (37,6); Landesverteidigung 17,0 (17,9); Finanzen 153,6 (143,5), hievon Finanzschuld 83,5 (75,7) und Pensionen der Hoheitsverwaltung 34,0 (32,1) einschließlich eines Beitrages zum Pensionsaufwand der Österreichischen Bundesbahnen im Betrag von 10,3 (9,9) Milliarden Schilling; Land- und Forstwirtschaft einschließlich Preisausgleiche und Österreichische Bundesforste 16,6 (15,4); wirtschaftliche Angelegenheiten 28,2 (31,7), hievon Bauten und Technik 24,9 (29,0); Verkehr 82,7 (86,3), hievon Post- und Telegraphenverwaltung 36,9 (37,0) und Österreichische Bundesbahnen 34,7 (37,2) Milliarden Schilling.

Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1987 sind die Gesamtausgaben um rund 4,6 Milliarden Schilling höher ausgefallen.

5.1 Personalaufwand

Der **Personalaufwand** ist gegenüber dem Bundesvoranschlag sogar um 0,1 Milliarden Schilling zurückgeblieben. Die Unterschreitung der Personalaufwandsansätze bei den meisten Budgetkapiteln ist auf die Einsparungsmaßnahmen bei der Nachbesetzung von freigewordenen Planstellen und auf die Kürzungen bei den Nebengebühren zurückzuführen. Größere Überschreitungen gab es nur bei den Kapiteln „Wissenschaft und Forschung“ 0,3 Milliarden Schilling (vor allem für die Bezahlung der zusätzlichen vom Ministerrat genehmigten Planstellen im Rahmen der zweckgebundenen Gehaltung) und bei der „Post- und Telegraphenverwaltung“ 0,5 Milliarden Schilling (bedingt durch den höheren Stand an Urlaubs- und Krankenersatzkräften und durch die höhere Anzahl von Pensionsempfängern).

5.2 Sachaufwand

Der **Sachaufwand** liegt um rund 4,8 Milliarden Schilling über dem Voranschlag. Die betragsmäßig wesentlichsten **Mehrausgaben** sind bei folgenden Kapiteln eingetreten: „Soziales“ 1,7 Milliarden Schil-

360

Erfolg 1987

ling (insbesondere für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gemäß AMFG und für Leistungen nach dem AIVG, verursacht durch den Anstieg der Arbeitslosenrate), „Sozialversicherung“ 0,3 Milliarden Schilling (infolge höherer Leistungen des Bundes an die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft), „Kassenverwaltung“ 3,9 Milliarden Schilling (im Zusammenhang mit der Rücklagengebarung), „Bundesvermögen“ 3,6 Milliarden Schilling (aufgrund vermehrter Haftungsansprüchen gemäß den Bestimmungen des Ausfuhrförderungsgesetzes) sowie „Bauten und Technik“ 0,5 Milliarden Schilling (im Zusammenhang mit der Rückübertragung von Mauteinnahmen an die Straßengesellschaften und für Baumaßnahmen auf dem Hochbausektor).

Diesen Mehrausgaben stehen im wesentlichen **Minderausgaben** bei folgenden Kapiteln gegenüber:

„Militärische Angelegenheiten“ 0,3 Milliarden Schilling (Einsparungen bei Verpflegung, Brennstoffen, Treibstoffen usw.), „Finanzausgleich“ 0,4 Milliarden Schilling (geringere Inanspruchnahme von Mitteln aus dem Katastrophenfonds für Schäden aus dem Reaktorunfall in Tschernobyl und für sonstige Schäden im Vermögen privater Personen), „Finanzschuld“ 1,8 Milliarden Schilling (hievon für Tilgungen — hauptsächlich von Anleihen — 1,4 Milliarden Schilling und für Zinsen 0,4 Milliarden Schilling), „Post- und Telegraphenverwaltung“ 0,7 Milliarden Schilling (da aufgrund der 2. FMIG-Novelle 1987 die Finanzierung von Fernmeldeinvestitionen in verstärktem Maße durch Fremdmittel erfolgt) und „Österreichische Bundesbahnen“ 1,4 Milliarden Schilling (bedingt durch Einschränkungen bei der Vergabe von neuen Aufträgen im Hinblick auf die beabsichtigte Inangriffnahme wichtiger Großprojekte im Sinne des Konzeptes „Neue Bahn“).

5.3 Funktionelle Aufgliederung der Ausgaben

Die institutionelle Gliederung des Budgets entspricht dem Verfügungs- und Verantwortungsbe-
reich der haushaltsleitenden Organe des Bundes.

Die funktionelle Gliederung des Budgets hingegen gibt Aufschluß über die Aufgaben und Leistungen der öffentlichen Hand. Die nachstehende Übersicht gliedert die Budgetausgaben nach siebzehn Aufgabenbereichen:

Kenn- ziffer	Aufgabenbereich	Erfolg 1987		Bundesrechnungsabschluß 1986		Unterschied in	
		Milliarden Schilling	Anteil in %	Milliarden Schilling	Anteil in %	Milliarden Schilling	%
11	Erziehung und Unterricht	44,10	8,58	42,45	8,52	+ 1,65	+ 3,89
12	Forschung und Wissenschaft	17,18	3,34	17,16	3,44	+ 0,02	+ 0,12
13	Kunst	4,57	0,89	4,59	0,92	— 0,02	— 0,44
14	Kultus	0,42	0,08	0,41	0,08	+ 0,01	+ 2,44
21	Gesundheit	4,16	0,81	4,12	0,83	+ 0,04	+ 0,97
22	Soziale Wohlfahrt	125,78	24,47	115,83	23,24	+ 9,95	+ 8,59
	<i>hievon:</i>						
	<i>Einrichtungen der Arbeits-</i>						
	<i>marktverwaltung</i>	25,79	5,02	24,00	4,82	+ 1,79	+ 7,46
	<i>Kriegsopfer- und Heeresver-</i>						
	<i>sorgung</i>	6,51	1,27	6,47	1,30	+ 0,04	+ 0,62
	<i>Sozialversicherung</i>	52,61	10,23	45,98	9,23	+ 6,63	+ 14,42
	<i>Familienlastenausgleich</i>	38,74	7,54	37,35	7,49	+ 1,39	+ 3,72
23	Wohnungsbau	1,39	0,27	1,49	0,30	— 0,10	— 6,71
32	Straßen	15,80	3,07	16,68	3,35	— 0,88	— 5,28
33	Sonstiger Verkehr	94,15	18,24	97,69	19,60	— 3,54	— 3,62
	<i>hievon:</i>						
	<i>Post</i>	36,92	7,18	36,92	7,41	—	—
	<i>ÖBB</i>	34,68	6,75	37,18	7,46	— 2,50	— 6,72
	<i>Abgeltungen für ÖBB-Pensio-</i>						
	<i>nen</i>	10,32	2,01	9,92	1,99	+ 0,40	+ 4,03
	<i>Abgeltungen gemäß BB-</i>						
	<i>Gesetz (aus Kapitel 65)</i>	6,16	1,20	7,19	1,44	— 1,03	— 14,33
34	Land- und Forstwirtschaft	14,84	2,89	13,62	2,73	+ 1,22	+ 8,96
	<i>hievon:</i>						
	<i>Grüner Plan</i>	2,83	0,55	2,29	0,46	+ 0,54	+ 23,58
35	Energiewirtschaft	0,10	0,02	0,27	0,05	— 0,17	— 63,00
36	Industrie und Gewerbe	15,22	2,96	14,89	2,99	+ 0,33	+ 2,22

Kenn- ziffer	Aufgabenbereich	Erfolg 1987		Bundesrechnungsabschluß 1986		Unterschied in	
		Erfolg 1987		Bundesrechnungsabschluß 1986		Unterschied in	
		Milliarden Schilling	Anteil in %	Milliarden Schilling	Anteil in %	Milliarden Schilling	%
37	Öffentliche Dienstleistungen ...	5,20	1,01	6,48	1,30	- 1,28	- 19,75
38	Private Dienstleistungen	3,86	0,75	4,34	0,87	- 0,48	- 11,06
41	Landesverteidigung	17,30	3,37	18,50	3,71	- 1,20	- 6,49
42	Staats- und Rechtssicherheit .	15,48	3,01	15,37	3,08	+ 0,11	+ 0,72
43	Übrige Hoheitsverwaltung	134,90	26,24	124,51	24,98	+ 10,39	+ 8,34
	<i>hievon:</i>						
	Finanzschuld	83,53	16,25	75,71	15,19	+ 7,82	+ 10,33
	Zuführung an Rücklagen	6,01	1,17	4,86	0,98	+ 1,15	+ 23,66
	Pensionen (Hoheitsverwal- tung)	23,56	4,58	22,11	4,44	+ 1,45	+ 6,56
	Summe ...	514,46	100,00	498,39	100,00	+ 16,07	+ 3,22

Wie in den vergangenen Jahren weisen auch 1987 die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt und für die Erfüllung der Verpflichtungen aus Finanzschulden überproportionale Steigerungen auf. Aber auch die Bereiche Erziehung und Unterricht sowie Land- und Forstwirtschaft konnten ihren Anteil an den Gesamtausgaben erhöhen.

Hingegen sind im Aufgabenbereich sonstiger Verkehr die Ausgaben gegenüber 1986 um rund 3,5 Milliarden Schilling abgesunken. Dies ist zurückzuführen auf Einsparungen bei den ÖBB (vor allem auf dem Investitionssektor) und auf die Tatsache, daß im Jahre 1986 für die Weiterführung von Schienenverkehren an die ÖBB ein Beitrag von 2,2 Milliarden Schilling (geltend für die Jahre 1985 und 1986) geleistet wurde, 1987 jedoch nur 1,25 Milliarden Schilling.

5.4 Investitionsfördernde Maßnahmen

Die investitionsfördernden Maßnahmen des Bundes betrugen im Jahr 1987 nach den vorliegenden Erfolgsziffern 68,3 (Vorjahr 75,7) Milliarden Schilling, die sich wie folgt darstellen:

Eigeninvestitionen:	Milliarden Schilling	
Bruttoinvestitionen und Instandhaltungsaufwand des Bundes (ohne Landesverteidigung)	31,7	(37,6)
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens (ohne Landesverteidigung)	1,7	(1,8)
Bauten und Ausrüstung (einschließlich geringwertiger Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und Instandhaltung) für die Landesverteidigung (Ausgaben im Inland)	4,5	(5,3)
Investitionsförderung im Bereich der Wirtschaft (Ausgaben im Inland):		
Wohnungsbau und Wasserwirtschaft aus zweckgebundenen Bundeseinnahmen	18,6	(18,1)
Sonstige Bereiche (einschließlich Kapitalaufstockung)	11,8	(12,9)
Summe ...	68,3	(75,7)

Weiters wurden im Jahre 1987 Investitionsfinanzierungen aufgrund von Ermächtigungen des Bundesfinanzgesetzes im Ausmaß von 2,25 Milliarden Schilling (Vorjahr 1,0 Milliarden Schilling) durchgeführt.

6. Schulden des Bundes

Zu den Schulden des Bundes zählen die Finanzschulden und die sonstigen Schulden. Letztere setzen sich aus den Schulden der voranschlagswirksamen Gebarung und aus denen der voranschlagsunwirksamen Gebarung zusammen.

362

Erfolg 1987

Der Schuldenstand des Bundes mit Ende 1987 zeigt in der voranschlagswirksamen Gebarung folgendes Bild:

	1987	Stand Ende Millionen Schilling	1986
Finanzschulden: fällig	30		41
nicht fällig	700 070		616 870
Sonstige Schulden: fällig	6 594		4 189
nicht fällig	127 830		129 089

Der Schuldenstand in der veranschlagsunwirksamen Gebarung betrug Ende 1987 13 312 (1986: 14 607) Millionen Schilling.

Bei den fälligen sonstigen Schulden handelt es sich im wesentlichen um Zahlungsverpflichtungen, die aus verwaltungstechnischen Gründen wegen des annuären Charakters des Budgets erst nach Jahresende zur Abwicklung gelangen.

Die nichtfälligen sonstigen Schulden verringerten sich vor allem bei den Budgetkapiteln „Finanzverwaltung“ (– 2,9 Milliarden Schilling), „Finanzausgleich“ (– 1,6 Milliarden Schilling), „Bundesvermögen“ (– 1,0 Milliarden Schilling) und bei den „Öffentlichen Abgaben/AB-Überweisungen“ (– 6,1 Milliarden Schilling), während bei den Kapiteln „Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr“ eine Steigerung um 2,2 Milliarden Schilling und bei der „Post- und Telegraphenverwaltung“ eine Erhöhung um 4,2 Milliarden Schilling eintrat.

Zu den Schulden zählen jedoch nicht die Verpflichtungen in Höhe von 665 Milliarden Schilling, wie zB aus Zinsenleistungen für die Finanzschuld (459 Milliarden Schilling), für Tilgungs- und Zinsenzahlungen gemäß der ÖIAG-Gesetze (110,5 Milliarden Schilling) und für Zinsenleistungen aus FMIG-Zwischenfinanzierungen (rund 18 Milliarden Schilling) oder aus Bestellungen, bei denen in der Regel eine Leistungserbringung noch nicht erfolgt ist und daher keine fällige oder nichtfällige Schuld vorliegt.

7. Forderungen des Bundes

Die Forderungen des Bundes haben in der voranschlagswirksamen Gebarung mit Jahresende 1987 folgende Höhe erreicht:

	1987	Stand Ende Millionen Schilling	1986
fällige Forderungen	55 980		50 041
nicht fällige Forderungen	26 848		23 591

Der Großteil der fälligen Forderungen entfällt auf die Kapitel „Öffentliche Abgaben“ (35 Milliarden Schilling), „Bundesvermögen“ (11,5 Milliarden Schilling, hauptsächlich aus der Inanspruchnahme von Haftungen gemäß Ausfuhrförderungsgesetz) und „Umwelt, Jugend und Familie“ (3 Milliarden Schilling, überwiegend Forderungen aus Unterhaltsvorschüssen).

Bei den sonstigen erst in künftigen Jahren fälligen Forderungen handelt es sich vor allem um solche aus gegebenen Darlehen (zB an Wohnbaugenossenschaften) und aus geleisteten Anzahlungen.

8. Finanzschulden des Bundes

Im folgenden Abschnitt wird über die bei Kapitel 59 ausgewiesenen Finanzschulden berichtet. Diese Schulden sind zum ausgewiesenen Stichtag (31. 12. 1987) nicht fällig:

Die Ermächtigungen gemäß Art. II in Verbindung mit Art. VIII Abs. 1 des Bundesfinanzgesetzes 1987 zur Aufnahme von Finanzschulden wurden in der Höhe von 108 462,0 Millionen Schilling ausgenutzt.

Außerhalb der Budgetfinanzierung wurden im Sinne des Übereinkommens mit der Oesterreichischen Nationalbank zur Einlösung von Schatzscheinen von internationalen Finanzinstitutionen (BGBl. Nr. 466/1985) rund 613,6 Millionen Schilling aufgenommen.

Erfolg 1987

363

Die nichtfällige Finanzschuld des Bundes hat sich im Jahr

1987 von (Beginn des Jahres)	616 870,1 Millionen Schilling,
durch Schuld aufnehmen von rund	+ 108 462,0 Millionen Schilling,
durch Kreditaufnahme (Einlösung von Schatzscheinen der internationalen Finanzinstitutionen) bei der Oesterreichischen Nationalbank von rund	+ 613,6 Millionen Schilling,
durch Konversionsaufnahmen mit Tilgung im Folgejahr von rund ...	+ 20 230,8 Millionen Schilling,
durch Schuldtilgungen von rund	- 35 118,7 Millionen Schilling,
durch Tilgungen von Konversionsaufnahmen im Vorjahr von rund ...	- 16 180,8 Millionen Schilling,
durch bewertungsmäßige Erhöhung infolge Kursänderungen (einschließlich 12,7 Millionen Schilling Kursunterschied infolge Konversionen) um netto	+ 2 649,3 Millionen Schilling,
auf rund	697 526,3 Millionen Schilling
erhöht.	

Die Nettoerhöhung der Finanzschuld des Bundes betrug somit rund 80 656,2 Millionen Schilling (+ 13,07%).

Die Gesamtentwicklung der Finanzschuld zeigt folgendes Bild:

8.1 Finanzschuld in inländischer Währung

	Stand 31. 12. 1986	Aufnahme	Erhöhung Konversion Millionen Schilling	Tilgung	Verminderung Konversion	Stand 31. 12. 1987
Anleihen	125 159,6	17 500,0	6 000,0	10 728,6	—	137 931,0
Obligationen	94 519,9	28 390,0	1 700,0	7 937,3	—	116 672,6
Schatzscheine	53 466,0	5 000,0	39 286,0	410,0	36 286,0	61 056,0
Versicherungsdarlehen	40 236,6	8 300,0	—	1 535,7	—	47 000,8
Bankendarlehen	177 302,1	35 648,7	13 491,3	1 795,2	15 385,0	209 261,9
Darlehen von Gebietskörperschaften	283,9	—	—	86,1	—	197,8
Sonstige Kredite	96,9	—	—	9,8 *)	—	87,1
Notenbankschuld	1 199,7	613,6	—	1 233,4	—	579,9
Summe ...	492 264,7	95 452,3	60 477,3	23 736,1 *)	51 671,0	572 787,2

*) Beinhaltet Übertragung von 0,8 Millionen Schilling aus Wohnhaus-Wiederaufbaufonds an Stadtgemeinde Knittelfeld.

Daraus ergibt sich eine Nettoerhöhung der nichtfälligen Finanzschuld in inländischer Währung um 80 522,5 Millionen Schilling (+ 16,36%). Der Finanzierungsbedarf des Bundes wurde 1987 zu 87,5% durch Schuld aufnehmen in inländischer Währung gedeckt.

8.2 Schilling-Gegenwert der Finanzschuld in ausländischen Währungen

	Stand 31. 12. 1986	Aufnahme	Erhöhung Konversion	Kurswert- änderung Millionen Schilling	Tilgung	Verminderung Konversion	Kurswert- änderung	Stand 31. 12. 1987
Anleihen	61 172,3	9 776,0	4 572,1	1 758,1	740,4	1 763,2	142,3	74 632,6
Schuldverschreibungen	21 354,8	1 662,8	1 283,3	462,6	6 428,1	—	10,6	18 324,8
Darlehen und Kredite	42 078,3	2 184,4	2 216,3	656,2	4 214,1	11 077,4	62,0	31 781,7
Summe ...	124 605,4	13 623,2	8 071,7	2 876,9	11 382,6	12 840,6	214,9	124 739,1

Zur Bewertung der in ausländischen Währungen bestehenden nichtfälligen Finanzschuld ist zu bemerken, daß diese zum jeweiligen Devisenmittelkurs per 30. Dezember vorgenommen und damit von den im Jahresverlauf eingetretenen Kurswertänderungen bestimmt wird.

Im Schilling-Gegenwert der in ausländischen Währungen bestehenden nichtfälligen Finanzschuld ergibt sich somit eine Nettoerhöhung um 133,7 Millionen Schilling (+ 0,11%).

364

Voranschlag 1988**8.3 Zusammenfassung der Finanzschuld**

	Stand 31. 12. 1986	Aufnahme	Erhöhung Konversion	Kurswert- änderung Millionen Schilling	Tilgung	Verminderung Konversion	Kurswert- änderung	Stand 31. 12. 1987
Inländische Währung	492 264,7	95 452,3	60 477,3	—	23 736,1 ¹⁾	51 671,0	—	572 787,2
Gegenwert ausländische Währungen	124 605,4	13 623,2	8 071,7	2 876,9	11 382,6	12 840,6	214,9	124 739,1
Summe	616 870,1	109 075,5	68 549,0	2 876,9	35 118,7 ¹⁾	64 511,6	214,9	697 526,3

¹⁾ Beinhaltet Übertragung von 0,8 Millionen Schilling aus Wohnhaus-Wiederaufbaufonds an Stadtgemeinde Knittelfeld.

Zur vorübergehenden Kassenstärkung wurde der gemäß Art. VIII Abs. 2 Z 1 des Bundesfinanzgesetzes 1987 für kurzfristige Finanzschulden eingeräumte Kreditrahmen (16,7 Milliarden Schilling) maximal bis 9 327,8 Millionen Schilling ausgenützt und bis zum 31. Dezember 1987 wieder getilgt.

Gemäß der Ermächtigung nach Art. VIII Abs. 2 Z 2 lit. a des Bundesfinanzgesetzes 1987 wurden Finanzschulden (2¼%-Bundesschatzscheine mit einer Laufzeit bis zu 3 Monaten) im Ausmaß von 57 800,0 Millionen Schilling prolongiert. Gemäß Art. XI des Bundesgesetzes vom 15. Juni 1972 über die Einführung des Umsatzsteuergesetzes 1972, BGBl. Nr. 224, wurden 2¼%-Bundesschatzscheine im Ausmaß von 6 400,0 Millionen Schilling prolongiert.

Voranschlag 1988

Der Bundeshaushalt hat wesentliche Auswirkungen auf Beschäftigung, Währung, Wachstum und Einkommensverteilung der österreichischen Volkswirtschaft.

Die Budgets der Rezessionsjahre in der Mitte der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre waren bewußt auf Nachfragebelebung und auf Arbeitsplatzsicherung ausgerichtet und führten zu einer kräftigen Ausweitung der Budgetdefizite und damit zur Erhöhung der Staatsschuld.

Aus diesem Umstand ergeben sich zur Zeit überproportional steigende Ausgaben für die Bedienung der Staatsschuld. Die in anderen Bereichen vielfach gesetzlich fixierte Ausgabenautomatik bewirkt ein weiteres überproportionales Ansteigen der Leistungsverpflichtungen des Bundes. Viele dieser Gesetze wurden aber zu einem Zeitpunkt beschlossen, als das Einkommensniveau und der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur wesentlich niedriger lagen als heute.

Während also — auch längerfristig gesehen — die Ausgaben die Tendenz haben, deutlich rascher zu wachsen als die Gesamtwirtschaft, hinken die Einnahmen hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nach. Wird dieser Entwicklung nicht gegengesteuert, würden Ausgaben und Einnahmen weiter auseinanderklaffen und zu einer volkswirtschaftlich bedenklichen Verschuldung des Bundes führen.

Angesichts dieser Entwicklung und der daraus resultierenden Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft ist die Budgetkonsolidierung ein vorrangiges Ziel der Bundesregierung. Sie hat es sich zum Ziel gesetzt, das Verhältnis „Nettodefizit in Prozent des Bruttoinlandsproduktes“ von 5,1 vH des Jahres 1986 bis zum Jahr 1991 auf unter 3 vH und bis 1992 auf 2,5 vH zu senken.

Mit der Erstellung des endgültigen Bundesvoranschlages für das Jahr 1987 wurde ein erster Schritt in diese Richtung getan.

Aufgrund der Einschätzung im September 1987 zeigt der Budgetvollzug 1987 nachstehendes Bild:

	Bundesvoranschlag	voraussichtlicher Gebärungserfolg
	Millionen Schilling	
Ausgaben	509 830	511 800
Einnahmen	398 779	402 100
Brutto-Gebärungsabgang	111 051	109 700
ab Finanzschuldentilgung	36 466	35 200
Nettogebarungsabgang	74 585	74 500
Brutto-Inlandsprodukt (BIP) in Milliarden Schilling	1 514,9 ¹⁾	1 490,1 ²⁾
Netto-Gebärungsabgang in vH des BIP	4,9	5,0

¹⁾ Prognosewert des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung von Dezember 1986.

²⁾ Prognosewert des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung von September 1987.

Voranschlag 1988

365

Der Nettogebarungsabgang des Jahres 1987 wird in absoluten Beträgen gesehen dem Voranschlag entsprechen, in Prozent des Bruttoinlandsproduktes wegen Zurücknahme der Wachstumserwartungen geringfügig ansteigen.

Das Konsolidierungsziel des Jahres 1987 wird demnach erreicht. Auf diesem Weg ist fortzuschreiten und das Nettodefizit weiter abzusenken.

Ein Budgetentwurf kann aber nicht nur unter dem Gesichtswinkel der politischen Zielsetzungen, sondern muß auch unter dem Blickwinkel der internationalen und nationalen Wirtschaftslage gesehen werden.

Der Bundesvoranschlag 1988 wurde unter nachstehenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erstellt:

Die internationale Wirtschaftsentwicklung hat sich abgeschwächt. Der Welthandel expandiert wesentlich langsamer als ursprünglich erwartet, vor allem aufgrund einer geringeren Importneigung der großen Industriestaaten. Derzeit ist davon auszugehen, daß das weltwirtschaftliche Wachstum weiterhin niedrig, die Arbeitslosigkeit und die Außenungleichgewichte weiterhin hoch bleiben werden. Damit werden auch die Unsicherheiten, die sich aus dem Druck auf die Wechselkurse und der internationalen Verschuldung ergeben, anhalten. Die Inflationsraten steigen mit dem Abklingen des Ölpreiseffektes wieder leicht an, wobei sich regional ausgeprägte wechsellkursbedingte Unterschiede ergeben.

Auch die heimische Wirtschaftsentwicklung verläuft flach. Neben stagnierenden Exportumsätzen ist die sehr hohe Sparneigung der privaten Haushalte dafür maßgeblich. Auch für 1988 ist keine Wachstumsbeschleunigung zu erwarten. Soweit vom Ausland keine weiteren restriktiven Impulse ausgehen, dürfte sich die Exporttätigkeit wieder beleben. Gleichzeitig ist aber davon auszugehen, daß 1988 die Masseneinkommen, nach kräftigen Steigerungen in den beiden Vorjahren, stagnieren werden und die Sparquote hoch bleibt. Damit sollte der private Konsum wachstumsdämpfend wirken. Auch die in den Vorjahren sehr lebhafteste Investitionstätigkeit dürfte sich etwas abschwächen. Aufgrund der weiter steigenden Zahl an Arbeitskräften und einer leicht rückläufigen Beschäftigung ist ein weiterer Anstieg der Arbeitslosenrate zu erwarten. Die Preisentwicklung wird auch bei unverändertem Dollarkurs weiterhin ruhig verlaufen. Für die Leistungsbilanz wird mit einem leichten Überschuß gerechnet. Im einzelnen liegen dem BVA 1988 folgende gesamtwirtschaftliche Eckdaten zugrunde: Zunahme des Bruttoinlandsproduktes um 1,5 vH real und 3,4 vH nominell; Anstieg der Verbraucherpreise um 2,2 vH; Arbeitslosenrate 6,1 vH und Überschuß in der Leistungsbilanz etwa 4 Milliarden Schilling.

Aufgrund des erwarteten Wirtschaftswachstums ist eine einnahmenseitige Sanierung des Budgets nicht möglich. Unter diesem Gesichtswinkel steigen die Einnahmen aufgrund von Sondermaßnahmen zwar um 4,6 vH, die Bruttoeinnahmen aus den öffentlichen Abgaben gegenüber dem BVA 1987 jedoch nur um 2,3 vH. Die Konsolidierung des Budgets muß daher in erster Linie von der Ausgabenseite in Angriff genommen werden.

Bei Nichtberücksichtigung der Vergütungen und Überweisungen mit Gegenverrechnung im Bundeshaushalt steigen die Ausgaben gegenüber dem BVA 1987 um 3,2 vH.

Unter diesem Postulat wurde der Stellenplan des Bundes gegenüber 1987 um 2 742 Planstellen vermindert; die Ausgaben für Mehrleistungsvergütungen sind in Höhe von 95 vH des Bundesvoranschlages 1987 veranschlagt.

Dem Regierungsübereinkommen entsprechend wurden die wesentlichen Förderungsmittel im Bereich der Landwirtschaft stabilisiert fortgeschrieben.

Diese Grundsatzüberlegung — Konsolidierung durch Maßnahmen im Bereich der Ausgaben — kommt auch im Sparkatalog der Bundesregierung zum Ausdruck.

Bei Ausgabenblöcken mit unverkraftbarer hoher Ausgabendynamik mußte diese Dynamik eingebremst werden.

Mit Augenmaß getroffene, sozial ausgewogene Maßnahmen im Bereich des Sozialrechtes dämpfen die Dynamik der Bundeszuschüsse zur Pensionsversicherung. Durch diese Maßnahmen konnte der Bundeszuschuß abgesenkt werden.

Rationalisierungsmaßnahmen, Abbau von Planstellen, die Durchforstung der Tarifstruktur, die Übernahme der Gesamtkosten für die Schülerfreifahrt durch den Familienlastenausgleich verminderten den Bundeszuschuß zu den Österreichischen Bundesbahnen.

Verschiedene Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung und des Familienlastenausgleiches erbrachten eine Entlastung des Bundesvoranschlages 1988 ebenso wie Systemänderungen im Bereich der Wohnbauförderung.

Durch die Aufhebung von Steuerbefreiungen und Steuerbegünstigungen soll das Steueraufkommen verbessert werden.

Die Privatisierung von Bundesbetrieben wird planmäßig fortgeführt; damit werden dem Bundeshaushalt zusätzliche Mittel zugeführt.

Diese Maßnahmen in Verbindung mit einer allgemein äußerst sparsamen Budgeterstellung ergeben, daß das Nettodefizit 71,1 Milliarden Schilling oder 4,6 vH des BIP betragen wird; das Konsolidierungsziel des BVA 1988 konnte damit erreicht werden.

Um im Jahre 1988 bei Bedarf konjunkturbelebende Maßnahmen setzen zu können, ist dem Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1988 ein **Konjunkturausgleich-Voranschlag** mit einer Stabilisierungs- und einer Konjunkturbelebungsquote in Höhe von insgesamt rund 4,5 Milliarden Schilling angeschlossen.

Budgetvorschauen des Bundesministeriums für Finanzen sowie des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen

Die Budgetvorschau 1965 bis 1968

Die erste vom Bundesministerium für Finanzen ausgearbeitete Budgetvorschau betraf die Jahre 1965 bis 1968; sie wurde Ende Juli 1965 dem Nationalrat übermittelt. Da über die Ziele, angewandten Methoden und Schlußfolgerungen dieser Vorschau der Einleitungsbericht ausführlich Rechenschaft gibt, wird nur die Weiterentwicklung behandelt, im übrigen aber auf die Budgetvorschau 1965 bis 1968 verwiesen. Schon die erste Budgetvorschau diente als Grundlage wichtiger budgetpolitischer Entscheidungen. So wurden für die Festlegung der Bundesbeiträge zur Pensionsversicherung und zur Bauernkrankenkasse bereits die Unterlagen über die wahrscheinliche Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben verwendet. Ferner wurde diese Budgetvorschau in revidierter Form für politische Beschlüsse im Bundesvoranschlag 1966 und 1967 herangezogen. Sie wurde in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1966, und zwar auf den Seiten 30/31, abgedruckt.

Die Budgetvorschau 1967 bis 1970

Seit der Veröffentlichung der ersten österreichischen Vorschau waren auch in anderen Ländern Arbeiten an ähnlichen Projekten fortgeschritten. So wurde für die Schweiz eine „Schätzung der Einnahmen und Ausgaben des Bundes 1966 bis 1974“ verfaßt und in der Bundesrepublik Deutschland die erste Vorausschätzung wesentlich verbessert. Diese ausländischen Arbeiten wurden folgerichtig vom Bundesministerium für Finanzen eingehend studiert.

Obwohl sich die bei der Budgetvorschau 1965 bis 1968 angewandten Methoden bewährt hatten, wurden bei der neuen Budgetvorschau in einigen Fällen Änderungen vorgenommen, die vor allem auf Stellungnahmen des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen zur ersten Budgetvorschau zurückzuführen waren. Beibehalten wurde die Fundierung der Vorschau durch eine Untersuchung hinsichtlich der voraussichtlichen Entwicklung des Nationalprodukts, die vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung geliefert wurde. War für die erste Budgetvorschau noch mit einem durchschnittlichen Wachstum des realen Nationalproduktes von 4 vH im Jahr gerechnet, also keine Konjunkturschwankung prognostiziert worden, so rechnete die Vorschau bis 1970 zwar auch mit einem durchschnittlichen Wachstum von 4 vH im Prognosezeitraum, für die einzelnen Jahre allerdings mit unterschiedlichen Werten: für 1968 wurde eine Wachstumsrate von 3 vH, für 1969 eine solche von 5½ vH und für 1970 wieder ein Normalwachstum von 4 vH angenommen. Da der Beirat auch empfohlen hatte, Alternativberechnungen zu laufenden Preisen zu erstellen, um so den Informationswert der Vorschau zu vergrößern, wurde in der Vorschau 1967 bis 1970 auch eine Variante mit einem Anstieg des allgemeinen Preisniveaus um jährlich 2 vH berechnet.

Die Budgetvorschau 1967 bis 1970 wurde im Juli 1967 dem Parlament übermittelt; sie wurde in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1968 auf den Seiten 40/41 abgedruckt.

Revision der Budgetvorschau 1967 bis 1970 unter Einbeziehung des Jahres 1971

Durch politische Entscheidungen und Gesetzesbeschlüsse sowie insbesondere durch den Bundesvoranschlag 1968 ergaben sich zum Teil weitgehende Änderungen der letzten Vorschau, was eine Revision und die Einbeziehung des Jahres 1971 notwendig und zweckmäßig erscheinen ließ. Diese Revision nahm budgetpolitische Entscheidungen nicht vorweg, sondern gab lediglich zu erkennen, wie sich auf Grund der Rechtslage zum 1. Juli 1968 die Einnahmen und Ausgaben entwickeln würden. Sie

Budgetprognose

367

sollte so die Basis für notwendige budgetpolitische Entscheidungen liefern. Ihr zusammengefaßtes Ergebnis wurde in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1969 auf Seite 43 dargestellt.

Budgetvorschauen des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen

Ende September 1969 wurde der Beirat mit der Ausarbeitung einer mittelfristigen Prognose bis zum Jahre 1974 betraut. Diese Budgetvorschau des Beirates 1970 bis 1974 wurde im Amtsbeihilf zum Bundesfinanzgesetz 1971 auf den Seiten 272 ff. abgedruckt.

Zu Jahresbeginn 1974 wurde der Beirat abermals mit der Ausarbeitung einer Vorschau für die Jahre 1974 bis 1978 betraut. Diese Arbeit wurde im Amtsbeihilf zum Bundesfinanzgesetz 1977 auf den Seiten 295 ff. veröffentlicht.

Zu Jahresbeginn 1977 verfaßte der Beirat über Einladung des Bundesministers für Finanzen eine Budgetprognose für die Jahre 1976 bis 1980 in zwei Varianten und unter Zugrundelegung von zwei verschiedenen Annahmen über die Bedienung der Staatsschuld: In der Trend-Variante wurde eine Reduktion der Lohn- und Einkommensteuerbelastung, in der Variante „Rechtslage“ keine solche angenommen; die Variante A rechnete mit tilgungsfreien Jahren, die Variante B ohne solche. Das Ergebnis dieser Arbeit des Beirates wurde im Amtsbeihilf zum Bundesfinanzgesetz 1978 auf den Seiten 304 ff. abgedruckt.

Im Frühjahr 1978 wurde der Beirat von den Präsidenten der Interessenvertretungen mit der Erarbeitung einer Budgetvorschau 1978 bis 1982 beauftragt, zumal die letzte Vorschau infolge der eingetretenen wirtschaftlichen Veränderungen und der durch diese bewirkten Maßnahmen auf politischer Ebene beträchtlich an Aktualität eingebüßt hatte. Die Arbeit wurde im Sommer 1978 abgeschlossen. Dementsprechend sind in dieser Vorschau weder später gesetzte fiskalpolitische Maßnahmen noch allfällige andere, wesentliche, damals noch nicht bekannte Einflußgrößen berücksichtigt. Die Ergebnisse dieser Vorschau sind auf den Seiten 307 ff. im Amtsbeihilf zum Bundesfinanzgesetz 1980 veröffentlicht.

Diese Vorschau wurde vom Beirat im Frühjahr 1979 revidiert; die Ergebnisse dieser Überarbeitung finden sich auf Seite 310 im Amtsbeihilf zum Bundesfinanzgesetz 1980.

Im Juli 1980 veröffentlichte der Beirat wiederum eine Vorschau für die Jahre 1980 bis 1984. Als Basis diente das Jahr 1980; es wurde eine mittlere Wachstumsrate des realen Brutto-Inlandsproduktes von 3,25 vH und ein Deflator von 4,75 vH unterstellt. Das Ergebnis dieser Arbeit ist zuletzt auf Seite 301 des Amtsbeihilfes zum BFG 1982 abgedruckt worden.

1982 publizierte der Beirat zum siebenten Male eine als Beschreibung mittelfristiger Trends und Tendenzen zu verstehende Budgetvorschau für die Jahre 1982 bis 1986. Der Beirat legte eine mittelfristige Wachstumsrate des realen BIP von jährlich 2,50 vH und einen Deflator von 4,75 vH zugrunde. Das Ergebnis dieser Arbeit ist zuletzt auf Seite 293 des Amtsbeihilfes zum Bundesfinanzgesetz 1984 veröffentlicht worden.

Im Juni 1984 legte der Beirat seine 8. Budgetvorschau im Rahmen einer Darstellung mittelfristiger Probleme des Bundeshaushaltes vor; er unterstellte dabei eine mittelfristige Wachstumsrate des realen Brutto-Inlandsproduktes von jährlich 2% und einen durchschnittlichen Anstieg der inländischen Produktionspreise von 4% im Jahr. Die Vorschau umfaßte die Jahre 1984 bis 1988; sie ist auf den Seiten 344 ff des Amtsbeihilfes zum Bundesfinanzgesetz 1986 zuletzt veröffentlicht worden.

Seine letzte Budgetvorschau hat der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen im Juni 1986 vorgestellt. Sie umfaßt die Jahre bis einschließlich 1990 und wurde auf Grund einer angenommenen mittleren Wachstumsrate des realen Brutto-Inlandsproduktes von jährlich 2¼ vH und eines Deflators von durchschnittlich 3¼ vH sowie einer nominellen Zuwachsrate des Pro-Kopf-Einkommens der Unselbständigen von 5 vH erstellt. Diese Budgetvorschau ist auf den Seiten 373 u. ff des Arbeitsbeihilfes zum BFG 1988 zuletzt veröffentlicht worden.

Budgetprognose des BMF gemäß BHG

Infolge der zentralen Bedeutung des Bundeshaushaltes für die Volkswirtschaft eines Landes hat das Bundeshaushaltsgesetz, BGBl. Nr. 213/1986, dem Bundesminister für Finanzen die Verpflichtung auferlegt, jährlich eine Budgetprognose zu erstellen und durch die Bundesregierung dem Nationalrat vorzulegen. Diese Prognose hat die dem Voranschlag folgenden drei Jahre zu umfassen. Sie ist jährlich fortzuschreiben. Die erste derartige Arbeit ist für den Zeitraum 1988 bis 1991 zusammen mit dem Voranschlag für 1988 vorgelegt worden. Sie stellt eine Vorschau auf die voraussichtliche Entwicklung des Haushaltes in den nächsten Jahren dar, soll mittelfristige Entwicklungstendenzen aufzeigen und dabei insbesondere auch die Vorbelastungen künftiger Finanzjahre sowie die Auswirkungen außerbudgetärer

Sonderfinanzierungen auf den Haushalt sichtbar machen. Dabei sind die Ausgaben und Einnahmen auf Grund der **bestehenden Rechtslage** zu erfassen, so als ob diese im Prognosezeitraum unverändert weiter bestünde. Sie zeigt somit nur die mutmaßliche Entwicklung des Budgets ohne Berücksichtigung erst geplanter Entlastungsmaßnahmen auf. Es handelt sich demnach **nicht um ein Regierungsprogramm** bzw. um ein Budgetkonzept oder gar um einen Finanzplan, sondern um eine reine Vorschau auf die erwartete und nicht um eine solche der angestrebten Budgetentwicklung.

Das BMF hat diese Budgetvorschau auf die damals vorliegenden mittelfristigen Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung und des Instituts für Höhere Studien gestützt. Diese sahen durchschnittliche Wachstumsraten von 4,7% (nominell) bzw. 1,7% (real) für das Brutto-Inlandsprodukt und für das Ende des Prognosezeitraumes eine Arbeitslosenrate von 7,3% vor. Darüber hinaus wurde in der Budgetprognose als Auswirkung der ersten Etappe der Steuerreform Aufkommensneutralität erwartet; es wurde also unterstellt, daß der durch die Senkung der Steuertarife verursachte Einnahmehausfall im Ausmaß von 30 Milliarden Schilling jährlich durch entsprechende Kürzungen im Bereich der indirekten Förderungen (Steuerbefreiungen und Begünstigungen) vollständig neutralisiert wird und es daher zu keinen defiziterhöhenden Effekten kommen werde.

In der Prognose sind ferner keine Auswirkungen von allfälligen Bezugserhöhungen bzw. Arbeitszeitverkürzungen für den öffentlichen Dienst berücksichtigt. Der Personalstand wurde für den Prognosezeitraum konstant gehalten. Allerdings bewirken die angenommenen Auswirkungen länger zurückliegender oder nur schwer abwägbarer besoldungsrechtlicher Verbesserungen sowie die laufende Zunahme der Anzahl der Pensionisten ein Anwachsen des Aktivitätsaufwandes um rund 1% und des Pensionsaufwandes um rund 1½% im Jahr. Bei den Förderungsausgaben wurde entsprechend dem Koalitionsabkommen eine deutliche Absenkung bis zum Ende des Prognosezeitraumes berücksichtigt.

Die unter diesen Prämissen erstellte Vorschau kam zu folgendem Ergebnis:

	1989	1990	1991
		Milliarden Schilling	
Ausgaben ohne Finanzschuldzinsen	473,9	481,7	497,1
Finanzschuldzinsen	54,4	60,4	66,4
Gesamtausgaben	528,3	542,1	563,5
davon Personal	132,2	133,3	134,5
Gesamteinnahmen	446,8	461,3	478,0
davon Steuern (netto)	254,9	267,3	276,9
steuerähnliche	65,8	67,9	70,1
Betriebe	76,3	77,6	81,7
Nettodefizit	81,5	80,8	85,5
Stand der Finanzschuld am Ende des jeweiligen Jahres	842,8	923,6	1 009,1

Die vollständige Ausfertigung dieser Budgetprognose ist — zusammen mit dem Investitionsprogramm des Bundes für die Jahre bis 1991 — nach dem Budgetentwurf für das Jahr 1988 innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Frist dem Nationalrat zugeleitet und veröffentlicht worden.

Ein mittlerweile der parlamentarischen Behandlung zugeführter Initiativantrag zur Novellierung des Bundeshaushaltsgesetzes sieht ua. vor, daß der Bundesminister für Finanzen die Budgetprognose erst nach Verabschiedung des Bundeshaushaltes jeweils bis zum darauffolgenden Juni dem Nationalrat zuzuleiten hat und daß ihr die Einnahmen und Ausgaben nicht auf Grund der formell bestehenden Rechtslage, sondern auf Grund der aller Wahrscheinlichkeit nach zu erwartenden Entwicklung zugrunde zu legen sind.

Demgemäß wird die nächste Budgetprognose erst im ersten Halbjahr 1989 erstellt werden.

IV. Bundeshaushaltsrecht

Bundesfinanzgesetz

Dem Nationalrat ist spätestens zehn Wochen vor Ablauf des Finanzjahres von der Bundesregierung ein Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Bundes für das folgende Finanzjahr vorzulegen (Art. 51 Abs. 2 B-VG in der Fassung der B-VG-Novelle 1986, BGBl. Nr. 212). Die Erstellung des Bundesvoranschlagsentwurfes obliegt dem Bundesminister für Finanzen auf Grund folgender gesetzlicher Bestimmungen: Art. 77 Abs. 2 B-VG in Verbindung mit § 32 des Bundeshaushaltsgesetzes (BGBl. Nr. 213/1986 in der derzeit geltenden Fassung) und § 2 und Teil 2, Abschnitt D, Z 2 der Anlage zu § 2 des Bundesministeriengesetzes 1986, BGBl. Nr. 76 in der derzeit geltenden Fassung. Den Bundesvoranschlag bewilligt der Nationalrat durch das Bundesfinanzgesetz. Gegen diesen Gesetzesbeschluß des Nationalrates kann der Bundesrat keinen Einspruch erheben (Art. 42 Abs. 5 B-VG). Das vom Nationalrat beschlossene Bundesfinanzgesetz, durch das der Bundesvoranschlag neben einer Reihe anderer Anlagen (ua. Stellenplan, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes) als seine Bestandteile bewilligt wird, ist sodann im Bundesgesetzblatt kundzumachen (Art. 49 B-VG).

Bundesrechnungsabschluß

Den Bundesrechnungsabschluß verfaßt der Rechnungshof und legt ihn dem Nationalrat vor (Art. 121 Abs. 2 erster Satz B-VG). Diese Obliegenheit erfüllt der Rechnungshof auf Grund der ihm von den haushaltsleitenden Organen des Bundes (§ 5 Abs. 1 BHG) zu übermittelnden Teilrechnungsabschlüsse. Der Rechnungshof hat den Bundesrechnungsabschluß dem Nationalrat spätestens acht Wochen vor Ablauf des nächstfolgenden Finanzjahres vorzulegen (§ 9 RHG). Den Bundesrechnungsabschluß genehmigt der Nationalrat durch Gesetzesbeschluß. Gegen einen solchen Gesetzesbeschluß kann der Bundesrat keinen Einspruch erheben (Art. 42 Abs. 5 B-VG). Dieser Beschluß als solcher wird im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Der Bundesrechnungsabschluß selbst wird als gesondertes, käufliches Druckwerk im Wege des Rechnungshofes, 1030 Wien, Dampfschiffstraße 2, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Vorschriften für die Haushaltsführung

Für die Haushaltsführung des Bundes gelten die im Art. I Z 1 bis 4 der B-VG-Novelle 1986, BGBl. Nr. 212, und im Bundeshaushaltsgesetz (BHG), BGBl. Nr. 213/1986, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 000/1988, sowie die in den hiezu ergangenen Durchführungsvorschriften enthaltenen Bestimmungen. Die in anderen Bundesgesetzen enthaltenen abweichenden Vorschriften für die Haushaltsführung (§ 1 Abs. 2 BHG) werden durch das Bundeshaushaltsgesetz insoweit nicht berührt, als sie mit den oben angeführten haushaltsrechtlichen Verfassungsbestimmungen im Einklang stehen (vgl. hiezu Art. 51 Abs. 6 B-VG in Verbindung mit § 100 Abs. 3 BHG).

V. Gliederung des Bundesvoranschlages ¹⁾

Gebärung

Wirksame und unwirksame Gebärung

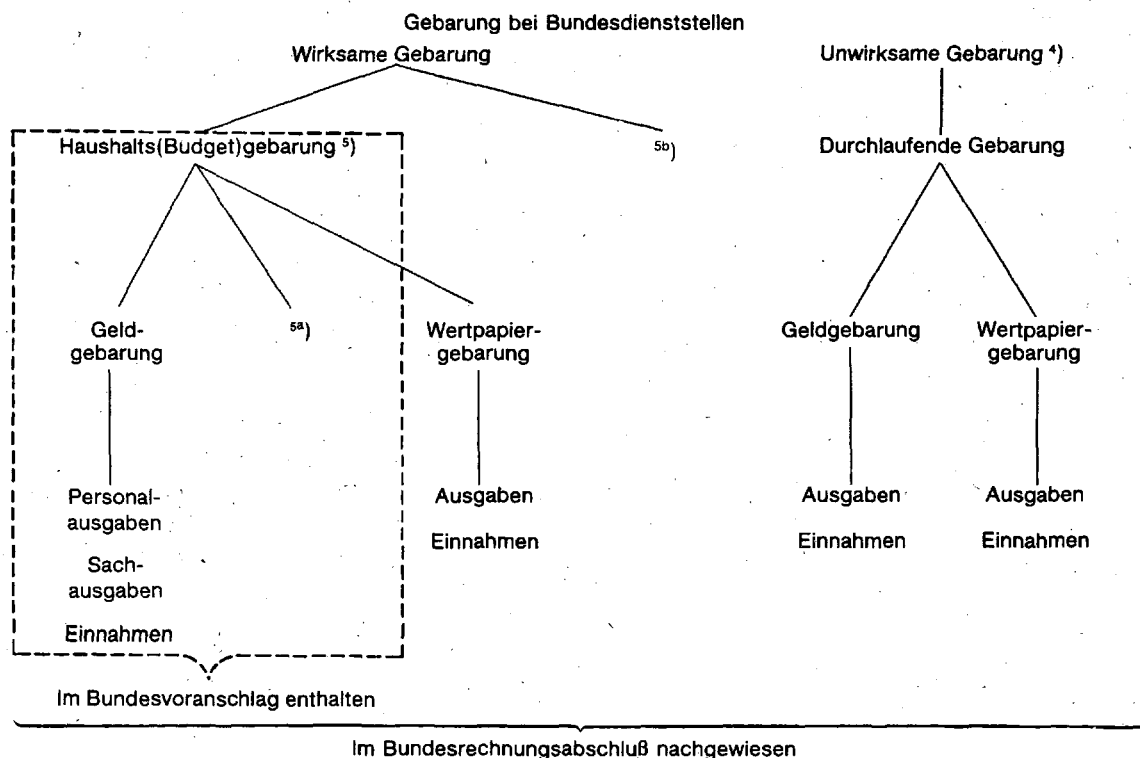
Die derzeit gültigen Haushaltsvorschriften des Bundes unterscheiden zwischen voranschlagswirksamer und -unwirksamer Gebärung.

Der Begriff „wirksam“ ist nicht identisch mit den Begriffen „erfolgs- bzw. vermögenswirksam“. Die Haushaltsvorschriften des Bundes verstehen darunter vor allem die Wirksamkeit in bezug auf die einzelnen Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages. Wirksam im Sinne der Haushaltsvorschriften des Bundes ist daher eine Ausgabe oder Einnahme, wenn sie ihrer Art nach im Bundesvoranschlag vorgesehen ist. Im Bundesvoranschlag werden Ausgaben und Einnahmen vorgesehen, wenn sie auf Grund gesetzlicher, vertraglicher oder sonstiger Bestimmungen endgültig solche des Bundes sind ²⁾. Müssen wirksame Bundeseinnahmen auf Grund einer Zweckwidmung einem Dritten überwiesen werden, stellen die dadurch bedingten Ausgaben trotzdem auch eine wirksame Gebärung dar. Ebenso zählen Ausgaben und Einnahmen aus Vergütungen von Leistungen zwischen Bundesdienststellen, soweit solche die haushaltsrechtlichen Vorschriften vorsehen, zur wirksamen Gebärung.

Alle anderen bei Bundesdienststellen anfallenden Gebärungen werden als unwirksam bezeichnet.

Haushaltsgebärung

Wie aus der nachstehenden Übersicht ersehen werden kann, umfaßt der dem Bundesfinanzgesetz angeschlossene Bundesvoranschlag nur die Haushaltsgebärung des Bundes.



¹⁾ Nähere Einzelheiten enthält der vom Bundesministerium für Finanzen herausgegebene Leitfadens für den Ansatz- und Kontenplan des Bundes (Siehe Fußnote 7); der I. und II. Teil mit Stichwortverzeichnis zum Kontenplan des Bundes wurde im Mai 1987 neu aufgelegt. Die Einigung der Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden über einen gemeinsamen Kontenplan fand ihren Niederschlag in der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung (VRV), BGBl. Nr. 493/1974.

²⁾ Gegenstand der Veranschlagung sind nur die kassamäßigen Ausgaben und Einnahmen, nicht aber die in Wertpapieren vollzogenen Gebärungen.

³⁾ Auch Budgetgebärung genannt.

⁴⁾ Entspricht der Gebärung der Bestands- und Erfolgsverrechnung.

⁵⁾ Entspricht der Gebärung der voranschlagswirksamen Verrechnung.

^{5a)} Bis einschließlich Bundesvoranschlag 1977 Trennung in ordentliche und außerordentliche Gebärung. Nähere Einzelheiten siehe Seite 371.

^{5b)} Bis einschließlich Bundesvoranschlag 1987 wurden die Erlöse aus Schuldaufnahmen in der sogenannten Anlehensgebärung verrechnet, die nicht Bestandteil der Haushalts(Budget)gebärung war. Weitere Einzelheiten siehe Seite 378 unter „Neugliederung ab Bundesvoranschlag 1988“.

Gebahrung und Gliederung — Haushaltshinweis

371

Bis zum Bundesvoranschlag 1977 war die Haushaltsgebahrung getrennt in ordentliche und außerordentliche Gebahrung. Diese traditionelle Gliederung war im Sinne der seinerzeitigen Auffassung, daß nur einmalige oder betragsmäßig den normalen Wirtschaftsrahmen übersteigende Vorhaben aus Kreditoperationen finanziert werden durften, während in der ordentlichen Gebahrung der jährliche Budgetausgleich aus laufenden Einnahmen zu erfolgen hätte, begründet. Die verstärkte Heranziehung des Budgets zu konjunkturpolitischen Zwecken, der Umfang der Vermögenswertebeschaffung im Rahmen der ordentlichen Gebahrung sowie die neueren nationalen und internationalen Erkenntnisse der Finanzwissenschaft bedingten jedoch, daß die seinerzeitigen Kriterien für die Veranschlagung von Ausgaben und Einnahmen in der außerordentlichen Gebahrung völlig in den Hintergrund traten. Deshalb werden ab dem Jahre 1978 die gesamten Ausgaben und Einnahmen des Bundes in der ordentlichen Gebahrung verrechnet.

Gliederung des Bundesvoranschlages**Gliederung des Bundesvoranschlages bis 1966**

Das Verwaltungsentlastungsgesetz, BGBl. Nr. 277/1925, sah im Artikel 6 Punkt II vor, daß die Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlages unter genauer Anlehnung an die jeweilige Gliederung der Verwaltung in fortlaufend nummerierten Gruppen, Kapiteln, Titeln, Paragraphen und allenfalls weiter erforderlichen Unterteilungen übersichtlich zu ordnen sind. Im Laufe der Jahre zeigte es sich, daß diese institutionelle Gliederung nicht ausreicht, die Leistungen und Aufgaben der öffentlichen Hand übersichtlich darzulegen.

Neugliederung ab Bundesvoranschlag 1967

Bei den Vorarbeiten für die Neuordnung des Bundeshaushaltsrechtes⁶⁾ wurde die Erkenntnis gewonnen, daß auch die Verrechnung des Bundes neu zu gestalten wäre.

Der Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen bedingte, daß der Plan für die finanzgesetzlichen Ansätze des Bundesvoranschlages (Ansatzplan) und der Kontenplan für die Untergliederung der einzelnen finanzgesetzlichen Ansätze nach einem dekadisch nummerierten System erstellt werden mußte.

Die finanzgesetzliche Ansatz-Gliederung des Bundesvoranschlages 1967 ist bereits nach dem neuen, dekadisch nummerierten Ansatzplan vorgenommen worden. Der neue Kontenplan hat bei der Erstellung des Budgetentwurfes 1968 Berücksichtigung gefunden.

Änderung in der Gliederung ab Bundesvoranschlag 1988

Gemäß § 16 Abs. 1 Bundeshaushaltsgesetz ist der Bundesvoranschlag in einen allgemeinen Haushalt und in einen Ausgleichshaushalt zu gliedern. Der Ausgleichshaushalt umfaßt die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben für die Rückzahlung von Finanzschulden und zur vorübergehenden Kassenstärkung eingegangenen Geldverbindlichkeiten, der allgemeine Haushalt die übrigen Einnahmen und Ausgaben. Ausgenommen von der Veranschlagung sind lediglich die Einnahmen aus der Aufnahme und die Ausgaben aus der Rückzahlung von Finanzschulden im Rahmen einer Prolongation oder Konversion.

Zum nachstehenden Schema der Bundesvoranschlag-Gliederung nach dem neuen Ansatzplan ist zu bemerken⁷⁾:

Haushalt

Entsprechend der Gliederung des Bundesvoranschlages wird jedem Voranschlagsansatz des Bundesvoranschlages eine der nachstehend angeführten Zuordnungsziffern vorausgestellt:

	Zuordnungs- ziffer	(Kurzbezeich- nung)
Ausgaben des allgemeinen Haushaltes	1	A
Einnahmen des allgemeinen Haushaltes	2	E
Ausgaben des Ausgleichshaushaltes	7	Au
Einnahmen des Ausgleichshaushaltes	8	Eu

⁶⁾ Siehe Seite 369.

⁷⁾ Weitere grundsätzliche Ausführungen siehe „Leitfaden für den Ansatz- und Kontenplan des Bundes, I. Teil“, in „Kontenpläne für Gebietskörperschaften (KOG)“, herausgegeben vom Bundesministerium für Finanzen, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei (Neuaufgabe 1987).

372

Ansatzplanschema — Gebarungsgruppen

Haushalt	Gruppe	Kapitel	Titel	Paragraph	Unterteilung	Aufgabenbereich	Ansatzbezeichnung	Erfolgswirksame Ausgaben bzw. Einnahmen		Bestands-wirksame Ausgaben bzw. Einnahmen	Summe
								Personal-	Sach-		
								ausgaben *)			
								Millionen Schilling			
Voranschlags-ansatz											

*) Die Untergliederung in Personal- und Sachausgaben entfällt bei den erfolgswirksamen Einnahmen.

Schema des dekadisch numerierten Ansatzplanes

Der seinerzeitigen Kapitel-Gliederung des Bundesvoranschlages entspricht ab 1967 — unter Berücksichtigung der seither eingetretenen Kompetenzänderungen — die folgende Gliederung:

Gruppe	Kapitel	Bezeichnung der Gruppen und Kapitel
0		Oberste Organe:
	1	Präsidentschaftskanzlei
	2	Bundesgesetzgebung
	3	Verfassungsgerichtshof
	4	Verwaltungsgerichtshof
	5	Volksanwaltschaft
	6	Rechnungshof
1		Innenverwaltung:
	0	Bundeskanzleramt mit Dienststellen
	1	Inneres
	2	Unterricht und Sport
	3	Kunst
	4	Wissenschaft und Forschung
	5	Soziales
	6	Sozialversicherung
	7	Bundeskanzleramt — Gesundheit
	8	Umwelt, Jugend, Familie
2		Auswärtige Angelegenheiten:
	0	Äußeres
3		Justizwesen:
	0	Justiz
4		Landesverteidigung:
	0	Militärische Angelegenheiten
5		Finanzen:
	0	Finanzverwaltung
	1	Kassenverwaltung
	2	Öffentliche Abgaben
	3	Finanzausgleich
	4	Bundesvermögen
	5	Pensionen (Hoheitsverwaltung)
	9	Finanzschuld

Gebärungsgruppen

373

Gruppe	Kapitel	Bezeichnung der Gruppen und Kapitel
6		Wirtschaft:
	0	Land- und Forstwirtschaft
	3	Handel, Gewerbe, Industrie, Fremdenverkehr
	4	Bauten und Technik
	5	Öffentliche Wirtschaft und Verkehr
7		Bundesbetriebe:
	1	Bundestheater
	4	Glücksspiele (Monopol)
	5	Branntwein (Monopol)
	7	Österreichische Bundesforste
	8	Post- und Telegraphenverwaltung
	9	Österreichische Bundesbahnen

Die übrigen Dekaden der Voranschlagsansätze, d. s. Titel, Paragraphen und Unterteilungen, dienen der weiteren Aufgliederung der Ausgaben und Einnahmen nach organorientierten und finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Dekade „Unterteilung“

Die Reihung der Ausgaben und Einnahmen einer Institution wird im wesentlichen durch die 5. Dekade des Ansatzplanes, das ist die Unterteilung, gesteuert.

Finanzwirtschaftliche Gliederungselemente (Gebärungsgruppen)

Bei den **Ausgabenansätzen** ist gemäß § 20 BHG die 5. Dekade finanzwirtschaftlichen Gliederungselementen, das sind die Gebärungsgruppen, vorbehalten, deren Kennzeichnung wie folgt vorzunehmen ist:

Gebärungsgruppe	Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung
Personalausgaben:		
0 = Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Personalausgaben	Personalausgaben	A/G-P
Sachausgaben:		
2 = Anlagen (Gesetzliche Verpflichtungen)	Anlagen (Gesetzl. Verpflichtungen)	An/G
3 = Anlagen (Ermessensausgaben)	Anlagen	An
4 = Förderungen (Gesetzliche Verpflichtungen)	Förderungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	F/G
5 = Förderungen — Darlehen (Ermessensausgaben)	Förderungen (D)	F-D
6 = Förderungen — Zuschuß (Ermessensausgaben)	Förderungen	F
7 = Aufwendungen (Gesetzliche Verpflichtungen), Sachausgaben	Aufwendungen (Gesetzl. Verpflichtungen)	A/G-S
8 = Aufwendungen — erfolgswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen	A
9 = Aufwendungen — bestandswirksam (Ermessensausgaben)	Aufwendungen (B)	A-B

374

Gesetzliche Verpflichtungen und Ermessensausgaben

Bei den **Einnahmenansätzen** ist gem. § 20 BHG die 5. Dekade für folgende Kennzeichnungen reserviert:

Gebärungsgruppe		Standardtext im Ansatzplan, wenn keine spezielle Ansatzbezeichnung vorliegt	Kurzbezeichnung
0	} Zweckgebundene Einnahmen (erfolgswirksame Einnahmen)	Zweckgebundene erfolgswirksame Einnahmen ZE	
1			
2	} Zweckgebundene Einnahmen (bestandswirksame Einnahmen)	Zweckgebundene bestandswirksame Einnahmen (B)	ZB
3 ⁹⁾			
4	} Sonstige Einnahmen (erfolgswirksame Einnahmen)	Erfolgswirksame Einnahmen	E
5			
6			
7	} Sonstige Einnahmen (bestandswirksame Einnahmen)	Bestandswirksame Einnahmen (B)	B
8			
9 ⁹⁾			

Als Ausgaben für „**Anlagen**“ sind die Ausgaben zur Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens des Bundes zu veranschlagen, sofern diese Ausgaben im einzelnen die nach den jeweils geltenden einkommensteuerrechtlichen Bestimmungen für geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens festgesetzten Betragsgrenzen (dzt. 5 000 S) übersteigen. Nicht als „Anlagen“ zu veranschlagen sind Ausgaben für die Herstellung von beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens in Eigenregie. Ersatzanschaffungen sind auch bei den Anlagenansätzen zu verrechnen ¹⁰⁾.

Als Ausgaben für „**Förderungen**“ sind Ausgaben des Bundes für zins- oder amortisationsbegünstigte Gelddarlehen, Annuitäten-, Zinsen- und Kreditkostenzuschüsse sowie sonstige Geldzuwendungen zu veranschlagen, die der Bund einer natürlichen oder juristischen Person für eine von dieser erbrachte oder beabsichtigte Leistung, an der ein erhebliches vom Bund wahrzunehmendes öffentliches Interesse besteht, gewährt, ohne dafür unmittelbar eine angemessene, geldwerte Gegenleistung zu erhalten ¹¹⁾.

Ausgenommen von dieser Veranschlagung sind Ausgaben für Finanzzuweisungen und sonstige Zuschüsse an Gebietskörperschaften gemäß § 12 F-VG 1948 sowie für Zuschüsse mit Sozialleistungscharakter ^{11a)}.

Unter „**Aufwendungen**“ sind alle Ausgaben veranschlagt, soweit sie keine Ausgaben für Anlagen oder Förderungen darstellen.

Bis einschließlich 1973 waren die Aufwendungen bei zwei Gebärungsgruppen veranschlagt gewesen, und zwar bei den Ansätzen „Verwaltungsaufwand“ und „Aufwandskredite“. Für die Zusammenlegung war maßgeblich, daß eine genaue Trennung dieser beiden Ausgaben-Gruppen, die beide Aufwendungen zum Inhalt hatten, nicht immer möglich war.

Eine kapitelweise Aufgliederung der gesamten Sachausgaben nach Gebärungsgruppen enthält die Anlage I b zum Bundesfinanzgesetz.

Gesetzliche Verpflichtungen und Ermessensausgaben

Bei den Gebärungsgruppen sind jeweils die Ausgaben auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen gesondert von den übrigen Ausgaben veranschlagt. Als „**Gesetzliche Verpflichtungen**“ (als Begriff des Bundeshaushaltsrechtes) sind die Ausgaben veranschlagt, die sich auf Ansprüche gründen, die dem Grunde und der Höhe nach in einem Bundesgesetz so eindeutig festgelegt sind, daß sie in dieser Hinsicht weder bei der Erstellung des Bundesfinanzgesetzes noch bei der Vollziehung des betreffenden Bundesgesetzes beeinflussbar ist. Die gemäß § 20 Abs. 3 BHG zu den Personalausgaben zählenden Ausgaben und die Ausgaben für die Zahlung öffentlicher Abgaben sind den Ausgaben für

⁹⁾ Im allgemeinen Haushalt nur Darlehensrückzahlungen.

¹⁰⁾ Die Betragssumme aller Anlagen-Ansätze ist nicht identisch mit den Zugängen im Vermögen des Bundes. Über die Änderungen im Vermögen des Bundes geben gesonderte Aufschreibungen Aufschluß.

¹¹⁾ Ob es sich um Ausgaben für die Finanzierung von Investitionen Dritter (**Investitionsförderung**) oder ob es sich um sonstige Förderungen (**Förderungszuwendungen**) handelt, ist aus den Kontenplan-Kennziffern (= Post-Nummern in den Postenverzeichnissen der Teilhefte) ersichtlich.

^{11a)} **Sozialleistungen** sollen auf Grund der sie regelnden Rechtsvorschriften unmittelbar Einkommensverbesserungen der Empfänger bewirken und die Befriedigung von deren Individualbedürfnissen ermöglichen, wobei die Verwendung dieser Geldzuwendungen keiner rechtlichen Beschränkung oder rechtlich normierten Kontrolle unterworfen wird.

Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche)

375

gesetzliche Verpflichtungen gleichzusetzen. Alle übrigen Ausgaben sind als „Ermessensausgaben“ zu veranschlagen.

Ausgaben, die auf Grund gesetzlicher Ermächtigungen erfolgen, sind als Ermessensausgaben dargestellt, da für deren Genehmigung bzw. für deren Höhe das Ermessen des zuständigen Ressorts ausschlaggebend ist. Zu den Ermessensausgaben zählen daher insbesondere Ausgaben, die auf Grund des gesetzlich festgelegten Aufgabenbereiches einer Bundesbehörde anfallen, für die aber eine zwingende Leistungsverpflichtung der Höhe nach durch materielle Bestimmungen eines eigenen Bundesgesetzes nicht gegeben ist.

Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche)

Die organorientierte Gliederung ist für einen öffentlichen Haushaltsplan notwendig, weil sie jene Gliederung ergibt, die dem Verfügungs- und Verantwortungsbereich der Organe der öffentlich-rechtlichen Körperschaften entspricht. Diese organorientierte Gliederung reicht aber nicht aus, die Aufgabenzwecke und Leistungen der öffentlichen Hand übersichtlich darzustellen. Aus diesem Grunde werden die Ausgaben und Einnahmen des Bundesvoranschlags nach funktionellen Gesichtspunkten aufgliedert bzw. Aufgabenbereichskennziffern zugeordnet.

Auf der Ausgabenseite richtet sich die funktionelle Zuordnung nach dem mit einer Ausgabe verfolgten Zweck, wie zB erzieherische, kulturelle, soziale, verschiedene wirtschaftliche Zwecke. Wenn dieses Kriterium für Zuordnungszwecke nicht ausreicht, ist als weiteres Kriterium die Wirkung beim Empfänger der staatlichen Leistung in die Überlegung einzubeziehen.

Bei der funktionellen Zuordnung der Einnahmen ist entscheidend, für welche funktionellen Bereiche Einnahmen aufgebraucht werden oder gewidmet sind, bzw. von welchen Bereichen die Einnahmen zufließen. In der Regel werden die im Zusammenhang mit der Tätigkeit eines Organs anfallenden Einnahmen, soweit letztere keine besondere Zweckwidmung aufweisen, zu dem Aufgabenbereich zählen, dem die Ausgaben des Organs zugeordnet sind.

Die funktionelle Gliederung wurde in Anlehnung an ein von der UNO empfohlenes Schema geschaffen und entspricht mit den nachfolgend aufgezeigten 17 Aufgabenbereichen auch den internationalen Erfordernissen.

Kennziffer	Einzelne Aufgabenbereiche	Kurzbezeichnung
11	Erziehung und Unterricht	EU
12	Forschung und Wissenschaft	FW
13	Kunst	Kn
14	Kultus	KI
21	Gesundheit	Gh
22	Soziale Wohlfahrt	SW
23	Wohnungsbau	Wb
32	Straßen	St
33	Sonstiger Verkehr	Vk
34	Land- und Forstwirtschaft	Lf
35	Energiewirtschaft (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft)	En
36	Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau)	IG
37	Öffentliche Dienstleistungen	ÖD
38	Private Dienstleistungen (einschließlich Handel)	PD
41	Landesverteidigung	Lv
42	Staats- und Rechtssicherheit	SR
43	Übrige Hoheitsverwaltung	Hv

Die im Bundesvoranschlag, der Anlage I zum Bundesfinanzgesetz, ausgewiesene Aufgabenbereich-Kennziffer ist kein Bestandteil der Voranschlagsansatz-Kennziffer (siehe auch Art. VII des Bundesfinanzgesetzes).

Zu den einzelnen Aufgabenbereichen ist zu bemerken:

Grundsätzliches

Ausgaben eines Aufgabenbereiches können die unmittelbaren Ausgaben für Hoheits- und Betriebsverwaltungen des Bundes, ferner Zahlungen an Gebietskörperschaften, andere Rechtsträger öffentlichen Rechtes, sonstige juristische Personen und physische Personen sein, wobei es sich bei diesen Zahlungen um Darlehen, Zuschüsse und sonstige Transferzahlungen, Überweisungen, Abgangssdeckungen, Kapitalsbeteiligungen, Anteilserwerbungen an Unternehmungen und ähnliches handeln kann.

Der Aufwand der für die einzelnen Aufgabenbereiche tätig werdenden Bundesbehörden ist jeweils als Aufwand dieser Bereiche dargestellt.

Jedenfalls sind auch die Ausgaben für die mit den ausgewiesenen Aufgabengebieten in Zusammenhang stehenden Einrichtungen, Aktionen und sonstigen Maßnahmen, wie zB auch die baulicher Natur (Neubau und Instandhaltung) bei den einzelnen Aufgabenbereichen einzubeziehen.

Für die Einnahmen gelten diese und die nachfolgenden Ausführungen sinngemäß.

Erziehung und Unterricht

Der Bereich „Erziehung und Unterricht“ (EU) umfaßt das Schulwesen (ausgenommen die Universitäten, wissenschaftliche Anstalten und Kunsthochschulen), die Volksbildung, die außerschulische Jugendberziehung sowie die außerschulische Leibeserziehung.

Forschung und Wissenschaft

Zum Aufgabenbereich „Forschung und Wissenschaft“ (FW) zählen alle Ausgaben für die Wissenschaft, die wissenschaftliche Lehre und die Forschung (vornehmlich für Universitäten, wissenschaftliche Anstalten und wissenschaftliche Bibliotheken).

Kunst

Zum Bereich „Kunst“ (Kn) zählen die Ausgaben in allen Kunstbereichen einschließlich der Hochschulen künstlerischer Richtung und der Kunstakademien; außerdem gehören zu diesem Bereich Ausgaben für Museen und Sammlungen, Denkmalschutz und Denkmalpflege, Verlagswesen und urheberrechtliche Angelegenheiten, Rundfunk und Fernsehen, Schall- und Tonträger sowie kulturelle Auslandsbeziehungen.

Kultus

Dem Aufgabenbereich „Kultus“ (KI) sind die Ausgaben zuzurechnen, die an Kirchen und Religionsgesellschaften geleistet werden.

Nicht einzubeziehen sind Zahlungen an diese Rechtsträger für Restaurierungsarbeiten und ähnliche im denkmalpflegerischen Sinn.

Gesundheit

Dem Aufgabenbereich „Gesundheit“ (Gh) gehören alle Ausgaben an, die der Vorbeugung gegen Krankheiten, zur Erhaltung der Gesundheit sowie dem Umweltschutz dienen.

Nicht einzubeziehen sind Ausgaben für veterinärmedizinische Angelegenheiten sowie Dienstgeberbeiträge zur Krankenversicherung.

Jedenfalls zählen hiezu Ausgaben des Bundes für die gesetzliche Krankenversicherung, individuelle Gesundheitsdienste und spezielle Gesundheitsprogramme.

Soziale Wohlfahrt

Der Bereich „Soziale Wohlfahrt“ (SW) umfaßt alle Ausgaben zur Milderung von physischen, wirtschaftlichen und sozialen Notlagen von Einzelpersonen, soweit diese Ausgaben nicht den Aufgabenbereichen Gesundheit und Wohnungsbau zuzuzählen sind.

Nicht inbegriffen sind Ausgaben des Bundes für die gesetzliche Krankenversicherung und Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung, die als Lohnbestandteile anzusehen sind und daher gemeinsam mit dem jeweiligen Bedienstetenaufwand zur Darstellung gelangen.

Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche)

377

Inbegriffen sind die Leistungen des Bundes zur Sozialversicherung, die Aufwendungen der Arbeitsmarktverwaltung und für sonstige sozialpolitische Maßnahmen (ua. auch Preisstützungen, soweit sie nicht wirtschaftsfördernde Maßnahmen darstellen), ferner Ausgaben für Kriegsoffer und Heeresversorgung, Jugendfürsorge und familienpolitische Maßnahmen, Hilfe für chronische bzw. unheilbar Erkrankte sowie sonstige Wohlfahrtseinrichtungen.

Wohnungsbau

Zum Aufgabenbereich „Wohnungsbau“ (Wb) zählen die Ausgaben für Wohnungsbauten und die Wohnungsfürsorge, insbesondere aber die Förderung des Wohnungsbaues und des Siedlungswesens.

Straßen

Dem Aufgabenbereich „Straßen“ (St) sind alle Ausgaben für den Ausbau und die Erhaltung der Bundesstraßen samt Brücken und zugehörigen Objekten sowie Ausgaben des Bundes für sonstige straßenverkehrsfördernde Maßnahmen zugeordnet.

Sonstiger Verkehr

Im Aufgabenbereich „Sonstiger Verkehr“ (Vk) sind erfasst alle Ausgaben des Bundes aus sonstigen Verkehrseinrichtungen und verkehrsfördernden Maßnahmen, wozu insbesondere die Ausgaben des Bundes für Eisenbahnen, schiffbare Wasserwege, Luftfahrt sowie Post- und Fernmeldeeinrichtungen gerechnet werden.

Land- und Forstwirtschaft

Der Bereich „Land- und Forstwirtschaft“ (Lf) umfaßt die Ausgaben des Bundes aus seiner eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit und aus wirtschaftsfördernden Maßnahmen, soweit beide den Sektor Land- und Forstwirtschaft betreffen. Neben Ausgaben für die Produktionssteigerung und den Schutz der Land- und Forstwirtschaft zählen zu diesem Aufgabenbereich insbesondere auch einschlägige Preisausgleichszahlungen.

Jedenfalls sind auch Ausgaben für Jagd und Fischerei, veterinärmedizinische Angelegenheiten, landwirtschaftliche Güterwege, Elektrifizierung und Nutzwasserversorgung landwirtschaftlicher Anwesen, weiters Aufwendungen für den landwirtschaftlichen Wasserbau sowie für die Hochwasser- und Lawinenverbauung einzubeziehen.

Energiewirtschaft

Dem Aufgabenbereich „Energiewirtschaft“ (En) sind alle Ausgaben des Bundes für Zwecke der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwirtschaft einschließlich der Versorgung mit Wärme und Dampf hinzuzurechnen. Der Aufwand hydroelektrischer Bauten ist hier auch nachzuweisen, selbst wenn diese durch Hochwasserschutz und Bewässerung unmittelbar der Landwirtschaft nützen.

Nicht einzubeziehen sind Ausgaben für die Wasserversorgung, die beim Aufgabenbereich „Öffentliche Dienstleistungen“ auszuweisen sind.

Industrie und Gewerbe (einschließlich Bergbau)

Im Aufgabenbereich „Industrie und Gewerbe“ (einschließlich Bergbau) (IG) werden die Ausgaben des Bundes aus seiner eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit und aus wirtschaftsfördernden Maßnahmen, soweit beide diesen Sektor betreffen, zusammengefaßt.

Jedenfalls zählen Ausgaben für das Patentwesen und für das zivilwirtschaftliche Rechtswesen zu diesem Bereich.

Soweit Ausgaben für Kohlenbergbaue sowie für die Erdöl- und Erdgasindustrie in diesem Bereich anfallen, ist deren Summe anmerkungsweise auszuweisen.

Öffentliche Dienstleistungen

Zum Aufgabenbereich „Öffentliche Dienstleistungen“ (ÖD) zählen Einrichtungen, wie Gebäude-, Parkanlagen-, Tiergarten- und Bäderverwaltungen und ähnliche, oder Dienste, die Bereiche wie Wasserversorgung, Kanalisation und andere sanitäre Dienste betreffen.

**Funktionelle Gliederung (Aufgabenbereiche) —
Erfolgswirksame und bestandswirksame Einnahmen oder Ausgaben**

Private Dienstleistungen

Dem Bereich „Private Dienstleistungen“ (einschließlich Handel) (PD) werden Ausgaben für Fremdenverkehr, Handels- und Finanztätigkeit und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen zugerechnet.

Nicht einzubeziehen ist in diesen Aufgabenbereich die Gebarung der Heilbäder, die zum Bereich Gesundheit gehören.

Landesverteidigung

Der Aufgabenbereich „Landesverteidigung“ (Lv) umfaßt alle laufenden und Kapital-Ausgaben für militärische Streitkräfte und Verteidigungsbehörden sowie für zivile Verteidigungsausgaben (zB Zivilschutz) und die wirtschaftliche Mobilisierung in Notzeiten.

Staats- und Rechtssicherheit

Im Aufgabenbereich „Staats- und Rechtssicherheit“ (SR) gelangen zur Nachweisung die Ausgaben aus sämtlichen polizeilichen Tätigkeiten und aus dem Gerichtswesen einschließlich des Gefängniswesens und der sonstigen Justizeinrichtungen. Dazu zählen auch die Ausgaben für den Verfassungsgerichtshof, den Verwaltungsgerichtshof und die Volksanwaltschaft.

Nicht einzubeziehen sind die Ausgaben für das zivilwirtschaftliche Rechtswesen, die dem Bereich Industrie und Gewerbe zuzurechnen sind.

Übrige Hoheitsverwaltung

Der Aufgabenbereich „Übrige Hoheitsverwaltung“ (Hv) umfaßt die Ausgaben für den Bundespräsidenten, die Organe der Gesetzgebung, die obersten Vollzugs- und Kontrollorgane (zB Bundesministerien, Landesregierungen, Rechnungshof) für die Finanzverwaltung, die Führung der auswärtigen Angelegenheiten, die Nachrichtendienste und ähnliche allgemeine Dienste, insbesondere der Wirtschaftsverwaltung, wie zB Eich- und Vermessungswesen, für Zahlungen im Rahmen des Finanzausgleiches, soweit es sich nicht um zweckgebundene Mittel für bestimmte Bereiche handelt, für den Schuldendienst des Bundes, für Auslandshilfe und andere Auslandstransfers, wozu insbesondere auch die Beiträge an internationale Organisationen zählen, für Entschädigungen auf Grund des Staatsvertrages und für den Aufwand für die Pensionsparteien der Hoheitsverwaltung des Bundes.

Die Ausgaben aus der Errichtung und Erhaltung von Bundesbauten, aus dem Erwerb von Liegenschaften durch den Bund sind in diesem Bereich nur dann nachzuweisen, wenn die Zugehörigkeit zu einem anderen Aufgabenbereich nicht eindeutig aus der Ansatz- und Postengliederung hervorgeht.

Nicht einzubeziehen ist der Aufwand für das Verteidigungsministerium, der zum Bereich Landesverteidigung zählt.

Übersichten

Eine Aufgliederung der Gesamtausgaben und -einnahmen des Bundesvoranschlags 1989 nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten einerseits¹²⁾ und funktionellen Gesichtspunkten andererseits sowie deren Kombinierung enthalten die Anlagen I c und II a zum Bundesfinanzgesetz. Gleichartige Aufgliederungen hinsichtlich der Ausgaben und Einnahmen der einzelnen Kapitel des Bundesvoranschlags 1989 befinden sich in den entsprechenden Teilheften.

Erfolgswirksame und bestandswirksame Einnahmen oder Ausgaben

In der Bundesverrechnung sind als erfolgswirksame Einnahmen oder Ausgaben solche zu veranschlagen, die im Zeitpunkt der Geldeinnahme oder -ausgabe den Unterschied zwischen dem Vermögen und den Schulden des Bundes vermehren oder vermindern, als bestandswirksame Einnahmen oder

¹²⁾ Siehe Seiten 375 bis 378.

Kontenplan für die Bundesverwaltung

379

Ausgaben solche, die diesen Unterschied nicht verändern.¹³⁾ Als erfolgswirksame Ausgaben gelten auch die Ausgaben zur Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, soweit sich diese Ausgaben auf geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens im Sinne der einkommensteuerrechtlichen Bestimmungen beziehen.

Kontenplan für die Bundesverwaltung^{13a)}

Gemäß § 24 BHG ist zu den Voranschlagsansätzen des Bundesvoranschlages in den Teilheften die erforderliche Anzahl von Voranschlagsposten zu bilden. Hierbei sind rechtlich oder wirtschaftlich gleichartige Einnahmen oder Ausgaben betragsmäßig unter eigenen Voranschlagsposten zusammenzufassen. Bei der Bildung der Voranschlagsposten sind auch die Erfordernisse des Investitionsprogramms, der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Finanzstatistik zu beachten. Die Bildung der Voranschlagsposten ist für alle Organe des Bundes einheitlich und unter Anwendung des Dezimalsystems in einem Postenverzeichnis vorzusehen. Der Bundesminister für Finanzen hat nach Anhörung des Rechnungshofes durch Verordnung den dem Postenverzeichnis zugrunde zu legenden Kontenplan zu erlassen, der auch Konten für die Bestands- und Erfolgsverrechnung zu umfassen hat.

Über die Systematik des Kontenplanes des Bundes und des Postenschemas des Bundesvoranschlages sowie über die Zusammenhänge zwischen Kontenplan, Postengliederung und Postenverzeichnis gibt die nachfolgende Darstellung Aufschluß:

Kontenplan

Konten-Klasse (KI) = erste Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer	0●●●	¹⁴⁾
Konten-Unterklasse (Ukl) = zweite Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer ..	●0●●	
Konten-Gruppe (Gru) = dritte Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer	●●0●	
Konten-Stelle (St) = vierte Stelle der vierstelligen Konto-Kennziffer	●●●0	
Konto-Kennziffer = Konto (K)	0000	●●●
Konten-Untergliederung (Ugl)	●●●●	000

Postengliederung

Post-Nummer der Voranschlagspost (VP)

Post-Untergliederung (Ugl)

Postenverzeichnis

Die zusammenfassende Darstellung aller Voranschlagsposten eines Kapitels des Bundesvoranschlages wird Postenverzeichnis genannt.

Kontenplan

Der Kontenplan berücksichtigt die Gliederung des ÖKW-Kontenrahmens¹⁵⁾ sowie haushaltswirtschaftliche, betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Gesichtspunkte und gestattet die Erstellung einer Vermögens- und Schuldenrechnung (Bestandsrechnung) sowie einer Erfolgsrechnung des Bundes.

Postengliederung

Die Ausgaben und Einnahmen der Voranschlagsansätze sind zumindest nach den im Kontenplan vorgesehenen Kontenarten (Verwendungszwecken) unter Zuhilfenahme vierstelliger Post-Num-

¹³⁾ Es ist also die Auswirkung auf das Bundesvermögen maßgeblich. In der volkswirtschaftlichen Aufgliederung hingegen sind die Vermögenstransaktionen vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen; Ausgaben des Bundes zur „Investitionsförderung“ zählen daher vom Standpunkt des Bundesvermögens gesehen zu den erfolgswirksamen Ausgaben, vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen zu den Vermögens-transaktionen.

^{13a)} Siehe Fußnoten 7) auf Seite 371.

¹⁴⁾ Aus den Kontenklassen sind die erfolgswirksamen und bestandswirksamen Einnahmen und Ausgaben wie folgt ersichtlich:

	Ausgaben	Einnahmen
	Kontenklasse	
erfolgswirksame	4—7	8
bestandswirksame	0—3	0—3

¹⁵⁾ Österreichisches Kuratorium für Wirtschaftlichkeit (ÖKW): Der Einheitskontenrahmen für die österreichische Wirtschaft. ÖKW-Veröffentlichung Nr. 24, Österreichischer Gewerbeverlag, Wien I. Neufassung im „Österreichischen Einheitskontenrahmen“, herausgegeben 1975 durch das Österreichische Zentrum für Wirtschaftlichkeit und Produktivität (ÖPWZ), 1014 Wien, Hohenstaufengasse 3.

380 **Aufgliederung der Bundesregierung nach Kriterien der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**

mern bzw. zusätzlicher dreistelliger Post-Untergliederungen aufzugliedern. Den im Kontenplan ausgewiesenen vierstelligen Konto-Kennziffern und dreistelligen Konto-Kennziffernuntergliederungen dürfen nur Ausgaben bzw. Einnahmen zugeordnet werden, die den Kontenarten (Verwendungszwecken) dieser Gliederungselemente entsprechen.

Darüber hinaus ist es den Ressorts vorbehalten, im Rahmen des im Kontenplan vorgesehenen Kontensystems und unter Heranziehung weiterer Post-Untergliederungen die Postengliederung der Voranschlagsansätze zu verfeinern und die Einzelveranschlagung von Bauvorhaben oder sonstigen Vorhaben bzw. Maßnahmen durchzuführen.

Für den Fall, daß die verfeinerte bzw. zusätzliche Postenaufgliederung kein Gegenstand der Veranschlagung oder sonstiger haushaltsrechtlicher Bestimmungen sein soll, sind Post-Untergliederungen zu verwenden, die an der werthöchsten Stelle mit der Ziffer 9 beginnen (Post-Untergliederungen 901 bis 999).

Aufgliederung der Bundesgebarung nach Kriterien der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Die organorientierte Gliederung der Ausgaben und Einnahmen des Bundes ist eine unerläßliche Notwendigkeit jedes Bundesfinanzgesetzes, weil sie jene Gliederung ergibt, die dem Verfügungs- und Verantwortungsbereich der Verwaltungsstellen des Bundes entspricht.

Die Ausgaben und Einnahmen des Bundes stehen aber auch in einer Beziehung zur gesamten Volkswirtschaft. Es muß daher die Gebarung des Bundeshaushaltes auch so aufbereitet sein, daß die einzelnen Gebarungselemente in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung Österreichs eingearbeitet werden können. Dies geschieht einerseits durch entsprechende Bezeichnung der Voranschlagsansätze und andererseits durch den für die Postengliederung der Voranschlagsansätze maßgeblichen Kontenplan. Hierbei wird auf die in der internationalen Statistik gebräuchlichen Begriffsbestimmungen Bedacht genommen.

Nähere Einzelheiten über diese in der Kontenplan-Gliederung bereits berücksichtigte ökonomische Gliederung können den nachfolgenden Ausführungen entnommen werden:

In der Aufgliederung des Bundesvoranschlags nach Kriterien der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ökonomische Gliederung) werden die Ausgaben und Einnahmen zunächst in zwei große Bereiche geteilt: **laufende Ausgaben und Einnahmen** einerseits und **Vermögenstransaktionen** der Ausgaben- und Einnahmenseite andererseits.

Bei dieser Aufgliederung in laufende Transaktionen und Vermögenstransaktionen sind, da diese Kriterien in den Haushalten und Wirtschaftsbereichen der gesamten österreichischen Volkswirtschaft Anwendung finden müssen, die Auswirkungen auf das österreichische Volksvermögen maßgeblich¹⁶⁾.

In der volkswirtschaftlichen Aufgliederung des Bundesvoranschlags werden als laufende Ausgaben und Einnahmen diejenigen Bundesgebarungen ausgewiesen, die die Höhe des Bundesvermögens vermindern oder vermehren, aber beim Empfänger (das sind Dritte bei Bundesausgaben, der Bund selbst bei Bundeseinnahmen) nicht widmungsgemäß Investitionszwecken dienen oder als Vermögenszuwachs betrachtet werden. Im Sinne der internationalen Gepflogenheit zählt die gesamte Gebarung der Landesverteidigung (einschließlich der Ausgaben für die Heeresbauten) zu den laufenden Ausgaben.

Den Vermögenstransaktionen werden alle Ausgaben und Einnahmen zugerechnet, die entweder nur die Zusammensetzung des Bundesvermögens beeinflussen oder im Falle der Beeinflussung der Höhe des Bundesvermögens beim Empfänger (das sind Dritte bei Bundesausgaben, der Bund selbst bei Bundeseinnahmen) widmungsgemäß Investitionszwecken dienen bzw. als Vermögenszuwachs betrachtet werden.

¹⁶⁾ Für die im Bundesvoranschlag selbst vorgesehene Gliederung in erfolgswirksame Einnahmen und Ausgaben und bestandswirksame Einnahmen und Ausgaben ist hingegen die Auswirkung auf das Bundesvermögen maßgeblich. Die Zuordnung einer Ausgabe oder Einnahme zu den erfolgswirksamen oder zu den bestandswirksamen ist daher in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und im Bundesvoranschlag nicht immer gleich; zB zählen Ausgaben des Bundes zur „Investitionsförderung“ vom Standpunkt des Bundesvermögens gesehen zu den erfolgswirksamen Ausgaben, vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft gesehen zu den Vermögenstransaktionen.

Ausgaben

I. Hauptgruppe

Bei den laufenden Ausgaben (I. Hauptgruppe) sind entsprechend ihren verschiedenen Funktionen drei Gruppen zu unterscheiden: Laufende Ausgaben für Güter und Dienstleistungen, laufende Transferzahlungen und Aufwendungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit des Bundes.

Der ersten Gruppe gehören Ausgaben an, für die der Bund eine Gegenleistung in Form von Sachgütern und Dienstleistungen — letztere insbesondere von seinen Bediensteten — erhält (zweiseitige Transaktionen). Der zweiten Gruppe gehören an Zuwendungen des Bundes an andere öffentliche Körperschaften, Unternehmungen, private Haushalte, private Institutionen ohne Erwerbscharakter und an das Ausland, die den Empfängern ohne unmittelbare Gegenleistung zufließen (einseitige Transaktionen). Die dritte Gruppe umfaßt Aufwendungen, die dem Bund aus seiner wirtschaftlichen Tätigkeit (zB Aufnahme von Kapital) in Form von Zinsen erwachsen sowie die laufenden Abgänge der Bundesbetriebe.

Ausgaben für Güter und Dienstleistungen

Die laufenden Ausgaben für Güter und Dienstleistungen umfassen vor allem die Personal- und Sachausgaben des Bundes aus der Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen (Öffentliche Sicherheit, Rechtspflege, Soziale Sicherheit, Erziehung, Landesverteidigung usw.). Zu dieser Gruppe von Ausgaben gehören die Bezüge der aktiven Bediensteten sowie alle Ausgaben für Sachgüter und Dienstleistungen (einschließlich solcher für Instandhaltung), die von der übrigen Wirtschaft bezogen werden; der Gegenwert für die in Gütern abgegoltenen Löhne und Gehälter (zB Deputate) wird hier auch nachgewiesen. Bei der Ermittlung der Lohn- und Gehaltssumme in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden derzeit die Bruttopensionen abzüglich der Pensionsbeiträge der Beamten der Hoheitsverwaltung dem effektiven Aufwand für aktive Bedienstete hinzugezählt; um diesen Betrag würde sich der Aktivitätsaufwand erhöhen, wenn hinsichtlich der Pensionsansprüche der Beamten das Versicherungsprinzip zur Anwendung gelangen würde. Ein gleichhoher Betrag wird selbstverständlich von den Pensionen in der zweiten Gruppe „Transferzahlungen“ in Abzug gebracht.

Ausgaben für Anschaffungen von dauerhaften Sachgütern (Anlagegütern) werden jedoch ebenso wie die Kosten für größere Instandsetzungen der Vermögenswerte des Bundes bei den Vermögenstransaktionen unter Bruttoinvestitionen ausgewiesen. Die Amortisation dauerhafter Sachgüter (Abschreibungen), die grundsätzlich ebenso Kosten der Verwaltung darstellt wie der Einsatz von Dienstleistungen oder der Verbrauch nicht dauerhafter Güter, wird in der ökonomischen Aufgliederung des Bundesvoranschlags nicht berücksichtigt, da Abschreibungen kein Gegenstand der Bundesverrechnung sind.

Die laufenden Ausgaben für Güter- und Dienstleistungen entsprechen dem Teil des gesamten Güter- und Leistungsvolumens, der für die Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen verwendet wird (öffentlicher Verbrauch); das übrige Güter- und Leistungsvolumen steht für den privaten Verbrauch sowie für Investitionen des Staates und der Privatwirtschaft zur Verfügung.

Laufende Transferzahlungen

Im Gegensatz zu den Ausgaben der ersten Gruppe erhält der Bund durch die laufenden Transferzahlungen zumindest in der laufenden Rechnungsperiode keine unmittelbare Gegenleistung. Durch sie stellt der Bund anderen Bereichen Geld zur Verfügung und gibt den Letztempfängern die Möglichkeit, ihrerseits eine höhere Nachfrage nach Gütern und Leistungen zu entfalten. Der überwiegende Teil fließt privaten Haushalten in Form von Pensionen, Renten und anderen Unterstützungsbeträgen zu. Der zweitgrößte Anteil der Transferzahlungen wird an andere öffentliche Haushalte weitergeleitet. Als solche Zahlungen werden die Beträge erfaßt, die bei den Trägern öffentlichen Rechtes (Länder, Gemeinden, Sozialversicherungsträgern, Kammern, Fonds usw.) haushaltsmäßig in Einnahme verrechnet werden (ohne Finanzausgleichszahlungen auf dem Abgabensektor).

In die zweite Gruppe wären auch Transfers in Form von „fiktiven“ Zinsenzuschüssen einzubeziehen, das sind die Unterschiedsbeträge zwischen den veranschlagten Zinsbeträgen aus unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Bundesdarlehen und den fiktiven Zinsbeträgen, die bei Anrechnung der bankenüblichen Zinsen für die vorerwähnten Bundesdarlehen eingehen müßten. Falls solche Ausgaben zur Darstellung gelangten, müßten gleichhohe Gegenposten bei den „Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit“ als „imputierte Zinsen“ ausgewiesen werden. Da fiktive Beträge nicht Gegenstand der Veranschlagung und daher auch nicht der Verrechnung im Bundeshaushalt sind, können in der ökonomischen

382 Aufgliederung der Bundesregierung nach Kriterien der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

mischen Aufgliederung des Bundesvoranschlages auch diese Unterschiedsbeträge nicht ausgewiesen werden.

Eine Sonderstellung unter den Transferzahlungen nehmen die Preisausgleiche ein. Diese erhöhen zwar nicht unmittelbar die Geldeinkommen, bewirken aber durch die damit finanzierten Marktinterventionsmaßnahmen zugunsten der landwirtschaftlichen Leitprodukte eine Stabilisierung bzw. Steigerung der landwirtschaftlichen Einkommen.

Alle diese Transferzahlungen bilden zusammen mit den von privaten Haushalten zu zahlenden öffentlichen Abgaben ein kompliziertes System von Geldströmen, die hauptsächlich der Neuverteilung der privaten Einkommen dienen.

Aufwendungen aus wirtschaftlicher Tätigkeit

Als Aufwendungen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit des Bundes fallen die Zinsen für die Staatsschuld (Finanzschuld) sowie die laufenden Abgänge der Bundesbetriebe an.

In der internationalen Statistik werden in der Regel Zinsen für die Staatsschuld nicht als Entgelt für Leistungen (Überlassung von Kapital), sondern als Transferzahlungen aufgefaßt, weil viele Staaten Kredite für Zwecke aufnehmen, aus denen der Zinsendienst nicht unmittelbar erwirtschaftet werden kann (Konsumkredite). Da nach der österreichischen Praxis Erlöse aus Schuldauflagen in erster Linie zur Finanzierung von Investitionen herangezogen werden, wurde hierfür eine eigene Position geschaffen.

II. Hauptgruppe

Die Vermögenstransaktionen der Ausgabenseite (II. Hauptgruppe) umfassen folgende zwei Gruppen: Ausgaben, die nur die Zusammensetzung des Bundesvermögens beeinflussen, und Ausgaben, die bei Dritten insbesondere durch Investitionsfinanzierung einen Vermögenszuwachs bewirken. Der ersten Gruppe gehören an die Ausgaben für den Erwerb von beweglichem Sachanlagenvermögen, Liegenschaftsvermögen, Wertpapieren und Beteiligungen, für die Gewährung von Darlehen, für die Anlage von Rücklagen und für die Tilgung von Schulden (Veränderung des Geldbestandes einerseits und eines anderen Aktiva- bzw. eines Passivabestandes andererseits). Die zweite Gruppe umfaßt die Kapitaltransfers, das sind Überweisungen des Bundes, die ausdrücklich für Investitionszwecke bestimmt sind und vom Empfänger widmungsgemäß verwendet werden müssen, ferner Zahlungen, wenn sie vom Empfänger nicht dem laufenden Einkommen zugerechnet, sondern als Vermögenszuwachs betrachtet werden. Auch bei der zweiten Gruppe liegt eine Vermögensumschichtung vor, aber nicht wie bei der ersten Gruppe im Bundesvermögen, sondern im Vermögen der österreichischen Volkswirtschaft (Verminderung des Geldbestandes beim Bund und Zuwachs im Vermögensbestand bei Dritten).

Vermögensumschichtungen

Bei der ersten Position der Vermögensumschichtungen „Erwerb von beweglichen Sachanlagevermögen“ wären neben den Ausgaben für die Anschaffung bzw. die Herstellung von neuen Sachgütern und für größere Instandsetzungen von Vermögenswerten des Bundes (Bruttoinvestitionen) auch die Ausgaben für den Erwerb von bestehendem, das ist gebrauchtem Sachanlagevermögen auszuweisen. Letztere werden derzeit nicht gesondert verrechnet, so daß sie auch nicht gesondert erfaßbar sind. Zu den Bruttoinvestitionen zählen derzeit alle Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, deren Einzelanschaffungswert ohne Rücksicht auf die Lebensdauer mehr als 5 000 S beträgt. Bezüglich der Abschreibungen siehe Abschnitt „Ausgaben für Güter- und Dienstleistungen“, 2. Absatz.

Bei der Position „Erwerb von Liegenschaften“ werden die Ausgaben für Grund und Boden getrennt von den Ausgaben für die Bauwerke und den Ausgaben für eventuelle mit einer Liegenschaft in Zusammenhang stehende aktivierungsfähige Rechte dargestellt.

Unter „Erwerb von Wertpapieren und Beteiligungen“ sind Ausgaben für den Erwerb von Wertpapieren und Beteiligungen des Anlage- und des Umlaufvermögens, und zwar getrennt, erfaßt.

Als „Darlehen“ sind die Ausgaben aus der Gewährung von Bundesdarlehen, und zwar die zur Finanzierung von Investitionen Dritter und auch die nicht unmittelbar für Investitionen bestimmten, ausgewiesen.

In Höhe der „Zuführungen an Rücklagen“, die nicht in Anspruch genommene Beträge von bestimmten Ausgabenansätzen und Reste zweckgebundener Einnahmen sowie den Haushaltsausgleich gemäß § 53 Abs. 3 BHG zur Voraussetzung haben, werden von den allgemeinen Geldbeständen Teile für die Rücklagen abgesondert.

Aufgliederung der Bundesregierung nach Kriterien der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 383

Für die Ausgaben zur „Tilgung von Schulden“ ist kennzeichnend, daß sie im Bundesvermögen Aktiva (Geldbestände) und Passiva (Schuldverpflichtungen) vermindern und bei den Dritten weder Einkommen noch Vermögen schaffen, sondern nur eine Verschiebung in der Zusammensetzung des Vermögens bewirken.

Kapitaltransfers

Auch bei den Kapitaltransfers erhält der Bund wie bei den laufenden Transfers keine unmittelbare Gegenleistung. Im wesentlichen werden durch die Kapitaltransfers Investitionen der Wirtschaft finanziert.

Die Grenze zwischen laufenden Transfers und Kapitaltransfers läßt sich nicht immer scharf ziehen. In solchen Fällen ist wie folgt vorzugehen: „Vermischte Transfers (d. s. solche, die bei einem Partner als laufende, beim anderen als Kapitaltransfers erscheinen) sind beim Bundesorgan als Kapitaltransfers zu behandeln.

Neigen jedoch beide Partner zwar der gleichen Ansicht zu (entweder beide laufende Transfers oder beide Kapitaltransfers), sind aber beide Partner nicht sicher über die Zuordnung, ist in einem solchen Zweifelsfall die Überweisung vom Bundesorgan als „einkommenswirksam“ zu betrachten und den laufenden Transfers zuzurechnen.

Als Kapitaltransfers, die von den Empfängern nicht dem laufenden Einkommen zugerechnet, sondern als Vermögenszuwachs betrachtet werden, sind insbesondere die der Republik Österreich durch den Staatsvertrag auferlegten Entschädigungszahlungen verschiedenster Art zu erwähnen.

Einnahmen**III. Hauptgruppe**

Die laufenden Einnahmen des Bundes sind nach den gleichen Gesichtspunkten gegliedert wie die laufenden Ausgaben: Laufende Einnahmen für Güter und Dienstleistungen, laufende Transfereinnahmen und Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit.

Von den gesamten laufenden Ausgaben des Bundes entfällt ein gutes Drittel auf den Aufwand für Güter und Dienstleistungen (öffentlicher Verbrauch) und etwas mehr als die Hälfte auf Transferzahlungen.

Die laufenden Einnahmen hingegen bestehen fast nur aus Transferzahlungen, und zwar überwiegend aus öffentlichen Abgaben, für die der Bund keine unmittelbare Gegenleistung erbringt. Es liegt nämlich im Wesen der öffentlichen Verwaltung, daß diese im hoheitsrechtlichen Bereich grundsätzlich die Kostendeckung für die von ihr benötigten Güter und Dienstleistungen nicht im Marktverkehr, sondern im Wege von Zwangsbeiträgen findet. Im privatwirtschaftlichen Bereich der Bundesverwaltung gelangen zwar eher marktwirtschaftliche Grundsätze zur Anwendung, die Preise sind aber trotzdem nicht immer kostendeckend.

Einnahmen für Güter und Dienstleistungen

Die Einnahmen der Verwaltung für ihre Leistungen (zB Eichungen, Landkartenverkauf) auf Grund der aufgezeigten Grundsätze werden in der Gruppe Einnahmen für Güter und Dienstleistungen erfaßt. Sie betragen nur einen geringen Teil der laufenden Ausgaben des Bundes für Güter und Dienstleistungen.

In dieser Gruppe wären auch noch Einnahmen-Beträge in der Höhe auszuweisen, die den Selbstkosten der von Bundesdienststellen selbstgestellten Anlagen entsprächen; falls solche Einnahmen zur Darstellung gelangten, müßten gleichhohe Gegenposten bei den Bruttoinvestitionen ausgewiesen werden. In Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes, wonach Ausgaben und Einnahmen zu veranschlagen sind, sind jedoch die durch die Selbsterstellung von Anlagen und Ersatzteilen anfallenden verschiedenen Kosten auf den Konten der entsprechenden Kostenarten zu verrechnen. Die Erfassung der Selbstkosten selbsterstellter Anlagen des Bundes aus den einzelnen Kostenkonten wird derzeit nicht durchgeführt.

Laufende Transfereinnahmen

Die laufenden Transfereinnahmen sind fast zur Gänze nur Einnahmen aus den öffentlichen Abgaben des Bundes. Die übrigen Transfers stammen zum größten Teil von öffentlichen Haus-

halten. Im übrigen gilt das bei den laufenden Transferausgaben grundsätzlich Gesagte sinngemäß auch für die laufenden Transfereinnahmen.

Zu den Transfers aus öffentlichen Abgaben gehören nicht nur die im Bundesvoranschlag beim Kapitel „Öffentliche Abgaben“ ausgewiesenen Beträge, sondern auch sonstige bei anderen Kapiteln ausgewiesene Abgaben, wie zB Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen und Importausgleichsbeträge. Die Einteilung der Abgaben in direkte und indirekte ist weitgehend konventionell. Im allgemeinen nimmt man an, daß die direkten Abgaben das verfügbare Geldeinkommen der privaten Haushalte und die unverteilt Gewinne von Kapitalgesellschaften schmälern, während die indirekten Abgaben die Marktpreise der Güter und Leistungen erhöhen und auf diese Weise das Realeinkommen vermindern.

Für verschiedene wünschenswerte Aufgliederungen der Einnahmen aus Öffentlichen Abgaben, wie zB die der direkten Abgaben nach Einnahmen aus unselbständiger Tätigkeit, aus selbständiger Tätigkeit und aus Unternehmenstätigkeit von Kapitalgesellschaften oder die der Arbeitslosenversicherungsbeiträge nach Einnahmen von Arbeitnehmern bzw. Arbeitgebern, sind derzeit in der Bundesverrechnung nicht die Voraussetzungen gegeben.

Von den sonstigen Transfereinnahmen entfällt der größte Teil auf Beiträge von Gebietskörperschaften zu Verwaltungsaufwendungen des Bundes.

Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit

Als Einnahmen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Tätigkeit bezieht der Bund ua. Einkünfte aus seiner Tätigkeit als Unternehmer (zB Betriebsüberschüsse der finanziell integrierten Bundesbetriebe), aus der Verleihung von Kapital (Darlehen, Beteiligungen, Wertpapiere) und aus verschiedenen öffentlichen Rechten (Münzprägung, Schürfrechte). Diese Erträge des Bundes sind Leistungseinkommen und als solche Bestandteile des Volkseinkommens.

IV. Hauptgruppe

Die Vermögenstransaktionen der Einnahmenseite (IV. Hauptgruppe) umfassen dieselben Gruppen wie die Vermögenstransaktionen der Ausgabenseite (II. Hauptgruppe). Das über diese Gruppen und die zugehörigen Ausgaben grundsätzlich Gesagte gilt sinngemäß auch für die *Vermögenstransaktionen der Einnahmenseite*.

Vermögensumschichtungen

Zur Gruppe Vermögensumschichtungen gehören Einnahmen aus dem Verkauf von bestehendem Sachanlagevermögen, von Liegenschaften, Wertpapieren und Beteiligungen, aus Darlehensrückzahlungen, aus der Entnahme und Auflösung von Rücklagen und aus der Aufnahme von Schulden. Die Einbeziehung von Einnahmen aus dem Verkauf von Sachanlagen setzt voraus, daß die Ausgaben für den Ankauf bzw. die Herstellung dieser Anlagen der Vermögensgebarung zugeordnet worden waren.

Kapitaltransfers

Kapitaltransferzahlungen an den Bund erfolgen nur im geringen Umfang. Sie dienen nicht so sehr der Investitionsfinanzierung, sondern sind als Vermögenszuwachs anzusehen.

Betriebsähnliche Einrichtungen (Verwaltungszweige)

Betriebsähnliche Einrichtungen sind organisatorische Einrichtungen des Bundes, die unter Beachtung wirtschaftlicher Grundsätze Leistungen (§ 859 ABGB) an andere Organe des Bundes oder an andere Rechtsträger gegen Entgelt erbringen, wobei Kostendeckung anzustreben ist, sofern dadurch die öffentliche Aufgabenerfüllung nicht beeinträchtigt wird. Sie werden durch Verordnung zu solchen erklärt (§ 4(4) BHG).

Die Gebarung der betriebsähnlichen Einrichtungen wird bei den einzelnen Kapiteln von der übrigen Gebarung getrennt, und zwar in der Regel in eigenen Voranschlagsansätzen gesondert ausgewiesen. In Beilagen zu diesen Voranschlagsansätzen werden in den Teilheften die Ausgaben und die Einnahmen der einzelnen betriebsähnlichen Einrichtungen erforderlichenfalls weiter aufgegliedert.

Vorhaben, deren Durchführung die Ansätze des Bundesvoranschlages durch mehrere Jahre oder in einem zukünftigen Finanzjahr belastet**Über mehrere Jahre sich erstreckende Vorhaben**

Bei allen Vorhaben, für die Bundesmittel bereitgestellt werden und die sich über mehrere Jahre erstrecken, ist im Bundesvoranschlag jeweils nur jener Teilbetrag zu veranschlagen, der zur Ausführung der für das Voranschlagsjahr in Aussicht genommenen Arbeiten oder Anschaffungen erforderlich ist bzw. auf Grund rechtsverbindlicher Verpflichtungen aus einem solchen Vorhaben auf das Voranschlagsjahr entfällt. Zur Gewinnung eines Überblickes über die Gesamtkosten und die auf die einzelnen Budgetjahre entfallenden Teilerfordernisse solcher Vorhaben sowie über die Beiträge Dritter (Gebietskörperschaften, Personengemeinschaften oder andere Personen) zu diesen, sind den Teilheften zum Bundesvoranschlag entsprechende Übersichten (Beilagen III. D) angeschlossen.

Einzelvorhaben wurden wie im Vorjahre in den Teilheften bei eigenen Voranschlagsansätzen oder Voranschlagsposten gesondert veranschlagt.

Das Bundeshaushaltsgesetz [§ 53(1)] sieht vor, daß nicht in Anspruch genommene Teile der Ausgabenansätze für Anlagen sowie der für die Instandhaltung von Bundesgebäuden und den Bausektor betreffenden Sonderanlagen sowie für bundesgeförderte Bauvorhaben veranschlagten Ausgabenbeträge am Jahresende einer Rücklage zwecks Verwendung im nachfolgenden Verwaltungsjahr zugeführt werden können.

Ein einziges zukünftiges Finanzjahr belastende Vorhaben

Vorhaben, deren Kosten auf Grund langer Lieferfristen oder sonstiger Umstände erst ein einziges zukünftiges Finanzjahr belasten werden, sind ebenfalls in die den Teilheften angeschlossenen Übersichten über Vorhaben, deren Durchführung die Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages durch mehrere Jahre belasten, aufzunehmen.

Zweckgebundene Einnahmen

Zweckgebundene Einnahmen sind solche, die auf Grund eines Bundesgesetzes nur für bestimmte Zwecke zu verwenden sind.

Als zweckgebundene Ausgaben können überdies veranschlagt werden:

1. Ausgaben, die auf Grund eines Vertrages oder einer letztwilligen Verfügung einem bestimmten Verwendungszweck, der von dem zuständigen Organ des Bundes einseitig nicht abänderbar ist, zu dienen haben und die der Höhe nach durch die auf Grund derselben Rechtsgrundlage hierfür anfallenden Einnahmen begrenzt sind;
2. Ausgaben für die Anschaffung oder Herstellung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens nach Maßgabe der aus der Veräußerung eines vom gleichen Organ des Bundes verwalteten Bestandteiles des unbeweglichen Bundesvermögens erzielten Einnahmen, sofern der wirtschaftliche Zusammenhang dies rechtfertigt.

Das Bundeshaushaltsgesetz [§ 53(2)] sieht vor, daß nicht in Anspruch genommene Teile der zweckgebundenen Einnahmeneingänge am Jahresende einer Rücklage zwecks Verwendung in nachfolgenden Finanzjahren zugeführt werden können.

Wirtschaftsführung der Bundesbetriebe

Die kaufmännische Tätigkeit der Bundesbetriebe erfordert eine entsprechende Beweglichkeit im Budgetvollzug, wobei aber auch die Interessen des gesamten Bundeshaushaltes sowie die Haushaltsvorschriften des Bundes zu beachten sind. Nachfolgende Maßnahmen ermöglichen eine größere wirtschaftliche und finanzielle Beweglichkeit der Bundesbetriebe:

1. Bestimmungen im Bundesfinanzgesetz bzw. im Bundeshaushaltsgesetz, wonach
 - a) der Bundesminister für Finanzen ermächtigt wird, den Bundesbetrieben auf deren Antrag die Verwendung von Mehreinnahmen für im Bundesvoranschlag vorgesehene betriebsnotwendige Investitionen zu bewilligen;
 - b) der Bundesminister für Finanzen ermächtigt ist zuzustimmen, daß Mehreinnahmen eines Bundesbetriebes zur Bedeckung der damit verbundenen Mehraufwendungen herangezogen werden.

2. Ermächtigung der Betriebe zur Vornahme finanzieller Ausgleiche innerhalb der Monatszuweisungen für die Sachausgaben ohne Einholung der Zustimmung des Bundesministers für Finanzen.

3. Ermächtigung zur Übertragung nichtverbraachter Ausgabenbeträge eines Monats auf den folgenden Monat gegen nachträgliche Mitteilung an den Bundesminister für Finanzen.

Allgemeines

Bruttoprinzip

Die im Finanzjahr erwarteten Einnahmen und voraussichtlich zu leistenden Ausgaben des Bundes sind voneinander getrennt und in der vollen Höhe (brutto) veranschlagt. Die an Länder, Gemeinden und sonstige Rechtsträger des öffentlichen Rechts sowie an Bundesbetriebe und rechtlich unselbständige Sondervermögen des Bundes zu überweisenden Abgaben oder Anteile an solchen, die bundesgesetzlich geregelt sind und von Abgabenbehörden des Bundes eingehoben werden, sind gesondert als Verminderungen der Einnahmen an öffentlichen Abgaben veranschlagt.

Vergleichsziffern

Den Ziffern der Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages 1989 sind zur Ermöglichung eines ziffernmäßigen Vergleiches in einer eigenen Spalte die vergleichbaren Ziffernansätze des Bundesvoranschlages 1988 und die Erfolgsziffern des Jahres 1987 beigelegt.

Ebenso sind in den sogenannten „Teilheften“, in denen die Voranschlagsansätze des Bundesvoranschlages nach Voranschlagsposten aufgegliedert werden, bei den einzelnen Voranschlagsposten die gleichen Vergleichsziffern ausgewiesen.

Teilhefte

Die Teilhefte sind nicht Bestandteile des Bundesfinanzgesetzes.

Auslandszahlungsverkehr

Der Bundesvoranschlag ist in Schilling erstellt. Soweit Zahlungen in ausländischen Zahlungsmitteln geleistet werden, ist zu beachten:

Veranschlagung

Ausgaben und Einnahmen des Bundes einschließlich der voraussichtlichen Spesen, die in ausländischer Währung zu leisten sind, und Finanzschulden in ausländischer Währung sind mit den jeweils geltenden Kurswerten veranschlagt.

Zahlungsverkehr und Verrechnung

Zahlungen der Bundesdienststellen in das Ausland sind aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit sowie unter Bedachtnahme auf § 42 Abs. 3 des Nationalbankgesetzes 1955, BGBl. Nr. 184, über die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) durchzuführen, soweit im folgenden nicht anderes bestimmt ist. Insbesondere wurden zu diesem Zweck den anweisenden Organen des Bundes (ausgenommen die Österreichischen Bundesbahnen) Subkonten zum zentralen Girokonto des Bundesministeriums für Finanzen bei der OeNB zugewiesen. Wiederkehrende Zahlungen in das Ausland sowie an ausländische Postanschriften dürfen im Wege der Österreichischen Postsparkasse (ÖPSK) zu Lasten der Postschecksubkonten der anweisenden Organe des Bundes zum zentralen Postscheckkonto des Bundesministeriums für Finanzen veranlaßt werden. Gleiches gilt für Zahlungen anweisungsermächtigter Organe, soweit diese aus triftigen Gründen ausnahmsweise auch zur Durchführung solcher Zahlungen im Einzelfall oder generell ermächtigt sind. Zahlungen zugunsten freier Schillingkonten gelten als Auslandszahlungen.

Dienststellen, die einen ständigen und umfangreichen Zahlungsverkehr in das Ausland haben, die ihren Sitz im Ausland haben oder die aus sachlichen Gründen Zahlungsgeschäfte im Ausland abwickeln, dürfen mit Zustimmung des Bundesministeriums für Finanzen Fremdwährungskonten bei der OeNB oder bei einer sonstigen Kreditunternehmung eröffnen.

In Zahlung genommene oder dem Bund anheimgefallene Valuten (ausländische Münzen oder Banknoten) sind, soweit sie nicht für Auszahlungen erforderlich sind, für Rechnung der empfangsberechtigten Dienststelle einzuwechseln.

Auslandszahlungsverkehr

387

Ausländische Münzen, die mangels Konvertierbarkeit von einer Kreditunternehmung nicht entgegengenommen werden, sind an das Österreichische Hauptmünzamt zur Einlösung zum Metallwert abzuführen. Diese Münzen sind mit ihrem Kassenwert in Einnahme und anlässlich ihrer Abfuhr als Kursverlust in Ausgabe zu verrechnen.

Zahlungen in das Ausland sind im Zeitpunkt der Auftragserteilung an die OeNB bzw. ÖPSK zunächst mit dem Kassenwert — oder wenn die Zahlung in inländischer Währung geschuldet wird, mit dem Schillingwert — auf dem entsprechenden Sachkonto und nach Abrechnung durch die OeNB bzw. ÖPSK mit dem angelasteten Gesamtbetrag (zuzüglich Spesen) auf dem ursprünglichen Sachkonto zu verrechnen. In jenen Fällen, in denen zB aus verrechnungstechnischen Gründen die Voranschlagspost, unter der die Ausgabe oder Einnahme verrechnet wird, nicht mit dem Spesenbetrag belastet werden darf, ist dieser zu Lasten der Voranschlagspost „Geldverkehrsspesen“ zu verrechnen.

Die Verrechnung der Kosten des An- oder Verkaufes von Valuten hat zu dem von der Kreditunternehmung ermittelten Schilling-Gegenwert zu erfolgen. Die weitere Gebarung mit den angekauften Valuten hat in der betreffenden Fremdwährung, die Nachweisung zum Kassenwert zu erfolgen.

Sonderregelungen im Auslandszahlungsverkehr bedürfen der Zustimmung des Bundesministeriums für Finanzen (siehe Rundschreiben des Bundesministeriums für Finanzen vom 26. September 1975, Z 240.500-VII/3/75; VV — II/1, Seite 165 f.). Der Zahlungsverkehr, die Verrechnung sowie die Limitanrechnung bei der Auslandsanleihegebarung werden entsprechend den tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten durchgeführt. In der Regel wird für in ausländischer Währung eingegangene Finanzschulden der von der jeweiligen Kreditunternehmung in Rechnung gestellte Kurswert herangezogen.

Kassenwerte für die Verrechnung im Finanzjahr 1989

Die Zahlungen in ausländischer Währung sind nach dem Rundschreiben des Bundesministeriums für Finanzen vom 18. Dezember 1987, Z 14 0100/14-V/8/87, AÖFV Nr. 339 vom 29. Dezember 1987 (sowie den am 27. Jänner 1988 mit Z 14 0100/1-V/8/88, AÖFV Nr. 36 vom 1. Februar 1988, am 8. Februar 1988 mit Z 14 0100/2-V/8/88, AÖFV Nr. 57 a vom 10. Februar 1988, am 24. Februar 1988 mit Z 14 0100/3-V/8/88, AÖFV Nr. 114 vom 1. März 1988 und am 1. März 1988 mit Z 14 0100/4-V/8/88, AÖFV Nr. 114 a vom 2. März 1988 erfolgten Änderungen) mit nachstehenden Kassenwerten für je 100 Währungseinheiten zu verrechnen ¹⁷⁾:

	Schilling
Afghani	22,00
Ägyptische Pfund	525,00
Albanische Lek	170,00
Algerische Dinar	225,00
Angolanische Kwanza	39,00
Argentinische Australes	210,00
Äthiopische Birr	560,00
Australische Dollar	820,00
Bahama-Dollar	1 200,00
Bangalische Taka	38,00
Barbados-Dollar	580,00
Belgische Francs	34,00
Bermuda-Dollar	1 200,00
Bolivianos	530,00
Botswana-Pulas	725,00
Brasilianische Cruzados	14,00
Bulgarische Lewa	710,00
Burmesische Kyat	185,00
CFP-Francs (Franz. Polynesien)	11,40
Chilenische Pesos	4,70
Chinesische Ren-Min-Bi/Yuan	315,00
Costa Rica-Colones	17,00
Dänische Kronen	183,00
Deutsche Mark	703,00
Djibouti-Francs	6,60

¹⁷⁾ Stand 1. März 1988.

388

Auslandszahlungsverkehr

	Schilling
Dominikanische Pesos	240,00
Ekuadorianische Sucres	4,70
El Salvador-Colones	235,00
Finnische Mark	290,00
Francs der afrikanischen Währungsunion (CFA-Francs)	4,15
Französische Francs	208,00
Gambische Dalasi	170,00
Ghanesische Cedi	6,70
Griechische Drachmen	8,90
Guatemaltekesische Quetzal	470,00
Holländische Gulden	626,00
Honduras-Lempira	580,00
Hongkong-Dollar	150,00
Indische Rupien	90,00
Indonesische Rupiahs	0,70
Irakische Dinar	3 700,00
Iranische Rial	17,00
Irische Pfund	1 880,00
Isländische Kronen	32,00
Israelische Neue Shekel	745,00
Italienische Lire	0,96
Jamaika-Dollar	210,00
Japanische Yen	9,25
Jordanische Dinar	3 450,00
Jugoslawische Dinar	0,90
Kanadische Dollar	940,00
Kenia-Shilling	68,00
Kolumbianische Pesos	4,50
Kubanische Pesos	1 520,00
Kuwait-Dinar	4 200,00
Laotische Kip	3,30
Leones (Sierra Leone)	52,00
Libanesisches Pfund	2,40
Liberianische Dollar	1 200,00
Libysche Dinar	4 150,00
Luxemburgische Francs	34,00
Madagaskar-Francs	0,95
Malawi-Kwacha	475,00
Malaysische Ringgit	465,00
Malta-Pfund	3 600,00
Mark der Deutschen Demokratischen Republik	703,00
Marokkanische Dirham	146,00
Mauretanische Ouguiyas	15,50
Mauritius-Rupien	93,00
Mexikanische Pesos	0,53
Mongolische Tugrik	470,00
Mosambik-Metical	2,90
Nepalesische Rupien	54,00
Neuseeland-Dollar	740,00
Niederländische Antillen-Gulden	660,00
Nicaragua-Cordobas	115,00
Nigerianische Naira	270,00
Nordkoreanische Won	555,00
Norwegische Kronen	185,00
Omanische Rial	3 000,00
Pakistanische Rupien	66,00
Paraguayische Guarani	1,35
Peruanische Intis	19,00
Pfund Sterling	2 100,00
Philippinische Pesos	55,00

Auslandszahlungsverkehr

389

	Schilling
Polnische Zloty	3,10
Portugiesische Escudos	8,70
Rumänische Lei	137,00
Sambische Kwacha	146,00
Saudi-Riyal (Saudi-Arabien)	325,00
Schwedische Kronen	198,00
Schweizer Franken	860,00
Seychellen-Rupien	210,00
Simbabwe-Dollar (Rhodesien)	700,00
Singapur-Dollar	575,00
Sowjetrussische Rubel (UdSSR)	1 950,00
Spanische Peseten	10,50
Sri Lanka-Rupien	38,00
Sudanesische Pfund	260,00
Südafrikanische Rand	585,00
Südkoreanische Won	1,50
Suriname-Gulden	650,00
Syrische Pfund	102,00
Taiwan-Dollar (Neue)	40,00
Tansania-Shilling	15,00
Thailändische Bahts	46,00
Trinidad- und Tobago-Dollar	320,00
Tschechoslowakische Kronen	130,00
Tunesische Dinar	1 450,00
Türkische Pfund/Lira	1,05
UAE Dirham (Ver. Arab. Emirate)	315,00
Uganda-Shilling (Neue)	20,00
Ungarische Forint	24,50
Uruguayische Pesos	4,30
US-Dollar	1 200,00
Venezolanische Bolivars	37,00
Vietnam-Dong	14,50
Zaires	8,50
Zypern-Pfund	2 550,00

Zollwertkurse

Als Umrechnungskurse zur Ermittlung des Zollwertes sowie zur Berechnung der Umsatzsteuer (Einfuhrumsatzsteuer), der Verkehrsteuern und von in ausländischen Währungen ausgedrückten Versicherungsprämien werden allmonatlich auf Grund § 4 Abs. 8 und § 5 Abs. 6 des Umsatzsteuergesetzes 1972, BGBl. Nr. 223, § 10 des Wertzollgesetzes 1980, BGBl. Nr. 221, und § 5 Abs. 5 des Versicherungssteuergesetzes 1953, BGBl. Nr. 133, jeweils zum Monatsersten und bei größeren Kursschwankungen fallweise auch während des Monats für bestimmte ausländische Währungen Zollwertkurse festgesetzt.

Zollentrichtungskurse

Das Bundesministerium für Finanzen setzt ferner für bestimmte ausländische Währungen Umrechnungskurse zur Ermittlung der in Schilling ausgedrückten Zollschild und für die Barsicherstellung fest (Zollentrichtungskurse).

Verlautbarung

Die Zollwertkurse werden jeweils im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ sowie im „Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung“, die Kassenwerte und die Zollentrichtungskurse hingegen nur im „Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung“ verlautbart.

390

Auslandszahlungsverkehr**Barabhebungskurse**

Für die Abhebung der Auslandszulagen gemäß § 21 GG 1956 an bestimmten Dienstorten sind folgende Barabhebungskurse (Umrechnungskurse für die Auslandsbesoldung) festgesetzt:

	Schilling
Rumänische Lei	70,00
Tschechoslowakische Kronen	75,00
Russische Rubel	700,00
Iranische Rial	5,00
Algerische Dinar	160,00
Äthiop. Birr	530,00
Irakische Dinar	3 300,00
Libysche Dinar	3 000,00
Afghani	16,00
Kubanische Pesos	1 450,00

An den übrigen Dienstorten gelten für die Abhebung der Auslandszulagen die jeweils festgesetzten Kassenwerte.